

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

# LENIN

WERKE

12



HERAUSGEGEBEN AUF BESCHLUSS  
DES IX. PARTEITAGES DER KPR(B) UND DES  
II. SOWJETKONGRESSES DER UdSSR

DIE DEUTSCHE AUSGABE ERSCHEINT  
AUF BESCHLUSS DES ZENTRALKOMITEES  
DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI  
DEUTSCHLANDS

INSTITUT FÜR MARXISMUS-LENINISMUS BEIM ZK DER KPdSU

# W. I. LENIN

## WERKE

INS DEUTSCHE ÜBERTRAGEN  
NACH DER VIERTEN RUSSISCHEN AUSGABE

DIE DEUTSCHE AUSGABE  
WIRD VOM INSTITUT FÜR MARXISMUS-LENINISMUS  
BEIM ZENTRALKOMITEE DER SED BESORGT



DIETZ VERLAG BERLIN

1959

# W.I. LENIN

BAND 12

---

*JANUAR - JUNI 1907*



DIETZ VERLAG BERLIN

1959

Russischer Originaltitel:

**В. И. ЛЕНИН · СОЧИНЕНИЯ**

Dietz Verlag GmbH, Berlin · 1. Auflage 1959 · Printed in Germany  
Alle Rechte vorbehalten · Gestaltung und Typographie: Dietz Entwurf  
Verlagsbogen: 33,6 · Druckbogen: 35,25 · Lizenznummer 1  
Gesamtherstellung: Leipziger Volkszeitung III 18 138

## VORWORT

Die in Band 12 enthaltenen Arbeiten schrieb W. I. Lenin von Januar bis Juni 1907.

Eine Reihe dieser Arbeiten ist der revolutionären Taktik der SDAPR während der Wahlkampagne zur II. Reichsduma gewidmet – der Verfechtung des Linksblocks und dem Kampf gegen die menschowistische Politik der Verständigung mit den Kadetten. Hierzu gehören: „Die Wahlkampagne der Sozialdemokratie in Petersburg“, „Wie soll man bei den Wahlen in Petersburg stimmen? (Wem nützen die Märchen von einer Schwarzhundertergefahr?)“, „Die zweite Duma und die zweite Welle der Revolution“, „Über die Taktik des Opportunismus“, „Die Bolschewiki und das Kleinbürgertum“, „Die Dumawahlen und die Taktik der russischen Sozialdemokratie“, „Die nahe bevorstehende Auseinandersetzung der Duma und Fragen der Taktik“ u. a.

Der Band enthält ferner Dokumente und Artikel Lenins über die Vorbereitung des V. Parteitags der SDAPR sowie seine Berichte und Reden auf dem Parteitag selbst, so die „Resolutionsentwürfe zum fünften Parteitag der SDAPR“, den Artikel „Die Plattform der revolutionären Sozialdemokratie“, den „Bericht an den V. Parteitag der SDAPR über die Petersburger Spaltung und die damit zusammenhängende Einsetzung eines Parteigerichts“, das „Referat über die Stellung zu den bürgerlichen Parteien“ und andere Reden.

Das „Referat auf der Konferenz der Petersburger Organisation zur Frage der Dumawahlkampagne und der Dumataktik“ und die Artikel „Die Organisatoren der Spaltung über die künftige Spaltung“, „Reorganisation und Liquidierung der Spaltung in Petersburg“ zeugen von Lenins

Kampf um den ideologischen Zusammenschluß der Petersburger Organisation der SDAPR auf der Grundlage der bolschewistischen Prinzipien.

Das „Vorwort zur russischen Übersetzung der Briefe von K. Marx an L. Kugelmann“ und das „Vorwort zur russischen Übersetzung des Buches ‚Briefe und Auszüge aus Briefen von Joh. Phil. Becker, Jos. Dietzgen, Friedrich Engels, Karl Marx u. A. an F. A. Sorge und Andere‘“ charakterisieren die theoretische und politische Bedeutung der Briefe von Karl Marx und Friedrich Engels, die 1907 zum ersten Male in russischer Sprache teilweise veröffentlicht wurden.

Der Agrarfrage gewidmet sind im vorliegenden Band der „Entwurf einer Rede zur Agrarfrage in der zweiten Reichsduma“ und „Die Agrarfrage und die Kräfte der Revolution“.

Zum erstenmal sind in die Werke W. I. Lenins folgende Schriften aufgenommen worden: „Zu dem Bericht des Moskauer Bezirks der Stadt Petersburg über die Wahlen zur II. Duma“, „Bemerkung zur Resolution der estnischen Sozialdemokraten“ und „Der erste wichtige Schritt“, worin Lenin die opportunistische Handlungsweise der menschewistischen Deputierten in der II. Duma kritisiert.

---

## DIE WAHLKAMPAGNE DER SOZIALDEMOKRATIE IN PETERSBURG<sup>1</sup>

Petersburg, 18. Januar 1907

Die Wahlkampagne in Petersburg ist in vollem Gange. Es naht der entscheidende Augenblick: Erstens muß es sich in diesen Tagen erweisen, in welcher endgültigen Gruppierung sich die Parteien zur Wahl stellen, wer mit wem zusammengeht, wer gegen wen ist. Zweitens stehen auch schon die Wahlen selbst vor der Tür.

Die Wahlen in der Hauptstadt sind von gewaltiger Bedeutung. Ganz Rußland schaut jetzt auf Petersburg. Hier pulst das lebendigste politische Leben, hier ist die Regierung stärker als irgendwo sonst. Hier befinden sich die Zentralstellen aller Parteien, die besten Blätter aller Richtungen und Schattierungen, die besten Wahlredner.

Und jetzt kann man schon mit aller Bestimmtheit und Entschiedenheit feststellen: Petersburg hält, was es versprach. Die Wahlkampagne in Petersburg hat bereits eine erstaunliche Menge von politischem Aufklärungsmaterial erbracht und erbringt *mit jedem Tag* neues. Dieses Material muß studiert und immer wieder studiert werden. Es muß systematisch gesammelt werden, und es muß dazu dienen, die *Klassengrundlagen* der verschiedensten Parteien so deutlich wie möglich klarzustellen – und dies lebendige, unmittelbare, jedermann interessierende und erregende Wissen muß in die breitesten Arbeitermassen, in die entlegensten Dörfer getragen werden.

Versuchen wir einmal das Material zusammenzustellen – in gedrängter Form natürlich. Möge der Leser zurückblicken und den ganzen Verlauf der Wahlkampagne in St. Petersburg überdenken, um sich eine begründete und ideologisch klare Vorstellung von der Rolle der Sozialdemo-

kratie zu machen und sich nicht von den Kleinigkeiten des Tages und dem Kaleidoskop des politikasternden Treibens ablenken zu lassen.

Die erste Etappe. Die Sozialdemokraten rüsten theoretisch zu den Wahlen. Die hervorragendsten Vertreter des rechten und des linken Flügels nehmen Stellung. Bei den Menschewiki gibt es anfangs die größten Schwankungen: 1. Tscherewanin ist für Abkommen mit den Kadetten. 2. Die Kadettenpresse jubelt und verbreitet die Kunde hiervon in ganz Rußland. 3. Martow protestiert im „Towarischtsch“<sup>2</sup> und tritt für *rein* sozialdemokratische Listen ein, wobei er den Bolschewiki (Nr. 1 des „Proletari“<sup>3</sup>) sogar zum Vorwurf macht, daß sie Abkommen mit den Trudowiki<sup>4</sup> gegen die Kadetten *allgemein* für zulässig erklären. 4. Die Bolschewiki sprechen sich für *rein* sozialdemokratische Listen aus, ohne Abkommen mit der revolutionären Demokratie grundsätzlich abzulehnen. 5. Plechanow tritt in der bürgerlichen Presse für Blocks mit den Kadetten ein. 6. Bei den Menschewiki herrscht allgemeines Schwanken: Larin verurteilt zorn erfüllt Blocks mit den Kadetten als eine Schmach für die Sozialdemokratie. Nik. J-ski<sup>5</sup> hält Blocks mit den Kadetten für zulässig, zieht jedoch einen Block mit den Trudowiki gegen die Kadetten vor. 7. Martow und alle anderen Menschewiki machen eine Schwenkung von 180° und wechseln sämtlich auf die Seite Plechanows hinüber.

Die Gesamtrossische Konferenz der SDAPR<sup>6</sup> fixiert zwei Richtungen: Die Menschewiki und die Bundisten treten für Blocks mit den Kadetten ein, die Bolschewiki, die Polen und die Letten sind unbedingt dagegen, halten jedoch Abkommen mit der revolutionären Demokratie für zulässig.

Die zweite Etappe. In der Presse wird die Idee eines Blocks mit den Kadetten entwickelt. Plechanow hat sich bis zu einer „machtvollkommenen Duma“ verstiegen. Damit hätte er den Menschewismus ad absurdum führen können. Er wünscht die Menschewiki den Kadetten näherzubringen und erzielt (infolge völliger Verkennung der politischen Lage) das Gegenteil: er bringt die Menschewiki von den Kadetten weiter ab. Einerseits lehnt die Partei der Kadetten offiziell und feierlich die „machtvollkommene Duma“ als revolutionäre Illusion ab und verspottet Plechanow. Es wird klar, daß die Kadetten einen *ideologischen* Block – die Unterordnung der Linken unter die Führung der Kadetten, unter die antirevolutionäre Paktierertaktik der Kadetten – wollen und fordern. Andererseits

trägt der blinde Eifer Plechanows Verwirrung in die Reihen der Menschewiki: sowohl die Bundisten als auch die kaukasischen Menschewiki verurteilen öffentlich in der Presse das Auftreten Plechanows. Das ZK, in dem die Menschewiki das zahlenmäßige Übergewicht haben, schweigt verwirrt und betroffen. Plechanow ist isoliert und hüllt sich ebenfalls in Schweigen.

Die dritte Etappe. Beginn der Massenaktion. Wahlversammlungen in Moskau und in Petersburg. In die muffige Atmosphäre des intelligenzlerischen Politikastertums dringt ein frischer Luftzug von der Straße. Mit einem Schlage erweist sich die Schwarzhundertergefahr als ein Phantasiegebilde: Die Straße bestätigt die bolschewistische These, daß die Kadetten die Opportunisten an der Nase herumführen, indem sie von einer Schwarzhundertergefahr zeternd und so die Linksgefahr von sich ableiten. Der Kampf in den Wahlversammlungen entfaltet sich in beiden Hauptstädten *im wesentlichen* zwischen den Kadetten und den Sozialdemokraten, und zwar hauptsächlich den bolschewistischen Sozialdemokraten. Die Kadetten zerren *alle*, die Straße, die Volksmenge, die Massen *nach rechts*, kämpfen gegen die revolutionären Forderungen und rühmen unter dem Aushängeschild des „friedlichen parlamentarischen Weges“ einen Kuhhandel mit der Reaktion. Die bolschewistischen Sozialdemokraten rufen die Massen nach links und entlarven die ganze Verlogenheit der Fabeln vom friedlichen Weg, ihren ganzen eigennützigen Klassencharakter. Die Menschewiki werden kleinlaut (wie die in sie verliebte Kadettenpresse selbst zugibt); schüchtern kritisieren sie die Kadetten, nicht als Sozialisten, sondern als linke Kadetten, und ebenso schüchtern reden sie von der Notwendigkeit eines Abkommens mit den Kadetten.

Die vierte Etappe. Die Konferenz der Petersburger sozialdemokratischen Organisation<sup>7</sup> tritt zusammen. Gewählt von allen Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei auf Grund einer Diskussion, d. h. nachdem alle über ein Abkommen mit den Kadetten befragt worden sind, bringt diese Konferenz den Bolschewiki das unbedingte Übergewicht – gleichviel, ob man die Stimmen, die von der einen oder der andern Seite angefochten wurden, zählt oder nicht zählt oder nach einer besonderen Norm zählt. Die Menschewiki verlassen die Konferenz und beginnen die Spaltung. Formal verstecken sie sich hinter lächerlichen und erbärmlichen

organisatorischen Vorwänden (die Bolschewiki hätten angeblich die Mandate nicht richtig bestätigt – in Wirklichkeit hatten die Bolschewiki das Übergewicht, *wie immer* man auch die Mandate zählen mag; die Konferenz habe es abgelehnt, sich in eine Stadt- und eine Gouvernementskonferenz zu teilen – in Wirklichkeit konnte das ZK laut Statut keine solche Forderung aufstellen, und es hat eine derartige Teilung weder von Wilna noch von Odessa oder irgendwelchen anderen Städten verlangt).

In Wirklichkeit ist die Ursache der von den Menschewiki ins Werk gesetzten Spaltung für jedermann klar: die Opportunisten in der Sozialdemokratie laufen vom Proletariat zur liberalen Bourgeoisie, von den sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen zu parteilosen Wählerkollektiven ohne feste organisatorische Form über.

Die Konferenz schenkt dem Auszug der Menschewiki absolut keine Beachtung und setzt *ihre* Arbeit fort. In Petersburg gab es auch unter den Bolschewiki Streitigkeiten: die sogenannten reinen Bolschewiki lehnen jedwedes Abkommen mit irgendeiner anderen Partei ab. Die sogenannten Dissidenten treten für ein Abkommen mit der revolutionären Demokratie – den Trudowiki – ein, um in der Hauptstadt Rußlands die Hegemonie der Kadetten über die unentwickelte werktätige Masse zu brechen. Dieser Streit zwischen den „Reinen“ und den „Dissidenten“ verschärfte sich in einzelnen Fällen, dem Wesen der Sache nach aber begriffen alle Bolschewiki ausgezeichnet, daß diese Meinungsverschiedenheit sie nicht in Prinzipienfragen entzweit, sondern nur dazu beiträgt, alle Wahlchancen und -aussichten gründlich und sachlich zu erörtern.

Das sozialistische Proletariat kann der nichtsozialistischen kleinbürgerlichen Masse nicht verwehren, *ihm Gefolgschaft zu leisten*, wenn es sie von dem Einfluß der Kadetten befreien will. Die Konferenz faßt nach eingehenden Debatten den Beschluß, den Sozialrevolutionären und dem Komitee der Trudowikigruppe ein Abkommen auf folgender Grundlage vorzuschlagen: zwei Dumasitze für die Arbeiterkurie, zwei für die Sozialdemokraten, zwei für die Trudowiki.

Das war in Petersburg der einzig richtige und der einzig mögliche Beschluß: die Aufgabe, die Kadetten zu schlagen, darf nicht auf die leichte Achsel genommen werden; es gibt keine Schwarzhundertergefahr bei zwei linken Wahllisten; bei einer weiteren Zersplitterung der Linken dagegen könnte es eine solche Gefahr geben, und dann wäre es unmöglich, die

Massen der Wähler zusammenzufassen. Und an der Vorherrschaft der Sozialdemokraten hielt die Konferenz mit ihrem Vorschlag unbedingt fest; die ideologische und die politische Hegemonie der Sozialdemokratie wurde gestärkt und dabei die Reinheit ihrer Prinzipien in vollem Umfang gewahrt.

Was die Partei der Volkssozialisten betrifft, so beschloß die Konferenz, sie als eine halbkadettische Partei, die in den Grundfragen des Kampfes außerhalb der Duma eine ausweichende Haltung einnimmt, nicht mit einzubeziehen. Bekanntlich hat sich diese Partei nach der Auseinanderjagung der Duma vom revolutionären Kleinbürgertum getrennt und in der legalen Presse Vorsicht und Mäßigung zu predigen begonnen.

Selbstverständlich war die revolutionäre Sozialdemokratie *verpflichtet*, von den Sozialrevolutionären eine *eindeutige* Stellung gegenüber einer solchen Partei zu *verlangen* und entweder durchzusetzen, daß diese Partei nicht mit einbezogen werde (wahrscheinlich wäre das durchaus möglich gewesen, wenn die Menschewiki nicht im entscheidenden Augenblick von den Sozialisten zu den Kadetten übergelaufen wären), oder zumindest jede Verantwortung für *solche* „Trudowiki“ abzulehnen.

Die fünfte Etappe. Die von den Menschewiki ins Werk gesetzte Spaltung beflügelt die Hoffnungen der *gesamten* liberalen Bourgeoisie. Die ganze Kadettenpresse frohlockt, sie frohlockt über die „Isolierung“ der verhaßten Bolschewiki, über den „mannhaften“ Übergang der Menschewiki von der Revolution zum „oppositionellen Block“. Die „Retsch“<sup>8</sup>, die diesen Ausdruck geprägt hat, nennt die Menschewiki und die Volkssozialisten schon direkt „*gemäßigt sozialistische Parteien*“. Man erhält wirklich den Eindruck, daß die Kadetten das ganze Kleinbürgertum (d. h. alle Trudowiki einschließlich der Sozialrevolutionäre) und den gesamten kleinbürgerlichen Teil der Arbeiterpartei, d. h. die Menschewiki, hinter sich herziehen.

Die Bolschewiki setzen ruhig ihre selbständige Arbeit fort. Wir sind froh, erklären sie, daß wir uns von einer schmutzigen Sache, vom Verrat und von der Wankelmütigkeit des Kleinbürgertums, isolieren. Wir ordnen unsere Taktik nicht der Jagd nach Sitzen unter. Wir erklären: In Petersburg wird es *in jedem Falle* drei Listen geben: die Liste der Schwarzhunderter, die Liste der Kadetten und die Liste der Sozialdemokraten.

Die sechste Etappe. Wahlen in der Arbeiterkurie und Entlarvung der ganzen Doppelzüngigkeit der Trudowiki.

In der Arbeiterkurie siegen die Sozialdemokraten, aber die Sozialrevolutionäre haben einen bedeutend größeren Anteil erhalten, als wir erwarteten. Es stellt sich heraus, daß *die Sozialrevolutionäre in der Arbeiterkurie vorwiegend Menschewiki geschlagen haben*. Im Wiborger Bezirk, in dieser Hochburg des Menschewismus, kommen, wie berichtet wird, *mehr Sozialrevolutionäre als Sozialdemokraten durch!*

Also bestätigt sich bei uns dieselbe Erscheinung, die schon seit langem in andern Ländern zu verzeichnen ist. Der Opportunismus in der Sozialdemokratie stößt die Arbeitermasse dermaßen ab, daß diese sich der revolutionären Bourgeoisie in die Arme wirft. Die völlig haltlose und von Schwankungen erfüllte Politik der Menschewiki schwächt die Sozialdemokratie außerordentlich und kommt in der städtischen Kurie den Kadetten, in der Arbeiterkurie den Sozialrevolutionären zugute.

Nur die *revolutionäre Sozialdemokratie* vermag den Anforderungen der proletarischen Masse Genüge zu tun und sie *nachhaltig* von *allen* kleinbürgerlichen Parteien zu lösen.

Anderseits aber decken die Ereignisse auch die ganze Doppelzüngigkeit der Trudowiki auf. In der Arbeiterkurie schlagen sie (die Sozialrevolutionäre) uns dadurch, daß sie gegen die Menschewiki losziehen, die sich auf einen Block mit den Kadetten einlassen. Gleichzeitig treiben sie in der Wahlkampagne ein ganz prinzipienloses Spiel. Sie geben als Partei keine Erklärungen ab, veröffentlichen selbständig keine organisatorischen Beschlüsse, erörtern nicht offen die Frage der Blocks mit den Kadetten. Sie löschen gewissermaßen absichtlich alle Lichter aus – wie Leute, die im Dunkeln dunkle Geschäfte machen wollen.

*Man sagt*, die Sozialrevolutionäre hätten einen Block gebildet mit den Volkssozialisten. Niemand kennt die Bedingungen und den Charakter dieses Blocks. Man deckt die Karten nicht auf. *Es wird gesagt* (vgl. „Rodnaja Semlja“ vom 15. Januar – an dieser Zeitung aber arbeitet Herr Tan<sup>9</sup> mit), die Sozialrevolutionäre seien für einen Block mit den Kadetten. Niemand weiß, was daran Wahres ist. Man deckt die Karten nicht auf. In den Wahlversammlungen herrscht dasselbe Durcheinander: ein Sozialrevolutionär fordert zusammen mit den Volkssozialisten zum Block mit den

Kadetten auf ein anderer bringt eine Resolution durch gegen den Block mit den Kadetten, für einen Block aller Linken gegen die Kadetten.

Die völlige Haltlosigkeit und Doppelzüngigkeit des *gesamten* Kleinbürgertums, selbst seines revolutionärsten Teils, tritt *augenfällig* in Erscheinung, wird vor den Massen offenbar. Wenn wir keinen kleinbürgerlichen, opportunistischen Teil der Sozialdemokratie hätten, dann hätten wir eine großartige Gelegenheit, der *ganzen* Arbeitermasse klarzumachen, warum *nur* die Sozialdemokratie fähig ist, ehrlich und konsequent ihre Interessen zu verteidigen.

Die Bolschewiki betreiben ihre Agitation auf dieser Grundlage. Die Bolschewiki verfolgen unbeirrt ihre Linie: in Petersburg *wird* es eine Liste der Kadetten und eine Liste der Sozialdemokraten *geben*. Unser Entschluß *hängt nicht ab* von den Schwankungen des Kleinbürgertums: will es unserem Ruf Folge leisten und mit dem Proletariat zusammen gegen die Liberalen gehen, um so besser für das Kleinbürgertum. Will es das nicht – um so schlimmer für das Kleinbürgertum, wir aber werden *auf jeden Fall* den sozialdemokratischen Weg gehen.

Die siebente Etappe. *Zerfall*. Die Kadetten verstricken sich in Verhandlungen mit den Schwarzhundertern. Die Opportunisten des Kleinbürgertums verstricken sich in Verhandlungen mit den Kadetten. Die Bolschewiki verfolgen unbeirrt ihre Linie.

Die Zeitungen teilen mit: 1. daß Herr Miljukow von Herrn Stolypin in Audienz empfangen wird; 2. daß nach Meldungen ausländischer Zeitungen die Regierung bereit ist, die Kadettenpartei unter der Bedingung, daß sie keine Blocks mit den Linken eingeht, zu legalisieren.

In die Machenschaften, die die Partei der liberalen Verräter hinter den Kulissen betreibt, dringt ein Lichtstrahl. Die Kadetten *fürchten sich*, das Angebot der Schwarzhunderter abzulehnen, weil diese mit der Auseinanderjagung der Duma drohen.

Hier haben wir die *wirkliche Ursache* dafür, daß die Kadetten in der Frage der Abkommen zum Schrecken der Opportunisten des Kleinbürgertums plötzlich „steinhart“ werden.

Die Kadetten werden bockig. Der gesamten Linken mehr als zwei Dumasitze? Um keinen Preis! In jeder Nummer stellt die kadettische „Retsch“ mit vollster Deutlichkeit und geradezu schulmeisterlich klar, daß sie bereit ist, die gemäßigten Sozialisten (zwei von sechs Sitzen) *ins*

*Schlepptau zu nehmen, um gegen die „revolutionären Illusionen“ zu kämpfen, um die Revolution zu bekämpfen. Mit der Revolution zusammengehen aber – niemals!*

Die Opportunisten sind verzweifelt. Der Ton der Artikel des „Towarischtsch“ gegen die „Retsch“ wird geradezu hysterisch. Herr Bogutscharski, ein Renegat der Sozialdemokratie, dreht sich und wendet sich, redet der „Retsch“ ins Gewissen und fordert – zusammen mit anderen Schreibern des „Towarischtsch“ – das Blatt auf, sich zu besinnen usw. Wenn noch vor kurzem „Retsch“ und „Towarischtsch“ gemeinsam darüber jubelten, daß die Bolschewiki isoliert waren und die gemäßigten Sozialisten sich den Liberalen untergeordnet hatten, so liegen sie sich jetzt in den Haaren und beschimpfen einander. Am 7. Januar erfuhr Petersburg von dem Beschluß der Petersburger sozialdemokratischen Konferenz. Heute ist der 18. Januar, und bis jetzt sind die Kadetten und die Opportunisten zu *keinem* Entschluß gekommen! Heute ist der Ton der „Retsch“ gegenüber dem „Towarischtsch“ besonders unversöhnlich, heute ist der Ton des „Towarischtsch“ in seinen Glossen gegen die „Retsch“ besonders scharf und betroffen.

Die Bolschewiki verfolgen unbeirrt ihre Linie. In Petersburg wird es drei Listen geben. Wo die Kleinbürger stehen werden, ist ihre Sache, das revolutionäre Proletariat aber wird auf jeden Fall seine Pflicht erfüllen.

Wie sich die achte Etappe gestalten wird, wissen wir nicht. Das hängt zu guter Letzt von den Verhandlungen, von den Beziehungen zwischen den Kadetten und der Schwarzhunderterregierung ab. Ob sie sich auf der Grundlage einer sofortigen Legalisierung der Kadetten oder auf einer andern Grundlage miteinander „versöhnen“ – isoliert werden die Kleinbürger sein. Werden die Kadetten und die Schwarzhunderter *einstweilen* nicht handelseins, dann werden die Kadetten den Kleinbürgern vielleicht auch drei Sitze geben. Die Sozialdemokratie macht ihre Politik nicht davon abhängig.

Der Gang der Ereignisse in der Petersburger Wahlkampagne gibt uns ein kleines, aber vortreffliches Bild von dem gegenseitigen Verhältnis zwischen den Schwarzhundertern, den Kadetten und dem revolutionären Proletariat. Und dieser Gang der Ereignisse bestätigt wunderbar die erprobte, alte, unversöhnliche Taktik der revolutionären Sozialdemokratie.

Geradlinige Politik ist die beste Politik. Prinzipielle Politik ist die prak-

tischste Politik. Nur sie vermag der Sozialdemokratie wirklich und auf die Dauer die Sympathien und das Vertrauen der Masse zu verschaffen. Nur sie kann die Arbeiterpartei von der Verantwortung für die Verhandlungen Stolypins mit Miljukow, Miljukows mit Annenski, Dan oder Tschernow befreien.

Die Opportunisten der Sozialdemokratie und der „Trudowikiparteien“ aber werden diese Verantwortung von nun an für immer tragen.

Nicht umsonst versuchen die schwankenden Menschewiki, sich zu retten, und dabei bedienen sie sich bereits der Heuchelei. Wir sind entweder für den Kampf gegen die Schwarzhundertergefahr oder für rein sozialdemokratische Listen, erklären die Sozialdemokraten, die die Konferenz verlassen haben (wenn man den heutigen Zeitungen glauben darf). Eine komische Ausrede, daß nur ganz naive Leute Glauben schenken könnten! Es ist erwiesen, daß bei zwei linken Listen in Petersburg keine Schwarzhundertergefahr besteht, besteht sie aber bei drei Listen? Wollen die Menschewiki es etwa darauf ankommen lassen?! Nein, sie klammern sich nur an einen Strohalm, denn der Gang der Ereignisse hat sie unausweichlich vor die Wahl gestellt: entweder zu den Kadetten überzulaufen und sich der ideologisch-politischen Hegemonie der Kadetten völlig unterzuordnen, oder den Bolschewiki zu folgen und für die sozialdemokratischen Listen einzutreten, auf die auch Trudowiki gesetzt werden.

Solche Listen würden in Petersburg sicherlich sowohl die Schwarzhunderter als auch die Kadetten besiegen. Und die revolutionäre Sozialdemokratie, die sofort die richtige Linie eingeschlagen hat, wird diese Linie unbeirrt verfolgen – ohne Furcht vor zeitweiligen Niederlagen im Falle eines Übergangs der Kleinbürger zu den Liberalen –, sie wird dabei neue Kraft und Festigkeit aus den Schwankungen und Wankelmütigkeiten des Opportunismus schöpfen.

In St. Petersburg wird es drei Listen geben: die Liste der Schwarzhunderter, die Liste der Kadetten und die Liste der Sozialdemokraten.

Bürger, trifft eure Wahl!

„Prostyje Retschi“ Nr. 2,  
21. Januar 1907.

Nach dem Text der  
„Prostyje Retschi“.

## VON STUFE ZU STUFE

Die Wahlen in Petersburg liefern ein wunderbar aufschlußreiches Material zum *praktischen* Studium des Charakters der verschiedenen Parteien und der Klassentendenzen bzw. der Klassenbedeutung ihrer Politik.

Die meiste Beachtung in dieser Hinsicht verdienen zwei Tatsachen: die Verhandlungen der Kadetten mit dem Führer der Schwarzhunderterregierung, Stolypin, und die Verhandlungen der kleinbürgerlichen Parteien mit den liberalen Gutsbesitzern, den Kadetten.

Über die Verhandlungen der Kadetten mit den Schwarzhundertern wissen wir bislang nicht viel: die Audienz Miljukows bei Stolypin – die Versuche, die Kadettenpartei um den Preis des Verzichts auf einen Block mit den Linken zu legalisieren. *Diese Verhandlungen werden ganz geheim geführt, und ihre Entlarvung ist eine Sache der Zukunft.*

Die anderen Verhandlungen finden bis zu einem gewissen Grade vor aller Augen statt. Die Rolle der opportunistischen Sozialdemokraten tritt hier besonders deutlich in Erscheinung.

Warum haben sie sich von der Petersburger Sozialdemokratie abgespalten?

Um ein Abkommen mit den Kadetten zu treffen.

Die Kadetten aber lassen sich auf ein Abkommen mit den Menschewiki *allein* nicht ein.

*Und siehe da, die Menschewiki bilden einen Block mit allen kleinbürgerlichen Parteien, d. h. mit den Sozialrevolutionären, mit den Trudowiki und mit den Volkssozialisten.*

Die Opportunisten, die sich von der Sozialdemokratie abgespalten haben, gehen zum Kleinbürgertum!

Worin bestehen die Bedingungen dieses Blocks?

Darin, *gemeinsam* ein Abkommen mit den Kadetten einzugehen, wonach dem Linksblock drei von den sechs Dumasitzen überlassen werden.

Uns ist bekannt, daß der Vertrag der Menschewiki mit den kleinbürgerlichen Parteien schriftlich geschlossen wurde, zumindest lag eine gemeinsame Resolution vor. Die neuen Bundesgenossen haben anscheinend nicht die Absicht oder doch keine Eile, sie der Öffentlichkeit zu unterbreiten.

Uns ist ferner bekannt, daß an den Verhandlungen über die Bildung dieses Blocks *Gen. Dan teilgenommen hat, obgleich er hierzu weder von der Gruppe der Petersburger Sozialdemokraten, die sich abgespalten haben (31 Mann), noch von irgendeiner anderen Parteiorganisation bevollmächtigt war.*

Der Verlauf der politischen Ereignisse hat unsere ständige Behauptung, daß die Menschewiki den *opportunistischen, kleinbürgerlichen* Teil der Arbeiterpartei bilden, der sich durch dieselbe Prinzipienlosigkeit und Wankelmütigkeit auszeichnet wie das gesamte Kleinbürgertum überhaupt, so gut bestätigt, wie wir es uns besser nicht hätten träumen lassen.

Man überlege sich einmal wirklich, was die Menschewiki fertigbringen! Waren sie es nicht, die vor aller Welt laut beteuerten, daß sie die Klassenreinheit der Sozialdemokratie vor den Bolschewiki bewahren, die angeblich zu den kleinbürgerlichen Sozialrevolutionären neigen?

Jetzt werden sie von den Ereignissen entlarvt. Die Bolschewiki schlagen dem Kleinbürgertum offen vor, mit dem Proletariat *gegen* die liberalen Bourgeois zu gehen.

Die Menschewiki lehnen das ab und *bilden insgeheim* (denn niemand kennt die Bedingungen ihres Blocks, und Gen. Dan war von niemand bevollmächtigt) einen Block mit *allen* Kleinbürgern, sogar mit den am weitesten rechts stehenden (den Volkssozialisten), um im Verein mit ihnen die unter ihrem Einfluß stehenden Arbeiter *der Führung der liberalen Bourgeoisie* auszuliefern!

Sämtliche kleinbürgerlichen Parteien *einschließlich der Menschewiki* (nicht umsonst rechnet die „Retsch“ sie schon zu dem „oppositionellen Block“, der sich von der Revolution getrennt hat, und bezeichnet die Volkssozialisten und die Menschewiki als „gemäßigt sozialistische Parteien“) ziehen es vor, mit den Liberalen zu schachern, anstatt gemeinsam mit dem Proletariat zu kämpfen.

Alle klassenbewußten Arbeiter Petersburgs mögen sich gut überlegen, wohin die Menschewiki die Arbeiterpartei führen!

Fragt sich nun, was ist das Ergebnis dieser Verhandlungen des Kleinbürgers mit den Liberalen?

Einstweilen wissen wir aus den heutigen Zeitungen (vom 19. Januar) nur, daß gestern in Petersburg eine Beratung von Vertretern der Sozialrevolutionäre, der Trudowikigruppe, der Volkssozialisten und der *Menschewiki* (d. h. des gesamten neuen kleinbürgerlichen Blocks) mit den *Kadetten* stattgefunden hat. Laut dieser Meldung haben es die Kadetten entschieden abgelehnt, dem „Linksblock“ drei Dumasitze zu geben. Der „Linksblock“ aber hat es abgelehnt, zwei Sitze anzunehmen.

Die „Retsch“ bemerkt dazu: „Die Vertreter der bolschewistischen Sozialdemokraten waren zur *Konferenz* nicht erschienen.“ Jawohl, wir gehen nicht hin, um gemeinsam mit Kleinbürgern die Arbeiterpartei an die Liberalen zu verraten!

Was wird weiter sein? Das weiß man nicht. Der Schacher des kleinbürgerlichen Blocks mit den Kadetten wird wahrscheinlich noch fortgesetzt werden.

In der Partei der Sozialrevolutionäre gibt es jedoch, wie berichtet wird, ein Arbeiterkomitee, das Blocks mit den Kadetten entschieden verurteilt. Was an dieser Mitteilung Wahres ist, wissen wir nicht, denn *die Sozialrevolutionäre verheimlichen der Öffentlichkeit vorsätzlich* sowohl die Bedingungen ihres Blocks mit den Volkssozialisten (niemand weiß auch nur, wann und von wem dieser Block gebildet worden ist!) als auch die Strömungen innerhalb ihrer eigenen Partei in der Frage von Blocks mit den Kadetten.

Heute (am 19. Januar) teilt die „Retsch“ einen Beschluß des Petersburger Komitees der Sozialrevolutionäre mit, der die Gerüchte bestätigt, daß der *proletarische* Teil der Partei der Sozialrevolutionäre nicht für Blocks mit den Kadetten ist. Die Meldung der „Retsch“ lautet:

„Das Petersburger Komitee der Partei der Sozialrevolutionäre, das ein Abkommen (welches? wann? zu welchen Bedingungen?) mit der Trudowikigruppe und der Gruppe der Volkssozialisten geschlossen hat, hat den Beschluß gefaßt, an die Fraktionen der Sozialdemokratischen Partei – Bolschewiki und Menschewiki – mit dem Vorschlag heranzutreten, ein Abkommen der sozialistischen (?) Gruppen zur zweckmäßigsten Durch-

führung der Kampagne vor (?) den Wahlen zu schließen, wobei, falls es nicht zu einem Abkommen mit beiden Fraktionen kommt, doch ein Abkommen mit der Fraktion der Bolschewiki getroffen werden soll. Im Falle der Schaffung eines gesamtsozialistischen Abkommens müssen sich die Vertreter der Sozialrevolutionäre einsetzen (?!) für die Unzulässigkeit eines Abkommens mit den Kadetten und für das selbständige Auftreten des sozialistischen Blocks.

Wenn jedoch die Mehrheit der Gruppen (?) nicht ein selbständiges Auftreten, sondern ein technisches (!?) Abkommen mit den Kadetten für zweckmäßiger erachtet, so fügt sich (!) das Petersburger Komitee der Partei der Sozialrevolutionäre dem Beschluß der Mehrheit (einer Mehrheit *anderer* Parteien!), macht es aber zur unerläßlichen Bedingung eines solchen Abkommens, daß in diesem Fall alle Sitze, die auf die sozialistischen Gruppen entfallen, ausschließlich der Arbeiterkurie überlassen werden.“

Man kann eine Prämie von 1 Million Rubel für denjenigen aussetzen, der etwas von diesem Kauderwelsch versteht! Sich für die *Unzulässigkeit* von Abkommen mit den Kadetten einsetzen und – vorher einen Block mit den Volkssozialisten eingehen, die geschlossen hinter den Kadetten stehen! Von den Kadetten drei Sitze *ausschließlich* für die Arbeiterkurie verlangen und gleichzeitig zu einer „Konferenz“ mit den Kadetten gehen, zusammen mit den Volkssozialisten und den Trudowiki, die solche Bedingungen *nicht stellen!* Sich mit seiner Selbständigkeit als Partei, zum Unterschied von „Gruppen“, brüsten und sich gleichzeitig der „Mehrheit“, d. h. drei Gruppen (Trudowiki, Volkssozialisten, Menschewiki), *unterordnen!* Weiser Ödipus, löse du das Rätsel!

Und die proletarischen Bevollmächtigten der Sozialrevolutionäre (Moskauer Bezirk) *billigen* einen derartigen kleinbürgerlichen Kleister, der den Verrat ihrer Interessen an die Liberalen verdeckt! Aber diese Arbeiter bringen weiter „ihre tiefe Entrüstung zum Ausdruck über die Quertreibereien der menschewistischen Fraktion der Sozialdemokratie gegenüber den übrigen sozialistischen Gruppen und Parteien“.

O naive sozialrevolutionäre Proletarier!

Warum entrüstet ihr euch über die Menschewiki und entrüstet euch *nicht* über das Petersburger Komitee der Partei der Sozialrevolutionäre?

Die einen wie die andern zerran euch gleichermaßen unter die Fittiche der Liberalen.

Es ist klar, was hinter diesen Zwistigkeiten im kleinbürgerlichen Block steckt! Es droht der Bruch mit den Kadetten. Die *Volkssozialisten* und die *Menschewiki* dürften wohl geneigt sein, zwei Sitze von den Kadetten für sich zu nehmen und den übrigen Teil des Kleinbürgertums ebenso zu verraten, wie die Menschewiki das Proletariat verraten haben!

*Da liegt der Hund begraben!*

Von Stufe zu Stufe. Die Arbeiterpartei verraten und zum kleinbürgerlichen Block übergehen. Den kleinbürgerlichen demokratischen Block verraten und zu den Kadetten übergehen. Viel Glück auf den Weg!

Miljukow aber unterhält sich bei der Audienz mit Stolypin: „Ew. Exzellenz geruhen zu sehen, ich habe die Revolution gespalten und die Gemäßigten von ihr losgerissen! Ein kleines Trinkgeld von Ew. Gnaden . . .“ Stolypin: „Tja, ich werde um Ihre Legalisierung einkommen. Wissen Sie, Pawel Nikolajewitsch, zersplittern Sie das Arbeitergesindel mit Schmeicheleien, ich aber werde mit dem Knüttel dreinfahren. So werden wir dann also von beiden Seiten . . . Abgemacht, Pawel Nikolajewitsch!“

*Geschrieben am 19. Januar*

*(1. Februar) 1907.*

*Veröffentlicht am 25. Januar 1907*

*im „Proletari“ Nr. 12.*

*Nach dem Text des „Proletari“.*

## DER PROTEST DER 31 MENSCHEWIKI

Wir erhalten eben die gedruckte Flugschrift „Warum waren wir genötigt, die Konferenz zu verlassen? (Erklärung von 31 Konferenzteilnehmern an das ZK)“.

Über die grundsätzliche Seite der Sache sagen die Menschewiki hier *kein einziges Wort!* Der Übergang von der Arbeiterpartei zum kleinbürgerlichen Block (Menschewiki, Sozialrevolutionäre, Trudowiki und Volkssozialisten) und von dort zu den Kadetten, alles das soll also dem Proletariat gleichgültig sein. Über das Wesen der Sache wünschen sich die Protestler nicht zu äußern, sie stehen *nur* auf formalem Boden.

Sehen wir uns ihre formalen Argumente an. Es sind ihrer drei: 1. Die Geschichte des Petersburger Komitees und seine undemokratische Organisation. 2. Die unrichtige Mandatsbestätigung durch die Konferenz. 3. Die Weigerung der Konferenz, sich in eine Stadtkonferenz und eine Gouvernementskonferenz zu teilen.

Zum ersten Argument fragen wir: Was hat das Petersburger Komitee damit zu tun? Zur Konferenz fanden doch *gesonderte* Wahlen statt?

Was die Menschewiki über die Geschichte des Petersburger Komitees und seine angeblich undemokratische Organisation sagen, ist der Sache nach eine *himmelsbreiende Unwahrheit*. Man muß es geradezu als Kuriosum vermerken, daß z. B. der Lettische Bezirk (über dessen Aufnahme die Menschewiki sich beschwerten) *noch vor* dem Vereinigungsparteitag aufgenommen wurde, d. h. zu einer Zeit, da sich das Petersburger Komitee zu *gleichen Teilen* aus Bolschewiki und Menschewiki zusammensetzte. Folglich haben die Menschewiki selbst *aus freien Stücken* vor mehr als einem halben Jahr die Aufnahme der Letten als zu Recht erfolgt aner-

kannt! Oder weiter: Die Menschewiki beschwerten sich, daß das Petersburger Komitee die Kooptation einer gewissen Anzahl von Mitgliedern zugelassen hat. Nun hatten es doch, wie sie hinzuzufügen vergessen, *die Menschewiki selbst* durchgesetzt, daß eine solche Kooptation für zulässig erklärt wurde! Nach diesen Beispielen kann man darüber urteilen, wie gerechtfertigt die verspätete Kritik an der Zusammensetzung des Petersburger Komitees ist.

Das zweite Argument. Die Konferenz, man denke doch, ist bei der Mandatsprüfung nicht richtig vorgegangen. Die Menschewiki sind nicht gewillt, die Stimmen der Handelsangestellten anzuerkennen, und bezeichnen *selbst* folgendes Stimmenverhältnis als allein richtig: Bolschewiki 1560 Stimmen plus 180 Stimmen für die Plattform des revolutionären Blocks, insgesamt 1740 Stimmen; Menschewiki 1589 Stimmen. Oder auf Mandate umgerechnet, wobei auch die Reststimmen mitgezählt werden: Bolschewiki 35, Menschewiki 32 Mandate (siehe S. 8 der menschewistischen Flugschrift).

Es bleibt uns nur übrig zu betonen, daß die Bolschewiki *auch nach der Meinung unserer gestrengen Kritiker* auf der Konferenz das *Übergewicht* hatten und *haben mußten!*

Genossen, es ist doch jedermann bekannt, daß die „Dissidenten“ (Plattform des revolutionären Blocks) ebenfalls Bolschewiki sind. Und da ihr anerkennt, daß die Bolschewiki, *sogar wenn* es Sache der Menschewiki gewesen wäre, die Mandate zu bestätigen, 35 gegen 32 Mandate der Menschewiki gehabt hätten, wozu dann der ganze Lärm?

Ihr seid selbst genötigt zuzugeben, daß die Petersburger Sozialdemokratie eine bolschewistische Sozialdemokratie ist.

Sehen wir uns aber noch an, *wie* die Menschewiki die Prüfung der Mandate durch die Konferenz kritisieren.

Die Angestelltenstimmen wollen sie überhaupt nicht zählen. Warum? „Unter dem Vorwand, es sei unmöglich, Versammlungen einzuberufen“, lesen wir in der Flugschrift, „erhielt das führende Kollektiv der Handelsangestellten, nachdem es versucht hatte, seine Mitglieder zu befragen, und dabei insgesamt ungefähr 100 Stimmen gezählt hatte, von dem Petersburger Komitee das Recht, 5 Vertreter zu wählen, wobei aus unbekanntenen Gründen bei insgesamt 313 organisierten Angestellten je ein Mandat auf 60 Mitglieder gerechnet wurde . . .“ (S. 4.)

Jedermann weiß, daß es schwierig ist, eine Versammlung der Handelsangestellten zu organisieren. Was für ein Grund besteht dann, von einem „Vorwand“ zu reden? Was für ein Grund besteht, 313 *organisierte* Handelsangestellte (d. h. Parteimitglieder) überhaupt zu negieren? Müßt ihr nicht selbst zugeben, daß man *versucht hat, die Mitglieder zu befragen*, d. h., daß das Kollektiv Maßnahmen getroffen hat, um allen Parteimitgliedern eine Stellungnahme zu ermöglichen?

Dadurch aber, daß das Petersburger Komitee die Norm von 50 auf 60 erhöhte, hat es bereits selbst den nicht völlig demokratischen Charakter des Vertretungsmodus zugegeben.

Der Moskauer Bezirk. Die Menschewiki zählen unter den Stimmen, die angefochten wurden, 185 bolschewistische Stimmen. Dabei schreiben die Verfasser der Flugschrift *doch selbst* in der Rubrik „Motive der Anfechtung der Wahlen“ buchstäblich folgendes: „*Bedingt angefochten, für den Fall, daß ähnliche Wahlen in einem andern Bezirk von den Bolschewiki nicht bestätigt werden.*“

Gut, nicht wahr? Die Menschewiki haben die bolschewistischen Mandate *bedingt* angefochten, auf jeden Fall!! Zusammenfassend erklären sie *selbst*, daß „die Zahl der Stimmen, die wirklich nicht bestätigt werden durften“, bei den Bolschewiki nicht 300, sondern – 115 betrug, *das heißt, sie geben selbst zu, daß 185 Stimmen bestätigt werden mußten!*

Also „bedingte“ Anfechtung von Stimmen, die in Wirklichkeit zu bestätigen waren – das sind die Methoden der Menschewiki!

Und diese Leute erlauben sich noch, davon zu reden, daß der Vertretungsmodus auf der Konferenz nicht richtig war . . .

Die Zahl der *unstrittigen* Stimmen beträgt selbst nach Meinung der Menschewiki bei den *Bolschewiki* 1376, bei den *Menschewiki* 795. Also sogar bei Anwendung der unvergleichlich originellen Methode „bedingter Anfechtung“ *kommt* ihr, liebe Genossen, die große Mehrzahl der bolschewistischen Stimmen *nicht* anfechten!

Unter den 789 menschewistischen Stimmen, die (laut Angaben der Flugschrift) von den *Bolschewiki* angefochten wurden, sind die 234 Stimmen aus dem Wiborger Bezirk besonders zu beachten. In der Rubrik „Motive der Anfechtung“ lesen wir: „Wahlen nicht nach Plattformen, wenn auch debattiert worden war.“ Die Debatten beweisen nicht im geringsten, daß *die an der Abstimmung Beteiligten selbst* sich für Blocks

mit den Kadetten aussprachen, folglich hat die Konferenz es mit Recht abgelehnt, den Anhängern von Blocks mit den Kadetten *solche Stimmen* zuzurechnen, die nicht direkt und unzweideutig dafür abgegeben waren. Für diese 234 Stimmen hat die Konferenz die Vertretungsnorm erhöht.

Ferner haben die Bolschewiki 370 Stimmen des Französisch-Russischen Unterbezirks (Stadtbezirk) angefochten. In der Rubrik „Motive der Anfechtung“ lesen wir: „Ohne Plattform 100, der Rest aber (270) auf Grund von zweistufigen Wahlen nach Debatten.“

Man sieht: hinweg mit den Stimmen der Handelsangestellten, ungeachtet des „Versuchs einer Befragung“. Von den Stimmen der Menschewiki aber müssen ausnahmslos alle anerkannt werden, obgleich die *Wahlen zweistufig* waren und sich in Wirklichkeit durch nichts von dem Verfahren unterscheiden, nach dem die Angestellten ihre Vertreter entsandt haben! Nein, Genossen Menschewiki, schlecht verteidigt ihr die menschewistischen Mandate!

Über die Teilung der Konferenz sagen die Menschewiki ganz kurz: „Obgleich dieser Vorschlag durchaus *rationell* war...“, wurde er von der Konferenz abgelehnt (S. 5). Auf der folgenden Seite aber wird das Geheimnis dieser „Rationalität“ indiskret gelüftet: „Innerhalb der eigentlichen Stadtgrenzen gehörte die gewaltige Mehrheit (!) den Menschewiki“ (wenn man die Stimmen auf menschewistische Art zählt, d. h., wenn man die Stimmen aller Handelsangestellten hinauswirft, alle Stimmen des Französisch-Russischen Unterbezirks und des Wiborger Bezirks aber mitzählt!).

Darum geht es! Es war rationell, zu teilen, um ein menschewistisches Übergewicht zusammenzuschieben. Ganz einfache Sache. Warum aber habt ihr vergessen, Genossen, zu erzählen, wie man „rationellerweise“ z. B. den *Eisenbahner*-Bezirk teilen könnte? oder weshalb das ZK nicht den *rationellen* Vorschlag gemacht hat, die *Wilnaer*, die *Odessaer* Konferenz usw. zu teilen??

Die formalen Proteste der Menschewiki sind eine leere, unernste Nörgelei. Ernst ist ihr Entschluß, zu den Kadetten hinüberzuwechseln. Darüber aber bewahren die 31 Protestler völliges Stillschweigen.

## DIE WAHLEN IN PETERSBURG UND DIE HEUCHELEI DER 31 MENSCHEWIKI<sup>40</sup>

Die Zeitung „Towarischtsch“ veröffentlicht heute (am 20. Januar) umfangreiche Auszüge aus dem Aufruf der 31 Menschewiki, die sich am Vorabend der Wahlen in St. Petersburg von der sozialistischen Organisation abgespalten haben.

Erinnern wir zunächst mit ein paar Worten an die *faktische* Geschichte der Machenschaften, die sich die von der Sozialdemokratie abgespaltenen Menschewiki nach dem Verlassen der Konferenz geleistet haben.

1. Nachdem sie sich von den sozialdemokratischen Arbeitern abgespalten hatten, *bildeten sie einen Block mit dem Kleinbürgertum* (Sozialrevolutionären, Trudowiki und Volkssozialisten) zu gemeinsamem Mandatschacher mit den Kadetten. Den schriftlichen Vertrag über diesen Eintritt der abgespaltenen Sozialdemokraten in den kleinbürgerlichen Block *verheimlichten sie vor den Arbeitern* und vor der Öffentlichkeit.

Wir geben indessen die Hoffnung nicht auf, daß dieser Vertrag doch noch veröffentlicht wird und daß das Verborgene offenbar wird.

2. Als Bestandteil des kleinbürgerlichen Blocks (der in den Zeitungen fälschlich als „Linksblock“ bezeichnet wird) haben die abgespaltenen Menschewiki mit den Kadetten darum gefeilscht, daß diesem Block drei von sechs Dumasitzen überlassen werden. Die Kadetten wollten zwei Sitze geben. Man wurde nicht handelseins. Die kleinbürgerliche „Konferenz“ (der Ausdruck stammt nicht von uns, sondern aus den Zeitungen) mit den Kadetten tagte am 18. Januar. Über diese Tagung haben die „Retsch“ und der „Towarischtsch“ berichtet. Die „Retsch“ erklärt heute, das Abkommen sei nicht zustande gekommen (wenn wir auch natürlich darauf gefaßt sein müssen, daß hinter verschlossenen Türen trotzdem noch Verhandlungen stattfinden).

Die Menschewiki berichten einstweilen in der Presse nichts über diese ihre „Aktion“ zum Verkauf von Arbeiterstimmen an die Kadetten.

Sie werden wahrscheinlich vor dem kleinbürgerlichen Block, von dem sie während der Verhandlungen einen Teil bildeten, und nicht vor der Arbeiterpartei Rechenschaft ablegen!

Sie wollen wahrscheinlich nichts darüber erzählen, *weshalb Gen. Dan* an den Verhandlungen teilgenommen hat, obwohl er weder von der Gruppe der 31 noch von irgendeiner anderen Parteiorganisation dazu bevollmächtigt war.

Das sind die *Taten* der 31 Menschewiki.

Wie aber steht es mit ihren *Worten*?

Ihr erstes Argument besagt, daß die Bolschewiki, die das Vorhandensein einer Schwarzhundertergefahr in St. Petersburg bestritten, kein Recht hätten, für ein Abkommen mit den Sozialrevolutionären und den Trudowiki einzutreten, da das angeblich die Beschlüsse der Gesamtrussischen Konferenz verletze, die, wenn keine Schwarzhundertergefahr drohe, ein selbständiges Auftreten der Sozialdemokraten verlangten.

Diese ganze Argumentation ist eine einzige Unwahrheit.

Die 31 abgespaltenen Menschewiki betrügen die Leserschaft. *Keine* einzige Parteistelle hat jemals Abkommen mit den Sozialrevolutionären und Trudowiki, falls eine Schwarzhundertergefahr nicht vorhanden ist, förmlich *verboten*. Ein solches Abkommen besteht z. B. in Moskau, und das ZK hat keinen Widerspruch dagegen erhoben.

Nicht genug damit. Wie sehr die 31 Menschewiki die Wahrheit entstellen, wenn sie sich auf den Beschluß der Gesamtrussischen sozialdemokratischen Konferenz berufen, ist aus folgendem ersichtlich. Jedermann weiß, daß die Beschlüsse dieser (beratenden) Konferenz von den Menschewiki und den *Bundisten* gegen die Stimmen der Bolschewiki, der Polen und der Letten angenommen wurden. Und nun haben *diese selben Bundisten*, die den Beschluß der Gesamtrussischen sozialdemokratischen Konferenz durchgesetzt haben, *offiziell* erklärt, daß sie Blocks mit den Sozialrevolutionären und der revolutionären Demokratie schlechthin dann für zulässig erachten, wenn keine Schwarzhundertergefahr, dafür aber eine *Kadettengefahr* besteht. Darüber liegt ein *Beschluß* des ZK des „Bund“ vor, der von niemand angefochten wurde. Darüber wurde auch in dem russischen Organ des „Bund“, „Nascha Tribuna“ [Unsere Tri-

büne], berichtet, und alle russischen Sozialdemokraten, die lesen und schreiben können, wissen davon.

Die 31 Menschewiki betrügen die Arbeiter und die gesamte Leserschaft.

Wir haben weiter auseinandergesetzt, daß die Gesamtrussische sozialdemokratische Konferenz dem ZK anheimgestellt hat, überall und allerwärts Nichtsozialdemokraten aus den sozialdemokratischen Listen *auszuschließen*, d. h. zu verlangen, daß die Sozialdemokraten unbedingt selbständig auftreten. Noch *nirgends* hat das ZK von diesem seinem Recht Gebrauch gemacht, und damit hat es faktisch die Autonomie des „Bund“ und aller übrigen Organisationen der SDAPR anerkannt.

Ferner. Die 31 Menschewiki sind unzufrieden damit, daß die Konferenz die Volkssozialisten (V. S. oder Sozialvolkstümmler) von dem Block mit den Trudowiki ausgeschlossen hat. Die 31 Menschewiki schreiben: „Jedermann weiß, daß diese drei Parteien“ (Sozialrevolutionäre, Volkssozialisten und Trudowiki – die letzteren bilden überhaupt keine Partei) „in St. Petersburg schon längst einen engen Block miteinander geschlossen haben und gemeinsam handeln.“

Wiederum unwahr. Erstens wurde nirgends und niemals offiziell erklärt, daß dieser Block gebildet worden ist und daß seine Bedingungen ihn wirklich zu einem „engen“ Block machen. Es gab bisher nur *ganz unbestimmte* Zeitungsnotizen, auf die man sich in ernstesten Fragen des offiziellen Verkehrs zwischen Parteien nicht stützen kann. Zweitens, daß der Block der drei Trudowikiparteien und -gruppen nicht besonders „eng“ war, wird dadurch bewiesen, daß die Sozialrevolutionäre und das Komitee der Trudowikigruppe, an die sich die sozialdemokratische Konferenz gewandt hat, die Verhandlungen mit dieser *ohne die Volkssozialisten begonnen haben*. Man kann einen Block nicht als engen Block bezeichnen, wenn er einen Teil der Blockpartner nicht daran hindert, unabhängig von dem andern Teil Verhandlungen zu führen. *Bislang* ist eine offizielle Antwort der Sozialrevolutionäre, die von uns verlangt hätte, das Abkommen auch auf die Volkssozialisten auszudehnen, *noch nicht erfolgt*. Drittens wird auf derselben Seite des „Towarischtsch“, auf der die Mitteilung der 31 Menschewiki nachgedruckt wird, „die Resolution des Petersburger Komitees der Partei der Sozialrevolutionäre vom 16. Januar“ veröffentlicht. In einer Anmerkung zu dieser Resolution heißt es: „Ein Rücktritt

der Gruppe der Volkssozialisten von diesem Abkommen (nämlich dem Abkommen der Sozialrevolutionäre, der Trudowiki und der Volkssozialisten) hebt das Abkommen nicht auf. Der Rücktritt einer andern sozialistischen Gruppe oder Partei aber hebt das Abkommen auf.“

Die Tatsachen haben also bewiesen, daß die 31 Menschewiki die *Unwahrheit* gesprochen haben, als sie den Trudowikiblock als eng bezeichneten.

Die Konferenz der Petersburger Sozialdemokratie tat *recht* daran, die Volkssozialisten abzusondern. Sie tat *recht* daran, erstens grundsätzlich, denn es unterliegt keinem Zweifel, daß die Volkssozialisten die *rechteste*, die *unzuverlässigste* Trudowikipartei sind, die den Kadetten am nächsten steht. Zweitens tat sie *recht* daran auch in praktisch-politischer Beziehung, denn sie hat die Trennungslinie zwischen den Trudowikiparteien, die *im Verlauf der politischen Kampagne* unweigerlich in Erscheinung treten mußte, *richtig gezogen*. Jetzt ist es schon allen und jedem klar, daß die Sozialrevolutionäre, und nicht die Sozialdemokraten, die *volle Verantwortung* für die unzuverlässigen Trudowiki tragen würden, wenn die Trudowiki uns *trotz allem* die Volkssozialisten aufzwingen (es wäre natürlich lächerlich, sich vor der Aufnahme der Volkssozialisten in den Trudowikiblock zu fürchten, wenn dies zum Sieg über die Kadetten in Petersburg führen könnte). Die Arbeiterpartei hat dafür gesorgt, daß alle Arbeiter, ja alle Staatsbürger den wirklichen Unterschied zwischen den zuverlässigeren und den weniger zuverlässigen Trudowiki *kennenlernen*, sie hat dafür gesorgt, daß die Verantwortung für die schlechten Trudowiki den Sozialrevolutionären, und nicht der Partei des Proletariats, zufällt.

Welcher Schluß ergibt sich aus diesen Vorfällen mit den Volkssozialisten?

Der Schluß, daß die Menschewiki *prinzipienlos* handelten, als sie einem kleinbürgerlichen Block beitraten, *ohne irgendeinen Unterschied zu machen* und ohne imstande zu sein, das zu tun, was die Pflicht von Sozialdemokraten in der Wahlkampagne ist, nämlich die Massen zu lehren, die Parteien streng und richtig voneinander zu unterscheiden. Die Menschewiki haben sich beeilt, sich mit den Volkssozialisten, d. h. mit einer halbkadettischen Gruppe, in *einem* kleinbürgerlichen Block *zusammensetzen!*

Die Bolschewiki haben grundsätzlich konsequent gehandelt. Sie begannen damit, durch eine offene Resolution, die überall im Namen einer offiziellen sozialdemokratischen Parteistelle veröffentlicht wurde, alle und jeden davon *in Kenntnis zu setzen*, daß die Volkssozialisten eine unzuverlässige Partei sind. Und jetzt haben die Bolschewiki erreicht, daß die revolutionärsten der Trudowiki (nämlich die Sozialrevolutionäre) *selbst* erklärten, die Volkssozialisten könnten aus dem Trudowikiblock austreten, ohne daß dieser damit zu bestehen aufhöre!

Die Bolschewiki *haben erreicht*, daß sich die revolutionären Trudowiki von den opportunistischen Trudowiki getrennt haben. Die Menschewiki ihrerseits stecken bis zum Halse im opportunistischen kleinbürgerlichen Block.

Die Bolschewiki haben die Trudowiki offen und für jedermann vernehmlich zum gemeinsamen Kampf gegen die Kadetten aufgerufen und schon jetzt unbestreitbare politische Erfolge erzielt, ohne noch irgendeinen Block mit irgend jemand gebildet zu haben. Die Menschewiki sind hinter dem Rücken der Arbeiter und prinzipienlos in einen kleinbürgerlichen Block eingestiegen, um mit den Kadetten zu schachern.

Die Arbeiter können danach beurteilen, *wobin* die Menschewiki sie *in Wirklichkeit* führen.

Das dritte und letzte Argument der 31 Menschewiki ist, daß ein Abkommen der Sozialdemokraten mit den Trudowiki in Petersburg die Schwarzhundertergefahr nicht verringere, sondern *vergrößere*. Diese Behauptung ist so unsinnig oder so heuchlerisch, daß wir die Beweisführung der Menschewiki ungekürzt wiedergeben wollen:

„Eine gemeinsame Liste der Sozialdemokraten und der Volkstümler wird populär genug sein, den Kadetten viele Stimmen zu entreißen, sie wird jedoch nicht dazu ausreichen, in ganz Petersburg einen Sieg zu erringen – sie wird besonders dann nicht ausreichen, wenn die Schuld an dem Nichtzustandekommen eines Abkommens aller revolutionären und oppositionellen Parteien in den Augen der Wählermassen die Sozialdemokraten und ihre Verbündeten trifft. In diesem Fall aber wird die Tatsache, daß den Kadetten in verstärktem Maße Stimmen entrissen werden, ganz den vereinigten Schwarzhundertern zugute kommen, die sowohl die Kadettenliste als auch die linke Liste schlagen werden.“

Diese ganze Betrachtung ist eine einzige Heuchelei, die den Mandatschacher der Menschewiki mit den Kadetten verschleiern soll.

In der Tat, man überlege sich nur einmal, was die Menschewiki sagen: ein Abkommen der Sozialdemokraten mit den Trudowiki vergrößere die Schwarzhundertergefahr, denn es entreiße den Kadetten *vielen* Stimmen! Sehr gut, verehrteste Genossen! Wann aber droht nach eurer Meinung ein Sieg der Schwarzhunderter mehr – dann, wenn sich die Nichtschwarzhunderterstimmen auf *zwei* Listen verteilen, oder dann, wenn sie sich auf *drei* Listen verteilen? Nehmen wir an, die Schwarzen erhielten 1000 Stimmen, alle übrigen 2100. In welchem Falle droht ein Sieg der Schwarzen mehr: dann, wenn die 2100 Stimmen sich auf *zwei* Listen verteilen, oder dann, wenn sie sich auf *drei* Listen verteilen?

Um diese verzwickte Aufgabe lösen zu können, mögen sich die 31 Menschewiki an einen Schüler der ersten Gymnasialklasse um Hilfe wenden.

Wir aber werden weitergehen. Es ist noch nicht alles, daß die 31 Menschewiki offensichtlichen Unsinn reden, wenn sie so tun, als ob sie nicht verstünden, daß im Falle eines Abkommens der Sozialdemokraten mit den Trudowiki in Petersburg insgesamt zwei, falls jedoch ein Abkommen nicht zustande kommt, drei Antischwarzhunderterlisten vorhanden sein werden. Das ist noch nicht alles.

Die 31 Menschewiki zeichnen sich außerdem durch eine solche Unkenntnis der Geschichte der ersten Wahlen aus, daß ihnen sogar das Verhältnis der schwarzen und der kadettischen Stimmen bei den Wahlen zur ersten Duma in Petersburg unbekannt ist. Nicht umsonst haben wir das Beispiel genommen: 1000 Stimmen für die Schwarzen, 2100 für alle übrigen Listen. *Dies Beispiel war typisch für neun von den zwölf Petersburger Wahlbezirken bei den Wahlen zur ersten Duma!*

In neun Wahlbezirken, die zusammen 114 von insgesamt 160 Wahlmännern stellen, beläuft sich die *geringste* Stimmenzahl, die für die Kadetten abgegeben wurde, auf *mehr als das Doppelte* der *höchsten* Stimmenzahl, die für die Schwarzen oder für den sogenannten Rechtsblock abgegeben wurde.

Was bedeutet das?

Es bedeutet, daß in Petersburg bei Aufstellung von *zwei* „linken“ (d. h. Nichtschwarzhunderter-) Listen *keine irgendwie denkbare Zersplitterung* der linken Stimmen den Schwarzen zum Sieg verhelfen kann.

Da die 31 Menschewiki offenbar in den ersten Anfängen des Rechnens nicht sattelfest sind, wollen wir es ihnen erklären: Mögen sie einmal versuchen, die 2100 Stimmen so in zwei Teile zu teilen, daß 1000 schwarze Stimmen sowohl den einen als auch den andern dieser beiden Teile schlagen könnten.

Mögen sich die Menschewiki über dieser Aufgabe den Kopf ebenso zerbrechen wie darüber, ob die Aufstellung von drei statt von zwei Listen die Schwarzhundertergefahr vergrößert oder verringert.

Anzunehmen, daß die Schwarzen in diesem Jahr bei den Wahlen in Petersburg stärker sein werden als im vorigen Jahr, dazu ist nicht der geringste Grund vorhanden. Nicht ein einziger nüchtern denkender Politiker wird das zu behaupten wagen. Jedermann sieht, daß die Schwarzen sich nach Enthüllung der Lidwaliade, nach der Ermordung Herzensteins<sup>44</sup> usw. mit Schimpf und Schande bedeckt haben. Jedermann weiß, daß jetzt von allen Ecken und Enden Rußlands Nachrichten über Wahlsiege der Linken eintreffen.

Unter solchen Umständen ist das Gezeter von Schwarzhundertergefahr entweder glatte Unwissenheit oder *Heuchelei*. Heucheln aber müssen diejenigen, die ihre wahren Ziele *verbergen* und *hinterrücks* handeln. Die Menschewiki erheben *deshalb* ein Gezeter von Schwarzhundertergefahr, weil sie die Aufmerksamkeit der Arbeiter von den Winkelzügen ablenken wollen, die sie machen oder gestern machten, als sie *in den kleinbürgerlichen Block* eintraten und mit den Kadetten feilschten.

Bei *zwei* linken Wahllisten *kann keine* wie immer geartete Stimmenverteilung in Petersburg den Schwarzen zum Siege verhelfen, wenn nicht die Stimmenzahl der Schwarzen gegenüber den vorigen Wahlen *zunimmt* – alle Anzeichen aber deuten nicht auf eine Zunahme, sondern auf eine Abnahme ihrer Stimmenzahl hin.

Die Menschewiki sind also nicht deshalb in den kleinbürgerlichen Block eingetreten und haben nicht deswegen mit den Kadetten geschachert, um gegen die Schwarzhundertergefahr zu kämpfen – das ist eine kindische Erfindung, mit der man nur einen ganz unwissenden oder ganz dummen Menschen betrügen kann.

*Die Menschewiki haben mit den Kadetten gefeilscht, um mit Hilfe der Kadetten gegen den Willen der Arbeiter einen der ihren in die Duma zu*

*schmuggeln* – das ist die einfache Lösung des Rätsels aller dieser Wanderungen von den Sozialdemokraten zum kleinbürgerlichen Block und vom kleinbürgerlichen Block zu den Kadetten.

Nur ganz naive Leute sind außerstande zu sehen, was hinter dieser menschewistischen Handlungsweise steckt und was durch das Gezeter von Schwarzhundertergefahr verschleiert werden soll.

Eben deshalb setzten sich die Menschewiki, nachdem sie in den kleinbürgerlichen Block eingetreten waren, für *drei* Dumasitze ein, denn sie wollen auf jeden Fall ein Dumasitzchen *für sich* erhalten. Wenn die Kadetten nur zwei Sitze gäben, wäre es möglich, daß die Menschewiki nicht einen einzigen erhielten. Einen dieser Sitze wollten die Kadetten direkt den Volkstümlern (den Volkssozialisten) geben, den andern aber wagten sie nicht der Arbeiterkurie wegzunehmen. Wer aber in der Arbeiterkurie siegen wird, ist noch ungewiß.

Das ist es, weshalb die Menschewiki der *Öffentlichkeit verheimlichten* sowohl, auf Grund welcher Vollmacht Gen. Dan gehandelt hat, als auch worin die Bedingungen ihres Eintritts in den kleinbürgerlichen Block bestanden und was der genaue Inhalt der Debatten auf der „Konferenz“ des kleinbürgerlichen Blocks mit den Kadetten war *usw. usw.* Nach einer solchen Handlungsweise der Menschewiki wissen wir noch heute nicht und können wir nicht wissen, wohin sie nach einer Absage der Kadetten gehen werden. Werden sich die Volkssozialisten mit den Menschewiki vereinigen, um bei den Kadetten zwei Sitzchen *auf Kosten* der Arbeiterkurie zu erbetteln (von der Möglichkeit eines solchen Entschlusses sprach ein *Leitartikel* der „Retsch“)? Oder werden sie sich für selbständige sozialdemokratische Listen entscheiden, d. h. für die Aufstellung von *drei* linken Listen in Petersburg an Stelle von zwei? Oder werden sie nach ihrem mißglückten Spaziergang in die gute Stube der Kleinbürger und in das Vorzimmer der Kadetten zur Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und ihrem Beschluß zurückkehren?

Wenn sich die Menschewiki wirklich von der Furcht vor einer Schwarzhundertergefahr leiten ließen, und nicht von dem leidenschaftlichen Wunsch, ein Sitzchen von den Kadetten zu erhalten, *hätten sie sich dann wegen der Zahl der Sitze mit den Kadetten entzweien können?*

Wenn ein Sozialist wirklich an eine Schwarzhundertergefahr glaubt und ehrlich gegen sie ankämpft, dann gibt er seine Stimme dem Libera-

len, ohne zu feilschen, und bricht die Verhandlungen nicht deshalb ab, weil man ihm nicht drei, sondern nur zwei Dumasitze abtritt. Bei Stichwahlen in Europa zum Beispiel kommt es vor, daß eine Schwarzhundertergefahr besteht, wenn der Liberale, sagen wir, 8000 Stimmen, der Schwarzhunderter oder Reaktionär 10 000, der Sozialist aber 3000 Stimmen erhalten hat. Wenn der Sozialist glaubt, daß die Schwarzhundertergefahr eine wirkliche Gefahr für die Arbeiterklasse ist, wird er für den Liberalen stimmen. Bei uns in Rußland gibt es keine Stichwahlen, es kann jedoch im zweiten Wahlstadium Fälle geben, die Stichwahlen entsprechen. Wenn zum Beispiel von 174 Wahlmännern 86 Schwarze, 84 Kadetten und 4 Sozialisten sind, so *müssen* die Sozialisten ihre Stimmen dem Kandidaten der Kadetten geben, und niemand in der ganzen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands hat das bisher bestritten.

Die Menschewiki aber wollen glauben machen, daß sie in St. Petersburg eine Schwarzhundertergefahr fürchten, während sie gleichzeitig wegen zwei oder drei Dumasitzen mit den Kadetten brechen!

Das ist offenkundige Heuchelei, die den Zweck verfolgt, den Schacher zu verdecken, den der kleinbürgerliche Teil der Arbeiterpartei um das bei den Kadetten erbettelte Sitzchen in der Duma getrieben hat.

Und genauso heuchlerisch sind *jetzt* die Redereien der Menschewiki über die *selbständige* Kampagne, die die Sozialdemokraten in Petersburg ohne die Trudowiki durchführen sollen. So berichtete z. B. der „Towarischtsch“, daß Herr Lewizki – ein Menschewik – am 19. Januar im Theater Nemetti folgendes erklärt hat: „Die Sozialdemokraten haben die Selbständigkeit der Wahlkampagne nur geopfert, um die Schwarzhundertergefahr abzuwenden. Da das nicht gelungen ist, müssen die Sozialdemokraten zumindest bestrebt sein, eine breite Agitation zu entfalten, deshalb also trat der Redner für ein selbständiges Vorgehen der Sozialdemokraten ein.“

Fragt sich, ist dieser Lewizki, wenn er bei vollem Verstand ist, denn kein Heuchler? *Da es nicht gelungen ist*, durch die Schaffung einer gemeinsamen Liste aller Linken einschließlich der Kadetten „die Schwarzhundertergefahr abzuwenden“, wünscht Lewizki *drei linke Listen*, eine Kadettenliste, eine sozialdemokratische und eine trudowikische!

Was ist das anders als ein Zeichen völliger Kopfflosigkeit eines Opportunisten, der jeden Boden unter den Füßen verloren hat und glaubt,

er könne uns vergessen machen, daß die Menschewiki vorgestern in dem kleinbürgerlichen Block saßen und gestern mit den Kadetten schachtelten!

Die Menschewiki haben Verrat begangen an den Arbeitern, sind zu den Kadetten übergelaufen und wollen sich jetzt, wo ihnen diese schmutzige Schiebung nicht gelingt, reinwaschen mit einer *Phrase* von selbständigem Auftreten der Sozialdemokraten! Das ist nämlich weiter nichts als eine hohle *Phrase*, nur zur Irreführung bestimmt, denn bei Aufstellung von drei linken Listen könnten die Schwarzen in St. Petersburg wirklich nur infolge der Spaltung der Linken durchkommen, und die Menschewiki haben selbst die Stellung des kleinbürgerlichen Blocks *gestärkt*, indem sie sich von der proletarischen Partei lossagten und zum *gemeinsamen* Schacher mit den Kadetten in diesen Block *eintraten*.

Die Menschewiki haben jetzt wirklich allen Grund, „sich reinzuwaschen“, so sehr haben sie sich durch ihre ganze Handlungsweise in der Wahlkampagne in St. Petersburg mit Schmach bedeckt. Den Menschewiki bleibt jetzt wirklich nichts übrig als eine hohle und tönende *Phrase*, denn sie glauben selbst nicht ernstlich daran, daß jetzt eine rein sozialdemokratische Liste in Petersburg möglich wäre.

Die Bolschewiki aber warnen wir aufs energischste, diesen tönenden und heuchlerischen *Phrasen* Glauben zu schenken.

Die Bolschewiki brauchen sich von nichts „reinzuwaschen“, brauchen nichts zu bereuen. Unsere anfänglich von der gesamten bürgerlichen Presse der Hauptstadt verspottete politische Linie wird jetzt großartig und anschaulich durch den ganzen Gang der Ereignisse bestätigt. Die Unsinnigkeit der Märchen von einer Schwarzhundertergefahr tritt klar zutage. Was augenscheinlich wird, ist die Kadettengefahr. Gelüftet wird der Schleier, der die Politik der Kadetten verdeckt hat, deren Führer jetzt eine Audienz bei Stolypin erhält (oder erhalten hat?).

Die Bolschewiki sind nicht hinter dem Rücken der Arbeiterpartei in den kleinbürgerlichen Block eingetreten. Sie haben diesen Block nicht dadurch gefestigt, daß sie die Beteiligung der Volkssozialisten, dieser halbkadettischen Partei unter den Trudowiki, sanktionierten. Sie haben nicht einen einzigen Schritt getan, nicht ein einziges Wort gesagt, das die kleinbürgerlichen Parteien als Verzicht der Sozialdemokraten auf selbständiges Auftreten deuten könnten.

Während Miljukow um Stolypin scharwenzelte, während die Menschewiki und Trudowiki *aller* Schattierungen um Miljukow scharwenzelten, standen allein die Bolschewiki ganz unerschütterlich da und stellten auch *nicht für eine einzige Minute* die Tätigkeit ein, deren sich jetzt aus Ärger über die Kadetten Gen. Lewizki und seinesgleichen erinnern.

Deshalb dürfen wir jetzt keinesfalls die Dummheit begehen, von der die kopflos gewordenen und heuchlerischen Menschewiki schwatzen, wir dürfen nicht auf den revolutionären Block, auf die Unterstützung der Sozialisten durch das Kleinbürgertum *gegen* die Kadetten verzichten.

Gerade deshalb, weil die Bolschewiki, ohne zu schwanken, sofort die richtige Linie einschlugen, haben sie es erreicht, daß sich jetzt *jedermann* praktisch von der Wankelmütigkeit der Trudowiki und der Festigkeit der Arbeiterpartei (ihr opportunistisches Anhängsel natürlich ausgenommen) überzeugen konnte. Es hat sich in der Praxis gezeigt, daß gerade das sozialdemokratische Proletariat *selbständig* marschiert, seinen eigenen Weg geht und dabei alle übrigen Elemente gegen die Schwarzen und gegen die Liberalen *lenkt*, alle kleinbürgerlichen Parteien und Strömungen von dem Einfluß der Kadettenideologie und der Kadettenpolitik *befreit* und allen vernehmlich *feststellt*, in welchem Maße die revolutionären und die opportunistischen Gruppen unter den Trudowiki zuverlässig und brauchbar sind.

Sich jetzt zu fürchten, alle Trudowiki ins Schlepptau zu nehmen, die mit der Gunst der Kadetten ihre bitteren Erfahrungen gemacht haben und bereit sind, gegen die Kadetten zu kämpfen, wäre eine unverzeihliche Kinderei und ein Zeichen von politischer Charakterlosigkeit.

Die 31 Menschewiki, die sich in den Schacher mit den Kadetten verstrickt haben, sind jetzt selbst genötigt, gegen ihren Willen zuzugeben: „Eine gemeinsame Liste der Sozialdemokraten und der Trudowiki wird *populär genug* sein, den Kadetten *viele* Stimmen zu *entreißen*“!... Jawohl, genau das! Und deswegen *dürfen* wir eben *nicht* die Aufgabe vernachlässigen, in der *Hauptstadt*, auf die die Blicke ganz Rußlands gerichtet sind, die Hegemonie der Kadetten zu brechen.

Es genügt uns, den Kadetten in einigen Bezirken die Hälfte ihrer Stimmen *plus eine Stimme mehr* zu entreißen, und wir werden *siegen*, denn wir werden alle Vorteile ausnutzen, die die Scheidung der Schwarzhunderterbourgeoisie und der liberal-paktiererischen Bourgeoisie uns bietet

(eine Gefahr aber besteht hier nicht, da die Kadetten in neun Bezirken *mehr* als doppelt soviel Stimmen haben wie die Schwarzen).

Von Tag zu Tag wird es klarer, daß die Menschewiki einen falschen politischen Kurs einschlugen, als sie von einer Schwarzhundertergefahr zu zetern begannen. Es stellt sich heraus, daß die Gesamtheit der Bevollmächtigten und Wahlmänner *weiter links* steht als im vorigen Jahr. Anstatt den liberalen Gutsbesitzern unsinnige und schändliche Helfershelferdienste zu leisten (die nicht durch eine Schwarzhundertergefahr gerechtfertigt werden können, da es keine solche Gefahr gibt), fällt uns eine nützliche und verantwortliche Rolle zu: im Kampf *gegen* die Unterordnung der unentwickelten Massen unter die Führung der *Liberalen* dem Proletariat die *Hegemonie* über das demokratische Kleinbürgertum zu verschaffen.

Die ersten Dumawahlen brachten den Kadetten einen Sieg, und diese liberalen Bourgeois bemühen sich aus Leibeskräften, ihre Hegemonie zu festigen und zu verewigen, die darauf beruht, daß die Massen abgestumpft werden, daß sie nicht selbständig denken und keine selbständige Politik machen.

Es ist unsere direkte Pflicht, alle Kräfte anzuspannen, um gerade in Petersburg *alle* diejenigen um uns zu sammeln, die fähig sind, gegen die Schwarzen und gegen die Kadetten zu kämpfen, sie um uns zu sammeln um der Aufgaben der Volksrevolution willen, um der Aktivität der Millionenmassen des Volkes willen.

Und wir werden es tun, ohne auch nur ein Jota der völligen ideologischen Selbständigkeit *unserer eigenen* sozialdemokratischen Agitation zu opfern, ohne irgendwie von unseren sozialistischen Zielen und ihrer *uneingeschränkten* Darlegung abzuweichen, ohne auch nur für eine Minute auf die Entlarvung aller Schwankungen und Verrätereien des Kleinbürgertums zu verzichten.

Nur die revolutionäre Sozialdemokratie steht festen Fußes auf dem unerschütterlichen Standpunkt des Kampfes für die Freiheit und des Kampfes für den Sozialismus.

Geschrieben am 20. Januar (2. Februar) 1907.

Veröffentlicht 1907 als Broschüre.

Nach dem Text der Broschüre.

Unterschrift: N. Lenin.

Тутъ

Какъ голосовать на выборахъ въ Петербургъ.—Рабочій съездъ и буржуазная демократія.—Вопросы дня.— Въ рабочей курии.—Предвыборная собранія.

Цена 5 коп.

Вторникъ 25-го Января 1907 г.
Выпускъ въ субботу. Петербургъ.
Почта въ субботу. Доставка по городу и окрестностямъ въ 8 часовъ.

№ 1.

С. Петербургъ, Четвергъ, 25 Января.

№ 1.

Какъ голосовать на выборахъ въ Курьерскую

Списокъ кандидатовъ на выборахъ въ Курьерскую Курію въ Петербургѣ.

Списокъ кандидатовъ на выборахъ въ Курьерскую Курію въ Петербургѣ.
Списокъ кандидатовъ на выборахъ въ Курьерскую Курію въ Петербургѣ.

Table with 4 columns: Name, Party, Address, and other details. Lists candidates for the Courier's Guild election.

Какъ голосовать на выборахъ въ Курьерскую Курію.
Правила голосования на выборахъ въ Курьерскую Курію.

Какъ голосовать на выборахъ въ Курьерскую Курію.
Правила голосования на выборахъ въ Курьерскую Курію.

Вопросы дня.
Вопросы дня. Вопросы дня.



## WIE SOLL MAN BEI DEN WAHLEN IN PETERSBURG STIMMEN?

(Besteht die Gefahr eines Sieges der Schwarzhunderter  
bei den Wahlen in Petersburg?)

In der Stadt Petersburg stehen die Wahlen zur Reichsduma vor der Tür. Die städtischen Wähler, deren Zahl ungefähr 130 000 beträgt, müssen insgesamt 160 Wahlmänner wählen. Dann werden diese 160 Wahlmänner zusammen mit den 14 Wahlmännern der Arbeiter 6 Deputierte in die Duma wählen.

Wen soll man nun in die Duma wählen?

Bei den Wahlen in Petersburg kämpfen miteinander *drei* Hauptparteien: die Schwarzhunderter (die Rechtsparteien), die Kadetten (die Partei der sogenannten Volksfreiheit) und die Sozialdemokraten.

Es ist möglich, daß sich die kleinen Parteien und Richtungen (Trudowiki, Parteilose, Volkssozialisten, Radikale usw.) teils der Liste der Kadetten, teils der sozialdemokratischen Liste anschließen. Endgültig steht das noch nicht fest.

Jedenfalls unterliegt es keinem Zweifel, daß es in Petersburg *drei* Kandidatenlisten geben wird: die Liste der Schwarzhunderter, die Liste der Kadetten und die Liste der Sozialdemokraten.

Alle Wähler müssen deshalb genau wissen, wen sie in die Duma schicken:

– *Schwarzhunderter*, d. h. die Rechtsparteien, die für die Regierung der Standgerichte, für Pogrome und Gewalttaten sind?

– *Kadetten*, d. h. liberale Bourgeois, die in die Duma gehen, um eine gesetzgeberische Tätigkeit auszuüben, d. h. mit den Herren Gurko zu paktieren, die sowohl legislative Rechte als auch das Recht haben, eine nicht genehme Duma auseinanderzujagen?

– Sozialdemokraten, d. h. die Partei der Arbeiterklasse, die an der Spitze des ganzen Volkes für volle Freiheit und für den Sozialismus, für die Befreiung aller Werktätigen von Ausbeutung und Unterdrückung kämpft?

Möge jeder Wähler wissen, daß die Wahl getroffen werden muß zwischen *drei* Parteien. Man muß sich entscheiden, wem man seine Stimme geben will: dem Verteidiger der Polizeiwilkkür und der Gewalttaten oder dem liberalen Kapitalisten, der durch Vermittlung der Herren Kutler mit den Herren Gurko feilscht, oder dem Verteidiger der Interessen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen?

Bürger, Wähler! Man sagt euch, daß ein Abkommen der Kadetten und der Sozialdemokraten, die Aufstellung einer gemeinsamen Liste, möglich sei.

*Das ist nicht wahr.* Ihr sollt alle wissen, daß es in Petersburg unter allen Umständen *drei* Listen geben wird, die Liste der Schwarzhunderter, die Liste der Kadetten und die Liste der Sozialdemokraten.

Man sagt euch, daß die Kadetten und die Sozialdemokraten bei Aufstellung von zwei verschiedenen Listen ihre Stimmen zersplittern und so zum Siege der Schwarzhunderter beitragen können.

*Das ist nicht wahr.* Wir werden euch gleich beweisen, daß sogar im *allerungünstigsten* Fall einer Stimmenzersplitterung, d. h. sogar wenn sich die Stimmen in *allen* Bezirken Petersburgs zu *gleichen Teilen* auf Kadetten und Sozialdemokraten verteilen, ein Sieg der Schwarzhunderter bei den Wahlen in Petersburg *unmöglich* ist.

Es ist allgemein bekannt, daß es bei den Wahlen zur ersten Duma in Petersburg zwei Hauptlisten gab: die Kandidatenliste der Kadetten und die der Schwarzhunderter (oder den sogenannten Block, das Bündnis der Rechtsparteien). Die Kadetten siegten in *allen* Bezirken Petersburgs.

Jetzt wird es *drei* Listen geben: die der Schwarzhunderter, die der Kadetten und die der Sozialdemokraten. Die Sozialdemokraten rechnen also darauf, den Kadetten einen Teil der Stimmen abzunehmen und diejenigen Wähler für sich zu gewinnen, die sich an den Wahlen zur ersten Duma nicht beteiligt haben.

Man sagt euch, daß diese Teilung der kadettischen und sozialdemokratischen Stimmen den Schwarzhundertern zum Siege verhelfen könne, denn zusammen seien die Kadetten und die Sozialdemokraten stärker als

die Schwarzhunderter, getrennt aber könnten sie sich als schwächer erweisen, d. h. geschlagen werden.

Um nachzuprüfen, ob das möglich ist, wollen wir die Stimmzahlen bei den Wahlen zur ersten Duma für *alle* Bezirke Petersburgs nehmen. Wir wollen sehen, wie sich in den verschiedenen Bezirken die Stimmen auf Kadetten und Schwarzhunderter verteilt haben. Dabei wollen wir überall die ungünstigsten Fälle nehmen, d. h. die *kleinste* Stimmzahl für den Kadetten (da die verschiedenen Kandidaten eine verschiedene Anzahl von Stimmen erhielten) und die *größte* Stimmzahl für den Schwarzhunderter..

Wir wollen weiter die *kleinste* Stimmzahl für den Kadetten in *zwei gleiche Teile* teilen in der Annahme, daß die Sozialdemokraten genau die Hälfte der Stimmen abspalten (das wäre der ungünstigste Fall für uns, der beste für die Schwarzhunderter).

Vergleichen wir jetzt nach Bezirken diese *Halbte der kleinsten* Stimmzahl, die für den Kadetten abgegeben wurde, mit der *größten* Stimmzahl für den Schwarzhunderter. Wir erhalten folgende Zahlen:

*Abstimmung in Petersburg bei den Wahlen zur ersten Duma*

Wahlbezirke	Niedrigste Stimmzahl für die Liste der Kadetten	Hälfte davon	Höchste Stimmzahl für die Liste der Rechtsparteien	Zahl der Wahl- männer
Admiralität .....	1395	697	668	5
Alexander-Newski .....	2929	1464	1214	16
Kasaner .....	2135	1067	985	9
Narwaer .....	3486	1743	1486	18
Wiborger .....	1853	926	652	6
Petersburger .....	4788	2394	1729	16
Kolomnaer .....	2141	1070	969	9
Moskauer .....	4937	2468	2174	20
Spasski .....	4873	2436	2320	15
Litejny .....	3414	1707	2097	15
Roshdestwenski .....	3241	1620	2066	14
Wassiljewski-Ostrow .....	3540	1770	2250	17

Aus diesen Zahlen ist klar ersichtlich, daß sogar bei der *allerungünstigsten* Teilung der Kadettenstimmen in zwei Teile die Schwarzhunderter

bei den Wahlen im Jahre 1906 *nur in drei* von zwölf Bezirken gesiegt hätten. Sie hätten nur 46 von 174 Wahlmännern (160 in der Stadt und 14 von den Arbeitern) gehabt. Das bedeutet, daß die Schwarzhunderter bei den Wahlen zur ersten Duma sogar dann *nicht* in die Duma hätten gelangen können, wenn sich die Kadettenstimmen in *sämtlichen* Bezirken zu zwei gleichen Teilen auf die Kadettenliste und die sozialdemokratische Liste verteilt hätten.

*Wer also den Wähler schrecken will mit der Möglichkeit eines Sieges der Schwarzhunderter im Falle der Teilung der Stimmen zwischen Kadetten und Sozialdemokraten, der betrügt das Volk.*

Durch eine Teilung der kadettischen und sozialdemokratischen Stimmen können die Schwarzhunderter *nicht* siegen.

Die Kadetten verbreiten vorsätzlich falsche Gerüchte von einer „Schwarzhundertergefahr“, um die Wähler davon abzuhalten, für die Sozialisten zu stimmen.

Bürger, Wähler! Glaubt nicht den Fabeln, daß eine Teilung der kadettischen und sozialdemokratischen Stimmen den Schwarzhundertern zum Sieg verhelfen könnte. Stimmt frei und entschlossen nach eurer Überzeugung: für die Schwarzhunderter, für die liberalen Bourgeois oder für die Sozialisten.

\*

Vielleicht aber werden die Kadetten, die durch die Zeitungen „Retsch“, „Towarischtsch“, „Sewodnja“, „Rodnaja Semlja“, „Rus“, „Strana“<sup>12</sup> usw. usf. falsche Gerüchte von einer „Schwarzhundertergefahr“ verbreiten, vielleicht werden sie versuchen, noch andere Argumente, noch andere Ausflüchte ins Feld zu führen?

Untersuchen wir alle denkbaren Argumente.

Vielleicht werden sich die Kadettenstimmen nicht auf zwei, sondern auf drei Listen zersplittern? Dann werden doch die Schwarzhunderter in allen Bezirken siegen und in die Duma kommen?

Nein. Die Kadettenstimmen können sich nicht auf drei Listen zersplittern, weil es in Petersburg *insgesamt* nur drei Listen geben wird. Außer den Schwarzhundertern, den Kadetten und den Sozialdemokraten wird *keine einzige* Partei von irgendwelcher Bedeutung selbständige Listen aufstellen.

Alle Parteien, die es in Rußland gibt, haben in Petersburg ihre Vertreter. Alle Parteien und alle Richtungen haben zu den Wahlen *schon Stellung genommen*. Keine einzige Partei außer den drei von uns oben genannten Hauptparteien, *kein einziges Grüppchen denkt daran*, bei den Wahlen selbständig aufzutreten. Alle kleinen Parteien, *alle Richtungen außer den drei Hauptparteien* schwanken *nur zwischen diesen drei Listen*. Alle Parteien und Grüppchen, die fortschrittlich sind und mit der Freiheit sympathisieren, schwanken *nur* zwischen den Kadetten und den Sozialdemokraten.

Keine einzige der „*Trudowiki*“parteien, weder die Sozialrevolutionäre noch das Komitee der Trukowikigruppe, noch die Volkssozialisten haben den Wunsch geäußert, selbständige Listen aufzustellen. Im Gegenteil, *alle diese Trudowikiparteien* führen Verhandlungen über den Anschluß entweder an die Kadettenliste oder an die sozialdemokratische Liste.

Wer also behauptet, daß sich die Kadettenstimmen auf drei Listen zersplittern könnten, **der betrügt das Volk**. In Petersburg wird es alles in allem drei Hauptlisten geben: die Liste der Schwarzhunderter, die Liste der Kadetten und die Liste der Sozialdemokraten.

\*

Das zweite mögliche Argument. Man sagt, die Senatserläuterungen<sup>43</sup> hätten die Zahl der Wähler verringert, besonders die Zahl der Wähler aus den armen Bevölkerungsschichten, und infolgedessen sei es möglich, daß die Kadetten nicht soviel Stimmen aufbringen werden wie bei den Wahlen zur ersten Duma.

Das ist nicht wahr. Bei den Wahlen zur ersten Duma gab es in Petersburg insgesamt ungefähr 150 000 Wähler, während es jetzt ungefähr 130 000 gibt. An der Abstimmung beteiligten sich jedoch im vorigen Jahr insgesamt nur ungefähr 60 000–70 000 Wähler. Es ist also nicht der geringste Grund zu der Befürchtung vorhanden, Stimmungen und Ansichten der Wählermassen könnten sich verändert haben. Es kann nicht dem geringsten Zweifel unterliegen, daß die *Mebrzahl* der 130 000 Petersburger Wähler den *minderbemittelten Schichten der Bevölkerung* angehört, die nur aus Mißverständnis, aus Unwissenheit, nur infolge ihrer Vorurteile einen Kapitalisten einem Arbeiter vorziehen könnten.

Wenn alle Sozialisten in der Agitations- und Aufklärungsarbeit unter den städtischen Massen ihre Pflicht erfüllen, so können sie von den 130 000 Wählern sicherlich nicht nur 10 000 Stimmen, sondern ein Vielfaches davon erwarten.

\*

Das dritte mögliche Argument. Man sagt, die Schwarzhunderter könnten aus den diesjährigen Wahlen stärker hervorgehen, und man könne nicht nach den vorjährigen Zahlen urteilen.

Das ist nicht wahr. Aus allen Zeitungsmeldungen, aus dem ganzen Verlauf der Versammlungen, aus den Angaben über die Stellung der verschiedenen Parteien ergibt sich, daß die Schwarzhunderter in Petersburg nicht stärker, sondern wahrscheinlich bedeutend schwächer sind als im vorigen Jahre. Das Volk ist bewußter geworden, die Oktobristen<sup>14</sup> holen sich in jeder Versammlung eine Niederlage, die Auseinanderjagung der Duma aber und die Gewaltpolitik der Regierung, die Politik der Gurko-Lidwal stoßen die Wähler endgültig von der Regierung ab. Bei den ersten Wahlen haben sich die Schwarzhunderter noch aufgespielt, jetzt aber, wo der Tag der Abstimmung naht, sind sie schon ganz kleinlaut geworden.

\*

Das vierte mögliche Argument. Man sagt, die Regierung gebe an Linksparteien keine Wahlzettel aus, erlaube ihnen weder Versammlungen noch Zeitungen usw., und infolgedessen sei es aussichtsreicher und sicherer, wenn sich alle Linken zu einer Liste mit den Kadetten zusammenschließen.

Das ist nicht wahr. Wenn die Regierung zur Gewalt und zur Verletzung des Gesetzes, zur Verletzung der Wahlfreiheit greift, so festigt sich hierdurch die Stimmung der Wählermassen. Wir Sozialdemokraten verlieren bei Versammlungen nicht in den Augen der Wähler, sondern gewinnen dadurch, daß die Polizei die Versammlungen am häufigsten wegen unsrer Reden auflöst. Und was den Kampf gegen Gesetzesverletzungen durch die Regierung angeht – was hilft hiergegen ein Abkommen mit den Kadetten? Es würde nicht helfen, sondern schaden, denn die Kadetten sind die feigste und am meisten zum Verrat neigende Oppositionspartei. Wie kann man denn gemeinsam mit einer Partei, in

der ein ehemaliger Spießgeselle Wittes und Durnowos, der frühere Minister Kutler, sitzt, wie kann man denn mit dieser Partei wirksam gegen Gesetzesverletzungen durch die Minister kämpfen?? Im Gegenteil, gerade weil die Herren Kutler den Herren Durnowo und Stolypin viel näher stehen als der Masse der Arbeiter und Angestellten, gerade deshalb müssen wir im Interesse des Kampfes für die Freiheit uns unabhängig halten von der Partei der Herren Kutler, von der Partei der Kadetten.

Angenommen, die Regierung hätte beschlossen, linke Wahlmänner festnehmen, in Haft setzen zu lassen. Hilft da etwa ein Abkommen mit den Kadetten? Oder sollen die Sozialisten sich wirklich darauf verlassen, daß der Kadett Kutler sich bei seinen Spießgesellen von gestern, den Ministern Stolypin und Gurko, für Revolutionäre einsetzt?

Die Zeitungen berichteten vor kurzem, daß Herr Miljukow, der Führer der Kadetten, bei Stolypin eine Audienz zu Verhandlungen über die Legalisierung der Kadettenpartei erhält.\* Sollen sich die Sozialisten vielleicht darauf verlassen, daß die Herren Kadetten die Legalisierung der Trudowikipartei, der Sozialrevolutionäre und der Sozialdemokraten „erwirken“?

Ein Sozialist, der noch Scham und Gewissen hat, wird niemals auf einer gemeinsamen Liste mit den Kutler und Miljukow kandidieren.

\*

Können die Sozialdemokraten bei den Wahlen in Petersburg siegen?

Die Kadettenzeitungen machen es sich zunutze, daß die Regierung die Herausgabe von sozialdemokratischen Zeitungen nicht erlaubt, und versuchen in allen Tonarten, den Lesern einzureden, daß von einem Wahlsieg der Sozialdemokraten ohne die Kadetten überhaupt keine Rede sein könne.

---

\* In der Wahlversammlung, die am 22. Januar in der Tenischew-Schule stattfand, erklärte Herr Wodowosow, daß Herr Miljukow bei Stolypin war und mit ihm eine Abmachung getroffen hat und daß die Partei der Volksfreiheit für ihre Führer verantwortlich ist. Herr Gredeskul leugnete diese Tatsache nicht und erklärte, wenn Herr Miljukow auch bei Stolypin gewesen ist, so sei das im Interesse des Landes und der Partei geschehen.

Das ist nicht wahr. Ein Sieg der Sozialdemokraten in Petersburg gegen die Schwarzhunderter und gegen die Kadetten ist *durchaus möglich*.

Die Kadetten tun so, als ob sie das nicht wüßten, und vergessen dabei absichtlich, daß durch eine Teilung der Stimmen *jede* Partei gewinnen kann, und keineswegs allein die Schwarzhunderter. Die Schwarzhunderter können drei von zwölf Bezirken gewinnen, wenn sich die Stimmen zu gleichen Teilen auf die Kadetten und die Sozialdemokraten verteilen.

*Die Sozialdemokraten können zwölf von zwölf Bezirken gewinnen, wenn sich die Stimmen zwischen Kadetten und Schwarzhundertern verteilen.*

Um sich davon zu überzeugen, braucht man nur einen Blick auf die oben angeführten Zahlen zu werfen. Sie zeigen, daß wir in *ganz Petersburg* siegen können, wenn wir in *jedem Wahlbezirk* eine Stimme mehr erhalten als die Hälfte der Kadettenstimmen (bei den vorigen Wahlen).

Zu diesem Zweck müssen wir in den neun „sicheren“ Bezirken Petersburgs (ausschließlich der drei Bezirke, in denen die Schwarzen siegen können) *mindestens 14 274 Stimmen* erhalten.

Ist es etwa unmöglich, daß die Sozialdemokraten in Petersburg *15 000 bis 20 000 Stimmen* erhalten?

In Petersburg gibt es allein 30 000–50 000 Handelsangestellte und Kontoristen, die wahlberechtigt sind. Die Gewerkschaftszeitung der Handelsangestellten „Golos Prikastschika“<sup>15</sup> wurde in sozialdemokratischem Geiste geleitet. Wenn alle Sozialisten einmütig unter den Handlungsgehilfen Agitationsarbeit leisteten und es dabei nicht ablehnten, auch Trudowiki in ihre Liste aufzunehmen, dann könnten schon allein diese Handels- und Industrieangestellten der gemeinsamen Liste der Sozialdemokraten und Trudowiki zum Siege verhelfen.

Außerdem gibt es ja auch noch sehr, sehr viele arme Mieter, die durchaus imstande sind zu begreifen, daß die Sozialisten ihre Interessen besser verteidigen als die liberalen Haus- und Grundbesitzer, reichen Advokaten und Beamten, die Petrunkewitsch, Roditschew, Winawer und Kutler.

Seht euch die Wahlversammlungen in Petersburg an. Sogar die Kadettenzeitungen, die die Versammlungsberichte zugunsten der Kadetten entsetzlich fälschen, sind zu dem Eingeständnis genötigt, daß ein ernster Kampf zwischen Kadetten und Sozialisten geführt wird und durchaus

nicht etwa zwischen den Rechten und den Linken. Die Wahlversammlungen in Petersburg beweisen untrüglich, daß die Sozialdemokraten, besonders im Bündnis mit den Trudowiki, in Petersburg stärker sind als die Kadetten.

Wieviel Wähler besuchen Wahlversammlungen? Vorsichtige Leute schätzen, daß es nicht mehr als ein Zehntel der gesamten Wählerschaft sind. Nehmen wir sogar diese niedrigste Zahl. Wir erhalten 13 000 Wähler. Man kann ferner mit Sicherheit annehmen, daß jeder Wähler, der Versammlungen besucht hat, zu den Wahlen nicht weniger als zwei Wähler mitbringt, die keine Versammlungen besucht haben. Von diesen 39 000 Wählern werden, nach allen Angaben und Beobachtungen zu urteilen, 20 000 für die Sozialdemokraten stimmen, die sich die Trudowiki angegliedert haben.

Auch aus diesen Tatsachen erhellt also, daß in Petersburg ein Sieg der Sozialdemokraten gegen die Kadetten und gegen die Schwarzhunderter durchaus möglich ist.

Mögen also alle Wähler Petersburgs wissen, daß es ganz von ihnen abhängt, ob die Kadetten oder die Sozialdemokraten siegen.

\*

Die Sozialisten führen die Wahlkampagne in Petersburg vor allem und hauptsächlich, um die Massen aufzuklären und zusammenzuschließen. Die Sozialisten wollen erreichen, daß sich die Massen selbst völlig klarwerden über die Aufgaben, vor denen das Volk jetzt im Kampfe für die Freiheit steht. Die Liberalen dagegen suchen nur Dumasitzchen zu ergattern, ohne dafür zu sorgen, daß die Wähler selbst klare und deutliche Vorstellungen gewinnen.

Die Liberalen, d. h. die Kadetten, und die wankelmütigen und schwankenden Leute, die ihnen Gefolgschaft leisten, nehmen manchmal in den Wahlversammlungen Abstimmungen vor und setzen in manchen von diesen Versammlungen mit erdrückender Mehrheit den Beschluß durch, ein Abkommen aller Linken für notwendig zu erklären, wonach die Kadetten zwei von sechs Petersburger Dumasitzen erhalten sollen.

Wer aber einen solchen Antrag stellt oder für ihn stimmt, beweist keine politisch klare Einstellung zu den Wahlen in Petersburg. Ein Abkommen „aller Linken“ in Petersburg wird es und kann es nicht geben.

In Petersburg wird es drei Listen geben: die Liste der Schwarzhunderter, die Liste der Kadetten und die Liste der Sozialdemokraten.

Ferner ist es überhaupt lächerlich, darüber abzustimmen, ob die Kadetten zwei von sechs Dumasitzen erhalten sollen. Wer *wirklich* ein solches Wahlergebnis will, der muß begreifen, daß es durch einen Pakt mit den Kadetten *nicht* erreicht werden kann. Erreichen läßt es sich, aber nur dadurch, daß man *für die Sozialdemokraten* stimmt.

In der Tat, wenn die Sozialdemokraten in Petersburg einen Teilsieg erringen, dann – und nur dann – könnte das für manche erwünschte Resultat eintreten (sechs linke Mandate, davon zwei für die Kadetten). Nehmen wir zum Beispiel an, die Sozialdemokraten würden nur in vier Bezirken siegen, sagen wir im Spasski-, im Moskauer, im Petersburger und im Wiborger Bezirk. Sie erhalten dann 60 Wahlmänner, zusammen mit der Arbeiterkurie 74. Die Schwarzen (nehmen wir den schlimmsten Fall, der sehr, sehr unwahrscheinlich ist) erhalten 46 Wahlmänner (im Litejny-, Roshdestwenski- und Wassiljewski-Ostrow-Bezirk). Die Kadetten erhalten die übrigen 54 Wahlmänner. Auf *diese Weise* könnte man wirklich durchsetzen, daß Petersburg linke Abgeordnete in die Duma schickt, von denen die Mehrzahl weiter links steht als die Kadetten. Durch Schacherei mit den Kadetten, wie unkluge und schwankende Leute sie betreiben, *läßt sich das nicht* erreichen.

\*

Wiederholen wir kurz unsere Schlußfolgerungen.

In Petersburg kämpfen bei den Wahlen nur die drei Hauptparteien, und die Wähler werden *drei* Kandidatenlisten vor sich haben: die Liste der Schwarzhunderter, die Liste der Kadetten und die Liste der Sozialdemokraten.

Die Gefahr eines Sieges der Schwarzhunderter in Petersburg ist eine alberne Erfindung und Lüge.

Sogar bei ungünstigster Verteilung der Kadettenstimmen zwischen Kadetten und Sozialdemokraten ist ein Sieg der Schwarzhunderter unmöglich.

Das Märchen von einer „Schwarzhundertergefahr“ in Petersburg wären die Kadetten absichtlich auf, um die *ihnen* wirklich drohende Gefahr, daß die Sozialisten siegen, von sich abzuwenden.

Die Trudowiki, die Sozialrevolutionäre und einige kleine Gruppen haben sich noch nicht entschieden, ob sie mit den Kadetten oder mit den Sozialdemokraten gehen wollen.

In Petersburg ist ein völliger Sieg der Sozialdemokraten sowohl gegen die Schwarzhunderter als auch gegen die Kadetten durchaus möglich.

Die Wähler müssen ihre Stimmen abgeben gemäß ihrer Überzeugung und Neigung und nicht aus Furcht vor einer vorgespiegelten Schwarzhundertergefahr.

Für die Regierung, für die liberalen Bourgeois oder für die Sozialdemokraten?

Bürger, trifft eure Wahl!

*„Srenije“ Nr. 1,  
25. Januar 1907.*

*Nach dem Text des „Srenije“.*

## DIE WAHLEN IN PETERSBURG UND DIE KRISE DES OPPORTUNISMUS

Am 6. Januar trat die Petersburger Stadtkonferenz zusammen. Sie hatte über die Frage zu entscheiden, ob in der Hauptstadt Abkommen mit den Kadetten getroffen werden sollen oder nicht.

Trotz der im „Towarischtsch“ veröffentlichten Aufrufe Plechanows an die „Genossen Arbeiter“, trotz der hysterischen Artikel der Frau J. Kuskowa, trotz der Drohungen Plechanows, die Arbeiter in die Liste der „Feinde der Freiheit“ eintragen zu wollen, wenn es ihnen einfallen sollte, einen selbständigen sozialdemokratischen Standpunkt zu vertreten, trotz der mehr oder minder verlockenden Versprechungen der Kadetten hat sich das organisierte und klassenbewußte Petersburger Proletariat als politisch so reif erwiesen, daß es sich nach den Diskussionen und Abstimmungen in seiner Mehrheit gegen alle wie immer gearteten Abkommen mit den Kadetten ausgesprochen hat. Es war klar, daß auch die Konferenz, die von organisierten Arbeitern – nach Diskussionen und Abstimmungen auf Grund einer Plattform\* – gewählt worden war, sich in demselben Sinne aussprechen würde.

Wir haben nicht genügend Platz im „Proletari“, um auf die Verhandlungen der Konferenz, über die zudem bereits nicht wenig geschrieben worden ist, ausführlich einzugehen. Hier ist es jedoch wichtig, festzustellen, daß unsere Opportunisten in ihrer bürgerlich-paktiererischen Politik so weit gegangen sind, daß der Beschluß der Konferenz für sie unannehmbar wurde. Gleich von der Eröffnung der Konferenz an war es

\* Eine Ausnahme bildeten der menschewistische Wiborger Bezirk und der menschewistische Französisch-Russische Unterbezirk, wo nicht nach Plattformen abgestimmt wurde.

klar, daß sich die Petersburger Menschewiki, unterstützt vom Zentralkomitee, dem Beschluß der Konferenz nicht fügen würden. Die Freunde der Kadetten suchten nur einen Anlaß zum Bruch mit der revolutionären Sozialdemokratie. Recht oder schlecht, ein Anlaß mußte gefunden werden. Da es nicht gelang, die Konferenz wegen der Frage der Mandate zu verlassen, machten sich die Menschewiki die *Empfehlung* des ZK, Fragen der Wahltaktik durch die unmittelbar an ihnen interessierten Wahleinheiten zu entscheiden, zunutze, um die Konferenz wegen der Frage zu verlassen, ob sich die Konferenz in zwei Teile teilen sollte: eine spezielle Stadtkonferenz und eine Bezirkskonferenz. Die Unterteilung der Parteiorganisationen sollte durch die administrativ-polizeiliche Gliederung ersetzt werden. Wollte man den Weisungen der Menschewiki folgen, so hätte man nicht nur den Landbezirk aus der Konferenz herauslösen, sondern auch bisher *einheitliche* Bezirke zerschlagen müssen, wie z. B. den Newski-Bezirk, den Moskauer Bezirk, den Narwaer Bezirk, man hätte die Partei reorganisieren müssen, und zwar nicht so, wie es für die Partei, sondern so, wie es für die Administration vorteilhaft wäre.

Außerdem war es klar, daß sich die Mehrheit der Konferenz – wie immer auch über die Frage der Teilung der Konferenz entschieden werden würde – gegen Abkommen mit den Kadetten aussprechen würde. Die Menschewiki verließen die Konferenz und beschlossen zur Freude der gesamten bürgerlichen Presse, in Petersburg eine selbständige Kampagne zu betreiben, einen Kampf zu führen gegen ihre eigenen Parteigenossen, das Petersburger Proletariat zu spalten wegen eines Abkommens mit einer bürgerlichen und monarchistischen Partei, der Partei der „Volksfreiheit“.

Wie hätte da die bürgerliche Presse nicht frohlocken sollen! Das Boulevardblatt „Sewodnja“ erklärte feierlich in einem besonderen Leitartikel, die Menschewiki hätten durch ihren Beschluß *Rußland gerettet*, und das offizielle Organ der Kadetten, die „Retsch“, versprach den Menschewiki zur Belohnung, den Platz in der Arbeiterkurie einem „Menschewik“ und keinesfalls einem „Bolschewik“ zu geben.

Erstes Ergebnis des selbständigen Vorgehens der Menschewiki: Die Bourgeoisie hat begonnen, der Arbeiterkurie ihren Willen zu diktieren.

Inzwischen hatte die Konferenz, die nach dem Auszug der Menschewiki weitertagte, unter der Bedingung einer bestimmten Verteilung der

Sitze (2 für die Arbeiterkurie, 2 für die Sozialdemokraten, 1 für die Sozialrevolutionäre, 1 für die Trudowiki) den Beschluß gefaßt, ein Abkommen mit den Sozialrevolutionären und den Trudowiki einzugehen. Sie ging dabei davon aus, daß es eine Schwarzhundertergefahr in Petersburg nicht gibt und daß es notwendig ist, die Hegemonie der Kadetten zu brechen und das demokratische Kleinbürgertum von ihrem Einfluß zu befreien.

Die bürgerliche Presse frohlockte: Die Trudowiki und die Sozialrevolutionäre haben einen Block mit den Volkssozialisten geschlossen, dieser Block sucht Annäherung an die Kadetten, die Menschewiki haben sich abgesondert – die Bolschewiki sind isoliert! Die revolutionäre Taktik ist verurteilt, die „friedlichen Mittel“ triumphieren, es lebe die Verständigung mit der Monarchie, nieder mit dem Weg der kämpfenden Volksmassen.

Nachdem die Kadetten die Sozialdemokraten gespalten und die revolutionäre Hydra des Proletariats geschwächt hatten, trafen sie, ohne sich zu genieren, eine Abmachung . . . mit Herrn Stolypin. Laut Zeitungsmeldungen erhält Miljukow in diesen Tagen eine Audienz beim Ministerpräsidenten, der Ministerpräsident stellt für die Legalisierung der Kadettenpartei die Bedingung: keine Blocks mit den Linken. Die Kadetten geben dem ganzen „Links“block – der in Wirklichkeit ein *kleinbürgerlicher* Block ist (Volkssozialisten, Sozialrevolutionäre, Trudowiki und Menschewiki) – insgesamt nur 2 von den 6 Petersburger Sitzen. Um der „Galerie“ entgegenzukommen, erklären sich die Kadetten *bereit*, dem aufdringlichen kleinbürgerlichen Block zwei Sitze hinzuwerfen. Überzeugt, daß der Linksblock sich darauf nicht einlassen wird, führen die Kadetten Verhandlungen mit dem Haupt der Schwarzhunderter, Stolypin.

Das Bild ändert sich. Die Wahlkampagne beginnt. Es werden Wahlversammlungen veranstaltet. Die Menschewiki, die nur sehr, sehr selten in Versammlungen auftreten, stammeln schüchtern: Abkommen mit den Kadetten. Die Bolschewiki, die in allen Versammlungen auftreten, rufen die Proletarier und Halbproletarier auf, sich der einheitlichen Arbeiterpartei – der Sozialdemokratischen Partei – anzuschließen, rufen alle revolutionären und demokratischen Wähler auf, sich dem einheitlichen revolutionären Block gegen Schwarzhunderter und Kadetten anzuschlie-

ßen. Die Kadetten läßt man nicht reden; den Bolschewiki spendet man Beifall. Die städtische Demokratie – die proletarische Demokratie und die kleinbürgerliche Demokratie – geht nach links und schüttelt das Joch der Kadetten von sich ab.

Das Bild ändert sich: Die „Paktierer“ wüten und toben. Sie sprechen von den Bolschewiki mit Schaum vor dem Munde. Nieder mit den Bolschewiki! In trauriger Eintracht ziehen „Nowoje Wremja“<sup>16</sup> und „Towarischtsch“, Oktobristen und Kadetten, die Wodowosow und Groman in einen heiligen Krieg gegen das rote Gespenst des Bolschewismus. Wenn der Bolschewismus jemals eine Rechtfertigung für seine revolutionäre Klassentaktik nötig hatte, so hat er sie in der Wut gefunden, mit der sich die gesamte bürgerliche Presse auf ihn stürzt. Wenn die kleinbürgerliche revolutionäre Demokratie, die ehrlich die Verwirklichung ihrer Losungen erstrebt, einen Anschauungsunterricht nötig hatte, so hat sie ihn in der Verachtung gefunden, die die große und die mittlere Bourgeoisie ihr entgegenbrachte, in der (mit der Regierung) paktierenden Politik, die die Kadetten hinter dem Rücken des Volkes betreiben.

Die revolutionäre Sozialdemokratie erklärt der gesamten demokratischen – städtischen und dörflichen – Armut: Nur im Bunde mit dem Proletariat, nur in der Befreiung von der Vormundschaft der Kadetten, nur im entschlossenen und konsequenten Kampfe gegen die Selbstherrschaft wirst du deine Rettung finden. Wenn du reif genug dafür bist, wirst du dem Proletariat Gefolgschaft leisten. Wenn du nicht dafür reif bist, wirst du unter der Vormundschaft der Kadetten bleiben, das Proletariat aber geht seinen eigenen, revolutionären Klassenweg und wird ihn gehen, wie immer auch die Wahlkampagne, wie immer auch euer Mandatsschacher enden mag.

Der Menschewismus macht eine schwere Prüfung durch. Die Wahlkampagne ist zum Eckstein seiner opportunistischen Taktik geworden. Ein Teil der Sozialdemokratie ist unter die Hegemonie bürgerlicher Ideologen geraten. Die bürgerlichen Ideologen traktieren die Menschewiki erbarmungslos als „gemäßigte Sozialisten“ (Ausdruck der „Retsch“), auf die man sich immer verlassen kann. Ihre Freunde von rechts rechnen nicht mit ihnen und . . . rechnen nur darauf, daß sie treu den Kadetten dienen. Ein Teil der Sozialdemokratie hat die Schande so weit getrieben, daß die liberale Bourgeoisie ihn wie ihr williges Werkzeug behandelt und

daß das revolutionär gesinnte Proletariat es vorzieht, eher für die Sozialrevolutionäre zu stimmen (wie das bei der Wahl der Bevollmächtigten in der Hochburg des Menschewismus, dem Wiborger Bezirk, der Fall war) als für *solche* Sozialdemokraten.

Die Krise des Opportunismus naht. Der Pakt mit den „Paktierern“ versetzt dem Menschewismus einen entscheidenden Schlag. Die Wassiljew, Malischewski und Larin haben den Weg geebnet zum . . . Friedhof. In den Reihen der Menschewiki sind Bestürztheit und gegenseitiger Ausschluß an der Tagesordnung. Martow vertreibt die Wassiljew und Malischewski aus der Partei. Mögen die Arbeiter ihrerseits den Geist des Menschewismus aus der Partei austreiben!

„Proletari“ Nr. 12,  
25. Januar 1907.

*Nach dem Text des „Proletari“.*

---

## DIE WAHLEN IN DER PETERSBURGER ARBEITERKURIE

Die Wahlen der Bevollmächtigten der Arbeiter sind ein außerordentlich wichtiges Ereignis im politischen Leben Rußlands und in der Geschichte unserer Arbeiterbewegung, das noch lange nicht nach Gebühr gewürdigt worden ist.

Zum erstenmal sind *alle* Parteien, die auch nur irgendeinen Rückhalt im Proletariat haben, nicht mit allgemeinen Programmen oder Losungen vor die Masse der Arbeiter getreten, sondern mit einer bestimmten praktischen Frage: *den Kandidaten welcher Partei* vertraut die Arbeitermasse die Vertretung ihrer Interessen an? Natürlich ist das Wahlsystem in der Arbeiterkurie, wie allgemein bekannt, sehr, sehr weit entfernt von einer regelrechten demokratischen Vertretung. Immerhin aber tritt die Arbeitermasse bei den Wahlen auf. Und der *Kampf*, den die Parteien, und zwar als *bestimmte* politische Parteien, führen, findet in Rußland zum *erstenmal* vor der breiten Arbeitermasse statt.

In vielen Ortschaften Rußlands sind die Arbeiterbevollmächtigten bereits gewählt worden. Einigermassen vollständige und genaue Angaben über den Kampf der Parteien bei diesen Wahlen liegen jedoch nicht vor. Die Zeitungen bringen nur ganz allgemeine, überdies näherungsweise, „nach Augenmaß“ gezogene Schlüsse. Wenn die Parteiarbeiter und insbesondere die fortgeschrittensten Arbeiter selbst nicht das notwendige und äußerst wichtige Werk in Angriff nehmen, den Verlauf und die Ergebnisse der Wahlen in der Arbeiterkurie zu *studieren*, so kann man mit Sicherheit sagen, daß uns ein außerordentlich wertvolles und für die weitere Entwicklung der Parteiarbeit und der Parteiagitation notwendiges Material verlorengeht.

Alle Zeitungen formulieren ihren allgemeinen Eindruck von den Wahlen in der russischen Arbeiterkurie folgendermaßen: voller Sieg der äußersten Linken, vor allem der Sozialdemokratie, dann auch der Sozialrevolutionäre.

Die Hauptthese der Sozialdemokratie ist durch die Wahlen glänzend bestätigt worden: Das Proletariat als Klasse ist revolutionär. Die proletarische *Masse* ist in ihren Bestrebungen und Sympathien sozialdemokratisch. Das Proletariat ist die revolutionärste aller Klassen Rußlands.

Das Gerede, daß die Sozialdemokratische Partei in Rußland keine Arbeiterpartei sei, ist durch die Wahlen praktisch *widerlegt*. Nur Liberale, die bewußt die Unwahrheit sprechen, oder Opportunisten, die leichtfertig in den Tag hinein reden, können jetzt den *proletarischen Massencharakter* der russischen Sozialdemokratie bezweifeln.

Wenn man von dieser allgemeinen Schlußfolgerung zu spezielleren Folgerungen übergeht, so muß man zuerst den Vorbehalt machen, daß *noch keine* einigermaßen vollständigen Materialien vorliegen. Wir halten es jedoch nicht nur für zulässig, sondern sogar für unbedingt notwendig, eine ganze Reihe von weiteren Schlüssen *vorzumerken*, und zwar durchaus nicht, weil wir darauf Anspruch erheben, die betreffende Frage zu lösen, sondern weil wir eine *Frage von gewaltiger Wichtigkeit vor allen Genossen zur Erörterung stellen* und einen Gedankenaustausch, die Sammlung von Material usw. anregen wollen.

Was nach den ersten Zeitungsmeldungen ins Auge springt, ist der Unterschied zwischen dem eigentlichen Rußland und dem industriell, kulturell und politisch viel höher entwickelten Polen. In Rußland, zumindest in St. Petersburg und in Moskau, gibt es *keine* offen bürgerlichen Parteien, die sich auch nur zum Teil auf das Proletariat stützten. Die Sozialdemokraten haben das erdrückende Übergewicht, bedeutend geringeren Einfluß genießt die äußerste Linke der bürgerlichen Demokratie, die sich für sozialistisch hält, die Partei der Sozialrevolutionäre. Kadetten gibt es unter den Arbeitern nicht oder jedenfalls nur in ganz verschwindend geringer Zahl.

In Polen dagegen gibt es eine offen bürgerliche Partei, die bei den Wahlen fühlbar in Erscheinung getreten ist: die rechts von den Kadetten stehende Partei der *Narodowzen* (Narodowy-demokraty, Nationaldemokraten)<sup>17</sup>. Diese Tatsache läßt sich nicht mit der Heftigkeit der polizei-

lichen und militärischen Verfolgungen erklären. Die Bourgeoisie, die in Polen die nationale Unterdrückung aller Polen, die religiöse Unterdrückung aller Katholiken geschickt ausnutzt – die Bourgeoisie sucht und findet eine gewisse Stütze in den Massen. Von der polnischen Bauernschaft braucht man gar nicht erst zu reden.

Es versteht sich jedoch von selbst, daß es unsinnig wäre, aus diesem Unterschied urtümliche Vorzüge der russischen Rückständigkeit abzuleiten. Nein, die Sache ist einfacher, sie erklärt sich aus den historisch-ökonomischen und nicht aus den nationalen Unterschieden. In Rußland gibt es in den unteren Volksschichten, im Dorfe, im Agrarsystem unvergleichlich mehr Überbleibsel der Leibeigenschaft und infolgedessen viel mehr primitiven, unmittelbaren revolutionären Geist in der Bauernschaft und der eng mit ihr verbundenen Arbeiterklasse. In diesem revolutionären Geist ist zweifellos weniger proletarisches Klassenbewußtsein und mehr allgemein-demokratischer (und das bedeutet: dem Inhalt nach – bürgerlich-demokratischer) Protest enthalten. Außerdem ist bei uns die Bourgeoisie weniger entwickelt, weniger bewußt, im politischen Kampf weniger erfahren. Sie vernachlässigt die Arbeit unter dem Proletariat nicht so sehr deshalb, weil sie keinen Teil des Proletariats von uns losreißen könnte, als vielmehr deshalb, weil sie sich überhaupt nicht auf das Volk zu stützen braucht (wie in Europa und in Polen); es genügt ihr einstweilen, sich auf ihre Privilegien, auf Bestechungen, auf die rohe Gewalt zu stützen. Auch bei uns werden noch Zeiten kommen, wo alle möglichen Abkömmlinge der Bourgeoisie sowohl Nationalismus als auch irgendeinen christlichen Demokratismus als auch Antisemitismus und sonstigen Unrat in die Arbeitermasse tragen werden!

Wenden wir uns dem eigentlichen Rußland zu. Bemerkenswert vor allem ist der Unterschied zwischen Petersburg und Moskau. In Moskau ist ein voller Sieg der Sozialdemokraten über die Sozialrevolutionäre zu verzeichnen. Laut einigen Meldungen – die allerdings noch nicht völlig geprüft sind – zählt man dort ungefähr 200 sozialdemokratische Bevollmächtigte gegenüber etwa 20 Sozialrevolutionären!

In Petersburg ist es umgekehrt: Jedermann ist erstaunt über den unerwartet hohen Prozentsatz von sozialrevolutionären Bevollmächtigten. Die Sozialdemokraten haben natürlich das Übergewicht über die Sozialrevolutionäre, aber es ist kein erdrückendes Übergewicht. Man zählt unge-

fähr 33 Prozent und sogar (obwohl das kaum wahr sein dürfte) ungefähr 40 Prozent Sozialrevolutionäre. Gleichviel, ob wir einstweilen, bis ausführliche Angaben zusammengetragen sind, die eine oder die andere Zahl nehmen – jedenfalls wird es verständlich, warum die einfachen Mitglieder der Sozialdemokratie in Petersburg gewissermaßen das Gefühl haben: in der Arbeiterkurie „sind wir geschlagen“. Sogar ein Drittel sozialrevolutionärer Bevollmächtigter bedeutet in der Hauptstadt bereits *wirklich* eine Niederlage der Sozialdemokratie – eine Niederlage im Vergleich mit dem, was wir im übrigen Rußland sehen, und im Vergleich mit dem, was wir als Sozialdemokraten alle für normal und notwendig halten.

Dies ist eine Tatsache von gewaltiger Wichtigkeit . . . In Petersburg hat die äußerste Linke der bürgerlichen Demokratie die Sozialisten in der Arbeiterkurie aus deren *erdrückender* Vormachtstellung verdrängt! Es ist unsere direkte Pflicht, dieser Erscheinung die größte Aufmerksamkeit zu schenken. *Alle* Sozialdemokraten müssen sich bemühen, diese Erscheinung gründlich zu studieren und sie richtig zu erklären.

Der allgemeine Eindruck der Petersburger Sozialdemokraten, die von dem Ergebnis der Wahlen vom 7. und 14. Januar verblüfft sind, läßt sich zusammenfassen wie folgt: 1. Gerade in den *größten* Betrieben, den Hochburgen des klassenbewußtesten, revolutionärsten Teils des Proletariats, ist die Niederlage, die die „Sozialrevolutionäre“ den Sozialdemokraten beigebracht haben, ganz besonders empfindlich. 2. Die „Sozialrevolutionäre“ haben *vorwiegend* und hauptsächlich *menschewistische* Sozialdemokraten besiegt. Wo ein Kandidat der Sozialrevolutionäre und ein Kandidat der bolschewistischen Sozialdemokraten gegeneinander kämpften, ist der Sieg viel häufiger und *sogar in der Mehrzahl der Fälle* der Sozialdemokratie zugefallen.

Man kann leicht erkennen, daß beide Schlußfolgerungen die größte Bedeutung haben. Deswegen müssen wir unbedingt dafür Sorge tragen, daß es nicht bei einfachen Eindrücken bleibt, sondern daß aus genauem, geprüftem Material, das zwei Deutungen nicht zuläßt, wirkliche *Schlüsse* gezogen werden. Es ist natürlich äußerst unwahrscheinlich, ja sogar fast unmöglich, daß die einheitliche Ansicht der sozialdemokratischen Parteiarbeiter der verschiedensten Petersburger Bezirke verkehrt ist. Es wäre natürlich lächerliche Pedanterie, von Revolutionären, die gerade jetzt mit

einer Unmasse von Wahlarbeit überhäuft sind, eine exakte und akkurate Statistik zu verlangen, und doch *kann und muß* man das grundlegende Material, die wichtigsten Zahlen und Angaben sammeln, weil das auf lange Zeit für unsere *ganze* sozialdemokratische Arbeit in St. Petersburg nötig ist.

Weiter unten werden wir diese Frage ausführlicher behandeln (siehe den Artikel „Der Kampf der Sozialdemokraten und der Sozialrevolutionäre bei den Wahlen in der St.-Petersburger Arbeiterkurie“). Hier beschränken wir uns darauf, die politische Bedeutung dieser *relativen* Niederlage der Sozialdemokratie bei den Wahlen zur Arbeiterkurie in St. Petersburg zu bewerten.

Vor allem muß festgestellt werden, daß das zahlenmäßige Übergewicht der sozialdemokratischen Bevollmächtigten eindeutig hinweist auf das zahlenmäßige Übergewicht derjenigen *Betriebe*, in denen die Sozialdemokraten Organisationszellen haben. Ausführlichere Angaben werden sicherlich die Beobachtung bestätigen, die die Sozialdemokraten bereits in den Freiheitstagen vom Oktober gemacht haben, daß nämlich die Sozialrevolutionäre keine gründliche und dauernde, keine ernste, organisatorische Arbeit im Proletariat leisten, sondern, wenn man so sagen darf, von Zeit zu Zeit mit Schneid vorgehen: sobald die Stimmung sich hebt, sind sie flink bei der Hand mit Resolutionen in Versammlungen, jede Belebung nutzen sie aus, um mit schmetternden und effektvollen „revolutionären“ Phrasen und Reden auch Mandate „einzuheimsen“.

Dieses Element des sozialrevolutionären Sieges wird aller Wahrscheinlichkeit nach auch bei jeder gewissenhaften Untersuchung der Wahlen, die jetzt in der St.-Petersburger Arbeiterkurie stattgefunden haben, festgestellt werden. In letzter Instanz handelt es sich darum, daß eine „revolutionäre“ kleinbürgerliche Partei zu solider und hartnäckiger proletarischer Arbeit unfähig ist – bei dem geringsten Stimmungsumschwung verschwindet sie spurlos von der Bildfläche der Arbeitervororte. Nur dann und wann gelingt es ihr, die noch geringe politische Schulung der Massen auszubeuten, indem sie diese durch ihre scheinbar großzügige Fragestellung (die in Wirklichkeit verschwommen und intelligenzlerischer Flitterkram ist) „betört“, auf das noch unentwickelte Klassenbewußtsein spekuliert, demagogisch die traditionelle „Liebe zur Scholle“ ausnutzt, wo noch Verbindungen mit dem Dorf vorhanden sind, usw. usf.

Der bürgerliche Charakter der Revolution führt naturgemäß dazu, daß die Arbeiterviertel von Zeit zu Zeit plötzlich von Schwärmen radikaler und „echt-revolutionärer“ bürgerlicher Jugend „überfallen“ werden, die keinen Klassenstützpunkt unter ihren Füßen fühlt und instinktiv zum Proletariat als der einzigen ernstlich für die Freiheit *kämpfenden* Masse kommt, wenn ein neuer Aufschwung, ein neuer Ansturm der Revolution in der Luft liegt. Sozialrevolutionäre Redner in Arbeiterversammlungen sind eine Art Sturmvogel, die anzeigen, daß sich im Proletariat die Stimmung hebt, daß das Proletariat sich nach den Niederlagen, die es erlitten hat, schon ein wenig erholt und Kräfte gesammelt hat, daß im Proletariat wieder eine breite und tiefe Gärung beginnt, die zu neuem Kampf gegen die alte Ordnung führt.

Wenn man die Oktoberperiode und die „Duma“periode mit den gegenwärtigen Wahlen vergleicht und eine einfache Aufstellung macht über die fest verankerten Organisationszellen der Sozialrevolutionäre, wird man zweifellos diese Erklärung bestätigt finden.

Es wäre aber natürlich der größte Leichtsinn, sich auf diese Erklärung zu *beschränken* und die Augen vor der Tatsache zu verschließen, daß die Sozialrevolutionäre gerade in den größten Betrieben mit der klassenbewußtesten und kampferprobtesten Arbeiterschaft die Sozialdemokraten *besiegt haben*. Zum Glück wissen wir jedoch jetzt schon, daß die äußerste Linke der bürgerlichen Demokratie in Wirklichkeit durchaus nicht die Sozialdemokratie, sondern die *opportunistische Verflachung* der Sozialdemokratie besiegt hat.

Die revolutionäre bürgerliche Demokratie hat vor der revolutionären Sozialdemokratie die Segel gestrichen und tatsächlich nur diejenigen besiegt, die im Schlepptau der nichtrevolutionären Bourgeois schwimmen, *die für Blocks mit den Kadetten sind*. Hiervon zeugen ganz unzweideutig sowohl die Berichte der sozialdemokratischen Funktionäre über den Charakter der sozialrevolutionären Wahlreden als auch die Angaben über den Zeitpunkt des sozialrevolutionären „Sieges“ über die Menschewiki.

Die Wahlen fanden in Petersburg am 7. und 14. Januar statt. Am 7. Januar hatte das proletarische Petersburg gerade erfahren, daß sich die 31 Menschewiki von der sozialdemokratischen Konferenz abgespalten hatten, um mit den Kadetten Mandatsschacher zu treiben. Die ganze dar-

auffolgende Woche frohlockte und lärmte die gesamte bürgerliche Presse St. Petersburgs, lobte die Menschewiki, placierte sie neben den Kadetten, zollte ihrer Absage an die Revolution und ihrem Übergang zum „*oppositionellen Block*“, zu den „gemäßigt sozialistischen Parteien“, Beifall usw. usf.

Die *Niederlage der Menschewiki* in den Großbetrieben ist die erste Warnung, die die *proletarischen Massen* den schwankenden intelligenzlerischen Opportunisten erteilt haben!

*Die Menschewiki sind zu den Kadetten umgeschwenkt – das Petersburger Proletariat hat den Menschewiki den Rücken gekehrt.*

Die Sozialrevolutionäre haben den Augenblick der Spaltung in der Sozialdemokratie ausgenutzt, haben die Empörung der Arbeiter über die kadettenhaften Menschewiki ausgenutzt, haben sie geschickt und bedenkenlos ausgenutzt. In den Vororten zogen sie über die Sozialdemokraten wegen der Blocks mit den Kadetten her (wobei sie sich über die Bolschewiki und das Petersburger Komitee der SDAPR ausschwiegen), in der Stadt aber *feilschten sie selbst mit den Kadetten!* Jetzt begreift man, warum sie ihre Ansichten und ihre Beschlüsse über Blocks mit den Kadetten, ihre Blocks mit den Volkssozialisten usw. usw. usf. so eifrig geheimhielten und geheimhalten.\* Alle Sünden des Menschewismus begehen sie *insgeheim* selbst, vor den Arbeitern aber ziehen sie über den Menschewismus her, um dafür Beifall einzuheimsen und Mandate zu ergattern!

Der Organisator des Semjannikowschen Unterbezirksverbands der SDAPR, dessen Bericht wir weiter unten benutzen, schreibt in seinem Bericht über die Wahlen in dem riesigen Semjannikow-Werk: Trotz der Proteste der Bolschewiki stellten die Menschewiki die Kandidatur des Gen. X.<sup>48</sup> auf. „In der Wählerversammlung der Fabrik ergriff ein sozialrevolutionärer Intellektueller das Wort und unterzog die menschewistischen Argumente, mit denen Gen. X. die Notwendigkeit von Abkommen mit den Kadetten begründete, einer schonungslosen Kritik, und Gen. X. setzte sich, wie die Arbeiter sagten, in die Tinte.“ Die Menschewiki erlitten bei der Masse eine vollständige Niederlage. „*Als die Masse erfubr*“, lesen wir in demselben Bericht, „daß die sozialdemokratischen Kandidaten für Abkommen mit den Kadetten eintreten und daß diese Kandidaten

\* Sie veröffentlichten die Resolution ihres Petersburger Komitees erst *nach* den Wahlen in der Arbeiterkurie.

Menschewiki sind, *da wurde gleich hier (in der Fabrik) geradeheraus erklärt, man werde nicht für die Menschewiki stimmen.*"

Hieraus erkennt man ganz klar, warum die Menschewiki bei den Wahlen zur sozialdemokratischen Konferenz dagegen waren, daß nach Plattformen abgestimmt wurde, d. h. dagegen waren, daß die Massen selbst *unmittelbar* zur Frage von Blocks mit den Kadetten Stellung nahmen!

... „In einem Fabrik-Unterbezirk der Menschewiki, der Newski-Stearinfabrik, erklärte der Arbeiter N. M., den man als Bevollmächtigten wählen wollte, ganz offen: „Nachdem ich erfahren habe, daß die Sozialdemokraten für Abkommen mit den Kadetten sind, gehe ich zu den Sozialrevolutionären über.“ *Und er ging wirklich zu ihnen über und wurde als Bevollmächtigter gewählt!*“

Solche Schande haben diese kläglichen Opportunisten, die es fertigbringen, sich am Vorabend der Wahlen von der Arbeiterpartei abzuspalten, um mit den Kadetten Mandatsschacher zu treiben, über die Sozialdemokratie gebracht!

Jeder Sozialdemokrat, dem die Ehre und der gute Name der proletarischen Partei teuer sind, kann daraus nur einen Schluß ziehen: erbarmungsloser Kampf gegen den Menschewismus in Petersburg. Wir müssen den Arbeitern die Augen öffnen über die Leute, die die Arbeiter durch ihre Kadettenpolitik vom Sozialismus zur revolutionären Bourgeoisie treiben.

Die Sozialrevolutionäre haben den Menschewiki die größten Betriebe entrissen. Wir müssen sie den Sozialrevolutionären wieder entreißen. Wir müssen neue agitatorische Kräfte, neue revolutionäre sozialdemokratische Schriften gerade in die größten Betriebe schicken, um den Arbeitern klarzumachen, wie sie aus den Händen der kadettenfreundlichen Menschewiki in die Hände der *kadettenfreundlichen* Sozialrevolutionäre geraten sind!

Der ganze Gang der Wahlkampagne in Petersburg, alle Angaben über die endlosen Schwankungen der Menschewiki, über ihre Bemühungen (nach ihrer Abspaltung von der Arbeiterpartei), dem konterrevolutionären Kadettenblock beizutreten, darüber, wie sie *im Verein mit den Sozialrevolutionären* mit den Kadetten um Mandate geschachert haben – alles dies gibt uns überaus reiches Material für den Kampf, den wir in den

Petersburger Großbetrieben sowohl gegen die Menschewiki als auch gegen die Sozialrevolutionäre führen müssen.

Die revolutionäre Sozialdemokratie muß und wird die Großbetriebe zu ihren festen, sowohl für die Opportunisten als auch für die revolutionären Kleinbürger uneinnehmbaren Stützpunkten machen.

„Prostyje Retschi“ Nr. 3,  
30. Januar 1907.  
Unterschrift: N. L e n i n.

Nach dem Text der  
„Prostyje Retschi“.

DER KAMPF DER SOZIALDEMOKRATEN  
UND DER SOZIALREVOLUTIONÄRE  
BEI DEN WAHLEN  
IN DER ST.-PETERSBURGER ARBEITERKURIE

Der große Erfolg, den die Sozialrevolutionäre bei den Wahlen in der Arbeiterkurie erzielten, hat viele Sozialdemokraten in eine niedergeschlagene Stimmung versetzt. Indessen ist dieser Erfolg der Sozialrevolutionäre eine sehr bezeichnende Tatsache, die auf einen von den Sozialdemokraten begangenen ernsten Fehler hinweist und eine ernste Untersuchung erfordert. Wir dürfen nicht mutlos sein, nicht den Kopf hängen lassen, sondern müssen die verflossenen Wahlen studieren, um den Ursachen des relativen Mißerfolges bei den Wahlen auf den Grund zu kommen und zu gewährleisten, daß die weitere Arbeit der Sozialdemokraten unter der Arbeiterschaft richtig organisiert wird.

Vorzügliche Unterlagen für dies Studium der Wahlen der Arbeiterbevollmächtigten liefert der „Bericht des Semjannikowschen Unterbezirksverbands des Newski-Bezirks“ des Petersburger Komitees der SDAPR über die Zeit vom 15. November 1906 bis zum 15. Januar 1907.

Wir wollen diesen „Bericht“ nicht vollständig wiedergeben, sondern ihm nur *genaue Zahlen* über den Kampf entnehmen, den die menschewistischen und bolschewistischen Sozialdemokraten bei den Wahlen der Bevollmächtigten in 23 *Werken und Fabriken* einer der größten (und historisch *nambaftesten*) Arbeitervorstädte Petersburgs gegen die Sozialrevolutionäre geführt haben.

Wir wollen diese Zahlen für alle Werke oder Fabriken einzeln anführen, damit jeder unterrichtete Parteiarbeiter unsere Angaben prüfen und berichtigen kann, wobei wir die Betriebe einteilen in solche, wo die Kandidaten Bolschewiki waren, und in solche, wo die Kandidaten Men-

Betriebe, in denen bolschewistische Kandidaten aufgestellt wurden	Von den gewählten Bevollmächtigten sind		
	Sozialdemokraten	mit den Sozialdemokraten Sympathisierende	Sozialrevolutionäre
Russisch-Amerik. Maschinenfabrik . . . .	1	—	—
Armaturenwerk . . . . .	1	—	—
Offenbacher . . . . .	1	—	—
Upenek . . . . .	1	—	—
Schwellen-Imprägnierungs-Fabrik . . . .	1	—	—
Fabrik vorm. Onufrijew . . . . .	1	—	—
Dachsparrenfabrik . . . . .	—	1	—
<i>Pabl</i> . . . . .	2	—	1
Wena . . . . .	1	—	—
Atlas . . . . .	1	—	—
Alexandrowsche Waggonfabrik . . . . .	1	—	—
Eisengießerei . . . . .	—	—	1
<i>Insgesamt in 12 Betrieben</i>	11	1	2
Betriebe, in denen menschowistische Kandidaten aufgestellt wurden			
<i>Semjannikow-Werk</i> . . . . .	—	—	5
<i>Maxwell</i> . . . . .	1	—	1
Thornton . . . . .	1	—	—
Gromow . . . . .	1	—	—
Nauman . . . . .	1	—	—
Grapp . . . . .	1	—	—
Alexejew . . . . .	1	—	—
Newski-Stearinfabrik . . . . .	—	—	1
Wargunin . . . . .	—	—	1
<i>Obuchow-Werke</i> . . . . .	—	—	4
Spielkartenfabrik . . . . .	ein Bev. mit ungeklärter Stellung		
<i>Insgesamt in 11 Betrieben</i>	6	—	12
	und 1 Bev. mit ungeklärter Stellung		
<i>Insgesamt in 23 Werken und Fabriken</i>	17	1	14
	und 1 Bev. mit ungeklärter Stellung		

schewiki waren. Die eindeutigen Großbetriebe, d. h. diejenigen, die mehr als einen Bevollmächtigten gewählt haben, sind im Druck hervorgehoben.

Aus diesen Zahlen ist vor allem ersichtlich, daß im allgemeinen die Sozialdemokraten die Sozialrevolutionäre *besiegt haben*. Die Sozialdemokraten haben 18 Bevollmächtigte (wobei wir den einen mit der Sozialdemokratie Sympathisierenden zu den Sozialdemokraten zählen) durchgebracht, die Sozialrevolutionäre jedoch nur 14.

Weiter ist aus diesen Zahlen klar ersichtlich, daß 1. in den größten Betrieben im großen und ganzen die Sozialrevolutionäre gesiegt haben; 2. daß die Sozialrevolutionäre im allgemeinen die menschwistischen Sozialdemokraten besiegt haben; 3. daß die bolschewistischen Sozialdemokraten im allgemeinen die Sozialrevolutionäre besiegt haben.

In der Tat, wenn wir die vier größten Betriebe nehmen, d. h. diejenigen, die mehr als einen Bevollmächtigten gewählt haben, so erhalten wir folgendes Ergebnis: Insgesamt wurden in diesen Betrieben 14 Bevollmächtigte gewählt (also von 14 000 Arbeitern), von denen 11 Sozialrevolutionäre und 3 Sozialdemokraten sind. In den übrigen 18 kleineren Betrieben wurden 15 Sozialdemokraten und 3 Sozialrevolutionäre gewählt. Die Gesamtzahl der in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter ist uns unbekannt, sie mag mehr als 18 000 betragen, denn Betriebe mit weniger als 2000 Arbeitern entsenden einen Bevollmächtigten, sie kann jedoch auch weniger als 18 000 betragen, denn alle Betriebe, die 50 und mehr Arbeiter beschäftigen, wählen je einen Bevollmächtigten.

Folglich müssen wir unseren allgemeinen Schluß hinsichtlich des Siegs der Sozialdemokraten über die Sozialrevolutionäre im Newski-Bezirk ändern: in den größten Betrieben haben *die Sozialrevolutionäre die Sozialdemokraten besiegt!* Die Angaben über die Zahl der Bevollmächtigten reichen noch nicht für eine genaue Schlußfolgerung aus: man braucht die Zahlen für die *einzelnen Betriebe*, außerdem Angaben über die Zahl der Arbeiter in jedem Betrieb und über die Zahl derjenigen, die sich in jedem Betrieb an der Abstimmung beteiligt haben.

Ferner ist aus den angeführten Daten klar ersichtlich, daß *der Sieg der Sozialrevolutionäre voll und ganz von den Menschewiki verschuldet ist*. Die Menschewiki haben an die Sozialrevolutionäre volle 12 Sitze abge-

geben, 12 von 18, die Bolschewiki aber haben insgesamt nur 2 Sitze (von 14) abgegeben.

In den bolschewistischen Betrieben (wobei wir nicht diejenigen als bolschewistisch bezeichnen, wo *überhaupt* Bolschewiki arbeiten, sondern diejenigen, wo gegen die Sozialrevolutionäre bolschewistische Kandidaten aufgestellt waren) sind die Sozialrevolutionäre eindeutig geschlagen worden; das gilt insbesondere für den größten Betrieb, Pahl, wo die Bolschewiki zwei von drei Bevollmächtigten durchgebracht haben. Wenn man in Betracht zieht, daß uns keine Unterlagen darüber zur Verfügung stehen, wo die Sozialrevolutionäre überhaupt Kandidaten aufgestellt haben, daß folglich aller Wahrscheinlichkeit nach die Sozialrevolutionäre auch in der Russisch-Amerikanischen Maschinenfabrik, in der Alexandrowschen Waggonfabrik, im „Atlas“ usw. eine Niederlage erlitten haben, so gelangt man zu dem Schluß: *Im allgemeinen haben die Bolschewiki die Sozialrevolutionäre besiegt.*

In den menschewistischen Betrieben hingegen wurde die Sozialdemokratie geschlagen: die Sozialrevolutionäre eroberten 12 Sitze, die Sozialdemokraten nur 6. Es unterliegt keinem Zweifel, daß *im allgemeinen die Sozialrevolutionäre die Menschewiki bei der Masse des Proletariats besiegen.*

Wieweit man die Schlüsse, die sich aus den Angaben über den Newski-Bezirk ergeben, auf ganz Petersburg ausdehnen kann, können wir nicht genau sagen. Auf Grund der Tatsache jedoch, daß „das ganze sozialdemokratische Petersburg“ von den unerwarteten Siegen der Sozialrevolutionäre in den Großbetrieben spricht, die Gesamtzahl der sozialdemokratischen Bevollmächtigten aber offenbar bedeutend größer ist als die Gesamtzahl der sozialrevolutionären Bevollmächtigten – auf Grund dieser Tatsache kann man annehmen, daß die Zahlen des Newski-Bezirks mehr oder minder typisch sind. Im Bezirk Wassiljewski-Ostrow haben die Sozialrevolutionäre, wie berichtet wird, in einer Hochburg des *Menschewismus*, der Baltischen Werft, die Menschewiki mit riesiger Stimmenzahl geschlagen: sie erhielten an die 1600 Stimmen, die Menschewiki jedoch weniger als 100. In demselben Bezirk hingegen haben in der großen Geschloßfabrik die Sozialrevolutionäre ebenfalls ungefähr 1600 Stimmen, die Bolschewiki aber ungefähr 1500 Stimmen aufgebracht, wobei die Bolschewiki die Wahlen *angefochten* haben, da sie wegen der Zertrümme-

rung einer Wahlurne nicht ordnungsgemäß verlaufen sind, und verlangen, daß die Wahlen für ungültig erklärt werden. Oder ein anderer Bericht: In dem Französisch-Russischen Werk, aus dem die menschewistischen Intellektuellen ganz ungeniert 370 Stimmen – *ausschließlich menschewistische* – zur Petersburger sozialdemokratischen Konferenz „mitbrachten“, wurden als Bevollmächtigte *ein Bolschewik und ein Sozialrevolutionär* gewählt. In dem Wiborger Bezirk, dieser Zitadelle des Menschewismus, haben die Sozialrevolutionäre die menschewistischen Sozialdemokraten besiegt, usw. usf.

Damit alle diese Mitteilungen geprüft, damit genaue Angaben gewonnen werden können, ist es *unbedingt erforderlich*, und zwar *auf jeden Fall*, bevor der Eindruck der Wahlen verblaßt ist, Unterlagen über *alle* Fabriken und Werke zusammenzubringen, die Bevollmächtigte gewählt haben. Für die örtlichen sozialdemokratischen Parteiarbeiter ist es eine Kleinigkeit, die Zahlen über jeden Betrieb gesondert zu sammeln und aufzuschreiben. Die Zusammenstellung dieser Zahlen aber *braucht* die Sozialdemokratie, damit sie bewußt zu den Wahlen Stellung nehmen kann – damit sie ihre Fehler und Mängel nicht kleinmütig vertuscht, sondern sie einer parteilichen Kritik unterzieht und alle Anstrengungen darauf richtet, diese Mängel zu beseitigen.

*Es ist unmöglich*, in St. Petersburg eine zielbewußte sozialdemokratische Arbeit durchzuführen, wenn man nicht mit aller Aufmerksamkeit den Verlauf der Abstimmung der *Arbeitermassen* für die Kandidaten der einen oder der anderen Partei verfolgt. Für die bürgerlichen Parteien ist nur die Ergatterung von soundso viel Mandaten wichtig. Uns kommt es darauf an, zu erreichen, daß sich die Massen selbst *klarwerden* über die Lehre und die Taktik der *Sozialdemokratie* zum Unterschied von allen kleinbürgerlichen Parteien, auch wenn sie sich selbst als revolutionäre, sozialistische Parteien bezeichnen. Wir sind deshalb verpflichtet, uns genaue und vollständige Angaben über die Abstimmungen und Wahlen in der St.-Petersburger Arbeiterkurie zu verschaffen.

Wir wenden uns daher an alle örtlichen sozialdemokratischen Parteiarbeiter in den Bezirken und Unterbezirken von St. Petersburg mit der dringenden Bitte, genaue Angaben ungefähr nach folgendem Programm zu beschaffen: 1. Bezirk; 2. Name des Betriebs; 3. Zahl der Arbeiter; 4. Zahl der an der Abstimmung Beteiligten; 5. Richtung der konkur-

rierenden Kandidaten: Sozialrevolutionär, Bolschewik, Menschewik, andere Parteien; 6. Zahl der Stimmen, die für *jeden einzelnen* Kandidaten abgegeben wurden. Die Zusammenstellung dieser Daten wird uns eine feste Grundlage bieten für die Bewertung der verschiedenen Seiten der sozialdemokratischen Arbeit und für die Beurteilung unserer Erfolge oder Mißerfolge bei den nächsten Wahlen.

„Prostyje Retschi“ Nr. 3,  
30. Januar 1907.

*Nach dem Text der*  
*„Prostyje Retschi“.*

## WIE SOLL MAN BEI DEN WAHLEN IN PETERSBURG STIMMEN?

(Wem nützen die Märchen von einer Schwarzhundertergefahr?)

Die Sozialdemokraten der revolutionären Richtung erklären schon seit langem, daß die Märchen von einer Schwarzhundertergefahr von den Kadetten vorsätzlich ausgedacht und verbreitet werden, um die ihnen *von links drohende Gefahr* von sich abzuwenden.

Man hat auf die Sozialdemokraten nicht gehört. Die liberale Presse zeterte und zetert im Chor von einer Schwarzhundertergefahr. Die kleinbürgerlichen Radikalen, die Volkstümmler, plapperten naiv die Worte der Liberalen nach. Die opportunistischen Sozialdemokraten schwammen ebenfalls im Fahrwasser der Liberalen und sanken zuweilen (wie z. B. in Petersburg) so tief, daß sie gegenüber dem Proletariat glattweg zu Streikbrechern wurden.

Nun sehe man sich an, was die Wahlen zeigen.

Jedermann sieht jetzt, daß sich die Stimmung der Wähler *nach links* gewendet hat. Die Schwarzhunderter haben bei den Wahlen eine unvergleichlich schwerere Niederlage erlitten als im vorigen Jahre. Die revolutionären Sozialdemokraten *haben recht behalten*. Daß bei den Wahlen eine Schwarzhundertergefahr drohe, ist ein *Märchen*, in die Welt gesetzt von den Kadetten, die hinter dem Rücken des Volkes mit Stolypin scharchern. Bekanntlich hat sich in Petersburg Herr Wodowosow, der im vorigen Jahre für die Kadetten stimmte, jetzt von ihnen abgewandt und ist mit Enthüllungen über Miljukows Visite bei Stolypin an die Öffentlichkeit getreten! Und Miljukow mußte diese Tatsache zugeben. Nur *verheimlicht* er dem Volke nach wie vor, welche Bedingungen ihm Stolypin für die Legalisierung der Kadetten gestellt hat!

Die Kadetten schreiben sich jetzt in ihren Zeitungen die Finger wund,

um Stolypin ihre Mäßigung, Bescheidenheit, Loyalität, ihre Unabhängigkeit von den „Linken“, ihre Bereitschaft zum Kampf gegen die Linken zu beweisen.

Eine vorteilhafte und bequeme Politik, nicht wahr? Bei Stolypin und seinen Freunden, d. h. den Schwarzhundertern, schmeichelt man sich dadurch ein, daß man sich von den „Linken“ lossagt, daß man in der Presse, in den Versammlungen und bei den Wahlen gegen die Linken kämpft. Bei den Linken aber – oder, richtiger, bei den Einfaltspinseln und Streikbrechern unter den Linken – schmeichelt man sich ein mit dem Gezeter von einer Schwarzhundertergefahr: Stimmt für die Kadetten, um eine Zersplitterung der Stimmen zu vermeiden!

Eben diese Politik haben die Kadetten auch in Moskau betrieben. Herr Kokoschkin, früheres Dumamitglied und einer der bekanntesten Kadetten, schrieb am Wahltag in den „Russkije Wedomosti“<sup>19</sup>:

„Für jeden ist klar, daß der Linksblock nicht die Stimmen derjenigen Parteilosen auf sich vereinigen kann, die zwischen den ‚Oktobristen‘ und den ‚Kadetten‘ schwanken; er kann dem ‚Verband vom 17. Oktober‘ keine einzige Stimme entreißen. Er kann jedoch der Partei der Volksfreiheit Stimmen entreißen und *dadurch zum Triumph der Reaktion beitragen, und das allein wird das wirkliche Ergebnis sein, wenn seine Tätigkeit erfolgreich ist.*“

So schrieb Herr Kokoschkin am Morgen des Wahltages. Und die Wahlen zeigten, daß Herr Kokoschkin eine *grobe Unwahrheit* gesagt hatte. Das Ergebnis der Tätigkeit des Linksblocks zeigte, daß ein *Triumph* der Rechten in Moskau **unmöglich** war, *wieviele Stimmen wir auch den Kadetten entrissen hätten!*

Die Moskauer Wahlen *haben bewiesen*, daß das Märchen von einer Schwarzhundertergefahr eine *kadettische Lüge* ist, die von jetzt ab nur bewußte Streikbrecher unter den Linken wiederholen können.

Man nehme die Stimmenzahlen nach Bezirken. Wir veröffentlichen sie vollständig in der Notiz „Die vorläufigen Ergebnisse der Wahlen in Moskau“. Diese Zahlen zeigen, daß *in 14 von 16 Bezirken\** die Zahl der

\* Insgesamt gibt es in Moskau 17 Wahlbezirke. Über den 17., den Pjatnizki-Bezirk, liegen noch keine vollständigen Angaben vor. Die Kadetten haben hier mindestens 1488 Stimmen erhalten, die Oktobristen anscheinend etwa 600, der Linksblock anscheinend etwa 250.

Stimmen, die für die Oktobristen abgegeben wurden, *weniger als die Hälfte* der Stimmen ausmachte, die Kadetten und Linke zusammen erhielten. In 14 Bezirken konnten die Linken also durch ihr selbständiges Auftreten **keinesfalls** „zum Triumph der Reaktion beitragen“.

Herr Kokoschkin *log*, als er den Linksblock als Helfershelfer der Reaktion verleumdete!

Herr Kokoschkin suchte den Wählern durch das *Trugbild* der Schwarzhundertergefahr *Angst einzujagen*, um sie davon abzuhalten, für den Linksblock zu stimmen.

Herr Kokoschkin *fürchtet* sich ebenso wie die Petersburger Kadetten, auch nur dem Zensuswähler eine Frage vorzulegen, die den *Kern der Sache* betrifft, die Frage, ob er *grundsätzlich* mit der Partei der Gesprächspartner Stolypins oder mit der Sozialdemokratie und den Trudowski sympathisiere. Die Herren Kokoschkin rechnen ebenso wie die Petersburger Kadetten nicht auf das Bewußtsein des Wählers, *sondern auf die Angst des Spießbürgers*, der vom Geheul der liberalen Lakaienpresse von einer Schwarzhundertergefahr betäubt ist.

Und die Moskauer Wahlen waren wirklich Wahlen *verängstigter Spießbürger*. Eine Bestätigung hierfür finden wir in einer Quelle, die sicherlich niemand einer Sympathie mit den „Bolschewiki“ verdächtigen wird.

Die „Birshewyje Wedomosti“<sup>20</sup> veröffentlichten am 29. Januar den Brief eines von ihnen entsandten Sonderberichterstatters: „Moskau wählt Wahlmänner“. Dieser Berichterstatter schreibt:

„Aus der Menge herausgetreten, gehen die Wähler weit abseits und beginnen ihre Eindrücke auszutauschen.

„Nun, hast wohl für Gringmut gestimmt, nicht wahr?“ fragt ein Kontraktor den von ihm beschäftigten Meister.

„Aber nein doch, Sergej Petrowitsch, wir sind für die Kadetten“, antwortete der Meister, der klein und rundlich wie ein Faß ist.

„Aber weshalb nicht für den Linksblock?“ versucht der Kontraktor herauszukriegen.

„Ist gefährlich, die Stimmen würden sich zersplittern“, antwortet der Meister.“

Das ist der Grund, weshalb die Masse der städtischen Kleinbürger in Moskau für die Kadetten gestimmt hat! Der Kleinbürger hat gegen die

Linken gestimmt nicht aus Antipathie gegen sie, sondern deshalb, weil es „gefährlich“ ist, weil „sich die Stimmen zersplittern würden“, d. h., weil er den kadettischen Lügnern geglaubt hat, die das Monopol der liberalen Tageszeitungen zur Verdummung des Kleinbürgers ausgenutzt haben.

Die Moskauer Wahlen vom 28. Januar haben gezeigt, daß sich die Stimmen bei vier Listen nicht so zersplittern konnten, daß die Gefahr eines Sieges der Schwarzen gedroht hätte.

Die Kadetten haben in Moskau den erschrockenen Kleinbürger an der Nase herumgeführt. Mögen das die Petersburger Wähler wissen, mögen sie nicht ein zweites Mal den mit Stolypin schachernden Kadetten auf den Leim gehen!

Wir lenken die Aufmerksamkeit der Leser noch auf die Gegenüberstellung der Daten (für neun Moskauer Bezirke – vollständigere Daten haben wir leider nicht zur Hand) von 1906 und von 1907. Bekanntlich wehklagen alle Nachbeter der Kadetten und Streikbrecher unter den Linken über die Senatserläuterungen, die angeblich beweisen, daß man sich nicht auf die Daten von 1906 stützen dürfe, daß man bei den Wahlen von 1907 ein schlechteres Ergebnis erwarten müsse, daß es jetzt eine Schwarzhundertergefahr gebe.

Was aber hat Moskau gezeigt? Im Jahre 1906 wurden in neun Bezirken für die Kadetten 13 220 Stimmen abgegeben, für die Rechten 5669 (Oktobristen) plus 690 (Monarchisten), insgesamt 6359 Stimmen (vielleicht sogar etwas mehr, denn aus den von uns angeführten Zahlen ist ersichtlich, daß aus einigen von diesen neun Bezirken über die Stimmenzahl der Monarchisten überhaupt keine Angaben vorliegen).

Im Jahre 1907 wurden in denselben Bezirken gegen die Schwarzen 14 133 Stimmen abgegeben (davon 11 451 Stimmen für die Kadetten und 2682 für die Linken), für die Schwarzen dagegen 5902 Stimmen (davon 4412 für die Oktobristen und 1490 für die Monarchisten).

Also ungeachtet der Senatserläuterungen ist die Zahl der abgegebenen Stimmen im Jahre 1907 sogar etwas größer gewesen als im Jahre 1906 (20 035 gegen 19 579). Die Zahl der Stimmen gegen die Schwarzen ist größer als im Jahre 1906 (14 133 gegen 13 220); die Zahl der Stimmen für die Schwarzen ist kleiner als im Jahre 1906 (5902 gegen 6359).

Die Moskauer Erfahrung beweist faktisch, daß man sich durchaus auf

die Daten vom Jahre 1906 stützen kann, denn die Daten vom Jahre 1907 zeigen einen *Schritt* zum Besseren.

Und was besagen die Petersburger Zahlen von 1906? Diese Zahlen besagen, daß in neun Bezirken, die 114 Wahlmänner stellen, die *höchste* Stimmenzahl der Schwarzen im Jahre 1906 *um mehr als die Hälfte kleiner war als die niedrigste* Zahl der Kadettenstimmen.\*

*In Petersburg kann also eine Verteilung der sich gegen die Schwarzen aussprechenden Stimmen auf Kadetten und Linke unmöglich einen Sieg der Rechten zur Folge haben.*

Sogar die Wahlen der Wahlmänner durch die städtischen Wähler im Petersburger *Landkreis*, die am 29. Januar stattgefunden haben, zeigen, daß die Schwarzhundertergefahr ein kadettisches Lügenmärchen ist. Sogar von diesen Wählern, für die es besonders schwierig war, sich Listen zu beschaffen und den Weg zur Wahlstelle zurückzulegen, erhielten die Schwarzen *so wenig* Stimmen, daß ihr Sieg ausgeschlossen war, *wie immer auch sich die Stimmen verteilt hätten*. Für die Kadetten wurden mindestens 1099 Stimmen, für die *Sozialdemokraten* 603, für die *Oktoberisten* 652, für den Bund des russischen Volkes – 20 Stimmen abgegeben. Wieviel Stimmen wir hier auch den Kadetten entrissen hätten, die Rechten hätten *nicht* durchkommen können!

Deshalb erklären wir jetzt mit aller Bestimmtheit: Wer in Petersburg mit Berufung auf eine Schwarzhundertergefahr dazu auffordert, für die Kadetten zu stimmen, um eine Zersplitterung der Stimmen zu vermeiden, *der lügt bewußt und betrügt den Wähler*. Wer in Petersburg, sei es auch nur in einem Bezirk, mit Berufung auf eine Schwarzhundertergefahr den Wahlen fernbleibt, *der lügt bewußt und betrügt den Wähler*, um seine *Streikbrecherrolle gegenüber dem Linksblock* zu bemänteln.

In Petersburg besteht ebensowenig wie in Moskau eine Schwarzhundertergefahr, wohl aber besteht eine Kadettengefahr. Es besteht die Gefahr, daß der unwissende und eingeschüchterte Kleinbürger seine Stimme dem Kadetten gibt, nicht aus Antipathie gegen den Linksblock, gegen Sozialdemokraten und Trudowiki, sondern aus der ihm von der lügneri-

\* Diese Zahlen sind *vollständig* enthalten im „Srenije“ Nr. 1. (Siehe den vorliegenden Band, S. 35. *Die Red.*) Wir bringen sie weiter unten *noch einmal* zum Abdruck, damit *alle* Petersburger Wähler sie kennenlernen.

schen Kadettenpresse eingepflichten Furcht vor der Zersplitterung der Stimmen.

Gegen diese „Gefahr“ muß jeder kämpfen, der will, daß die Wähler in Petersburg wohlüberlegt abstimmen.

In Petersburg gibt es keine Schwarzhundertergefahr, sondern eine Kadettengefahr. Deshalb ist es unverzeihliches Streikbrechertum gegenüber den Linken, wenn man in denjenigen drei Bezirken (Wassiljewski-Ostrow, Roshdestwenski und Litejny), wo bei Zersplitterung der Stimmen (nach den Wahlergebnissen von 1906 zu urteilen) ein Sieg der Schwarzen möglich ist, der Abstimmung fernbleibt. Diese drei Bezirke stellen 46 von insgesamt 174 Wahlmännern (160 für die Stadt und 14 von der Arbeiterkurie). Also können diese Bezirke den Ausgang der Wahlen nicht beeinflussen. Sie können aber sehr viel bedeuten für den Sieg der Linken oder der Kadetten. Angenommen, die Sozialdemokraten und Trudowiki siegen in vier Bezirken – Spasski-, Moskauer Bezirk, Petersburger und Wiborger Bezirk (wir greifen sie aufs Geratewohl heraus). Dann erhalten die Linken 74 Wahlmänner (60 von der Stadt und 14 von den Arbeitern). Wenn die Kadetten in allen übrigen Bezirken siegen, dann erhalten sie 100 Wahlmänner und bringen alle ihre Deputierten in die Duma! Wenn jedoch in den drei obengenannten Bezirken Schwarze gewählt werden (46 an der Zahl), dann erhalten die Kadetten nur 54 Wahlmänner und werden gezwungen sein, sich mit den Linken zu vereinigen, wobei die Kadetten zwei von sechs Dumasitzen erhalten.

Wer also in den drei „schwarzen“ Bezirken Petersburgs der Abstimmung fernbleibt, der dient insgeheim den Kadetten, der verübt Streikbruch am Linksblock!

Bürger! Wähler! Glaubt nicht den Betrügern, die euch von einer Gefahr der Stimmenzersplitterung in Petersburg reden. Glaubt nicht den Lügenmärchen von einer Schwarzhundertergefahr in Petersburg.

In Petersburg gibt es keine Schwarzhundertergefahr. In Petersburg können die Rechten auch dann nicht siegen, wenn sich die anderen Stimmen auf Kadetten und Linke verteilen.

Trefft eure Wahl nicht aus Furcht vor einer „Gefahr“, die die kadettischen Lügner (die über die Hintertreppe zu Stolypin laufen) ersonnen haben, wählt nach eurem Gewissen und nach eurer Überzeugung.

Für die liberalen Bourgeois, die den Bauern den sie ruinierenden Los-

kauf aufzwingen wollen, die die Sache der Bauern verraten und in die Hände der liberalen Gutsbesitzer legen, die im geheimen mit Stolypin schachern, mit den Schwarzhundertern Verhandlungen führen?

Oder für die Sozialdemokratische Arbeiterpartei, für die Partei des Proletariats, das von allen Parteien der Trudowiki unterstützt wird?

Bürger, stimmt für den Linksblock!

„Srenije“ Nr. 2,

4. Februar 1907.

Unterschrift: *N. L e n i n.*

*Nach dem Text des „Srenije“.*

## DIE VORLÄUFIGEN ERGEBNISSE DER WAHLEN IN MOSKAU

Die liberalen und die vor den Liberalen liebedienenden Zeitungen zetern immer noch über eine Schwarzhundertergefahr in Moskau und Petersburg.

Um zu zeigen, in welchem Maße *verlogen* dies Gezeter und diese Phrasen sind, bringen wir eine systematische Zusammenstellung aller bisher in den Petersburger Zeitungen veröffentlichten Angaben über die Moskauer Wahlen.

Zum Vergleich wollen wir auch die Ergebnisse der Wahlen von 1906 in der Stadt Moskau aus der Zeitung „Nascha Shisn“<sup>21</sup> vom 28. März 1906 wiedergeben.

Über die Bedeutung der einen und der anderen Angaben, die noch ein übriges Mal die *ganze Verlogenheit* der Fabeln von einer „Schwarzhundertergefahr“ beweisen, sprechen wir an anderer Stelle.

Die Stimmen, die 1907 bei den Wahlen in der Stadt Moskau abgegeben wurden, verteilen sich folgendermaßen:

Wahlbezirke der Stadt Moskau	Konst. Dem.	Okto- bristen	Monar- chisten	Links- block
Arbatski .....	1348	514	154	214
Basmanny .....	934	462	113	155
Innenstadt .....	643	266	107	61
Lefortowski .....	938	631	244	190
Mjasnizki .....	1331	551	191	191
Pretschistenski .....	1183	538	161	175
Übertrag	6377	2962	970	986

Wahlbezirke der Stadt Moskau	Konst. Dem.	Oktoberisten	Monarchisten	Linksblock
Übertrag	6377	2962	970	986
Presnenski .....	1196	550	187	458
Rogoshski .....	1565	963	267	286
Serpuchowski .....	469	189	69	101
Sretenski .....	1239	403	106	303
Suschtschewski .....	2061	700	398	841
Chamownitscheski .....	1011	647	197	297
Jakimanski .....	1153	552	171	241
Twerskoi .....	1730	680	189	313
Jausski .....	1117	299	75	162
Meschtschanski .....	1839	838	262	689
<i>In 16 Bezirken</i>	19757	8783	2891	4677

*Moskauer Wahlen von 1906*

Wahlbezirke der Stadt Moskau	Konst. Dem.	Oktoberisten	Monarchisten	Linksblock
Arbatski .....	1269	700	?	—
Suschtschewski .....	2867	930	193	—
Presnenski .....	1662	646	150	—
Pretschistenski .....	1810	734	?	—
Twerskoi .....	1810	850	174	—
Innenstadt .....	571	362	50	—
Sretenski .....	1368	640	40	—
Jausski .....	600	300	?	—
Basmanny .....	1263	507	83	—
<i>In 9 Bezirken</i>	13220	5669	690	—
<i>In denselben 9 Bezirken 1907</i>	11451	4412	1490	2682

Die Wahlen in Moskau beweisen somit die *Verlogenheit* der Märcen von einer Schwarzhundertgefahr. Wir erinnern noch einmal daran, daß auch das Petersburger Wahlergebnis von 1906 *dasselbe bewiesen hat*:

## Abstimmung in Petersburg bei den Wahlen zur ersten Duma

Wahlbezirke	Niedrigste Stimmen- zahl für die Liste der Kadetten	Hälfte davon	Höchste Stimmen- zahl für die Liste der Rechts- parteien	Zahl der Wahl- männer
Admiralität .....	1395	697	668	— 5
Alexander-Newski .....	2929	1464	1214	— 16
Kasaner .....	2135	1067	985	— 9
Narwaer .....	3486	1743	1486	— 18
Wiborger .....	1853	926	652	— 6
Petersburger .....	4788	2394	1729	— 16
Kolomnaer .....	2141	1070	969	— 9
Moskauer .....	4937	2468	2174	— 20
Spasski .....	4873	2436	2320	— 15
Litejny .....	3414	1707	2097	+ 15 <sup>22</sup>
Roshdestwenski .....	3241	1620	2066	+ 14
Wassiljewski-Ostrow .....	3540	1770	2250	+ 17

„Srenije“ Nr. 2,  
4. Februar 1907.

Nach dem Text des „Srenije“.

## EINE POLITISCHE LIDWALIADÉ

Im Saale der Zivilingenieure hat sich bei der Versammlung am 24. Januar laut Bericht des „Telegraf“<sup>23</sup> (vom 26. Januar) folgender Vorfall ereignet.

„Auf die Bühne tritt W. W. Wodowosow und erinnert die Versammlung an den Zwischenfall im Theater Nemetti. ‚Ich fragte dort, ob es richtig sei, daß Miljukow hinter dem Rücken der Wählerschaft mit Stolypin verhandle. Als Antwort ertönten Rufe: „Lüge! Verleumdung!“, und Professor Gredeskul antwortete, daß Miljukow ein Ehrenmann sei, dem die Partei unbedingt vertraue. Ich zweifle nicht im geringsten an der persönlichen Ehrenhaftigkeit Miljukows, aber diese Verhandlungen haben stattgefunden. Das leugnet auch Miljukow nicht. Heute schreibt er in der Zeitung „Retsch“, daß er mit Stolypin über die Legalisierung der Partei der Volksfreiheit gesprochen habe, wobei ihm unannehmbare Vorschläge gemacht worden seien. *Miljukow verheimlicht jedoch, was für Vorschläge es denn waren. Waren sie infam, so muß man sie bekanntgeben, muß man sie öffentlich... an den Schandpfahl nageln!*“

‚Ich schließe die Versammlung!‘ verkündet der Polizeioffizier.

Lärmend und pfeifend begeben sich die Versammlungsbesucher zum Ausgang. Die Veranstalter der Versammlung richten gegen Wodowosow scharfe Vorwürfe, der Polizeioffizier aber schickt für alle Fälle ein paar Schutzleute zur Bühne.“

Herr Wodowosow hat für seine Versuche, die Verhandlungen Miljukows mit Stolypin *ans Licht zu ziehen*, nicht scharfe Vorwürfe, sondern Anerkennung verdient. Deswegen einem Politiker Vorwürfe machen können nur entweder *Spießbürger*, die die Pflichten eines Staatsbürgers nicht begreifen, oder Leute, die die Machenschaften der Kadetten vor

dem Volke *verheimlichen* wollen. Wir wissen freilich nicht, zu welcher von diesen Kategorien die Veranstalter der Versammlung, in der der Kadett Nabokow der Referent war, gehörten.

Die Frage der Verhandlungen Miljukows mit Stolypin ist von ungeheurer Bedeutung. Tausendmal unrecht haben diejenigen, die geneigt sind, diese Frage geringschätzig zu behandeln, achselzuckend über sie hinwegzugehen, die Verhandlungen als kleine Skandalaffäre zu bezeichnen, die keine Bedeutung habe. Wer einen Skandal *fürchtet*, der begreift nicht, daß es seine Bürgerpflicht ist, *politische Lidwaliaden* aufzudecken.

Die Verhandlungen Miljukows mit Stolypin aber sind gerade ein Stückchen politischer Lidwaliade, nur daß wir es anstatt mit strafrechtlich zu belangender Gewinnsucht und Betrügerei mit dem *politisch gewissenlosen und verbrecherischen* Schachergeschäft einer Partei zu tun haben, die das große Wort „Volksfreiheit“ mißbraucht.

Wir haben bereits in der Zeitung „Trud“<sup>24</sup> darauf hingewiesen, daß Miljukow *vor dem Volke verheimlicht*, worin die „Bedingungen“ Stolypins bestanden. Er verheimlicht ferner, ob es sich um eine oder um mehrere Audienzen handelte und wann sie stattgefunden haben. Er verheimlicht weiter, ob Stolypin ihn hatte rufen lassen oder ob er, Miljukow, um eine Audienz gebeten hatte. Schließlich verheimlicht er auch, ob das Petersburger Komitee und das Zentralkomitee der Kadetten Beschlüsse darüber gefaßt und ob die Zentralstelle die Provinz unterrichtet hat.

Man erkennt unschwer, daß hiervon das Endurteil über die kadettische Subatowiade abhängt. *Man verheimlicht* dem Volke nur *üble* Dinge. Herr Wodowosow hat recht, wenn er sagt, daß man sie *bekanntgeben müsse*. Und Herr Wodowosow ist *verpflichtet*, seine Enthüllungen fortzusetzen, wenn er will, daß die Bürger, die sich ihrer politischen Pflichten bewußt sind, ihn als einen ehrlichen und überzeugungstreuen, standhaften Politiker und nicht als sensationslüsternen kleinen Journalisten betrachten. Handelt es sich um *Infamien* in Angelegenheiten des ganzen Volkes, so ist es die *Pflicht* des Bürgers, diejenigen, die sie geheimhalten wollen, zum Reden zu *zwingen*.

Wer *etwas* über diese Gemeinheiten weiß und seine Bürgerpflicht erfüllen will, der muß die Miljukows *zwingen*, ihn wegen Verleumdung zu verklagen, der muß *vor Gericht* den Kadettenführer entlarven, der hinter dem Rücken des Volkes, mitten im Wahlkampf, den das Volk gegen das

alte Regime führt, über die Hintertreppe zum Führer des alten Regimes läuft!

Wir stellen Herrn Miljukow und der Partei der Kadetten folgende offene Fragen:

1. Wann hat die Audienz oder wann haben die Audienzen Miljukows (und seiner Freunde?) bei Herrn Stolypin stattgefunden?
2. Hat Stolypin Miljukow zu sich eingeladen? Und war nicht hierbei Herr Miljukow *irgend etwas bekannt* von den (nach den Worten des Herrn Wodowosow) „infamen“ Bedingungen, über die Stolypin mit Miljukow reden wollte?
3. Wann hat eine Beratung des Petersburger Komitees und des Zentralkomitees der Kadetten (oder beider Komitees zusammen) über die *Vorschläge* Stolypins stattgefunden? Ist dort nicht beschlossen worden, diesen Vorschlägen *ein paar Schritte* entgegenzukommen? Wurde hierüber nicht *irgend etwas* in die Provinz geschrieben?
4. Wie hängen die Audienz Miljukows bei Stolypin und überhaupt *die paar Schritte*, die diese beiden Männer einander entgegengekommen sind, zusammen mit der *Art* des Verhaltens der Kadetten auf der „Konferenz“ vom 18. Januar mit dem kleinbürgerlichen Block?

Wir werden noch – und wahrscheinlich mehr als einmal – auf die Entwürfe über die „Audienz“ des Kadetten bei dem Schwarzhunderter zurückkommen. Wir werden noch an Hand sämtlicher Dokumente, die einem diesen Dingen fernstehenden Menschen zugänglich sind, beweisen, daß gerade diese Verhandlungen der Kadetten mit den Schwarzhundertern die *Ursache* davon waren, daß ein gemeinsamer Block der „Linken“ und der Kadetten, den viele herbeiwünschten und gegen den wir immer gekämpft haben, *nicht zustande gekommen ist*.

Einstweilen aber sagen wir:

Mögen Herr Miljukow und die Partei der Kadetten wissen, daß *nicht* Wodowosow *allein*, sondern noch sehr, sehr viele Leute alle Anstrengungen aufbieten werden, um *diese politische Lidwaliade zu entlarven!*

„Srenije“ Nr. 2,  
4. Februar 1907.

Nach dem Text des „Srenije“.

---

## DIE ERGEBNISSE DER WAHLEN IN DER PETERSBURGER ARBEITERKURIE

Obwohl die Beschaffung genauer Materialien über den Verlauf der Wahlen in der Arbeiterkurie nur langsam fortschreitet (die Bolschewiki haben einen gedruckten Fragebogen herausgegeben und verbreitet), ist der allgemeine Charakter der Wahlergebnisse doch schon klargeworden.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Sozialrevolutionäre stärker geworden sind, als wir erwartet haben. Das geben sogar die Menschewiki zu („Nasch Mir“<sup>25</sup> Nr. 1). In der Arbeiterkurie des Gouvernements haben sie 4 von 10 Wahlmännern gewonnen. In der Arbeiterkurie der Stadt wurden sie von den Sozialdemokraten besiegt, die sämtliche 14 Wahlmänner gewonnen haben. Aber es hat sich erwiesen, daß die Zahl der Stimmen, die für die Kandidaten der Sozialrevolutionäre abgegeben worden sind, recht erheblich ist (110–135 für die Sozialrevolutionäre; 145–159 für die Sozialdemokraten bei 269 abgegebenen Stimmen).

Weiter. Die Tatsache, daß die Sozialrevolutionäre uns vor allem in den größten Betrieben besiegt haben, wird ebenfalls von niemand geleugnet.

Die Menschewiki leugnen die *folgende* Tatsache, die für die Klarstellung der Ursache unserer Mißerfolge ganz besonders wichtig ist, daß nämlich *die Sozialrevolutionäre hauptsächlich Menschewiki besiegt haben.*

In Nr. 1 von „Nasch Mir“, in einem speziell den Wahlen in der Arbeiterkurie gewidmeten Artikel, *schweigen sie sich aus* über diese Frage, berufen sich heuchlerisch auf die Schwächung der Sozialdemokratie durch den Fraktionskampf und suchen zu vertuschen, daß es gerade die Menschewiki waren, die diesen Fraktionskampf *bis zur Spaltung* und bis zu einem „Kadettismus“ in ihrer Taktik getrieben haben, der die fortgeschrittenen Arbeiter *abgestoßen hat.*

Aber sogar die bisher ermittelten Daten *beweisen* immer mehr die Richtigkeit unserer ursprünglichen Schlußfolgerung (Nr. 12 des „Proletari“), daß nämlich die Sozialrevolutionäre die *Menschewiki* besiegt haben.\*

Für den Newski-Bezirk wird der Beweis hierfür durch die Wahlergebnisse der einzelnen Betriebe erbracht, die wir in Nr. 12 des „Proletari“ veröffentlicht haben. Die entgegengesetzte, durch keine Tatsachen erhärtete Erklärung in Nr. 1 von „Nasch Mir“ ist einfach kurios.

Für den Moskauer Bezirk wird der Beweis durch eine in der vorliegenden Nummer veröffentlichte Zuschrift<sup>26</sup> erbracht.

Für den Wiborger Bezirk geben die *Menschewiki* selbst („Nasch Mir“ Nr. 1) folgende Zahlen an: *in der Stadt* 17 (menschewistische) Sozialdemokraten, 12 Sozialrevolutionäre und 2 Wahlmänner, die sich für keine Partei entschieden haben. Im *Gouvernementsteil* des Bezirks, wo nur *Bolschewiki* gearbeitet haben, sind 7 Sozialdemokraten und kein einziger Sozialrevolutionär gewählt worden.

Diese Zahlen sind noch kein endgültiger Beweis. Im großen und ganzen aber *bestätigen* sie *vollauf* unsere Schlußfolgerung, daß nämlich die *Menschewiki* von den Sozialrevolutionären geschlagen worden sind. Der Versuch von „Nasch Mir“, sich darauf zu berufen, daß im *Gouvernementsteil* des Wiborger Bezirks die Sozialrevolutionäre überhaupt nicht aufgetreten sind und daß „folglich keine Konkurrenz vorhanden war“, ist offensichtlich nicht stichhaltig. Erstens ergibt sich die Frage, warum gerade in diesem Vorort St. Petersburgs die Sozialrevolutionäre nicht aufgetreten sind, wohl aber in den anderen. Hat da nicht die Tatsache eine Rolle gespielt, daß eine „Konkurrenz“ der Sozialrevolutionäre hier von vornherein dank der Arbeit, die vorher geleistet wurde, ausgeschlossen war? Zweitens machen die *Menschewiki* keine genauen Angaben darüber, wer der Kandidat war. Daten nach Betrieben geben sie ebenfalls nicht. Drittens wissen wir aus den Zeitungen, daß die Sozialrevolutionäre gerade im Wiborger Bezirk *in Versammlungen* die *Menschewiki* wegen ihres „Kadettismus“ geschlagen haben.

So berichtet die „Retsch“ vom 24. Januar über die Versammlung vom 21. Januar im Nobel-Haus (Nystadtskaja 11). Nach dem Bericht der

\* Siehe den vorliegenden Band, S. 52. *Die Red.*

„Retsch“ sprach der Sozialdemokrat Gurwitsch, der die äußersten linken Parteien des Boykotts der Duma bezichtigte (die „Retsch“ berichtet in Kursivschrift über diese Hilfe, die den Kadetten in einer Versammlung der Linken erwiesen wurde!). Gurwitsch beschuldigte die Volkstümpler „*kleinlicher Feilschereien*“, die den Block mit den Kadetten gesprengt hätten. Der Volkstümpler Bikerman antwortete Gurwitsch und nannte „*die Erklärung des Vorredners über die kleinlichen Feilschereien eine Verleumdung*“. Der Volkstümpler Smirnow wies nach, daß der Menschewik Gurwitsch „sich durch nichts von einem Kadetten unterscheidet“. Smirnow berief sich darauf, daß der Kadett Gredeskul den Gurwitsch öffentlich „gelobt“ habe.

So lautet der Bericht der „Retsch“. Aus ihm ist klar ersichtlich, daß die Sozialrevolutionäre die Menschewiki gerade wegen ihrer Haltung zu den Kadetten bei den Arbeitern ausgestochen haben.

Der Erfolg der Sozialrevolutionäre im Newski-, im Moskauer und im Wiborger Bezirk ist allen besonders aufgefallen. Und gerade für diese Bezirke wird jetzt die Ursache dieses Erfolges klar: die opportunistischen Sozialdemokraten schädigen das Ansehen der Sozialdemokratie beim fortgeschrittenen Proletariat.

Wenn uns aber die rechten Sozialdemokraten den Verlust von 4 der 10 Sitze der Gouvernements-Arbeiterkurie einbrachten, so haben wir diesen Verlust in der städtischen Arbeiterkurie wieder wettgemacht.

Wir haben ihn, wie aus dem Nachstehenden zu ersehen, *eben dadurch* wettgemacht, daß wir vor allen Bevollmächtigten die Taktik der revolutionären Sozialdemokratie und nicht die der opportunistischen Sozialdemokratie vertraten.

Insgesamt gab es in der Stadt 272 Arbeiterbevollmächtigte. Unter diesen zählte man 147 Sozialdemokraten und Sympathisierende, d. h. mehr als die Hälfte. Von den übrigen waren nur ein Teil ausgesprochene Sozialrevolutionäre (54), ein Teil unentschiedene (55), Parteilose (6), 1 *Recht* und 9 Trudowiki, „Linke“ (zwei von ihnen Kadetten) usw.

Das Petersburger Komitee hat unter den Bevollmächtigten eine außerordentlich energische Tätigkeit entfaltet. Es wurde die jedermann interessierende Frage der Wahlen in St. Petersburg, die Frage der Taktik zur Erörterung gestellt: mit den Kadetten oder gegen die Kadetten? Die Vertreter des Petersburger Komitees der SDAPR klärten die Bevollmächtig-

ten über den Standpunkt der revolutionären Sozialdemokratie auf, die Menschewiki verteidigten ihre Taktik.

Am 28. Januar fand die *entscheidende* Versammlung der Bevollmächtigten aller Parteien statt. Es waren 200–250 Personen anwesend. Durch Mehrheitsbeschluß gegen 10–12 Stimmen wurde eine Resolution angenommen, die vorbehaltlos die *bolschewistische Taktik* billigt, zur Unterstützung des *Linksblocks* auffordert und sich *direkt gegen die Menschewiki richtet*, gegen die „*versteckte*“ Unterstützung der Kadetten.

Hier der Wortlaut dieser Resolution:

„In der Erwägung:

1. daß der Erfolg der linken Listen, die bereits von den Sozialdemokraten, den Sozialrevolutionären, den Trudowiki und Volkssozialisten aufgestellt worden sind, und den Listen der Schwarzhunderter und der Kadetten entgegengestellt werden, in der städtischen Kurie von außerordentlicher politischer Wichtigkeit ist;

2. daß dieser Erfolg nur möglich ist, wenn die linken Listen einmütig von allen Linksparteien unterstützt werden —

fordert die Versammlung der Bevollmächtigten der Arbeiter verschiedener Fabriken und Werke alle Linksparteien auf, gemeinsame linke Listen zu unterstützen und keinesfalls, in keinem einzigen Bezirk Petersburgs, irgendwelche getrennten Listen aufzustellen und auch nicht in versteckter Form die Kadetten zu unterstützen.

Die Versammlung der Bevollmächtigten spricht, gestützt auf die Meinung der Massen, den Wunsch aus, daß die sozialdemokratischen Genossen Menschewiki dem Abkommen der Linken beitreten und mit dazu beitragen, der linken Liste bei den Wahlen in Petersburg zum Erfolg zu verhelfen.“

Also haben in der Stadt Petersburg, die die Menschewiki von dem Gouvernement trennen wollten, die Vertreter des *gesamten* Proletariats die *Taktik der Menschewiki verurteilt!*

Das Übergewicht der klassenbewußten Petersburger Arbeiter, die mit der bolschewistischen Taktik sympathisieren, ein Übergewicht, das sich bereits auf der sozialdemokratischen Konferenz deutlich gezeigt hat, wird durch diesen Beschluß der Bevollmächtigten *endgültig bewiesen*.

Am 28. Januar haben die Vertreter der Arbeitermassen die Menschewiki zum letztenmal aufgefordert, die Taktik der „*versteckten*“ Unterstützung der Kadetten, die *Taktik des Streikbruchs* gegenüber dem Linksblock aufzugeben.

Die Menschewiki haben sich aber auch jetzt nicht dem Willen des Proletariats gefügt. Am 1. Februar erschienen in der „Retsch“ Auszüge aus ihrem Aufruf, in dem sie dem Linksblock Knüppel zwischen die Beine werfen. Am 29. Januar, spät in der Nacht, lösten die parteilosen Progressisten des Kolomnaer Wahlbezirks ihren schriftlichen Vertrag mit den Menschewiki, nachdem ihnen *alle* Vertreter des Linksblocks klargemacht hatten, daß die menschewistische Bedingung („Handlungsfreiheit“ für die Wahlmänner, d. h. Freiheit des Hinüberwechsels zu den Kadetten!) unannehmbar ist.

Am 30. Januar fand eine Versammlung von Arbeiterbevollmächtigten statt, die der SDAPR angehören oder mit dieser Partei sympathisieren. Von diesen Bevollmächtigten war die Mehrzahl – 98 Personen – anwesend. Der Vertreter des Petersburger Komitees der SDAPR, Genosse W., schlug vor, die Frage der Unterordnung der künftigen sozialdemokratischen Wahlmänner bei der Wahl der Mitglieder der Reichsduma unter die Direktiven des Petersburger Komitees zu behandeln. Er erklärte, daß diese Frage unter gewöhnlichen Verhältnissen Zweifel oder Meinungsverschiedenheiten nicht hervorrufen könnte, da natürlich die Direktiven des Petersburger Komitees für alle Mitglieder der Petersburger Organisation verbindlich seien. Gegenwärtig jedoch sei ein bedeutender Teil der Organisation, die Mehrzahl der Menschewiki, abgespalten und habe erklärt, daß sich die menschewistischen Wahlmänner Handlungsfreiheit vorbehalten. Der Vertreter des Petersburger Komitees hob hervor, daß es die Vollendung der von den Menschewiki begonnenen Spaltung bedeuten und dem mit erdrückender Mehrheit gefaßten Beschluß der Vollversammlung der Bevollmächtigten, der die Unterstützung des Linksblocks im Wahlkampf verlangt, widersprechen würde, wenn sich die Wahlmänner der Arbeiter dieser Weisung des abgespaltenen Teils der Organisation unterordneten, der juristisch noch keine Form gefunden habe. Dieser Ansicht widersprachen die menschewistischen Mitglieder des Petersburger Komitees, die Genossen M. und A., die darauf drangen, daß die Wahlmänner der Arbeiter nur der Meinung der Bevollmächtigten Rechnung tragen sollten. Mit erdrückender Mehrheit wurde eine im Namen des Petersburger Komitees vorgeschlagene Resolution folgenden Inhalts angenommen: „Die Versammlung erklärt es als für alle

Wahlmänner obligatorisch, sich bei den Wahlen den Direktiven des Petersburger Komitees unterzuordnen.“

Die Menschewiki *webrten sich* aus Leibeskraften gegen diese Resolution. Die namhaftesten und *verantwortlichsten* Menschewiki schämten sich nicht, sogar in einem solchen Augenblick, am Vorabend der Wahlen, gegen das Petersburger Komitee vorzugehen. Sie stellten einen „Abänderungsantrag“: an Stelle von Petersburger Komitee „Petersburger Organisation“ zu sagen.

Die Arbeiter haben jedoch bereits die menschewistische Taktik der Spaltung zugunsten der Kadetten begriffen. Den menschewistischen Rednern wurde zugerufen: „Genug!“ Der Abänderungsantrag, der darauf gerichtet war, die Spaltung insgeheim zu rechtfertigen, wurde mit erdrückender Mehrheit *abgelehnt*.

Hierauf schritt man zur Aufstellung von Wahlmänner-Kandidaten der SDAPR. Das Petersburger Komitee unterbreitete der Versammlung zur Erörterung eine Liste, in der es 14 von den 21 Kandidaten empfahl, die in den Bezirksversammlungen der Bevollmächtigten nominiert worden waren. Es wurde vorgeschlagen, diese Liste als Grundlage zu nehmen, was auch ungeachtet des Widerspruchs der Menschewiki, die hierin einen „Druck von oben“ erblickten, mit überwältigender Mehrheit beschlossen wurde; hierbei setzte der Vertreter des Petersburger Komitees, Genosse W., auseinander, daß von einem Druck von oben keine Rede sein könne, daß das Petersburger Komitee nur insofern Autorität besitze, als das organisierte sozialdemokratische Proletariat Petersburgs sie ihm durch sein Vertrauen verliehen habe, und wenn es eine Liste vorlege, deren Annahme es empfehle, so erfülle es nur eine Pflicht, die ihm als der leitenden Zentralstelle der Organisation obliege. Alle Kandidaturen wurden erörtert, wobei einer der Kandidaten auf Vorschlag des Vertreters des Petersburger Komitees durch einen anderen ersetzt wurde, und dann schritt man zur Abstimmung, die ergab, daß die gesamte Liste des Petersburger Komitees mit erheblicher Stimmenmehrheit angenommen wurde.

Die Liste des Petersburger Komitees wurde am Vorabend der Wahlen in allen Zeitungen veröffentlicht.

Die Wahlen (vom 1. Februar) erbrachten einen Sieg der geschlossen auftretenden Sozialdemokraten. *Die ganze Liste des Petersburger*

Komitees wurde bis auf den letzten Mann gewählt. Sämtliche 14 Wahlmänner sind Sozialdemokraten!

Von diesen 14 Wahlmännern sind acht Bolschewiki, vier Menschewiki (von denen einer eigentlich kein Menschewik, sondern Syndikalist ist) und zwei fraktionslose Sozialdemokraten, die für den Linksblock eintreten.

In der städtischen Arbeiterkurie machten die Bolschewiki den Verlust wieder gut, den die Sozialdemokratie in der Arbeiterkurie des Gouvernements erlitten hat.

Möge jetzt die „Retsch“ (siehe die Nummer vom 3. Februar) toben, soviel sie will, möge sie ruhig sagen, die Bolschewiki hätten den Sozialrevolutionären nicht einmal eine ihrer Stärke entsprechende Minderheit gegeben.

Wir haben den Sozialrevolutionären niemals Proportionalität versprochen – und bisher hat ja auch noch niemand ein entsprechendes Stimmenverhältnis nachgewiesen, denn es liegen keine Angaben über die Stimmenzahl vor. Erst wir haben ja *begonnen*, diese Angaben zu sammeln.

Wir haben uns in der Arbeiterkurie volle Freiheit des Kampfes gegen alle anderen Parteien vorbehalten.

Und dank dem Auftreten der *revolutionären* Sozialdemokratie sind von allen Wahlmännern der Arbeiter in Petersburg und im Petersburger Gouvernement nur 4 Sozialrevolutionäre neben 20 Sozialdemokraten.

Bei den nächsten Wahlen werden wir *alle* Sitze für die Sozialdemokratie erobern.

„Proletari“ Nr. 13,  
11. Februar 1907.

Nach dem Text des „Proletari“.

ZU DEM BERICHT  
DES MOSKAUER BEZIRKS DER STADT PETERSBURG  
ÜBER DIE WAHLEN ZUR II. DUMA<sup>27</sup>

Wir machen die Leser darauf aufmerksam, daß die Angaben über die Wahl der Bevollmächtigten durch die Arbeiter in St. Petersburg immer mehr enthüllen, *auf welche Weise* sich die Menschewiki die Stimmen für die sozialdemokratische Konferenz zusammengeholt haben. So „brachten“ sie zur Konferenz aus dem Französisch-Russischen Unterbezirk 370 menschewistische Stimmen „mit“. Die Bolschewiki erkannten hier keine einzige Stimme als wirklichen Willensausdruck der Partei an. Und was hat sich herausgestellt? Als Bevollmächtigter des Französisch-Russischen Werkes kam ein *Bolschewik* durch, der jetzt auch als Wahlmann gewählt worden ist!

Von dieser Seite also erfolgte eine unerwartete Entlarvung der Menschewiki.

Weiter. Die menschewistische Wochenschrift „*Nasch Mir*“ (Nr. 1, 28. Januar) hatte den . . . Mut, über den Moskauer Bezirk zu schreiben: „In zwei bolschewistischen Bezirken – Newski- und Moskauer Bezirk – wurden zu Bevollmächtigten durchweg Sozialrevolutionäre gewählt.“ (S. 14.) Bereits in Nr. 12 des „*Proletari*“ wurde nachgewiesen, daß das in bezug auf den Newski-Bezirk, wo die Sozialrevolutionäre gerade die Menschewiki geschlagen haben, eine *himmelschreiende Lüge* ist.

Nehmen wir den Moskauer Bezirk. Die Menschewiki zählen ihn *jetzt*, wo es gilt, die Verantwortung für die Niederlage von sich abzuwälzen, als bolschewistischen Bezirk! Doch sollten die Menschewiki nicht vergessen, daß man sie diesmal *kontrollieren* kann. Nehmen wir die *offizielle* Erklärung der 31 Menschewiki an das ZK über die Gründe, die sie bewogen, die Konferenz zu verlassen (die gedruckte Flugschrift, die wir in

Nr. 12 des „Proletari“\* untersucht haben). Unter den 31 Unterschriften lesen wir: „Fünf vom Moskauer Bezirk“.

Die Konferenz bestätigte jedoch für den Moskauer Bezirk die Mandate von 4 Bolschewiki und 4 Menschewiki.

Nicht wahr, das ist aufschlußreich?

Wenn es gilt, menschewistische Stimmen für die Konferenz zusammenzubringen, dann zählen die Menschewiki *fünf* Menschewiki gegenüber 3 oder 4 Bolschewiki. Dann möchten sie das Übergewicht haben.

Wenn es aber gilt, die politische Verantwortung von sich abzuwälzen, dann wird der Moskauer Bezirk für „bolschewistisch“ erklärt . . .

Die Bolschewiki zählten im Moskauer Bezirk 185 Stimmen für sich, und die Menschewiki geben in der gleichen Flugschrift selber zu, daß sie diese Stimmen nur „bedingt“ angefochten haben, daß diese Stimmen in Wirklichkeit *bestätigt werden müssen* (S. 7 derselben Flugschrift).

Die Menschewiki zählten im Moskauer Bezirk 48 plus 98 plus 97 Stimmen für sich, insgesamt 243 Stimmen. Davon wurden 195 Stimmen angefochten, die Menschewiki selbst jedoch erklärten damals hartnäckig (S. 7 ihrer Flugschrift), daß *sämtliche 243 Stimmen* bestätigt werden müßten!

Folglich waren die Menschewiki der Meinung, daß sie im Moskauer Bezirk ein starkes Übergewicht haben: 243 Stimmen gegen 185 . . . Ja, „Nasch Mir“ ist *sehr* unvorsichtig gewesen: aus seinen Worten ist ersichtlich, daß die Menschewiki auf der Konferenz *unehrlich* gehandelt haben.

Zum Schluß möchten wir den Genossen, der uns den Bericht über den Moskauer Bezirk gesandt hat, daran erinnern, daß es äußerst wichtig ist, *vollständige* Angaben zu machen über jeden einzelnen Betrieb, über die Wahl der Bevollmächtigten und über die Zahl der Stimmen, die die verschiedenen Kandidaten erhalten haben.

„Proletari“ Nr. 13,  
11. Februar 1907.

Nach dem Text des „Proletari“.

---

\* Siehe den vorliegenden Band, S. 15–18. *Die Red.*

## EINIGE ANGABEN ÜBER DIE WAHLEN IN DER ARBEITERKURIE SUDRUSSLANDS

Unsere Aufforderung an alle russischen Sozialdemokraten, die Sammlung von genauen Angaben über die Wahlen in der Arbeiterkurie zu organisieren, ist nicht ergebnislos geblieben. Wir haben bereits 93 ausgefüllte gedruckte Fragebogen erhalten, die wir unter den Petersburger Genossen verteilt hatten. Diese 93 Fragebogen verteilen sich folgendermaßen auf die einzelnen Bezirke: Petersburger Seite 7, Wassiljewski-Ostrow 22, Wiborger Bezirk 18, Moskauer Bezirk 18, Stadtbezirk 28. Wir bitten die Genossen, sich mit der Einreichung der übrigen Fragebogen zu beeilen, damit das Material, besonders über die Großbetriebe, vollständig wird. Wir werden dann die Ergebnisse veröffentlichen.

Aus der Provinz haben wir Angaben über sechs Betriebe des Gouvernements Jekaterinoslaw erhalten. Wir geben diese in Form einer kleinen Tabelle wieder, um den Genossen zu zeigen, welche Daten die Partei interessieren und welche Schlüsse wir aus der Erfahrung der ersten Wahlen, die in der Arbeiterkurie nach Parteilisten vorgenommen wurden, ziehen müssen.

Wir wissen selbstverständlich nicht, wieweit diese Zahlen typisch sind und wieweit man die Schlüsse, die sich aus ihnen ergeben, auf das ganze Gouvernement Jekaterinoslaw ausdehnen kann. Man muß vollständige Angaben sammeln, um endgültige Schlüsse ziehen zu können.

Einstweilen lassen sich nur zwei Umstände feststellen. Die Wahlbeteiligung der Arbeiter war nicht hoch. Anscheinend geht die sozialdemokratische Arbeit nicht tief genug, erfaßt nicht genügend die Massen. Im allgemeinen hat sich weniger als ein Drittel aller Arbeiter an den Wahlen beteiligt. Am niedrigsten war die Wahlbeteiligung im Röhrenwalzwerk:

Name des Betriebes	Zahl der Arbeiter	Zahl der Bevollmächtigten	Als Bevollmächtigte gewählt wurden	Zahl der Arbeiter, die sich an der Abstimmung beteiligt haben	Zahl der Stimmen, die abgegeben wurden für:				
					Sozialdemokraten		Sozialrevolutionäre	Parteilose	Rechte
					Bolschewiki	Menschewiki			
Esau-Werke ...	350	1	Sozialdemokrat, Menschewik	130	—	112	15	—	3
Lokomotivwerkstätte .....	2700	2	Sozialdemokraten, Menschewiki	800	—	650	—	—	—
Lokomotivdepot	700	1	Sozialdemokrat	230	230	—	—	—	—
Nagelfabrik ....	700	1	Sozialdemokrat, Bolschewik	250	250	—	—	—	—
Röhrenwalzwerk	850	1	Sozialdemokrat, Menschewik	200	—	195	—	—	5
Brjansker Schienenwalzwerk ...	4350	4	Sozialrevolut.	1100	—	300	800	—	—
Insgesamt in 6 Betrieben	9650	10	6 Sozialdemokr. 4 Sozialrevolut.	2710	250 230 1737	1257	815	—	8

200 von 850, d. h. weniger als ein Viertel. Am höchsten war sie in den Esau-Werken: 130 von 350, d. h. mehr als ein Drittel.

Die Konkurrenz der Sozialrevolutionäre macht sich geltend in zwei Betrieben: in den Esau-Werken und im Brjansker Schienenwalzwerk. In letzterem *haben die Sozialrevolutionäre die Menschewiki besiegt!* Der größte Betrieb wählte vier Sozialrevolutionäre als Bevollmächtigte.

Die ersten (allerdings noch sehr unvollständigen) Angaben über den Süden bestätigen also den Schluß, der für den Norden gilt: *die Sozialrevolutionäre schlagen die Menschewiki* – gerade als ob den Opportunisten eine Lektion erteilt werden sollte! gerade als ob die Leute belehrt werden sollten, die mit unverzeihlichem Leichtsinn die revolutionäre bürgerliche Demokratie links liegenlassen und der liberal-monarchistischen bürgerlichen Demokratie nachtrotten!

Von der Gesamtzahl der Bevollmächtigten (10) machen die Sozialrevolutionäre 40 Prozent aus, d. h. zwei Fünftel. Die Gesamtzahl der

Stimmen jedoch, die für die Sozialrevolutionäre abgegeben wurden, beträgt *weniger als ein Drittel*, 815 von 2710. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß die Sozialrevolutionäre ungeachtet ihres Sieges in dem größten Betrieb verhältnismäßig weniger Stimmen erhalten haben, als sie Bevollmächtigte durchgebracht haben. Das zeigt, wie unbegründet und haltlos die Präntionen der Petersburger Sozialrevolutionäre waren, die glauben machen wollten, ihr Stimmenanteil müsse größer sein als ihr Anteil an den Bevollmächtigten. Ohne dokumentierte statistische Angaben über die Zahl der in den einzelnen Betrieben abgegebenen Stimmen darf man solche Behauptungen nicht aufstellen.

Wir wollen hoffen, daß die Genossen in ganz Rußland die Sammlung von Angaben nach den beigebrachten Mustern fortsetzen, damit die gesamte Partei sich ein klares und genaues Bild von den Ergebnissen ihrer Kampagne machen kann und erkennen lernt, was ihre relativen Mißerfolge verursacht hat.

„Proletari“ Nr. 13,  
11. Februar 1907.

Nach dem Text des „Proletari“.

## DIE BEDEUTUNG DER WAHLEN IN PETERSBURG

Die Petersburger Wahlkampagne nähert sich ihrem Ende. Bis zu den Wahlen bleiben noch drei Tage, und wenn der Leser diese Zeilen vor sich haben wird, werden bereits die Ergebnisse der Petersburger Abstimmung bekannt sein.

Man könnte meinen, daß es keinen Zweck habe, vor Abschluß der Petersburger Wahlen über ihre Bedeutung zu sprechen. Aber das ist nicht der Fall. Die Wahlkampagne in Petersburg hat eine so lange Geschichte, diese Kampagne hat eine solche Menge von ungewöhnlich aufschlußreichem politischem Material ergeben, daß ihre Bedeutung schon jetzt völlig klar ist. Welche Ergebnisse diese Wahlen auch haben werden – die Petersburger Wahlkampagne von 1906–1907 bildet schon jetzt zweifellos eine bedeutende und selbständige Etappe in der Geschichte der russischen Revolution.

Eine in der Petersburger Wahlkampagne erzielte unvergängliche Errungenschaft der Revolution ist vor allem die Tatsache, daß die Wechselbeziehungen der politischen Parteien, die Stimmung (und folglich auch die Interessen und die ganze politische Lage) der verschiedenen Klassen geklärt wurden, daß ferner die verschiedenen Antworten, die auf die Grundfragen der sozialdemokratischen Taktik in der bürgerlichen russischen Revolution gegeben worden sind, in der Aktion, der großen, offenen Aktion der Massen erprobt wurden.

Die Hauptereignisse der Wahlkampagne in Petersburg haben sich mit Sturmgeschwindigkeit abgespielt. In diesem Sturmwind, in dem man um jeden Preis und sofort *handeln* mußte, ist die wahre Natur und das Wesen der verschiedenen Parteien und Strömungen so klar wie niemals zutage

getreten. In diesem Sturmwind haben sich keine formalen Bindungen, keine Parteitraditionen behauptet – Organisationen wurden gespalten, Versprechungen gebrochen, Beschlüsse und Stellungen gewechselt, jeder Tag brachte die größten Neuigkeiten. Die Zusammenstöße der verschiedenen Parteien und der verschiedenen Strömungen waren außerordentlich heftig, die Polemik, die auch zu gewöhnlichen Zeiten scharf ist, artete in Schlägereien aus. Und das nicht deshalb, weil der russische Mensch sich nicht beherrschen könnte, nicht deshalb, weil er durch die Illegalität verdorben wäre, nicht deshalb, weil wir nicht gut erzogen wären – nur Philister können die Sache so erklären.

Nein, die Ursache der heftigen Zusammenstöße und des wütenden Kampfes lag *in der Tiefe* der Klassenunterschiede, *im Antagonismus* der sozialen und politischen Tendenzen, die unter dem Einfluß der Ereignisse unerwartet schnell hervortraten, von jedermann sofortige „Schritte“ verlangten, alle zum Zusammenstoß trieben, alle zwangen, ihren wirklichen Platz und ihre wahre Linie im Kampfe zu behaupten, sie auszukämpfen\*.

In Petersburg befinden sich die Zentralstellen aller Parteien. Petersburg ist der Brennpunkt des politischen Lebens Rußlands. Die Presse hat nicht örtliche, sondern gesamt nationale Bedeutung. Es war deshalb unvermeidlich, daß der Petersburger Wahlkampf der Parteien ein Symptom von größter Wichtigkeit wurde, ein Wahrzeichen und Vorbild für viele weitere parlamentarische und außerparlamentarische Schlachten und Ereignisse der russischen Revolution.

Ursprünglich stand eine scheinbar geringfügige, zweitrangige Frage, die „technische“ Frage der Abkommen aller oppositionellen und revolutionären Parteien gegen die Schwarzhundertergefahr auf der Tagesordnung. Unter der Hülle dieser „einfachen“ Frage verbargen sich in Wirklichkeit die politischen Grundfragen: 1. nach der Stellung der Regierung zu den Liberalen, den Kadetten; 2. nach den wahren Tendenzen der Kadetten; 3. nach der Hegemonie der Kadetten in der russischen Freiheitsbewegung; 4. nach den Tendenzen der kleinbürgerlichen Trudowikiparteien; 5. nach der klassenmäßigen Gemeinsamkeit und der politischen Verwandtschaft der gemäßigten Volkssozialisten und der revolutionären Sozialrevolutionäre; 6. nach dem kleinbürgerlichen oder opportunisti-

\* „auskämpfen“ bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

schen Teil der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei; 7. nach der Hegemonie des Proletariats in der Freiheitsbewegung; 8. nach der Bedeutung der sichtbaren, offenen und der nicht sichtbaren, versteckten Elemente und „Potenzen“ der revolutionären kleinbürgerlichen Demokratie in Rußland.

Und diesen ganzen wunderbaren Reichtum an politischen Fragen hat das Leben selbst, der Verlauf der Wahlkampagne selbst aufgeworfen und gelöst. Diese Fragen wurden gegen den Willen und unabhängig vom Bewußtsein vieler Parteien aufgeworfen – gelöst wurden sie „gewaltsam“ bis zum Bruch mit allen Traditionen –, und das Endergebnis kam für die große Masse der an der Kampagne beteiligten Politiker völlig unerwartet.

– Den Bolschewiki hat der Zufall in die Hände gearbeitet, sagt der Spießbürger und schüttelt den Kopf über alle diese unerwarteten Ereignisse. – Sie haben Glück gehabt!

Solche Reden erinnerten mich an eine Stelle aus den kürzlich veröffentlichten Briefen von Engels an Sorge. Am 7. März 1884 schrieb Engels an Sorge:

„Vor 14 Tagen hatte ich einen Neffen aus Barmen hier, Freikonservativer, dem sagte ich: Wir sind jetzt in Deutschland so weit, daß wir die Hände in den Schoß legen können und unsere Feinde für uns arbeiten lassen. Ob ihr das Sozialistengesetz abschafft, verlängert, verschärft oder mildert, ist einerlei, was ihr auch tut, es arbeitet uns in die Hände. – Ja, sagte er, die Umstände arbeiten merkwürdig für euch. – Allerdings, sagte ich, das täten sie auch nicht, wenn wir sie nicht schon vor 40 Jahren richtig erkannt und danach gehandelt hätten. – Keine Antwort.“<sup>28</sup>

Die Bolschewiki können sich natürlich nicht auf 40 Jahre berufen – wir vergleichen hier etwas Kleines mit etwas sehr Großem –, sie können sich jedoch berufen auf Monate und Jahre der von ihnen bereits im voraus definierten sozialdemokratischen Taktik in der bürgerlichen Revolution. Die Bolschewiki haben praktisch im Laufe der wichtigsten und entscheidendsten Etappen der Petersburger Wahlkampagne *die Hände in den Schoß gelegt, und die Umstände haben für uns gearbeitet*. Alle unsere Feinde, von dem ernst zu nehmenden und erbarmungslosen Feind Stoly-pin bis zu den „Feinden“ mit papiernem Schwert, den Revisionisten, *haben für uns gearbeitet*.

Die gesamte Opposition, alle Linken waren bei Beginn der Petersburger Wahlkampagne gegen die Bolschewiki. Alles Mögliche, alles Erdenkliche wurde gegen uns unternommen. *Aber es kam, wie wir es vorausgesehen hatten.*

Warum? Weil wir seit langem (bereits in den „Zwei Taktiken“\*, 1905, in Genf) die Stellung der Regierung zu den Liberalen und die Stellung der kleinbürgerlichen Demokratie zum Proletariat viel richtiger eingeschätzt haben.

Welche Ursache hat den fast fertigen Block der Kadetten mit allen „Linken“, *außer den Bolschewiki, gesprengt?* Die Verhandlungen Miljukows mit Stolypin. Stolypin winkte – und der Kadett wandte sich vom Volk ab und kroch wie ein Hündchen zu seinem Schwarzhunderterherrn.

War das ein Zufall? Nein, es war eine *Notwendigkeit*, denn die liberal-monarchistische Bourgeoisie wird durch ihre Grundinteressen in jedem entscheidenden Augenblick vom revolutionären Kampf, gemeinsam mit dem Volke, zur Verständigung mit der Reaktion getrieben.

Welche Ursache hat die *völlige Unbeständigkeit* und Charakterlosigkeit aller kleinbürgerlichen Parteien (der Volkstümler- und Trudowiki-parteien) und des kleinbürgerlichen Teils der Arbeiterpartei, der Menschewiki, hervorgerufen? Warum waren sie wankelmütig und schwankten, warfen sich nach rechts und nach links, liefen den Kadetten nach und schworen auf die Kadetten?

Das geschah nicht kraft persönlicher Eigenschaften Sidors oder Karp's\*\*, sondern kraft der Tatsache, daß der Kleinbürger unweigerlich dazu neigt, in die Fußstapfen des Liberalen zu treten, ihm nachzutrotten, da er nicht an sich selbst glaubt, zeitweilige „Isolierung“ nicht zu ertragen vermag, nicht ruhig und fest dem Geheul der bürgerlichen Köter zu begegnen vermag, nicht an den selbständigen revolutionären Kampf der Massen, des Proletariats und der Bauernschaft, glaubt, auf die Rolle des Führers in der bürgerlichen Revolution verzichtet, auf seine eigenen Losungen verzichtet, sich den Miljukow anpaßt und es ihnen nachtut . . .

Die Miljukow aber tun es Stolypin nach!

Die Bolschewiki haben selbständig ihre Linie bestimmt und rechtzeitig

\* Siehe Werke, Bd. 9, S. 1–130. *Die Red.*

\*\* Verbreitete russische Vornamen. *Der Übers.*

ibr Banner, das Banner des revolutionären Proletariats, vor dem Volk entfaltet.

Nieder mit den heuchlerischen Fabeln von der Schwarzhundertergefahr, vom „Kampf“, der in Besuchen bei Stolypin besteht! Wer wirklich die Freiheit des Volkes will, wer wirklich den Sieg der Revolution will, der möge uns folgen sowohl gegen das Schwarzhundertergesindel als auch gegen die schachernden Kadetten.

Wir selbst gehen in jedem Fall in den Kampf. Wir fürchten uns nicht, uns von euren kleinen und schmutzigen, kleinlichen und erbärmlichen Machenschaften und Abmachungen zu „isolieren“.

Mit dem Proletariat für die Revolution – oder mit den Liberalen für Verhandlungen mit Stolypin, Wähler, trifft eure Wahl! trifft eure Wahl, ihr Herren Volkstümler! trifft eure Wahl, Genossen Menschewiki!

Nachdem wir unsere Linie festgelegt hatten, legten wir die Hände in den Schoß. Wir warteten auf den Ausgang der Rauferei, die begonnen hatte. Am 6. Januar entfaltete unsere Konferenz unser Banner. Bis zum 18. Januar umschwänzelte Miljukow den Stolypin, umschwänzelten die Menschewiki, die Volkstümler und die Parteilosen den Miljukow.

Alle verrannten sich. Alle wollten recht diplomatisch vorgehen, und alle verzankten sich und gerieten einander so in die Haare, daß sie nicht gemeinsam auftreten konnten.

Wir sind nicht diplomatisch vorgegangen, sondern haben im Namen der klar und deutlich herausgestellten Prinzipien des revolutionären Kampfes des Proletariats alle aufs schärfste kritisiert.

Und alle, die zum Kampf fähig waren, sind uns gefolgt. Der Linksblock ist zu einer Tatsache geworden. Die Hegemonie des revolutionären Proletariats ist zu einer Tatsache geworden. Das revolutionäre Proletariat hat alle Trudowiki und einen großen Teil der Menschewiki, ja sogar der Intellektuellen hinter sich gebracht.

Sein Banner wurde bei den Petersburger Wahlen aufgepflanzt. Welches Ergebnis auch diese ersten ernsten Wahlen in Rußland, an denen sich alle Parteien beteiligen, haben mögen – das Banner des selbständigen Proletariats, das seine eigene Linie verfolgt, ist nun aufgepflanzt. Dies Banner wird sowohl im Dumakampf als auch in allen andern Kämpfen wehen, die die Revolution zum Siege führen werden.

Kraft seiner Selbständigkeit, seiner Folgerichtigkeit, kraft seiner festen

Entschlossenheit, die Masse der unterdrückten, eingeschüchternen Bauernschaft, die Masse der schwankenden, wankelmütigen, unbeständigen kleinbürgerlichen Demokratie auf seine Seite zu ziehen, sie von der verräterischen liberalen Bourgeoisie loszureißen, auf solche Weise diese Bourgeoisie zu kontrollieren und an der Spitze der Bewegung der Volksmassen die verfluchte Selbstherrschaft zu zertrümmern – das ist die Aufgabe des sozialistischen Proletariats in der bürgerlichen Revolution.

*Geschrieben am 4. (17.) Februar 1907.*

*Veröffentlicht am 11. Februar 1907*

*Nach dem Text des „Proletari“.*

*im „Proletari“ Nr. 13.*

## VORWORT ZUR RUSSISCHEN ÜBERSETZUNG DER BRIEFE VON K. MARX AN L. KUGELMANN

Mit der Herausgabe der in der deutschen sozialdemokratischen Wochenschrift „Die Neue Zeit“ veröffentlichten vollständigen Sammlung der Briefe von Marx an Kugelmann als Broschüre haben wir uns die Aufgabe gestellt, das russische Publikum mit Marx und dem Marxismus näher bekannt zu machen. In der Marxschen Korrespondenz ist, wie auch zu erwarten war, persönlichen Angelegenheiten sehr viel Platz eingeräumt. Für einen Biographen bietet das alles äußerst wertvolles Material. Dagegen sind für das breite Publikum im allgemeinen und für die Arbeiterklasse Rußlands im besonderen diejenigen Stellen der Briefe unendlich wichtiger, die theoretisches und politisches Material enthalten. Gerade für uns ist es in der revolutionären Epoche, die wir durchleben, besonders lehrreich, uns in das Material zu vertiefen, das uns vor Augen führt, wie Marx auf alle Fragen der Arbeiterbewegung und der Weltpolitik unmittelbar reagiert. Die Redaktion der „Neuen Zeit“ bemerkt durchaus mit Recht, „daß wir uns an dem Anblick von Männern erheben, die ihr Denken und Wollen in großen Umwälzungen gebildet haben“. Für einen russischen Sozialisten im Jahre 1907 ist diese Bekanntschaft doppelt notwendig, da sie eine Fülle wertvollster Hinweise auf die unmittelbaren Aufgaben der Sozialisten in allen und jeglichen Revolutionen vermittelt, die sein Land durchmacht. Gerade jetzt macht Rußland eine „große Umwälzung“ durch. Die Politik von Marx in den relativ stürmischen sechziger Jahren sollte oft, sehr oft als ein direktes Vorbild für die Politik eines Sozialdemokraten in der gegenwärtigen russischen Revolution dienen.

Wir erlauben uns daher, die theoretisch besonders wichtigen Stellen

aus dem Marxschen Briefwechsel nur kurz zu erwähnen und auf die revolutionäre Politik von Marx als dem Vertreter des Proletariats ausführlicher einzugehen.

Von hervorragendem Interesse für alle, die sich eine vollständigere und tiefere Kenntnis des Marxismus aneignen wollen, ist der Brief vom 11. Juli 1868 (S. 42 ff.)<sup>29</sup>. In der Form von polemischen Bemerkungen gegen die Vulgärökonomien setzt Marx hier *seine* Auffassung von der sogenannten „Arbeits“werttheorie außerordentlich prägnant auseinander. Gerade diejenigen Einwände gegen die Marxsche Werttheorie, auf die der weniger geschulte Leser des „Kapitals“ natürlicherweise am leichtesten verfällt und die daher von den Dutzendvertretern der „professoralen“, bürgerlichen „Wissenschaft“ am eifrigsten aufgegriffen werden, sind hier von Marx kurz, einfach, wunderbar klar analysiert worden. Marx zeigt hier, welchen Weg er einschlug und welcher Weg eingeschlagen werden muß, um das Wertgesetz zu erklären. Am Beispiel der allergewöhnlichsten Einwände lehrt er seine *Methode*. Er stellt den Zusammenhang klar zwischen einem (scheinbar) so rein theoretischen und abstrakten Problem wie der Werttheorie und dem „Interesse der herrschenden Klassen“, die „Konfusion zu verewigen“. Es wäre nur zu wünschen, daß jeder, der Marx zu studieren und das „Kapital“ zu lesen beginnt, gleichzeitig mit dem Studium der ersten und schwierigsten Kapitel des „Kapitals“ auch den von uns erwähnten Brief läse und immer wieder läse.

Andere, in theoretischer Hinsicht besonders interessante Stellen der Briefe beziehen sich auf die Einschätzung verschiedener Schriftsteller durch Marx. Liest man diese lebendig geschriebenen, leidenschaftlichen, von tiefstem Interesse für alle bedeutenden geistigen Strömungen und deren Analyse zeugenden Äußerungen von Marx, so glaubt man, den genialen Denker selbst reden zu hören. Außer den beiläufig hingeworfenen Bemerkungen über Dietzgen verdienen die Äußerungen über die Proudhonisten (S. 17)<sup>30</sup> die besondere Beachtung des Lesers. Die „brillierende“ intellektuelle Jugend der Bourgeoisie, die sich in Zeiten gesellschaftlichen Aufschwungs „ins Proletariat“ stürzt, aber unfähig ist, sich den Standpunkt der Arbeiterklasse zu eigen zu machen und zähe und ernst „in Reih und Glied“ in den proletarischen Organisationen zu arbeiten, wird mit wenigen Strichen erstaunlich scharf charakterisiert.

Da haben wir eine Äußerung über Dühring (S. 35)<sup>31</sup>, die den Inhalt des neun Jahre später von Engels (zusammen mit Marx) verfaßten berühmten Buches „Anti-Dühring“ gleichsam vorwegnimmt. Es existiert eine russische Übersetzung von Zederbaum, die leider nicht nur Auslassungen aufweist, sondern geradezu schlecht und fehlerhaft ist. Ebenso findet sich hier eine Äußerung über Thünen, die ebenso auch die Rententheorie Ricardos berührt. Schon damals, im Jahre 1868, verwarf Marx entschieden die „Ricardoschen Borniertheiten“, die er in dem 1894 erschienenen dritten Band des „Kapitals“ endgültig widerlegte und die von den Revisionisten – angefangen von unserem ultrabourgeois und sogar „schwarzhunderterlichen“ Herrn Bulgakow bis zu dem „fast orthodoxen“ Maslow – bis auf den heutigen Tag wiederholt werden.

Interessant ist auch die Äußerung über Büchner mit der Einschätzung des Vulgärmaterialismus und des bei Lange (die übliche Quelle „professoraler“ bürgerlicher Philosophie!) abgeschriebenen „oberflächlichen Geschwatzes“ (S. 48)<sup>32</sup>.

Wenden wir uns nun Marx' revolutionärer Politik zu. Bei uns in Rußland ist unter den Sozialdemokraten eine Art spießbürgerliche Vorstellung vom Marxismus erstaunlich weit verbreitet, als sei eine revolutionäre Periode mit ihren besonderen Kampfformen und speziellen Aufgaben des Proletariats schier eine Anomalie, „Konstitution“ und „äußerste Opposition“ dagegen die Regel. In keinem Land der Welt ist zur Zeit eine so tiefgehende revolutionäre Krise zu verzeichnen wie in Rußland, und in keinem anderen Lande gibt es (den Marxismus herabwürdigende und vulgarisierende) „Marxisten“, deren Einstellung zur Revolution so skeptisch, so philisterhaft wäre. Daraus, daß der Inhalt der Revolution bürgerlich ist, zieht man bei uns die platte Schlußfolgerung, die Bourgeoisie sei der *Motor* der Revolution, das Proletariat aber habe in dieser Revolution nur untergeordnete, unselbständige Aufgaben zu erfüllen, eine proletarische Führung der Revolution sei unmöglich!

Wie entlarvt Marx in den Briefen an Kugelmann diese platte Auffassung vom Marxismus! Da haben wir den Brief vom 6. April 1866. Marx hatte damals gerade sein Hauptwerk beendet. Eine abschließende Einschätzung der deutschen Revolution von 1848 hatte er schon 14 Jahre vor diesem Brief gegeben. Seine sozialistischen Illusionen über eine nahe bevorstehende sozialistische Revolution im Jahre 1848 hatte er 1850

selbst widerlegt. Kaum aber beginnt er im Jahre 1866 das Heranreifen neuer politischer Krisen zu beobachten, so schreibt er:

„Werden unsre Spießbürger“ (es handelt sich um die deutschen liberalen Bourgeois) „endlich einseh'n, daß ohne eine Revolution, welche Habsburg und Hohenzollern beseitigt . . . , es schließlich wieder zu einem dreißigjährigen Krieg . . . kommen muß!“ (S. 13/14.)<sup>33</sup>

Keine Spur von Illusionen darüber, daß die nächste Revolution (sie erfolgte von oben, nicht von unten, wie Marx erwartet hatte) die Bourgeoisie und den Kapitalismus beseitigen werde. Die klarste und bestimmteste Feststellung dessen, daß sie nur die preußische und die österreichische Monarchie beseitigen werde. Und welcher Glaube an diese bürgerliche Revolution! Welch revolutionäre Leidenschaftlichkeit eines proletarischen Kämpfers, der die gewaltige Bedeutung der bürgerlichen Revolution für den sozialistischen Vormarsch versteht!

Drei Jahre später erklärt Marx, der am Vorabend des Zusammenbruchs des napoleonischen Kaiserreichs in Frankreich das Vorhandensein einer „sehr interessanten“ gesellschaftlichen Bewegung konstatiert, *geradezu mit Begeisterung*: „Die Pariser studieren förmlich ihre jüngste revolutionäre Vergangenheit wieder ein, um sich für das bevorstehende neue Revolutionsgeschäft vorzubereiten.“ Und nach Schilderung des Klassenkampfes, der bei dieser Einschätzung der Vergangenheit hervorgetreten ist, schließt Marx (S. 56): „Und so brodel't der ganze historische Hexenkessel. Wann wird's bei uns“ (in Deutschland) „soweit sein!“<sup>34</sup>

Das ist es, was die russischen marxistischen Intellektuellen von Marx lernen sollten, die, durch Skeptizismus entkräftet, durch Pedanterie stumpf geworden, zu bußfertigen Reden geneigt, der Revolution rasch müde werden und wie von einem Festtag davon träumen, die Revolution zu Grabe zu tragen und sie durch die konstitutionelle Prosa zu ersetzen. Sie sollten bei dem Theoretiker und Führer der Proletarier lernen, an die Revolution zu glauben, sollten bei ihm lernen, wie man die Arbeiterklasse aufruft, ihre unmittelbar revolutionären Aufgaben bis zu Ende auszukämpfen, sollten bei ihm die Charakterfestigkeit lernen, die kein kleinmütiges Lamentieren nach zeitweiligen Mißerfolgen der Revolution duldet.

Die Pedanten des Marxismus meinen, alles das sei ethisches Geschwätz, Romantik, Mangel an Realismus! Nein, meine Herren, das ist

Verknüpfung der revolutionären Theorie mit revolutionärer Politik, jene Verknüpfung, ohne die der Marxismus zum Brentanoismus, zum Struvismus, zum Sombartismus wird. Die Doktrin von Marx hat Theorie und Praxis des Klassenkampfes zu einem unzertrennlichen Ganzen verbunden. Und der ist kein Marxist, der die Theorie, die nüchtern die objektive Lage konstatiert, entstellt, um das Bestehende zu rechtfertigen, und zu dem Bestreben hinabsinkt, sich recht schnell jedem zeitweiligen Niedergang der Revolution anzupassen, recht schnell die „revolutionären Illusionen“ abzuwerfen und sich an die „reale“ Kleinkrämerei zu machen.

Marx verstand es, in scheinbar friedlichsten, wie er sich ausdrückt: „idyllischen“ Zeiten und (nach einem Wort der Redaktion der „Neuen Zeit“) angesichts eines „tostlosen Sumpfes“ das Nahen der Revolution herauszufühlen und das Proletariat auf eine Stufe zu *heben*, wo es sich seiner fortschrittlichen, revolutionären Aufgaben bewußt wird. Unsere russischen Intellektuellen, die Marx philisterhaft versimpeln, predigen dem Proletariat in den revolutionärsten Zeiten die Politik der Passivität, des gefügigen Schwimmens „mit dem Strom“, die Politik zaghafter Unterstützung der wankelmütigsten Elemente der liberalen Modepartei!

Die Marxsche Einschätzung der Kommune bildet die Krone der Briefe an Kugelmann. Und diese Einschätzung ist besonders lehrreich, wenn man ihr die Methoden des rechten Flügels der russischen Sozialdemokraten gegenüberstellt. Plechanow, der nach dem Dezember 1905 kleinstmütig ausrief: „Man hätte nicht zu den Waffen greifen sollen!“, war so bescheiden, sich mit Marx zu vergleichen. Marx habe ja im Jahre 1870 die Revolution ebenfalls gebremst.

Gewiß, Marx hat sie *ebenfalls* gebremst. Aber man vergegenwärtige sich, was für ein Abgrund sich auftut bei diesem von Plechanow selbst herangezogenen Vergleich zwischen Plechanow und Marx.

Plechanow hatte im November 1905, einen Monat vor dem Höhepunkt der ersten revolutionären Welle in Rußland, weit davon entfernt, das Proletariat entschieden zu warnen, vielmehr direkt von der Notwendigkeit gesprochen, *den Gebrauch der Waffen zu erlernen und sich zu bewaffnen*. Als aber einen Monat darauf der Kampf ausbrach, beeilte sich Plechanow, ohne die Bedeutung dieses Kampfes, seine Rolle im Gesamt-

verlauf der Ereignisse, seinen Zusammenhang mit den vorhergehenden Kampfformen auch nur im geringsten zu analysieren, den bußfertigen Intellektuellen zu spielen: „Man hätte nicht zu den Waffen greifen sollen.“

Marx hatte im *September 1870, ein halbes Jahr* vor der Kommune, die französischen Arbeiter direkt gewarnt: Ein Aufstand wäre eine *Torheit*, sagte er in der bekannten Adresse der Internationale<sup>35</sup>. Er deckte *im voraus* die nationalistischen Illusionen hinsichtlich der Möglichkeit einer Bewegung im Geiste von 1792 auf. Er verstand es, *nicht hinterher*, sondern mehrere Monate vorher zu sagen: „Man sollte nicht zu den Waffen greifen.“

Und wie verhielt er sich, als dieses nach seiner eigenen Erklärung vom September *aussichtslose* Unternehmen im März 1871 dennoch Wirklichkeit zu werden begann? Hat es Marx vielleicht (wie Plechanow die Dezemberereignisse) bloß dazu benutzt, um seinen Widersachern, den Proudhonisten und Blanquisten, die die Kommune leiteten, „eins auszuwischen“? Begann er vielleicht wie eine Gouvernante zu nörgeln: Ich habe es ja gesagt, ich habe euch gewarnt, da habt ihr nun eure Romantik, eure revolutionären Phantastereien? Sagte er vielleicht zum Abschied den Kommunarden, wie Plechanow den Dezemberkämpfern, mit der Lehrtätigkeit eines selbstzufriedenen Philisters: „Man hätte nicht zu den Waffen greifen sollen“?

Nein. Am 12. April 1871 schreibt Marx einen *begeisterten* Brief an Kugelmann, einen Brief, den wir gern jedem russischen Sozialdemokraten, jedem lesekundigen russischen Arbeiter an die Wand hängen würden.

Marx, der im September 1870 den Aufstand eine *Torheit* genannt hat, bringt im April 1871, da er eine Volksbewegung, eine Massenbewegung sieht, dieser die größte Aufmerksamkeit eines Teilnehmers an gewaltigen Ereignissen entgegen, die in der weltgeschichtlichen revolutionären Bewegung einen Schritt vorwärts bedeuten.

Das ist ein *Versuch*, sagt er, die bürokratisch-militärische Maschinerie zu zerbrechen und sie nicht einfach aus einer Hand in die andre zu übertragen. Und er singt den von Proudhonisten und Blanquisten geführten „*heroischen*“ Pariser Arbeitern ein wahres Hosianna. „*Welche Elastizität*“, schreibt er, „*welche historische Initiative, welche Aufopferungs-*

fähigkeit in diesen Parisern!“ (S. 88.) . . . „Die Geschichte hat kein ähnliches Beispiel ähnlicher Größe!“

Marx stellt die *historische Initiative* der Massen über alles. Oh, wenn doch unsere russischen Sozialdemokraten in bezug auf die Einschätzung der *historischen Initiative* der russischen Arbeiter und Bauern im Oktober und Dezember 1905 bei Marx lernen wollten!

Die Verneigung des größten Denkers, der ein halbes Jahr zuvor den Mißerfolg vorausgesehen hatte, vor der *historischen Initiative* der Massen – und das leblose, seelenlose, pedantische: „Man hätte nicht zu den Waffen greifen sollen“! Ist das nicht voneinander entfernt wie Himmel und Erde?

Als *Teilnehmer* des Massenkampfes, den er mit der ihm eigenen Glut und Leidenschaft im Londoner Exil miterlebte, macht sich Marx an die Kritik der *unmittelbaren Schritte* der „wahnwitzig-kühnen“ Pariser „Himmelsstürmer“.

Oh, wie hätten damals unsere heutigen „real denkenden“ Weisen unter den Marxisten, die im Rußland der Jahre 1906 und 1907 die revolutionäre Romantik in Grund und Boden verdammen, Marx ausgelacht! Wie hätten sie den *Materialisten*, den *Ökonomen*, den Feind von Utopien verhöhnt, der sich vor einem „Versuch“ verneigt, den *Himmel* zu stürmen! Wieviel Tränen herablassenden Lachens oder Mitleids hätten allerlei Menschen im Futteral\* vergossen über Rebellionstendenzen, Utopismus usw. usf., über diese Einschätzung einer himmelstürmenden Bewegung!

Marx gab sich nicht der Weisheit neunmalweiser Gründlinge\*\* hin, die sich scheuen, die *Technik* der höchsten Formen des revolutionären Kampfes zu erörtern. Er behandelt gerade die *technischen* Fragen des Aufstands. Verteidigung oder Angriff? fragt er, als ob es sich um Kampfhandlungen vor London handelte. Und er entscheidet: unbedingt Angriff, „es galt, gleich nach Versailles zu marschieren . . .“

---

\* „Der Mann im Futteral“ – Titelheld einer Erzählung von A. P. Tschchow. *Der Übers.*

\*\* „Der neunmalweise Gründling“ – Titel eines Märchens des Satirikers M. J. Saltykow-Schtschedrin. *Der Übers.*

Das wurde geschrieben im April 1871, wenige Wochen vor dem großen Blutmai . . .

„Es galt, gleich nach Versailles zu marschieren“ – für die Aufständischen, die das „törichte“ (September 1870) Unternehmen begonnen hatten, den Himmel zu stürmen.

„Man hätte nicht zu den Waffen greifen sollen“ im Dezember 1905, um sich mit Gewalt gegen die ersten Anschläge auf die eroberten Freiheiten zu wehren . . .

Wahrhaftig, Plechanow verglich sich nicht umsonst mit Marx!

Marx fährt in seiner *technischen* Kritik fort: „Zweiter Fehler: Das Zentralkomitee“ (man beachte, daß hier die *militärische Leitung* gemeint ist, es handelt sich um das Zentralkomitee der Nationalgarde) „gab seine Macht zu früh auf . . .“

Marx verstand es, die *Führer* vor einem verfrühten Aufstand zu warnen. Dem himmelstürmenden *Proletariat* gegenüber aber war er ein praktischer Ratgeber, ein Teilnehmer am *Kampf* der Massen, die ungeachtet der falschen Theorien und der Fehler Blanquis und Proudhons die *ganze* Bewegung auf eine *höhere Stufe* hoben.

„Wie dem auch sei“, schreibt er, „diese jetzige Erhebung von Paris – wenn auch unterliegend vor den Wölfen, Schweinen und gemeinen Hunden der alten Gesellschaft – ist die glorreichste Tat unsrer Partei seit der Pariser Juniinsurrektion.“<sup>36</sup>

Und ohne vor dem *Proletariat* auch nur *einen einzigen* Fehler der Kommune zu verheimlichen, widmete Marx dieser *glorreichen Tat* ein Werk, *das bis auf den heutigen Tag* die beste Anleitung zum Sturm des „Himmels“ – und das fürchterlichste Schreckgespenst für die liberalen und radikalen „*Schweine*“ ist.

Plechanow widmete dem Dezember ein „Werk“, das fast zum Evangelium der Kadetten geworden ist.

Jaja, Plechanow verglich sich nicht umsonst mit Marx!

Kugelmann antwortete Marx offenbar mit irgendwelchen Äußerungen des Zweifels und mit Hinweisen auf die Aussichtslosigkeit der Sache, auf den Realismus im Gegensatz zur Romantik, zumindest verglich er die Kommune, einen *Aufstand*, mit der friedlichen Pariser Demonstration vom 13. Juni 1849.

Sofort (am 17. April 1871) wird Kugelmann dafür von Marx nachdrücklichst abgekanzelt:

„Die Weltgeschichte“, schreibt er, „wäre allerdings sehr bequem zu machen, wenn der Kampf nur unter der Bedingung unfehlbar günstiger Chancen aufgenommen würde.“

Im September 1870 hatte Marx den Aufstand eine Torheit genannt. Als sich aber die Massen erhoben, will Marx mit ihnen marschieren, mit ihnen zusammen im Kampfe lernen, nicht aber kanzleimäßige Belehrungen verlesen. Er begreift, daß ein Versuch, die Chancen im voraus mit absoluter Präzision zu berechnen, entweder Scharlatanerie oder hoffnungslose Pedanterie wäre. Über alles stellt er die Tatsache, daß die Arbeiterklasse heldenmütig, aufopferungsvoll, initiativ Weltgeschichte macht. Marx betrachtete diese Geschichte vom Standpunkt derer, die sie machen, ohne die Möglichkeit zu haben, die Chancen unfehlbar im voraus zu berechnen, nicht aber vom Standpunkt des spießhaften Intellektuellen, der da moralisiert: „Es war leicht vorauszusehen . . . Man hätte nicht . . . greifen sollen.“

Marx vermochte auch zu erkennen, daß es Augenblicke in der Geschichte gibt, wo ein verzweifelter Kampf der Massen sogar für eine aussichtslose Sache notwendig ist um der weiteren Erziehung dieser Massen und ihrer Vorbereitung zum nächsten Kampf willen.

Unseren heutigen Quasi-Marxisten, die so gern Marx zu Unrecht zitieren, nur um von ihm die Einschätzung der Vergangenheit zu entlehnen, nicht aber die Fähigkeit zur Gestaltung der Zukunft, ist eine solche Fragestellung völlig unverständlich, ja sogar im Prinzip fremd. Plechanow hat an diese Fragestellung nicht einmal gedacht, als er sich nach dem Dezember 1905 an die Aufgabe machte, zu „bremsen“ . . .

Marx wirft jedoch gerade diese Frage auf, ohne im geringsten zu vergessen, daß er selber im September 1870 einen Aufstand als Torheit bezeichnet hatte.

„Die bürgerlichen Kanillen von Versailles“, schreibt er, „stellten die Pariser in die Alternative, den Kampf aufzunehmen oder ohne Kampf zu erliegen. Die Demoralisation der Arbeiterklasse in dem letzteren Fall wäre ein viel größeres Unglück gewesen als der Untergang einer beliebigen Anzahl von ‚Führern‘.“<sup>37</sup>

Damit wollen wir unsere kurze Übersicht über die Lehren schließen, die Marx in den Briefen an Kugelmann über eine des Proletariats würdige Politik erteilt.

Die Arbeiterklasse Rußlands hat schon einmal bewiesen und wird noch öfters beweisen, daß sie fähig ist, „den Himmel zu stürmen“.

5. Februar 1907

*Veröffentlicht 1907 in der Broschüre:  
K. Marx, „Briefe an L. Kugelmann“.  
Unter Redaktion und mit einem  
Vorwort von N. Lenin, Verlag  
„Nowaja Duma“ (Neue Duma),  
St. Petersburg.*

*Nach dem Text der Broschüre.*

---

## DIE ZWEITE DUMA UND DIE ZWEITE WELLE DER REVOLUTION

Petersburg, 7. Februar 1907

Die Ereignisse vollziehen sich mit einer Geschwindigkeit, die man als geradezu revolutionär bezeichnen muß. Vor vier Tagen schrieben wir anläßlich der Wahlkampagne in Petersburg, daß man schon erkennen könne, wie sich die politischen Kräfte gruppieren: Die revolutionäre Sozialdemokratie allein erhebt selbständig, entschlossen und stolz das Banner des schonungslosen Kampfes gegen die Gewalttaten der Reaktion und gegen die Heuchelei der Liberalen. Die kleinbürgerliche Demokratie (den kleinbürgerlichen Teil der Arbeiterpartei eingeschlossen) schwankt, sie wendet sich bald den Liberalen, bald den revolutionären Sozialdemokraten zu.

Heute finden die Wahlen in Petersburg statt. Ihre Ergebnisse können das von uns angegebene Verhältnis der gesellschaftlichen Kräfte nicht ändern. Die gestrigen Dumawahlen, bei denen bereits 217 von 524 Dumamitgliedern, d. h. mehr als zwei Fünftel, gewählt wurden, geben ein klares Bild von der Zusammensetzung der zweiten Duma, geben ein klares Bild der politischen Situation, die sich vor unseren Augen gestaltet.

Nach den Angaben der „Retsch“, die natürlich geneigt ist, die Sache in einem für die Kadetten günstigen Licht zu schildern, verteilen sich 205 gewählte Dumamitglieder folgendermaßen: Rechte 37, nationalistische Autonomisten<sup>38</sup> 24, Kadetten 48, Progressisten und Parteilose 16, parteilose Linke 40, Volkstümler 20 (13 Trudowiki, 6 Sozialrevolutionäre und 1 Volkssozialist) und 20 Sozialdemokraten.

Die neue Duma wird also zweifellos linker sein als die alte. Wenn die weiteren Wahlen ebensolche Ergebnisse zeitigen, so erhalten wir auf 500 Dumamitglieder folgende runde Zahlen: Rechte 90, Nationalisten 50,

Kadetten 125, Progressisten 35, parteilose Linke 100, Volkstümler und Sozialdemokraten je 50. Das ist natürlich nur eine ungefähre Berechnung, die wir lediglich der Anschaulichkeit halber anstellen, indes kann jetzt wohl kaum mehr bezweifelt werden, daß die Schlußzahlen im großen und ganzen richtig sind.

Ein Fünftel Rechte; zwei Fünftel gemäßigte Liberale (liberal-monarchistische Bourgeois, einschließlich der Nationalisten, Kadetten und eines Teils der – wenn nicht aller – Progressisten); zwei Fünftel Linke (und zwar das eine Fünftel Parteilose, das andere aus Parteiorganisierten – Volkstümlern und Sozialdemokraten zu gleichen Teilen – bestehend) – so zeichnet sich vor uns auf Grund der vorläufigen Ergebnisse die Zusammensetzung der zweiten Duma ab.

Was bedeutet das aber?

Die wildeste, schamloseste Willkür der Schwarzhunderterregierung, der reaktionärsten Regierung in ganz Europa. Das reaktionärste Wahlgesetz in ganz Europa. Die revolutionärste Zusammensetzung einer Volksvertretung in Europa – in dem zurückgebliebensten Lande!

Dieser Widerspruch, der in die Augen springt, läßt mit der größten Anschaulichkeit den Hauptwiderspruch des gesamten gegenwärtigen russischen Lebens, läßt das ganze revolutionäre Gepräge des gegenwärtigen Augenblicks erkennen.

Seit dem großen Tag des 9. Januar 1905 sind zwei Jahre Revolution verstrichen. Wir haben lange und schwere Perioden wütender Reaktion durchgemacht. Wir haben kurze „Lichtblicke“ von Freiheiten erlebt. Wir haben zwei Explosionen großer Volksbewegungen erlebt: den Streikampf und den bewaffneten Kampf. Wir haben eine Duma und zwei Wahlen erlebt, durch die sich die Gruppierung der Parteien endgültig herauskristallisiert hat und die Gruppierung der Bevölkerung, die noch vor kurzem keinen Begriff von irgendwelchen politischen Parteien hatte, ungewöhnlich scharf hervorgetreten ist.

In diesen zwei Jahren sahen wir, wie der – bei den einen naive, bei den andern grob eigennützig – Glaube an die Einheit der Befreiungsbewegung zerstört wurde, wie eine Reihe von Illusionen hinsichtlich eines friedlichen, konstitutionellen Wegs zerstört wurde, wir sammelten Erfahrungen in den verschiedenen Formen des Massenkampfes, gingen bis zu den härtesten und äußersten, bis zu den letzten denkbaren Kampf-

methoden, bis zum bewaffneten Kampf eines Teils der Bevölkerung gegen den anderen. Die Bourgeoisie und die Gutsbesitzer wurden immer verbissener und brutaler. Der Kleinbürger ist müde geworden. Der russische Intellektuelle ist erschläft und bläst Trübsal. Die Partei der liberalen Schwätzer und der liberalen Verräter, der Kadetten, hat ihr Haupt erhoben, sie spekuliert auf die Revolutionsmüdigkeit und gibt ihre Famussowsche\* Bereitschaft zu jeder erdenklichen Gemeinheit für ihre Hegemonie aus.

Unten aber, in der Tiefe der proletarischen Massen und der Massen der zugrunde gerichteten, hungernden Bauernschaft ist die Revolution vorwärtsgegangen, hat unhörbar und unmerklich die Pfeiler des Staates unterspült, die Schläfrigen durch den Donner des Bürgerkriegs geweckt, die Unbeweglichen aufgerüttelt durch den raschen Wechsel von „Freiheiten“ und bestialischen Gewalttaten, von Stille und parlamentarischer Belebung, von Wahlen, Versammlungen und dem Fieber der „Verbands“-arbeit.

Das Ergebnis ist eine neue, noch linkere Duma und die Aussicht auf eine neue, noch drohendere und noch unzweifelhaftere *revolutionäre* Krise.

Selbst Blinde müssen jetzt sehen, daß wir eben vor einer revolutionären und nicht vor einer konstitutionellen Krise stehen. Zweifel sind unmöglich. Die Tage der russischen Konstitution sind gezählt. Unerbittlich naht ein neuer Kampf: Entweder siegt das revolutionäre Volk, oder die zweite Duma verschwindet ebenso ruhmlos wie die erste, und dann folgt die Aufhebung des Wahlgesetzes und die Rückkehr zur Selbstherrschaft im Schwarzhunderterstil sans phrases\*\*.

Wie armselig wirken plötzlich unsere „theoretischen“ Streitereien aus der jüngsten Vergangenheit – jetzt, wo sie von einem hellen Strahl der aufgehenden revolutionären Sonne beleuchtet werden! Sind die Klagen, in denen sich der trübselige, erschrockene, kleinmütige Intellektuelle über eine Schwarzhundertergefahr bei den Wahlen erging, nicht lächerlich? Hat sich nicht glänzend bestätigt, was wir *im November* (in Nr. 8 des „Proletari“) gesagt haben: „Mit ihrem Gezeter über die Schwarzhun-

\* Famussow — Gestalt aus Gribojedows Komödie „Verstand schafft Leiden“. *Der Übers.*

\*\* ohne Umschweife. *Die Red.*

dertergefahr führen die Kadetten die Menschewiki an der Nase herum, um die Gefahr von links von sich abzuwenden“\*?

Die Revolution lehrt. Die Revolution führt gewaltsam diejenigen in die revolutionäre Bahn zurück, die aus Charakterlosigkeit oder Verstandeschwäche ständig vom Wege abirren. Die Menschewiki wollten Blocks mit den Kadetten, wollten die Einheit der „Opposition“, die Möglichkeit, „die Duma als Ganzes auszunutzen“. Sie taten alles mögliche (und alles unmögliche – bis zur Spaltung der Partei, wie in Petersburg), damit eine ganz und gar liberale Duma entstehe.

Nichts ist dabei herausgekommen. Die Revolution ist stärker, als die kleingläubigen Opportunisten annehmen. Unter der Hegemonie der Kadetten kann die Revolution nur im Staube liegen, siegen kann sie nur unter der Hegemonie der bolschewistischen Sozialdemokratie.

Wir erhalten genau solch eine Duma, wie wir es in unserer Polemik mit den Menschewiki in Nr. 8 des „Proletari“ (November 1906) vorausgesagt haben. Es ist eine Duma schroffer Extreme, eine Duma, deren gemäßigte und akkurate Mitte von der revolutionären Flut unterspült worden ist, eine Duma der Kruschewan<sup>29</sup> und des revolutionären Volkes. Die bolschewistische Sozialdemokratie wird in dieser Duma ihr Banner hoch erheben und der Masse der kleinbürgerlichen Demokraten sagen, was sie ihr bei den Petersburger Wahlen gesagt hat: Trefft die Wahl zwischen dem Schacher, den die Kadetten mit Stolypin betreiben, und dem gemeinsamen Kampf in den Reihen der Volksmassen! Wir, das Proletariat ganz Rußlands, ziehen in diesen Kampf. Uns folgen alle diejenigen, die wollen, daß das Volk Freiheit, daß die Bauernschaft Boden erhalte!

Der Kadett merkt schon, daß der Wind von einer anderen Seite zu wehen beginnt, daß das politische Barometer schnell fällt. Nicht umsonst sind alle die Miljukow so nervös geworden, daß sie ihre Hüllen fallen gelassen haben und über die „roten Fetzen“ auch auf der Straße jammern (in den Gemächern der Stolypin haben diese Subjekte stets heimlich auf den „roten Fetzen“ geschimpft!). Nicht umsonst spricht die heutige „Retsch“ (vom 7. Februar) von den „Sprüngen“ des politischen Barometers, von den Schwankungen der Regierung „zwischen der Demission des Kabinetts und irgendeinem Pronunziamento oder einem militärischen Schwarzhunderterpogrom, der schon auf den 14. anberaunt

\* Siehe Werke, Bd. 11, S. 308. Die Red.

wird". Und die entmannte Seele des russischen Liberalen weint und härmst sich: Sollte wirklich wieder die „Politik der elementaren Reflexe“ einsetzen . . . ?

Jawohl, klägliche Helden einer kläglichen bösen Zeit! *Wieder* Revolution. Begeistert begrüßen wir die herannahende Welle des elementaren Volkszorns. Aber wir werden alles tun, was von uns abhängt, damit der neue Kampf möglichst wenig elementar, damit er möglichst bewußt, konsequent und standhaft werde.

Die Regierung hat schon lange alle Räder ihrer Maschine der Gewalttätigkeiten, der Pogrome, der viehischen Roheit, des Betrugs und der Verdummungsmanöver in Gang gesetzt. Jetzt aber sind alle Räder bereits ausgeleiert, alles ist ausprobiert, sogar schon Artillerie in Dörfern und Städten. Die Kräfte des Volkes sind jedoch nicht erschöpft, sie entfalten sich vielmehr gerade jetzt immer breiter, machtvoller, offener und kühner. Selbstherrschaft im Schwarzhunderterstil und – linke Duma. Die Situation ist zweifellos revolutionär. Der Kampf in der schärfsten Form ist zweifellos unabwendbar.

Gerade deshalb aber, weil er unabwendbar ist, haben wir es nicht nötig, ihn zu forcieren, anzutreiben, anzupeitschen. Dafür mögen die Kruschewan und Stolypin sorgen. Uns liegt die Sorge ob, vor dem Proletariat und der Bauernschaft mit aller Klarheit, unvermittelt und schonungslos offen die Wahrheit zu *entbüllen*, ihnen die Augen zu öffnen für die Bedeutung des kommenden Sturms, ihnen behilflich zu sein, organisiert, mit der Kaltblütigkeit von Menschen, die in den Tod gehen, dem Feind zu begegnen – so, wie ihm der Soldat begegnet, der hinter der Brustwehr liegt und bereit ist, nach den ersten Schüssen zum Sturmangriff überzugehen.

„Schießen Sie gefälligst zuerst, meine Herren Bourgeois!“ rief Engels im Jahre 1894 dem deutschen Kapital zu.<sup>40</sup> „Schießen Sie zuerst, meine Herren Kruschewan und Stolypin, Orlow und Romanow!“ rufen wir. Unsere Sache ist es, der Arbeiterklasse und der Bauernschaft zu helfen, die Selbstherrschaft der Schwarzhunderter zu *zertreten*, sobald sie sich selbst auf uns stürzt.

Deshalb keine vorzeitigen *Aufrufe* zum Aufstand! Keine feierlichen Manifeste an das Volk. Keine Pronunziamentos, keine „Proklamatio-

nen". Der Sturm kommt auf uns zu. Es ist nicht nötig, mit den Waffen zu klirren.

*Es ist nötig, die Waffen vorzubereiten* – im unmittelbaren und im übertragenen Sinne des Wortes. Vor allem und in erster Linie ist es nötig, die Armee des Proletariats zusammenzuschweißen, eine Armee, die stark ist durch ihr Bewußtsein und ihre Entschlossenheit. Es ist nötig, unsere organisatorische und agitatorische Arbeit unter den Bauern zu verzehnfachen, sowohl unter allen denen, die im Dorfe hungern, als auch unter denen, die im vorigen Herbst ihre Söhne, die das große Jahr der Revolution miterlebten, zum Militärdienst geschickt haben. Alle ideologischen Hüllen und Schleier, die man über die Revolution gebreitet hat, müssen heruntergerissen werden, alle Zweifel und Schwankungen beseitigt werden. Einfach, ruhig und schlicht, so wie es das Volk am besten versteht, müssen wir so laut und so deutlich wie möglich sagen: Der Kampf ist unvermeidlich. Das Proletariat wird den Kampf annehmen. Das Proletariat wird alles hingeben, wird alle seine Kräfte in diese Schlacht für die Freiheit werfen. Möge die ruinierte Bauernschaft, mögen die Soldaten und Matrosen wissen, daß es um das Schicksal der russischen Freiheit geht.

„Proletari“ Nr. 13,  
11. Februar 1907.

Nach dem Text des „Proletari“.

---

## DIE ERGEBNISSE DER WAHLEN IN PETERSBURG

Petersburg, 9. Februar 1907

Bei den Wahlen in Petersburg haben die Kadetten gesiegt. Sie haben in 11 Wahlbezirken 151 Wahlmänner durchgebracht. Der Linksblock hat nur in einem, dem Wiborger Wahlbezirk, gesiegt und 9 von 160 Wahlmännern durchgebracht.

Die Hauptmerkmale der Petersburger Wahlen sind: Steigen der Wahlbeteiligung in fast allen Bezirken sowie Schwächung der Rechten. Die Kadetten stehen an erster Stelle, sie haben 28 798 Stimmen erhalten (nach der Höchstzahl der Stimmen für ihre Kandidaten gerechnet). An zweiter Stelle steht der Linksblock, der 16 703 Stimmen erhalten hat. An dritter Stelle kommen die Oktobristen mit 16 613 Stimmen, an vierter Stelle die Monarchisten mit 5270 Stimmen.

Im Vergleich mit Moskau haben wir also einen großen Fortschritt zu verzeichnen. Ein Bezirk ist erobert worden. Die Linken sind in der Reihe der Listen vom dritten auf den zweiten Platz vorgerückt. Der Prozentsatz der Stimmen, die für den Linksblock abgegeben wurden, betrug in Moskau 13 Prozent. In Petersburg beträgt er fast das Doppelte – 25 Prozent.

Hier haben natürlich auch die etwas breitere Agitation und der politische Einfluß der allgemeinen Dumawahlen, bei denen viel mehr Linke gewählt wurden, als man erwartet hatte, eine Rolle gespielt. In Moskau hat keine einzige Tageszeitung die Listen der Wahlmänner des Linksblocks veröffentlicht, in Petersburg dagegen mehrere Zeitungen: der „Towarischtsch“ hat sogar, wie man sagt, eben seit seiner „Linksschwenkung“ seine Auflage ganz erheblich vergrößert. In Moskau gab es keine Büros, wo Auskünfte erteilt und linke Listen ausgefüllt wurden. In

Petersburg gab es solche Büros. In Moskau hat die Mehrzahl der kleinbürgerlichen Spießler der Kadettenfabel von einer Schwarzhundertergefahr Glauben geschenkt. In Petersburg hat sich schon deutlich gezeigt, daß dieser Glaube der Kleinbürger und Opportunisten erschüttert ist.

Wir führen die Wahlergebnisse in den einzelnen Bezirken an, wobei wir überall die Höchstzahlen der Stimmen nehmen, die die Kandidaten der verschiedenen Listen erhalten haben (die Zahlen sind der „Retsch“ entnommen):

Wahlbezirke der Stadt Petersburg	Höchstzahl der Stimmen, die abgegeben wurden für				Unter- schied in der Stimmen- zahl der Kadetten und der Linken	Wieviel Stimmen hätten wir den Kadetten entreißen müssen, um zu siegen?
	Kadet- ten	Links- block	Okto- bristen	Monar- chisten		
Spasski .....	3397	1644	1514	624	— 1753	877
Narwaer .....	2377	1643	1326	307	— 734	<b>368</b>
Litejny .....	2776	919	2153	667	— 1857	929
Kolomnaer .....	1318	1122	1068	236	— 196	<b>99</b>
Wassiljewski-Ostrow.	2313	1949	2102	418	— 364	<b>183</b>
Roshdestwenski .....	2784	1325	1195	537	— 1459	730
Kasaner .....	1749	589	998	201	— 1160	581
Admiralität .....	955	246	725	196	— 709	355
Moskauer .....	4100	1702	2233	706	— 2398	1200
Alexander-Newski ...	2735	1421	799	588	— 1314	<b>658</b>
Petersburger .....	3282	2754	1851	541	— 528	<b>265</b>
Wiborger .....	1012	1389	649	249	+ 377	—
<i>Insgesamt</i>	28798	16703	16613	5270		<b>1573</b> Stimmen in 5 nicht hoffnungs- losen Bezirken

Diese Zahlen gestatten es, eine Reihe von interessanten Schlüssen zu ziehen.

Vor allem hinsichtlich der „Schwarzhundertergefahr“. Die Wahlen haben bewiesen, daß sie nicht besteht. Unsere zahlreichen Erklärungen

und Warnungen, die von allen Bolschewiki, bis zu den „Ternii Truda“<sup>41</sup> und dem „Srenije“<sup>42</sup>, wiederholt wurden, *haben sich als durchaus richtig erwiesen.*

*Wie immer sich auch die Stimmen auf Kadetten und Linke verteilt hätten – die Schwarzen konnten in Petersburg nicht siegen!*

Noch mehr. Selbst wenn die Oktobristen und die Monarchisten zusammengegangen wären (was besonders in Petersburg unmöglich ist, wo sich die oktobristischen Deutschen auf dem Wassiljewski-Ostrow beinahe sogar mit dem Verband vom 17. Oktober entzweit hätten) – selbst dann hätten die Schwarzen in Petersburg nicht *siegen* können! Das sieht jeder, der sich die Mühe nimmt, auf Grund der angeführten Zahlen einige ganz einfache Berechnungen anzustellen. Die Summe der Stimmen der Kadetten und der Linken (45 500) ist *mehr als doppelt so groß* wie die Summe der oktobristischen und der monarchistischen Stimmen (22 000). Wie immer sich auch die Stimmen auf die vorhandenen vier Listen verteilen mochten, welche „Schritte“ die Rechten auch tun mochten – eine Schwarzhundertergefahr hat es nicht gegeben.

Die Kleinbürger – die Volkstümler und die opportunistischen Sozialdemokraten, die in das Kadettengezeter von einer Schwarzhundertergefahr einstimmten – *haben das Volk betrogen.* Wir haben das vor den Wahlen gesagt. Die Wahlen haben *bewiesen*, daß wir recht hatten.

Die Petersburger Charakterlosigkeit und politische Kurzsichtigkeit, die dem kleinbürgerlichen Intellektuellen und Spießier eigen sind, haben sich praktisch ausgewirkt. Die Wahlen in Petersburg waren, wenn auch bei weitem nicht in demselben Grade wie in Moskau, doch Wahlen von *Kleinbürgern, die von den Kadetten eingeschüchtert und an der Nase herumgeführt worden sind.* Alle in Petersburg vor den Wahlen erschienenen Druckschriften, von der „Retsch“ bis zum „Towarischtsch“, der kleinmütig den Linksblock verteidigte (sich wegen seiner Sympathie für die Linken rechtfertigte?), enthalten eine Unmenge von Meldungen, die davon zeugen, wie die Kadetten und ihre Nachbeter dem Spießbürger mit dem Gespenst der von ihnen erfundenen Gefahr eines Sieges der Schwarzhunderter Angst eingejagt haben.

Die Kadetten suchten die Gefahr, die ihnen von links drohte, mit Gezeter über die Gefahr eines Sieges der Schwarzhunderter von sich abzuwenden, zugleich aber gingen sie selbst zu Stolypin und versprachen ihm,

vernünftiger, loyaler zu werden und sich von den Linken zu trennen. Stolypin hat selbst zugegeben – nach den Worten der heutigen Nummer (9. Februar) des „Towarischtsch“ –, daß er einiges über diese Rechtschwenkung der Kadetten weiß!

Weiter. Die Ergebnisse der Petersburger Wahlen geben die Möglichkeit, die Frage zu beantworten: Was haben uns diese Wahlen gebracht? ist es uns durch unsere geradlinige, antikadettische Propaganda gelungen, neue Schichten von früher indifferenten Wählern zu wecken und sie zum politischen Leben heranzuziehen? in welchem Umfang haben wir die Kleinbürger, die hinter den Liberalen einhertröteten, von den Liberalen gelöst und auf die Seite des Proletariats herübergezogen?

Um hierüber urteilen zu können, wollen wir vor allem die Stimmenzahlen der Kadetten und der Linken (wie früher, die Höchstzahlen) aus den Jahren 1906 und 1907 nebeneinanderstellen:

*Abgegebene Stimmen (Höchstzahlen)*

Wahlbezirke der Stadt Petersburg	1906	1907			Differenz zwischen letzter und erster Rubrik
	Für die Kadetten	Für die Kadetten	Für die Linken	Zusammen	
Spasski .....	5009	3397	1644	5041	+ 32
Narwaer .....	3578	2377	1643	4020	+ 442
Litejny .....	3767	2776	919	3695	— 72
Kolomnaer .....	2243	1318	1122	2440	+ 197
Wassiljewski-Ostrow	3777	2313	1949	4262	+ 485
Roshdestwenski....	3393	2784	1325	4109	+ 716
Kasaner.....	2242	1749	589	2338	+ 96
Admiralität.....	1553	955	246	1201	— 352
Moskauer.....	5124	4100	1702	5802	+ 678
Alexander-Newski .	2991	2735	1421	4156	+ 1165
Petersburger .....	4946	3282	2754	6036	+ 1090
Wiborger .....	1988	1012	1389	2401	+ 413
<i>Insgesamt</i>	40611	28798	16703	45501	+ 4890

Aus diesen Daten ergibt sich mit völliger Klarheit das Verhältnis der Stimmenzahlen für die Opposition und für die Revolution in den Jahren 1906 und 1907. Von den (rund gerechnet) 17 000 Stimmen, die wir erobert haben, haben wir etwa 12 000 den Kadetten entrissen und etwa

5000 von der früher indifferenten (teilweise boykottistischen) Masse erhalten.

Hierbei fällt sofort der Unterschied auf zwischen „hoffnungslosen“ Bezirken, d. h. solchen, wo wir offenbar auch bei der größten Anspannung unserer Kräfte im Jahre 1907 nicht hätten siegen können, und nicht hoffnungslosen Bezirken. An der Spitze der „hoffnungslosen“ Bezirke stehen z. B. die Bezirke Admiralität und Litejny. Das Übergewicht der Kadettenstimmen über unsere Stimmen ist groß. Wie ist das zu erklären?

Die Ursache ist klar. In dem ersten Bezirk besteht die Bevölkerung aus Beamten, in dem zweiten aus Großbourgeois (darauf haben vor den Wahlen die „Ternii Truda“ hingewiesen). Wo es kein Handels- und Industrieproletariat gibt, wo die Beamten überwiegen, dort konnte die von den Trudowiki unterstützte Sozialdemokratie nicht siegen. Dort ist sogar die Wahlbeteiligung zurückgegangen: man hatte kein Interesse! Dort haben wir nur ungefähr ein Viertel der Kadettenstimmen auf die Seite des Linksblocks herübergezogen.

Auf dem andern Pol stehen die nicht hoffnungslosen Bezirke, wo die Sozialdemokratie, unterstützt von den Trudowiki, eine Masse neuer Elemente geweckt und die städtische Armut aus dem Sumpf gezogen, aus dem Schlaf geweckt und für das politische Leben gewonnen hat. Es sind der Alexander-Newski- und der Petersburger Bezirk. Hier beträgt der Stimmenzuwachs gegen die Schwarzen, d. h. der Kadetten und der Linken zusammen, mehr als tausend Stimmen in jedem Bezirk. Hier ist der größere Teil der linken Stimmen nicht den Kadetten entrissen worden, sondern es sind neue Stimmen. Die Stimme des Kampfes, die Stimme der Sozialdemokratie und der Trudowiki hat diejenigen geweckt, die der rührselige Singsang der Kadetten nicht aufzurütteln vermochte.

Im Petersburger Bezirk hätten wir den Kadetten nur insgesamt 265 Stimmen zu entreißen brauchen, und wir hätten gesiegt. 265 zusätzlich zu den 2754 Stimmen, die wir erhalten haben – es ist klar, daß der Sieg durchaus möglich war. Klar ist auch, daß die städtische Armut bei weitem nicht proletarischen Schlages, die Verkäufer, die Droschkenkutscher, die kleinen Mieter sich hier für die Linken erhoben haben. Es ist klar, daß der Appell der von den Trudowiki unterstützten Sozialdemokratie nicht ungehört verhallte, daß Bevölkerungselemente, die fähig

sind, weiter zu gehen als die Kadetten, weiter links stehen als die Kadetten, hier in sehr imposanter Zahl vorhanden sind.

Im Alexander-Newski-Bezirk war der Kampf unvergleichlich schwerer. Wir hätten den Kadetten 658 Stimmen entreißen müssen, um zu siegen. 658 zusätzlich zu den 1421 Stimmen, die wir erhalten haben – das ist eine ziemlich hohe Zahl, aber immerhin *weniger als die Hälfte*. Bezirke, wo eine Steigerung unserer Stimmenzahl aufs Anderthalbfache uns den Sieg gebracht hätte, dürfen wir nicht als hoffnungslos bezeichnen.

Der Kolomnaer Bezirk hätte uns leicht einen Sieg bringen können: wir hätten den Kadetten nur insgesamt 99 Stimmen zu entreißen brauchen. In dem Bezirk Wassiljewski-Ostrow, wo die drei Hauptlisten – die der Kadetten, der Oktobristen und der Linken – fast die gleiche Stimmenzahl erhielten, hätten wir gesiegt, wenn wir den Kadetten 183 Stimmen entrisen hätten. Im Narwaer Bezirk hätten wir den Kadetten 368 Stimmen entreißen müssen, um zu siegen.

Das Fazit. Der Linksblock hat in Petersburg zweifellos Angestellte und städtische Kleinbürger angezogen, hat einen Teil von ihnen zum erstenmal zum politischen Leben *erweckt* und einen ganz erheblichen Teil von ihnen den Kadetten *entrissen*.

Der hoffnungslos kleinmütige Standpunkt, wonach der Handels- und Industrieangestellte den sozialdemokratischen Anschauungen nicht zugänglich wäre, ist, wenn die Sozialisten im Übergangsstadium von den Trudowiki unterstützt werden, durch die Petersburger Wahlen *ein für allemal widerlegt* worden. Wenn wir es wollen und es verstehen, können wir Hunderte und Tausende aus der städtischen Armut in jedem einzelnen Bezirk der Hauptstadt zu politischem Kampf erwecken. Wir können Hunderte von Verkäufern, Kontoristen usw. in jedem einzelnen Bezirk der Partei der mit Stolypin schachernden liberalen Bourgeois entreißen. Wenn wir unermüdlich in dieser Richtung arbeiten, wird die Hegemonie der verräterischen Kadetten über die städtische Armut *gebrochen werden*. Noch eine Wahlschlacht mit dem Linksblock in Petersburg werden die Kadetten nicht überstehen! Sie werden bei dem gegenwärtigen Wahlgesetz vernichtend geschlagen werden, wenn sie nach einigen weiteren Monaten „Stolypinscher“ Agitation und Miljukowschen Schachers nochmals in den Kampf gehen!

In der Tat. Man kann leicht erkennen, daß auch bei diesen Wahlen

ganz wenig zu einem Sieg des Linksblocks gefehlt hat. Hoffnungslos waren nur die Bezirke Admiralität, Litejny, Spasski, Roshdestwenski, der Kasaner und der Moskauer Bezirk. In allen diesen sechs Bezirken hätten wir die Zahl unserer Stimmen *auf mehr als das Anderthalbfache* erhöhen müssen – was wohl kaum denkbar gewesen wäre, so sehr wir uns auch in der Wahlagitation, im Literaturvertrieb u. dgl. m. angestrengt hätten (d. h. richtiger gesagt, es wäre wohl denkbar, jedoch nicht angesichts der Stolypinschen Wahlfreiheit der Standgerichte!). Die beiden ersten dieser sechs Bezirke sind nach ihrer sozialen Zusammensetzung für die Sozialdemokraten und die Trudowiki unzugänglich. Die vier letzten sind wohl zugänglich, jedoch war hier unsere Arbeit unter den Handels- und Industrieangestellten noch viel, viel zu schwach.

In einem von den restlichen sechs Bezirken haben wir schon beim ersten Auftreten des Linksblocks gesiegt. In vier Bezirken hätten wir den Kadetten, um zu siegen, nur 99–386 Stimmen zu entreißen brauchen. In einem Bezirk hätten wir den Kadetten 658 Stimmen entreißen müssen. Insgesamt hätten wir in diesen fünf Bezirken nur 1573 Stimmen den Kadetten zu entreißen brauchen, und der Linksblock hätte gesiegt, *hätte ganz Petersburg erobert!*

Es wird wohl kaum jemand zu behaupten wagen, daß es die Kräfte der Sozialdemokraten überstiegen hätte, in fünf Bezirken zusammen den Kadetten 1573 Stimmen zu entreißen, wenn sie geschlossen vorgegangen wären – wenn die mit den Kadetten schachernden Opportunisten nicht das Zustandekommen des Linksblocks sehr lange verzögert hätten, wenn *nicht der Teil der Menschewiki, der sich abgespalten hat, eine Streikbrecherrolle gegenüber dem Linksblock gespielt hätte.*

Was ist ein Streikbrecher? Ein Mensch, der mit dem kämpfenden Proletariat verbunden ist und ihm im Augenblick eines kollektiven Kampfes in den Rücken fällt.

Treffen diese Merkmale zu auf die Menschewiki, die sich abgespalten haben? Jawohl, natürlich, denn sie haben die Einheit der sozialdemokratischen Organisation in Petersburg gesprengt, Zwiespalt in die Reihen der Kämpfenden getragen, sich mitten im Feuer des Kampfes zu den Kadetten geschlagen und uns schließlich sogar nach dem Zustandekommen des Linksblocks *direkt behindert*. Man braucht sich nur zu erinnern, daß der Linksblock am 25. Januar zustande kam und daß am

28. Januar die Menschewiki, die sich abgespalten hatten, im „Towarischtsch“ dazu aufforderten, in fünf Bezirken Stimmhaltung zu üben! Am 1. Februar veröffentlichten dieselben Menschewiki (die „Retsch“) einen Aufruf, der dem Spießbürger mit der schwarzen Gefahr bange zu machen versucht!

Aber auch damit nicht genug. In der heutigen „Retsch“ lesen wir auf Seite 3 in einer Schilderung der Wahlen im *Petersburger* Bezirk: Auf einem Wahlzettel stand: „*Enthalte mich der Stimme. Ein Menschewik.*“

Möge der Leser recht gut über die Bedeutung dieses Beispiels nachdenken!

Am 28. Januar veröffentlichten die Menschewiki im „Towarischtsch“ Beschlüsse des Vollzugsausschusses des abgespaltenen Teils. In Punkt VI dieser Beschlüsse wurde der *Petersburger* Bezirk ausdrücklich aus der Zahl der Bezirke *ausgeschlossen*, in denen es eine Schwarzhundertergefahr gibt.

In Punkt VI wurde direkt erklärt, daß im *Petersburger* Bezirk ein Abkommen mit den Linken zweckmäßig ist. In Punkt III wurde direkt erklärt, daß die Menschewiki selbst für den Fall, daß ein Abkommen mit den Linken nicht zustande kommt, dazu auffordern, überall dort für die Linken zu stimmen, wo es keine „offenkundige“ Schwarzhundertergefahr gibt. *Trotzdem enthält sich ein „Menschewik“ im Petersburger Bezirk der Stimme!!* Wie haben denn nun die Menschewiki, die sich abgespalten haben, in den andern Bezirken gehandelt?

Wie kann man sich danach noch um die Anerkennung der *Jatsache* drücken, daß es eben das Streikbrechertum eines Teils der Menschewiki gewesen ist, das in Petersburg, wo es nicht die geringste Schwarzhundertergefahr gab, den Wahlsieg des Linksblocks *verbindert* hat?

Möge das Proletariat aus den Schwankungen und Verrätereien des Kleinbürgertums lernen. Wir werden stets früher als andere festen Sinnes und kühn *unser* Banner hissen. Wir werden stets die Kleinbürger auffordern, die Fittiche der Liberalen zu verlassen und auf die Seite des Proletariats zu treten. Und diese Taktik – die einzige revolutionäre proletarische Taktik in der bürgerlichen Revolution – wird uns bei jeder Belebung des politischen Massenkampfes den Sieg bringen.

Saratow, Nishni-Nowgorod waren der erste Sieg<sup>43</sup>; Moskau, Petersburg brachten den ersten Ansturm. Genug, ihr Herren Kadetten! Mit

---

dem Betrug der liberalen Gutsbesitzer und der bürgerlichen Advokaten an der städtischen Armut geht es zu Ende. Mögen die Stolypin zusammen mit den Miljukow auf den „roten Fetzen“ schimpfen. Die Sozialdemokratie steht mit dem roten Banner vor allen Werktätigen und Ausgebeuteten auf ihrem Posten.

*„Proletari“ Nr. 13,  
11. Februar 1907.*

*Nach dem Text des „Proletari“.*

REFERAT AUF DER KONFERENZ  
DER PETERSBURGER ORGANISATION  
ZUR FRAGE DER DUMAWAHLKAMPAGNE  
UND DER DUMATAKTIK<sup>44</sup>

Kurzer Zeitungsbericht

Der Referent wies darauf hin, daß die Frage der Dumataktik gegenwärtig zweifellos die zentrale politische Frage und folglich auch der Hauptpunkt ist, um den sich die bevorstehende Parteitagskampagne drehen wird. Zwei Fragen, die das Zentralkomitee in dem Entwurf der aus den Zeitungen bekannten Tagesordnung des Parteitags vorgesehen hat, treten hierbei in den Vordergrund, und zwar: die Frage der nächsten politischen Aufgaben und die Frage der Reichsduma.

Die erste Frage ist sehr unbestimmt formuliert. Vielleicht verstehen die Menschewiki darunter die Unterstützung eines kadettischen Kabinetts, wollen es aber nicht offen aussprechen. Jedenfalls merkt man ihren Wunsch, ebenso wie auf dem IV. (Vereinigungs-) Parteitag die wichtigsten *grundsätzlichen* Fragen der sozialdemokratischen Taktik in der russischen Revolution wiederum beiseite zu schieben. Das führt jedoch, wie jetzt auch schon die Erfahrung gezeigt hat, nur dazu, daß es keinerlei konsequente Parteitaktik der Sozialdemokratie gibt. Man braucht sich nur daran zu erinnern, daß die Taktik des ZK in der Frage der Unterstützung eines Duma-, d. h. eines Kadettenkabinetts (Juni 1906) weder von der Partei im allgemeinen noch auch von der sozialdemokratischen Dumafraktion im besonderen unterstützt wurde. Nach der Auseinanderjagung der Duma hatten die berühmten, vom Zentralkomitee vorgeschlagenen „einzelnen Bekundungen des Massenprotestes“ das gleiche Schicksal. Bei den jetzigen Wahlen erwies sich die Haltung der Partei zu den Kadetten als so wenig festgelegt, daß sich von den einflußreichsten und verantwortlichsten Menschewiki Tscherewanin vor der Gesamtrussischen Konferenz der SDAPR vom November 1906 und Plechanow (von Wassiljew gar nicht zu reden) nach der Konferenz besonders heraushoben.

Bei dieser Lage der Dinge sind die revolutionären Sozialdemokraten unbedingt verpflichtet, sich die Tatsache, daß der V. Parteitag, an dem zum erstenmal die Polen, die Letten und die Bundisten teilnehmen werden, die Partei in vollem Umfang vertreten wird, zunutze zu machen, um die wichtigsten grundsätzlichen Fragen der sozialdemokratischen Taktik in der bürgerlichen russischen Revolution zur Sprache zu bringen. Es bringt der Sache keinen Nutzen, von „den nächsten politischen Aufgaben“ zu reden, wenn die Grundfragen nicht klargestellt sind, die verbunden sind mit den Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution überhaupt, wenn im besonderen nicht klargestellt ist, ob die objektiven Voraussetzungen für die Weiterentwicklung der Revolution gegeben sind, wie sich gegenwärtig die Klassen und Parteien gruppieren und welchen Klassencharakter die Kadettenpartei hat. Ohne Klarstellung dieser Fragen, die durch die reichen Erfahrungen der ersten Duma und der Wahlen zur zweiten Duma erleichtert wird, ist eine grundsätzliche, durchdachte Entscheidung der Frage eines Kadettenkabinetts, der Taktik im Falle einer Auseinanderjagung der zweiten Duma usw. usf. nicht denkbar.

Der Referent ging daher kurz auf die von ihm aufgeworfenen Fragen ein. Die wirtschaftliche Lage der breiten Massen der Bevölkerung zeugt zweifellos davon, daß die Grundaufgaben der Revolution nicht gelöst sind; der objektive Boden für unmittelbare Massenbewegungen ist gegeben. In der Politik spiegelt sich das wider als Verschärfung des Gegensatzes zwischen der Selbstherrschaft, die sich der Organisation der erzkonservativen Gutsbesitzer nähert, und der Masse nicht nur des Proletariats, sondern auch der Dorfarmut (die Bauernkurie hat – natürlich nach der Arbeiterkurie – den höchsten Prozentsatz linker Wahlmänner erbracht!) und der städtischen Armut (die Hegemonie der Kadetten über die kleinbürgerliche städtische Demokratie ist bei den Wahlen zur zweiten Duma zweifellos ernstlich untergraben worden). Hieraus folgt, daß nicht eine konstitutionelle, sondern eine revolutionäre Krise sich entwickelt und herannaht, daß der Kampf in der Duma – kraft objektiver Bedingungen – erneut den Übergang zum Kampf außerhalb der Duma hervorruft, zu dem es um so eher kommen wird, je erfolgreicher sich die Tätigkeit der Sozialdemokratie und der bürgerlichen Demokratie in der Duma entfalten wird. Die Aufgaben des Proletariats, als des Führers der demokratischen Revolution, bestehen darin, das revolutionäre Bewußtsein, die Entschlos-

senheit und die Organisiertheit der Massen zu entwickeln und das Kleinbürgertum der Führung der Liberalen zu entreißen. Von der Unterstützung eines liberalen Kabinetts, das angeblich der Duma verantwortlich wäre, in Wirklichkeit aber von der Zarenbande, den Schwarzhundertern abhängig ist, kann keine Rede sein. Die Möglichkeit, ein solches Kabinett auszunutzen (wenn es sich als eine Realität erweise und nicht ein ebenso leeres Versprechen zur Täuschung der Kadetten bliebe wie das im Januar 1907 gegebene Versprechen Stolypins, die Kadetten legalisieren zu wollen, das die Kadetten von dem Block mit den Linken abbringen sollte) – diese Möglichkeit hängt ganz und gar ab von der Kraft der revolutionären Klassen, ihrer Bewußtheit und ihrer Geschlossenheit.

Was den Klasseninhalt der verschiedenen Parteien anbelangt, so muß man die allgemeine Erscheinung feststellen, daß sich im letzten Jahre die oberen Klassen nach rechts und die unteren Klassen nach links entwickelt haben. Die Mitte – das Zentrum – wird schwächer, sie wird von der Flut der vorwärts eilenden revolutionären Entwicklung weggespült. Die Schwarzhunderter sind stärker geworden, haben sich organisiert und sind noch näher mit der stärksten wirtschaftlichen Klassenkraft des alten Rußlands, den fronherrlichen Gutsbesitzern, zusammengedrückt. Die Oktoibristen bleiben die Partei der konterrevolutionären Großbourgeoisie. Die Kadetten haben eine starke Rechtsschwenkung vollzogen. Es wird immer klarer, daß ihre soziale Stütze die liberalen (mittleren) Gutsbesitzer, die mittlere Bourgeoisie und die großbürgerliche Intelligenz sind. Die städtische Armut läßt sich aus Tradition von den Kadetten führen, sie läßt sich von ihnen durch den Klang der Worte von „Volksfreiheit“ betrügen. Die Wahlen zur zweiten Duma haben sofort gezeigt, daß schon der erste Ansturm der Linken selbst unter den ungünstigsten Voraussetzungen die „Tiefenschichten“ der städtischen Demokratie in ganz erheblichem Umfange von den Kadetten losreißt.

Die Kadetten sind nach rechts gegangen, zu den Oktoibristen. Das demokratische Kleinbürgertum, das städtische und besonders das ländliche, ist am meisten erstarkt und nach links gegangen. Der Referent erinnerte daran, daß es im Frühjahr 1906 noch keine politischen Massenerfahrungen mit einer offenen Parteiorganisation dieses Kleinbürgertums gab. Jetzt sind bereits sehr erhebliche Erfahrungen vorhanden, angefangen von den Trudowiki in der ersten Duma bis zu der unerwartet großen

Anzahl von „Linken“ und „Trudowiki“, die in die II. Duma gewählt worden sind.

Die bolschewistischen Ansichten über die russische Revolution, die nicht vom Liberalismus, sondern nur vom Proletariat vollbracht werden kann, sobald es imstande ist, die Masse der Bauernschaft zu sich herüberzuziehen, sind durch die Erfahrungen von 1906 und 1907 wunderbar bestätigt worden.

Die Dumataktik der revolutionären Sozialdemokratie geht ganz und gar aus den geschilderten Voraussetzungen hervor. Die Sozialdemokraten müssen die Duma als eines der Werkzeuge der Revolution betrachten, sie müssen entschlossen, offen, bestimmt und konsequent vor den Massen das revolutionäre proletarische Banner entrollen, sie müssen ihre agitatorische, propagandistische und organisatorische Arbeit in den Dienst der Entwicklung der Revolution stellen und den Massen die Unvermeidlichkeit eines neuen großen Kampfes außerhalb der Dumamauern klarmachen. Die Phrasen der Kadetten von der „Sprengung der Duma“ sind eine niederträchtige Provokation der Liberalen, die insgeheim mit Stolypin verhandeln. Die Duma nicht „sprengen“ – die Duma nicht auseinanderjagen lassen – bedeutet: nichts tun, was Stolypin und Konsorten sehr unangenehm wäre. Die Sozialdemokraten müssen den provokatorischen Charakter dieser polizeilich-kadettischen Losung klarmachen und zeigen, daß bereits in der ersten Duma die Haltung der Sozialdemokratischen Partei (sowohl der Menschewiki als auch der Bolschewiki) alle künstlichen revolutionären „Wege“, jede „Proklamierung“ usw. ausschloß. Die Kadetten wissen das und unterschieben uns ganz in der Art des „Nowoje Wremja“ an Stelle unserer Taktik der Entwicklung der Massen-, der Volksrevolution eine Taktik der „Explosionen“.

Die Sozialdemokraten müssen in der Duma ebenso handeln, wie wir bei den Wahlen in Petersburg gehandelt haben: sie müssen ihr revolutionäres Banner aufpflanzen; sie müssen das schwankende Kleinbürgertum zwingen, zwischen uns und den Kadetten zu wählen; sie dürfen in Augenblicken entscheidender Aktionen, von Fall zu Fall nicht auf Teilabkommen mit denjenigen kleinbürgerlichen Demokraten verzichten, die sowohl gegen die Schwarzen als auch gegen die Kadetten mit uns zusammengehen werden. Der Referent stellte auf diese Weise die Bedeutung und die Bedingungen der Praktizierung des „Linksblocks“ in der Duma klar

und warnte besonders davor, den Linksblock als ein ständiges Abkommen, das die Sozialdemokraten irgendwie binde, als einen im voraus und für längere Zeit eingegangenen Vertrag zu betrachten. Wenn sich die Sozialdemokraten in Petersburg durch ein ständiges Abkommen oder sogar nur durch einen vorläufigen Vertrag mit den Volkstümlern gebunden hätten, die samt und sonders, bis zu den „revolutionären“ Sozialrevolutionären, gemeinsam mit den Menschewiki darangingen, die Demokratie an die Kadetten zu verkaufen, so wäre in Petersburg bei den Wahlen kein Linksblock zustande gekommen! Nur durch eine selbständige und feste Politik, nicht aber durch Diplomatisieren, nicht durch kleine Abmachungen, kann sich die Sozialdemokratie im notwendigen Augenblick die Unterstützung derjenigen Elemente der bürgerlichen Demokratie sichern, die wirklich fähig sind, zu kämpfen.

#### SCHLUSSWORT

Der Referent nahm im Schlußwort hiergegen Stellung.<sup>45</sup> Einerseits müssen die Sozialdemokraten selbst in den Augenblicken des schärfsten Kampfes unbedingt eine selbständige und unabhängige Partei bleiben, die sogar in den „gemeinsamen“ Sowjets der Arbeiter-, der Bauerndeputierten usw. eine besondere Organisation bildet. Andererseits dürfen die Sozialdemokraten nicht in den Fehler der Menschewiki verfallen, die einen „politischen Block“ einem „Kampfabkommen“ gegenüberstellen, denn alle und jegliche Abkommen sind nur in den Grenzen einer bestimmten politischen Linie zulässig. Es versteht sich, daß die Sozialdemokraten, die in der Duma in einer bestimmten Frage gegen die Kadetten auftreten, Abkommen mit den Linken *nicht werden ablehnen können*, wenn die Linken in dieser Frage den Sozialdemokraten folgen und wenn ein solches Abkommen für einen parlamentarischen Sieg über die Kadetten (z. B. Änderung eines Gesetzes; Streichung irgendeines infamen Punktes aus einer Adresse, Erklärung, Entschließung usw.) erforderlich ist. Es wäre jedoch ein Wahnsinn und ein Verbrechen, sich die Hände zu binden durch irgendein ständiges Abkommen mit irgend jemand, das die Sozialdemokratie irgendwie hemmen könnte.

RESOLUTIONSENTWÜRFE  
ZUM FÜNFTEN PARTEITAG DER SDAPR<sup>46</sup>

*Geschrieben 15.-18. Februar  
(28. Februar – 3. März) 1907.*

*Veröffentlicht am 4. März 1907  
im „Proletari“ Nr. 14.*

*Nach dem Text des „Proletari“.*



## 1. ÜBER DEN GEGENWÄRTIGEN ABSCHNITT DER DEMOKRATISCHEN REVOLUTION

In der Erwägung,

1. daß die Wirtschaftskrise, die Rußland durchmacht, keine Anzeichen einer baldigen Überwindung erkennen läßt, sondern in ihrem schleichen- den Fortgang nach wie vor in den Städten Arbeitslosigkeit von unge- heuren Ausmaßen, in den Dörfern Hungersnot hervorruft;

2. daß sich in Verbindung damit der Klassenkampf zwischen Prole- tariat und Bourgeoisie, der Kampf zwischen den Gutsbesitzern und der Bauernschaft sowie zwischen der bäuerlichen Bourgeoisie, die von der Regierung bestochen wird, und der dörflichen Armut verschärft;

3. daß die politische Geschichte Rußlands im vergangenen Jahr, von der ersten Duma bis zu den Neuwahlen, ein schnelles Steigen der Bewußt- heit aller Klassen zeigt, das zum Ausdruck gekommen ist in dem gewal- tigen Erstarken der extremen Parteien, im Schwinden der konstitutionel- len Illusionen, in der Schwächung des „Zentrums“, d. h. der bürgerlich- liberalen Partei der Kadetten, die bestrebt ist, der Revolution mit Zuge- ständnissen, die für die erzreaktionären Gutsbesitzer und für die Selbst- herrschaft annehmbar sind, ein Ende zu setzen;

4. daß die auf dieses Ziel gerichtete Politik der Kadettenpartei nur im allergeringsten Maße zur Befreiung der Produktivkräfte der bürgerlichen Gesellschaft und überhaupt nicht zur Befriedigung der wichtigsten Bedürf- nisse des Proletariats und der bäuerlichen Massen führt und eine ständige gewaltsame Niederhaltung dieser Massen notwendig macht –

in dieser Erwägung erklärt die Beratung:

1. Die politische Krise, die sich vor unseren Augen entwickelt, ist keine konstitutionelle, sondern eine revolutionäre Krise, die zum unmittelbaren

Kampf der Massen des Proletariats und der Bauernschaft gegen die Selbstherrschaft führt;

2. die bevorstehende Dumakampagne ist daher nur als eine Episode im revolutionären Kampf des Volkes um die Macht zu betrachten und auszunutzen;

3. die Sozialdemokratie als Partei der fortgeschrittensten Klasse kann gegenwärtig auf keinen Fall die Kadettenpolitik im allgemeinen und ein kadettisches Kabinett im besonderen unterstützen. Die Sozialdemokratie muß alle Kräfte aufbieten, um den verräterischen Charakter dieser Politik vor den Massen aufzudecken; den Massen die revolutionären Aufgaben, vor denen sie stehen, klarzumachen; ihnen zu beweisen, daß nur dann, wenn die Massen einen hohen Grad von Bewußtsein und feste Organisiertheit bekunden, die eventuellen Zugeständnisse der Selbstherrschaft aus einem Werkzeug des Betrugs und der Demoralisierung zu einem Werkzeug der Weiterentwicklung der Revolution werden können.

## 2. ÜBER DIE STELLUNG ZU DEN BÜRGERLICHEN PARTEIEN

In der Erwägung,

1. daß der Sozialdemokratie gegenwärtig die besonders dringende Aufgabe ersteht, den Klasseninhalt der verschiedenen nichtproletarischen Parteien zu bestimmen, den Wechselbeziehungen der Klassen im gegebenen Augenblick Rechnung zu tragen und dementsprechend ihr Verhältnis zu den anderen Parteien zu bestimmen;

2. daß die Sozialdemokratie es stets für notwendig erachtet hat, jede oppositionelle und revolutionäre Bewegung zu unterstützen, die gegen die in Rußland herrschende gesellschaftliche und politische Ordnung gerichtet ist;

3. daß der Sozialdemokratie die Verpflichtung obliegt, alles zu tun, damit das Proletariat die Rolle des Führers in der bürgerlich-demokratischen Revolution ausübe –

in dieser Erwägung erklärt die Beratung:

1. Die Schwarzhunderterparteien (Bund des russischen Volkes, Monarchisten, Rat des vereinigten Adels u. a.) treten immer entschlossener und

bestimmter als Klassenorganisation der Gutsbesitzer, der Fronherren, auf, entreißen immer frecher dem Volke die Errungenschaften der Revolution und rufen dadurch unvermeidlich eine Verschärfung des revolutionären Kampfes hervor; die Sozialdemokratie muß die überaus enge Verbindung dieser Parteien mit dem Zarismus und mit den Interessen des frönherrlichen Großgrundbesitzes aufdecken und den Massen die Notwendigkeit eines unerbittlichen Kampfes für die völlige Vernichtung dieser Reste der Barbarei klarmachen;

2. Parteien wie der Verband vom 17. Oktober, die Handels- und Industriepartei, teilweise die Partei der friedlichen Erneuerung usw. sind Klassenorganisationen eines Teils der Gutsbesitzer und besonders der großen Handels- und Industriebourgeoisie, die mit der autokratischen Bürokratie noch keinen endgültigen Pakt über die Teilung der Macht auf der Grundlage irgendeiner Zensus- und durchaus antidemokratischen Konstitution getroffen haben, aber schon völlig auf die Seite der Konterrevolution übergegangen sind und offenkundig die Regierung unterstützen\*; die Sozialdemokratie muß [während sie, um die Revolution voranzutreiben, die Zusammenstöße dieser Parteien mit der erreaktionären Selbstherrschaft ausnutzt, gleichzeitig] gegen diese Parteien den schonungslosesten Kampf führen;

3. die Parteien der liberal-monarchistischen Bourgeoisie und die wichtigste dieser Parteien, die Kadetten, haben sich schon jetzt entschieden von der Revolution abgewandt und verfolgen das Ziel, der Revolution durch ein Kompromiß mit der Konterrevolution ein Ende zu machen; die ökonomische Grundlage solcher Parteien bildet ein Teil der mittleren Gutsbesitzer und der mittleren Bourgeoisie, besonders aber die bürgerliche Intelligenz, während ein Teil des demokratischen städtischen und ländlichen Kleinbürgertums diesen Parteien nur noch aus Tradition folgt und weil er von den Liberalen direkt betrogen wird; das Ideal dieser Parteien geht nicht über den Rahmen einer geordneten bürgerlichen Gesellschaft hinaus, die durch die Monarchie, die Polizei, ein Zweikammersystem, ein stehendes Heer usw. gegen Anschläge des Proletariats

\* Von der Minderheit vorgeschlagene Variante: „... bourgeoisie, die schon völlig auf die Seite der Konterrevolution übergegangen sind, offenkundig die Regierung unterstützen und es sich zur Aufgabe machen, eine Zensus- und durchaus antidemokratische Konstitution zu verwirklichen.“

geschützt ist; die Sozialdemokratie muß im Interesse der politischen Erziehung des Volkes die Tätigkeit dieser Parteien ausnutzen, indem sie deren heuchlerisch-demokratischer Phraseologie den konsequenten Demokratismus des Proletariats gegenüberstellt, die von ihnen verbreiteten konstitutionellen Illusionen entlarvt und ihre Hegemonie über das demokratische Kleinbürgertum rücksichtslos bekämpft;

4. die Volkstümler- oder Trudowikiparteien (Volkssozialisten, Trudowikigruppe, Sozialrevolutionäre) bringen mehr oder minder getreu die Interessen und den Standpunkt der breiten Massen der Bauernschaft und des städtischen Kleinbürgertums zum Ausdruck, wobei sie schwanken zwischen der Unterordnung unter die Hegemonie der Liberalen und dem entschiedenen Kampf gegen den gutsherrlichen Grundbesitz und den Leibeigenschaftsstaat; diese Parteien umhüllen ihre dem Wesen nach bürgerlich-demokratischen Aufgaben mit einer mehr oder weniger nebelhaften sozialistischen Ideologie; die Sozialdemokratie muß ihren pseudo-sozialistischen Charakter unentwegt entlarven und ihr Bestreben bekämpfen, den Klassengegensatz zwischen Proletarier und Kleinbesitzer zu vertuschen, andererseits aber diese Parteien mit aller Kraft dem Einfluß und der Führung der Liberalen zu entreißen suchen, indem sie sie zwingt, ihre Wahl zu treffen zwischen der Politik der Kadetten und der Politik des revolutionären Proletariats, und sie somit nötigt, gegen die Schwarzhunderter und gegen die Kadetten auf die Seite der Sozialdemokratie zu treten;

5. die sich hieraus ergebenden gemeinsamen Aktionen müssen jede Möglichkeit aller wie immer gearteten Abweichungen von dem Programm und der Taktik der Sozialdemokratie ausschließen und dürfen nur den Zwecken gemeinsamen Vorgehens gleichzeitig gegen die Reaktion und gegen die verräterische liberale Bourgeoisie dienen.

*Anmerkung:* In eckige Klammern gesetzt ist das, was die Minderheit streichen wollte und wofür sie die obenangeführte Variante einbrachte.

### 3. ÜBER DIE KLASSENAUFGABEN DES PROLETARIATS IM GEGENWÄRTIGEN ABSCHNITT DER DEMOKRATISCHEN REVOLUTION

In der Erwägung,

1. daß die demokratische Revolution in Rußland einem neuen Aufschwung entgegengeht, wobei die Klasse der Großkapitalisten und Gutsbesitzer auf die Seite der Konterrevolution tritt, während im Gefolge des Proletariats neue Schichten des Kleinbürgertums und der Bauernschaft auf die Seite der Revolution treten;

2. daß die Klasseninteressen des Proletariats in der bürgerlichen Revolution es erheischen, die Voraussetzungen für den erfolgreichsten Kampf gegen die besitzenden Klassen und für den Sozialismus zu schaffen;

3. daß das einzig mögliche Mittel zur Schaffung und Sicherung dieser Voraussetzungen darin besteht, die demokratische Revolution zu Ende zu führen, d. h. die demokratische Republik, die volle Herrschaft des Volkes und das fürs Proletariat erforderliche Minimum sozialer und ökonomischer Errungenschaften zu erkämpfen (Achtstundentag und andere Forderungen des sozialdemokratischen Minimalprogramms);

4. daß nur das Proletariat imstande ist, die demokratische Revolution zu Ende zu führen, und zwar wenn es als die einzige konsequent revolutionäre Klasse der heutigen Gesellschaft die Masse der Bauernschaft mit sich zieht und ihrem Kampfe gegen den gutsherrlichen Grundbesitz und den fronherrlichen Staat politische Bewußtheit verleiht;

5. daß die Rolle des Führers der demokratischen Revolution dem Proletariat die weitestgehende Möglichkeit bietet, seine soziale und ökonomische Lage zu heben, sein Klassenbewußtsein allseitig zu entwickeln und seine Klassentätigkeit nicht nur auf ökonomischem, sondern auch auf breitem politischem Gebiete zu entfalten –

erklärt die Beratung:

1. Im gegenwärtigen geschichtlichen Augenblick ist es die Hauptaufgabe des Proletariats, die demokratische Umwälzung in Rußland zu Ende zu führen;

2. jede Schwägerung dieser Aufgabe führt unweigerlich dazu, daß sich die Arbeiterklasse aus dem Führer der Volksrevolution, der die Masse der demokratischen Bauernschaft mit sich zieht, in einen passiven Teil-

nehmer der Revolution verwandelt, der der liberal-monarchistischen Bourgeoisie nachtrötet;

3. alle Organisationen der Partei müssen das auf die Erfüllung dieser Aufgabe gerichtete Wirken des Proletariats leiten, ohne auch nur eine Minute die selbständigen, sozialistischen Ziele des Proletariats zu vergessen.

#### 4. ÜBER DIE TAKTIK DER SOZIALDEMOKRATIE IN DER REICHSDUMA

1. Die Taktik des Boykotts der Reichsduma, die dazu beigetragen hat, daß die Volksmassen die Machtlosigkeit und die unselbständige Rolle dieser Institution richtig erkannten, hat in der Komödie der gesetzgebenden Tätigkeit der ersten Reichsduma und in ihrer Auseinanderjagung ihre volle Rechtfertigung gefunden;

2. indessen haben die konterrevolutionäre Haltung der Bourgeoisie und die Paktierertaktik des russischen Liberalismus einen unmittelbaren Erfolg des Boykotts verhindert und das Proletariat gezwungen, den Kampf gegen die gutsherrliche und bürgerliche Konterrevolution auch auf dem Boden der Dumakampagne aufzunehmen;

3. diesen Kampf außerhalb der Duma und in der Duma selbst muß die Sozialdemokratie so führen, daß dadurch das Klassenbewußtsein des Proletariats entwickelt, seine Organisation gefestigt und erweitert wird, daß die konstitutionellen Illusionen auch weiterhin vor dem gesamten Volk enthüllt werden und die Revolution vorwärtsgetrieben wird;

4. die unmittelbar politischen Aufgaben der Sozialdemokratie in der bevorstehenden Dumakampagne bestehen darin: erstens dem Volke klarzumachen, daß die Duma völlig untauglich ist, die Forderungen des Proletariats und des revolutionären Kleinbürgertums, insbesondere der Bauernschaft, zu verwirklichen; zweitens dem Volke klarzumachen, daß es unmöglich ist, die politische Freiheit auf parlamentarischem Wege zu verwirklichen, solange die reale Macht in den Händen der Zarenregierung ist, ihm klarzumachen, daß der bewaffnete Aufstand, eine provisorische revolutionäre Regierung und eine konstituierende Versammlung auf der Grundlage des allgemeinen, direkten, gleichen und geheimen Wahlrechts eine Notwendigkeit sind;

5. zur Erfüllung ihrer wichtigsten sozialistischen – und ebenso der unmittelbar politischen – Aufgaben muß die Sozialdemokratie als Klassenpartei des Proletariats unbedingt selbständig bleiben, muß sie in der Duma eine sozialdemokratische Parteifraktion bilden und darf keinesfalls ihre Losungen noch auch ihre Taktik mit denen irgendeiner anderen oppositionellen oder revolutionären Partei verschmelzen;

6. insbesondere gilt es, im Hinblick auf die Tätigkeit der revolutionären Sozialdemokratie in der Duma die folgenden Fragen, die im gegenwärtigen Augenblick durch den ganzen Ablauf des politischen Lebens aufgeworfen werden, klarzustellen:

1. in den Vordergrund gerückt werden muß die kritische, propagandistische, agitatorische und organisatorische Rolle der sozialdemokratischen Dumafraktion als einer unserer Parteiorganisationen. Gerade diesen und nicht etwa unmittelbar „gesetzgeberischen“ Zwecken müssen auch die Gesetzentwürfe dienen, die die sozialdemokratische Dumafraktion einbringt, insbesondere zu solchen Fragen wie Verbesserung der Lebensbedingungen und Sicherung der Freiheit des proletarischen Klassenkampfes, Zerschlagung des fröhlichen Gutsbesitzerjochs im Dorfe, Hilfe für die hungernden Bauern, Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, Befreiung der Matrosen und Soldaten von der Zuchthausordnung in den Kasernen usw.;

2. da die Zarenregierung zweifellos bis zum entscheidenden Sieg des revolutionären Volkes ihre Positionen nicht aufgeben wird, infolgedessen aber ein Konflikt zwischen Duma und Regierung bei jeder beliebigen Taktik der Duma unvermeidlich ist – ausgenommen den Fall, daß die Duma die Volksinteressen an die Schwarzhundertschaft verriete –, so dürfen die sozialdemokratische Fraktion und die Sozialdemokratische Partei, die ausschließlich mit dem Gang der sich außerhalb der Duma kraft objektiver Bedingungen entwickelnden revolutionären Krise rechnen, weder unzeitgemäße Konflikte hervorrufen noch einen Konflikt dadurch künstlich abwenden oder verzögern, daß sie ihre Losungen herabwürdigen, was nur geeignet wäre, die Sozialdemokratie in den Augen der Masse zu diskreditieren und vom revolutionären Kampf des Proletariats zu trennen;

3. während die Sozialdemokratie das bürgerliche Wesen aller nicht-proletarischen Parteien aufdeckt und allen ihren Gesetzentwürfen usw.

ihre eigenen entgegenstellt, muß sie gleichfalls ständig gegen die Hegemonie der Kadetten in der Freiheitsbewegung kämpfen und das demokratische Kleinbürgertum zwingen, zwischen dem heuchlerischen Demokratismus der Kadetten und dem folgerichtigen Demokratismus des Proletariats seine Wahl zu treffen.

## 5. ÜBER DIE VERSCHÄRFUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN NOT UND DES WIRTSCHAFTLICHEN KAMPFES DER MASSEN

In der Erwägung,

1. daß eine Reihe von Tatsachen von der äußersten Verschärfung der wirtschaftlichen Not des Proletariats und seines wirtschaftlichen Kampfes zeugt (Aussperrung in Polen; Bewegung unter den Arbeitern von Petersburg und Iwanowo-Wosnessensk gegen die Lebensmittelteuerung; breite Streikbewegung im Moskauer Industriegebiet; Alarmrufe der Gewerkschaftszeitungen mit der Aufforderung, zu einem scharfen Kampf zu rüsten usw.);

2. daß allen Anzeichen nach diese verschiedenen Erscheinungsformen des wirtschaftlichen Kampfes sich so häufen, daß allerorts wirtschaftliche Massenaktionen zu erwarten sind, die viel breitere Schichten des Proletariats ergreifen als früher;

3. daß die ganze Geschichte der russischen Revolution zeigt, daß jeder machtvolle Aufschwung der revolutionären Bewegung nur auf der Grundlage derartiger wirtschaftlicher Massenbewegungen entstanden ist –  
in dieser Erwägung erklärt die Beratung:

1. Alle Parteiorganisationen müssen dieser Erscheinung die ernsteste Aufmerksamkeit zuwenden, möglichst vollständiges Material darüber sammeln und die Frage auf die Tagesordnung des V. Parteitags stellen;

2. eine möglichst große Anzahl von Parteikräften muß zur ökonomischen Agitation unter den Massen verwendet werden;

3. es ist erforderlich, gerade diese wirtschaftliche Bewegung als die Hauptquelle und wichtigste Grundlage der gesamten revolutionären Krise, die sich in Rußland entwickelt, in Rechnung zu stellen.

## 6. ÜBER DIE PARTEILOSEN ARBEITERORGANISATIONEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER ANARCHO- SYNDIKALISTISCHEN STRÖMUNG IM PROLETARIAT

In der Erwägung,

1. daß sich in der SDAPR im Zusammenhang mit der Agitation des Gen. Axelrod für einen parteilosen Arbeiterkongreß eine Strömung abzeichnet (Larin, Schtscheglo, El, Iwanowski, Mirow, die Odessaer Druckschrift „Oswoboshdenije Truda“ [Befreiung der Arbeit]), die darauf gerichtet ist, die Sozialdemokratische Arbeiterpartei zu liquidieren und eine parteilose politische Organisation des Proletariats an ihre Stelle zu setzen;

2. daß zur gleichen Zeit außerhalb der Partei und direkt gegen die Partei im Proletariat eine anarcho-syndikalistische Agitation betrieben wird, in der dieselbe Losung des parteilosen Arbeiterkongresses und parteiloser Organisationen ausgegeben wird („Sojusnoje Delo“ [Verbandsache] und dessen Gruppe in Moskau, die anarchistische Presse in Odessa usw.);

3. daß ungeachtet der Resolution der Gesamtrussischen Konferenz der SDAPR vom November in unserer Partei eine Reihe von desorganisatorischen Handlungen zu verzeichnen sind, die die Schaffung von parteilosen Organisationen zum Ziele haben;

4. daß andererseits die SDAPR niemals darauf verzichtet hat, im Augenblick eines größeren oder geringeren revolutionären Aufschwungs bestimmte parteilose Organisationen wie die Sowjets der Arbeiterdeputierten auszunutzen, um den Einfluß der Sozialdemokratie in der Arbeiterklasse zu stärken und die sozialdemokratische Arbeiterbewegung zu festigen (siehe die Septemberresolutionen des Petersburger Komitees und des Moskauer Komitees über den Arbeiterkongreß in den Nummern 3 und 4 des „Proletari“<sup>47)</sup>);

5. daß es auf dem Boden des beginnenden Aufschwungs möglich wird, zwecks Entwicklung der Sozialdemokratie parteilose Vertretungskörperschaften der Arbeiterklasse wie die Sowjets der Arbeiterdeputierten, die Arbeiterbevollmächtigtenräte u. dgl. zu organisieren oder zu nutzen, wobei die Organisationen der Sozialdemokratischen Partei berücksichtigen müssen, daß sich derartige Einrichtungen faktisch als überflüssig erweisen können, wenn die Sozialdemokratie ihre Arbeit unter den Massen des

Proletariats auf fester und breiter Grundlage richtig zu organisieren versteht –

in dieser Erwägung erklärt die Beratung:

1. Notwendig ist der entschlossenste prinzipielle Kampf gegen die anarcho-syndikalistische Bewegung im Proletariat und gegen die Axelrodschen und Larinschen Ideen in der Sozialdemokratie;

2. notwendig ist der entschlossenste Kampf gegen alle desorganisatorischen und demagogischen Versuche, die Parteiorganisation der SDAPR von innen heraus zu schwächen oder sie dazu zu benutzen, die Sozialdemokratie durch parteilose politische Organisationen des Proletariats zu ersetzen;

3. die Teilnahme von Organisationen der Sozialdemokratischen Partei an interparteilichen Arbeiterbevollmächtigtenräten, Sowjets der Arbeiterdeputierten und Kongressen ihrer Vertreter sowie die Schaffung derartiger Einrichtungen ist im Falle der Notwendigkeit zulässig, vorausgesetzt, daß dies auf streng parteimäßige Art geschieht und der Stärkung und Festigung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei dient;

4. um den Einfluß der Sozialdemokratie auf die breiten Massen des Proletariats zu erweitern und zu festigen, gilt es, einerseits stärker an der Organisation von Gewerkschaften zu arbeiten, die sozialdemokratische Propaganda und Agitation in ihnen zu verstärken, andererseits aber immer breitere Schichten der Arbeiterklasse zur Mitarbeit in den verschiedenen Parteiorganisationen zu gewinnen.

## DIE TAKTIK DER SDAPR WÄHREND DER WAHLKAMPAGNE

Interview mit einem Mitarbeiter der „Humanité“<sup>48</sup>  
am 17. Februar (2. März) 1907

Der letzte Parteitag der russischen Sozialdemokratie, abgehalten in Stockholm im April 1906, hat beschlossen, daß die Sozialdemokraten keinerlei Wahlabkommen mit den bürgerlichen Parteien schließen dürfen. Dieses Prinzip wurde sofort verwirklicht bei den Wahlen zur ersten Duma in Sibirien und im Kaukasus. Hatte es Gültigkeit auch für die zweite Duma? Die Bolschewiki bejahten die Frage, die Menschewiki verneinten sie. Um eine Entscheidung herbeizuführen, forderten die Bolschewiki einen außerordentlichen Parteitag. Es fand jedoch nur eine Konferenz statt (Anfang November), auf der alle Parteiorganisationen vertreten waren. Die Menschewiki befürworteten gemeinsam mit dem „Bund“ Abkommen mit den Kadetten bei den bevorstehenden Wahlen. Die Bolschewiki verurteilten gemeinsam mit den Letten und Polen solche Abkommen. Der Antrag der Ersteren erhielt 18 Stimmen, der der Zweiten 14. Die Konferenz beschloß, daß die Lokalorganisationen selbständig zu der Frage Stellung nehmen sollen. „Soll es in Petersburg ebenso gemacht werden wie anderwärts“, erklärten mit Absicht die Bolschewiki den Menschewiki.

Man muß zwei Dinge wissen: einerseits daß die Menschewiki (Minderheitler), entgegen dieser Bezeichnung, im Zentralkomitee der Partei die Mehrheit haben, anders ausgedrückt, daß sie deren allgemeine Politik bestimmen; andererseits daß die Bolschewiki in den Gouvernementskomitees von Petersburg und von Moskau über die Mehrheit verfügen. Die beiden Hauptstädte gegen sich zu haben – das ist für das Zentralkomitee eine schwierige und erniedrigende Situation. Daher dessen Versuch, in Petersburg und in Moskau um jeden Preis menschewistische Politik zu

machen. Für die Wahlen in Petersburg riskierte das ZK es, die lokale Autonomie zu verletzen, und provozierte eine Spaltung, sobald sich dafür ein Vorwand fand.

Die Petersburger Organisation hatte die von der Gesamtrussischen Novemberkonferenz vorgesehene Gouvernementskonferenz noch nicht durchgeführt. Schon seit langem erörterten die liberalen Zeitungen lebhaft die Frage der Wahltaktik. Die Liberalen fürchteten, die Sozialisten würden unabhängig von ihnen handeln und die Massen ohne sie und gegen sie um das revolutionäre Banner organisieren. Sie wetterten gegen die Bolschewiki, die abwechselnd als „Sektierer, Dogmatiker, Blanquisten, Anarchisten usw.“ bezeichnet wurden, aber sie wollten die Kampagne gemeinsam mit den anderen revolutionären Parteien durchführen und mit ihnen eine gemeinsame Wahlliste aufstellen. In ihren Händen befinden sich die größten Zeitungen von Petersburg: sie konnten sich leicht Gehör verschaffen. Die Bolschewiki dagegen hatten nichts zur Verfügung als ihr illegales Organ „Proletari“, das im Ausland veröffentlicht wird und nur zweimal im Monat erscheint.

Inseheim und auf unterirdischem Wege ließ das menschwistische Zentralkomitee die Kadetten wissen, daß die Taktik der Sozialdemokraten von ihm selbst und nicht vom bolschewistischen Gouvernementskomitee abhängen werde. Ans Tageslicht kam das auf einer informativischen Konferenz in den ersten Tagen des Januar, an der Vertreter der Kadetten, der Volkssozialisten, der Trudowiki, der Sozialrevolutionäre und der Sozialdemokraten teilnahmen. Alle waren für eine gemeinsame Liste. Alle – außer dem Delegierten des Gouvernementskomitees, der auf Befragen erklärte, das Komitee werde seine Entscheidung erst ein paar Tage später fällen. Darauf mischte sich der Delegierte des Zentralkomitees ein: „Es wird am besten sein“, erklärte er, „wenn die Abkommen nicht von der Petersburger Organisation als solcher abgeschlossen werden, sondern separat von jedem Stadtbezirk“ (solcher Bezirke gibt es in Petersburg 12). „Aber von einem derartigen Vorschlag höre ich zum erstenmal!“ wandte der Delegierte des Gouvernementskomitees ein. „Sollte das der Plan des Zentralkomitees sein?“ „Nein, es ist vielmehr eine Idee von mir“, antwortete der andere Delegierte.

Einem klugen Menschen genügt ein halbes Wort. Die Kadetten hatten begriffen. Die „Retsch“ (das offizielle Organ der Kadettenpartei), der

„Towarischtsch“ (das Organ linker Kadetten vom Schlage millerandistischer Sozialisten), die „Strana“ (das Organ der Partei demokratischer Reformen) erklärten, die Menschewiki seien der einsichtige Teil, der vorbildliche Teil, der vernünftige Teil der Sozialdemokratie. Die Bolschewiki dagegen verträten die Barbarei. Sie hinderten den Sozialismus daran, zivilisiert und parlamentarisch zu werden! Aber im Beisein Miljukows, des Führers der Kadetten, setzte man sie davon in Kenntnis, daß die Bolschewiki getrennt von ihnen vorgehen würden.

Die Konferenz der Petersburger Organisation, die über die Wahltaktik entscheiden sollte, fand am 6. Januar statt. Sie setzte sich aus 39 Bolschewiki und 31 Menschewiki zusammen. Die letzteren fochten zunächst die Verteilung der Mandate an; zwar wagten sie nicht, die Mehrheit für sich zu beanspruchen, doch diente ihnen die Sache als Vorwand, die Konferenz zu verlassen. Der zweite Vorwand: Sie forderten entsprechend einem Vorschlag des Zentralkomitees vom 4. Januar, daß die Organisation zwecks Entscheidung über die Wahltaktik geteilt werde: es solle eine Konferenz für die Stadt Petersburg und eine für das Gouvernement Petersburg stattfinden. Wer die sozialdemokratische Organisation Petersburgs kennt, die teilweise auf dem Wohnsitz basiert, teilweise jedoch auf der Nationalität (eine lettische, eine estnische Sektion) oder auf dem Beruf (eine militärische Sektion, eine Sektion der Eisenbahnarbeiter), für den war das nicht nur eine Verletzung der Autonomie der Organisationen, sondern in gewissen Beziehungen sogar eine Herausforderung an den gesunden Menschenverstand. Die Konferenz sprach sich daher gegen diesen Antrag aus, der ihr zudem noch in imperativer Form vorgelegt worden war und nicht im geringsten ihrem Grundsatz entsprach.

Die Einunddreißig zogen ab, und das Zentralkomitee erklärte, es stehe der Minderheit frei, sich dem Beschluß der Mehrheit nicht zu fügen. Nach der erfolgten Provokation kam also die Proklamierung der Spaltung durch das Zentralkomitee.

Die Einunddreißig organisierten ihr besonderes Komitee und beteiligten sich an den Verhandlungen der Kadetten mit dem Linksblock der Trudowiki, der Volkssozialisten und der Sozialrevolutionäre, aber das Erscheinen eines neuen Spielers auf der Bühne vereitelte diese Verhandlungen. Am 4. Januar veröffentlichte das „Nowoje Wremja“ einen Artikel des Oktobristen Stolypin, eines Bruders des Ministers. „Wenn die

Kadetten den Mut aufbringen, endgültig mit den revolutionären Gruppen zu brechen und sich unzweideutig auf den verfassungsmäßigen Boden zu stellen, dann wird ihre Partei legalisiert werden“, schrieb er. Einige Tage später (am 15. Januar) war Miljukow bei dem Minister Stolypin, und am Tage nach seiner Visite meldeten alle kadettischen Zeitungen, die Partei habe die Verhandlungen mit den Linken abgebrochen. Aber bei diesem Spiel gewannen die Kadetten nichts, als daß sie sich nutzlos und schwer kompromittierten. Sie konnten die Bedingungen Stolypins nicht annehmen.

Was die Menschewiki anbelangt, so wurden auch sie zur gleichen Zeit nicht weniger schwer und nicht weniger nutzlos kompromittiert. Anfangs setzten sie trotz Miljukows Besuch bei Stolypin ihre Verhandlungen mit den Kadetten fort; die letzte Konferenz der Kadetten mit den linken Gruppen – auf der es zum Bruch kam, weil man sich über die Verteilung der Deputiertensitze nicht einigen konnte – fand erst am 18. Januar statt. Als in dieser Zwischenzeit die „Retsch“ schrieb, die Kadetten würden, um die Bolschewiki auszuschalten, den Menschewiki den Sitz überlassen, den sie der Arbeiterkurie versprochen hatten, da protestierten die Menschewiki durchaus nicht gegen diese einzig dastehende Manier, mit Arbeiterstimmen Schacher zu treiben. Nicht genug damit! Das Zentralkomitee setzte die Verhandlungen mit den Kadetten fort, ein Zeichen dafür, daß es deren Bedingungen akzeptiert hatte. Diese Tatsache rief die Entrüstung der Arbeiter hervor. Und diese Tatsache veranlaßte mich auch, meine Broschüre „Die Heuchelei der einunddreißig Menschewiki“\* zu schreiben, derentwegen man mich vors Parteigericht zitieren will.

Nach der Konferenz vom 6. Januar, auf der es zum Bruch kam, sagten die Bolschewiki: „Wenn die Linken, die Menschewiki eingeschlossen, ein Bündnis mit den Kadetten schließen, dann werden wir ganz allein kämpfen. Wenn ihre Verhandlungen scheitern, dann werden wir unsererseits ihnen die Bedingungen für ein Abkommen vorschlagen, und deren Akzeptierung wird für sie die Akzeptierung der Hegemonie des Proletariats bedeuten.“

Die Verhandlungen der Linken mit den Kadetten scheiterten (Konferenz vom 18. Januar); das war für uns ein erster Sieg. Wir schlugen die Bedingungen für einen Linksblock vor, der keinen Pakt mit der Kadetten-

\* Siehe den vorliegenden Band, S. 19–30. *Die Red.*

partei eingehen würde: diese Bedingungen wurden von allen, außer den Menschewiki, am 25. Januar angenommen. Das war ein zweiter Sieg. Bezüglich der sechs Sitze in Petersburg schlugen wir vor: zwei Sitze kommen an die Arbeiterkurie, zwei an die Sozialdemokraten und zwei an die übrigen Parteien. Und es war sicher, daß die Arbeiterkurie zwei Sozialdemokraten wählen würde. Fünfzehn Tage vor den Wahlen gab es also, was die Kadetten ganz und gar nicht erwartet hatten, außer der schwarzen Liste, der oktobristischen Liste und der kadettischen Liste die Liste eines Linksblocks ohne Kadetten und ohne Menschewiki.

In ihren vorhergehenden Konferenzen mit den Linksparteien hatten die Kadetten ihnen zwei Sitze angeboten, während die Linken drei Sitze forderten. Als die Kadetten sahen, daß sich unser Linksblock gegen sie bildete, bekamen sie es mit der Angst zu tun und nahmen nur drei Kandidaten aus ihrer Partei in ihre Liste auf. Von den übrigen drei Sitzen boten sie einen dem Professor Kowalewski (von der Partei demokratischer Reformen) an, den zweiten dem Priester Petrow (ein christlicher Demokrat und vielbeklatschter Demagoge) und den dritten den Arbeitern. Diesen letzteren gestanden sie übrigens nur zu, um einen Sturm der Entrüstung im Volke zu verhindern.

Die Kadetten waren erfolgreich bei den Wahlen, doch muß hervorgehoben werden, daß der Linksblock 25 Prozent der Stimmen in Petersburg erhielt und daß er im Wiborger Bezirk siegreich war. In mehreren Bezirken siegten die Kadetten nur mit einer schwachen Mehrheit. In fünf Bezirken hätte der Linksblock nur noch zusammen 1600 Stimmen zu gewinnen brauchen, um sich den Erfolg zu sichern; im Kolomnaer Bezirk fehlten nur 99 Stimmen. Es sind also die Menschewiki, die den Sieg der Linksparteien in Petersburg verhindert haben, aber nichtsdestoweniger ist die revolutionäre Linke in der neuen Duma insgesamt viel stärker als in der früheren.

Wir haben eine sehr lehrreiche Erfahrung gemacht. Vor allen Dingen sehen wir, daß in Petersburg die Arbeiter hartnäckig Bolschewiki bleiben, fest entschlossen, die Autonomie ihrer Organisation gegen Eingriffe des Zentralkomitees zu verteidigen. Außerdem wissen wir nunmehr, was man von der schwarzen Gefahr zu halten hat, mit der immer argumentiert wurde, um ein Abkommen mit den Kadetten im ersten Stadium der Wahlen zu rechtfertigen. Das ist nichts als eine Erfindung, um die sozia-

listischen Parteien zu betrügen und die linke Gefahr von den Kadetten abzuwenden. Denn „die reale Gefahr für die Kadetten steht links“, wie die „Retsch“ eines Tages hat zugeben müssen. „Wer für die Linke stimmt, läßt die Rechte durchkommen“, haben uns die kadettischen Zeitungen wochenlang wiederholt. Diese Losung gab ihnen ein Mittel an die Hand, manche Unentschlossenen zu beeinflussen. Durch ihre forsche Kampagne erreichten sie, daß der Linksblock in Moskau weniger Stimmen erhielt (13 Prozent) als in Petersburg, da wir in Moskau über keine einzige Zeitung verfügten. Aber was sie nicht verhindern konnten, das war die Enthüllung der unumstößlichen Wahrheit, daß die schwarze Gefahr eine Lüge und ein Vorwand war. Es gab in Moskau vier Listen, genau wie in Petersburg, aber in Moskau führte das Bündnis der Schwarzen und der Oktobristen ebensowenig zum Siege der Rechten wie in Petersburg. Wir haben Zahlen in der Hand, auf die wir uns im Falle der Notwendigkeit berufen werden.

Den Menschewiki steht es also frei, sich auf die Seite der Kadetten zu schlagen und ihnen zu dienen. Wir werden ihnen nicht folgen. Das Volk wird ihnen nicht folgen. Die Kadetten benehmen sich so, daß die Massen mehr und mehr nach links gehen. Wenn Miljukow sich einbildet, er werde uns dadurch, daß er von unserer „Abenteurerpolitik“ spricht und unser Banner einen „roten Fetzen“ nennt, Anhänger abspenstig machen, so können wir ihn nur auffordern, auch weiterhin solchen Unsinn zu reden, der für uns so nützlich ist. Die kadettisierenden Menschewiki werden gut tun, sich über die Tatsache Gedanken zu machen, daß in den Betrieben von Petersburg, wo die Arbeiter früher Bolschewiki waren, auch diesmal Bolschewiki gewählt worden sind, daß aber in den Betrieben, wo die Arbeiter vorher Menschewiki waren und wo die meiste Propaganda von Menschewiki gemacht wurde . . . *Sozialrevolutionäre durchkamen!* Die Sozialrevolutionäre selbst werden wohl erstaunt sein über die Stimmenzahl, die sie erhalten haben. Mögen sie dem Opportunismus der Menschewiki dankbar sein! Was uns betrifft, so können uns derartige Resultate nur in dem Gedanken bestärken, daß es jetzt mehr denn je unsere Pflicht ist und daß die Erfolgsaussicht darin liegt, nicht mit der liberalen Bourgeoisie zusammenzuarbeiten, die der Revolution ein Ende setzen will, sondern mit den demokratischen Bauern gegen die Infamien und den Verrat der Bourgeoisie, die von Tag zu Tag konterrevolutionärer

wird. Die beste Politik ist stets, was sich wieder einmal bestätigt hat, eine offen revolutionäre Politik, ein erbitterter, völlig unabhängiger Kampf unter dem proletarischen Banner, der nach und nach zusammen mit den Proletariern, den Arbeitern, die große Masse der bäuerlichen Demokratie um uns scharen wird.

*Veröffentlicht am 4. April 1907  
in „Humanité“ Nr. 1082.*

*Nach dem Text der „Humanité“.  
Aus dem Französischen.*

DIE ERÖFFNUNG DER ZWEITEN REICHSDUMA<sup>49</sup>

St. Petersburg, 20. Februar 1907

Heute tritt die zweite Duma zusammen. Die Bedingungen ihrer Einberufung, die äußeren und inneren Bedingungen der Wahlen, die Bedingungen ihrer Arbeit – alles das hat sich im Vergleich zur ersten Duma geändert. Eine einfache Wiederholung der Ereignisse zu erwarten wäre ganz offensichtlich falsch. Aber andererseits ist bei allen Veränderungen im verflossenen politischen Jahr, das an Wechselfällen des Schicksals so reich war, ein Grundzug zu bemerken, der zeigt, daß sich die Bewegung im ganzen auf eine höhere Stufe erhoben hat, daß sie zwar im Zickzack, aber doch unentwegt weiter vorwärts geschritten ist.

Dieser Grundzug kann kurz so ausgedrückt werden: Rechtsschwenkung der Oberschichten, Linksschwenkung der unteren Schichten, Verstärkung der politischen Extreme. Und nicht nur der politischen, sondern auch und vor allen Dingen der sozialen und ökonomischen. Die letzten Ereignisse vor der zweiten Duma sind dadurch besonders kennzeichnend, daß bei scheinbarer Unbeweglichkeit der politischen Oberfläche sowohl bei der Arbeiterklasse als auch bei den breitesten Schichten der Bauernschaft der unsichtbare, stille, aber tiefgreifende Prozeß des Wachstums des Massenbewußtseins im Gange war.

Die Konstitution der Standgerichte hat sich im abgelaufenen Jahr wenig geändert. Aber die politische Verlagerung der Klassen ist gewaltig. Man nehme die Schwarzhunderter. Anfangs handelte es sich vor allem um eine Handvoll Polizeibanditen, denen ein kleiner Teil von absolut unwissenden, verdummtten, manchmal direkt betrunken gemachten einfachen Menschen Gefolgschaft leistete. Heute steht an der Spitze der

schwarzen Parteien der Rat des vereinigten Adels. Die Gutsbesitzer, die Fronherren, haben sich zusammengeschlossen und sind in der Revolution endgültig „ihr selbst bewußt geworden“. Die schwarzen Parteien werden zur Klassenorganisation derjenigen, die auf Leben und Tod die durch die gegenwärtige Revolution am stärksten bedrohten Güter verteidigen müssen: den Großgrundbesitz – dieses Überbleibsel aus der Epoche der Leibeigenschaft –, die Privilegien des höchsten Standes, die Möglichkeit, Staatsangelegenheiten durch persönliche Verbindungen mit der Kamarilla zu entscheiden usw.

Man nehme die Kadetten. Unter den klar und offen bürgerlichen Parteien galt die Partei der Kadetten zweifellos als die „fortgeschrittenste“. Und wie ist sie nach rechts gegangen! Das vorjährige Schwanken zwischen Reaktion und Volkskampf gibt es schon nicht mehr. Vorhanden ist der direkte Haß gegen diesen Volkskampf, das direkte, zynisch verkündete Bestreben, der Revolution ein Ende zu machen, in Ruhe Platz zu nehmen, mit der Reaktion handelseins zu werden, anzufangen mit dem Bau des – für den Gutsbesitzer kapitalistischen Schlages und für den Fabrikanten – gemütlichen „Nestchens“ der monarchistischen Konstitution, einer eingeeengten, eigennützigem, in bezug auf die gesamten Volksmassen schonungslos harten Klassenkonstitution.

Heute darf man schon nicht mehr den Fehler wiederholen, den viele dadurch begingen, daß sie sagten, die Kadetten ständen links vom Zentrum, die Wasserscheide zwischen den Parteien der Freiheit und den Parteien der Reaktion verlief rechts von ihnen. Die Kadetten sind das Zentrum, und dieses Zentrum paktiert immer offener mit der Rechten. Die politische Umgruppierung der Klassen hat darin ihren Ausdruck gefunden, daß der kapitalistisch wirtschaftende Gutsbesitzer und die breite Schicht der Bourgeoisie zur Stütze der Kadetten geworden sind. Die demokratischen, kleinbürgerlichen Schichten aber ziehen sich sichtlich von den Kadetten zurück und folgen ihnen nur noch aus Tradition, aus Gewohnheit und zuweilen infolge direkten Betrugs.

Im Dorf zeigt sich schärfer und anschaulicher der Hauptkampf der gegenwärtigen Revolution: gegen die Leibeigenschaft, gegen den gutherrlichen Grundbesitz. Dem Bauern springt klarer als dem städtischen Kleinbürger der Undemokratismus des Kadetten ins Auge. Der Bauer hat sich noch entschiedener von dem Kadetten abgewandt. Die bäuerlichen

Wahlmänner haben wohl mehr als alle anderen die Kadetten aus den Gouvernements-Wahlversammlungen hinausgedrängt.

In den Städten steht der Antagonismus zwischen Bauer und Gutsherr, dieser für die bürgerliche Revolution tiefste und typischste Antagonismus zwischen Volksfreiheit und Leibeigenschaft, nicht im Vordergrund. In den Städten ist sich der Proletarier schon des anderen, weitaus tieferen Interessengegensatzes, der die sozialistische Bewegung ins Leben gerufen hat, bewußt geworden. Die Arbeiterkurie stellte im großen und ganzen in Rußland durchweg Sozialdemokraten, wenig Sozialrevolutionäre und nur eine ganz verschwindend kleine Zahl von Mitgliedern anderer Parteien. Aber auch in der städtischen kleinbürgerlichen Demokratie ist die Schwenkung der unteren Schichten nach links, von den Kadetten weg, nicht zu bezweifeln. Nach Angaben des kadettischen Statistikers Herrn Smirnow in der „Retsch“ erhielten in 22 Städten mit 153 000 Wählern, die nach vier Listen wählten, die Monarchisten 17 000 Stimmen, die Oktobristen 34 000, der *Linksblock* 41 000 und die Kadetten 74 000. Gleich in der ersten Wahlschlacht ist ungeachtet der riesigen Stärke der kadettischen Tagespresse, ungeachtet der kadettischen legalen Organisation, ungeachtet der kadettischen Lüge von der Gefahr eines Durchkommens der Schwarzen, ungeachtet der Illegalität der Linken den Kadetten eine so gewaltige Menge von Stimmen entrissen worden, daß die Schwenkung des Verkäufers, des kleinen Angestellten, des unteren Beamten, des armen Wohnungsmieters offensichtlich ist. Noch eine solche Schlacht halten die Kadetten nicht aus. Die städtische Demokratie ist von ihnen weg zu den Trudowiki und den Sozialdemokraten gegangen.

Gegen den Schwarzhunderterrat der vereinigten Adligen, gegen die liberale Bourgeoisie, die endgültig die Courage verloren und sich endgültig von der Revolution abgewandt hat, machte das ganze Proletariat, macht die Riesenmasse des demokratischen Kleinbürgertums, besonders der Bauernschaft, mobil.

Die politische Umgruppierung der Klassen geht so in die Tiefe und Breite und ist so mächtig, daß keine Unterdrückung durch Standgerichte, keine Senatsrerläuterungen, keinerlei Schliche der Reaktion, keine kadettischen Lügenströme, die die gesamte Tagespresse monopolartig überfluten, daß nichts die Widerspiegelung dieser Umgruppierung in der Duma verhindern konnte. Die zweite Duma zeigt die Verschärfung des

tiefgehenden, organisatorisch stärker gewordenen, bewußten Massenkampfes der verschiedenen Klassen.

Die Aufgabe des Augenblicks ist es, diese grundlegende Tatsache zu begreifen, es zu verstehen, die verschiedenen Teile der Duma mit dieser mächtigen Stütze unten enger in Verbindung zu bringen. Nicht nach oben, nicht auf die Regierung soll man blicken, sondern nach unten, aufs Volk. Nicht auf die Lappalien der Dumatechnik soll man die Aufmerksamkeit richten. Nicht mit banalen Erwägungen darüber, wie man sich verkriechen, stille werden und eine Auseinanderjagung der Duma verhindern kann und wie man Stolypin und Konsorten nicht verärgert, nicht mit diesen banalen kadettischen Erwägungen soll sich der Demokrat befassen. Seine ganze Aufmerksamkeit, alle seine Geisteskräfte muß er darauf richten, den Transmissionsriemen zwischen dem großen Rad unten, das sich stark zu drehen begonnen hat, und dem kleinen Rädchen oben zu verstärken.

Die Sozialdemokratie als die Partei der fortgeschrittensten Klasse muß jetzt mehr denn je alles daransetzen, um sich zu voller Größe aufzurichten und eine selbständige, entschlossene und kühne Sprache zu reden. Im Namen der sozialistischen und rein klassenmäßigen Aufgaben des Proletariats muß sie zeigen, daß sie die Avantgarde der ganzen Demokratie ist. Wir müssen uns von allen kleinbürgerlichen Schichten und Zwischenschichten differenzieren, aber nicht, um uns in angeblich stolzer Einsamkeit abzukapseln (das würde in Wirklichkeit bedeuten, den liberalen Bourgeois zu helfen und hinter ihnen herzutrotten), sondern um uns von allen Schwankungen, von jeder Halbheit frei zu machen und zu verstehen, die demokratische Bauernschaft *hinter uns zu bringen*.

Der Hegemonie der Liberalen die Reste der Demokratie zu entreißen, diese für sich zu gewinnen, sie zu lehren, sich auf das Volk zu stützen, sich mit den untersten Schichten zusammenzuschließen, vor der ganzen Arbeiterklasse, vor der ganzen Masse der ruinierten und hungernden Bauernschaft breiter das *eigene* Banner zu entfalten – das eben ist die erste Aufgabe, mit der die Sozialdemokratie in die zweite Duma einzieht.

„Nowy Lutsch“ Nr. 1,  
20. Februar 1907.

Nach dem Text des  
„Nowy Lutsch“.

## DIE ZWEITE DUMA UND DIE AUFGABEN DES PROLETARIATS<sup>50</sup>

Genossen Arbeiter!

Der Tag des Zusammentritts der zweiten Reichsduma ist gekommen. Das klassenbewußte Proletariat hat niemals geglaubt, man könne Freiheit für das Volk und Land für die Bauernschaft dadurch gewinnen, daß man Fürsprecher zum Zaren schicke, der an der Spitze einer Bande erzkonservativer Gewalttäter steht. Das klassenbewußte Proletariat hatte die Duma boykottiert, um die unwissenden Bauernmassen, die an die Duma glaubten, zu warnen. Und die Erfahrungen mit der ersten Duma, der Hohn, mit dem die Regierung ihren Anträgen begegnete, und die Auseinandersetzung der Duma haben gezeigt, daß das klassenbewußte Proletariat recht hatte, sie haben gezeigt, daß auf friedlichem Wege, auf dem Boden der Gesetze, die vom Zaren erlassen und von Schwarzhundertern behütet werden, die Freiheit nicht zu erlangen ist.

Die Sozialdemokratie riet dem Volke, in die zweite Duma nicht Fürsprecher, sondern Vorkämpfer zu entsenden. Der Glaube des Volkes an den friedlichen Weg ist untergraben. Das ist daraus zu ersehen, daß die Partei der Liberalen, die den friedlichen Weg propagiert, die Kadetten, bei den Wahlen Schiffbruch erlitten hat. Diese Partei der liberalen Gutsbesitzer und der bürgerlichen Advokaten, die den Versuch macht, die erzkonservative Selbstherrschaft mit der Volksfreiheit zu versöhnen, zieht in die zweite Duma geschwächt ein. Die Schwarzhunderter sind stärker geworden, sie haben einige Dutzend Deputierte durchgebracht. Aber noch weitaus stärker sind die Linken geworden, d. h. diejenigen, die mehr oder minder entschieden und konsequent nicht für den friedlichen Weg eintreten, sondern für den revolutionären Kampf.

# РАБОЧИЙ

Газета Охтенск. и Самсон. подрайонов Выборгского района.

№ 2.

пятница, 23 Февраля 1907г.

Цѣна 1 к.

## Товарищи-рабочіе!

День созыва второй Госуд. Думы настал. Сознательный пролетариат никогда не вступил въ то чтобы можно было добиться воли народу, земли крестьянству путем послышки ходатаевъ къ царю, управляющему шайкой черносотенныхъ наслѣпниковъ. Сознательный пролетариатъ бойкотировалъ Думу, чтобы предупредить темныя крестьянскія массы, которыя вѣрили въ Думу и опытъ съ первой Думой, издѣвка правительства надъ ея предложеніями, ея разгонъ показали, что сознательный пролетариатъ былъ правъ, — показали, что мирнымъ путемъ, на почвѣ законовъ, царемъ издаваемыхъ и черносотенцами оберегаемыхъ, нельзя добиться свободы.

Во вторую думу социалдемократія совѣтовала народу послать не ходатаевъ, а борцовъ. Вѣра въ мирный путь подорвана у народа. Это видно изъ того что партия либераловъ, проводящая мирный путь, кадеты, потеряла крушение на выборахъ. Эта партия либеральныхъ помещиковъ и буржуазныхъ адвокатовъ, пытающаяся примирить черносотенное самодержавіе съ народной свободой, вводитъ во вторую Думу ослабленную. Усилились чернокоты, которые провели нѣсколько десятковъ депутатовъ. Но еще гораздо более усилились вѣвы, т е тѣ, кто более или менее рѣшительно и последовательно стоятъ не за мирный путь, а за революционную борьбу.

Вторая Дума — вѣба первой Думы. Во второй Думѣ гораздо больше социалдемократовъ и больше революционныхъ демократовъ (с.р. и часть трудовиковъ). Первая Дума была Думой надеждъ на мирный путь. Вторая Дума — Дума острой борьбы между черносотенными царскими правительствомъ и представителями массы, массы пролетариата, сознательно добивающихся свободы ради борьбы за социализмъ, — массы крестьянства, стихийно поднимающагося противъ крепостниковъ помещиковъ.

Выборы новой Думы показали, что не смотря на всѣ пресѣдованія и запреты растутъ и крепнѣтъ революционное сознание въ широкихъ народныхъ массахъ. Ближизе новая революционная волна, новый революционный бой народа за свободу.

Этотъ бой будетъ данъ не въ Думѣ. Этотъ бой рѣшится въстаніемъ пролетариата, крестьянства и сознательной части войска. Этотъ бой надвигается на насъ всѣмъ ходомъ событій, всѣмъ ходомъ столкновений лѣвой части Думы съ правительствомъ и кадетами.

Буае не готовы, рабочіе, къ серьезнымъ событіямъ. Не грате своихъ силъ понапрасну. Намъ не надо ускорять развязки: пусть царь и его черносотенные слуги нападуютъ первые. Имъ придется заплатить на марше, разгонять Думу, отмѣнить избирательный законъ, нагнуть рядъ массъ, чтобы развязаться съ новой Думой.

Пусть наслѣпники начинуютъ. Пролетариатъ долженъ стойко, твердо, выдержанно готовиться больше и больше широкія массы народа къ великому, отчаянному бою за свободу. Товарищи-рабочіе! Мы пережили первую великую свѣтлую революцію. 9-го января 1905г., октябрьскую стачку, декабрьское возстаніе. Мы будемъ вновь собирать новыя силы для новаго еще более громаднаго, рѣшительнаго выступления, когда разгорится мастеръ лѣвой Думы во всероссийскій пожаръ. Нужно всѣ силы собрать и сосредоточить для громаднаго рѣшительнаго сраженія.

Помните, товарищи, что вторая Дума неизбежно весте къ борьбе, къ возстанію. Не разтрачивайте своихъ силъ на пустки.

Да здравствуетъ всенародное возстаніе за свободу!

Да здравствуетъ революція!

Да здравствуетъ международная революціонная социалдемократія!

Н. Ленинъ.

## ПИСЬМА РАБОЧИХЪ

### Заводъ Крейтона.

(Окончаніе.)

Къ сожалѣнію, флѣтровка дѣ кузнечной мастерской козину уаала. Литература тутъ ивиорируется, особенно платная, и пропалагитъ вѣдѣсть кузнецъ по клѣткѣ «старый грѣчь». Организованнѣ въ этой мастерской только одинъ челобѣтъ. Мастеръ, однафамильнѣ извѣстнаго провокатора Уамова, воплотъ оправдываетъ свою фамилию собственнымъ поведениемъ.

Передъ выборами по городской турѣ черносотенные и кадетскіе прокламашти и биллетени въ большою количествѣ волучаются ииоторыми квартиронамѣналетями, которые, приносъ нѣтъ на заводъ, казати пользѣ илотомъ и затѣмъ вытѣивають на пользѣ съ подпольско: «Кадетская биллетень послѣ достойной казни».



Die zweite Duma ist linker als die erste Duma. In der zweiten Duma gibt es bei weitem mehr Sozialdemokraten und mehr revolutionäre Demokraten (Sozialrevolutionäre und ein Teil der Trudowiki). Die erste Duma war eine Duma der Hoffnung auf den friedlichen Weg. Die zweite Duma ist eine Duma des scharfen Kampfes zwischen der erzreaktionären Zarenregierung und den Vertretern der Masse, der Masse der Proletarier, die bewußt die Freiheit anstrebt um des Kampfes für den Sozialismus willen, der Masse der Bauernschaft, die sich spontan gegen die Gutsbesitzer, die Fronherren, erhebt.

Die Wahlen zur neuen Duma haben gezeigt, daß trotz aller Verfolgungen und Verbote das revolutionäre Bewußtsein in den breiten Volksmassen wächst und erstarkt. Eine neue revolutionäre Welle, ein neuer revolutionärer Kampf des Volkes für die Freiheit ist im Anzug.

Dieser Kampf wird nicht in der Duma ausgetragen werden. Dieser Kampf wird entschieden werden durch den Aufstand des Proletariats, der Bauernschaft und des bewußten Teils des Heeres. Dieser Kampf wird durch den gesamten Gang der Ereignisse, durch den ganzen Verlauf der Zusammenstöße des linken Teils der Duma mit der Regierung und den Kadetten unvermeidlich gemacht.

Arbeiter, bereitet euch auf ernste Ereignisse vor. Verausgabt nicht umsonst eure Kräfte. Wir brauchen die Entscheidung nicht zu beschleunigen: sollen der Zar und seine Schwarzhunderterlakaien als erste angreifen. Ihnen wird nichts anderes übrigbleiben, als das Volk anzugreifen, die Duma auseinanderzujagen, das Wahlgesetz außer Kraft zu setzen und eine Reihe von Gewalttaten zu beginnen, um sich die neue Duma vom Halse zu schaffen.

Sollen die Gewalttäter anfangen. Das Proletariat muß standhaft, fest und konsequent immer breitere Massen des Volkes auf den großen, rückhaltlosen Kampf um die Freiheit vorbereiten. Genossen Arbeiter! Wir haben die ersten großen Schlachten der Revolution, den 9. Januar 1905, den Oktoberstreik und den Dezemberaufstand, durchgemacht. Wir werden abermals neue Kräfte sammeln für ein neues, noch wuchtigeres und entschiedeneres Vorgehen, wenn das Feuer der linken Duma zu einem Brand ganz Rußlands auflodern wird. Man muß alle Kräfte sammeln und konzentrieren für die kommende Entscheidungsschlacht.

Denkt daran, Genossen, daß die zweite Duma unvermeidlich zum

Kampf, zum Aufstand führen wird. Verschwendet nicht eure Kräfte für Lappalien.

Es lebe der Aufstand des ganzen Volkes für die Freiheit!

Es lebe die Revolution!

Es lebe die internationale revolutionäre Sozialdemokratie!

*Geschrieben am 20. Februar (5. März) 1907.*

*Veröffentlicht am 23. Februar 1907*

*Nach dem Text des „Rabotschi“.*

*im „Rabotschi“ Nr. 2.*

*Unterschrift: N. L e n i n.*

## DER ERSTE WICHTIGE SCHRITT

St. Petersburg, 21. Februar 1907

Gestern haben wir der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Menschewiki, die in der „Russkaja Shisn“<sup>54</sup> so schöne Worte über die Selbständigkeit der Sozialdemokratie finden, eine richtige Politik betreiben werden.

Vorgestern abend fand eine kadettische Versammlung statt, durch die alle diese Hoffnungen zunichte gemacht wurden . . .

Die Sache verhielt sich wie folgt.

Am 19. Februar nachmittags war eine Versammlung der sozialdemokratischen Dumafraktion. Es wurde vorgeschlagen, eine von den Kadetten veranstaltete private Beratung zu besuchen. Ein Teil der Deputierten leistete hartnäckigen Widerstand. Sie erklärten, es sei für die Deputierten der Arbeiterklasse eine Schande, zu den mit Stolypin schachernden liberalen Bourgeois zu gehen, die Sozialdemokraten dürften keine kadettische, sondern müßten eine proletarische Politik betreiben, sie dürften den Bauern nicht dem liberalen Gutsherrn zuführen und nicht behilflich sein, einen *kadettischen* „Links“block zu schaffen. Die Menschewiki setzten ihren Beschluß durch.

Am 19. Februar abends fand in der Wohnung von Dolgorukow eine Versammlung von rund 300 Dumamitgliedern aus den Reihen der „Opposition“ statt: Kadetten, *Narodowzen* (polnische nationalistische Schwarzhunderterbourgeois), alle Linken, Trudowiki, Sozialrevolutionäre und . . . Sozialdemokraten. Ein Teil der sozialdemokratischen Deputierten war nicht zu den Kadetten gegangen.

Was geschah in der Versammlung bei dem Kadetten?

In der Versammlung bei dem Kadetten wurden von allen Linken, allen Demokraten, Kleinbürgern (Volkstümlern, Trudowiki, Sozialrevolutionäre)

nären) und allen kadettenhaften Sozialdemokraten die *kadettischen Anträge unterschrieben*. Nach dem „Towarischtsch“ machten die Menschewiki den formalen Vorbehalt, ihre Entscheidung sei nicht endgültig, sie müßten noch die Fraktion befragen. Nach der „Retsch“ (Zentralorgan der Kadetten) wurde von *niemand* irgendein Vorbehalt gemacht.

Also akzeptierten die Sozialdemokraten als treue Sklaven der Liberalen deren ganzen Plan, überließen die Mehrheit des Präsidiums (zwei von drei Sitzen) den Kadetten, erklärten sich damit einverstanden, daß der dritte Sitz den Trudowiki zufiel, *die auf diese Weise an die Kadetten gefesselt sind*, erklärten sich damit einverstanden, dem Volk nicht klarzumachen, welche politische Bedeutung die Wahl des Präsidiums hat, warum es für jeden bewußten Staatsbürger eine *Pflicht* ist, diese Frage vom Standpunkt der Einstellung der Partei zu entscheiden und nicht auf Grund privater Abmachungen hinter den Kulissen.

Kann man eine solche Haltung mit der Furcht rechtfertigen, es könnte ein Dumapräsidium der Schwarzhunderter durchkommen? Nein. Wir haben schon gestern in dem Artikel des Genossen P. Orłowski nachgewiesen, daß die Schwarzen *bei keinerlei Teilung* der Stimmen zwischen den Kadetten und den Linken siegen *konnten*.

Nicht die Gefahr eines Sieges der Schwarzhunderter, sondern der Wunsch, vor den Liberalen zu liebbedienern, das ist es, was *praktisch* die menschowistische Politik bestimmt.

Welche Politik aber müssen die Sozialdemokraten unbedingt betreiben?

Entweder als Sozialisten, die abseits stehen von den Verrätern der Freiheit und Ausbeutern des Volkes, den Liberalen, Enthaltung üben, oder das kampffähige demokratische Kleinbürgertum sowohl gegen die Schwarzen als auch gegen die Liberalen führen.

Die erste Politik ist für die Sozialisten Pflicht, wenn vom Standpunkt des Kampfes um die Demokratie die wesentlichen Unterschiede zwischen *allen* bürgerlichen Parteien schon verschwunden sind. So pflegt es in Europa zu sein. Revolution gibt es nicht. Alle bürgerlichen Parteien haben die Fähigkeit verloren, um die Demokratie zu kämpfen, und kämpfen nur um die kleinen, eigennützigen Interessen der Unternehmer *oder Kleinunternehmer*. Unter solchen Bedingungen vertritt *allein* die Sozialdemokratie die Interessen der Demokratie, wobei sie unentwegt vor den Massen ihre sozialistischen Anschauungen entwickelt.

Die zweite Politik ist dann Pflicht, wenn noch Bedingungen für die bürgerlich-demokratische Revolution vorhanden sind, wenn es außer der Arbeiterklasse bestimmte bürgerliche oder kleinbürgerliche Schichten gibt, die fähig sind, um die dem Proletariat notwendige Demokratie zu kämpfen.

In Rußland ist gegenwärtig die zweite Politik obligatorisch. Die Sozialdemokratie ist verpflichtet, ohne auch nur für einen Augenblick ihre sozialistische Propaganda und Agitation, die Organisierung der Proletarier als Klasse zu vergessen, von Fall zu Fall *vereint* mit dem demokratischen Kleinbürgertum *marschierend*, sowohl die Schwarzen als auch die *Liberalen* zu schlagen.

Denn die Liberalen (die Kadetten, die Narodowzen (?), die Partei demokratischer Reformen u. a.) haben sich schon entschieden von der Revolution abgewandt und paktieren mit der Selbstherrschaft gegen die Volksfreiheit, von der sie verlogen schwätzen. Jetzt stellt sich sogar heraus, daß die Kadetten im vergangenen Jahr *der Regierung geholfen haben*, aus Frankreich zwei *Milliarden* für Standgerichte und Erschießungen zu erhalten, denn Clemenceau hatte den Kadetten offen erklärt: Es wird keine Anleihe geben, wenn die Partei der Kadetten offiziell gegen die Anleihe auftritt. Die Kadetten verzichteten darauf, gegen die Anleihe aufzutreten, aus Angst, ihre Stellung als *Regierungspartei* von morgen zu verlieren! Rußland wurde nicht nur durch die Maschinengewehre Trepows zusammengeschoßen, sondern auch durch die kadettisch-französischen Millionen.

Für die revolutionären Sozialdemokraten ist es unzulässig, die Hegemonie der Kadetten zu unterstützen. Aber es genügte nicht, daß sie sich gegen die Wallfahrt zu der kadettischen Versammlung vom 19. Februar aussprachen. Sie müssen kategorisch und unbedingt fordern, daß die Fraktion mit der kadettenhaften Politik bricht und in der Duma direkt und offen eine selbständige Politik des Proletariats vertritt.

Zur Frage des Präsidiums hätten die Sozialdemokraten sagen müssen: Ein eigenes Präsidium wollen wir nicht. Wir unterstützen die *ganze* Liste der Linken oder Trudowiki *gegen die Kadetten*, d. h. alle drei Präsidialkandidaten gegen die kadettischen Kandidaten, und wir enthalten uns der Stimme, falls die Trudowiki trotz unserer Warnungen den Kadetten nachtröten. Einen Kandidaten der Linken aufzustellen war auf jeden Fall

Pflicht, selbst wenn keine Aussichten vorhanden waren, daß er durchkommt; bei der ersten Abstimmung hätte die Zahl der für ihn abgegebenen Stimmen gezeigt, auf welche Kräfte die Sozialdemokraten im Falle des Kampfes gegen die Kadetten rechnen können. Und wenn sich dabei herausgestellt hätte, daß er mehr Stimmen hat als der Kadett, wenn auch weniger als die für die Wahl erforderliche absolute Mehrheit, dann hätte diese Abstimmung dem Volke deutlich gezeigt, daß die Duma nicht kadettisch ist, daß der Kadett in der Duma *nicht alles* ist.

Die Wahl des Präsidiums ist keine Kleinigkeit. Es ist der erste Schritt, dem andere folgen werden. Die Würfel sind gefallen.

Entweder eine kadettenhafte Politik, und dann werden die Sozialdemokraten in der Tat zu einem Anhängsel der Liberalen.

Oder die Politik der revolutionären Sozialdemokratie, und dann beginnen wir nicht mit einer Verbeugung vor den Kadetten, sondern mit der offenen Hissung *unseres* Banners. Dann gehen wir nicht zu den Kadetten. Dann rufen wir die kleinbürgerliche und besonders die bäuerliche Demokratie zum Kampf auf sowohl gegen die Schwarzen als auch gegen die Liberalen.

„*Nowy Lutsch*“ Nr. 2,  
21. Februar 1907.

Nach dem Text des  
„*Nowy Lutsch*“.

## KLEINBÜRGERLICHE TAKTIK

Der „Towarischtsch“ vom 21. Februar veröffentlichte Auszüge aus den vom letzten, außerordentlichen Parteitag der Sozialrevolutionäre gefaßten Beschlüssen. Die Beschlüsse sind der Frage der Dumataktik gewidmet.

Zu diesen Beschlüssen kann und muß sehr vieles gesagt werden. Wir sind außerstande, hier auf den Grundmangel dieser wie überhaupt aller anderen sozialrevolutionären Beschlüsse einzugehen: auf das Fehlen einer Klassenanalyse der verschiedenen Parteien. Eine Taktik, die Taktik genannt zu werden verdient, kann nicht ohne eine solche Analyse festgelegt werden. Der Vergleich der sozialrevolutionären Beschlüsse mit der Plattform der revolutionären Sozialdemokratie (die von Vertretern einiger bolschewistischer Organisationen bei einer Beratung vom 15. bis 18. Februar ausgearbeiteten Resolutionen\*); sie werden dieser Tage veröffentlicht werden\*\*) wird uns Gelegenheit geben, noch des öfteren auf diesen Gedanken zurückzukommen.

Ebensowenig wollen wir darauf eingehen, daß die Sozialrevolutionäre etwas zu stark die Binsenwahrheit unterstreichen, daß Revolutionäre durchaus nicht bestrebt sind, „äußerliche (?), unwesentliche Konflikte zu schaffen“, „die Auseinanderjagung der Duma zu beschleunigen“ usw. Das ist ein Detail.

\* Die heutige „Sowremennaja Retsch“<sup>152</sup> (22. Februar) gibt auf S. 3 richtig die Zusammensetzung dieser Beratung an und druckt eine der sechs angenommenen Resolutionen teilweise ab. Die Leser müssen im Auge behalten, daß selbst dieser teilweise Abdruck Fehler enthält.

\* Siehe den vorliegenden Band, S. 125-136. Die Red.

Den Kern der sozialrevolutionären Taktik vom Standpunkt der gegenwärtig vordringlichen Aufgaben bildet der folgende Beschluß:

„4. Der Parteitag ist der Ansicht, daß die schroffe Parteigruppierung innerhalb der Duma angesichts des isolierten Vorgehens jeder einzelnen Gruppe und des scharfen interfraktionellen Kampfes die Tätigkeit der oppositionellen Mehrheit völlig lähmen und dadurch die ganze Idee der Volksvertretung in den Augen der werktätigen Klassen diskreditieren könnte. Der Parteitag hält es darum für notwendig, daß die Parteideputierten alle Kräfte aufbieten, um ein möglichst beständiges und koordiniertes Vorgehen aller sozialistischen und extrem linken Fraktionen zu erreichen; speziell jedoch in den Fragen des Kampfes gegen die Rechten in der Duma und gegen die Regierung um die Freiheit und die politischen Rechte des Volkes sind einzelne, möglichst weitgehend koordinierte Aktionen des revolutionär-sozialistischen Teils der Duma zusammen mit ihrem oppositionellen Teil anzustreben, wobei alle diese koordinierten Aktionen, sowohl die dauernden als auch die Teilaktionen, auf Prinzipien beruhen müssen, die den Grundsätzen des Parteiprogramms und der Parteitaktik nicht im geringsten widersprechen.“

Eine ausgezeichnete Darlegung der prinzipiellen Grundlagen kleinbürgerlicher Taktik! Eine ausgezeichnete Entlarvung ihrer völligen Brüchigkeit.

„Koordinierte dauernde (!) Aktionen und Teilaktionen“, „möglichst beständige (!) und koordinierte . . .“ Wie leer sind diese Worte, wenn nicht einmal der Versuch gemacht wird, klarzustellen, eben welche *Gemeinsamkeit der Interessen* eben welcher *Klassen* dieser ganzen „Koordiniertheit“ zugrunde liegt! Wir revolutionären Sozialdemokraten erkennen gemeinsame Aktionen der Partei des Proletariats und der Parteien des demokratischen Kleinbürgertums gegen die Schwarzen und gegen die Kadetten als die Partei des verräterischen Liberalismus an. Die Sozialrevolutionäre begreifen diese Klassengrundlage der russischen Revolution so wenig, daß sie einerseits *allgemein* über die Koordinierung der sozialistischen und extrem linken Fraktionen sprechen, d. h. über die Vertuschung der Gegensätze zwischen dem Proletarier und dem Kleinproduzenten, andererseits aber über eine Koordinierung des revolutionär-sozialistischen und des *oppositionellen* Teils der Duma gegen die Schwarzen.

Nein, meine Herren, wir werden mit euch weder über ständige Abkommen noch über die Koordiniertheit von Aktionen überhaupt auch nur sprechen. Koordiniert euch zunächst mit uns in der Politik des Kampfes

sowohl gegen die Schwarzen als auch gegen die Kadetten, koordiniert euch wirklich – das ist unser Ultimatum. Das ist die Linie unserer Politik in der demokratischen Revolution. So wie bei den Wahlen in Petersburg werden wir *bei jeder Frage* der gegenwärtigen Revolution erklären: Das Proletariat zieht ohne Schwanken in den Kampf sowohl gegen die Schwarzen als auch gegen die Kadetten. Solange die Kleinbürger schwanken, solange sie den Kadetten folgen – schonungsloser Kampf den Kleinbürgern. Habt ihr mit euren Kadetten gebrochen? Seid ihr bereit, euch gegen die Kadetten zu wenden? Wenn dem so ist, und wenn das nicht bloß auf dem Papier gesagt, sondern durch die Tat bewiesen ist, dann und nur dann werden die Sozialdemokraten in einer *demokratischen Aktion* gemeinsam mit euch im Kampf stehen.

Aber am bemerkenswertesten ist wohl der erste Teil der zitierten Resolution. Man überlege sich bloß: „die schroffe Parteiengruppierung innerhalb der Duma“, der „scharfe interfraktionelle Kampf“\* kann „die ganze Idee der Volksvertretung in den Augen der werktätigen Klassen diskreditieren“! Das sind schon sozialrevolutionäre „Plechanows“ im „Wassiljewschen“ Sinne des Wortes!\*\*\*

Nein, meine Herren. Das Prinzip des Klassenkampfes ist die Grundlage aller Lehren und der gesamten Politik der Sozialdemokratie. Die Proletarier, Bauern und Kleinbürger sind keine kleinen Kinder, daß die Idee der Vertretungskörperschaft in ihren Augen durch scharfe Auseinandersetzungen und den heftigen Kampf der Klassen getrübt würde. Nicht Süßholz raspeln dürfen wir vor ihnen, sondern im Gegenteil, wir müssen sie *von der Dumatribüne herab lehren*, klar die Parteien zu unterscheiden, ihre Klassengrundlage zu verstehen, die die gerissenen Bourgeois zu vertuschen suchen.

\* Die „Retsch“ vom 22. Februar widmete den sozialrevolutionären Resolutionen einen besonderen Artikel gleich nach dem Leitartikel. Das Organ der liberalen Bourgeois zitiert gerade diese Stelle über die Schädlichkeit der „schröffen Parteiengruppierung“ und schreibt dann weiter: „Auf diese Weise ist der Ausgangspunkt der neuen Taktik absolut richtig bestimmt.“ So ist es! die sozialrevolutionäre Taktik ist richtig vom Standpunkt der Interessen der liberalen Bourgeoisie überhaupt und ihres Kuhhandels mit der Reaktion im besonderen!

\*\* Siehe Werke, Bd. 11, S. 427. Die Red.

Eben darin besteht ja das ganze *Verbrechen* der menschwistischen Politik in der Duma, daß es an dem Willen oder an der Fähigkeit mangelt, von der Dumatribüne herab dem Volke die ganze Wahrheit zu sagen über den Klassencharakter der verschiedenen Parteien, über die geheimen Schachereien der Miljukow mit den Stolypin, über den grundlegenden Unterschied in der demokratischen Zielsetzung zwischen einem Bauern und einem Liberalen – und in der sozialistischen Zielsetzung zwischen einem Bauern und einem Proletarier.

Aber die menschwistische Politik, die damit begann, daß man stillschweigend abstimmte, wie der Kadett es gebot, ist ja nicht der Weisheit letzter Schluß.

Dieses völlige Unverständnis für die Klassengrundlage des „oppositionellen“ Liberalismus, der insgeheim Freiheit und Demokratie an Stolypin und Konsorten verschachert, ist die Basis für die opportunistische Taktik, die die Kleinbürger (Trudowiki, Volkssozialisten, Sozialrevolutionäre) und der kleinbürgerliche Flügel der Arbeiterpartei, die Menschewiki, befolgen.

Der Kampf gegen die Schwarzen dient als Ablenkungsmanöver und als schickliche Ausrede. In *Wirklichkeit* kommt diese kleinbürgerliche Taktik zur Anwendung, obgleich ein Sieg der Schwarzhunderter *völlig unmöglich* ist, wie das beispielsweise bei den Wahlen in Petersburg und bei den Wahlen des Dumapäsidenten der Fall war. Sowohl die Trudowiki (die Sozialrevolutionäre sind fiktiv selbständig; in Wirklichkeit sind sie mit den Trudowiki verbunden und stellen lediglich deren linken Flügel dar, wie das die Wahlen in Petersburg bewiesen haben und wie das die jetzige Gruppierung der Parteien in der zweiten Duma beweist) – sowohl die Trudowiki als auch die Menschewiki unterstützen die Hegemonie der Kadetten, darin eben besteht das Wesen der kleinbürgerlichen Taktik. Die Liberalen nicht nur in Rußland, sondern auch überall in Europa waren sehr lange die Führer des demokratischen Kleinbürgertums, das zu zersplittert, unentwickelt und unentschlossen war, um selbständig zu werden, und allzusehr Besitzertendenzen huldigte, um dem Proletariat zu folgen. Die Achillesferse der kleinbürgerlichen Politik ist das Unvermögen und die Unfähigkeit, sich von der ideologischen und politischen Hegemonie der liberalen Bourgeois frei zu machen. Die Kleinbürger leisten den Kadetten Gefolgschaft nicht kraft eines Zufalls, son-

dern kraft der grundlegenden ökonomischen Besonderheiten jeder kapitalistischen Gesellschaft. Die Hauptaufgabe der Sozialdemokratie, eine Aufgabe, die dem Verständnis der Menschewiki absolut fremd ist, besteht deshalb darin, unbeirrbar die Hegemonie des Liberalen über den Demokraten zu zerstören, unentwegt die kleinbürgerliche Masse den Fittichen der Kadetten zu entreißen und sie unter die Einwirkung, den Einfluß der Sozialdemokratie zu bringen.

„Beständiges, koordiniertes Vorgehen“ schlägt uns der Trudowik vor. Wir danken ergebenst! Etwa um uns mit Leuten zu verbinden, die es, wie den Trinker zum Gläschen, zu dem Kadetten zieht? mit Leuten, die bei den Wahlen in Petersburg monatelang um einen Block mit den Kadetten bettelten, die wie eine Hammelherde zu der kadettischen Versammlung vom 19. Februar gingen und für den Kadetten stimmten, der die Demokratie verschachert\*? Wir danken ergebenst!

*Geschrieben am 22. Februar (7. März) 1907.*

*Veröffentlicht am 23. Februar 1907  
im „Nowy Lutsch“ Nr. 4.*

*Nach dem Text des  
„Nowy Lutsch“.*

---

\* Siehe den vorliegenden Band, S. 153–156. *Die Red.*

## DIE ORGANISATOREN DER SPALTUNG ÜBER DIE KÜNFTIGE SPALTUNG

Die „Russkaja Shisn“ hat ein lächerliches Geschrei angestimmt über die Stellung des „Nowy Lutsch“ zur sozialdemokratischen Dumafraktion. (Artikel „Sogar hier!“, Nr. 45.)

Lächerlich deswegen, weil die „Russkaja Shisn“ einen Umweg gewählt hat, anstatt zu versuchen, wenigstens einigermaßen sachlich auf unsere Kritik an der Haltung der Fraktion zu antworten.

Wir haben gesagt, unsere Fraktion hätte auf keinen Fall für den kadetischen Präsidentschaftskandidaten stimmen dürfen.

Wir haben gesagt, unsere Fraktion als solche hätte auf keinen Fall zu privaten Beratungen mit den Kadetten und den Narodowzen gehen dürfen.

Wir haben schließlich gesagt, das Verhalten der Fraktion könne zur Spaltung führen, denn die Linie dieses Verhaltens widerspreche dem Geist und dem Buchstaben der Beschlüsse des Stockholmer Parteitag.

Wir haben schließlich an den bolschewistischen Teil unserer Fraktion den Appell gerichtet, den schonungslosesten Kampf gegen den Opportunismus der Fraktionsmehrheit zu führen und in der Fraktion unentwegt die Position der revolutionären Sozialdemokratie zu vertreten.

Wir haben hierüber sehr viel geschrieben; wir widmeten dem Verhalten der Fraktion in der Frage des Präsidiums eine ganze Reihe von Artikeln, die die Sache von allen Seiten beleuchteten.

Von seiten der „Russkaja Shisn“ jedoch gibt es keinerlei sachliche Einwände, keinen einzigen ernstesten Versuch, die taktische Linie der Menschewiki, die faktisch die Führung der Dumafraktion innehaben, zu verteidigen.

Wir hatten das Recht, zu erwarten, und erwarteten, daß die „Rus-kaja Shisn“ zu beweisen versuchen werde, daß ihre taktische Linie voll und ganz den Beschlüssen des Stockholmer Parteitags der SDAPR entspricht, daß gerade diese Linie auch die Linie ist, die unserer Fraktion in der Duma zur Hegemonie über den gesamten linken Teil der Duma verhelfen soll.

Aber nichts von alledem geschah. Anstatt alles dessen ein Haufen kläglichster Worte, lächerliches Gezeter darüber, daß der „Nowy Lutsch“ gegen die sozialdemokratische Dumafraktion hetze, daß der „Nowy Lutsch“ den bolschewistischen Teil der Fraktion zur unverzüglichen Spaltung dränge.

Anstatt einer sachlichen Antwort ein heuchlerischer Appell: „Möge der ‚Nowy Lutsch‘ sich klarer äußern. Möge er das Tüpfelchen aufs i setzen. Und möge er des Rates aus dem Evangelium eingedenk sein: ‚Was du tun willst, das tue bald‘.“

Genossen! Ihr seid wahrhaft großartig in eurer Ungeniertheit. Euer Gezeter von einer Spaltung durch die Bolschewiki ist eine Perle an Wahrhaftigkeit und Aufrichtigkeit.

Die einzige Parteiorganisation, in der es heute eine Spaltung gibt und dazu in äußerst schwerer Form, ist die Petersburger. Wer hat sie gespalten? Gespalten haben sie die Menschewiki. Sie haben sie gespalten gegen den Willen der organisierten Arbeiter, zum Vorteil der Kadetten, unter Hinweis auf eine Schwarzhundertergefahr, die es in Petersburg nicht gab. Und trotzdem sind die Menschewiki bis heute starrsinnig dagegen, die Geschlossenheit der Petersburger Organisation wiederherzustellen, und hartnäckig bestrebt, diese Spaltung auszuweiten und zu vertiefen.

Die Bolschewiki haben mit allen Kräften gegen die Zulassung von Wahlabkommen mit den Kadetten gekämpft. Aber auf der Parteikonferenz im November wurden Abkommen als zulässig anerkannt. Die Bolschewiki verpflichteten sich auf der Konferenz, sich den Beschlüssen der örtlichen Organisationen zu fügen, und überall dort, wo die örtlichen Organisationen es für nötig hielten, Wahlabkommen mit den Kadetten einzugehen, haben sie ihre Parteipflicht „gewissenhaft und treu“ erfüllt. Die Menschewiki hatten die gleiche Verpflichtung übernommen, aber nachdem sie sich davon überzeugt hatten, daß die organisierten Arbeiter

Petersburgs nicht damit einverstanden waren, in ihrem Gefolge nach der Pfeife der Kadetten zu tanzen, spalteten sie die Organisation.

Und jetzt heulen sie über die Spaltung! Was den Appell anbelangt, den die „Russkaja Shisn“ an uns gerichtet hat, so kann uns die Antwort darauf keinesfalls in Schwierigkeiten bringen. Bei uns sind ohnehin auf alle i die Tüpfelchen gesetzt, wer Augen hat, zu sehen, kann sie sehen.

Die Einheit der Partei liegt uns sehr am Herzen. Aber die Prinzipienreinheit der revolutionären Sozialdemokratie liegt uns noch mehr am Herzen. Wir haben uns dem Willen der Mehrheit des Stockholmer Parteitags gefügt und fügen uns ihm. Wir halten es für notwendig, alle seine Beschlüsse zu erfüllen. Wir fordern jedoch, daß diese Beschlüsse auch von den leitenden Zentralstellen der Partei erfüllt werden. Und die opportunistischen Schaukeleien der Menschewiki, alle ihre Versuche, zugunsten der Kadetten die vom Parteitag festgelegte Linie aufzugeben, sind bei uns auf schonungslose Kritik und unbeugsamen Widerstand gestoßen und werden darauf stoßen. Das ist unser Recht. Das ist unsere Pflicht. Auf dieses Recht werden wir nie verzichten, von dieser Pflicht werden wir niemals abgehen. Und wenn es zur Spaltung kommen sollte, dann wird sie lediglich bedeuten, daß die Menschewiki selber die von ihnen auf dem Stockholmer Parteitag herbeigeführten Beschlüsse mit Füßen treten. Eine andere Spaltung kann und wird es nicht geben. Und diese Spaltung würde lediglich eins bedeuten: die endgültige Verwandlung der Menschewiki in einen Vasallen der Kadetten.

„Das rote Banner des Proletariats ist in den Händen der sozialdemokratischen Dumafraktion ins Schwanken geraten“, schrieben wir vorgestern. – Die Kadetten fordern, daß es sich vor ihnen senke. An dem Tag, wo es durch den Willen der Menschewiki zu dieser unglaublichen Schande kommen würde, käme es auch zur Spaltung, weil an diesem Tag die Menschewiki aufhören werden, ein Teil der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands zu sein.

*Geschrieben am 23. Februar (8. März) 1907.*

*Veröffentlicht am 24. Februar 1907  
im „Nowy Lutsch“ Nr. 5.*

*Nach dem Text des  
„Nowy Lutsch“.*

## ÜBER DIE TAKTIK DES OPPORTUNISMUS

Plechanow hat sein Schweigen, das nach dem berühmten Vorschlag, Sozialdemokraten und Kadetten sollten die gemeinsame Losung einer „machtvollkommenen Duma“ aufstellen, die einzige vernünftige Taktik seinerseits war, gebrochen. Plechanow hat in der „Russkaja Shisn“ einen neuen Versuch unternommen, unsere Partei zu den Kadetten zu drängen, den Versuch, ihr die Losung der Unterstützung eines „verantwortlichen Ministeriums“ aufzudrängen, die von der Partei schon in der Periode der ersten Duma abgelehnt worden war.

Wir wollen die Argumentation Plechanows untersuchen.

Vor allen Dingen muß vermerkt werden, daß Plechanow im Eifer des Kampfes gegen die Bolschewiki die *direkte Unwahrheit* sagt über ihren Standpunkt. Er dichtet uns nämlich in aller Bestimmtheit den Wunsch an, „mit dem Kopf durch die Wand zu gehen“, den Wunsch und das Bestreben, den Kampf „jetzt sofort“ aufzunehmen.

Um den Lesern zu zeigen, wie sehr Plechanow unrecht hat, wollen wir ein Zitat aus einer offiziellen bolschewistischen Druckschrift anführen, die vom 11. Februar datiert ist: . . . „Der Kampf . . . ist . . . unabwendbar. Gerade deshalb aber, weil er unabwendbar ist, haben wir es nicht nötig, ihn zu forcieren, anzutreiben, anzupeitschen. Dafür mögen die Kruschewan und Stolypin sorgen. Uns liegt die Sorge ob, vor dem Proletariat und der Bauernschaft mit aller Klarheit, unvermittelt und schonungslos offen die Wahrheit zu *entbüllen*, ihnen die Augen zu öffnen für die Bedeutung des kommenden Sturms, ihnen behilflich zu sein, organisiert, mit . . . Kaltblütigkeit . . . dem Feind zu begegnen . . . ‚Schießen Sie gefälligst zuerst, meine Herren Bourgeois!‘ rief Engels im Jahre 1894

dem deutschen Kapital zu. „Schießen Sie zuerst, meine Herren Krusche-  
wa ...!“ rufen wir ... Deshalb keine vorzeitigen *Aufrufe*.“\*

Nicht wahr, wie leicht erfüllt der verehrte Plechanow die Aufgabe eines „Kritikers“? *Keine vorzeitigen Aufrufe* – erklärten anderthalb Wochen vor der Duma die Organisationen der Bolschewiki. Die Bolschewiki wollen den Kampf „jetzt sofort“ aufnehmen, behauptet Plechanow in einem am 23. Februar veröffentlichten Artikel, sie wollen „mit dem Kopf durch die Wand gehen“.

Natürlich ist es das einfachste, billigste und leichteste Verfahren, um die Bolschewiki *herunterzureißen*, ihnen einen *unsinnigen Gedanken* zu unterstellen und dann zu lärmern und zu schimpfen („unvernünftiger Eifer“, „Borniertheit“, „schlimmer als Verrat“ usw. usw.). Aber Plechanow sollte nicht vergessen, daß man auf die Bolschewiki nicht alles wie auf Tote, die wehrlos sind, abwälzen kann, daß die Bolschewiki durch die *einfache Gegenüberstellung* eines offiziellen Dokuments allen und jedem zeigen werden, wie unwahr die Worte Plechanows sind. Und Plechanow wird sich schämen müssen. Und dann wird Plechanow anfangen zu begreifen, daß es ihm nicht gelingen wird, von den Bolschewiki ungestraft Dinge zu sagen, wie sie bislang *nur* das „Nowoje Wremja“ über Revolutionäre schrieb.

Wenden wir uns dem Wesen der von Plechanow aufgeworfenen Frage zu, ob die Arbeiterpartei die Losung eines „verantwortlichen Ministeriums“ unterstützen soll. Plechanow verteidigt diese Losung folgendermaßen:

„Von zwei Dingen eins. Entweder sind die schnell wachsenden Kräfte der Revolution *schon* jetzt über die Kräfte der Regierung hinausgewachsen, und in diesem Fall kann und muß die Forderung nach einem verantwortlichen Ministerium als Signal für den entscheidenden Kampf gegen die Reaktion dienen.

Oder aber die Kraft der Revolution ist *noch nicht* über die Widerstandskräfte des Staates hinausgewachsen, und dann ist der entscheidende Kampf noch *nicht* am Platze; aber auch dann muß die genannte Forderung unterstützt werden als ein ausgezeichnetes Erziehungsmittel, das das politische Bewußtsein des Volkes entwickelt und es eben dadurch für den siegreichen Kampf in der Zukunft vorbereitet.

\* Siehe den vorliegenden Band, S. 109. Die Red.

Also müssen in beiden Fällen die sozialdemokratischen Deputierten im Interesse des Volkes, im Interesse der Revolution die erwähnte Forderung unbedingt zu der ihren machen."

Diese Argumentation ist sehr aufschlußreich. Untersuchen wir zunächst ihren ersten Teil. Wir nehmen also gemeinsam mit Plechanow an, die Kräfte der Revolution wären über die Kräfte der Regierung hinausgewachsen. Wenn dem so wäre, dann wäre die Forderung nach einem verantwortlichen Ministerium 1. unnötig, 2. schädlich und 3. würde sie von den Liberalen nicht unterstützt werden.

1. Sie wäre unnötig, denn ein derartiges „Signal für den entscheidenden Kampf“ ist auf jeden Fall ein *indirektes* und kein direktes Signal. Dieses „Signal“ ist nicht der Ausdruck der bestimmten Absicht, den wirklich *entscheidenden* Kampf gegen die Reaktion aufzunehmen, sondern ist im Gegenteil Ausdruck der Absicht, ein Zugeständnis herauszuholen, auf das auch die Reaktion selbst freiwillig eingehen kann. Wir bestreiten nicht, daß es, allgemein gesagt, zulässig ist, unter besonderen Bedingungen Signale zu geben nicht zum entscheidenden Kampf, sondern zu einem kleinen Vorgefecht, ja sogar zu einer Demonstration, die einen Kampf vortäuscht. Das aber ist eine andere Frage. Und bei den Voraussetzungen, die Plechanow *machte* (die Kräfte der Revolution seien schon hinausgewachsen usw.), ist offensichtlich, daß ein indirektes Signal unnötig ist.

2. „Die Kräfte der Revolution sind schon über die Kräfte der Reaktion hinausgewachsen . . .“ Was heißt das? Schließt das die *Bewußtheit* der Kräfte der Revolution ein? Plechanow wird wahrscheinlich zustimmen, daß es sie einschließt. Ein Volk, das sich der revolutionären Aufgaben nicht bewußt ist, kann nicht stark genug sein, um im entscheidenden Kampf die Reaktion zu besiegen. Jetzt weiter: Bringt die von uns zu untersuchende Forderung die Aufgaben der Revolution im Kampf gegen die Reaktion *richtig* zum Ausdruck? Nein, sie tut das nicht, denn ein verantwortliches Ministerium ist erstens keineswegs der Übergang der Macht an das Volk, ist nicht einmal der Übergang der Macht an die Liberalen, sondern ist im Grunde genommen ein Pakt oder der Versuch eines Pakts der Reaktion mit den Liberalen; zweitens können selbst bei einem *wirklichen* Übergang der *Macht* an die Liberalen kraft der objektiven Bedingungen die Grundforderungen der Revolution *nicht* verwirklicht

werden. Dieser Gedanke kommt direkt zum Ausdruck an der von Plechanow zitierten Stelle des Artikels aus dem „Ersten Sammelband“<sup>53</sup>, und Plechanow hat nicht einmal den Versuch gemacht, auf diesen Gedanken dem Wesen des Problems nach einzugehen.

Es fragt sich nunmehr, welche Bedeutung für den *entscheidenden* (Voraussetzung Plechanows) Kampf gegen die Reaktion hat denn eine Losung, die die Forderungen der Revolution (deren *Kräfte schon* über die Kräfte der Regierung hinausgewachsen sind – die Voraussetzung Plechanows!) *unrichtig* zum Ausdruck bringt? Es ist klar, daß sie *unbedingt schädlich* ist. Diese Losung bedeutet eine *Trübung* des Bewußtseins der Massen, die in den entscheidenden Kampf gehen. Eine solche Losung aufstellen ist gleichbedeutend damit, zum *entscheidenden* Kampf aufzurufen und gleichzeitig ein *Objekt* des Kampfes anzugeben, das *gar nichts entscheidet*, zum Schießen auf die Kuh aufrufen und auf die Krähe zielen.

Mit restloser Genauigkeit *vor* dem Kampf bestimmen, wessen Kräfte „schon hinausgewachsen“ sind über die Kräfte des Feindes, ist *niemals* möglich. Nur Pedanten können davon träumen. Zu dem Begriff der „über die Kräfte des Feindes *binausgewachsenen* Kräfte“ gehört es, daß die Kämpfenden sich ihrer Aufgaben *klar bewußt* sind. Dadurch, daß Plechanow voraussetzt, der Kampf werde „entscheidend“ sein, und gleichzeitig dieses Bewußtsein *trübt, schädigt* er *direkt* die Revolution. Und das ist fürwahr „schlimmer als Verrat“, verehrter Kritiker! Die „Kräfte“ reichen aus für den Sieg über die Reaktion, der „Führer“ aber ruft die Truppen zum Kampf um einen *Kuhhandel* mit der Reaktion . . . Plechanow hat sich im Scherz mit dem römischen Feldherrn verglichen, der seinen Sohn hinrichten ließ, weil dieser vorzeitig den Kampf begonnen hatte. Ein geistreicher Witz. Nun, wenn ich der „Sohn“ gewesen wäre im Augenblick des *entscheidenden* Kampfes, da „die Kräfte der Revolution *schon binausgewachsen* sind über die Kräfte der Regierung“, dann hätte ich ohne eine Sekunde zu schwanken den „*lieben Papa*“, der die Losung eines Kuhhandels mit der Reaktion aufstellt, *erschossen* (oder auf römische Art: erstochen) und hätte es ruhig künftigen Mommsens überlassen, Untersuchungen darüber anzustellen, ob mein Handeln als Tötung eines Verräters, als dessen Hinrichtung oder als ein Verbrechen gegen die Subordination anzusehen war.

3. Als wir uns in der Epoche der ersten Duma gegen die Losung eines

„verantwortlichen Ministeriums“ wandten, da beschränkten wir uns auf die beiden angeführten Argumente. Nunmehr muß ein drittes hinzugefügt werden: wenn die Forderung nach einem verantwortlichen Ministerium *direkt oder indirekt* ein Signal für den entscheidenden Kampf der „Revolution“ gegen die Reaktion werden *könnte*, dann würden die *Liberalen selber* diese Forderung zurückziehen.

Warum muß dieses Argument heute hinzugefügt werden? Weil die Liberalen (einschließlich der Kadetten) nach der ersten Duma stark nach rechts gerückt sind und *entschieden* gegen die Revolution Front gemacht haben. Weil gleich die erste Rede Golowins, der von schlechten Sozialdemokraten wegen seines Liberalismus unterstützt wird, eine nicht liberale und nicht kadettische, sondern *oktobristische* Rede war.

Wenn Plechanow über die russischen Angelegenheiten so wenig auf dem laufenden ist, daß er das nicht weiß, dann verdient sein Artikel natürlich Nachsicht. Aber seine Argumente bleiben dem Wesen nach, unabhängig von seinen einzelnen Irrtümern, von Grund aus falsch.

Gehen wir zum zweiten Fall über. Die Kräfte der Revolution sind *noch nicht* über die Kräfte der Reaktion hinausgewachsen, der entscheidende Kampf ist *noch nicht* am Platze. Dann bestehe die Bedeutung der Losung darin, daß sie auf die Entwicklung des politischen Bewußtseins des Volkes von Einfluß sei, sagt Plechanow. Das ist richtig. Dann aber – und hier hat Plechanow tausendmal unrecht – *korrumpiert* eine derartige Losung das Bewußtsein des Volkes, statt es zu erleuchten, sie *trübt* es, statt es zu revolutionieren, sie *demoralisiert*, statt zu erziehen. Das ist so klar, daß wir auf die Entwicklung dieses Gedankens nicht näher einzugehen brauchen, mindestens nicht bis zur nächsten Unterhaltung mit dem hochverehrten Plechanow.

Von welcher Seite man die Sache auch nimmt – ein Versagen auf der ganzen Linie. Sind die Kräfte der Revolution herangewachsen oder sind sie nicht herangewachsen, die Plechanowsche Losung kann man jedenfalls nicht als bis zum Bewußtsein des sozialdemokratischen Proletariats „herangewachsen“ betrachten. Diese Losung opfert die *grundlegenden Interessen* der Demokratie und unserer ganzen Revolution – die Aufklärung der Massen über die Aufgaben des realen Kampfes des *Volkes* um die *reale* Macht –, opfert sie den zeitweiligen, zufälligen, nebensächlichen, konfusen, *liberalen* Losungen, Aufgaben und Interessen.

Und darin, daß die grundlegenden Aufgaben des Proletariats den halbschlächtigen und konfusen Aufgaben des Liberalismus zum Opfer gebracht werden, besteht eben das Wesen des *Opportunismus* in der Taktik.

Noch ein paar Worte zum Schluß. Plechanow versucht, uns in seinem Artikel wegen des Boykotts zu zwicken. Wir werden uns mit ihm darüber ausführlich dann unterhalten, wenn er gewillt ist, von Sticheleien zum sachlichen Kampf überzugehen. Vorläufig aber vermerken wir eins. Der Sohn des römischen Feldherrn hatte immerhin – geistreichelt Plechanow – in seinem vorzeitig aufgenommenen Kampf gesiegt, während die Bolschewiki vorläufig nur Niederlagen aufzuweisen haben.

Sie haben ein schlechtes Gedächtnis, Genosse Plechanow. Erinnern Sie sich doch der *Bulyginschen* Duma. Erinnern Sie sich, wie damals Parvus und die von Ihnen unterstützte neue „Iskra“ gegen den Boykott waren. Die Bolschewiki waren für den Boykott.

Die Entwicklung der Revolution brachte den *vollen Sieg* für den Bolschewismus, von welchem sich in den Oktober-November-Tagen die Menschewiki nur durch Trotzki's Überspitzungen unterschieden.

*So war es – so wird es sein*, hochverehrter Genosse Plechanow. Wenn die Revolution abebbt, dann treten die Pedanten, die hinterher die Rolle „römischer Feldherren“ übernehmen, mit ihren Lamentationen in den Vordergrund. Wenn die Revolution ansteigt, dann *kommt es so*, wie es die *revolutionären Sozialdemokraten* wollen, und wenn man sie noch sooft „mit ungeduldigen Jünglingen“ vergleicht.

*Geschrieben am 23. Februar (8. März) 1907.*

*Veröffentlicht am 24. Februar 1907*

*im „Nowy Lutsch“ Nr. 5.*

*Unterschrift: N. L e n i n.*

*Nach dem Text des*

*„Nowy Lutsch“.*

## DIE BOLSCHEWIKI UND DAS KLEINBÜRGERTUM

Unter diesem Titel brachten die „Nowyje Sily“<sup>54</sup> einen Artikel, der einen guten Anlaß bietet für einige Klarstellungen.

Die Zeitung ist unzufrieden mit unserer „abgedroschenen“ Einteilung der Bourgeoisie in revolutionäres Kleinbürgertum und liberale Bourgeoisie. Für die Kadetten haben zweifellos viele Kleinbürger gestimmt, erklärt das Organ der Trudowiki, womit es das übliche menschewistische Argument wiederholt.

Jawohl, für die Kadetten haben viele Kleinbürger gestimmt. Das ist richtig. Aber der Klassencharakter einer Partei läßt sich nicht nur danach beurteilen, daß für sie in einem *bestimmten Augenblick* unter anderem die und die Elemente gestimmt haben. Es unterliegt keinem Zweifel, daß für die deutschen Sozialdemokraten viele Kleinbürger und für das deutsche „Zentrum“ viele Arbeiter stimmen. Aber die „Nowyje Sily“ begreifen wahrscheinlich, daß man daraus nicht den Schluß ziehen kann, die „abgedroschene“ Einteilung der werktätigen Klassen in Kleinbürgertum und Proletariat wäre falsch.

Die gesamte Geschichte der Kadettenpartei als Ganzes und die letzten Wahlen im besonderen haben klar gezeigt, daß die *Klassengrundlage* dieser Partei von dem kapitalistisch wirtschaftenden Gutsbesitzer, dem mittleren Bourgeois und dem bürgerlichen Intellektuellen gebildet wird. Die Masse des Volkes, d. h. die breiten Schichten des städtischen Kleinbürgertums und dann der Bauernschaft, sind dieser Partei fremd, die jede Aktivität der Massen fürchtet, sie bekämpft, die Ablösung verteidigt und die auf der Grundlage des „Vierpunktewahlsystems“ usw. zu wählenden örtlichen Agrarkomitees bekämpft. Nur darum kam es bei den letzten

Wahlen zu einem so erstaunlich schnellen *Abfall* des Kleinbürgertums von den Kadetten. Die Bauernschaft ließ bekanntlich die Kadetten völlig durchfallen und trug am meisten bei zu ihrer Niederlage in den Gouvernements-Wahlversammlungen. Das städtische Kleinbürgertum brachte, wie wir schon in Nr. 1 des „Nowy Lutsch“ vermerkten\*, dem Linksblock in den Städten auf einen Schlag 41 000 Stimmen gegen 74 000 Stimmen der Kadetten, obgleich die Linken keine Tagespresse besaßen usw.

Die Kadetten sind die Partei der liberalen Bourgeois. Die ökonomische Lage dieser Klasse läßt sie den Sieg der Bauern und die Geschlossenheit der Arbeiter *fürchten*. Daher die unvermeidliche und durchaus nicht zufällige Tendenz der Kadetten, um so schneller nach rechts zu schwenken, einen Kuhhandel mit der Reaktion abzuschließen, je schneller sich die Volksmassen nach links entwickeln. Nicht der Zufall, sondern die ökonomische Notwendigkeit hat dazu geführt, daß sich nach der Auseinandersetzung der Duma das Proletariat, die Bauernschaft und die städtische kleinbürgerliche Armut sehr stark nach links entwickelten, sich revolutionierten, während die Kadetten sich sehr stark nach rechts entwickelten. Das bedauern, den Versuch machen, es zu ändern oder diesem Prozeß Einhalt zu gebieten, können nur Spießbürger oder Philister in der Politik.

Wir Sozialdemokraten haben eine andere Aufgabe: den Prozeß der Befreiung der Massen von der Hegemonie der Kadetten zu beschleunigen. Diese Hegemonie wird unterstützt durch die Tradition, die alten Verbindungen und den Einfluß der Liberalen, durch ihre wirtschaftliche Hegemonie über den Kleinbürger, ihre Rolle als bürgerliche Intelligenz, und liberales Beamtentum usw. Je klarer sich die Massen ihrer *eigenen* Interessen bewußt werden, desto eher werden sie die feindliche Einstellung der Liberalen gegenüber der Massenbewegung begreifen, desto eher werden die Massen den Liberalen politisch den Rücken kehren und sich in diesen oder jenen demokratischen, revolutionären Organisationen, Verbänden, Parteien usw. zusammenschließen. Insbesondere die Bauernschaft, die in Rußland acht oder neun Zehntel des gesamten Kleinbürgertums ausmacht, kämpft in erster Linie um den Boden. Die liberalen Gutsherren (und solche gibt es noch in Rußland: die Kurie der Gutsbesitzer stellte bei den letzten Wahlen 24,4 Prozent Kadetten und weiter links

\* Siehe den vorliegenden Band, S. 146. *Die Red.*

Stehende) sind in diesem Kampf gegen die Bauern, und der liberale Beamte, der bürgerliche Intellektuelle stehen dem liberalen Gutsbesitzer sehr nahe. Das ist es, warum sich die Bauernschaft weitaus entschiedener und schneller von dem Einfluß der Kadetten frei macht als das städtische Kleinbürgertum. Der Sieg der Bauernschaft im Kampf um den Boden ist die echte ökonomische Grundlage für den Sieg der bürgerlichen Revolution in Rußland. Die Liberalen (einschließlich der Kadetten) sind gegen den Sieg der Bauernschaft; sie verfechten die Ablösung, d. h. die Umwandlung der Bauern teils in Großbauern und teils in Knechte der Gutsbesitzer vom *preussischen* Typus. Darum eben ist in Rußland ein Sieg der bürgerlich-demokratischen Revolution *unmöglich* ohne Befreiung der Bauernschaft von der politischen Hegemonie der Liberalen. Der Sieg der Bauernschaft *vernichtet* den gutsherrlichen Grundbesitz und bietet der Entwicklung der Produktivkräfte auf rein kapitalistischer Grundlage vollsten Spielraum. Der Sieg der Liberalen *erhält* den gutsherrlichen Grundbesitz, wobei er ihn nur leicht von Zügen der Leibeigenschaft säubert, und führt zu der *am wenigsten* raschen, *am wenigsten* freien Entwicklung des Kapitalismus, zu einer Entwicklung vom sozusagen preussischen, und nicht vom amerikanischen Typus.

Diese ökonomische, diese Klassengrundlage der russischen Revolution verstehen die „Nowyje Sily“ nicht, wenn sie sagen: Seinen sozialen und ökonomischen Forderungen nach steht das Kleinbürgertum den Liberalen näher, seinen politischen Forderungen nach den Proletariern, und der „Schwerpunkt der Revolution“ verlagert sich zur „Politik“. Diese ganze Argumentation der „Nowyje Sily“ ist eine einzige Konfusion. Der Kleinbürger einschließlich des Bauern steht natürlich dem Liberalen näher als dem Proletarier, steht ihm näher als *Besitzer*, als Kleinproduzent. Deshalb wäre im Sinne des Sozialismus die *Verschmelzung* der Kleinbürger und der Proletarier in *einer* Partei (was die Sozialrevolutionäre wollen) politisch undenkbar und direkt reaktionär. In der gegenwärtigen, bürgerlich-demokratischen Revolution in Rußland aber entspringt der Kampf jetzt durchaus nicht dem Antagonismus zwischen Besitzern und Arbeitern (das wird in der sozialistischen Revolution der Fall sein), sondern dem Antagonismus zwischen Bauern und Gutsbesitzer: zu diesem *ökonomischen* und durchaus nicht „politischen“ Kampf tendiert der „Schwerpunkt der Revolution“.

Wenn unsere Revolution ihrem ökonomischen Inhalt nach eine bürgerliche ist (das steht außer Zweifel), so darf man daraus jedoch nicht schließen, daß die führende Rolle in unserer Revolution der Bourgeoisie zukomme, daß die Bourgeoisie die treibende Kraft der Revolution sei. Eine solche bei Plechanow und den Menschewiki übliche Schlußfolgerung ist eine Herabwürdigung des Marxismus, eine Karikatur auf den Marxismus. In der bürgerlichen Revolution Führer sein kann sowohl der liberale Gutsbesitzer zusammen mit dem Fabrikanten, dem Kaufmann, dem Advokaten usw. als auch das Proletariat zusammen mit der Masse der Bauern. Der bürgerliche Charakter der Umwälzung bleibt in beiden Fällen derselbe, aber ihr Rahmen, die Bedingungen ihrer Vorteilhaftigkeit für das Proletariat, die Bedingungen, unter denen sie dem Sozialismus (das heißt vor allem der Entwicklungsgeschwindigkeit der Produktivkräfte) Nutzen bringt, sind im ersten und im zweiten Fall *durchaus verschieden*.

Daraus leiten die Bolschewiki die *grundlegende* Taktik des sozialistischen Proletariats in der bürgerlichen Revolution ab: die Führung des demokratischen Kleinbürgertums, insbesondere des bäuerlichen, zu übernehmen, es den Liberalen zu entreißen, die Wankelmütigkeit der liberalen Bourgeoisie zu paralisieren, den Kampf der *Massen* zu entfalten für die völlige *Beseitigung* aller Spuren der Leibeigenschaft einschließlich des gutsherrlichen Grundbesitzes.

Die Frage des Dumapräsidiums war eine Teilfrage der allgemeinen Taktik der Sozialdemokratie in der bürgerlichen Revolution. Die Sozialdemokraten hätten die Trudowiki den Kadetten *entreißen* müssen, entweder indem sie für einen Trudowik stimmten oder sich demonstrativ der Stimme enthielten mit Angabe der Enthaltungsgründe. Die „Nowyje Sily“ haben jetzt zugegeben, daß es ein *Fehler* der Linken war, zu der Beratung mit den Kadetten zu gehen. Das ist ein wertvolles Eingeständnis. Aber die „Nowyje Sily“ sind sehr auf dem Holzweg, wenn sie glauben, dies sei „ein Fehler der praktischen Kalkulation und kein prinzipieller Fehler“ gewesen. Eine solche Meinung beruht, wie wir gezeigt haben, darauf, daß sie die Grundlagen, die Prinzipien, die Taktik des sozialistischen Proletariats in der bürgerlichen Revolution nicht begreifen.

Nur von diesem Standpunkt aus ist eine richtige Antwort auf die Teilfragen zu finden, die den „Nowyje Sily“ Kopfschmerzen verursachen.

Wie ist zu „garantieren, daß sich nicht auch die vom ‚Nowy Lutsch‘ als Verbündete anerkannten Kleinbürger von den Linken abwenden und in das kadettische Lager überlaufen“? Gerade weil man das nicht garantieren kann, sind wir *gegen* alle ständigen Abkommen mit den Trudowiki. Unsere Linie ist „getrennt marschieren, vereint schlagen“, sowohl die Schwarzen als auch die Kadetten. So haben wir es gehalten bei den Wahlen in St. Petersburg, und so werden wir es stets halten.

Man kann den Kadetten einen Teil der Kleinbürger abspenstig machen – wenden die „Nowyje Sily“ ein. Jawohl, man kann das, wie wir ja bei den Wahlen in St. Petersburg einen Teil des kadettischen „Towarischtschi“ abspalteten. Um das zu erreichen, muß man fest seinen eigenen, revolutionären Weg verfolgen, ohne darauf zu hören, was die kadettische Marja Alexewna\* sagen wird.

Die gesetzgeberische Arbeit „muß unweigerlich den Kadetten überlassen werden“. Nichts dergleichen. Die Kadetten als Führer des liberalen „Zentrums“ der Duma haben auch ohne unsere Unterstützung das Übergewicht über die Schwarzen. Deshalb müssen wir unsere eigenen, nicht liberalen und nicht kleinbürgerlichen, sondern sozialdemokratischen Gesetzentwürfe einbringen, die nicht in einer kanzleimäßigen, sondern in einer revolutionären Sprache geschrieben sind, und sie zur *Abstimmung stellen*. Mögen sowohl die Schwarzen als auch die Kadetten sie durchfallen lassen. Dann werden wir dazu übergehen, den kadettischen Entwurf schonungslos zu kritisieren, und systematisch Abänderungsanträge einbringen. Ist mit den Abänderungsanträgen Schluß, enthalten wir uns bei der Abstimmung des kadettischen Entwurfs als Ganzes der Stimme, überlassen es den Kadetten, die Schwarzen zu schlagen, und übernehmen gegenüber dem Volk keine Verantwortung für die Armseligkeit und Banalität des kadettischen Pseudodemokratismus.

„Nowy Lutsch“ Nr. 6,  
25. Februar 1907.

Unterschrift: N. L e n i n.

Nach dem Text des  
„Nowy Lutsch“.

---

\* Gestalt aus Gribojedows Komödie „Verstand schafft Leiden“. Der Übers.

## DIE NAHE BEVORSTEHENDE AUSEINANDERJAGUNG DER DUMA UND FRAGEN DER TAKTIK

Petersburg, 27. Februar 1907

Die Zeitungen sind voll von Nachrichten, Gerüchten und Vermutungen über eine nahe bevorstehende Auseinanderjagung der Duma.

Ist sie wahrscheinlich? Betrachtet man die objektive Lage der Dinge, so muß man den Schluß ziehen: mehr als wahrscheinlich. Für die Regierung war die Einberufung der Duma eine erzwungene Notwendigkeit. Um der Verständigung mit der Bourgeoisie willen mußte sie noch einmal den Versuch machen, unter höchstmöglichen Repressalien eine Volksvertretung einzuberufen. Der Versuch ist offensichtlich mißlungen. Die Standgerichte und alle die anderen Herrlichkeiten der Stolypinschen Konstitution waren eine außerordentliche Hilfe für die revolutionäre Agitation unter den bislang unberührten Massen und erbrachten aus der Tiefe der Bauernmassen eine linke Duma. Die Kadetten, diese Partei des Zentrums in der russischen Revolution, sind im Vergleich zur ersten Duma geschwächt worden. Die Kadetten haben sich zweifellos nach rechts entwickelt, aber angesichts einer solchen Duma in einem solchen Augenblick ist die Regierung völlig außerstande, mit ihnen einen Pakt zu schließen. Mit den Oktobristen könnten sich die Kadetten verschmelzen, und sie gehen unentwegt darauf aus: es genügt, Herrn Struve und Herrn Golowin zu nennen. Aber die Besonderheit der gegebenen Lage besteht gerade darin, daß es in der Duma keine kadettisch-oktobristische Mehrheit gibt. Das ganze „Zentrum“ wird hoffnungslos erdrückt durch den verschärften Kampf der Extreme: durch die Monarchisten von rechts und den linken Teil der Duma. Dieser Teil umfaßt zwei Fünftel. Seine Rolle in der Duma ist gewaltig. Sein Einfluß auf die Volksmassen ist sehr groß. Seine

wachsende Verbindung mit diesen Massen kann durch keinerlei halbe Maßnahmen zerrissen werden. Die Auseinanderjagung der Duma wird der Regierung von der Notwendigkeit diktiert: greift sie nicht zur Gewalt, wird sie außerstande sein, sich aus der entstandenen Lage herauszuwinden. Die „Gesetzlichkeit“ dieser entstandenen Lage macht die Krise nur drückender, denn ihre wahre Stärke in den Volksmassen ist unbedingt größer als ihr „gesetzlicher“, d. h. durch Dutzende und Hunderte von Polizeifiltern gesiebter Ausdruck.

Die Auseinanderjagung der Duma ist mehr als wahrscheinlich: sie ist unvermeidlich, gerade weil wir dem Wesen der Sache nach keineswegs eine konstitutionelle, sondern eine revolutionäre Krise durchmachen. Und gerade darum wäre es die schädlichste, lächerlichste und jämmerlichste Politik, den Kopf in den Sand zu stecken, zu versuchen, mit Ausreden über die unvermeidlichen Folgen der gegebenen politischen Lage hinwegzukommen, zu versuchen, mit Worten und Phrasen das Klare zu vertuschen, das Schrofne abzuschwächen, das Offensichtliche zu verdunkeln.

Eine Politik dieser Art treiben die Kadetten. Heute schreibt Herr Isgojew in der „Retsch“: „Die Duma zu erhalten liegt fast nicht in unserer Macht.“ Das ist fast richtig. „In drei bis vier Monaten, wenn die Duma durch ihre gesetzgeberische Arbeit Autorität im Lande erworben hätte, könnte die Lage anders werden.“ Das ist nicht nur richtig, sondern offensichtlich. Und das Offensichtliche sieht auch die Regierung.

Herr Isgojew jedoch fürchtet die ungeschminkte Wahrheit und beginnt einen Eiertanz: „Aber wird sie diese drei bis vier Monate zur Verfügung haben? Ein verzauberter Kreis, aus dem es keinen Ausweg gibt. Ein Ausweg ist nicht die ‚organisierte‘ oder ‚unorganisierte‘ StraÙe, einen Ausweg gäbe es, wenn an der Macht Leute ständen, die von wahren Patriotismus durchdrungen wären . . .“

Nun, natürlich! Sie haben sich selber durch leeres Gerede verzaubert, sich selber in der Sackgasse rührseliger Phrasen verrannt, und jetzt jammern sie, klagen sie, sind sie schwermütig . . . Wahrhaftig, das Musterbeispiel eines konfus gewordenen, tränenreichen und impotenten Philisters!

Der Leser möge nicht glauben, daß solche Reden Isgojews zufällige Streiche eines zufälligen kadettischen Schreibers sind. Nein. Es ist das

Resümee einer Politik, offiziell *festgelegt* von der Partei der Kadetten, von der *dominierenden* Partei, die ihren Präsidenten durchgebracht hat. In der gleichen „Retsch“ lesen wir: „Nach langwierigen Debatten wurde in der Abendsitzung der Parlamentsfraktion der Volksfreiheit am 25. Februar zur Frage der Haltung gegenüber der Regierungserklärung beschlossen, sie schweigend hinzunehmen, weder Vertrauen noch Mißtrauen zu äußern und zur Behandlung der laufenden Fragen überzugehen. Sollten die Rechtsparteien jedoch zum Zweck der Provokation eine Formel einbringen, die dem Kabinett das Vertrauen ausspricht, so liegt der Beschluß vor, dagegen zu stimmen. Für den Fall wiederum, daß die extremen Linken (die Sozialdemokraten) einen Mißtrauensantrag einbringen, hat die Partei der Volksfreiheit beschlossen, von sich aus den Übergang zur Tagesordnung zu beantragen. Ubrigens besteht die Hoffnung, daß in dieser Frage ein vorläufiges Abkommen der gesamten Opposition erzielt werden wird, wozu die Sozialrevolutionäre, die Volkssozialisten und die Trudowiki bereits geneigt sind.“ Hinzufügen wollen wir, daß unsere sozialdemokratische Dumafraktion nach den Worten der „Rus-skaja Shisn“ beschlossen hat, „völlig selbständig aufzutreten“, ein Beschluß, den wir lebhaft begrüßen.

Aber die Politik der Kadetten – das ist wirklich etwas Einzigartiges. Zu sagen: „Ich bringe mein Mißtrauen zum Ausdruck“, ist unvorsichtig. Man muß die Duma erhalten. Zu sagen: „Ich bringe kein Vertrauen zum Ausdruck“, das geht an. Nun, sind das etwa nicht politische „Männer im Futteral“? Sind es etwa keine Philister, die angesichts des unabwendbar heraufziehenden Sturms sich ihre Nachtmütze über den Kopf ziehen und plappern: Wir sind vorsichtig . . . wir erhalten . . . Ihr erhaltet eure philiströse Nachtmütze und sonst nichts, meine verehrten Ritter der „Volksfreiheit“!

Und was kann lächerlicher sein, als daß man die Vertrauensformel der Rechten für das Kabinett als „Provokation“ bezeichnet? Es ist das legitimste Recht eines jeden Dumamitglieds, die natürlichste Antwort eines Volksvertreters auf die Frage des Kabinetts: Mein Programm ist so und so, ist die Duma gewillt, in diesem Geist mit mir zu arbeiten? Nur durch die völlige Konfusion der Kadetten läßt sich erklären, daß sie diesen Unsinn schreiben konnten. Nein, meine Herren, die Nachtmütze ist kein Schutz gegen die Konterrevolution. Das Recht, die Duma aufzu-

lösen, ist ein erz „legitimes“ Recht auf dem Boden jener Konstitution, die die jämmerlichen Liberalen so dumm herausgestrichen haben und die ernst zu nehmen sie das Volk so verräterisch zu überzeugen suchten. Man kann nicht drum herumkommen, daß das Kabinett die Duma fragt, ob sie gewillt ist, ein bestimmtes Programm durchzuführen. Und die Antwort: „Ich bringe kein Vertrauen zum Ausdruck“, wird gleichviel ein ausgezeichneter und durchaus zureichender „konstitutioneller“ Anlaß sein, die Duma aufzulösen: sogar ohne Hilfe der Kowalewski kann man Dutzende von „konstitutionellen Präzedenzfällen“ dafür finden, daß ein Parlament aufgelöst wird, weil es der Regierung weit weniger wichtige Dinge verweigert als . . . als . . . als Standgerichte und Strafexpeditionen.

Welche Schlußfolgerung ergibt sich daraus? Die Schlußfolgerung ist die, daß es dumm ist, Konstitution zu spielen, wenn es keine gibt. Es ist dumm, die Augen davor zu verschließen und zu verschweigen, daß die Tage sogar der heutigen russischen „Beinahe-Konstitution“ gezählt, daß die Aufhebung des Wahlgesetzes und die Rückkehr zur vollständigen Selbstherrschaft *unvermeidlich* sind.

Was also ist zu tun? Aussprechen was ist. Die Regierung ist unbedingt gezwungen, die Duma aufzulösen. Für sie ist es von Vorteil, daß die Duma schweigend auseinandergeht, ergeben die konstitutionelle Komödie durchführt, ohne dem Volk die Augen zu öffnen über die *Unvermeidlichkeit* eines Staatsstreiches. Und die feigen Kadetten mit ihrer beispiellosen, unvergleichlichen, „historischen“ Formel „*schweigend* hinzunehmen“, anstatt „ich bringe mein Mißtrauen zum Ausdruck“ zu sagen „ich bringe kein Vertrauen zum Ausdruck“ – helfen lediglich der Regierung, den Staatsstreich *schweigend* zu vollziehen.

Wirkliche Anhänger der Freiheit, wirkliche Vertreter des Volkes müssen anders handeln. Sie müssen begreifen, daß das Weiterbestehen der Duma absolut nicht von Höflichkeit, Vorsicht, Behutsamkeit, Diplomatie, Takt, Schweigsamkeit und anderen Moltschalinschen\* Tugenden abhängt. Sie müssen *von der Dumatribüne herab* allen vernehmbar, einfach und ohne Umschweife, dem Volk *die ganze Wahrheit* sagen, auch warum die Auseinanderjagung der Duma, der Staatsstreich und die Rückkehr zur reinen Selbstherrschaft *unvermeidlich* sind. Die Regierung *muß*

\* Moltschalin – Gestalt aus Gribojedows Komödie „Verstand schafft Leiden“. Der Übers.

darüber schweigen. Das Volk *muß* es wissen. Die Volksvertreter müssen es – solange sie noch Volksvertreter sind! – von der Dumatribüne herab sagen.

Die Lage ist ganz klar. Es gibt keine andere Wahl: entweder eine schämliche Moltschaliniade, entweder ergeben den Kopf hinhalten oder eine ruhige, aber feste Erklärung an das Volk, daß der erste Akt des Staatsstreiches der Schwarzhunderter im Gange ist.

Nur der Volkskampf kann diesen verhindern. Und das Volk muß die ganze Wahrheit wissen.

Wir wollen hoffen, daß die Sozialdemokraten in der Duma sie ihm sagen werden.

„Proletari“ Nr. 14,  
4. März 1907.

*Nach dem Text des „Proletari“.*

## DIE KADETTEN UND DIE TRUDOWIKI<sup>55</sup>

Genosse D. Kolzow bringt in Nr. 49 der „Russkaja Shisn“ wieder einmal die üblichen menschowistischen Argumente vor, mit denen die Politik der Unterstützung für die Kadetten verteidigt wird. Aber er macht das so geradlinig und naiv, daß man ihm sicherlich nur dankbar dafür sein kann, daß er eine falsche Theorie ad absurdum führt.

„Mit wem hat die Sozialdemokratie mehr gemeinsame Berührungspunkte“, fragt er in dem Artikel „Die Kadetten und die bürgerliche Demokratie“, „mit der städtischen oder der ländlichen Demokratie? Von wem kann die Sozialdemokratie eher Unterstützung erwarten in ihrem Kampf gegen alle kulturellen, religiösen, nationalen und ähnlichen Vorurteile? Wer wird eher alle Maßnahmen unterstützen, die auf die freie Entwicklung der Produktivkräfte gerichtet sind? Man braucht diese für die sozialdemokratische Politik kardinalen Fragen nur zu stellen, und die Antwort wird von selbst klar sein. Alles, was im ‚Kommunistischen Manifest‘ über die revolutionäre Rolle der Bourgeoisie gesagt wird, bleibt im 20. Jahrhundert ebenso richtig, wie es im 19. richtig war, ebenso richtig in Rußland, wie es in England richtig war . . . usw. Was die ländliche Demokratie betrifft, so wird sie ungeachtet ihrer revolutionären Allüren in sehr vielen Fällen die alten, überlebten Formen der Produktion und des gesellschaftlichen Lebens verteidigen . . . Wenn die Bolschewiki von den Kadetten sprechen, so vergessen sie die hinter den Kadetten stehende städtische Demokratie, und umgekehrt personifiziert sich für sie die ganze Bauernschaft in der Parlamentsgruppe der Sozialrevolutionäre und Trudowiki. Das heißt den Wald vor lauter Bäumen nicht sehen, hinter der parlamentarischen Vertretung die sozialen Interessen der breiten Volksmassen nicht sehen.“

Wir begrüßen von ganzem Herzen, daß die Menschewiki dazu übergehen, die *prinzipiellen* Grundlagen unserer taktischen Meinungsverschiedenheiten klarzustellen. Es war höchste Zeit.

Also die Kadetten sind die *fortschrittliche städtische Bourgeoisie*, die Trudowiki die *rückständige ländliche Bourgeoisie*. Darauf läuft euer „Marxismus“ hinaus.

Aber wenn dem so ist, warum sagt ihr das nicht offen und geradeheraus vor der ganzen Partei? Warum erklärt ihr nicht in dem Resolutionsentwurf für den Parteitag mit aller Bestimmtheit, daß die SDAPR im Namen des „Kommunistischen Manifests“ *verpflichtet* ist, die Kadetten *gegen die Trudowiki* zu unterstützen?

Wir würden uns über eine solche Erklärung von eurer Seite sehr freuen. Wir haben euch längst dazu aufgefordert, noch vor dem Vereinigungsparteitag, als wir in unserem Resolutionsentwurf über die Stellung zu den bürgerlichen Parteien den Klassengehalt sowohl der Kadetten als auch der Sozialrevolutionäre *definierten* und euch aufforderten, *eure eigene Definition* zu geben.

Wie habt ihr auf unsere Aufforderung geantwortet?

*Ihr seid ihr ausgewichen.* In eurem Resolutionsentwurf für den Vereinigungsparteitag gibt es keinen Versuch, dem Gedanken Ausdruck zu geben, die Kadetten wären die fortschrittliche städtische Demokratie, die Trudowiki aber (der Bauernbund, die Sozialrevolutionäre u. dgl.) die rückständige ländliche. In *eurer* Resolution vom Vereinigungsparteitag über die Stellung zu den bürgerlichen Parteien gibt es lediglich eine durch ihre Konfusion kuriose Wiederholung der Amsterdamer Resolution<sup>56</sup>.

Jetzt haben wir unsere Aufforderung *wiederholt*. Wir haben von neuem eine marxistische Definition der Klassengrundlage der verschiedenen bürgerlichen Parteien in Rußland angeregt. Wir haben einen entsprechenden Resolutionsentwurf veröffentlicht.

Und wir sind davon überzeugt, daß ihr *wiederum unserer Aufforderung nicht nachkommen werdet*. Wir sind überzeugt, daß ihr nicht wagen werdet, im Entwurf der offiziellen menschewistischen Resolution zu schreiben, die Kadetten seien die fortschrittliche städtische Bourgeoisie, sie förderten *stärker als die Trudowiki* eine Politik der freien Entwicklung der Produktivkräfte usw. usf.

Die Sache verhält sich folgendermaßen.

Die ökonomische Hauptfrage in der gegenwärtigen bürgerlichen Revolution in Rußland ist der Kampf der Bauernschaft um den Boden. Dieser Kampf wird zwangsläufig hervorgerufen durch die verzweifelte Lage der Bauernschaft, durch die Fülle von Überresten der Leibeigenschaft im russischen Dorf usw. Dieser Kampf drängt die Bauernmasse sowohl zu einer entschiedenen Demokratisierung der politischen Verhältnisse (denn ohne demokratischen Aufbau des Staates können die Bauern mit den Gutsbesitzern, den Fronherren, nicht fertig werden) als auch zur Liquidierung des gutsherrlichen Grundbesitzes.

Eben darum nehmen die Sozialdemokraten die *Konfiskation* der Gutsbesitzerländereien in ihr Programm auf. Nur die extremen Opportunisten unter den Sozialdemokraten sympathisieren nicht mit diesem Programm und treten dafür ein, das Wort „Konfiskation“ zu ersetzen durch das Wort „Enteignung“, aber sie fürchten sich, offen mit einem solchen Entwurf aufzutreten.

Die Kadetten sind die Partei der liberalen Bourgeoisie, der liberalen Gutsbesitzer, der bürgerlichen Intelligenz. Wenn D. Kolzow Zweifel hat hinsichtlich der gutsherrlichen Färbung der Kadetten, dann wollen wir ihn auf zwei Tatsachen hinweisen: 1. die Zusammensetzung der kadettischen Fraktion in der I. Duma. Schlagen Sie bei Borodin<sup>57</sup> nach, Gen. Kolzow, und Sie werden sehen, wieviel Gutsbesitzer es dort gibt; 2. der Agrarentwurf der Kadetten ist dem Wesen der Sache nach ein Plan des *kapitalistischen Gutsbesitzers*. Der Loskauf des Bodens, die Verwandlung des Bauern in einen Knecht, die Zusammensetzung der örtlichen Bodenkommisionen zu gleichen Teilen aus Gutsbesitzern und Bauern mit einem von der Regierung bestellten Vorsitzenden, alles das zeigt ganz klar, daß die Politik der Kadetten in der Agrarfrage eine Politik der *Erhaltung* des gutsherrlichen Grundbesitzes ist auf dem Wege seiner *Säuberung* von gewissen Zügen der Leibeigenschaft, auf dem Wege der Ruinierung des Bauern durch die Ablösung und seiner Knechtung durch die Beamten. Das aber läßt die ökonomische Bedeutung der kadettischen Agrarpolitik auf eine *Verzögerung* der Entwicklung der Produktivkräfte hinauslaufen.

Umgekehrt bedeuten die Konfiskation der Gutsbesitzerländereien und der volle Sieg der bäuerlichen Demokratie das unter dem Kapitalismus mögliche *Maximum* schneller Entwicklung der Produktivkräfte.

Im Entwurf unserer Resolutionen für den V. Parteitag ist *diese* Einschätzung der *ökonomischen* Bedeutung der kadettischen Politik *direkt* zum Ausdruck gebracht. Noch einmal: Bringen Sie, bitte, genauso direkt Ihre „marxistische“ Theorie zum Ausdruck, Gen. D. Kolzow!

Ein Vergleich der Agrarprojekte der Kadetten und der Trudowiki sowie ihrer Einstellung zu den Fragen der politischen Demokratie (das Versammlungsgesetz in der ersten Duma, die Einstellung zu den verschiedenen Typen des Aufbaus örtlicher landwirtschaftlicher Komitees, das Programm der Kadettenpartei und der Trudowikigruppe in der I. Duma usw. usw.), alles das zeigt, daß die Kadetten eine Partei von Liberalen sind, die danach strebt und danach streben muß, der Revolution *ein Ende* zu setzen durch die Versöhnung der Freiheit mit der alten Staatsmacht (zum Schaden der Freiheit), des Gutsbesitzers mit dem Bauern (zum Schaden des Bauern). Die Trudowikiparteien dagegen (Volkssozialisten, Trudowiki und Sozialrevolutionäre), das ist die städtische und besonders die ländliche (d. h. bäuerliche) kleinbürgerliche Demokratie, die *gezwungen* ist, die Weiterentwicklung der Revolution anzustreben.

Der Sieg der Revolution in Rußland ist nur dann möglich, wenn das Proletariat die demokratische Bauernschaft hinter sich bringt und sie sowohl gegen die alte Ordnung als auch gegen die Liberalen führt.

Diese These, die die *Grundlagen* der gesamten bolschewistischen Taktik bestimmt, wurde durch alle Erfahrungen der ersten Duma und der Periode nach der Duma glänzend bestätigt. Nur wenn wir unsere Streitigkeiten auf diese *Grundlagen* zurückführen, werden sie aufhören, Zänkeereien zu sein, werden sie uns helfen, die Kardinalfragen der bürgerlichen Revolution in Rußland zu lösen.

Darum begrüßen wir die Offenheit und Geradheit des Gen. Kolzow und wiederholen unsere Aufforderung: Mögen die Menschewiki versuchen, *diese* Gedanken über die Kadetten und die Trudowiki in Form zu bringen und klar und unzweideutig auszusprechen.

„Rabotschaja Molwa“ Nr. 1,  
1. März 1907.

Unterschrift: N. L - n.

Nach dem Text der  
„Rabotschaja Molwa“.

## ZU DER DEKLARATION STOLYPINS

### Entwurf eines Aufrufs<sup>58</sup>

Die der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands angehörenden Deputierten der Reichsduma erklären dem Volk folgendes und beantragen, die Duma möge sich dieser Erklärung anschließen:

Die Regierung hat durch ihren Premierminister, Herrn Stolypin, den Volksvertretern erklärt, daß sie beabsichtige, dieselbe Politik zu betreiben, die sie nach der Auseinanderjagung der I. Duma betrieben hat. Die Regierung ist nicht gesonnen, dem Willen der Volksvertreter Rechnung zu tragen. Sie verlangt, daß die Volksvertreter sich mit ihrer Politik abfinden, daß sie ihr behilflich sind, diese Regierungspolitik zu entwickeln, zu vervollkommen und präziser und vollständiger zur Anwendung zu bringen.

Was bedeutet die Politik der Regierung?

Sie bedeutet die Verfechtung der Interessen eines Häufleins größter Gutsbesitzer, Höflinge und Würdenträger, die Verteidigung ihres Rechts, das Volk auszubeuten und zu unterdrücken. Weder Land noch Freiheit! – das ist es, was die Regierung dem Volke durch den Mund Stolypins erklärt.

Die Bauern dürfen von der Regierung nichts anderes erwarten, als daß sie die Gutsbesitzer schützt und einen schonungslos wütenden Kampf führt gegen das Streben der Bauernschaft nach Licht, nach Freiheit, nach einer Verbesserung ihrer Lage, nach dem Übergang des Bodens in die Hände der Bauern, nach Befreiung von der schweren Knechtschaft, von dem Zuchthausleben, von dem langsamen Hungertod. Die Bauern haben von der Regierung nichts anderes zu erwarten als die Fortsetzung derselben Gewalttaten, durch die der Bauernschaft Tausende und Zehntau-

sende der besten Menschen entrissen wurden, die man in die Gefängnisse sperrte, in die Verbannung schickte und umbrachte wegen ihres mutigen Kampfes gegen die Willkür der Beamten und das Joch der Gutsherren. Die verschwindend kleine Minderheit von Dorfwucherern und Kulaken mit geringfügigen Almosen bestechen, ihnen behilflich sein, das ruinierte Dorf restlos auszuplündern als Belohnung für ihre der autokratischen Regierung geleistete Hilfe – das eben ist die Politik, die Stolypin und sein Kabinett zu betreiben beabsichtigen.

Die Arbeiter dürfen von dieser Regierung nichts erwarten als Gewalttaten und Unterdrückung. Den Arbeitern werden in ihrem Kampf für die Verbesserung ihrer Lage nach wie vor die Hände gefesselt werden. Arbeiterverbände werden auch weiterhin verboten, Arbeiterzeitungen wie früher verfolgt werden. Die großen Fabrikanten werden bei allen ihren Schikanen gegen die Arbeiter nach wie vor Hilfe und Förderung bei der Regierung finden. Nicht Hilfe in ihrer durch die Arbeitslosigkeit hervorgerufenen schweren Not, sondern Verstärkung und Verschärfung dieser Not haben die Arbeiter von der Regierung zu erwarten. Die Regierungshilfe für die Arbeiterklasse – das sind Gesetze, die in Beratungen der Fabrikanten und der Polizeibeamten verfaßt werden. Die Arbeiter Rußlands haben schon längst diese Politik der Regierungs„fürsorge“ für die Arbeiterklasse richtig gewürdigt.

Die Soldaten und Matrosen, die im Krieg gegen Japan, der von der Regierung um der räuberischen Interessen eines Häufleins Höflinge willen unternommen wurde, ihr Blut vergossen, die in der Heimat ihr Blut vergossen haben im Kampf für die Erleichterung ihres Lebens, für die Erlösung vom Zuchthausregime der Kaserne, im Kampf dafür, daß auch der Soldat sich als Mensch und nicht als ein Stück Vieh fühlen könne – die Soldaten und Matrosen haben von der Regierung nichts anderes zu erwarten als die früheren Gewalttaten, die alte Unterdrückung, als die gleiche rohe Behandlung und das trockene Stück Brot zur Belohnung für die Niederwerfung und Unterjochung ihrer Brüder, der Arbeiter und Bauern, die nach Freiheit streben, die nach Boden für die Bauernschaft streben.

Die Erklärung der Regierung zeigt deutlich, daß die Regierung keinen Frieden, sondern Krieg mit dem Volke will. Diese Erklärung spricht eine Sache nicht aus, die dem Volk von den Deputierten, die es in die Duma

entsandt hat und die die Volksinteressen treu vertreten, rückhaltlos gesagt werden muß: die Regierung spricht nicht aus, daß ihre Erklärung unweigerlich und unvermeidlich den Entschluß bedeutet, die II. Duma auseinanderzujagen, ohne ihr auch nur die Möglichkeit zu geben, dem Willen des Volkes Ausdruck zu verleihen, den Nöten der Bauern, der Arbeiter, der Soldaten, den Nöten aller Werktätigen Ausdruck zu geben, alles das zum Ausdruck zu bringen, was auszudrücken die Bevölkerung in ihren Wähleraufträgen den Deputierten aufgetragen hat, als sie sie in die Duma entsandte.

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei hat dem Volke stets gesagt, daß die Duma nicht die Macht hat, ihm Freiheit und Land zu geben. Die Deputierten der Duma, die die Interessen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft verteidigen, sind bereit, alle ihre Kräfte in den Dienst dieser Interessen zu stellen, mit allen Kräften dem Volk zu helfen dadurch, daß sie in der Duma die Wahrheit verkünden, daß sie den Millionenmassen des Volkes allüberall in Rußland klarmachen, was für eine schädliche, volksfeindliche Politik die Regierung betreibt, welche Ränke sie gegen das Volk schmiedet, welche Gesetze und Maßnahmen sie dem Volk verweigert.

Aber die Dumadeputierten und die ganze Duma, die befähigt sind, dem Volke zu helfen, bedeuten gar nichts ohne das Volk. Wenn Rußland für kurze Zeit wenigstens kleine Freiheiten erlangte, wenn es, und sei es auch nur für kurze Zeit, eine Volksvertretung erhielt, so wurde das alles nur durch den Kampf des Volkes errungen, nur durch den aufopferungsvollen Kampf der Arbeiterklasse, der Bauernschaft, der Soldaten und Matrosen um die Freiheit.

Die Regierung hat dem Volke noch einmal den Krieg erklärt. Sie hat einen Weg eingeschlagen, der zur Auseinanderjagung der II. Duma, zur Aufhebung des jetzigen Wahlrechts, zur Wiederherstellung der alten Ordnung der alten russischen Selbstherrschaft führt.

Die Deputierten der Arbeiterklasse geben das dem ganzen Volk bekannt.

*Geschrieben Ende Februar 1907.*

*Zuerst veröffentlicht 1931  
im Lenin-Sammelband XVI.*

*Nach dem Manuskript.*

## DIE DUMAWAHLEN UND DIE TAKTIK DER RUSSISCHEN SOZIALDEMOKRATIE<sup>59</sup>

Der Ausfall der Dumawahlen kennzeichnet die Physiognomie und Stärke der verschiedenen Klassen.

Das Wahlrecht ist in Rußland ein *indirektes* und ein *ungleiches*. Die Bauern wählen zunächst von zehn Bauernhofbesitzern einen. Die also Gewählten wählen ihrerseits die bäuerlichen Bevollmächtigten, die Bevollmächtigten wählen erst bäuerliche Wahlmänner, und die Wahlmänner wählen schließlich in Gemeinschaft mit den Wahlmännern der anderen Stände die Abgeordneten der Duma. Entsprechend ist die Wahlordnung für die Gutsbesitzerkurie, die städtische und die Arbeiterkurie, wobei die Zahl der Wahlmänner, die auf jede einzelne von diesen Kurien entfallen, durch das Gesetz im Interesse und zugunsten der höheren Klassen, der Gutsbesitzer und der Bourgeoisie, festgesetzt ist. Dazu kommt noch, daß nicht nur die revolutionären, sondern selbst die bloß oppositionellen Parteien den barbarischsten und ungesetzlichsten polizeilichen Verfolgungen ausgesetzt sind, ferner der vollständige Mangel jeder Preß- und Versammlungsfreiheit, die willkürlichsten Haft- und Ausweisungsbefehle sowie die in der größeren Hälfte von Rußland wirkenden Standgerichte und der mit ihnen verbundene Belagerungszustand.

Wie war es unter diesen Umständen dennoch möglich, daß die neue Duma weit oppositioneller und revolutionärer werden konnte als die erste?

Um die Antwort auf diese Frage zu finden, wollen wir zunächst die Daten über die Verteilung der Wahlmänner nach den einzelnen Parteien in Verbindung mit der parteipolitischen Zusammensetzung der zweiten Duma betrachten nach den Angaben des Organs der Kadetten, der

„Retsch“, die sich auf ungefähr neun Zehntel aller Wahlmänner des Europäischen Rußlands (mit Ausnahme von Polen, dem Kaukasus, Sibirien usw.) erstrecken. Wir nehmen fünf politische Hauptgruppen an – da detailliertere Angaben über die politische Stellung der Wahlmänner fehlen. Die erste Gruppe bildet die *Rechte*. Hierher gehören die sogenannten „Schwarzhunderter“ (die Monarchisten, der Verband des russischen Volkes usw.), die für die Rückkehr zum alten Absolutismus in seiner reinen Form eintreten, einen rücksichtslosen militärischen Terrorismus gegen die Revolutionäre befürworten und Meuchelorde – wie den des Dumadeputierten Herzenstein –, „Pogrome“ usw. inszenieren. Ferner gehören hierher die sogenannten „Oktobristen“ (so nennt sich in Rußland die Partei der Großindustriellen), die sich sogleich nach dem Zarenmanifest vom 17. (30.) Oktober 1905 der Konterrevolution angeschlossen und heute die Regierung in jeder Weise unterstützen. Bei den Wahlen schließt diese Partei nicht selten Bündnisse mit den Monarchisten ab.

Eine zweite Gruppe bilden die „Parteilosen“. Weiter unten werden wir sehen, daß viele Wahlmänner und Abgeordnete, besonders die aus der Bauernschaft, sich hinter diesem Namen verstecken, um Verfolgungen wegen ihrer revolutionären Gesinnung zu entgehen.

Eine dritte Gruppe bilden die *Liberalen*. An der Spitze der liberalen Parteien steht die Konstitutionell-Demokratische Partei (die sogenannte „Kadetten“partei) oder die Partei der „Volksfreiheit“. Dieses ist die Partei der Mitte in der russischen Revolution; sie steht zwischen den Gutsbesitzern und den Bauern. Die Bourgeoisie versucht beide Klassen zu versöhnen. Die Bewertung der liberalen Bourgeoispartei der Kadetten bildet den wichtigsten Punkt des Meinungsstreits zwischen den beiden Richtungen innerhalb der russischen Sozialdemokratie.

In der Duma stehen, nicht aus politischer Überzeugung, sondern aus Opportunitätsrücksichten, auf Seite der russischen Liberalen auch die polnischen „Schwarzhunderter“, d. h. die Partei der „Nationaldemokraten“, die daheim in Polen mit allen Mitteln, einschließlich der Denunziation, der Aussperrungen und des Meuchelmordes, gegen das revolutionäre Proletariat ankämpft.

Die vierte Gruppe bilden die „Progressisten“. Dies ist gleichfalls nicht der Name für eine Partei, sondern ebenso wie „Parteilose“ eine nichts-

sagende und konventionelle Bezeichnung, die in erster Linie den Zweck hat, als Deckung gegen polizeiliche Verfolgungen zu dienen.

Die fünfte Gruppe endlich bildet die Linke. Hierher gehören die Parteien der Sozialdemokraten und der Sozialrevolutionäre, die Partei der „Volkssozialisten“ (die etwa den französischen Radikalsozialisten entsprechen) und die sogenannten „Trudowiki“ – eine noch recht formlose Organisation der bäuerlichen Demokratie.\* Die Trudowiki, die Volkssozialisten und die Sozialrevolutionäre sind ihrem Klassencharakter nach kleinbürgerliche und kleinbäuerliche Demokraten. Bisweilen suchten sich in der Wahlkampagne auch Wahlmänner der einzelnen revolutionären Gruppen mit der allgemeinen Bezeichnung „Linke“ zu decken, um vor Verfolgungen seitens der Polizei sicher zu sein.

Die Zahlen der „Retsch“ zeigen sofort die Richtigkeit unserer Feststellungen betreffend die soziale Zusammensetzung der Parteien.

### I. Zahl der Wahlmänner

Parteien	Die 51 Gouvernements des Europäischen Rußlands										Großstädte	
	Gutsbesitzerkurie		Städtische Kurie		Bauernkurie		Arbeiterkurie		Insgesamt			
	Wahlmänner	%	Wahlmänner	%	Wahlmänner	%	Wahlmänner	%	Wahlmänner	%	Wahlmänner	%
Rechte . . . . .	1224	70,9	182	13,9	764	33,8	—	—	2170	40,0	346	20,7
Parteilose . . . .	81	4,7	27	2,1	248	11,0	2	1,4	358	6,6	—	—
Liberales . . . . .	154	8,9	504	38,7	103	4,6	—	—	761	14,0	940	56,4
Progressisten . .	185	10,7	280	21,5	561	24,9	3	2,1	1029	18,9	55	3,3
Linke . . . . .	82	4,8	311	23,8	582	25,7	140	96,5	1115	20,5	327	19,6
Insgesamt	1726	100,0	1304	100,0	2258	100,0	145	100,0	5433	100,0	1668	100,0

\* In der deutschen Presse wird diese Partei oft als „Arbeitsgruppe“ bezeichnet, welche Benennung auf eine Verwandtschaft mit der Arbeiterklasse hinzudeuten scheint. Tatsächlich besteht in Rußland eine solche Verwandtschaft nicht einmal sprachlich. Es ist daher besser, das Wort „Trudowiki“ unübersetzt zu lassen oder es durch kleinbürgerliche, namentlich kleinbäuerliche Demokratie zu umschreiben.

II. Zahl der Dumaabgeordneten

Parteien	Die 51 Gouvernements des Europäischen Rußlands						Polen		Kaukasus		Sibirien und östliche Gouvernements		Im ganzen Russischen Reich	
	Von den Gouvernements		Von der Bauernkurie		Von den Großstädten									
	Deputierte	%	Deputierte	%	Deputierte	%	Deputierte	%	Deputierte	%	Deputierte	%	Deputierte	%
Rechte . . . . .	85	25,7	4	7,5	5	18,5	1	2,7	2	7,1	—	—	97	19,8
Parteilose . . . .	18	5,4	3	5,7	—	—	—	—	—	—	1	7,1	22	4,5
Liberales . . . . .	82	24,8	10	18,9	17	63,0	32	86,5	9	32,2	6	42,9	156	31,8
Progressisten . . .	20	6,0	10	18,9	—	—	3	8,1	2	7,1	—	—	35	7,1
Linke . . . . .	126	38,1	26	49,0	5	18,5	1	2,7	15	53,6	7	50,0	180	36,8
<i>Insgesamt</i>	331	100,0	53	100,0	27	100,0	37	100,0	28	100,0	14	100,0	490	100,0

Wie aus den beigefügten Tabellen ersichtlich, bilden die Großstädte eine besondere Gruppe, und zwar wählen Petersburg 6, Moskau 4, Warschau und Taschkent je 2 und die übrigen Städte je 1 Abgeordneten, zusammen sind es von 17 Städten 27 Deputierte. Die übrigen Dumamitglieder werden in den Wahlmännerversammlungen der einzelnen Gouvernements von allen vier Kurien gemeinsam gewählt; außerdem aber wählen in jedem Gouvernement die Wahlmänner der Bauern je 1 Abgeordneten der Bauernkurie. So gibt es also drei Gruppen von Abgeordneten: Deputierte der Gouvernementsversammlungen, der Bauernkurie und der Großstädte.

Einige Dutzend Wahlmänner des progressiven oder linken Blocks konnten nur auf Grund von Schätzungen auf die einzelnen Parteigruppen verteilt werden; insgesamt bilden diese Zahlen augenblicklich das vollständigste und zuverlässigste Material zum Verständnis der Klassenstruktur der verschiedenen Parteien Rußlands.

Die Arbeiterkurie wählt selbst in der Provinz, und erst recht in den Großstädten, fast ausnahmslos Linke, und zwar 96,5 Prozent. Von 140 linken Wahlmännern der Arbeiterkurie sind 84 Sozialdemokraten, 52 Linke ohne nähere Bezeichnung (zum größten Teil gleichfalls Sozialdemokraten) und 4 Sozialrevolutionäre. Somit ist die russische Sozialdemokratie trotz aller verleumderischen Behauptungen der Liberalen,

welche sie zu einer Partei der revolutionären Intelligenz stempeln möchten, die wahrhafte Arbeiterpartei. In Petersburg-Stadt und -Land wurden von den 24 Wahlmännern der Arbeiterkurie 20 Sozialdemokraten und 4 Sozialrevolutionäre gewählt. Moskau-Stadt und -Land wählte nur Sozialdemokraten, nämlich sämtliche 35, usw.

In der Bauernkurie fällt sogleich ein merkwürdiges Mißverhältnis auf: von den bäuerlichen Wahlmännern gehören 33,8 Prozent der Rechten an, während unter den *Dumaabgeordneten*, die von denselben Wahlmännern der Bauernkurie gewählt wurden, nur 7,5 Prozent Rechte sind. Es ist klar, daß sich die Wahlmänner der Bauern nur Rechte *nannten*, weil sie den Verfolgungen der Regierung entgehen wollten. Die russische Presse hat diese Erscheinung in mehr als hundert Fällen konstatieren können, und die Wahlstatistik hat sie nunmehr endgültig bestätigt.

Über die Bauernkurie darf man nicht danach urteilen, wie sich die Wahlmänner nennen, sondern ausschließlich danach, zu welcher Partei sich ihre *Abgeordneten* bekennen. Wir sehen, daß die Bauernkurie *die am weitesten links stehende Gruppe nächst der Arbeiterkurie bildet*. Die Bauern wählten nur 7,5 Prozent Rechte und 67,95 Prozent *solche, die links von den Liberalen stehen!* Der Bauer ist in Rußland zum weitaus größten Teile *revolutionär gesinnt*, dies ist die Lehre der zweiten Dumawahl. Das ist eine Tatsache von gewaltiger Bedeutung, denn sie beweist, daß die Revolution in Rußland bei weitem noch nicht ihr Ende erreicht hat. Solange die Ansprüche des Bauern nicht befriedigt sind, solange er wenigstens nicht beruhigt ist, *muß* die Revolution ihren Fortgang nehmen. Aber freilich hat die revolutionäre Stimmung des Bauern nichts mit der der Sozialdemokratie gemein. Der Bauer ist ein bürgerlich-demokratischer Revolutionär und kein Sozialist. Er kämpft nicht für die Überführung aller Produktionsmittel in die Hände der Gesellschaft, sondern für die Ent-eignung des Grund und Bodens der Gutsbesitzer durch die Bauernschaft.

Einen typischen parteipolitischen Ausdruck findet diese bürgerlich-demokratische revolutionäre Gesinnung des Bauern in den Parteien der Trudowiki, der Sozialrevolutionäre und der Volkssozialisten. Von den 53 Dumaabgeordneten der Bauernkurie gehören 24 diesen bäuerlichen Demokraten an (10 Linke, 10 Trudowiki, 4 Sozialrevolutionäre), und es ist ferner auch ganz sicher, daß von den 10 „Progressisten“ und 3 „Parteilosen“, die von den Bauern gewählt wurden, die Mehrheit zu

den Trudowiki gehört. Wir sagen: ganz sicher. Denn nach der ersten Duma wurden die Trudowiki unablässig verfolgt, und die Bauern sind vorsichtig genug, sich nicht Trudowiki zu nennen, obwohl sie *tatsächlich* in der Duma zusammen mit den Trudowiki *stimmen*. So war zum Beispiel die bedeutendste Gesetzesvorlage der Trudowiki in der ersten Duma das Projekt einer Agrarreform, welches als das „Projekt der 104“ bekanntgeworden ist (den wesentlichen Inhalt dieser Vorlage bildet die sofortige Nationalisierung des Grund und Bodens der Großgrundbesitzer und die künftige der bäuerlichen Anteilländereien sowie ferner ein Ausgleich der Bodenverteilung). Dieses Projekt ist ein hervorragendes Erzeugnis der politischen Denkweise der Bauernmasse in einer der wichtigsten Fragen des bäuerlichen Lebens. Dieses Projekt war nun von 70 „Trudowiki“ und außerdem von 25 Bauern unterschrieben, die sich „Parteilose“ nannten oder auf die Frage nach ihrer Parteizugehörigkeit überhaupt keine Antwort gaben!

Somit ist die „Trudowiki“gruppe in Rußland ohne Zweifel eine Partei der ländlichen, bäuerlichen Demokratie. Es sind revolutionäre Parteien, jedoch nicht im sozialistischen, sondern im bürgerlich-demokratischen Sinne dieses Wortes.

In der *städtischen Kurie* muß zwischen großen und kleinen Städten unterschieden werden. In den kleinen Städten sind die politischen Gegensätze zwischen den einzelnen Klassen nicht so scharf ausgeprägt, da gibt es nicht die großen Massen des Proletariats (die eine besondere Arbeiterkurie bilden), hier sind die Rechten schwächer. In den Großstädten fehlen parteilose Wahlmänner ganz, hier ist die Zahl der nicht Farbe bekennenden „Progressisten“ sehr gering, dafür sind die Rechten hier stärker und die Linken schwächer. Der Grund ist einfach: Das Proletariat der Großstädte bildet eine besondere Arbeiterkurie, die in unserer Tabelle der Wahlmänner nicht mit verzeichnet ist.\* Das Kleinbürgertum ist hier

---

\* Für diese fehlen genaue Angaben. Deswegen sind die Zahlen für die Wahlmänner der Arbeiterkurie in der Tabelle fortgelassen. Wir haben nur genauere Kenntnis von 37 Arbeiterwahlmannern. Diese gehören *ausnahmslos* zur *Linken*. Die Gesamtzahl aller Arbeiterwahlmänner im Europäischen Rußland beträgt nach dem Gesetz 208. Hiervon haben wir genauere Daten über 145, was zusammen mit den letztthin erwähnten 37 Wahlmannern der großstädtischen Arbeiterkurie 182, d. h. neun Zehntel sämtlicher Arbeiterwahlmänner ausmacht.

weniger zahlreich als in den kleinen Städten. Die Großindustrie überwiegt – sie wird teils von den Parteien der Rechten, teils von den Liberalen vertreten.

Die Daten über die Zusammensetzung der Wahlmänner beweisen mit Evidenz, daß der Grundstock der liberalen Parteien (hauptsächlich also der Kadetten) von der städtischen und vor allem von der großindustriellen Bourgeoisie gebildet wird. Die Rechtsschwenkung dieser Bourgeoisie, die sich durch die Selbständigkeit und Kraft des Proletariats erschreckt fühlt, wird besonders deutlich beim Vergleich der großen und der kleinen Städte. In den letzteren ist die städtische (d. h. die bürgerliche) Kurie weit stärker mit linken Elementen durchsetzt.

Mit dieser Frage stehen die grundlegenden Meinungsstreitigkeiten der russischen Sozialdemokraten in engstem Zusammenhang. Der eine Flügel (die sogenannte „Minderheit“, die Menschewiki) hält die Kadetten und die Liberalen für die fortschrittliche städtische Großbourgeoisie, im Gegensatz zum rückständigen ländlichen Kleinbürgertum (zu den Trudowiki). Hieraus folgt, daß die Bourgeoisie als die treibende Kraft der Revolution angesehen und eine Politik der Unterstützung der Kadetten proklamiert wird. Der andere Flügel (die sogenannte „Mehrheit“, die Bolschewiki) hält die Liberalen für Vertreter der Großindustrie, die aus Furcht vor dem Proletariat nach einer möglichst raschen Beendigung der Revolution streben und auf Kompromisse mit der Reaktion ausgehen. Die Trudowiki hält dieser Flügel für die revolutionäre kleinbürgerliche Demokratie und ist der Ansicht, daß diese geneigt ist, eine radikale Stellung in der für die Bauernschaft so überaus wichtigen Frage des Bodenbesitzes, d. h. der Konfiskation des Großgrundbesitzes, einzunehmen. Hieraus ergibt sich die Taktik der „Mehrheit“. Sie lehnt eine Unterstützung der verräterischen liberalen Bourgeoisie, d. h. der Kadetten, ab und sucht das demokratische Kleinbürgertum dem Einfluß der Liberalen zu entziehen; sie will den Bauer und den städtischen Kleinbürger von den Liberalen losreißen und sie hinter dem Proletariat als der Avantgarde in den revolutionären Kampf führen. Die russische Revolution ist ihrem gesellschaftlich-wirtschaftlichen Gehalt nach eine bürgerliche, aber ihre treibende Kraft ist dennoch nicht die liberale Bourgeoisie, sondern das Proletariat und die demokratische Bauernschaft. Der Sieg der Revolution ist nur

möglich durch die revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft.

Wenn wir uns über die Festigkeit des Bundes zwischen den Liberalen und dem städtischen Kleinbürgertum orientieren wollen, so hat für uns ein besonderes Interesse die Statistik der *Zahl der Stimmen*, die in den Großstädten für die verbundenen Parteien abgegeben wurden. Nach den Angaben des Statistikers Smirnow fielen in 22 Großstädten auf die Monarchisten 17 000, auf die Oktobristen 34 500, auf die Kadetten 74 000 und auf den Linksblock 41 000 Stimmen.\*

Während der Wahlen zur zweiten Duma entbrannte ein heißer Kampf zwischen den beiden Flügeln der Sozialdemokratie, der Minderheit und der Mehrheit, wegen der Frage, ob man einen Block mit den Kadetten oder einen solchen gegen die Kadetten mit den Trudowiki bilden solle. In Moskau sind die Anhänger der Mehrheit stärker. Dort kam der Linksblock zustande, und die Minderheit fügte sich. In Petersburg war die Mehrheit ebenfalls stärker, und auch hier kam während der Wahlen der Linksblock zustande, aber die Minderheit fügte sich nicht und trat aus der Organisation aus. Es entstand eine Spaltung, die auch heute noch fortbesteht. Die Minderheit berief sich auf die Gefahr, die von den Schwarzhundertern drohe, d. h., sie befürchtete einen Wahlsieg der „Schwarzen“ wegen der Spaltung der linken und der liberalen Stimmen. Die Mehrheit erklärte diese Gefahr für eine Erfindung der Liberalen, die nur den Zweck habe, die kleinbürgerliche und die proletarische Demokratie unter die Fittiche des bürgerlichen Liberalismus zu ziehen. Die Zahlen beweisen, daß die Summe der Stimmen der Linken und der Kadetten die vereinigten Stimmen der Oktobristen und der Monarchisten um mehr als das Doppelte übertreffen.\*\* Eine Spaltung der Stimmen

\* Unter dem „Linksblock“ hat man das Wahlbündnis der Sozialdemokraten mit den Parteien der kleinbürgerlichen Demokratie zu verstehen (in erster Linie mit den „Trudowiki“, wenn wir diese Bezeichnung im weitesten Sinne verstehen und wenn wir dem linken Flügel dieser Gruppe die Sozialrevolutionäre hinzurechnen). Dieses Bündnis richtete sich sowohl gegen die Rechte als auch gegen den Liberalismus.

\*\* Nach den Berechnungen desselben Herrn Smirnow erhielt in 16 Städten, wo 72 000 Wähler zur Wahl erschienen und nicht 4, sondern 2 (oder 3) Listen miteinander kämpften, die Opposition 58,7 Prozent und die Rechte 21 Prozent.

der Opposition konnte also unmöglich den Rechten zum Siege verhelfen.

Diese Zahlen, die mehr als 200 000 städtische Wähler umfassen, sowie die auf die Zusammensetzung der gesamten zweiten Duma bezüglichen Daten beweisen, daß der wirkliche politische Sinn der Bündnisse von Sozialdemokraten und Kadetten gar nicht in der Abwehr der „schwarzen“ Gefahr besteht (ist doch diese Ansicht, auch wenn sie noch so ehrlich gemeint ist, durchaus falsch), sondern in der Unterbindung einer selbständigen Politik der Arbeiterklasse und in ihrer Unterordnung unter die Hegemonie des Liberalismus.

Der Kern des Meinungsstreits zwischen den beiden Flügeln der russischen Sozialdemokratie liegt in der Entscheidung, ob man die Hegemonie der Liberalen anerkennen oder die Hegemonie der Arbeiterklasse in der bürgerlichen Revolution anstreben solle.

Der Umstand, daß die Linken bei dem ersten Zusammengehen der Sozialdemokraten und der Trudowiki gegen die Kadetten in 22 Städten unter den unerhörten Schwierigkeiten, die der Agitation entgegenstanden, 41 000 Stimmen eroberten, d. h. also die Oktobristen überholten und mehr als halb soviel Stimmen erhielten wie die Liberalen, ist der „Mehrheit“ ein Beweis dafür, daß das demokratische Kleinbürgertum in den Städten den Kadetten mehr unter dem Druck der Tradition und der liberalen Verführung folgt als wegen der Feindschaft dieser Kreise gegen die Revolution.

Gehen wir jetzt zu der letzten Kurie, zu der der ländlichen Grundbesitzer, über. Hier finden wir ein deutliches und starkes Überwiegen der Rechten: 70,9 Prozent der Wahlmänner sind Rechte. Der Abscheu des Großgrundbesitzers vor der Revolution und seine Schwenkung zur Konterrevolution unter dem Eindruck, den der Kampf des Bauern um den Boden auf ihn macht, ist eine unvermeidliche Notwendigkeit.

Wenn wir nun die Zusammensetzung der Wahlmännergruppen in den Wahlversammlungen der Gouvernements und die Zusammensetzung der

Auch hier ist die erste Zahl mehr als das Doppelte der zweiten. Auch hier also war die von den Schwarzhundertern drohende Gefahr nur ein trügerisches Schreckbild der Liberalen, die so viel von der Gefahr von rechts redeten, weil sie in Wirklichkeit die „Gefahr von links“ fürchteten (ein Ausdruck, den wir dem Kadettenorgan „Retsch“ entnehmen).

Duma in bezug auf die politische Stellung der Abgeordneten, die auf diesen Wahlversammlungen gewählt wurden, miteinander vergleichen, so bemerken wir, daß „Progressist“ zum großen Teil nur ein Name ist, hinter dem sich Linke verstecken. Unter den Wahlmännern befinden sich 20,5 Prozent Linke und 18,9 Prozent Progressisten. Von den Deputierten gehören 38 Prozent zur Linken! Die Rechten haben nur 25,7 Prozent der Abgeordneten und zählten doch 40 Prozent Wahlmänner; aber wenn man die Wahlmänner der Bauern von den letzteren abzieht (wir haben bewiesen, daß nur die Agenten der russischen Regierung, die die Wahlnachrichten fälschten, sie zur Rechten zählen konnten), so erhalten wir  $2170 - 764 = 1406$  rechtsstehende Wahlmänner, also 25,8 Prozent. Beide Resultate stimmen also vollkommen untereinander überein. Die liberalen Wahlmänner verstecken sich offenbar teils hinter dem Namen der „Parteilosen“, teils hinter dem der „Progressisten“ und die der Bauern sogar hinter dem der „Rechten“.

Ein Vergleich mit den nichtrussischen Teilen Rußlands, mit Polen und dem Kaukasus, ist ein neuer Beweis, daß die eigentliche Triebkraft der bürgerlichen Revolution in Rußland nicht die Bourgeoisie ist. In Polen gibt es keine revolutionäre Bauernbewegung, keine städtische bürgerliche Opposition, fast keinen Liberalismus. Dem revolutionären Proletariat steht ein reaktionärer Block der Groß- und Kleinbourgeoisie gegenüber. Dort siegten deshalb die „Nationaldemokraten“. Im Kaukasus ist die revolutionäre Bauernbewegung sehr stark – dort sind die Liberalen fast in gleicher Stärke vertreten wie in Rußland, die Linke aber ist hier die stärkste Partei: der Prozentsatz der Linken in der Duma (53,6 Prozent) ist ungefähr der gleiche wie der der aus der Bauernkurie hervorgehenden Dumaabgeordneten (49 Prozent). Nur die Arbeiter und die revolutionär-demokratische Bauernschaft können die bürgerliche Revolution vollenden. In dem fortgeschrittenen, kapitalistisch hochentwickelten Polen gibt es keine Agrarfrage im Sinne Rußlands, da gibt es auch keinen revolutionären Kampf der Bauernschaft um die Konfiskation des Grund und Bodens der Großgrundbesitzer. Daher hat die Revolution in Polen keinen starken Stützpunkt außer im Proletariat. Die Klassengegensätze nähern sich dort dem westeuropäischen Typus. Der umgekehrten Erscheinung begegnen wir dagegen im Kaukasus.

Hier sei noch bemerkt, daß die 180 Linken sich nach der Zeitung

„Retsch“ in folgender Weise auf die einzelnen Parteien verteilen: 68 Linke, 9 Volkssozialisten (der rechte Flügel der Trudowiki), 28 Sozialrevolutionäre und 46 Sozialdemokraten . . . Tatsächlich zählen die letzteren schon jetzt 65. Die Liberalen sind bemüht, die Zahl der Sozialdemokraten möglichst niedrig anzusetzen.

Ihrer Klassenstruktur nach müssen diese Gruppen auf zwei Schichten zurückgeführt werden: auf das demokratische Kleinbürgertum, das städtische und besonders das ländliche, entfallen 134 Abgeordnete, auf das Proletariat 46 Abgeordnete.

Im ganzen sehen wir somit in Rußland die Klassenschichtung der verschiedenen Parteien mit außergewöhnlicher Klarheit hervortreten. Die Großgrundbesitzer gehören zu den Schwarzhundertern, den Monarchisten und den Oktobristen. Die Großindustrie ist durch die Oktobristen und die Liberalen vertreten. Nach den landwirtschaftlichen Methoden zerfallen die Grundbesitzer in Rußland in solche, die ihr Land noch nach halbfeudalen Methoden bewirtschaften, indem sie es mit dem Vieh und mit dem Inventar des Bauern bearbeiten lassen (der Bauer ist hier nur der Schuldklave des Gutsherrn), und in solche, die bereits moderne kapitalistische Wirtschaftsform eingeführt haben. Unter den letzteren gibt es nicht wenige Liberale. Das städtische Kleinbürgertum ist durch Liberale und Trudowiki vertreten, das bäuerliche Kleinbürgertum durch Trudowiki und besonders durch deren linken Flügel: die Sozialrevolutionäre. Das Proletariat hat seine Vertretung in der Sozialdemokratie. Bei der unverkennbaren Rückständigkeit der kapitalistischen Entwicklung Rußlands kann dieses plastische Hervortreten der Parteigruppierungen nach der Klassenstruktur der Gesellschaft nur durch die stürmische revolutionäre Stimmung der Epoche erklärt werden, wo sich die Parteien weit aus schneller bilden und wo das Selbstbewußtsein der Klassen unendlich viel schneller wächst und zur Ausprägung kommt als in Epochen des Stillstands oder des sogenannten friedlichen Fortschritts.

*Veröffentlicht am 27. März 1907  
in der Zeitschrift „Die Neue Zeit“,  
1906/07, Bd. 1, Nr. 26.*

*Unterschrift: A. L i n i t s c h.*

*Nach dem Text der  
„Neuen Zeit“.*

---

## DIE PLATTFORM DER REVOLUTIONÄREN SOZIALDEMOKRATIE

### I

In einigen Wochen wird bekanntlich der Parteitag zusammentreten. Wir müssen aufs tatkräftigste an seine Vorbereitung und an die Erörterung der grundlegenden taktischen Fragen gehen, die die Partei auf diesem Parteitag lösen muß.

Das ZK unserer Partei hat bereits eine Tagesordnung für den Parteitag aufgestellt, die in den Zeitungen veröffentlicht ist. Zentralpunkte dieser Tagesordnung sind: 1. „Die nächsten politischen Aufgaben“ und 2. „Die Reichsduma“. Was den zweiten Punkt anbelangt, so ist es augenscheinlich und unbestreitbar, daß er auf der Tagesordnung stehen muß. Der erste Punkt ist unseres Erachtens ebenfalls notwendig, aber seine Formulierung oder, richtiger gesagt, sein Inhalt sollte etwas abgeändert werden.

Um der gesamten Partei die Möglichkeit zu geben, unverzüglich die Aufgaben des Parteitags und die taktischen Fragen, die er zu lösen haben wird, zu erörtern, hat eine Beratung von Vertretern beider hauptstädtischer Organisationen unserer Partei und des Redaktionskollegiums des „Proletari“ am Vorabend der Einberufung der zweiten Duma die untenstehenden Resolutionsentwürfe ausgearbeitet\*. Wir beabsichtigen, kurz zu skizzieren, *wie* die Beratung ihre Aufgaben auffaßte, *warum* sie die Resolutionsentwürfe gerade zu den und den Fragen in den Vordergrund rückte und *welche wichtigsten Gedanken* sie in diesen Resolutionen niedergelegt hat.

Erste Frage: „Die nächsten politischen Aufgaben“.

---

\* Siehe den vorliegenden Band, S. 125–136. *Die Red.*

Unseres Erachtens darf man in der Epoche, die wir durchleben, die Frage vor dem Parteitag der SDAPR nicht so stellen. Es ist eine revolutionäre Epoche. Darüber sind sich alle Sozialdemokraten ohne Unterschied der Fraktionen einig. Man braucht nur einen Blick auf den *grundsätzlichen* Teil der Resolution zu werfen, die die Menschewiki und die Bundisten auf der Gesamtrussischen Konferenz der SDAPR vom November 1906 angenommen haben, um sich von der Richtigkeit unserer These zu überzeugen.

In einer revolutionären Epoche aber darf man sich *nicht* auf die Bestimmung der *nächsten* politischen Aufgaben beschränken, und zwar aus zwei Gründen nicht. Erstens treten in solchen Zeiten die *Hauptaufgaben* der sozialdemokratischen Bewegung in den Vordergrund, verlangen eine gründliche Untersuchung in viel höherem Maße, als es in Zeiten der „friedlichen“ und konstitutionellen Kleinarbeit der Fall ist. Zweitens kann man in einer solchen Epoche *nicht* die *nächsten* politischen Aufgaben bestimmen, denn die Revolution zeichnet sich ja gerade dadurch aus, daß jähe Umschwünge, rasche Wendungen, unerwartete Situationen, heftige Explosionen möglich und unvermeidlich sind. Man braucht nur auf die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit der Auseinanderjagung der linken Duma und der Änderung des Wahlgesetzes im Geiste der Schwarzhunderter hinzuweisen, um das zu begreifen.

Für die Österreicher beispielsweise war es eine leichte Sache, ihre „nächste“ Aufgabe – Kampf für das allgemeine Wahlrecht – zu bestimmen, als alle Anzeichen darauf hindeuteten, daß die Epoche einer mehr oder minder friedlichen, folgerichtigen und kontinuierlichen konstitutionellen Entwicklung fort dauert. Wie aber ist es bei uns? Sprechen nicht sogar die Menschewiki in der obenerwähnten Resolution davon, daß ein *friedlicher* Weg unmöglich ist, daß es notwendig ist, nicht Fürsprecher, sondern Vorkämpfer in die Duma zu wählen? Erkennen sie etwa den Kampf für die konstituierende Versammlung nicht an? Man stelle sich einmal ein europäisches Land vor, in dem die konstitutionelle Ordnung besteht und sich für eine gewisse Zeit konsolidiert hat und in dem die Rede sein könnte von der Losung „Konstituierende Versammlung“, in dem der „Fürsprecher“ im Parlament dem „Vorkämpfer“ gegenübergestellt würde – und man wird begreifen, daß man unter solchen Bedingungen die „nächsten“ Aufgaben *nicht* so bestimmen kann, wie man das

jetzt im Westen tut. Je erfolgreicher die Dumaarbeit der Sozialdemokratie und der revolutionären bürgerlichen Demokratie sein wird, um so wahrscheinlicher wird es zu einem Ausbruch des Kampfes außerhalb der Duma kommen, der uns vor ganz besondere nächste Aufgaben stellen wird.

Nein. Wir müssen auf dem Parteitag nicht so sehr die nächsten als vielmehr die *wichtigsten* Aufgaben des Proletariats im gegenwärtigen Abschnitt der bürgerlichen Revolution erörtern. Sonst geraten wir in die Lage von Leuten, die nicht wissen, was zu tun ist, und bei jeder Wendung der Ereignisse den Kopf verlieren (wie es bereits mehr als einmal im Jahre 1906 der Fall war). Die „nächsten“ Aufgaben können wir ohnehin nicht bestimmen – wie ja auch niemand voraussagen kann, ob sich die zweite Duma und das Wahlgesetz vom 11. Dezember 1905 eine Woche, einen Monat oder ein halbes Jahr halten werden. Eine von der gesamten Partei erarbeitete Stellungnahme zu den Hauptaufgaben des sozialdemokratischen Proletariats in unserer Revolution aber gibt es noch nicht. Und ohne eine solche Herausarbeitung ist eine zielbewußte, prinzipientreue Politik unmöglich – alles Jagen nach einer Bestimmung der „nächsten“ Aufgaben muß erfolglos verlaufen.

Der Vereinigungsparteitag hat keine Resolution zur Beurteilung der Lage und zu den Aufgaben des Proletariats in der Revolution angenommen, obgleich beide Strömungen in der Sozialdemokratischen Partei entsprechende Entwürfe eingereicht hatten, obgleich die Beurteilung der Lage auf der Tagesordnung stand und diese Frage auf dem Parteitag erörtert wurde. Also hielten *alle* diese Fragen für wichtig, die Mehrheit des Stockholmer Parteitags aber war der Ansicht, daß sie im *damaligen* Zeitpunkt noch nicht genügend geklärt waren. Es ist notwendig, diese Fragen von neuem zu untersuchen. Wir müssen prüfen, erstens: wie die gegenwärtige revolutionäre Etappe nach den Grundtendenzen der sozialökonomischen und politischen Evolution zu bewerten ist; zweitens: wie sich die Klassen (und Parteien) im heutigen Rußland politisch gruppieren; drittens: welches in einem *solchen* Zeitpunkt, angesichts einer *solchen* politischen Gruppierung der gesellschaftlichen Kräfte die Hauptaufgaben der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei sind.

Wir verschließen natürlich nicht die Augen vor der Tatsache, daß gewisse Menschewiki (und vielleicht auch das ZK) unter der Frage der

nächsten politischen Aufgaben ganz einfach die Unterstützung der Forderung eines Duma-, d. h. eines Kadettenkabinetts verstanden haben.

Plechanow hat schon mit der ihm eigenen – und natürlich höchst lobenswerten – Vehemenz, mit der er die Menschewiki nach rechts drängt, in der „Russkaja Shisn“ (vom 23. Februar) für diese Forderung eine Lanze gebrochen.

Wir glauben, daß das eine wichtige, aber *untergeordnete* Frage ist und daß Marxisten sie nicht isoliert behandeln können, d. h. ohne Beurteilung der gegenwärtigen Etappe unserer Revolution, ohne Beurteilung des Klassegepräges der Kadettenpartei und der ganzen politischen Rolle, die sie gegenwärtig spielt. Diese Frage auf einen reinen Politizismus, auf das „Prinzip“ der Verantwortlichkeit des Kabinetts vor dem Parlament in der konstitutionellen Ordnung überhaupt zu reduzieren hieße den Standpunkt des Klassenkampfes restlos aufgeben und zum Standpunkt eines Liberalen übergehen.

Aus diesem Grunde hat unsere Beratung die Frage des Kadettenkabinetts mit der Einschätzung der gegenwärtigen Etappe der Revolution verknüpft.

In der entsprechenden Resolution beginnen wir, in der Begründung, vor allem mit der Frage, die alle Marxisten als Grundfrage anerkennen, mit der Frage der Wirtschaftskrise und der ökonomischen Lage der Massen. Die Beratung hat die Formulierung angenommen, daß die Krise „keine Anzeichen einer baldigen Überwindung erkennen läßt“. Diese Formel ist vielleicht allzu vorsichtig. Für die Sozialdemokratische Partei aber ist es natürlich wichtig, unbestreitbare Tatsachen festzustellen, die Grundkonturen zu zeichnen, während es der Parteiliteratur überlassen bleibt, die Frage wissenschaftlich zu bearbeiten.

Wir stellen fest (Punkt 2 der Begründung), daß sich auf dem Boden der Krise der Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie verschärft (eine unzweifelhafte Tatsache, die Erscheinungsformen dieser Verschärfung sind allgemein bekannt), und dann, daß sich der soziale Kampf im Dorf verschärft. Im Dorf gibt es keine auffälligen, sofort in die Augen springenden Ereignisse, wie z. B. Aussperrungen, aber schon solche Maßregeln der Regierung wie die Agrargesetze vom November<sup>60</sup> („Bestechung der bäuerlichen Bourgeoisie“) zeugen davon, daß sich der Kampf verschärft, daß die Gutsbesitzer gezwungen sind, alle ihre Kräfte

auf die Spaltung der Bauernschaft zu richten, um den Ansturm der gesamten Bauernschaft zu schwächen.

Wozu diese Anstrengungen in letzter Instanz führen werden, wissen wir nicht. Alle „nichtvollendeten“ (ein Ausdruck von Marx) bürgerlichen Revolutionen „endeten“ mit dem Übergang der wohlhabenden Bauernschaft auf die Seite der Ordnung. Die Sozialdemokratie muß jedenfalls alles tun, um die Entwicklung des Bewußtseins der breitesten Schichten der Bauernschaft zu fördern, um ihnen den Sinn des Klassenkampfes, der im Dorfe vor sich geht, klarzumachen.

Im dritten Punkt wird dann die grundlegende Tatsache der politischen Geschichte Rußlands im vergangenen Jahr festgestellt: die „Rechtsentwicklung“ der oberen und die „Linksentwicklung“ der unteren Klassen. Wir sind der Meinung, daß die Sozialdemokratie insbesondere in revolutionären Epochen auf ihren Parteitag aus den Perioden der gesellschaftlichen Entwicklung das *Fazit ziehen* muß, indem sie ihre marxistischen Untersuchungsmethoden auf sie *anwendet* und andere Klassen *lehrt*, auf das Vergangene zurückzublicken und politische Ereignisse *prinzipiell* zu betrachten, nicht aber vom Standpunkt des Augenblicksinteresses oder des Erfolgs für einige Tage, wie es die Bourgeoisie tut, die im Grunde jede Theorie verachtet und jede Klassenanalyse der Zeitgeschichte fürchtet.

Eine Stärkung der Extreme ist eine Schwächung der Mitte. Die Mitte sind nicht die Oktobristen, wie manche Sozialdemokraten (darunter auch Martow) fälschlich glaubten, sondern die Kadetten. Worin besteht die *objektiv* geschichtliche Aufgabe dieser Partei? Diese Frage müssen die Marxisten beantworten, wenn sie ihrer Lehre treu bleiben wollen. Die Resolution antwortet: „Darin, der Revolution mit Zugeständnissen, die für die erzreaktionären Gutsbesitzer und für die Selbstherrschaft *annehmbar* sind“ (denn die Kadetten sind für eine freiwillige Vereinbarung), „*ein Ende zu setzen*“. Wie in der bekannten Schrift K. Kautskys „Die soziale Revolution“ sehr gut auseinandergesetzt wird, unterscheidet sich die Reform von der Revolution dadurch, daß die Macht in den Händen der Unterdrückterklasse bleibt, die den Aufstand der Unterdrückten mit Hilfe von Zugeständnissen niederhält, die für die Unterdrückter ohne *Vernichtung* ihrer Machtstellung *annehmbar* sind.

Die objektive Aufgabe der liberalen Bourgeoisie in der bürgerlich-

demokratischen Revolution besteht gerade darin, um den Preis „vernünftiger“ Zugeständnisse die Monarchie und die Gutsbesitzerklasse zu erhalten.

Ist diese Aufgabe zu realisieren? Das hängt von den Umständen ab. Als unbedingt unrealisierbar kann sie der Marxist nicht ansehen. Ein solcher Ausgang der bürgerlichen Revolution aber bedeutet: 1. geringste Freiheit für die Entwicklung der Produktivkräfte der bürgerlichen Gesellschaft (der wirtschaftliche Fortschritt Rußlands wird bei revolutionärer Vernichtung des gutsherrlichen Grundbesitzes unvergleichlich schneller vorstatten gehen als bei Umgestaltung des Großgrundbesitzes nach dem Kadettenplan); 2. Nichtbefriedigung der wichtigsten Bedürfnisse der Volksmasse und 3. Notwendigkeit ihrer *gewaltsamen* Niederhaltung. Ohne gewaltsame Niederhaltung der Massen ist die kadettische „friedliche“ konstitutionelle Entwicklung *nicht zu verwirklichen*. Das müssen wir fest im Gedächtnis behalten und dem Bewußtsein der Massen einprägen. Der „soziale Friede“ der Kadetten ist ein Friede für den Gutsbesitzer und den Fabrikanten, ist der „Friede“ des *unterdrückten* Aufstands der Bauern und Arbeiter.

Die standrechtlichen Repressalien Stolypins und die „Reformen“ der Kadetten – das sind zwei Hände ein und desselben Unterdrückers.

## II<sup>61</sup>

Acht Tage sind verstrichen seit der Veröffentlichung unseres ersten Artikels über dieses Thema – und das politische Leben hat schon eine ganze Reihe von wichtigen Ereignissen gebracht, die unsere damaligen Ausführungen bestätigt und die damals von uns angeschnittenen aktuellen Fragen ins helle Licht der „vollzogenen (oder sich vollziehenden?) *Tatsache*“ gerückt haben.

Die Rechtsschwenkung der Kadetten hat bereits in der Duma ihren Ausdruck gefunden. Daß die Roditschew den Stolypin unterstützen, indem sie Mäßigung, Vorsicht, Legalität, Beruhigung, Nichtaufreizung des Volkes propagieren, und daß Stolypin seinerseits Roditschew seine Unterstützung, die berühmte „allseitige“ Unterstützung, zuteil werden läßt – das ist zu einer Tatsache geworden.<sup>62</sup>

Diese Tatsache hat glänzend die Richtigkeit unserer Analyse der gegenwärtigen politischen Lage bestätigt, der Analyse, die wir vor Eröffnung der zweiten Duma in unseren Resolutionsentwürfen vom 15. bis 18. Februar gegeben haben. Wir haben es abgelehnt, dem Vorschlag des ZK zu folgen und die „nächsten politischen Aufgaben“ zu erörtern, wir haben gezeigt, daß ein derartiger Vorschlag in einer revolutionären Epoche keiner Kritik standhält, und haben diese Frage der Politik des Augenblicks ersetzt durch die Frage nach den Grundlagen der sozialistischen Politik in der bürgerlichen Revolution.

Und eine Woche revolutionärer Entwicklung hat unsere Voraussicht vollauf bestätigt.

Voriges Mal haben wir den begründenden Teil unseres Resolutionsentwurfs erörtert. Der zentrale Punkt dieses Teils war die Feststellung der Tatsache, daß die geschwächte Partei des „Zentrums“, d. h. die bürgerlich-liberale Partei der Kadetten, bestrebt ist, der Revolution mit Zugeständnissen, die für die erzreaktionären Gutsbesitzer und für die Selbstherrschaft annehmbar sind, ein Ende zu machen.

Noch gestern, kann man sagen, erklärten Plechanow und seine Gesinnungsgenossen vom rechten Flügel der SDAPR diese Idee des Bolschewismus, die wir im Laufe des ganzen Jahres 1906 (und sogar früher, seit 1905, seit dem Erscheinen der Broschüre „Zwei Taktiken“) hartnäckig vertreten haben, für eine halb phantastische Mutmaßung, die der Rebellenauffassung von der Rolle der Bourgeoisie entspringe, oder zumindest für eine unzeitgemäße Übereilung usw.

Heute sehen *alle*, daß wir recht hatten. Das „Bestreben“ der Kadetten beginnt sich zu verwirklichen, und sogar eine Zeitung wie der „Towarischtsch“, die den Bolschewismus wegen seiner rücksichtslosen Entlarvung der Kadetten vielleicht mehr als alle anderen haßt, sagt zu den von der „Retsch“ dementierten Gerüchten\* über die Verhandlungen der

---

\* Diese Zeilen waren bereits geschrieben, als wir im Leitartikel der „Retsch“ vom 13. März lasen: „Sobald genaue Angaben über die vielgenannten Verhandlungen der Kadetten mit der Regierung vom Juni vorigen Jahres veröffentlicht werden, wird das Land erfahren, daß man den Kadetten wegen dieser Verhandlungen ‚hinter dem Rücken des Volkes‘ wohl kaum irgend etwas anderes vorwerfen kann als vielleicht die Unnachgiebigkeit, von der die ‚Rossija‘<sup>68</sup> spricht.“ Jawohl, eben „sobald sie veröffentlicht werden“! Einstweilen aber

Kadetten mit der Schwarzhunderterregierung: „Wo Rauch ist, da ist auch Feuer.“

Es bleibt uns nur übrig, diesen Wiederbeginn der „bolschewistischen Woche“ im „Towarischtsch“ zu begrüßen. Es bleibt uns nur übrig, zu registrieren, daß die Geschichte alle unsere Warnungen und Losungen bestätigt hat, daß die Geschichte den ganzen Leichtsinn (bestenfalls Leichtsinn) jener „Demokraten“ und leider sogar mancher Sozialdemokraten entlarvt hat, die mit geringschätzigem Achselzucken über unsere Kritik an den Kadetten hinweggegangen sind.

Wer hat in der Epoche der ersten Duma gesagt, daß die Kadetten hinter dem Rücken des Volkes mit der Regierung schachern? Die Bolschewiki. Und dann hat sich herausgestellt, daß ein Mann wie Trepow für ein Kadettenkabinett war.

Wer betrieb am energischsten die Enthüllungskampagne, als Miljukow am 15. Januar mitten im Wahlkampf (angeblichen Kampf), den die Partei der angeblichen Volksfreiheit gegen die Regierung führte, Stolypin einen Besuch abgestattet hatte? Die Bolschewiki.

Wer hat in den Petersburger Wahlversammlungen und in den ersten Tagen der zweiten Duma (siehe die Zeitung „Nowy Lutsch“) daran erinnert, daß die Zwei-Milliarden-Frank-Anleihe von 1906 den Dubassow und Co. faktisch mit indirekter Hilfe der Kadetten gegeben worden ist, die Clemenceaus formellen Vorschlag, öffentlich, im Namen der Partei, gegen diese Anleihe Sturm zu laufen, abgelehnt hatten? Die Bolschewiki.

Wer hat am Vorabend der zweiten Duma die Entlarvung des „verräterischen Charakters der Politik der Kadetten“ als die Kernfrage der Politik eines folgerichtigen (d. h. proletarischen) Demokratismus bezeichnet? Die Bolschewiki.

Der leiseste Hauch genügte, um alles Gerede von Unterstützung der Forderung eines Dumakabinetts oder eines verantwortlichen Ministeriums oder der Forderung, die vollziehende Gewalt der gesetzgebenden unterzuordnen usw., wie ein Flöckchen fortzublasen. Plechanows Träume,

veröffentlichen die Kadetten trotz aller Aufforderungen weder „genaue Angaben“ über die Verhandlungen vom Juni 1906 noch über die Verhandlungen vom Januar 1907 (am 15. Januar fand der Besuch Miljukows bei Stolypin statt) noch über die Verhandlungen im März 1907. Und die Tatsache von Verhandlungen hinter dem Rücken des Volkes bleibt eine Tatsache.

aus dieser Lösung ein Signal zum entscheidenden Kampf oder ein Mittel zur Aufklärung der Massen zu machen, haben sich als Träume eines harmlosen Philisters erwiesen. Sicherlich wird sich jetzt schon niemand mehr dazu entschließen, ernstlich solche Losungen zu unterstützen. Das Leben hat gezeigt – oder, richtiger gesagt, zu zeigen begonnen –, daß es sich hier in Wirklichkeit durchaus nicht um das „Prinzip“ der vollständigeren oder folgerichtigeren Verwirklichung des „konstitutionellen Grundsatzes“ handelt, sondern eben um einen *Kuhhandel der Kadetten mit der Reaktion*. Das Leben hat gezeigt, daß diejenigen recht hatten, die hinter dem liberalen Äußeren des angeblich fortschrittlichen allgemeinen Prinzips die engen Klasseninteressen des erschrockenen Liberalen, der häßliche und schmutzige Sachen mit schönen Worten bezeichnet, erkannten und nachwiesen.

Die Richtigkeit der Schlußfolgerungen unserer ersten Resolution ist somit viel schneller und viel besser, als wir erwarten konnten, bestätigt worden: nicht durch Logik, sondern durch die Geschichte; nicht durch Worte, sondern durch Taten; nicht durch Beschlüsse der Sozialdemokraten, sondern durch die Ereignisse der Revolution.

Erste Schlußfolgerung: „Die politische Krise, die sich vor unseren Augen entwickelt, ist keine konstitutionelle, sondern eine revolutionäre Krise, die zum unmittelbaren Kampf der Massen des Proletariats und der Bauernschaft gegen die Selbstherrschaft führt.“

Zweite Schlußfolgerung, die sich unmittelbar aus der ersten ergibt: „Die bevorstehende Dumakampagne ist daher nur als eine Episode im revolutionären Kampf des Volkes um die Macht zu betrachten und auszunutzen.“

Worin besteht das Wesen des Unterschieds zwischen einer konstitutionellen und einer revolutionären Krise? Darin, daß die erstere auf dem Boden der gegebenen Grundgesetze und Zustände des Staates behoben werden kann, während die zweite einen Umsturz dieser Gesetze und fröherrlichen Zustände erfordert. Bis jetzt hat die gesamte russische Sozialdemokratie ohne Unterschied der Fraktionen den Gedanken geteilt, der in unseren Schlußfolgerungen zum Ausdruck gebracht wird.

Erst in allerletzter Zeit hat sich unter den Menschewiki die Strömung verstärkt, die zu der gerade entgegengesetzten Ansicht neigt, nämlich daß es nötig sei, den Gedanken an revolutionären Kampf aufzugeben,

bei der gegebenen „Konstitution“ zu bleiben und auf ihrem Boden zu wirken. Hier die bemerkenswerten Punkte des Entwurfs einer Resolution über die Stellung zur Reichsduma, der von den „Gen. Dan, Kolzow, Martynow, Martow, Negorew u. a. unter Beteiligung einer Gruppe von Praktikern“ ausgearbeitet und in Nr. 47 der „Russkaja Shisn“\* (und auch als besondere Flugschrift) veröffentlicht worden ist:

... „2. die in den Mittelpunkt der russischen Revolution vorrückende Aufgabe des unmittelbaren Kampfes um die Macht reduziert sich (?) bei dem gegenwärtigen Verhältnis der gesellschaftlichen Kräfte (?) hauptsächlich auf die Frage (?) des Kampfes um (?) die Volksvertretung;

... 3. die Wahlen zur zweiten Duma, die eine beträchtliche Anzahl konsequenter (?) Anhänger der Revolution ergaben, haben gezeigt, daß in den Volksmassen das Bewußtsein von der Notwendigkeit dieses (?) Kampfes um die Macht heranreift . . .“

So wirt, so konfus auch diese Punkte dargelegt werden, ihre Tendenz ist klar ersichtlich: an Stelle des revolutionären Kampfes des Proletariats und der Bauernschaft um die Macht – *Beschränkung* der Aufgaben der Arbeiterpartei auf den *liberalen* Kampf um die *gegebene* Volksvertretung oder auf den Kampf auf ihrem Boden. Es bleibt abzuwarten, ob gegenwärtig oder auf dem V. Parteitag wirklich alle Menschewiki eine solche Fragestellung für richtig halten werden.

Jedenfalls werden die Rechtsschwenkung der Kadetten und die „allseitige“ Billigung, die ihnen von Stolypin zuteil wird, bald den rechten Flügel unserer Partei zwingen, die Frage ohne Winkelzüge zu stellen: entweder die Politik der Unterstützung der Kadetten fortzusetzen und somit endgültig den Pfad des Opportunismus zu beschreiten, oder völlig Schluß zu machen mit der Unterstützung der Kadetten und die Politik der sozialistischen Selbständigkeit des Proletariats und des Kampfes für die Befreiung des demokratischen Kleinbürgertums vom Einfluß und von der Hegemonie der Kadetten zu akzeptieren.

Die dritte Schlußfolgerung unserer Resolution besagt: „Die Sozialdemokratie als Partei der fortgeschrittensten Klasse kann gegenwärtig auf keinen Fall die Kadettenpolitik im allgemeinen und ein kadettisches Kabinett im besonderen unterstützen. Die Sozialdemokratie muß alle

\* vom 24. Februar 1907.

Kräfte aufbieten, um den verräterischen Charakter dieser Politik vor den Massen aufzudecken; den Massen die revolutionären Aufgaben, vor denen sie stehen, klarzumachen; ihnen zu beweisen, daß nur dann, wenn die Massen einen hohen Grad von Bewußtsein und feste Organisiertheit bekunden, die eventuellen Zugeständnisse der Selbstherrschaft aus einem Werkzeug des Betrugs und der Demoralisierung zu einem Werkzeug der Weiterentwicklung der Revolution werden können.“

Wir stellen nicht überhaupt die Möglichkeit teilweiser Zugeständnisse in Abrede und lehnen es nicht ein für allemal ab, solche Zugeständnisse auszunutzen. Der Text der Resolution läßt darüber keinen Zweifel. Es wäre schließlich auch möglich, daß ein Kadettenkabinett ebenfalls in dieser oder jener Beziehung in die Kategorie der „Zugeständnisse der Selbstherrschaft“ passen wird. Aber die Partei der Arbeiterklasse, die es nicht ablehnt, „Abschlagszahlungen“ (ein Ausdruck von Engels)<sup>64</sup> zu nehmen, darf keinesfalls eine andere, besonders wichtige und von den Liberalen und Opportunisten besonders oft übersehene Seite der Sache vergessen: nämlich die Rolle der „Zugeständnisse“ als *Werkzeuge des Betrugs und der Demoralisierung*.

Der Sozialdemokrat, der nicht zu einem bürgerlichen Reformisten werden will, darf diese Seite nicht vergessen. Die Menschewiki vergessen sie in unverzeihlicher Weise, wenn sie in der obengenannten Resolution sagen:

„... die Sozialdemokratie wird *alle Anstrengungen* der Duma, sich die vollziehende Gewalt unterzuordnen, unterstützen...“ Die Anstrengungen der Reichsduma, das bedeutet die Anstrengungen der Dumamehrheit. Wie die Erfahrung schon gezeigt hat, kann sich eine aus Rechten und Kadetten zusammengesetzte und *gegen* die Linken gerichtete Dumamehrheit bilden. Die „Anstrengungen“ einer solchen Mehrheit können sich die „vollziehende Gewalt“ *so unterordnen*, daß dadurch die Lage des Volkes verschlechtert oder das Volk eindeutig betrogen wird.

Wir wollen hoffen, daß sich hier die Menschewiki einfach haben hinreißen lassen: *alle* Bemühungen der Mehrheit der jetzigen Duma in der erwähnten Richtung werden sie nicht unterstützen. Aber es ist natürlich bezeichnend, daß hervorragende Führer des Menschewismus eine solche Formulierung annehmen *konnten*.

14 Lenin, Werke, Bd. 12

Die Rechtsschwenkung der Kadetten zwingt tatsächlich *alle* Sozialdemokraten ohne Unterschied der Fraktionen, sich eine Politik zu eigen zu machen, die die Unterstützung der Kadetten ablehnt, eine Politik der Entlarvung ihres Verrats, die Politik der selbständigen und konsequent revolutionären Partei der Arbeiterklasse.

„Proletari“ Nr. 14 und 15,  
4. und 25. März 1907.

*Nach dem Text des „Proletari“.*

WIE MAN RESOLUTIONEN  
NICHT SCHREIBEN SOLL<sup>65</sup>

*Geschrieben am 19. März (1. April) 1907..*

*Veröffentlicht 1907 in dem Sammelband*

*„Fragen der Taktik“ II, Verlag*

*„Nowaja Duma“, St. Petersburg.*

*Unterschrift: N. L e n i n.*

*Nach dem Text des  
Sammelbandes.*



Man muß den Genossen Menschewiki unbedingt dafür danken, daß sie in Nr. 47 der „Russkaja Shisn“ (vom 24. Februar) einen ersten (von den Gen. Dan, Kolzow, Martynow, Martow, Negorew u. a. unter Beteiligung einer Gruppe von Praktikern ausgearbeiteten) Resolutionsentwurf veröffentlicht haben. (Es gibt auch eine Einzelausgabe als Flugblatt.) Um sich ernstlich auf den Parteitag vorzubereiten, muß man vorher die Resolutionsentwürfe drucken lassen und sie gründlich analysieren.

Gewidmet ist die Resolution der Stellung zur Reichsduma.

Punkt 1:

„Gegenwärtig, nach sieben Monaten der Herrschaft einer völlig zügellosen Diktatur, die auf keinen organisierten Widerstand der terrorisierten Volksmassen stieß, kann und muß die Tätigkeit der Reichsduma, indem sie die Aufmerksamkeit dieser Massen für das politische Leben des Landes weckt, dazu beitragen, sie zu mobilisieren und ihre politische Aktivität zu entwickeln.“

Was wollte man damit sagen? Daß eine Duma besser sei als keine Duma? Oder ist es der Übergang dazu, daß man die „Duma erhalten“ müsse? Offenbar ist eben dies der Gedanke der Verfasser. Er wird aber nicht ausgesprochen. Es gibt nur eine Anspielung darauf. Eine Resolution darf nicht in Anspielungen geschrieben werden.

Punkt 2:

„Die in den Mittelpunkt der russischen Revolution vorrückende (wahrscheinlich ein Druckfehler an Stelle von: rückende) Aufgabe des unmittelbaren Kampfes um die Macht reduziert sich bei dem gegenwärtigen Verhältnis der gesellschaftlichen Kräfte hauptsächlich auf die Frage des Kampfes um die Volksvertretung.“

Nicht umsonst wurde dieser Punkt von der „Retsch“ für würdig befunden, gelobt zu werden (Leitartikel vom 27. Februar: „Für die russische Sozialdemokratie ist das ein gewaltiger Schritt vorwärts“ . . . „ein Erfolg der politischen Einsicht“). Das ist wirklich ein geradezu ungeheurer Punkt.

Wie kann die Aufgabe des Kampfes um die Macht sich reduzieren auf die Frage „des Kampfes um die Vertretung“?! Was bedeutet „Kampf um die Volksvertretung“?? Was ist das für ein „gegenwärtiges Verhältnis der gesellschaftlichen Kräfte“?? In dem vorausgehenden Punkt wurde nur gesagt, daß „sieben Monate der Herrschaft einer völlig zügellosen Diktatur auf keinen organisierten Widerstand der terrorisierten Volksmassen stießen“. Sagt etwa das Fehlen einer organisierten Abwehr der Massen im Verlauf von sieben Monaten bei einer offensichtlichen und gewaltigen Linksentwicklung der Massen, die bei den Wahlen am Ende dieser sieben Monate zum Ausdruck kam, irgend etwas über das „Verhältnis der gesellschaftlichen Kräfte“??

Das ist eine fast unglaubliche Unklarheit des politischen Denkens.

Das Verhältnis der gesellschaftlichen Kräfte hat sich im letzten halben Jahr eindeutig in dem Sinne verändert, daß das „Zentrum“, die Liberalen, schwächer geworden sind; die Extreme, die Schwarzhunderter und die „Linken“, haben sich gefestigt und sind stärker geworden. Die Wahlen zur zweiten Duma haben das unwiderleglich bewiesen. Also ist das Verhältnis der gesellschaftlichen Kräfte infolge der Verschärfung der politischen Gegensätze (und auch der ökonomischen: Aussperrungen, Hungersnot usw.) revolutionärer geworden. Durch welches Wunder konnten unsere Menschewiki zu der umgekehrten Schlußfolgerung kommen, die sie veranlaßte, die revolutionären Aufgaben („Kampf um die Macht“) abzuschwächen und sie auf das Niveau liberaler Dutzendaufgaben („Kampf um die Volksvertretung“) herabzuwürdigen?

„Zügellose Diktatur“ und eine linke Duma – es ist klar, daß sich daraus die umgekehrte Schlußfolgerung ergibt: die liberale Aufgabe, auf dem Boden der Volksvertretung oder für ihre Erhaltung zu kämpfen, ist eine spießbürgerliche Utopie, denn kraft der objektiven Bedingungen ist eine solche Aufgabe unerfüllbar ohne den „unmittelbaren Kampf um die Macht“.

Das politische Denken der Menschewiki bewegt sich vorwärts wie ein Krebs.

Die Schlußfolgerung aus dem zweiten Punkt: Die Menschewiki sind von der Position revolutionärer Sozialdemokraten abgekommen auf die Position von Liberalen. Die „Nebelhaftigkeit“ am Schluß des zweiten Punktes („Kampf um die Volksvertretung“) bringt *praktisch* die Idee der liberalen Bourgeoisie zum Ausdruck, die sich von der Revolution „terrorisiert“ fühlt, die Sache aber so darstellt, als ob „die Volksmassen terrorisiert sind“, und sich unter diesem Vorwand beeilt, auf den revolutionären Kampf („den unmittelbaren Kampf um die Macht“) zugunsten eines vermeintlich legalen Kampfes („des Kampfes um die Volksvertretung“) zu verzichten. Stolypin wird wahrscheinlich den Menschewiki bald beibringen, was es „bei dem gegenwärtigen Verhältnis der gesellschaftlichen Kräfte“ mit dem „Kampf um die Volksvertretung“ auf sich hat!

Punkt 3:

„Die Wahlen zur zweiten Duma, die eine beträchtliche Anzahl konsequenter Anhänger der Revolution ergaben, haben gezeigt, daß in den Volksmassen das Bewußtsein von der Notwendigkeit dieses Kampfes um die Macht heranreift.“

Was ist das? Wie ist das? In Punkt 2 wurde aus dem gegenwärtigen Verhältnis der gesellschaftlichen Kräfte die Ersetzung des Kampfes um die Macht durch den Kampf um die Vertretung abgeleitet, und nun leitet man aus den Ergebnissen der Wahlen ab, daß in den Massen das Bewußtsein von der Notwendigkeit „dieses“ Kampfes um die Macht heranreife!

Das ist Konfusion, Genossen. Es müßte etwa folgendermaßen geändert werden: zweiter Punkt: „Die Wahlen zur zweiten Duma haben gezeigt, daß in den Volksmassen das Bewußtsein von der Notwendigkeit des unmittelbaren Kampfes um die Macht heranreift.“ Dritter Punkt: „Darum ist das Bestreben der liberalen Bourgeoisie, ihre politische Tätigkeit auf den Kampf auf dem Boden der gegebenen Volksvertretung zu beschränken, von der ideologischen Seite ein Ausdruck der hoffnungslosen Stupidität unserer Liberalen, und von der materiellen Seite Ausdruck ihres (im gegebenen Augenblick unrealisierbaren) Bestrebens, mit der Revolution durch einen Pakt mit der Reaktion Schluß zu machen.“ Wenn dann noch unsere Marxisten sich die Mühe gäben, in Punkt 1 zu defi-

nieren, welche ökonomischen Ursachen die Verschärfung der politischen Extreme im Volk hervorgerufen haben, so könnte etwas Zusammenhängendes herauskommen.

Ferner, was sind denn „konsequente Anhänger der Revolution“?? Offenbar ist hier die kleinbürgerliche Demokratie gemeint, hauptsächlich die bäuerliche, d. h. die Trudowiki (im weiteren Sinne, mit Einschluß sowohl der Volkssozialisten wie der Sozialrevolutionäre), denn eben dadurch unterscheidet sich die zweite Duma von der ersten. Aber erstens ist das wieder eine Andeutung, und Resolutionen schreibt man nicht in Andeutungen, und zweitens ist das doch nicht richtig, Genossen! Wenn ihr die Trudowiki als „konsequente Anhänger der Revolution“ bezeichnet, so müssen wir euch dafür in aller Form der sozialrevolutionistischen Ketzerei beschuldigen. Ein konsequenter (im strengen Sinne des Wortes) Anhänger der bürgerlichen Revolution kann nur das Proletariat sein, denn die Klasse der Kleinproduzenten, der Kleinbesitzer, schwankt unvermeidlich zwischen Besitzerbestrebungen und revolutionären Bestrebungen – beispielsweise die Sozialrevolutionäre bei den Wahlen in Petersburg zwischen dem Bestreben, sich den Kadetten zu verkaufen, und dem Bestreben, gegen die Kadetten in den Kampf zu ziehen.

Darum werdet ihr, Genossen, wahrscheinlich mit uns einverstanden sein, daß man sich vorsichtiger ausdrücken muß – etwa in der Art, wie die bolschewistische Resolution abgefaßt ist (siehe „Nowy Lutsch“ vom 27. Februar)\*:

„ . . . die Trudowikiparteien . . . bringen mehr oder minder getreu die Interessen und den Standpunkt der breiten Massen der Bauernschaft und des städtischen Kleinbürgertums zum Ausdruck, wobei sie schwanken zwischen der Unterordnung unter die Hegemonie der Liberalen“ (die Wahlen in Petersburg, die Wahl eines Kadetten zum Dumapäsidenten) „und dem entschiedenen Kampf gegen den gutsherrlichen Grundbesitz und den Leibeigenschaftsstaat . . .“

Übrigens muß unbedingt festgestellt werden, daß in dieser Resolution Gen. Kolzow (zusammen mit den anderen Menschewiki) die Trudowiki zu den konsequenten Anhängern der Revolution rechnet, während in Nr. 49 der „Russkaja Shisn“ derselbe Kolzow die Trudowiki zur ländlichen Demokratie rechnet, die zum Unterschied von der städtischen (d. h.

\* Siehe den vorliegenden Band, S. 130. Die Red.

den Kadetten) „in sehr vielen Fällen die alten, überlebten Formen der Produktion und des gesellschaftlichen Lebens verteidigen wird“. Das reimt sich doch nicht zusammen, Genossen!

Punkt 4:

„Daß der Duma solche konsequenten Anhänger der Revolution angehören, hebt und festigt das Vertrauen der Volksmassen zu dieser Einrichtung, wodurch es ihr leichter möglich ist, zum wirklichen Zentrum des allgemeinen Volkskampfes um die Freiheit und die Macht zu werden.“

Eine „sympathische“ Schlußfolgerung, was man auch sagen mag. Aber die Logik hinkt wiederum. Mit diesem Punkt beenden die Menschewiki den ganzen begründenden Teil der Resolution. Weiter sagen sie in der Resolution *über diese Frage* überhaupt kein Wort mehr. Und so ergibt sich eine Schlußfolgerung, die hinkt.

Wenn die „konsequenten Anhänger der Revolution“ in der Duma nicht die Mehrheit, sondern nur „eine beträchtliche Anzahl“ (wie es in Punkt 3 heißt, und zwar durchaus richtig heißt) ausmachen, dann ist klar, daß es noch sowohl Gegner der Revolution als auch *inkonsequente* Anhänger der Revolution gibt. Also besteht die „Möglichkeit“, daß die Duma als Ganzes „zum wirklichen Zentrum“ einer *inkonsequenten* demokratischen Politik und durchaus nicht des „allgemeinen Volkskampfes um die Freiheit und die Macht“ wird.

In diesem Fall ergäbe sich von zwei Dingen eins: 1. Entweder würde sich das Vertrauen der Volksmassen zu dieser Einrichtung nicht heben und nicht festigen, sondern sinken und schwächer werden. 2. Oder das politische Bewußtsein der Volksmassen würde demoralisiert infolge der Tatsache, daß die Massen die Politik der *inkonsequenten* Anhänger der Revolution als eine konsequente demokratische Politik auffassen würden.

Daher ist es ganz klar, daß sich aus den *von den Menschewiki gesetzten* Prämissen *unweigerlich* die von ihnen aus irgendwelchen Gründen ausgelassene Schlußfolgerung ergibt: die Partei des Proletariats als des konsequenten Anhängers der Revolution muß unentwegt danach streben, daß die nicht ganz konsequenten Anhänger der Revolution (z. B. die Trudowiki) der Arbeiterklasse folgen *gegen* die *inkonsequenten* Anhänger der Revolution und besonders gegen diejenigen, die *offenkundig* bestrebt sind, der Revolution *ein Ende zu setzen* (z. B. die Kadetten).

Da die Menschewiki diese Schlußfolgerung nicht ziehen, geht auch ihre Rechnung absolut nicht auf. Es ergibt sich, daß man in *Anbetracht* einer beträchtlichen Anzahl von „konsequenten Anhängern der Revolution“ in der Duma stimmen muß . . . für diejenigen, die offenkundig bestrebt sind, der Revolution ein Ende zu setzen!

Es ist ganz und gar nicht schön, was da herauskommt, Genossen!

Der Schlußteil der zu untersuchenden Resolution lautet folgendermaßen (wir nehmen Punkt für Punkt):

„Indem die Sozialdemokratie die illusorischen Vorstellungen von der Reichsduma als einer wirklich gesetzgebenden Einrichtung entlarvt, erklärt sie den Volksmassen einerseits den wahren Charakter der Duma, die faktisch eine gesetzesberatende Einrichtung ist, und andererseits die Möglichkeit und die Notwendigkeit, diese Einrichtung, wie unvollkommen sie auch sein mag, auszunutzen für den weiteren Kampf um die Volksmacht, beteiligt sie sich an der gesetzgeberischen Arbeit der Duma, wobei sie sich von folgenden Grundsätzen leiten läßt: . . .“

Das ist ein *abgeschwächter* Ausdruck jenes Gedankens, der in der Resolution des IV. (Vereinigungs-)Parteitag's einen *stärkeren* Ausdruck gefunden hat in der Feststellung, daß man die Duma in ein „Werkzeug der Revolution“ „verwandeln“, daß man den Massen die „völlige Untauglichkeit der Duma“ zum Bewußtsein bringen müsse usw.

. . . „I a) die Sozialdemokratie kritisiert vom Standpunkt der Interessen des städtischen und ländlichen Proletariats sowie des konsequenten Demokratismus die Anträge und Gesetzentwürfe aller nichtproletarischen Parteien und stellt ihnen ihre eigenen Forderungen und Anträge entgegen, wobei sie bei dieser Tätigkeit die nächsten politischen Aufgaben mit den sozialen und ökonomischen Bedürfnissen der proletarischen Massen und den Erfordernissen der Arbeiterbewegung in allen ihren Formen verbindet.

*Anmerkung.* Wenn die Umstände es erfordern, unterstützt die Sozialdemokratie als das kleinere Übel diejenigen von anderen Parteien eingebrachten Gesetzentwürfe, die, wenn sie in die Tat umgesetzt werden, in den Händen der Volksmassen zu einem Werkzeug des revolutionären Kampfes für die Erringung der wirklichen demokratischen Freiheit werden können . . .“

In dieser Anmerkung kommt der Gedanke zum Ausdruck, daß sich die Sozialdemokratie auf dem Boden der Duma an der *bürgerlich-reformerischen* Arbeit beteiligen muß. Ist das nicht verfrüht, Genossen? Habt ihr nicht selber gesagt, daß die Vorstellung von der Duma als einer wirk-

lich gesetzgebenden Einrichtung illusorisch ist? Ihr wollt *solche* bürgerlichen Gesetzentwürfe unterstützen, die, *wenn sie in die Tat umgesetzt werden*, im weiteren Kampf von Nutzen sein können.

Überlegt diese Bedingung: „wenn sie in die Tat umgesetzt werden“. Das Ziel eurer Unterstützung ist es, dazu beizutragen, das „kleinere Übel“ in die Tat umzusetzen. Aber das Umsetzen in die Tat geschieht doch nicht durch die Duma, sondern durch die Duma plus Reichsrat plus allerhöchste Gewalt! Also Garantien dafür, daß ihr durch eure Unterstützung dazu beiträgt, das „kleinere Übel“ in die Tat umzusetzen, *gibt es überhaupt nicht*. Dadurch aber, daß ihr das „kleinere Übel“ unterstützt, indem ihr dafür stimmt, nehmt ihr zweifellos *auf euch*, auf die proletarische Partei, einen Teil der Verantwortung für das halbschlächtige bürgerliche Reformertum, für die im Grunde *komödiantenhafte* – und von euch selber für komödiantenhaft erklärte! – gesetzgeberische Arbeit der Duma!

*Aus welchem Grunde nun* muß man diese riskante „Unterstützung“ leisten? Man riskiert doch mit ihr *unmittelbar* eine Schwächung des revolutionären Bewußtseins der Massen, an welches ihr selber appelliert, und ihr *praktischer* Nutzen ist „illusorisch“!

Ihr schreibt Resolutionen nicht über die reformerische Arbeit *im allgemeinen* (dann müßte nur gesagt werden, daß die Sozialdemokraten sie nicht ein für allemal ablehnen), sondern über die *zweite Duma*. Ihr habt schon gesagt, daß es in *dieser* Duma eine beträchtliche Anzahl „konsequenter Anhänger der Revolution“ gibt. Also habt ihr die *schon feststehende* parteimäßige Zusammensetzung der Duma im Auge. Das ist eine Tatsache. Ihr wißt, daß es in der gegenwärtigen Duma nicht nur „*konsequente*\* Anhänger der Revolution“ gibt, sondern auch „*inkonsequente* Anhänger von Reformen“, nicht nur die Linken und die Trudowski, sondern auch die Kadetten, wobei die letzteren *für sich allein* stärker sind als die Rechten (die Kadetten und die sich ihnen Anschließenden, darunter die Narodowzen, rund 150 gegen 100 Rechte). Bei einer solchen Sachlage in der Duma besteht für euch *keine Veranlassung*, um der Verwirklichung des „kleineren Übels“ willen es zu unterstützen, es genügt für euch, euch der Stimme zu *enthalten*, wenn die Reaktion gegen

\* Ich bitte den Leser, immer die Notwendigkeit der von mir weiter oben zu diesem Wort gegebenen Korrektur im Auge zu haben.

die „inkonsequenten Anhänger von Reformen“ kämpft. Das praktische Resultat (im Sinne der Verwirklichung der Gesetzentwürfe) wird dabei dasselbe sein, während es im ideologisch-politischen Sinne keinem Zweifel unterliegt, daß ihr an Geschlossenheit, Reinheit, Konsequenz und Überzeugungskraft eurer Stellungnahme als Partei des revolutionären Proletariats gewinnen werdet.

Kann denn überhaupt ein revolutionärer Sozialdemokrat diesen Umstand ignorieren?

Die Menschewiki schauen nach oben, anstatt nach unten zu schauen. Sie schauen mehr darauf, ob das „kleinere Übel“ zu verwirklichen ist durch einen Pakt der „inkonsequenten Anhänger von Reformen“ mit der Reaktion (denn gerade das ist die tatsächliche Bedeutung der Verwirklichung der Gesetzentwürfe), als darauf, wie das Bewußtsein und die Kampffähigkeit der „konsequenten Anhänger der Revolution“, deren es in der Duma nach ihren Worten eine „beträchtliche Anzahl“ gibt, zu entwickeln sind. Die Menschewiki schauen selber auf ein Abkommen der Kadetten mit der Selbstherrschaft (die Verwirklichung des „kleineren Übels“, der Reformen) und *bringen es dem Volk bei*, auf ein solches Abkommen zu *schauen*, sind aber nicht darum besorgt, daß die mehr oder minder „konsequenten Anhänger der Revolution“ sich *an die Massen* wenden. Das ist keine proletarische, sondern eine liberale Politik. Das bedeutet, in Worten zu verkünden, daß die gesetzgeberischen Rechte der Duma illusorisch sind, praktisch aber im Volke den Glauben an gesetzgeberische Reformen durch die Duma zu festigen und den Glauben an den revolutionären Kampf zu schwächen.

Seid konsequenter und ehrlicher, Genossen Menschewiki! Wenn ihr überzeugt seid, daß die Revolution zu Ende ist, wenn sich aus dieser eurer (vielleicht auf wissenschaftlichem Wege gewonnenen?) Überzeugung ergibt, daß ihr nicht an die Revolution glaubt, dann solltet ihr auch nicht von der Revolution sprechen, dann solltet ihr die *eigenen* unmittelbaren Aufgaben auf den Kampf für Reformen reduzieren.

Wenn ihr aber glaubt, was ihr sagt, wenn ihr wirklich der Meinung seid, daß eine „beträchtliche Anzahl“ von Deputierten der zweiten Duma „konsequente Anhänger der Revolution“ sind, dann sollte das, was ihr *in den Vordergrund* rückt, nicht die Unterstützung (eine praktisch unnütze und ideologisch schädliche Unterstützung) von Reformen sein,

sondern die Klärung des revolutionären Bewußtseins dieser Anhänger, die Festigung ihrer revolutionären Organisiertheit und Entschlossenheit durch den Druck des Proletariats.

So aber gelangt ihr zu höchst unlogischen und konfusen Schlüssen: *im Namen* der Entwicklung der *Revolution* bestimmt die Arbeiterpartei mit *keinem Wort* ihre Aufgaben im Hinblick auf die mehr oder minder „konsequenten Anhänger der Revolution“, sondern widmet dafür eine besondere Anmerkung der Aufgabe, das „kleinere Übel“ – die inkonsequenten Anhänger von Reformen – zu unterstützen!

Die „Anmerkung“ müßte etwa folgendermaßen geändert werden: „In Anbetracht dessen, daß es in der Duma eine beträchtliche Anzahl mehr oder minder konsequenter Anhänger der Revolution gibt, müssen die Sozialdemokraten in der Duma bei der Erörterung der Gesetzentwürfe, die die inkonsequenten Anhänger von Reformen in die Tat umsetzen wollen, ihre Hauptaufmerksamkeit richten auf die Kritik an der Halb-schlächtigkeit und Schwäche dieser Gesetzentwürfe, auf die in ihnen enthaltene Verständigung der Liberalen mit der Reaktion, auf die Aufklärung der mehr oder minder konsequenten Anhänger der Revolution über die Notwendigkeit des entschlossenen und schonungslosen revolutionären Kampfes. Bei der Abstimmung über Gesetzentwürfe, die ein kleineres Übel darstellen, enthalten sich die Sozialdemokraten der Stimme und überlassen es den Liberalen allein, die Reaktion auf dem Papier zu ‚besiegen‘ und vor dem Volke die Verantwortung zu übernehmen für die Verwirklichung ‚liberaler‘ Reformen unter der Selbstherrschaft.“

... „b) Die Sozialdemokratie macht sich die Erörterung sowohl der verschiedenen Gesetzentwürfe als auch des Staatshaushalts zunutze, um nicht nur die negativen Seiten des bestehenden Regimes, sondern auch alle Klassengegensätze der bürgerlichen Gesellschaft aufzudecken ...“

Ein sehr gutes Ziel. Um die Klassengegensätze der bürgerlichen Gesellschaft aufzudecken, muß man die Parteien auf die Klassen zurückführen. Man muß den Geist der „parteilosen“, „einheitlichen“ „Opposition“ in der Duma bekämpfen und schonungslos die klassenmäßige Engstirnigkeit zum Beispiel der gleichen Kadetten aufdecken, die am meisten auf die Vertuschung der „Klassengegensätze“ durch den Beinamen angeblicher „Volksfreiheit“ präbendieren.

Wir wünschten, daß die Menschewiki über die Aufdeckung der Klassegegensätze der bürgerlichen Gesellschaft (und „nicht nur“ der Niederträchtigkeiten der Selbstherrschaft) nicht nur redeten, sondern auch danach handelten . . .

. . . „c) In der Haushaltsfrage läßt sich die Sozialdemokratie von dem Prinzip leiten: „Keine Kopeke für die unverantwortliche Regierung“ . . .“

Ein vortreffliches Prinzip, das ganz und gar gut wäre, wenn an Stelle von „unverantwortliche“ ein *anderes* Wort stünde, das nicht auf die Verantwortlichkeit der Regierung vor der Duma hinwies (angesichts der gegebenen „Konstitution“ ist das eine Fiktion), sondern auf ihre „Verantwortlichkeit“ vor der allerhöchsten Gewalt (das ist keine Fiktion, sondern eine *Realität*, denn die wirkliche Macht liegt nicht beim Volk, und die Menschewiki selber sprechen vom Heranreifen des „Kampfes um die Macht“).

Man hätte sagen müssen: „Keine Kopeke der Regierung, solange nicht alle Macht in den Händen des Volkes ist.“

„II. Die Sozialdemokratie macht sich das Interpellationsrecht zunutze, um vor dem Volk den wahren Charakter der bestehenden Regierung und den völligen Widerspruch zwischen allen ihren Taten und den Interessen des Volkes zu entlarven; um die Lage der Arbeiterklasse in Stadt und Land sowie die Bedingungen ihres Kampfes für die Verbesserung ihrer politischen und wirtschaftlichen Lage zu klären; um die Rolle zu beleuchten, die hinsichtlich der Arbeiterklasse sowohl die Regierung und ihre Agenten als auch die besitzenden Klassen und die sie vertretenden politischen Parteien spielen . . .“

Ein sehr guter Punkt. Schade nur, daß bis heute (19. März) unsere Sozialdemokraten in der Duma von diesem Interpellationsrecht wenig Gebrauch gemacht haben.

. . . „III. Indem die Sozialdemokratie im Zusammenhang mit dieser Arbeit die engste Verbindung mit den Arbeitermassen unterhält und bestrebt ist, in ihrer gesetzgeberischen Tätigkeit Wortführerin der organisierten Bewegung der Arbeiter zu sein, fördert sie die Organisation der Arbeitermassen wie überhaupt der Volksmassen, um die Duma in ihrem Kampf gegen das alte Regime zu unterstützen und die Bedingungen zu schaffen, die es der Duma ermöglichen würden, in ihrer Tätigkeit über die Grenzen der sie fesselnden Grundgesetze hinauszugehen . . .“

Erstens ist es nicht angebracht, von einer „gesetzgeberischen“ Tätigkeit der Sozialdemokraten zu sprechen. Man mußte sagen: „Dumatätigkeit“.

Zweitens stimmt die Losung „Unterstützung der Duma in ihrem Kampf gegen das alte Regime“ absolut nicht zu den Prämissen der Resolution und ist im Grunde genommen falsch.

In dem begründenden Teil der Resolution wird von dem revolutionären Kampf *um die Macht* und davon gesprochen, daß es in der Duma eine „beträchtliche Anzahl konsequenter Anhänger der Revolution“ gibt.

Warum ist denn hier die völlig klare, revolutionäre Kategorie „Kampf um die Macht“ ersetzt worden durch den verschwommenen „Kampf gegen das alte Regime“, d. h. durch einen Ausdruck, der den *reformerischen* Kampf direkt einschließt? Sollte der begründende Teil nicht in dem Sinn umgearbeitet werden, daß an Stelle des „illusorischen“ Kampfes um die Macht gesetzt würde „die Aufgabe des Kampfes für Reformen“?

Warum ist hier die Rede von der Unterstützung der „Duma“ und nicht von der Unterstützung der „konsequenten Anhänger der Revolution“ *durch die Massen*? Es kommt doch so heraus, daß die Menschewiki die Massen aufrufen, die *inkonsequenten* Anhänger von Reformen zu unterstützen!! Es ist nicht gut, was da herauskommt, Genossen.

Schließlich werden durch die Worte von einer Unterstützung der „Duma“ in ihrem Kampf gegen das alte Regime *im Grunde genommen direkt falsche* Gedanken genährt. Die Duma unterstützen heißt die *Mehrheit* der Duma unterstützen. Die Mehrheit – das sind die *Kadetten* plus Trudowiki. Also habt ihr *implicite*, d. h., ohne es offen zu sagen, den Kadetten die *Charakteristik* gegeben: sie „kämpfen gegen das alte Regime“.

Eine solche Charakteristik ist unrichtig und unvollständig. Solche Dinge sagt man nicht in halben Andeutungen. Man muß sie offen und klar sagen. Die Kadetten „kämpfen“ *nicht* „gegen das alte Regime“, sondern sind bemüht, *eben dieses alte Regime zu reformieren*, zu erneuern, wobei sie schon jetzt ganz klar und offen eine *Verständigung* mit der alten Macht anstreben.

Das in der Resolution verschweigen, es im dunkeln lassen, heißt vom proletarischen Standpunkt auf den liberalen abgleiten.

... „IV. Indem die Sozialdemokratie durch diese ihre Tätigkeit die Entwicklung einer auf die Erkämpfung einer konstituierenden Versammlung ge-

richteten Volksbewegung fördert, wird sie als eine Etappe in diesem Volkskampf alle Anstrengungen der Reichsduma, sich die vollziehende Gewalt unterzuordnen, unterstützen und auf diese Weise den Boden säubern für den Übergang der gesamten Staatsmacht in die Hände des Volkes . . ."

Das ist der wichtigste Punkt der Resolution, der die vielberühmte Losung eines „Duma“kabinetts oder eines „verantwortlichen“ Ministeriums enthält. Man muß diesen Punkt unter dem Gesichtswinkel seiner Formulierung und dann auch seinem Wesen nach analysieren.

Formuliert ist dieser Punkt äußerst sonderbar. Die Menschewiki müssen unbedingt wissen, daß diese Frage eine der wichtigsten ist. Sie müssen weiterhin unbedingt wissen, daß eine solche Losung schon einmal vom Zentralkomitee unserer Partei aufgestellt wurde, nämlich zur Zeit der ersten Duma, und daß damals die Partei diese Losung nicht angenommen hat. Das ist in solchem Maße richtig, daß sogar die sozialdemokratische Dumafraktion der ersten Duma, die bekanntlich nur aus Menschewiki bestand und die einen so prominenten Menschewik wie Gen. Shordanija zum Führer hatte – daß sogar diese Fraktion die Losung eines „verantwortlichen Ministeriums“ nicht annahm und sie kein einziges Mal in irgendeiner Rede in der Duma aufstellte!

Man sollte meinen, das würde mehr als genügen, die Frage besonders aufmerksam zu behandeln. Aber statt dessen sehen wir vor uns einen ganz nachlässig verfaßten Punkt in einer überhaupt unzureichend durchdachten Resolution.

Warum ist an Stelle der klaren Losung eines „verantwortlichen Ministeriums“ (Plechanow in der „Russkaja Shisn“) oder eines „Kabinetts aus den Reihen der Dumamehrheit“ (Resolution des ZK in der Epoche der ersten Duma) eine neue, viel nebelhaftere Formulierung gewählt worden? Ist das nur eine Variation des gleichen „verantwortlichen Ministeriums“ oder etwas anderes? Wir wollen diese Fragen untersuchen.

Auf welche Weise könnte die Duma sich die vollziehende Gewalt unterordnen? Entweder legal, auf dem Boden der gegebenen (oder leicht geänderten) monarchischen Konstitution, oder nicht legal, indem sie „über die Grenzen der sie fesselnden Grundgesetze hinausgeht“, die alte Staatsmacht stürzt, sich in einen revolutionären Konvent, in eine provisorische Regierung verwandelt usw. Die erste Möglichkeit bedeutet gerade das, was man gewöhnlich mit den Worten „Dumakabinet“ oder

„verantwortliches Ministerium“ zum Ausdruck bringt. Die zweite Möglichkeit ist die aktive Teilnahme der „Duma“ (d. h. der Dumamehrheit) an dem unmittelbaren revolutionären Kampf um die Macht. Andere Wege für die Duma, sich die vollziehende Gewalt „unterzuordnen“, kann es nicht geben, und die spezielle Frage, wie diese grundverschiedenen Wege sich miteinander verflechten könnten, braucht hier nicht aufgeworfen zu werden: wir haben es hier nicht mit der wissenschaftlich-akademischen Frage zu tun, welche Situationen überhaupt möglich sind, sondern mit der praktisch-politischen Frage, *was* die Sozialdemokratie unterstützen soll und was nicht.

Die Schlußfolgerung hieraus ist klar. Die neue Formulierung ist gleichsam absichtlich ausgeheckt worden, um das Wesen der Streitfrage zu *verhüllen*, um den wahren Willen des Parteitags, dessen Ausdruck die Resolution werden soll, zu *verbergen*. Die Losung eines „verantwortlichen Ministeriums“ rief und ruft scharfe Auseinandersetzungen unter den Sozialdemokraten hervor. Die Unterstützung revolutionärer Schritte der Duma rief und ruft keine scharfen, ja, wohl überhaupt keine Meinungsverschiedenheiten unter den Sozialdemokraten hervor. Was soll man danach von Leuten sagen, die eine Resolution vorgelegt haben, welche die Meinungsverschiedenheiten dadurch zu *vertuschen* sucht, daß sie Strittiges und Unstrittiges in einer allgemeinen, verschwommenen Formulierung vereint? Was soll man von Leuten sagen, die den Vorschlag machen, eine Entscheidung des Parteitags in Worten auszudrücken, die gar nichts entscheiden, da sie den einen die Möglichkeit bieten, unter diesen Worten revolutionäre Schritte der Duma, „die hinausgeht über die Grenzen“ usw., zu verstehen, den anderen – einen Kuhhandel Miljukows mit Stolypin über den Eintritt der Kadetten in das Kabinett?

Das Gelindeste, was man von Leuten, die so handeln, sagen kann, ist: sie machen einen Rückzieher, indem sie einen Schleier werfen über das einstmals klare, einstmals offen ausgedrückte Programm der Unterstützung eines Kadettenkabinetts.

Und darum wollen wir im weiteren diese verworrene und die Frage hoffnungslos verwirrende Formulierung beiseite lassen. Wir werden nur über das *Wesen* der Frage, über die Unterstützung der Forderung nach einem „verantwortlichen“ (oder, was dasselbe ist, kadettischen) Ministerium sprechen.

Womit begründet die Resolution die Notwendigkeit, die Forderung nach einem Dumakabinett oder verantwortlichen Ministerium zu unterstützen? Damit, es sei „eine Etappe im Volkskampf um eine konstituierende Versammlung“, es sei „der Boden für den Übergang der gesamten Macht in die Hände des Volkes“. Das ist die *ganze* Begründung. Wir wollen darauf antworten mit einer kurzen Zusammenfassung unserer Argumente gegen die Unterstützung der Forderung nach einem Dumakabinett durch die Sozialdemokratie.

1. Es ist für einen Marxisten absolut unzulässig, sich darauf zu beschränken, abstrakt-juristisch ein „verantwortliches“ Ministerium einem „unverantwortlichen“, ein „Duma“kabinett einem autokratischen Kabinett usw. gegenüberzustellen, wie das Plechanow in der „Russkaja Shisn“ tut und wie das die Menschewiki stets taten, wenn sie diese Frage untersuchten. Das ist eine liberal-idealistische und keine proletarisch-materialistische Argumentation.

Man muß die Klassenbedeutung der zu erörternden Maßnahme analysieren. Wer das tut, der wird begreifen, daß ihr Inhalt der Pakt oder der Versuch eines Paktes der Selbstherrschaft mit der liberalen Bourgeoisie ist, der der Revolution ein Ende setzen soll. Dies und nichts anderes ist die objektiv-ökonomische Bedeutung eines Dumakabinetts. Darum haben die Bolschewiki das volle Recht und allen Grund zu sagen: ein Dumakabinett oder verantwortliches Ministerium ist in Wirklichkeit ein kadettisches Kabinett. Die Menschewiki ärgerten sich und zeterten über Fälschung, Unterschiebung usw. Aber sie ärgerten sich, weil sie das Argument der Bolschewiki nicht *begreifen* wollten, die die juristische Fiktion auf die Klassengrundlage *zurückführten* („verantwortlich“ wird doch ein Dumakabinett mehr dem Monarchen als der Duma gegenüber, mehr den liberalen Gutsbesitzern als dem Volk gegenüber sein!). Und wie sehr sich auch Gen. Martow ärgert und wie sehr er darüber schreit, daß jetzt selbst die Duma nicht kadettisch sei – er schwächt dadurch nicht um ein Jota die unanfechtbare Schlußfolgerung ab: dem *Wesen der Sache* nach handelt es sich *gerade* um ein kadettisches Kabinett, denn der *Angelpunkt* liegt gerade in dieser bürgerlich-liberalen Partei. Eine mögliche gemischte Zusammensetzung des Dumakabinetts (Kadetten plus Oktobristen plus „Parteilose“ plus sogar einem wurmstichigen „Trudowik“ oder einem angeblich „Linken“ usw.) würde an diesem

Wesen der Sache nicht das geringste ändern. Dies Wesen der Sache umgehen, wie das die Menschewiki und Plechanow tun, heißt den Marxismus umgehen.

Die Unterstützung der Forderung nach einem Dumakabinett oder „verantwortlichen“ Ministerium ist dem Wesen der Sache nach eine Unterstützung der Kadettenpolitik überhaupt und eines kadettischen Kabinetts im besonderen (wie das schon gleich im ersten Entwurf der bolschewistischen Resolution zum V. Parteitag gesagt wurde). Wer sich fürchtet, das anzuerkennen, erkennt damit schon die Schwäche seiner Position an, die Schwäche der Argumente zugunsten einer Unterstützung der Kadetten durch die Sozialdemokratie.

Wir sind stets der Meinung gewesen und sind es auch heute noch, daß die Sozialdemokratie einen Kuhhandel der Selbstherrschaft mit der liberalen Bourgeoisie, einen Pakt, der darauf abzielt, der Revolution ein Ende zu setzen, nicht unterstützen kann.

2. Die Menschewiki betrachten ein Dumakabinett stets als einen Schritt zum Besseren, als eine Erleichterung des weiteren Kampfes für die Revolution, und die zur Untersuchung stehende Resolution bringt diesen Gedanken klar zum Ausdruck. Aber hier machen die Menschewiki einen Fehler, da sie einer Einseitigkeit verfallen. Ein Marxist kann nicht für den vollen Sieg der gegenwärtigen bürgerlichen Revolution in Rußland bürgen: das hieße in bürgerlich-demokratischen Idealismus und Utopismus verfallen. Unsere Sache ist es, den vollen Sieg der Revolution anzustreben, wir haben jedoch kein Recht, zu vergessen, daß es nichtvollendete, halbgeschlächtige bürgerliche Revolutionen früher gegeben hat und auch jetzt geben kann.

Die Menschewiki aber formulieren ihre Resolution so, daß in ihr das Dumakabinett eine *obligatorische* Etappe im Kampf um die konstituierende Versammlung usw. usf. darstellt. Das ist *einfach falsch*. Ein Marxist hat *kein Recht*, das Dumakabinett *nur* von dieser Seite zu betrachten, unter Ignorierung der Tatsache, daß in Rußland zwei Typen der ökonomischen Entwicklung objektiv möglich sind. Die bürgerlich-demokratische Umwälzung in Rußland ist unvermeidlich. Aber sie ist möglich bei Erhaltung der Gutsherrenwirtschaft und ihrer allmählichen Überleitung in eine junkerlich-kapitalistische Wirtschaft (Stolypins und der Liberalen Agrarreform), und sie ist ebenfalls möglich bei Vernichtung der

Gutsherrenwirtschaft und Übergabe der Ländereien an die Bauernschaft (bäuerliche Revolution, die durch das sozialdemokratische Agrarprogramm unterstützt wird).

Ein Marxist hat die Pflicht, das kadettische Kabinett nicht nur von der einen, sondern von beiden Seiten zu betrachten: als mögliche Etappe des Kampfes um eine konstituierende Versammlung und als mögliche Etappe einer *Liquidierung der bürgerlichen Revolution*. Nach den Absichten der Kadetten und Stolypins soll ein Dumakabinett die zweite Rolle spielen; nach der objektiven Sachlage kann es sowohl die zweite als auch die erste Rolle spielen.\*

Indem die Menschewiki die Möglichkeit (und die Gefahr) einer liberalen Einschränkung und Abwürgung der bürgerlichen Revolution vergessen, gleiten sie vom Standpunkt des Klassenkampfes des Proletariats ab auf den Standpunkt der Liberalen, die sowohl die Monarchie als auch den Loskauf, sowohl die zwei Kammern als auch die Abwürgung der Revolution usw. usf. beschönigen.

3. Wenn wir nun von der ökonomisch-klassenmäßigen Seite der Frage zu ihrer staatsrechtlichen übergehen, so müssen wir sagen, daß die Menschewiki ein Dumakabinett als einen Schritt zum Parlamentarismus betrachten, als eine Reform, die die konstitutionelle Ordnung vervollkommen und es dem Proletariat erleichtert, diese Ordnung für seinen Klassenkampf auszunutzen. Aber das ist wieder der einseitige Standpunkt der „erfreulichen Erscheinungen“. In dem Akt der Ernennung von Ministern aus den Reihen der Dumamehrheit (eben eine solche Ernennung erstrebten die Kadetten in der ersten Duma) fehlt ein sehr wesentlicher Zug einer Reform, es fehlt die *legislative* Anerkennung einer bestimmten *allgemeinen* Änderung in der Konstitution. Es ist das ein bis zu einem gewissen Grad einmaliger, ja sogar personeller Akt. Er stützt sich auf Abmachungen, Verhandlungen und Bedingungen *hinter den Kulissen*. Nicht umsonst hat die „Retsch“ jetzt (im März 1907!) zugegeben, daß im Juni

\* Wir gehen von der für Plechanow und die Menschewiki *günstigsten* Voraussetzung aus, nämlich davon, daß die Kadetten die Forderung nach einem Dumakabinett aufstellen. Wahrscheinlicher ist, daß *das nicht geschieht*. Dann wird Plechanow (samt den Menschewiki) mit seiner „Unterstützung“ einer von den Liberalen nicht aufgestellten Losung genauso lächerlich dastehen wie seinerzeit mit der „machtvollkommenen Duma“.

1906 Verhandlungen der Kadetten mit der Regierung stattgefunden haben, die *noch nicht* (!) der Veröffentlichung unterliegen. Selbst ein Nachbeter der Kadetten, der „Towarischtsch“, erkannte an, daß dieses Versteckspiel unzulässig ist. Und es ist nicht verwunderlich, daß Pobedonoszew (nach Zeitungsmeldungen) eine Maßnahme vorschlagen konnte, die darin bestand, liberale, kadettische Minister zu ernennen, um dann die Duma auseinanderzujagen und das Kabinett abzulösen! Das wäre keine Aufhebung der Reform, keine Änderung des Gesetzes, sondern ein durchaus gesetzmäßiger, „konstitutioneller Akt“ des Monarchen. Durch ihre Unterstützung des kadettischen Strebens nach einem Dumakabinett unterstützten die Menschewiki *praktisch*, ohne es zu wollen und sich dessen bewußt zu sein, die Verhandlungen hinter den Kulissen und Pakte hinter dem Rücken des Volkes.

Dabei haben die Menschewiki von den Kadetten keinerlei „Verpflichtungen“ verlangt und konnten es auch nicht. Sie haben ihnen ihre Unterstützung *geschenkt*, haben sie ihnen auf Kredit gegeben, wodurch sie Verwirrung und Demoralisation in das Bewußtsein der Arbeiterklasse hineintrugen.

4. Wir wollen den Menschewiki noch ein Zugeständnis machen. Nehmen wir den bestmöglichen Fall an, nämlich daß der Akt der Ernennung von Dumaministern nicht nur ein personeller Akt wäre, nicht nur ein Betrug am Volk und ein Paradeabkommen, sondern der erste Schritt einer tatsächlichen konstitutionellen Reform, die die Bedingungen für den Kampf des Proletariats *wirklich verbessert*.

Selbst in diesem Fall kann es unter keinen Umständen gerechtfertigt erscheinen, daß die Sozialdemokratie die Losung aufstellt, die Forderung nach einem Dumakabinett zu unterstützen.

Das sei eine Etappe zum Besseren, der Boden für den weiteren Kampf, sagt ihr? Nehmen wir das an. Aber wäre nicht *gewiß* das allgemeine, *aber nicht direkte* Wahlrecht eine Etappe zum Besseren? Warum sollen wir denn nicht erklären, die Sozialdemokratie unterstütze die Forderung nach einem allgemeinen, *aber nicht direkten* Wahlrecht als „Etappe“ im Kampf um die „Vierpunkteformel“, als „Boden für den Übergang“ zu dieser Formel? Da würden nicht nur die Kadetten, sondern auch die Pederaken<sup>66</sup> und ein Teil der Oktobristen auf unserer Seite sein! Eine „gesamtnationale“ Etappe auf dem Wege zum Volkskampf um eine konsti-

tuierende Versammlung, das ist es, was die Unterstützung eines allgemeinen, *aber nicht direkten und nicht geheimen* Stimmrechts durch die Sozialdemokratie bedeutet!

Es gibt entschieden keinerlei prinzipiellen Unterschied zwischen einer Unterstützung der Forderung nach einem Dumakabinett und einer Unterstützung der Forderung nach einem allgemeinen, *aber nicht direkten und nicht geheimen* Wahlrecht.

Die Aufstellung der Losung „ein verantwortliches Ministerium“ zu rechtfertigen mit dem Argument, das wäre eine Etappe zum Besseren usw., bedeutet, in der Frage nach dem Verhältnis der Sozialdemokratie zum bürgerlichen Reformertum die Grundlagen nicht zu verstehen.

Jede Reform ist eben nur insoweit eine Reform (und keine reaktionäre bzw. keine konservative Maßnahme), als sie einen gewissen Schritt, eine „Etappe“ zum Besseren bedeutet. Aber *jede* Reform in der kapitalistischen Gesellschaft hat einen *doppelten* Charakter. Die Reform ist ein Zugeständnis, das die herrschenden Klassen machen, *um* den revolutionären Kampf aufzuhalten, zu schwächen oder zu unterdrücken, um die Kraft und Energie der revolutionären Klassen zu zersplittern, ihr Bewußtsein zu trüben usw.

Darum wird die revolutionäre Sozialdemokratie, ohne es im geringsten abzulehnen, die Reformen zwecks Entwicklung des revolutionären Klassenkampfes auszunutzen („wir nehmen auch Abschlagszahlung“, sagte Friedrich Engels<sup>67</sup>), die halbschlächtigen bürgerlich-reformistischen Losungen auf keinen Fall „zu den ihren machen“\*.

Das letztere tun heißt völlig auf Bernsteinsche Weise handeln (Plechanow wird Bernstein rehabilitieren *müssen*, um seine jetzige Politik verteidigen zu können! Nicht umsonst kann das Organ Bernsteins, die „Sozialistischen Monatshefte“, sich nicht genugtun in Lobsprüchen für Plechanow!), heißt die Sozialdemokratie in „eine *demokratisch-sozialistische Reformpartei*“ verwandeln (bekannter Ausdruck Bernsteins in seinen berühmten „Voraussetzungen des Sozialismus“).

Die Sozialdemokratie betrachtet die Reformen als *Nebenprodukt* des

---

\* Plechanow in der „Russkaja Shisn“: „... die sozialdemokratischen Deputierten *müssen unbedingt die erwähnte Forderung* (ein verantwortliches Ministerium) *zu der ihren machen* im Interesse des Volkes, im Interesse der Revolution...“

revolutionären Klassenkampfes des Proletariats und nützt die Reformen als solches aus.

Und hier kommen wir zu unserem letzten Argument gegen die zur Erörterung stehende Losung:

5. Wodurch kann die Sozialdemokratie die Verwirklichung aller Reformen überhaupt, der konstitutionellen Reformen in Rußland im besonderen, eines Dumakabinetts mit seinen für das Proletariat nützlichen Resultaten im einzelnen, *praktisch* näher bringen? Dadurch, daß sie die Losungen der bürgerlichen Reformisten „zu den ihren macht“, oder dadurch, daß sie es entschieden ablehnt, derartige Losungen „zu den ihren zu machen“, und nach wie vor unentwegt den revolutionären Klassenkampf des Proletariats unter dem Banner vollständiger, ungestutzter Losungen führt? Die Antwort auf diese Frage ist nicht schwierig.

Dadurch, daß wir die stets halbschlächtigen, stets gestutzten, stets zweideutigen Losungen des bürgerlichen Reformertums „zu den unseren machen“, verstärken wir nicht, sondern schwächen wir in der Praxis die Wahrscheinlichkeit, die Möglichkeit von Reformen und bringen ihre Verwirklichung nicht näher. Denn die wirkliche Kraft, die Reformen ins Leben ruft, ist die Kraft des revolutionären Proletariats, seine Bewußtheit, seine Geschlossenheit, seine unbeugsame Kampfesgeschlossenheit.

Diese Eigenschaften der Massenbewegung schwächen und lähmen wir, wenn wir bürgerlich-reformerische Losungen in die Massen tragen. Ein gewöhnlicher bürgerlicher Sophismus besteht darin, daß, wenn wir von unseren revolutionären Forderungen und Losungen etwas preisgäben (beispielsweise ein „Dumakabinett“ als „Etappe“ an die Stelle der „Selbstherrschaft des Volkes“ und der konstituierenden Versammlung setzten usw.), wir die Wahrscheinlichkeit der *Verwirklichung* einer solchen abgeschwächten Maßnahme *vergrößern*, denn dafür träten dann, heißt es, sowohl das Proletariat als auch die Bourgeoisie in diesem oder jenem ihrer Teile ein.

Das ist ein bürgerlicher Sophismus, erklärt die internationale revolutionäre Sozialdemokratie. Wir schwächen dadurch im Gegenteil die Wahrscheinlichkeit der Verwirklichung einer Reform, denn wenn wir der Sympathie der Bourgeoisie nachjagen, die Zugeständnisse stets nur gegen ihren Willen macht, schwächen wir das revolutionäre Bewußtsein der Massen, demoralisieren und trüben es. Wir passen uns der Bourgeoisie,

ihrem Pakt mit der Monarchie an, wodurch wir der Entwicklung des revolutionären Massenkampfes Schaden zufügen. Das Ergebnis wird immer sein, daß es bei einer solchen Taktik entweder überhaupt keine Reformen gibt, oder daß sie sich als reiner Betrug erweisen. Die einzige feste Stütze für Reformen, die einzige ernstliche Garantie dafür, daß sie keine Fiktion sind, daß sie zum Wohle des Volkes ausgenutzt werden, ist der selbständige revolutionäre Kampf des Proletariats, das seine Losungen nicht herabmindert.

Die Menschewiki tragen seit Juni 1906 die Losung in die Massen, die Forderung nach einem Dumakabinett zu unterstützen. Dadurch schwächen und trüben sie das revolutionäre Bewußtsein der Massen, vermindern die Schlagkraft der Agitation, verringern die Wahrscheinlichkeit, daß diese Reform verwirklicht wird, und die Möglichkeit, sie auszunutzen.

Man muß die revolutionäre Agitation in den Massen verstärken, muß unsere vollständigen, ungestutzten Losungen stärker verbreiten und klarer entwickeln – *dadurch* bringen wir im günstigen Fall den vollen Sieg der Revolution näher, im ungünstigen Fall aber erzwingen wir irgendwelche halbschlächtigen Zugeständnisse (nach Art eines Dumakabinetts, des allgemeinen, aber nicht direkten Wahlrechts usw.) und sichern uns die Möglichkeit, diese in ein Werkzeug der Revolution zu verwandeln. Reformen sind ein Nebenprodukt des Klassenkampfes des revolutionären Proletariats. Die Gewinnung eines Nebenprodukts zu seiner „eigenen“ Sache machen heißt in bürgerlich-liberalen Reformismus verfallen.

\*

Der letzte Punkt der Resolution:

„V. Die sozialdemokratische Dumafraktion, die die Tätigkeit in der Duma als eine der Formen des Klassenkampfes betrachtet, wahrt ihre volle Selbständigkeit, wenn sie in jedem Einzelfall Vereinbarungen trifft zwecks aggressiver Aktionen mit denjenigen Parteien und Gruppen, deren Aufgaben im gegebenen Augenblick mit den Aufgaben des Proletariats übereinstimmen, und zwecks defensiver Aktionen, die auf den Schutz der Volksvertretung selber und ihrer Rechte gerichtet sind – mit denjenigen Parteien, die am Kampf gegen das alte Regime, am Kampf für den Triumph der politischen Freiheit interessiert sind.“

So gut hier der erste Teil ist (bis zu dem Wort „wenn“), so schlecht und direkt unsinnig ist der zweite.

Was ist das für eine lächerliche Unterscheidung zwischen „aggressiven“ und „defensiven“ Aktionen? Unsere Menschewiki reden offenbar plötzlich die Sprache der „Russkije Wedomosti“ aus den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, zu welcher Zeit die Liberalen zu beweisen suchten, der Liberalismus in Rußland „schütze“, die Reaktion aber sei „aggressiv“. Man denke doch nur: an Stelle der „alten“ Einteilung der politischen Aktionen in revolutionäre und reformistische, in revolutionäre und konterrevolutionäre, in parlamentarische und außerparlamentarische, tischen uns Marxisten eine neue Klassifizierung auf: „defensive“ Aktionen „schützen“ das Gegebene; „aggressive“ gehen weiter! Schämen solltet ihr euch, Genossen Menschewiki! Wie sehr muß man jedes Gefühl für den revolutionären Klassenkampf verloren haben, um den *faden* Beigeschmack nicht zu merken in dieser Unterscheidung zwischen „Defensivem“ und „Aggressivem“!

Und wie komisch, ganz wie ein Gegenstand in einem Hohlspiegel, widerspiegelt sich in dieser hilflosen Formulierung jene (für die Menschewiki) *bittere* Wahrheit, die sie nicht offen anerkennen wollen! Die Menschewiki haben die Gewohnheit, von Parteien schlechthin zu sprechen, da sie sich fürchten, sie genau zu bezeichnen und klar abzugrenzen, sie haben die Gewohnheit, sowohl über die Kadetten als auch über die Linken den Schleier der allgemeinen Bezeichnung „oppositionell-demokratische Parteien“ zu werfen. Jetzt fühlen sie, daß ein Wechsel eintritt. Sie fühlen, daß die *Liberalen* im Grunde genommen jetzt nur fähig sind, die heutige Duma und unsere heutige, man verzeihe den Ausdruck, „Konstitution“ zu *schützen* (durch kniefälliges Bitten, so wie die „Russkije Wedomosti“ in den achtziger Jahren das Semstwo „schützten“!). Die Menschewiki fühlen, daß die liberalen Bourgeois nicht imstande und nicht gewillt sind, *weiterzugehen* („aggressiv“ zu sein – man kann sich nur wundern über so scheußliche Termini!). Und dieses verschwommene Bewußtsein, das die Menschewiki von der Wahrheit haben, widerspiegelt sich in der komischen und äußerst konfusen Formulierung, nach deren wortwörtlicher Bedeutung sich ergibt, daß die Sozialdemokraten es fertigbringen, *irgendwann* einmal Abkommen zu treffen für Aktionen, „deren Aufgaben“ *nicht* übereinstimmen mit den Aufgaben des Proletariats!

Dieser Schlußakkord der menschewistischen Resolution, diese lächerliche Angst, offen und klar die *Wahrheit* zu sagen – nämlich daß die libe-

ralen Bourgeois, die Kadetten, völlig aufgehört haben, der Revolution zu helfen –, bringt großartig den ganzen Geist der gesamten von uns analysierten Resolution zum Ausdruck.

### STATT EINES NACHWORTS

Die vorstehenden Zeilen waren schon geschrieben, als ich die Resolutionen der Februarkonferenz (1907) des „Estländischen Gebietsverbandes“ der SDAPR<sup>68</sup> erhielt.

In dieser Konferenz ergriffen (wahrscheinlich als Delegierte des ZK) die menschwistische Genossen M. und A. das Wort. Bei Erörterung der Frage der Reichsduma *brachten sie* offenbar *dieselbe Resolution ein*, die ich oben analysiert habe. Und da ist es nun äußerst aufschlußreich zu sehen, *welche Änderungen* die Genossen estnischen Sozialdemokraten in dieser Resolution vorgenommen haben. Wir wollen die von der Konferenz angenommene Resolution in vollem Wortlaut anführen:

#### *Über die Stellung zur Reichsduma*

„Die Bedürfnisse des Volkes zu befriedigen besitzt die Reichsduma keinerlei Macht und Gewalt, da die ganze Macht sich nach wie vor in den Händen der Volksfeinde – der Selbstherrschaft des Zaren, der Bürokratie und einer Handvoll Gutsbesitzer – befindet. Deshalb muß die Sozialdemokratie die illusorischen Hoffnungen auf die gesetzgebende Gewalt der jetzigen Reichsduma schonungslos zerstören und dem Volk klarmachen, daß nur eine über alle Macht verfügende, das ganze Volk repräsentierende konstituierende Versammlung, die nach der Liquidierung der Selbstherrschaft des Zaren vom Volke selber frei gewählt wird, imstande ist, die Forderungen des Volkes zu befriedigen.

Um jedoch das Klassenbewußtsein des Proletariats zu entwickeln, die Volksmassen politisch zu erziehen, die revolutionären Kräfte zu entwickeln und zu organisieren, muß die Sozialdemokratie auch diese ohnmächtige, machtlose Reichsduma ausnutzen. In Anbetracht dessen beteiligt sich die Sozialdemokratie an der Tätigkeit der Reichsduma auf folgenden Grundlagen:

I. Ausgehend von den Interessen des städtischen und ländlichen Proletariats sowie von den Prinzipien eines konsequenten Demokratismus kritisiert die Sozialdemokratie alle Anträge und Gesetzentwürfe der Regierung und der bürgerlichen Parteien sowie den Staatshaushalt und stellt ihnen ihre eigenen Forderungen und Gesetzentwürfe entgegen, wobei sie ständig von den For-

derungen und Bedürfnissen der breiten Volksmassen ausgeht und durch diese ihre Tätigkeit die Untauglichkeit der bestehenden Ordnung und die Klassengegensätze der bürgerlichen Gesellschaft entlarvt.

II. Die Sozialdemokratie macht sich das Interpellationsrecht zunutze, um das Wesen und die Natur der gegenwärtigen Regierung zu enthüllen und dem Volke zu zeigen, daß die ganze Tätigkeit der Regierung direkt gegen die Interessen des Volkes gerichtet ist, um klarzumachen, wie rechtlos die Lage der Arbeiterklasse ist, und die Rolle zu beleuchten, die die Regierung, die herrschenden Klassen und die sich auf diese stützenden Parteien gegenüber der Arbeiterklasse spielen. Unter anderem muß die Sozialdemokratie die paktierende und verräterische Partei der Kadetten bekämpfen, indem sie deren Halb-schlächtigkeit und heuchlerischen Demokratismus entlarvt, um dadurch das revolutionäre Kleinbürgertum von der Hegemonie und dem Einfluß der Kadetten zu befreien, es zu veranlassen, dem Proletariat zu folgen.

III. Als Partei der proletarischen Klasse muß die Sozialdemokratie in der Reichsduma stets selbständig auftreten. Die Sozialdemokratie darf mit den anderen revolutionären und oppositionellen Parteien in der Reichsduma keinerlei ständige Abkommen oder Verträge schließen, die die Handlungsfreiheit der Sozialdemokratie einengen. In einzelnen Fällen, wenn die Aufgaben und Schritte anderer Parteien mit den Aufgaben und Schritten der Sozialdemokratie übereinstimmen, kann und muß die Sozialdemokratie mit den anderen Parteien Verhandlungen über diese Schritte aufnehmen.

IV. Da es für das Volk keinerlei Abkommen mit der gegenwärtigen Regierung der Fronherren geben kann und nur eine über alle Macht verfügende konstituierende Versammlung imstande ist, die Forderungen und Bedürfnisse des Volkes zu befriedigen, betrachtet es die Konferenz nicht als die Aufgabe des Proletariats, für ein der heutigen machtlosen Duma gegenüber verantwortliches Ministerium zu kämpfen. Das Proletariat darf nicht unter der Flagge eines verantwortlichen Ministeriums, sondern muß unter der Flagge der konstituierenden Versammlung kämpfen.

V. Die sozialdemokratische Fraktion in der Reichsduma, die derart den Kampf führt, muß mit dem Proletariat und den breiten Volksmassen außerhalb der Duma engste Verbindung halten, zur Organisierung dieser Massen beitragen und so die revolutionäre Armee zum Sturz der Selbstherrschaft schaffen.“

Kommentar überflüssig. In meinem Artikel habe ich zu zeigen versucht, wie man keine Resolutionen nach Art der untersuchten schreiben soll. Die estnischen revolutionären Sozialdemokraten haben in ihrer Resolution gezeigt, wie man untaugliche Resolutionen korrigieren muß.

BEMERKUNG ZUR RESOLUTION  
DER ESTNISCHEN SOZIALDEMOKRATEN<sup>169</sup>

Unser Korrespondent sandte uns ferner das von der Konferenz angenommene *Statut des Estländischen Gebietsverbandes der SDAPR*. Aus Raummangel können wir es nicht abdrucken.

Wir lenken die Aufmerksamkeit der Leser auf die Resolution über die Duma. Aus ihr ist klar ersichtlich, daß als Grundlage die in Nr. 47 der „*Russkaja Shisn*“ veröffentlichte Resolution der Menschewiki diente: der Einfluß der Menschewiki M. und A. hat darin seinen Ausdruck gefunden, *ist aber darauf beschränkt geblieben*. Die estnischen Sozialdemokraten haben alle *den Kampf betreffenden Stellen* dieser Resolution in *eindeutig bolschewistischem Geist* umgearbeitet (besonders die über die Kadetten und über das „verantwortliche Ministerium“). Ein gutes Beispiel für „Korrekturen“ an menschewistischen Resolutionen!

„*Proletari*“ Nr. 15,  
25. März 1907.

*Nach dem Text des „Proletari“.*

## DIE GRUNDLAGEN DES PAKTES

Petersburg, 21. März 1907

Die Lage hat sich wesentlich geändert, seitdem vor drei Wochen der Leitartikel des „Proletari“ Nr. 14 geschrieben wurde.\* Die Regierung und die Kadetten, die erzreaktionäre Selbstherrschaft und die liberal-monarchistische Bourgeoisie sind einander einen Schritt entgegengekommen und drauf und dran, sich die Hände zu reichen, um durch gemeinsame Anstrengungen die Revolution abzuwürgen und dem Volk statt Land und Freiheit ein kümmerliches Almosen hinzuwerfen, das es zu einem Hunger- und Sklavendasein verurteilt. Wir wollen die entstandene Lage näher betrachten.

Zwei Fragen liegen der erzreaktionären Selbstherrschaft wie ein schwerer Stein auf dem Herzen – der Haushalt und die Agrarfrage. Ohne Bestätigung des Haushalts durch die Duma gibt es keinen Kredit. Ohne wenigstens zeitweilig das klaffende Geschwür der Bodenfrage irgendwie zu bedecken, besteht keine Hoffnung auf eine auch nur kurzfristige Beruhigung. Die Duma auseinanderzujagen ohne Haushalt und ohne ein Agrargesetz, die von ihr gebilligt sind, wagt die Regierung nicht. Sie *fürchtet* die Auseinanderjagung der Duma, und gleichzeitig kündigt sie sie zeternd an, wobei sie den ganzen Schwarzhunderterapparat des Bundes des russischen Volkes in Bewegung setzt, um die Zaghaften ins Bockshorn zu jagen und die Schwankenden nachgiebig zu stimmen. Sie will versuchen, der Duma ein Zugeständnis zu entreißen, indem sie ihr mit der Drohung, sie auseinanderzujagen zu wollen, den Mund stopft. Nun, und dann wird man sehen, was mit der schmachbedeckten, bespienen,

\* Siehe den vorliegenden Band, S. 176–180. *Die Red.*

in den Schmutz getretenen „hohen“ Versammlung zu machen ist. Daher das Ersuchen, den Haushalt zu bestätigen, die Versicherung, der Finanzminister denke nicht daran, der Reichsduma die Frage der Genehmigung einer Anleihe vorzulegen. Daher auch die korrekten Reden des Herrn Wassiltschikow, die Regierung würde „die Unantastbarkeit jener Grenzen schützen, an denen“ „die Interessen einzelner Personen, einzelner Gruppen und einzelner Stände sich berühren“, aber gleichzeitig sei sie „sich ihrer Pflicht bewußt, diesen Schutz so weit auszudehnen, als die vorgesehenen Grenzen mit den allgemeinen Staatsinteressen übereinstimmen. *Dort, wo diese Grenzen mit diesen Interessen nicht übereinstimmen, müssen sie verschoben werden.*“ Diese Worte, besonders die von uns hervorgehobene Stelle, enthalten zweifellos einen kaum bemerkbaren Wink an die Kadetten, eine leichte Anspielung des Inhalts, daß die kadettische „Zwangseinteilung“ in einem gewissen Maße denkbar sei.

Was antworten nun die Kadetten auf alle diese mühsam herauszuhörenden Avancen? Oh! sie bemühen sich aus Leibeskräften, das nicht Herauszuhörende hörbar zu machen, das in geheimnisvolle Anspielungen und Unausgesprochenheiten Gehüllte zu enthüllen und bis zu Ende auszusprechen. Und darum machen sie ihrerseits der Regierung unvergleichlich größere Avancen, schütten ihr Herz aus, wenn auch, entsprechend der ihnen eigenen Vorsicht, vorläufig nur zur Hälfte, und strecken zaghaft die Hand aus, um den ihnen herablassend hingestreckten Zeigefinger des Herrn Stolypin zu ergreifen. In seiner Nummer vom 18. März gibt das Leiborgan der Kadetten, die „Retsch“, der ganzen Welt bekannt, daß die Partei der Volksfreiheit die Ausarbeitung eines neuen Agrargesetzentwurfs beendet, der diese Partei zu der „für eine sachliche Erörterung der Bodenfrage bestgerüsteten“ Partei macht, wobei „angesichts der neuen Stellung der Frage weitaus mehr das in Betracht gezogen wurde, was man üblicherweise das reale Kräfteverhältnis nennt“. In der Dumasitzung am folgenden Tag hielt der Deputierte Kutler eine wahrhaft „sachliche“ Rede und lüftete dabei etwas (wenn auch bei weitem nicht ganz) den Schleier, mit dem einstweilen der „Realismus“ und der „sachliche Charakter“ der neuen Frucht der gesetzgeberischen Schöpferkraft der Kadettenpartei schamhaft verhüllt wird. Soweit man verstehen konnte, läuft der sachliche Realismus im gegebenen Fall darauf hinaus, daß erstens anstatt der „Verbrauchsnorm“ den Bauern an vielen Orten

weitaus weniger Boden gegeben werden soll – „so viel, wie vorhanden sein wird“, wie sich Herr Kutler sehr unklar ausdrückte. Offenbar ist es so, daß viele Millionen Desjatinen gutsherrlichen Bodens auch bei einer „Zwangseignung“ keineswegs enteignet zu werden brauchten. Das bedeutet lediglich, etwas „die Grenzen zu verschieben“, wie Herr Wassiltschikow sich ausdrückt. Der zweite, für den „Realismus“ des neuen Gesetzentwurfs kennzeichnende Zug wird von Herrn Kutler mit den folgenden Ausdrücken dargelegt: „Ländereien, die der Zuweisung an die Bauern unterliegen“, müssen „in den endgültigen bäuerlichen Besitz gegeben werden“, so daß „diese Ländereien ihnen unter keinen Umständen in Zukunft weggenommen werden“, sie werden „den Bauern nicht zu zeitweiliger, sondern zu ständiger Nutzung übergeben“, wobei es nötig sein wird, „nur das Recht der Veräußerung und der Verpfändung einzuschränken“. Alles das kommt wiederum der durch den Mund des Herrn Wassiltschikow verkündeten „Absicht“ der Regierung sehr nahe, „die sich aus den Prinzipien des Eigentums ergebenden Vorteile auch auf das Riesengebiet des bäuerlichen Grundbesitzes auszudehnen, das bislang dieser Vorteile entbehrte“. Und schließlich verdient das dritte „sachliche“ Kennzeichen des neuen kadettischen Agrargesetzentwurfs besondere Beachtung: früher schlug man den Loskauf des Bodens auf Kosten des Fiskus vor, jetzt aber „muß ein bestimmter Teil der bei der Bodenreform entstehenden Ausgaben von den Bauern selber etwa in halber Höhe vergütet werden“. Nun, wodurch unterscheidet sich denn das von jenen Loskaufzahlungen in halber Höhe, die die Regierung den Bauern für 1906 auferlegte? Die prinzipielle Übereinstimmung des kadettischen Agrarentwurfs mit den „Ansätzen“ der Regierung tritt auf diese Weise hinreichend klar hervor. Sie ist um so weniger zu bezweifeln, als auch die kadettische Zwangseignung des Bodens fiktiv ist: wer wird denn in den kadettischen Bodenkomitees „Zwang“ ausüben, wenn sie zur Hälfte aus Bauern und zur Hälfte aus Gutsbesitzern bestehen, während Beamte ihre Interessen „versöhnen“ werden? Es fehlt nicht viel, und der Pakt ist perfekt. Nicht umsonst bemerkt der Dumabeobachter der „Retsch“ in der Nummer vom 20. März anlässlich der Rede des Herrn Wassiltschikow: „Bei einer solchen Stellung der Frage wird sie auf sachlichen Boden übergeführt.“ Das aber ist im Munde der heutigen Kadetten das höchste Lob!

Was den Haushalt betrifft, so zeichnet sich die versöhnliche Stellungnahme der Kadetten gegenüber der erzreaktionären Selbstherrschaft mit genügender Klarheit in dem Leitartikel der gleichen Nummer der „Retsch“ vom 20. März ab. Hier wird das Gerücht, „die Partei der Volksfreiheit beantrage angeblich, den Haushalt als Ganzes abzulehnen“, als „offensichtliche Lüge“ bezeichnet, hier wird die Zuversicht geäußert, daß „die Volksvertreter wahrscheinlich den Haushalt für 1907 mit gewissen Änderungen bestätigen werden“, und schließlich – hört, hört, meine Herren! – wird hier versichert, „wenn die Duma Beweise erhält für die Bereitschaft des Herrn Finanzministers, einer Erweiterung ihrer Rechte (natürlich in den Grenzen der „Grundgesetze“ – siehe denselben Artikel weiter oben) entgegenzukommen, dann kann in ihrer Mitte ein größeres Vertrauen zur Regierung entstehen“, denn „wenn die Duma Grund hätte, dem Herrn Finanzminister zu vertrauen, könnte sie sich mit einer Formel einverstanden erklären, die hinauslief auf die *Genehmigung, so viel Kredit aufzunehmen, wie benötigt wird*“ (hervorgehoben von uns). Das ist eine Perle, die den würdigen Abschluß bildet für diese ganze lange Kette schmähhlicher Zugeständnisse, diesen Verkauf der Volksfreiheit en détail – einen Verkauf en détail, der notwendig ist, um schließlich die Volksfreiheit en gros zu verkaufen.

Wer die Geduld besitzt, alle Einzelheiten des schimpflichen Schachers zwischen den Schwarzhundertern und den liberalen Bourgeois zu verfolgen, soweit diese Einzelheiten im gegenwärtigen Augenblick hervortreten, für den bestehen keine Zweifel: die konterrevolutionären Kräfte organisieren sich, um der großen Freiheitsbewegung den endgültigen, tödlichen Schlag zu versetzen, um die starken und kühnen Kämpfer zu zerschmettern und die Naiven, Zaghafte und Unentschlossenen zu täuschen und zu beseitigen. Die Rechten, das polnische Kolo<sup>70</sup>, die Kadetten schließen sich zu einem Ganzen zusammen, um diesen Schlag zu führen. Die Regierung schreckt die Kadetten und die Trudowiki mit dem Geheul der von ihr selber aufgehetzten Schwarzhunderschaft, die die Auseinanderjagung der Duma und die Liquidierung der „infamen Konstitution“ fordert. Die Kadetten schrecken die gleichen Trudowiki durch Hinweis auf ebendieses Geheul und auf die angeblichen Absichten Stolypins, unverzüglich die Duma auseinanderzujagen. Alle diese Drohungen und Ängste brauchen die erzreaktionäre Selbstherrschaft und die liberale

Bourgeoisie, um hinter dem Rücken des Volkes besser handelseins zu werden, um dieses Volk auszuplündern und dabei gütlich miteinander zu teilen. Trudowiki aller Schattierungen, laßt euch nicht täuschen! Wacht über die Volksinteressen! Verhindert den schmutzigen Pakt der Kadetten mit der Regierung! Genossen Sozialdemokraten! wir sind überzeugt, daß ihr die Lage versteht, daß ihr an der Spitze aller revolutionären Elemente der Duma marschiert, daß ihr den Trudowiki die Augen öffnet über den schändlichen Verrat, den die liberal-monarchistische Bourgeoisie begeht. Wir sind überzeugt, daß ihr von der Dumatribüne herab wuchtig und klar vernehmlich diesen Verrat vor dem ganzen Volk entlarven werdet.

„Proletari“ Nr. 15,  
25. März 1907.

*Nach dem Text des „Proletari“.*

## DIE TAKTISCHE PLATTFORM DER MENSCHEWIKI

Als Flugschrift erschienen ist die *„Taktische Plattform zum bevorstehenden Parteitag*, ausgearbeitet von Martow, Dan, Starower, Martynow u. a. unter Teilnahme einer Gruppe von menschewistischen Praktikern“.

Es bleibt unbekannt, in welcher Beziehung diese Plattform zu der Resolution über die Reichsduma steht, die von denselben Führern des Menschewismus ausgearbeitet und in Nr. 47 der „Russkaja Shisn“ abgedruckt worden ist. In der Flugschrift, von der wir sprechen, steht kein Wort darüber, ob beabsichtigt ist, die hier dargelegten taktischen Ansichten als Resolutionsentwürfe, und zwar zu welchen Fragen usw., detaillierter auszuarbeiten. Diese Unklarheit muß man bedauern, denn die „Taktische Plattform“ leidet an und für sich unter äußerster Verschwommenheit und Unbestimmtheit der Formulierungen. Um das zu zeigen, führen wir in vollem Wortlaut die drei abschließenden Thesen der Plattform an, die die „nächsten Aufgaben der Sozialdemokratie in der vor uns liegenden Periode“ behandeln, wobei wir mit der dritten These beginnen:

... „3. Entwicklung der politischen und organisatorischen Selbsttätigkeit der Arbeitermassen auf dem Boden der Verteidigung ihrer Interessen als Klasse von Lohnarbeitern. Durch die Parteigruppen Unterstützung des organisatorischen Aufbaus, der sich unter den breiten Schichten des Proletariats auf dem Boden der Befriedigung seiner unmittelbaren beruflichen, politischen und kulturellen Bedürfnisse, auf dem Boden des Kampfes für die Erhaltung und Erweiterung der der alten Ordnung abgerungenen Zugeständnisse entfaltet.“

Kann man sich etwas Verschwommeneres, Nebelhafteres, Inhaltsloseres vorstellen? Ist das eine „taktische Plattform“ für den Parteitag

des Jahres 1907 oder ein Auszug aus einem populären Artikel über die Aufgaben der Arbeiterklasse im allgemeinen?

Bekanntlich ist sowohl die Frage der Gewerkschaften wie die des Arbeiterkongresses, wie auch die der Bevollmächtigtenräte auf die Tagesordnung des Parteitags gesetzt worden – alles das sind konkrete Fragen des heutigen Tages, der gegebenen Entwicklungsstufe der Arbeiterbewegung. Uns jedoch traktiert man, gerade als wüsste man ausdrücklich, *seine Gedanken* über die vom Leben aufgeworfenen und von der Partei gestellten Fragen zu *verbergen*, mit Gemeinplätzen und Phrasen über „Selbsttätigkeit“! Das ist keine Plattform, Genossen, sondern *ein leerer Wisch*. Zu solchen Fragen, wie es beispielsweise der Arbeiterkongress ist, gibt es bereits eine ganze Parteiliteratur, von Artikeln im parteioffiziellen „Sozialdemokrat“<sup>71</sup> bis zu einer Reihe von Broschüren. Eine Plattform schreibt man, um zur Sache Stellung zu nehmen, und nicht, um eine Frage abzutun.

... „2. Entschlossener ideologischer Kampf gegen alle Versuche, die klassenmäßige Selbständigkeit des Proletariats zu beschränken, gegen das Hineintragen reaktionärer kleinbürgerlicher Illusionen in sein Bewußtsein und gegen alle Tendenzen, die dazu führen, den organisierten Klassenkampf durch anarchistischen Terror und verschwörerisches Abenteurertum zu ersetzen.“

Giftig gesagt. Offensichtlich wollten die Autoren „ihrem Herzen Luft machen“. Das ist natürlich ihr gutes Recht, und uns liegt es nicht, uns über scharfe Polemik zu beklagen. Polemisiert so scharf ihr Lust habt, nur sagt klar, was ihr wollt. Euer zweiter Punkt sagt jedoch absolut nichts Bestimmtes. Er „zielt“, wie man erraten kann, auf die Bolschewiki, aber er *trifft* sie *nicht* infolge der verschwommenen Formulierung. Alle Bolschewiki werden natürlich bereit sein, die Verurteilung des *anarchistischen* Terrors, des „*verschwörerischen Abenteurertums*“, der „*reaktionären kleinbürgerlichen Illusionen*“ und der „*Versuche, die klassenmäßige Selbständigkeit zu beschränken*“, mit beiden Händen zu unterschreiben.

Wir geben den Genossen Menschewiki einen guten Rat. Wenn ihr mit den Bolschewiki schärfer polemisieren und sie stärker „in die Zange nehmen“ wollt, Genossen, dann schreibt, bitte, Resolutionen, die für uns *unannehmbar* sind. Man muß alle Klammern *auflösen* und nicht einen neuen Schleier über längst aufgeworfene Fragen breiten! Nehmt euch ein Beispiel an uns: unser Resolutionsentwurf über die parteilosen politischen

Organisationen sagt *geradeberaus*, daß wir Gegner *der und der* Ideen Axelrods, *der und der* Strömung sind, die ihren Ausdruck findet in bestimmten literarischen Erzeugnissen von Parteimitgliedern. Welche Vorwürfe es auch sein mögen, die man wegen dieses Resolutionsentwurfs gegen uns erhebt – daß wir unklar geblieben seien oder das *Wesen* des Streites umgangen hätten, das wird man uns bestimmt nicht vorwerfen.

... „1. Weckung der politischen Initiative der proletarischen Massen durch Organisierung ihrer planmäßigen Einmischung in das politische Leben in allen seinen Erscheinungsformen.

Dabei lehnt die Sozialdemokratie, wenn sie das Proletariat zur Unterstützung aller progressiven Klassen in ihrem gemeinsamen Kampfe gegen die Reaktion aufruft, jede feste Vereinigung mit irgendeinem Teil der nichtproletarischen Klassen ab und unterstützt dort, wo einzelne Fraktionen dieser Klassen voneinander differieren, in jedem gegebenen Fall die Aktionen, die den Interessen der gesellschaftlichen Entwicklung entsprechen. Die Sozialdemokratie richtet ihre revolutionäre Kritik in gleichem Maße gegen die konterrevolutionären Bestrebungen der liberalen Bourgeoisie wie gegen die utopischen und reaktionären Vorurteile des kleinbürgerlichen Agrarsozialismus.“

Diesen Punkt haben wir mit Absicht an die letzte Stelle gestellt, denn nur er allein ist verhältnismäßig inhaltsreich in dem Sinne, daß hier die prinzipiellen Grundlagen der unterschiedlichen Taktik der Menschewiki und der Bolschewiki *berührt* werden. Wiederum jedoch nur „berührt“, wiederum maßlos viel Wasser und wenig konkretes Material! Die beiden ersten Sätze sind Binsenwahrheiten, von denen in der Presse der Jahre 1894 und 1895 selbstverständlich gesprochen werden mußte, geradezu peinlich ist es jedoch, im Jahre 1907 davon zu reden. Dazu sind diese Binsenwahrheiten noch ganz nachlässig formuliert: z. B. lehnt die Sozialdemokratie nicht nur eine „feste“, sondern jegliche „Vereinigung“ mit anderen Klassen überhaupt ab.

Nur der dritte Satz geht auf die Grundlagen der Taktik ein. Nur hier wird der Schleier wenigstens so weit gehoben, daß die Umrisse der konkreten Erscheinungen unserer Epoche sichtbar werden.

Der Sozialdemokratie werden hier gegenübergestellt: 1. die konterrevolutionären *Bestrebungen* der liberalen Bourgeoisie; 2. die utopischen und reaktionären *Vorurteile* des kleinbürgerlichen Agrarsozialismus. Die

der Partei vorgeschlagene Direktive besteht darin, in *gleichem Maße* das eine wie das andere zu kritisieren.

Untersuchen wir beide Teile dieser Gegenüberstellung und die Bedeutung einer solchen Direktive.

Was die Genossen unter „konterrevolutionären Bestrebungen der liberalen Bourgeoisie“ verstehen, ist nicht ganz klar. Von einer liberalen Bourgeoisie überhaupt, ohne genauere Definitionen zu sprechen, war 1897 angebracht, keineswegs jedoch im Jahre 1907. Die Genossen Menschewiki verspäten sich erstaunlich! Wir haben heute politische Parteien in Rußland, die in der ersten und teilweise bereits in der zweiten Duma ihr Gesicht gezeigt haben! Was ist das jedoch für eine „taktische Plattform“, wenn sie diese deutlich sichtbaren Parteien in Rußland immer noch *nicht bemerkt hat*?

Man kann schwerlich annehmen, daß unter der liberalen Bourgeoisie die Oktobristen zu verstehen sind. Offensichtlich haben die Genossen Parteien vom Typus der *Kadetten* im Auge (die Partei demokratischer Reformen, vielleicht die der friedlichen Erneuerung als Erscheinungen vom gleichen Typus). Dafür spricht auch das Wort „Bestrebungen“, denn bei den Oktobristen beobachten wir nicht Bestrebungen im Geiste der Konterrevolution, sondern ihre ganze Politik ist bereits konterrevolutionär geworden.

Es handelt sich also um die konterrevolutionären „Bestrebungen“ der Kadetten, d. h. darum, daß die Kadetten *bereits beginnen*, eine praktische Politik in konterrevolutionärem Geiste zu betreiben.

Das ist zweifellos richtig. Die offene und eindeutige Anerkennung dieser Tatsache würde zweifellos die sich heute befehdenden Strömungen in der russischen Sozialdemokratie einander näher bringen. Die Notwendigkeit einer „revolutionären Kritik“ derartiger Bestrebungen ist ebenfalls völlig unbestreitbar.

Gehen wir weiter. Den reaktionären *Bestrebungen* der Liberalen stellt man die reaktionären „Vorurteile des kleinbürgerlichen Agrarsozialismus“ gegenüber.

Wir verstehen nicht recht. Wie kann man *Klassen* (liberale Bourgeoisie) mit *Lehren* (Sozialismus) vergleichen und nebeneinanderstellen? *praktische Politik* (Bestrebungen) mit *Anschauungen* (Vorurteilen)? Das ist schon mehr als unlogisch. Um in einer *taktischen Plattform* die

Logik zu ihrem Recht kommen zu lassen, muß man gegenüberstellen: 1. eine Klasse der anderen, z. B. die liberale Bourgeoisie der demokratischen (oder reaktionären?) Bauernschaft; 2. eine Politik der anderen, z. B. die konterrevolutionäre der revolutionären; 3. die einen Lehren, Anschauungen und Vorurteile anderer Lehren, Anschauungen und Vorurteilen. Das ist so offensichtlich, so elementar, daß unwillkürlich die Zweifelsfrage auftaucht: ist diese Unlogik der Menschewiki zufällig? spiegelt nicht die logische Unklarheit Unklarheiten des politischen Denkens wider?

Daß der „Sozialismus“ der Sozialrevolutionäre, Trudowiki und Volksozialisten voll utopischer und reaktionärer Vorurteile ist, das ist unbestreitbar. Das muß selbstverständlich bei einer Einschätzung der erwähnten Parteien gesagt werden, wie das die Bolschewiki in ihren Resolutionsentwürfen zum IV. wie zum V. Parteitag auch getan haben. Wenn die Menschewiki diesen unbestreitbaren Gedanken in so unlogischem Zusammenhang wiederholen, dann haben sie offensichtlich die erste beste Erwägung aufgegriffen, die ihre auf Unterstützung der Kadetten gerichtete Politik rechtfertigen könnte. In der Tat, in der zur Debatte stehenden Plattform konnten sie bereits nicht mehr umhin, eine solche Politik zu motivieren und zu versuchen, sie zu rechtfertigen. Die Stellung der liberalen Bourgeoisie zur Bauernschaft in der russischen bürgerlichen Revolution wird von den Menschewiki jetzt *berührt*. Und das ist natürlich ein großer Fortschritt. Nach den Erfahrungen der ersten und (teilweise) der zweiten Duma kann man sich nicht mehr einfach darauf beschränken, sich auf die berühmte Fiktion der „Schwarzhundertergefahr“ zu berufen, um die Wahlabkommen mit den Kadetten, die Stimmabgabe für einen kadettischen Dumapäsidenten und die Unterstützung der Lösungen der Kadetten zu verteidigen. Man *muß* die Gesamtfrage stellen, die die Bolschewiki bereits in der Broschüre „Zwei Taktiken“ (Juli 1905)\* aufwarfen, nämlich die Frage der Stellung der liberalen Bourgeoisie und der Bauernschaft zur russischen Revolution. Was sagen denn jetzt die Menschewiki der Sache nach zu dieser Frage?

„In Rußland hat sich die städtische bürgerliche Demokratie nicht die ganze Volkswirtschaft untergeordnet, und daher ist sie unfähig zu einer selbständigen revolutionären Initiative, wie sie sie in den bürgerlichen Revolutionen

\* Siehe Werke, Bd. 9, S. 1—130. *Die Red.*

früherer Jahrhunderte zeigte; gleichzeitig beginnt eben erst die Bauernschaft, die die große Mehrheit der Produzenten darstellt, aus den ökonomischen und gesellschaftlichen Bedingungen der vorbürgerlichen Produktion herauszukommen, und daher eignet sie sich noch weniger für die Rolle eines selbständigen Führers der Revolution.“

Das ist der *einzig* Versuch, die menschewistische Politik gegenüber den Liberalen und der Bauernschaft *durch eine ökonomische Analyse* zu begründen! „Die Bauernschaft eignet sich *noch weniger* als die städtische bürgerliche Demokratie“ . . . in diesen Worten „noch weniger“ soll auch die *Rechtfertigung* der Politik der Unterstützung der Kadetten bestehen.

Warum denn „noch weniger“? Weil die Bauernschaft „eben erst beginnt, aus den ökonomischen und gesellschaftlichen Bedingungen der vorbürgerlichen Produktion herauszukommen“. Eine ausgesprochen unbefriedigende Begründung. Wenn die Bauernschaft „eben erst herauszukommen beginnt“, dann hindern sie daran „*die Überreste der Leibeigenschaftsordnung, die als schweres Joch unmittelbar auf den Bauern lasten*“. So lautet gleich der erste Satz des Agrarprogramms unserer Partei. Aus dem Umstand, daß das schwere Joch der Überreste der Leibeigenschaft unmittelbar auf den Bauern lastet, ergibt sich, daß notwendig und unvermeidlich unter den Bauern eine *tiefer*e, breitere und schärfere revolutionäre Bewegung gegen die bestehende Ordnung existiert als unter der liberalen Bourgeoisie. Von einer Eignung der liberalen Bourgeoisie oder der Bauernschaft zur Rolle eines *Führers* der Revolution kann überhaupt keine Rede sein\*; die relative Eignung der Liberalen und der Bauern aber zu einer „selbständigen revolutionären Initiative“ bzw.

\* Allgemein gesagt, begrüßen wir den Umstand auf das wärmste, daß die Menschewiki in ihrer Plattform die Frage nach der Rolle des Proletariats als *Führer* in der Revolution *aufgeworfen haben*. Es wäre sehr zu wünschen, daß der Parteitag über diese Frage berät und dazu eine EntschlieÙung annimmt. Die Nichteignung der Bauernschaft zur Rolle eines Führers haben die Menschewiki jedoch schwach begründet. Es geht nicht darum, daß die Bauernschaft „eben erst beginnt“, aus der Leibeigenschaft „herauszukommen“, sondern darum, daß die Grundbedingungen der *Kleinproduktion* (in der Landwirtschaft wie in der Industrie) den Kleinproduzenten zwingen, zwischen „Ordnung“ und „Eigentum“ einerseits und dem Kampf gegen die alte Ordnung andererseits zu *schwanken*. Ganz genauso haben die Menschewiki auch hinsicht-

richtiger zur selbständigen Teilnahme an der *Weiterentwicklung* der Revolution haben die Menschewiki *direkt falsch* beurteilt.

Die Stellungnahme der Menschewiki zur politischen Rolle der Bauernschaft steht im Widerspruch gerade zu den Hauptthesen unseres Agrarprogramms, die von der *ganzen* Partei, sowohl den Bolschewiki als auch den Menschewiki, anerkannt werden.

Erstens lastet, wie wir bereits festgestellt haben, „das schwere Joch der Überreste der Leibeigenschaft unmittelbar auf den Bauern“. Folglich *muß* in der gegenwärtigen bürgerlich-demokratischen Revolution in Rußland die Bauernschaft revolutionärer sein als die liberale Bourgeoisie, denn die Kraft, Standhaftigkeit, Lebensfähigkeit und Schärfe einer revolutionären Bewegung hängt von der Stärke der knechtenden Bedingungen des Alten ab, das sich überlebt hat.

Zweitens fordern wir in unserem Agrarprogramm die „Konfiskation des privaten Grundbesitzes“. Nichts dergleichen fordern wir für die liberalen Bourgeois, nichts, was auch nur entfernt einer so radikalen *ökonomischen* Maßnahme ähnlich sähe. Warum? Weil keinerlei objektive Voraussetzungen vorliegen, die innerhalb der liberalen Bourgeoisie einen Kampf für die *Konfiskation* sehr erheblicher Teile des vom Standpunkt des Alten „rechtmäßigen“ Eigentums hervorrufen würden. Daß jedoch bei der Bauernschaft diese objektiven Voraussetzungen vorhanden sind, *anerkennen* wir alle, denn die Marxisten fordern die Konfiskation nicht aus Liebe zu ultrarevolutionären Maßnahmen, sondern weil sie um die ausweglose Lage der bäuerlichen Massen wissen. Die unvergleichlich größere Stärke der bürgerlich-demokratischen revolutionären Stimmungen der Bauernschaft ergibt sich zwangsläufig aus dieser Prämisse unseres Agrarprogramms.

Drittens spricht unser Agrarprogramm von der „Unterstützung der revolutionären Aktionen der Bauernschaft einschließlich der Konfiskation der Gutsbesitzerländereien“. Hier wird direkt die Notwendigkeit anerkannt, eindeutig Stellung zu nehmen zu dem unmittelbar revolutionären

lich der liberalen Bourgeoisie den Hauptgrund ihrer Unzuverlässigkeit außer acht gelassen: die Furcht vor dem Proletariat, die Notwendigkeit, sich auf die Machtinstrumente der alten Ordnung zu stützen, um sich, wie es in der bolschewistischen Resolution heißt, „gegen Anschläge des Proletariats“ zu schützen.

Kampf der Bauernschaft, zu „Aktionen“ mit Massencharakter, die einen riesengroßen Raum und einen riesengroßen Teil der Bevölkerung des Landes erfassen. Diesen *revolutionären Aktionen* hat die *städtische*, und zwar nicht nur die „liberale“ – d. h. die mittlere und teilweise die große Bourgeoisie –, sondern auch die demokratische Kleinbourgeoisie nichts zur Seite zu stellen. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei hat niemals irgendwelchen „Konfiskations“plänen der städtischen Bourgeoisie „Unterstützung“ zugesagt und nicht zusagen können. Daraus ist schon ersichtlich, wie *unrichtig* die bei den Menschewiki übliche Argumentation mit der „fortschrittlichen städtischen“ und der „rückständigen ländlichen“ Bourgeoisie ist, eine Argumentation, auf die auch die zur Debatte stehende Plattform *anspielt*. Diese Argumentation beruht auf Unverständnis für die Hauptideen unseres ganzen Programms in der Frage des Kampfes gegen die Überreste der Leibeigenschaft, des Kampfes, der den ökonomischen Inhalt der bürgerlichen Revolution in Rußland bildet.

Viertens hat die politische Geschichte Rußlands während des vergangenen Jahres – besonders die erste Duma und die Wahlen zur zweiten – klar gezeigt, daß die Bauernschaft es bei all ihrer Unentwickeltheit, Zersplitterung usw. verstanden hat, *sofort* die Bildung *politischer* Parteien in Angriff zu nehmen (die „Trudowiki“gruppe usw.), die zweifellos *demokratischer* sind als die liberalen bürgerlichen Parteien (die Kadetten eingeschlossen). Es genügt ein Vergleich des Agrarentwurfs der Kadetten mit dem der „104“ oder auch der Einstellung der Kadetten mit der der Trudowiki zur Versammlungsfreiheit und zur Zusammensetzung der örtlichen Bodenkomitees oder ein Vergleich der Presse der Kadetten, die das Volk beschwichtigt und die revolutionäre Bewegung mit dem Wässerchen konstitutioneller Phrasen zu löschen sucht, mit der Presse der Trudowiki („Iswestija Krestjanskich Deputatow“<sup>72</sup> usw.), die *neue Schichten* des städtischen und ländlichen Kleinbürgertums in demokratischem Sinne *revolutioniert*.

Mit einem Wort, man muß, von welcher Seite man auch an die Frage herangeht, zugeben, daß die vergleichende Einschätzung der Liberalen und der Trudowiki durch die Menschewiki *von Grund aus falsch* ist.

Die Quelle dieses Fehlers ist das Unverständnis für die sich in der Landwirtschaft Rußlands vollziehende bürgerliche Umwälzung. Diese

Umwälzung ist in zwei Formen möglich: entweder Aufrechterhaltung des gutsherrlichen Grundbesitzes auf dem Wege seiner Säuberung von einigen Zügen der Leibeigenschaft, auf dem Wege der Knechtung der bäuerlichen Landarbeiter, oder Beseitigung des gutsherrlichen Grundbesitzes auf dem Wege seiner Konfiskation und der Übergabe des Bodens an die Bauernschaft (in Form der Nationalisierung, der Aufteilung, der „Munizipalisierung“ usw. usf.)\*.

Eine bürgerliche Umwälzung in der russischen Landwirtschaft ist absolut unvermeidlich. Und diese Umwälzung bleibt eine bürgerliche (entgegen der Lehre der Volkstümpler) auch im zweiten Fall. Die Umwälzung kann jedoch in der ersten oder in der zweiten Form vonstatten gehen, je nachdem, ob die demokratische Revolution siegen oder unvollendet bleiben wird; ob ihren Verlauf und Ausgang die bäuerliche Masse oder der liberale Gutsbesitzer und Fabrikant bestimmen wird.

Eine bürgerliche Umwälzung zum Zwecke der Erhaltung des gutsherrlichen Grundbesitzes führen sowohl Stolypin als auch die Liberalen (die Partei der Kadetten) durch. Stolypin tut das in den größten und asiatischsten Formen, die geeignet sind, den Kampf im Dorfe zu entfachen und die Revolution zu verstärken. Die Liberalen fürchten das und sind, da sie nicht alles aufs Spiel setzen wollen, für Zugeständnisse, jedoch für solche Zugeständnisse, die dennoch den gutsherrlichen Grundbesitz erhalten: es mag genügen, an die Ablösung zu erinnern und, was die Hauptsache ist, an die Zusammensetzung der örtlichen Bodenkomitees zu gleichen Teilen aus Vertretern der Gutsbesitzer und der Bauern unter dem Vorsitz von *Regierungsagenten*! Eine solche Zusammensetzung der örtlichen Bodenkomitees bedeutet die Beibehaltung des *Ubergewichts* der Gutsbesitzer. Die Ablösung bedeutet eine Stärkung der bäuerlichen Bourgeoisie und die Versklavung des bäuerlichen Proletariats. Gerade diese grundlegende, *ökonomische* Solidarität der Stolypinschen und der kadettischen Agrarreform verstehen die Menschewiki nicht.

\* Ich mache den Leser besonders darauf aufmerksam, daß ich absichtlich die strittigen Fragen des sozialdemokratischen Agrarprogramms (Aufteilung, Nationalisierung, Munizipalisierung) unberührt lasse und nur über das spreche, was nicht nur durch den Parteitag in aller Form beschlossen worden ist, sondern auch dem Wesen nach keinen Streit und keine fraktionellen Spaltungen in der Sozialdemokratie hervorruft.

Stolypin und die Kadetten divergieren bezüglich der *Größe* der Zugeständnisse, bezüglich der Art (grob oder feiner) der Durchführung der Reform. Aber sowohl Stolypin als auch die Kadetten sind für eine *Reform*, d. h. für die Erhaltung des *Übergewichts* der Gutsbesitzer auf dem Wege von *Zugeständnissen an den Bauern*.

Das Proletariat und die Bauernschaft sind für die *Revolution*, für die *Beseitigung* nicht nur des Übergewichts der Gutsbesitzer, sondern des *gesamten gutherrlichen Grundbesitzes*.

Wir können mit der Revolution Schluß machen durch geringfügige Zugeständnisse der Gutsbesitzer, sagt Stolypin.

Wir können mit der Revolution nur Schluß machen durch weitergehende Zugeständnisse der Gutsbesitzer, sagen die Liberalen (die Kadetten eingeschlossen).

Wir wollen die Revolution zu Ende führen durch Beseitigung des gutherrlichen Grundbesitzes, sagen die Bauern und die Arbeiter.

Ein solches Verhältnis zwischen den Agrarprogrammen leugnen hieße unser eigenes Agrarprogramm leugnen, das von der „Konfiskation des privaten Grundbesitzes“ und von der „Unterstützung der revolutionären Aktionen der Bauernschaft einschließlich der Konfiskation der Gutsbesitzerländereien“ spricht.

Ein solches Verhältnis anerkennen bedeutet jedoch die taktische Linie der Sozialdemokratie anerkennen: das Proletariat muß der demokratischen Bauernschaft vorangehen gegen die Selbstherrschaft und gegen die Liberalen.

Die Menschewiki schwanken daher nicht zufällig in ihrer ganzen Taktik, sie sind vielmehr unvermeidlich zu Schwankungen verurteilt, solange sie das heutige Agrarprogramm anerkennen. Einige von ihnen tendieren dahin, im Programm das Wort „Konfiskation“ durch das Wort „Enteignung“ zu ersetzen, womit sie *völlig konsequent*, aus dem Gefühl der *Notwendigkeit*, ihre kadettische Politik mit einer kadettischen Formulierung des Agrarprogramms zu koordinieren, den nächsten Schritt des Opportunismus zum Ausdruck bringen.

Aber das ist noch nicht geschehen. Nicht einmal die einflußreichen Führer des Menschewismus können sich entschließen, das offen, direkt und von vornherein vorzuschlagen. Und so kommt es bei ihnen unvermeidlich dazu, daß sie in der Politik schaukeln.

Man muß eine Politik treiben, die Unterstützung der Kadetten bedeutet, und gleichzeitig kann man sich nicht entschließen, sie offen zu verkünden! Sowohl die Unterstützung der Forderung nach einem „Dumakabinett“ als auch Blocks mit den Kadetten wegen der fiktiven Schwarzhundertergefahr, wie auch die Stimmabgabe für einen Dumapäsidenten aus den Reihen der Kadetten – das alles sind lediglich Teilerscheinungen einer Politik der Unterstützung der Kadetten, einer Politik der Unterordnung des Proletariats unter die Hegemonie der Liberalen.

Nur können sich die Menschewiki nicht entschließen, diese Politik offen zu vertreten. Und die von ihnen bezogene schiefe Stellung treibt sie dazu, ohne daß sie es wollen oder sich dessen bewußt sind, fiktive Argumente zu „ersinnen“, etwa wie die „schwarze Gefahr“ bei den Wahlen oder daß das „Dumakabinett“ keine halbschlächtige Pseudoreform darstelle, die den Versuch eines Pakts zwischen der Schwarzhunderterkamarilla und den Kadetten verschleiern soll, oder etwa, daß wir „riskiert“ hätten, den Kadetten durchfallen zu lassen, falls wir Golowin (der 356 Stimmen gegen 102 erhielt) unsere 60–70 Stimmen entzogen hätten, usw. usf.

Ihre schiefe Stellung zwingt sie dazu, den Kadetten *einen verschönernden Anstrich zu geben*. Sie vermeiden es, eine *direkte* Charakteristik dieser Partei nach ihrer *klassenmäßigen* Zusammensetzung und ihrer *Klassenstütze* zu liefern. Sie weichen einer Einschätzung der russischen bürgerlichen Parteien durch den Parteitag aus. Sie sagen anstatt „liberale Bourgeoisie“ „städtische bürgerliche Demokratie“.

Diese *geradezu falsche* Charakteristik der Kadetten\* verteidigen sie mit einem auf den ersten Blick sehr wohlklingenden Argument: die Wahlstatistik zeige, daß gerade die großen Städte die meisten Wahlmänner der Kadetten stellen. Dieses Argument ist nicht stichhaltig:

\* In der von mir untersuchten Plattform ist *nicht* direkt *gesagt*, daß die Kadetten eine Partei der städtischen bürgerlichen Demokratie sind, aber eben das ist der Sinn des ganzen Textes und aller Schlußfolgerungen. Genau das besagen die „Erläuterungen“ der menschewistischen Presse. Daß in der Plattform nicht alles bis zu Ende ausgesprochen wird, unterstreicht nur wieder ein weiteres Mal, wie notwendig es ist, daß der Parteitag sich mit der Frage des Klasseninhalts der verschiedenen bürgerlichen Parteien und unserer Stellung zu ihnen befaßt. Andernfalls kann es keine konsequente Taktik geben.

erstens erhielten die Kadetten bei den Wahlen zur zweiten Duma in 22 großen Städten, in denen nach Angaben der „Retsch“ ein Linksblock bestand, 74 000 Stimmen und die Linken 41 000. Also haben die Trudowiki und die Sozialdemokraten trotz der auffallenden Schwäche der Linken bei der legalen Agitation (keinerlei Tageszeitungen, keinerlei legale Büros usw.) auf einen Schlag mehr als ein Drittel der Kadettenstimmen erobert! Also vertreten die Kadetten die *Spitzen* der städtischen Bourgeoisie, d. h. gerade die liberale Bourgeoisie und keineswegs die städtische „Demokratie“ überhaupt. Zweitens hatte die liberale Bourgeoisie in allen Ländern lange Zeit zahlreiche Elemente der unteren Schichten des Kleinbürgertums in Stadt und Land hinter sich, ohne dadurch im geringsten zu einer *demokratischen* Partei, zu einer Partei der *Massen* zu werden. Der Kampf der Sozialisten mit den Liberalen um die *demokratische* Hegemonie über die Masse der städtischen kleinbürgerlichen Armut ist ein langer und mühsamer Kampf. Die Kadetten einfach als „städtische Demokratie“ deklarieren bedeutet auf diesen Kampf *verzichten*, die Sache des *Proletariats* im Stich lassen und sie den Liberalen ausliefern. Drittens, wenn man leugnet, daß die liberalen *Gutsbesitzer* immer noch eine der *Klassenstützen* der Kadettenpartei darstellen, so heißt das, allgemeinbekannte politische und ökonomische Tatsachen zu vergewaltigen: sowohl die Zusammensetzung der Kadettenfraktion in der Duma als auch besonders die enge Verbindung der bürgerlichen Intelligenz, der Advokaten usw., mit den Gutsbesitzern sowie die Abhängigkeit der ersteren von den letzteren. Die Agrarpolitik der Kadetten ist die Politik des liberalen Gutsbesitzers. Je weniger Liberale es unter den Gutsbesitzern geben wird, desto schneller wird sich die Agrarpolitik der Kadetten in den frommen Wunsch des ohnmächtigen bürgerlichen Intellektuellen nach „sozialem Frieden“ verwandeln. Zu „Demokraten“ werden die Kadetten davon nicht, daß sie fortfahren, von einer Versöhnung und einem gütlichen Abkommen des oktobristischen Gutsbesitzers mit dem trudowikischen Bauern zu träumen.\*

\*

---

\* Bekanntlich haben die rechten Kadetten, darunter auch Herr Struve, vorgeschlagen, den Oktobristen Kapustin und den Trudowik Beresin zu stellvertretenden Präsidenten der zweiten Duma zu wählen. Ich bin bereit, diesen Plan

Der grundlegende Fehler bei Bestimmung des Verhältnisses zwischen der liberalen Bourgeoisie und der Bauernschaft zieht sich wie ein roter Faden durch die ganze „taktische Plattform“ der Menschewiki. Hier haben wir noch eine Formulierung von ihnen mit diesem fehlerhaften Gedanken:

„Das ganz und gar sich selbst überlassene und von der städtischen Demokratie unzureichend unterstützte (!) Proletariat neigte (nach der Oktober-Dezember-Periode) dazu, die progressive Rolle zu schmälern, die in der gegenwärtigen Revolution der städtischen Demokratie im allgemeinen zufällt, und nahm dementsprechend ihr gegenüber eine einseitig feindselige Stellung ein . . . Das Proletariat beginnt, alle seine revolutionären Hoffnungen einseitig auf die Bewegung der die historische Bühne betretenden Bauernschaft zu setzen, weil es sich eine falsche Auffassung von der historischen Rolle der städtischen Bourgeoisie zu eigen gemacht hat.“

Das sind bemerkenswerte Stellen, die in die Geschichte Eingang finden sollten zur Charakterisierung der „Selbstvergessenheit“ eines Teils der russischen Sozialdemokratie im Jahre 1907.

Ist es doch nicht mehr und nicht weniger als eine ganze Büsserrede der Sozialdemokraten vor den Liberalen! Man überlege nur: In der Zeit der zweiten Duma, angesichts der klar zutage getretenen Verschärfung der politischen Extreme zwischen dem Schwarzhunderterflügel und dem linken Flügel der Duma, angesichts einer revolutionären Krise, deren Heranreifen niemand zu leugnen wagt, angesichts der klaren Rechtsschwenkung des geschwächten liberalen „Zentrums“ (der Kadetten), angesichts

einen „genialen“ Ausdruck liberalen . . . „Scharfsinns“ zu nennen. Und tatsächlich ist es *objektiv* gerade so, daß die *historische Mission* des Kadetten in der Versöhnung des oktobristischen Gutsbesitzers mit dem trudowikischen Bauern besteht. Die linken Kadetten möchten das aus Furcht vor den Linken nicht offen zeigen. Aber nichtsdestoweniger ist es eine unanfechtbare Tatsache. Der objektive Stand der Dinge läßt es zur historischen Aufgabe der Kadetten werden, der Revolution auf dem Wege der Versöhnung der oktobristischen Gutsbesitzer mit dem trudowikischen Bauern ein Ende zu setzen. Und umgekehrt: nicht vollendet, nicht zu Ende geführt kann die russische Revolution nur dann bleiben, wenn es sich als möglich erwies, die grundlegenden ökonomischen Interessen sowohl der oktobristischen Gutsbesitzer als auch der trudowikischen Bauern gleicherweise zu „befriedigen“.

der Verdrängung der Liberalen durch die demokratische Bauernschaft bei den Wahlen – finden sich Sozialdemokraten, die vor den *Liberalen öffentlich bereuen*, eine „einseitige Feindschaft“ gegen sie gehegt und ihre progressive Rolle *geschmäkert* zu haben! Was ist denn das schließlich? Eine taktische Plattform, die von den hervorragendsten Führern der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei vor dem Parteitag durchdacht und erwogen worden ist, oder das Gejammer kleinbürgerlicher Intellektueller, die sich in dem ihnen nicht passenden proletarischen Milieu unwohl fühlen?

„Das Proletariat nahm eine einseitig feindselige Stellung gegenüber der städtischen Demokratie ein...“ Worin kam das zum Ausdruck? Wir lassen die politischen Ereignisse des vergangenen Jahres im Geiste an uns vorüberziehen. Im Boykott? Doch war das erstens vor dem Vereinigungsparteitag, die Urheber der Plattform aber behandeln die ihm folgenden Ereignisse. Und zweitens, was soll denn hier die „städtische Demokratie“? Nein, offensichtlich handelt es sich nicht um den Boykott. Wahrscheinlich also um die Unterstützung der Forderung nach einem Dumakabinett und um Blocks mit den Kadetten.

Hier hat das *Proletariat* tatsächlich eine feindselige Haltung gegenüber den *Kadetten* gezeigt, keineswegs aber gegenüber der städtischen Demokratie.

Und wer brachte damals in der Partei diese feindselige Haltung des *Proletariats* zum Ausdruck? Die Bolschewiki...

Die Urheber der Plattform haben unbeabsichtigt eine große Wahrheit gesagt, nämlich daß die Bolschewiki in ihrem Krieg gegen die Unterstützung der Forderung nach einem „Duma“kabinett und gegen Blocks mit den Kadetten die Politik des *Proletariats* zum Ausdruck brachten. Das ist richtig. Von einer Milderung der feindseligen Haltung gegenüber den Liberalen träumt nur der kleinbürgerliche Teil der Arbeiterpartei.

... Das Proletariat, „unzureichend unterstützt von der städtischen Demokratie“...

Erstens tritt hier mit besonderer Klarheit zutage, wie falsch es ist, die Liberalen (die Kadetten) mit der städtischen Demokratie zu verwechseln. Ein „Linksblock“ bei den Wahlen bestand, nach Angaben der „Retsch“, in 22 Städten, darunter auch in menschewistischen Organisationen. In diesen Städten wurde das Proletariat zweifellos in bedeuten-

dem Maße von der *städtischen Demokratie* unterstützt – gegen die Kadetten (41 000 Stimmen für den Linksblock, 74 000 für die Kadetten). Die Schlußfolgerung daraus spricht durchaus nicht für die Menschewiki: Das Proletariat kann und muß die städtische (und ländliche) kleinbürgerliche Demokratie gegen die liberale Bourgeoisie auf seine Seite ziehen.

Zweitens, sind sich die Menschewiki, wenn sie von einer *unzureichenden Unterstützung* des Proletariats durch die Liberalen sprechen, über den Wert einer Unterstützung des Proletariats durch die Liberalen im klaren? Ihre Plattform wird doch im Jahre 1907 geschrieben und keineswegs außerhalb von Zeit und Raum, wie sehr sie sich auch bemühen mögen, ihr einen möglichst unkonkreten und unbestimmten Charakter zu geben. In den Jahren 1902–1904, ja sogar bis zum Oktober 1905 haben sowohl Herr Struve als auch die Liberalen überhaupt mehrfach erklärt, das Proletariat unterstützen zu wollen, und haben es auch in der Tat bei seinem Ansturm auf die Selbstherrschaft unterstützt.

Und nach dem Oktober 1905? Die Menschewiki wissen sehr wohl, daß die Liberalen *bereits im Dezember und dann nach dem Dezember* sich vom Proletariat abwandten und jegliche Unterstützung seines revolutionären Kampfes einstellten.

Fragt sich, wer gegenüber wem eine einseitig feindselige Stellung bezogen hat.

Das Proletariat gegenüber den Liberalen?

Oder die Liberalen gegenüber dem Proletariat und gegenüber der Revolution?

Oder die Menschewiki gegenüber der Taktik des proletarischen Klassenkampfes?

\*

Die beiden Ansichten von der russischen Revolution nach dem Oktober 1905 sind von den Menschewiki, die sich so weit verstiegen, von „einseitiger Feindseligkeit“ zu sprechen, in anschaulichster Weise nebeneinandergestellt worden. Die liberale Ansicht – die Ansicht der russischen Anhänger der deutschen Treitschkes, die das Jahr 1848 zum „tollen Jahr“ erklärten – besagt, das Proletariat habe eine einseitig feindselige Stellung bezogen gegenüber dem Liberalismus, gegenüber der konstitutionellen Legalität, gegenüber der monarchischen Verfassung, gegenüber der Ablösung usw.

Die Ansicht des *Proletariats* – ähnlich wie die Ansicht aller europäischen Sozialisten von den europäischen bürgerlichen Revolutionen = besagt, daß die liberale Bourgeoisie eine einseitig feindselige Stellung gegenüber der Revolution, gegenüber der Freiheit, gegenüber der Demokratie usw. bezogen hat.

Die Menschewiki sind bestrebt, die Arbeiterpartei von der zweiten zu der ersten Ansicht zu bringen.

Die Arbeiterpartei wird jedem derartigen Versuch der Menschewiki mit dem Bestreben begegnen, die Menschewiki von der Arbeiterpartei zu den Liberalen zu bringen.

\*

Wir wollen keinesfalls sagen, daß die Menschewiki überhaupt danach streben, die Arbeiterpartei in ein Anhängsel der Liberalen zu verwandeln. Der Unterschied zwischen den Opportunisten innerhalb der Arbeiterpartei und den Liberalen außerhalb ihrer Reihen besteht ja gerade darin, daß erstere aufrichtig fortfahren, ihrer Partei zu dienen, dabei aber eine falsche und schwankende taktische Position beziehen, die zur politischen Unterordnung des Proletariats unter den Liberalismus führt.

Diese falsche Position besitzt eine so „unglückliche“ Eigenschaft, daß die Menschewiki in ihrem Wunsche, über die Bolschewiki herzufallen, über das Proletariat und die proletarische Einstellung zur Revolution herfallen. So geschieht es jedesmal, wenn die Angriffe der Menschewiki wirklich prinzipieller Art sind, d. h. die Frage nach den Ursachen der beiden verschiedenartigen Taktiken betreffen. Angriffe anderer Art sind nicht prinzipieller Natur; sie braucht man nur kurz zu erwähnen, um dem Leser die Frage zu stellen: Haben wir es hier mit einer Plattform oder mit einem liberalen polemischen Artikel zu tun?

Beispielsweise lesen wir in der „Plattform“, daß „die proletarischen Massen“ (sic!) „geneigt sind, an das nahende politische Wunder eines plötzlichen (!!) Aufstands zu glauben, der unabhängig (!!) von der Entwicklung der inneren Bewegung des Proletariats selbst aufflammen und mit einem Schlage (!!) an die Stelle der Selbstherrschaft die politische Herrschaft der werktätigen Klassen setzen wird“.

Solche Dinge in solcher Form schrieben bisher nur liberale Zeitungen den „proletarischen Massen“ zu. Was die Menschewiki veranlaßte, hier

überhaupt vom Aufstand zu reden, ist uns unverständlich. Aber solche Redensarten über Aufstand in einer taktischen Plattform, in der, außer dem zitierten Satz, kein einziges Wort über den Aufstand steht, fordern unweigerlich die Frage heraus: Soll man nicht statt von einer „menschenwristischen Plattform“ künftig von einer „liberalen Plattform“ sprechen?

*Geschrieben in der zweiten Märzhälfte 1907.*

*Veröffentlicht 1907 in dem Sammelband*

*„Fragen der Taktik“ I, Verlag*

*„Nowaja Duma“, St. Petersburg.*

*Unterschrift: N. L e n i n.*

*Nach dem Text des  
Sammelbandes.*





---

## ENTWURF EINER REDE ZUR AGRARFRAGE IN DER ZWEITEN REICHSDUMA<sup>73</sup>

Meine Herren! In der Duma hat schon eine Reihe von Rednern das Wort ergriffen, die die grundlegenden Ansichten der verschiedenen Parteien zur Bodenfrage dargelegt haben. Es ist an der Zeit, eine gewisse Bilanz zu ziehen. Es ist an der Zeit, sich eine klare und präzise Antwort zu geben auf die Fragen: worin besteht das Wesen der Auseinandersetzungen? worin liegt die Schwierigkeit der Bodenfrage? welches sind die grundlegenden Ansichten aller der wichtigsten Parteien, deren Vertreter sich in der Duma geäußert haben? worin gehen die verschiedenen Parteien in der Bodenfrage entschieden und unwiderruflich auseinander?

In der Duma wurden von den Vertretern der vier wichtigsten Parteien oder Parteiströmungen vier Hauptansichten zur Agrarfrage dargelegt. Der Deputierte Swjatopolk-Mirski legte die Ansichten der „Rechten“ dar, wobei dieses Wort die Oktobristen, die Monarchisten usw. umfassen soll. Der Deputierte Kutler legte den Standpunkt der Kadetten oder der sogenannten „Partei der Volksfreiheit“ dar. Der Deputierte Karawajew brachte die Ansichten der Trudowiki vor. Er wurde ergänzt von den im wesentlichen mit ihm einverstandenem Deputierten Simin, Kolokolnikow, Baskin, Tichwinski. Schließlich trug mein Genosse Zereteli die Anschauungen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands vor. Der Vertreter der Regierung, Minister Wassiltschikow, gab eine Darstellung der Ansichten der Regierung, die, wie ich später in meiner Rede zeigen werde, darauf hinauslaufen, die Ansichten der „Rechten“ und die der „Kadetten“ miteinander zu versöhnen.

Betrachten wir nun, worin die grundlegenden Ansichten dieser vier

politischen Richtungen in der Agrarfrage bestehen. Ich beginne in der Reihenfolge, in der die Deputierten in der Duma gesprochen haben, d. h. mit den Rechten.

Die grundlegende Ansicht des Deputierten Swjatopolk-Mirski ist die Ansicht aller sogenannten „monarchistischen“ Parteien und aller Oktobristen, die Ansicht der großen Masse der russischen Gutsbesitzer. Der Deputierte Swjatopolk-Mirski brachte sie ausgezeichnet zum Ausdruck mit seinen Worten: „Also, meine Herren, *geben Sie den Gedanken an eine Vergrößerung der Fläche des bäuerlichen Bodenbesitzes auf*, abgesehen von Ausnahmefällen einer wirklichen Bodenknappheit.“ (Ich zitiere nach dem Bericht der Zeitung „Towarischtsch“ als dem vollständigsten Bericht, denn die stenografischen Berichte sind noch nicht erschienen.)

Das ist gut gesagt: offen, klar und einfach. *Geben Sie den Gedanken auf an eine Vergrößerung des Bauernlandes* – das ist die wirkliche Ansicht *aller* Rechtsparteien, vom Bund des russischen Volkes bis zu den Oktobristen. Und wir wissen sehr gut, daß gerade das die Ansicht der Masse der russischen Gutsbesitzer wie auch der Gutsbesitzer der anderen Rußland bewohnenden Nationen ist.

Warum raten die Gutsbesitzer den Bauern, *den Gedanken an eine Erweiterung des bäuerlichen Grundbesitzes aufzugeben*? Der Deputierte Swjatopolk-Mirski erklärt: weil Gutswirtschaften besser organisiert sind als Bauernwirtschaften, „kultivierter“ sind als Bauernwirtschaften. Die Bauern seien eben „unkultiviert, ungebildet, unwissend“. Sie können ja ohne die Führung der Gutsbesitzer nicht auskommen. „Wie der Hirt, so die Herde“, witzelte der Deputierte Swjatopolk-Mirski. Er glaubt offenbar fest daran, daß der Gutsbesitzer immer der *Hirt*, die Bauern aber immer die *gehüteten Schafe* sein und sich immer *scheren* lassen werden.

Immer, Herr Swjatopolk-Mirski? Immer, meine Herren Gutsbesitzer? Ei, sollten Sie sich da nicht irren? Waren nicht darum die Bauern bislang „gehütete Schafe“, weil sie zu „ungebildet und unwissend“ waren? Aber wir alle sehen jetzt, daß die Bauern *bewußt* werden. Die Bauerndeputierten in der Duma gehen nicht zu den „Rechten“, sondern zu den Trudowiki und den Sozialdemokraten. Solche Reden wie die Rede von Swjatopolk-Mirski werden auch den ungebildetsten Bauern helfen zu begreifen, wo die Wahrheit liegt, ob man wirklich die Parteien, die den

Bauern raten, den Gedanken an eine Erweiterung des bäuerlichen Bodenbesitzes aufzugeben, unterstützen soll.

Darum eben begrüße ich von ganzem Herzen die Rede des Deputierten Swjatopolk-Mirski und die Reden, die alle künftigen Redner von den Bänken der Rechten zu dieser Frage halten werden. Fahren Sie in diesem Geiste fort, meine Herren! Sie helfen uns ausgezeichnet, selbst den ungebildetsten Bauern die Augen zu öffnen!

Man sagt, die Gutswirtschaften seien kultivierter als die Bauernwirtschaften . . . Die Bauern kämen nicht ohne die Führung der Gutsbesitzer aus!

Ich aber sage Ihnen: Die ganze Geschichte des gutsherrlichen Grundbesitzes und Wirtschaftsbetriebs in Rußland, alle Materialien über die heutige gutsherrliche Wirtschaft zeigen, daß die gutsherrliche „Führung“ immer bedeutete und bedeutet maßlose Gewaltanwendung gegenüber den Bauern, endlose Entwürdigung der Persönlichkeit der Bauern und der Bäuerinnen, daß sie die gewissenloseste und schamloseste, nirgendwo sonst in der Welt anzutreffende Exploitation (in unserer Sprache heißt das: Ausplünderung) der Bauernarbeit bedeutet. Eine solche Unterdrückung und Einschüchterung, ein solches Elend wie bei den russischen Bauern findet man nicht in ganz Westeuropa, ja nicht einmal in der Türkei.

Mein Genosse Zereteli hat schon davon gesprochen, wie man besiedelte Kronländereien an Günstlinge und Favoriten der Hof„sphären“ weggab. Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf die Frage der *Wirtschaftsweise* lenken, die der Deputierte Swjatopolk-Mirski berührte, als er von der vielgepriesenen „Kultur“ der Gutsbesitzer sprach.

Weiß dieser Deputierte, was die Bauern *Abarbeit* oder *Herrendienst* nennen? was die ökonomische Wissenschaft als eine auf *Abarbeit* beruhende *Wirtschaft* bezeichnet?

Die auf *Abarbeit* beruhende gutsherrliche Wirtschaft ist ein direktes Erbe, ein direktes Überbleibsel der *Leibeigenen-*, der *Fronwirtschaft* der Gutsbesitzer. Worin bestand das Wesen der Leibeigenenwirtschaft? Darin, daß die Bauern zur Ernährung ihrer Familie vom Gutsherrn einen *Bodenanteil* erhielten und dafür drei Tage (zuweilen aber auch mehr) auf dem Herrenboden arbeiten mußten. Anstatt dem Arbeiter Geld zu zahlen, wie das heute überall in den Städten geschieht, bezahlte man mit

*Boden*. Mit dem Bodenanteil, den der Bauer vom Gutsherrn erhielt, konnte er gerade eben sein Leben fristen. Und dafür mußten der Bauer selbst und seine ganze Familie das Gutsherrenland bearbeiten, und das mit den eigenen Bauernpferden und mit dem bäuerlichen Gerät oder „Inventar“. Das ist das Wesen der Leibeigenenwirtschaft: ein kümmerlicher Bodenanteil an Stelle von Arbeitslohn; Bearbeitung des Gutsherrenlandes mit bäuerlichem Fleiß und bäuerlichem Inventar; Nötigung des Bauern, unter der Fuchtel des Gutsherrn zu arbeiten. Bei solcher Wirtschaftsweise mußte der Bauer auch selber *leibeigen* werden, weil kein einziger auf Anteilland sitzender Mensch, ohne *durch Gewalt genötigt zu sein*, für den Gutsherrn gearbeitet hätte. Und was diese Leibeigenschaft für die Bauern war, das wissen die Bauern selber nur allzugenu, dessen erinnern sie sich nur allzugut.

Die Leibeigenschaft *gilt* als aufgehoben. Aber in Wirklichkeit ist in den Händen der Gutsbesitzer bis auf den heutigen Tag eine derartige Macht verblieben (dank den von ihnen geraubten Ländereien), daß sie auch heute den Bauern in fronherrlicher Abhängigkeit halten – *durch die Abarbeit*. Die Abarbeit, das ist eben die heutige Leibeigenschaft. Als mein Genosse Zereteli in seiner Rede zur Regierungserklärung von dem Leibeigenschaftscharakter des gutsherrlichen Grundbesitzes und der gesamten jetzigen Staatsmacht in Rußland sprach, da zeterte eine vor der Regierung kriechende Zeitung – sie heißt „Nowoje Wremja“ –, der Deputierte Zereteli habe die Unwahrheit gesagt. Nein, der Deputierte der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei hat die Wahrheit gesagt. Nur komplette Dummköpfe oder käufliche Schreiberlinge können bestreiten, daß die Abarbeit ein direktes Überbleibsel der Leibeigenschaft ist, daß unsere gutsherrliche Wirtschaft sich durch die Abarbeit hält.

Worin besteht das Wesen der Abarbeit? Darin, daß das Gutsbesitzerland nicht mit dem gutsherrlichen Inventar und von Lohnarbeitern bearbeitet wird, sondern mit dem Inventar des Bauern, der von dem benachbarten Gutsbesitzer *geknechtet* ist. Und in die Knechtschaft gehen mußte der Bauer, weil der Gutsbesitzer sich die besten Stücke Landes „abgeschnitten“ und den Bauern auf „Sand“ gesetzt, auf einen kümmerlichen Bodenanteil verdrängt hatte. Die Gutsbesitzer nahmen sich so viel Land, daß die Bauern nicht nur keine Wirtschaft führen konnten, sondern nicht einmal genügend Boden hatten, „um ihr Huhn hinauszulassen“.

Die gutsherrlichen Gouvernementskomitees im Jahre 1861 und die Gutsbesitzer als Friedensrichter (Friedensrichter nannte man sie wahrscheinlich deshalb, weil sie die Gutsbesitzer völlig in Frieden ließen)<sup>74</sup> befreiten die Bauern so, daß sich die Gutsbesitzer ein Fünftel des Bauernlandes „abschnitten“! Sie befreiten die Bauern so, daß der Bauer für den ihm nach diesem Raub verbleibenden Anteil einen unerhörten Überpreis zahlen mußte! Es ist doch für niemand ein Geheimnis, daß beim „Loskauf“ des Jahres 1861 der Bauer gezwungen wurde, weitaus mehr zu zahlen, als das Land kostete. Es ist für niemand ein Geheimnis, daß der Bauer damals gezwungen wurde, nicht nur das Bauernland loszukaufen, sondern auch die Bauernfreiheit. Es ist für niemand ein Geheimnis, daß die „Wohltat“ des staatlichen Loskaufs darin bestand, daß der Fiskus den Bauern mehr Geld für das Land abknöpfte (in Form der Loskaufzahlungen), als er den Gutsbesitzern gab! Das war der Bruderbund des Gutsbesitzers und des „liberalen“ Bürokraten zwecks Ausplünderung des Bauern. Wenn Herr Swjatopolk-Mirski alles das vergessen hat, so haben es die Bauern ganz sicher nicht vergessen. Sollte Herr Swjatopolk-Mirski das nicht wissen, dann möge er nachlesen, was schon vor dreißig Jahren Professor Janson in seinem „Versuch einer statistischen Untersuchung über die bäuerlichen Bodenanteile und Zahlungen“ geschrieben hat und was seitdem in der ganzen statistisch-ökonomischen Literatur tausendfach wiederholt worden ist.

Der Bauer wurde 1861 so „befreit“, daß er sofort in die Schlinge des Gutsbesitzers geriet. Der Bauer ist durch die Ländereien, die der Gutsbesitzer an sich gerissen hat, so eingeeengt, daß ihm nichts anderes übrig bleibt, als Hungers zu sterben oder sich in die Knechtschaft zu begeben.

Und der „freie“ russische Bauer des 20. Jahrhunderts ist immer noch gezwungen, sich beim benachbarten Gutsbesitzer in die Knechtschaft zu begeben, ganz genauso, wie im 11. Jahrhundert die „Smerden“ (so nennt die „Russkaja Prawda“<sup>75</sup> die Bauern) in die Knechtschaft gingen und sich den Gutsbesitzern „verschrieben“.

Die Worte haben sich geändert, Gesetze sind erlassen worden und wieder verschwunden, Jahrhunderte sind vergangen, aber das Wesen der Sache ist das alte geblieben. Abarbeit, das eben ist knechtende Abhängigkeit des Bauern, der gezwungen ist, mit seinem Inventar die benachbarten Gutsländereien zu bearbeiten. Auf Abarbeit beruhende Wirt-

schaft, das ist dieselbe, nur ein wenig renovierte, frisch angestrichene und mit einer neuen Fassade versehene *Leibeigenenwirtschaft*.

Um meinen Gedanken zu erklären, will ich eins der unzähligen Beispiele anführen, von denen die Literatur über die bäuerliche und die gutsherrliche Wirtschaft voll ist. Es existiert eine umfangreiche Publikation des Landwirtschaftsdepartements vom Beginn der neunziger Jahre, die sich auf Angaben der *Unternehmer* über das System der Gutswirtschaft in Rußland gründet („Landwirtschaftliche und statistische Angaben, eingeholt bei den *Unternehmern*“). Herausgegeben vom Departement für Landwirtschaft, Lief. V, St. Petersburg 1892). Bearbeitet hat diese Angaben Herr S. A. Korolenko – der nicht mit W. G. Korolenko zu verwechseln ist; nicht der progressive Schriftsteller, sondern ein reaktionärer Beamter – das ist dieser Herr S. A. Korolenko. In dem von ihm bearbeiteten Buch kann man auf S. 118 lesen:

„Im Süden des Kreises Jelez“ (Gouvernement Orjol) „wird in den großen Wirtschaften der Gutsbesitzer neben der Bodenbestellung durch Jahresarbeiter ein bedeutender Teil des Bodens von Bauern als Entgelt für das von ihnen gepachtete Land bearbeitet. Die *früheren Leibeigenen*“ (hören Sie, Herr Swjatopolk-Mirski!) „pachten *nach wie vor bei ihren ehemaligen Gutsherren* Boden und bestellen dafür deren Land. Diese Dörfer bezeichnet man *auch jetzt noch* (man beachte das!) als ‚Frondörfer‘ des Gutsherrn Soundso.“

Geschrieben wurde dies in den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts, *dreißig Jahre* nach der vielgepriesenen „Befreiung“ der Bauern. *Dreißig Jahre* nach dem Jahre 1861 existiert noch dasselbe „Frondorf“, dieselbe Bestellung des Bodens der *ehemaligen* Gutsherren mit bäuerlichem Inventar!

Vielleicht wird man mir entgegenhalten, das sei ein Einzelfall? Aber jeder, der die Wirtschaft des Gutsbesitzers im mittleren Schwarzerdegebiet Rußlands kennt, jeder, der auch nur die leiseste Ahnung hat von der russischen ökonomischen Literatur, wird zugeben müssen, daß das keine Ausnahme, sondern die *allgemeine Regel* ist. In den eigentlich *russischen* Gouvernements, gerade dort, wo die schlimmsten *echt-russischen* Gutsherren überwiegen (nicht umsonst sind alle *echt-russischen* Männer auf den Bänken der Rechten ihnen so zugetan!), *ü b e r w i e g t* auch bis heute die *auf Abarbeit beruhende* Wirtschaft.

Ich verweise zum Beispiel auf eine so bekannte wissenschaftliche Arbeit wie das Buch „Der Einfluß der Ernten und Getreidepreise“, das von einer Reihe von Gelehrten verfaßt wurde. Dieses Buch erschien im Jahre 1897. In ihm wird das Überwiegen der auf *Abarbeit* beruhenden Wirtschaft bei den Gutsbesitzern für folgende Gouvernements nachgewiesen: Ufa, Simbirsk, Samara, Tambow, Pensa, Orjol, Kursk, Rjasan, Tula, Kasan, Nishni-Nowgorod, Pskow, Nowgorod, Kostroma, Twer, Wladimir und Tschernigow, d. h. in 17 russischen Gouvernements.

Überwiegen der auf *Abarbeit* beruhenden Wirtschaft . . . was bedeutet das?

Das bedeutet, daß das Gutsbesitzerland mit eben dem bäuerlichen Inventar, dem Fleiß des ruinierten, an den Bettelstab gekommenen, geknechteten Bauern bearbeitet wird. So sieht sie aus, die „Kultur“, von der der Deputierte Swjatopolk-Mirski sprach und von der alle Verteidiger der Herreninteressen sprechen. Die Gutsbesitzer haben natürlich besseres Vieh, das im Herrenstall besser lebt als der Bauer in der Bauernhütte. Die Gutsbesitzer haben natürlich bessere Ernten, weil die gutsherrlichen Komitees schon im Jahre 1861 bei der Hand waren, den Bauern die besten Ländereien „abzuschneiden“ und sie den Gutsbesitzern zu verschreiben. Aber von „Kultiviertheit“ der Wirtschaft der russischen Gutsbesitzer kann man nur zum Hohn sprechen. In der Masse der Güter gibt es *keine Spur* gutsherrlicher Wirtschaft, sondern es wird eben eine bäuerliche Wirtschaft betrieben, der Boden wird mit dem abgerackerten Bauernpferd gepflügt und mit dem alten und schlechten Inventar des Bauern bearbeitet. In keinem einzigen Land Europas ist bis auf den heutigen Tag auf großen und größten Bodenflächen diese Leibeigenenwirtschaft mit Hilfe des geknechteten Bauern erhalten geblieben – in keinem einzigen außer Rußland.

Die gutsherrliche „Kultur“ ist die Erhaltung des gutsherrlichen Leibeigenenregimes. Die gutsherrliche Kultur ist Wucher gegenüber dem verelendeten Bauern, den man bis aufs Hemd ausplündert und knechtet gegen eine Desjatine Land, gegen Weide und Tränke, gegen Holznutzung, gegen ein Pud Mehl, das dem hungernden Bauern im Winter gegen unverschämte Zinsen vorgeschossen wurde, gegen einen Rubel Geld, um den die Bauernfamilie gefleht hatte . . .

Und diese Herren auf den Bänken der Rechten reden noch von einer

Ausbeutung der Bauern durch die Juden, von jüdischen Zinsen! Wahrlich, Tausende jüdische Kauflleute werden es nicht fertigbringen, den russischen Bauern so zu rupfen, wie ihn die echt-russischen, rechtgläubigen Gutsherrn rupfen! Keinerlei Zinsen des schlimmsten Wucherers sind zu vergleichen mit den Zinsen, die der echt-russische Gutsherr nimmt, der den Bauern im Winter für die Sommerarbeit dingt oder ihn zwingt, eine Desjatine Land sowohl mit Geld als mit Arbeit, sowohl mit Eiern als mit Hühnern und Gott weiß womit noch zu bezahlen!

Das klingt wie ein Scherz, aber dieser bittere Scherz gleicht der Wahrheit nur allzusehr. Hier haben Sie ein *faktisches* Beispiel dafür, was ein Bauer für *eine* Desjatine Land zahlt (ein Beispiel, das dem bekannten Buch Karyschews über die bäuerlichen Pachtungen entnommen ist): für eine Desjatine muß der Bauer  $1\frac{1}{2}$  Desjatinen bearbeiten, überdies 10 Eier und 1 Huhn abliefern und eine Frau für einen Arbeitstag stellen (siehe S. 348 des Buches von Karyschew)<sup>76</sup>.

Was ist das? „Kultur“ oder schamloseste fronherrliche Ausbeutung?

Diejenigen, die Rußland und Europa glauben machen wollen, unsere Bauern kämpften gegen die Kultur, sagen die himmelschreiende Unwahrheit über die Bauern und verleumden die Bauern. Das ist nicht wahr! Die russischen Bauern kämpfen für die Freiheit, gegen die *fronherrliche* Ausbeutung. Die Bauernbewegung hat sich stärker denn je, kühner denn je ausgebreitet, der Kampf der Bauern gegen die Gutsbesitzer wurde immer schärfer gerade in jenen *echt-russischen* Gouvernements, wo die *echt-russische* Leibeigenschaft, die *echt-russische* Abarbeit, Schuldknechtschaft und Entwürdigung des verarmten und verschuldeten Bauern sich am festesten halten und am stärksten verwurzelt sind!

Die Abarbeit hält sich nicht kraft des Gesetzes – nach dem Gesetz ist der Bauer „frei“, Hungers zu sterben! –, sie hält sich kraft der *ökonomischen Abhängigkeit* der Bauern. Keinerlei Gesetze, keinerlei Verbote, keine „Überwachung“ und „Vormundschaft“ können irgend etwas gegen die Abarbeit und die Schuldknechtschaft ausrichten. Zur Beseitigung dieses Geschwürs am Körper des russischen Volkes gibt es nur ein einziges Mittel: *die Abschaffung des gutsherrlichen Grundeigentums*, denn es ist in den weitaus meisten Fällen bis heute ein *fronherrliches* Eigentum, Quelle und Stütze der *fronherrlichen* Ausbeutung.

Alles und jedes Gerede über „Hilfe“ für die Bauern, über eine „Verbesserung“ ihrer Lage, über „Förderung“ des Bodenerwerbs durch Bauern und ähnliche bei den Gutsbesitzern und Beamten beliebte Redensarten, sie alle laufen auf leere Ausflüchte und Winkelzüge hinaus, da sie ja die *Grundfrage* umgehen: ob man das gutsherrliche Grundeigentum beibehalten soll oder nicht.

Das ist der Angelpunkt der Sache. Und ich muß im besonderen die Bauern und die Bauerndeputierten warnen: Man darf nicht gestatten, dieses *Wesen* der Sache zu umgehen. Man darf keinen Versprechungen, keinen schönen Worten Glauben schenken, solange nicht die *Hauptsache* geklärt ist: Verbleibt das gutsherrliche Grundeigentum den Gutsbesitzern, oder geht es an die Bauern über? *Wenn es den Gutsbesitzern verbleibt, dann bleiben auch Abarbeit und Schuldknechtschaft.* Dann bleiben auch Elend und ständige Hungersnöte der Millionen von Bauern. Die Qualen des langsamen Hungertodes, das ist es, was die Erhaltung des gutsherrlichen Grundeigentums für die Bauern bedeutet.

Um klar zu zeigen, welches dieses *Wesen* der Agrarfrage ist, muß man sich der wichtigsten Daten hinsichtlich der Verteilung des Grundeigentums in Rußland erinnern. Die statistischen Angaben über den Grundbesitz in Rußland – die neuesten, die es überhaupt gibt – beziehen sich *auf das Jahr 1905.* Das Zentrale Statistische Komitee hat sie in einer besonderen Erhebung zusammengetragen, deren vollständige Ergebnisse noch nicht veröffentlicht sind. Die Hauptergebnisse aber sind aus den Zeitungen schon bekannt. Insgesamt gibt es im Europäischen Rußland an 400 Millionen Desjatinen. Von den 395 $\frac{1}{2}$  Millionen, über die es vorläufige Daten gibt, gehören dem Fiskus, den Apanagegütern, den Kirchen und Institutionen 155 Millionen Desjatinen, privaten Grundbesitzern gehören 102 Millionen Desjatinen, und bäuerliches Anteilland bilden 138 $\frac{1}{2}$  Millionen Desjatinen.

Auf den ersten Blick könnte es scheinen, als ob das meiste Land dem Fiskus gehört und daß es darum gar nicht um die Gutsbesitzerländereien geht.

Aber das ist ein Irrtum, dem man häufig verfällt und den man ein für allemal beseitigen muß. Gewiß, dem Fiskus gehören 138 Millionen Desjatinen, aber *fast dieser gesamte Boden* liegt in den nördlichen Gouvernements – Archangelsk, Wologda, Olonez – und dazu in Gegenden, wo

sich keine Landwirtschaft betreiben läßt. An fiskalischen Ländereien, die man den Bauern geben könnte, vermöchte die Regierung selber nach genauen Berechnungen der Statistiker (ich verweise zum Beispiel auf Herrn Prokopowitsch und sein Buch „Die Agrarfrage in Zahlen“) nicht mehr als etwas über 7 Millionen Desjatinen zusammenzubekommen.

Also von den fiskalischen Ländereien kann man nicht ernstlich sprechen. Auch von der Umsiedlung von Bauern nach Sibirien gibt es nichts zu reden. Das ist schon genügend geklärt durch einen Redner der Trudowiki in der Duma. Mögen die Herren Gutsbesitzer, wenn sie wirklich an den Nutzen von Umsiedlungen nach Sibirien glauben, doch selber nach Sibirien umsiedeln! Damit werden die Bauern wohl einverstanden sein . . . Den Vorschlag aber, die Bauernnot mit Sibirien zu kurieren, werden sie sicherlich mit Gelächter aufnehmen.

Hinsichtlich der russischen Gouvernements und insbesondere der zentralen Schwarzerde-Gouvernements, wo die Not der Bauern am größten ist, handelt es sich gerade um Gutsbesitzerländereien und keine anderen. Und der Deputierte Swjatopolk-Mirski redet noch von „Ausnahmefällen einer Bodenknappheit“.

Die Bodenknappheit ist in Zentralrußland keine Ausnahme, sondern die Regel. Und knapp ist der Boden bei den Bauern eben darum, weil die Herren Gutsbesitzer sich allzu ungebunden, allzu geräumig eingerichtet haben. „Knappheit für die Bauern“ – das bedeutet, daß die Gutsbesitzer die Masse des Landes an sich gebracht haben.

„Bodenarmut der Bauern“, das bedeutet Bodenreichtum der Gutsbesitzer.

Hier haben Sie, meine Herren, einfache und klare Zahlen. Das bäuerliche Anteilland umfaßt 138½ Millionen Desjatinen. Privaten Grundbesitzern gehören 102 Millionen Desjatinen Boden. Wieviel von diesem letzteren gehört Großgrundbesitzern?

Neunundsiebzig einhalb Millionen Desjatinen Land gehören Besitzern, von denen jeder über 50 Desjatinen hat.

Und wie groß ist die Zahl der Personen, denen diese riesige Masse Land gehört? Weniger als 135 000 (die genaue Zahl: 133 898 Besitzer).

Überlegen Sie sich diese Zahlen gut: 135 000 von über 100 Millionen Einwohnern des Europäischen Rußlands besitzen fast achtzig Millionen Desjatinen Land!!

Und daneben besitzen  $12\frac{1}{4}$  (zwölfeinviertel!) Millionen Bauernhöfe auf Anteilland  $138\frac{1}{2}$  Millionen Desjatinen.

Auf einen Großgrundbesitzer, auf einen Gutsherrn (wie wir der Einfachheit halber sagen wollen) kommen 594 Desjatinen.

Auf einen Bauernhof kommen  $1\ 1\frac{1}{3}$  Desjatinen.

Das ist es, was Herr Swjatopolk-Mirski und seine Gesinnungsfreunde „Ausnahmefälle einer wirklichen Bodenknappheit“ nennen! Wie sollte es denn keine allgemeine „Bodenknappheit“ der Bauern geben, wenn eine Handvoll Reicher (135 000 Personen) je 600 Desjatinen, Millionen Bauern aber je 11 Desjatinen pro Wirtschaft besitzen? Wie sollte es keine „Bodenarmut“ der Bauern geben bei einem so riesigen und übermäßigen Bodenreichtum der Gutsherren?

Herr Swjatopolk-Mirski rät uns, „den Gedanken aufzugeben“ an eine Vergrößerung des bäuerlichen Grundbesitzes. Nein, die Arbeiterklasse wird diesen Gedanken nicht aufgeben. Die Bauern werden diesen Gedanken nicht aufgeben. Millionen und aber Millionen können diesen Gedanken nicht aufgeben, können den Kampf um die Erreichung ihrer Ziele nicht einstellen.

Die von mir angeführten Zahlen zeigen klar, worum der Kampf geht. Die Gutsbesitzer, die im Durchschnitt 600 Desjatinen pro Wirtschaft besitzen, kämpfen um ihre Reichtümer, um ihre Einnahmen, die wahrscheinlich über 500 Millionen Rubel im Jahr betragen. Und die größten Gutsbesitzer sind sehr häufig gleichzeitig auch die höchsten Würdenträger. Unser Staat vertritt, wie mein Genosse Zereteli bereits sehr richtig sagte, die Interessen eines Häufleins von Gutsbesitzern und nicht die Interessen des Volkes. Es ist kein Wunder, daß sowohl die Masse der Gutsbesitzer als auch die ganze Regierung erbittert gegen die Bauernforderungen kämpft. Die Geschichte der Menschheit kennt noch keine Beispiele, daß herrschende und unterdrückende Klassen auf ihre Rechte, zu herrschen, zu unterdrücken, an den geknechteten Bauern und Arbeitern Tausende zu verdienen, freiwillig verzichtet hätten.

Die Bauern aber kämpfen um ihre Befreiung von Knechtschaft, Arbeit und fronherrlicher Ausbeutung. Die Bauern kämpfen für die Möglichkeit, halbwegs menschlich leben zu können. Und die Arbeiterklasse unterstützt voll und ganz die Bauern gegen die Gutsbesitzer, unterstützt sie im Interesse der Arbeiter selbst, auf denen ebenfalls das gutsherrliche

Joch lastet, unterstützt sie im Interesse der gesamten gesellschaftlichen Entwicklung, die durch das Joch der Gutsherrenmacht gehemmt wird.

Um Ihnen, meine Herren, zu zeigen, was die Bauern durch ihren Kampf erreichen können und *müssen*, will ich Ihnen eine kleine Rechnung aufmachen.

Der Minister für Landwirtschaft, Herr Wassiltschikow, sagte: „Die Zeit ist gekommen, zwecks Klarstellung dieser Frage nicht so sehr zur Beredsamkeit von Worten als vielmehr zu der von Zahlen, von Tatsachen, zur Beredsamkeit der Wirklichkeit zu greifen.“ Ich bin durchaus, bin voll und ganz mit dem Herrn Minister einverstanden. Ja und jawohl, meine Herren, das eben ist es: mehr Zahlen, mehr Zahlen *über den Umfang des gutsherrlichen Grundeigentums* und über den Umfang des bäuerlichen Anteileigentums. Ich habe Ihnen schon an Hand von Zahlen gezeigt, *wieviele* „überschüssigen“ gutsherrlichen Boden es gibt. Jetzt will ich Ihnen Zahlen geben über den Umfang des *bäuerlichen* Bodenmangels. Im Durchschnitt besitzt, wie ich schon sagte, jeder Bauernhof  $11\frac{1}{3}$  Desjatinen Anteil land. Aber diese *Durchschnittsrechnung* *verschleiert* den bäuerlichen Bodenmangel, weil die Bodenanteile der Mehrheit der Bauern *unter dem Durchschnitt* liegen und nur eine verschwindende Minderheit mehr als den Durchschnitt besitzt.

Von  $12\frac{1}{4}$  Millionen Bauernhöfen besitzen 2 860 000 (die Zahlen sind abgerundet) Bodenanteile von *weniger als 5 Desjatinen je Hof*. 3 320 000 besitzen *zwischen 5 und 8 Desjatinen*, 4 810 000 *zwischen 8 und 20 Desjatinen*, 1 100 000 Höfe besitzen *zwischen 20 und 50 Desjatinen* und nur eine viertel Million *über 50 Desjatinen* (diese letzteren besitzen wahrscheinlich im Durchschnitt nicht mehr als 75 Desjatinen je Hof).

Nehmen wir an, es würden  $79\frac{1}{2}$  Millionen Desjatinen Gutsbesitzerländereien zur Erweiterung des bäuerlichen Grundeigentums verwendet. Nehmen wir an, die Bauern – nach den Worten des Priesters Tichwinski, eines Anhängers des Bauernbundes – wünschten nicht, daß die Gutsherren *leer ausgehen*, und beließen jedem von ihnen *50 Desjatinen*. Das ist wahrscheinlich zuviel für so „kultivierte“ Herren wie unsere Gutsbesitzer, aber wir wollen trotzdem als Beispiel vorerst diese Zahl nehmen. Nach Abzug von 50 Desjatinen für jeden der 135 000 Gutsbesitzer verblieben für die *Bauern* 72 (*zweiundsiebzig*) Millionen Desjatinen Land. Von dieser Menge die Waldungen abzuziehen (wie das einige Autoren tun,

zum Beispiel Herr Prokopowitsch, dessen Zahlen ich wiederholt benutzt habe), liegt kein Grund vor, denn die Waldungen erbringen ebenfalls Einnahmen, und diese Einnahmen dürfen nicht in der Hand eines Häufleins von Gutsbesitzern bleiben.

Fügen Sie zu diesen 72 Millionen die geeigneten fiskalischen Ländereien hinzu (an 7,3 Millionen Desjatinen), dann *11 e Apanageländereien* (7,9 Millionen Desjatinen), alles Land der Kirchen und Klöster (2,7 Millionen Desjatinen), und Sie erhalten als Summe *an die 90 Millionen Desjatinen*.<sup>\*</sup> Diese Summe genügt, den Grundbesitz *aller* bettelarmen Bauernhöfe *auf nicht weniger als 16 Desjatinen je Hof zu erweitern*.

Begreifen Sie, meine Herren, was das bedeutet?

Das wäre ein Riesenschritt vorwärts, es würde Millionen Bauern vom Hunger erlösen, es würde den Lebensstandard von Dutzenden Millionen Arbeiter und Bauern heben, würde es ihnen leichter möglich machen, einigermaßen menschlich zu leben, so wie halbwegs kultivierte Staatsbürger eines „Kultur“staates leben, und nicht so, wie das dahinsterbende Geschlecht der heutigen russischen Bauernschaft lebt. Es würde natürlich nicht alle Werktätigen von jeder Armut und Unterdrückung erlösen (dazu bedarf es der Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft in die sozialistische), aber es würde ihnen in gewaltigem Maße den Kampf um diese Erlösung erleichtern. *Über sechs Millionen Bauernhöfe, mehr als die Hälfte der Gesamtzahl der Bauern, besitzen, wie ich bereits gesagt habe, weniger als 8 Desjatinen je Hof. Ihr Grundbesitz würde sich mehr als verdoppeln, fast verdreifachen.*

Das bedeutet, daß die Hälfte der Bauernschaft, die ewig Not leidet, hungert und den Preis für die Arbeit der Arbeiter in den Städten, in den Fabriken und Werken drückt, daß die Hälfte der Bauernschaft *sich als Mensch fühlen könnte!*

Und Herr Swjatopolk-Mirski oder seine Gesinnungsfreunde könnten den Millionen Arbeitern und Bauern im Ernst raten, den *Gedanken aufzugeben* an einen solchen durchaus möglichen, gangbaren und naheliegenden Ausweg aus der unerträglichen, aus der verzweifelten Lage?

Aber nicht genug damit, daß die größere Hälfte der Höfe der bäuerlichen Armut ihren Grundbesitz auf Kosten unserer Herren Gutsbesitzer,

<sup>\*</sup> Eine genaue Berechnung (für eingehendere Auskünfte) am Ende des 3. Heftes.<sup>77</sup>

die zuviel Land besitzen, fast verdreifachen könnte. Außer diesen sechs Millionen Höfen der armen Bauern gibt es noch fast fünf (genau 4,8) Millionen Bauernhöfe, die zwischen 8 und 20 Desjatinen besitzen. Von diesen fünf Millionen Familien darben zweifellos nicht weniger als drei Millionen ebenfalls auf ihren kümmerlichen Bodenanteilen. Und diese drei Millionen Höfe könnten ihren Grundbesitz bis auf 16 Desjatinen je Hof bringen, d. h., ihn auf das Anderthalbfache vergrößern und in einigen Fällen sogar verdoppeln.

Insgesamt ergibt sich also, daß aus einer Gesamtzahl von  $12\frac{1}{4}$  Millionen Bauernhöfen 9 Millionen Höfe ihre Lage (und die Lage der Arbeiter, denen sie nicht mehr den Lohn drücken würden!) in gewaltigem Umfang verbessern würden auf Kosten des Landes der Herren Gutsbesitzer, die zu viel Land besitzen und zu sehr an die Leibeigenenwirtschaft gewöhnt sind!

Das besagen die Zahlen, wenn man den Umfang des gutherrlichen Großgrundbesitzes mit dem des unzureichenden bäuerlichen Eigentums vergleicht. Ich fürchte sehr, daß diese Zahlen und Tatsachen dem Liebhaber von Zahlen und Tatsachen, dem Herrn Landwirtschaftsminister Wassiltschikow, nicht gefallen werden. Sagte er uns doch in seiner Rede, gleich nachdem er den Wunsch, Zahlen sprechen zu lassen, geäußert hatte:

... „Dabei kann man nicht umhin, der Befürchtung Ausdruck zu geben, daß die Hoffnungen, die von vielen mit der Verwirklichung derartiger Reformen (d. h. umfassender Bodenreformen) verbunden werden, bei Gegenüberstellung mit den Zahlen keine Aussichten haben werden, vollständig verwirklicht zu werden...“

Das sind grundlose Befürchtungen, Herr Landwirtschaftsminister! Gerade bei Gegenüberstellung mit den Zahlen müssen die Hoffnungen der Bauern auf Erlösung von der Abarbeit und der fronherrlichen Ausbeutung Aussichten auf vollständige Verwirklichung erhalten!! Und wie unangenehm diese Zahlen auch dem Herrn Landwirtschaftsminister Wassiltschikow oder Herrn Swjatopolk-Mirski und den anderen Gutsbesitzern sein mögen, so sind doch diese Zahlen nicht zu widerlegen!

\*

Ich komme jetzt zu den Einwendungen, die man gegen die Bauernforderungen erheben könnte. Und wie seltsam das auch auf den ersten

Blick klingen mag – bei Prüfung der Einwendungen gegen die Bauernforderungen muß ich mich *hauptsächlich* mit den Argumenten des Vertreters der Partei der sogenannten „Volksfreiheit“, Herrn Kutlers, befassen.

Diese Notwendigkeit rührt durchaus nicht daher, daß ich mit Herrn Kutler streiten *möchte*. Durchaus nicht. Ich wäre sehr froh, wenn die Parteigänger des Bauernkampfes um den Boden *nur* gegen die „Rechten“ zu *streiten* brauchten. Aber Herr Kutler hat im Verlauf seiner ganzen Rede im Grunde genommen gegen die Bauernforderungen, die von den Sozialdemokraten und den Trudowiki vorgebracht wurden, *Einwendungen erhoben*; er hat ihnen sowohl direkt widersprochen (indem er zum Beispiel gegen den von meinem Genossen Zereteli im Namen der gesamten Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands eingebrachten Antrag sprach) als auch *indirekt*, indem er den Trudowiki zu beweisen suchte, sie müßten ihre Forderungen beschränken und einengen.

Der Deputierte Swjatopolk-Mirski hat ja eigentlich niemand überzeugen wollen. Besonders fern lag ihm der Gedanke, die Bauern zu überzeugen. Er suchte nicht zu überzeugen, sondern *legte dar, was er will*, richtiger: er legte dar, was die Masse der Gutsherren will. *Keinerlei Vergrößerung* des bäuerlichen Grundbesitzes – darauf lief, klipp und klar gesagt, die „Rede“ des Deputierten Swjatopolk-Mirski hinaus.

Der Deputierte Kutler dagegen suchte die ganze Zeit zu *überzeugen*, und zwar hauptsächlich die Bauern, suchte sie zu überzeugen, daß sie auf das *verzichten* müßten, was er im Projekt der Trudowiki für undurchführbar oder maßlos und im Projekt unserer – der Sozialdemokratischen – Partei nicht nur für undurchführbar, sondern auch für die „allergrößte Ungerechtigkeit“ erklärte, wie er sich ausdrückte, als er von dem Antrag des Vertreters der Sozialdemokratie sprach.

Ich will nunmehr die Einwendungen des Deputierten Kutler sowie die hauptsächlichsten Grundlagen untersuchen, auf denen die Ansichten über die Agrarfrage sowie die Projekte für eine Agrarreform beruhen, welche von der Partei der sogenannten „Volksfreiheit“ verfochten werden.

Beginnen wir mit dem, was der Deputierte Kutler in seiner Entgegnung an meinen Parteigenossen als „allergrößte Ungerechtigkeit“ bezeichnete. „Mir scheint“, sagte der Vertreter der Partei der Kadetten, „daß die Abschaffung des privaten Grundeigentums die allergrößte Ungerechtigkeit

wäre, solange die übrigen Arten des Eigentums, des mobilen und des immobilien Eigentums, existieren...“! Und dann weiter: ... „Wenn niemand beantragt, das Eigentum überhaupt abzuschaffen, dann ist es nötig, mit allem Nachdruck die Existenz des Eigentums an Grund und Boden anzuerkennen.“

So argumentierte der Deputierte Kutler, wobei er den Sozialdemokraten Zereteli „widerlegen“ wollte mit dem Hinweis, daß „auch das andere Eigentum (außer dem Grundeigentum) auf einem Wege erworben worden ist, der vielleicht noch weniger lobenswert ist“. Und je mehr ich über diese Argumentation des Deputierten Kutler nachdenke, desto mehr finde ich sie... wie soll man es möglichst milde ausdrücken?... seltsam. ... „Es ist ungerecht, das Grundeigentum abzuschaffen, wenn nicht die anderen Arten des Eigentums abgeschafft werden...“

Aber erlauben Sie, meine Herren, erinnern Sie sich doch Ihrer eigenen Prämissen, Ihrer eigenen Worte und Projekte! Sie gehen doch selber davon aus, daß *bestimmte* Arten des gutherrlichen Eigentums „ungerecht“ sind, und zwar so ungerecht sind, daß es eines besonderen Gesetzes über die Mittel und Wege bedarf, sie abzuschaffen.

Was kommt denn in der Tat dabei heraus? Es ist die „allergrößte Ungerechtigkeit“, eine Art von Ungerechtigkeit zu liquidieren, ohne ihre anderen Arten zu liquidieren?? Das ergibt sich aus den Worten des Herrn Kutler. Ich sehe zum erstenmal vor mir einen Liberalen, und dazu noch einen so gemäßigten, nüchternen, bürokratisch geschulten Liberalen, der das Prinzip proklamieren möchte: „*Alles oder nichts!*“ Denn die Argumentation des Herrn Kutler beruht ganz und gar auf dem Prinzip: „*Alles oder nichts.*“ Und als revolutionärer Sozialdemokrat muß ich mich entschieden gegen diese Methode der Argumentation wenden...

Stellen Sie sich vor, meine Herren, ich müßte von meinem Hof zwei Kehrighaufen wegfahren. Ich habe aber nur einen Wagen. Und auf einem Wagen kann man nicht mehr als einen Haufen wegfahren. Was soll ich machen? Soll ich überhaupt darauf verzichten, meinen Hof zu säubern, mit der Begründung, es wäre die allergrößte Ungerechtigkeit, einen Kehrighaufen wegzufahren, da es doch unmöglich ist, beide Haufen auf einmal wegzufahren?

Ich gestatte mir zu glauben, daß derjenige, der *wirklich* die *völlige* Säuberung des Hofes will, der aufrichtig nach Reinheit und nicht nach

Schmutz, nach Licht und nicht nach Finsternis strebt, anders urteilen wird. Wenn es wirklich unmöglich ist, beide Haufen auf einmal abzufahren, dann fahren wir zunächst den ersten Haufen ab, der vornan liegt und den man sofort auf den Wagen laden kann, dann wird der Wagen entleert, und wir kehren nach Hause zurück, um uns an den zweiten Haufen zu machen. Das ist alles, Herr Kutler! Das ist alles!

Zunächst muß das russische Volk auf seinem Wagen den ganzen Kehricht wegfahren, der fronherrliches, gutsherrliches Eigentum heißt, und dann mit dem entleerten Wagen zurückkehren auf den saubereren Hof und beginnen, den zweiten Haufen aufzuladen, beginnen, mit dem Kehricht der kapitalistischen Ausbeutung aufzuräumen.

Gilt die Abmachung, Herr Kutler, wenn Sie wirklich ein Gegner jeglichen Schmutzes sind? Wohlan denn, legen wir das, Ihre eigenen Worte zitierend, in einer Resolution der Reichsduma nieder: „Da die Reichsduma gemeinsam mit dem Deputierten Kutler anerkennt, daß das kapitalistische Eigentum nicht lobenswerter ist als das fronherrliche, gutsherrliche Eigentum, beschließt sie, Rußland zunächst von diesem letzteren zu erlösen, um sich dann dem ersteren zuzuwenden.“

Wenn Herr Kutler diesen meinen Vorschlag nicht unterstützt, so bestärkt mich das in der Annahme, daß die Partei der „Volksfreiheit“, indem sie uns vom fronherrlichen Eigentum auf das kapitalistische Eigentum verweist, uns einfach, wie man zu sagen pflegt, von Pontius zu Pilatus schickt oder, einfacher gesprochen, eine Ausrede sucht, sich vor einer klaren Fragestellung durch die Flucht retten möchte. Wir haben niemals gehört, daß die Partei der „Volksfreiheit“ für den Sozialismus kämpfen wolle (*Kampf gegen das kapitalistische Eigentum aber ist Kampf für den Sozialismus*). Davon jedoch, daß diese Partei für die Freiheit, für die Rechte des Volkes kämpfen wolle, haben wir sehr viel . . . sehr, sehr viel gehört. Und jetzt, da gerade die Frage nicht nach der unverzüglichen Verwirklichung des Sozialismus, sondern nach der unverzüglichen Verwirklichung der Freiheit, und zwar der Freiheit von der Fronherrschaft auf die Tagesordnung getreten ist, verweist uns Herr Kutler plötzlich auf Fragen des Sozialismus! Herr Kutler erklärt die Abschaffung des sich auf Abarbeit und Schuldknechtschaft stützenden gutsherrlichen Eigentums deshalb, *ausschließlich* deshalb zur „allergrößten Ungerechtigkeit“,

weil er sich der Ungerechtigkeit des kapitalistischen Eigentums erinnerte . . . Wie man die Sache auch drehen mag, sie ist ein wenig seltsam.

Bisher glaubte ich, Herr Kutler sei kein Sozialist. Jetzt komme ich zu der Überzeugung, daß er überhaupt kein Demokrat, überhaupt kein Anhänger der Volksfreiheit, der wirklichen, nicht in Anführungszeichen gesetzten Volksfreiheit ist. Denn Leute, die in einer Zeit des Kampfes um die Freiheit es für die „allergrößte Ungerechtigkeit“ erklären, das abzuschaffen, was die Freiheit zugrunde richtet, was die Freiheit erdrückt und erwürgt, solche Leute als Demokraten zu bezeichnen und zu betrachten, damit war noch niemand in der Welt einverstanden . . .

Der andere Einwand des Herrn Kutler war nicht gegen den Sozialdemokraten, sondern gegen den Trudowik gerichtet. „Mir scheint“, sagte Herr Kutler, „man könnte sich politische Bedingungen vorstellen, unter denen das Projekt der Nationalisierung des Bodens“ (es handelt sich um das Projekt der Trudowikigruppe, und Herr Kutler charakterisiert es ungenau, aber nicht darauf kommt es jetzt an) „Gesetzeskraft erhalten könnte, aber ich kann mir in der nächsten Zukunft keine politischen Bedingungen vorstellen, unter denen dies Gesetz wirklich durchführbar wäre.“

Wiederum eine erstaunlich seltsame Argumentation, und seltsam durchaus nicht vom Standpunkt des Sozialismus (nichts dergleichen!), selbst nicht einmal vom Standpunkt des „Rechtes auf Boden“ oder eines anderen „trudowikischen“ Prinzips – nein, seltsam vom Standpunkt eben der „Volksfreiheit“, über die wir soviel von der Partei des Herrn Kutler hören.

Herr Kutler suchte die ganze Zeit die Trudowiki davon zu überzeugen, ihr Projekt sei „undurchführbar“, sie sollten lieber nicht das Ziel verfolgen, „die bestehenden Bodenverhältnisse von Grund auf umzugestalten“ usw. usf. Jetzt sehen wir klar, daß Herr Kutler die „Undurchführbarkeit“ in nichts anderem sieht als in den *politischen Bedingungen* der jetzigen Zeit und der nächsten Zukunft!!

Mit Verlaub, meine Herren, aber das ist doch einfach ein Nebel, eine geradezu unverzeihliche Begriffsverwirrung. Wir nennen uns hier doch darum Volksvertreter und halten uns für Mitglieder einer gesetzgebenden Körperschaft, weil wir die *Anderung* schlechter Bedingungen zum Besseren erörtern und beantragen. Und plötzlich, da wir die Frage der

Änderung einer der schlechtesten Bedingungen behandeln, hält man uns entgegen: „undurchführbar . . . weder jetzt . . . noch in nächster Zukunft . . . die politischen Bedingungen“.

Von zwei Dingen eins, Herr Kutler: Entweder ist die Duma selber eine *politische Bedingung* – und dann steht es einem Demokraten nicht an, sich darein zu schicken und sich den Beschränkungen anzupassen, die noch von *anderen* „politischen Bedingungen“ ausgehen können. Oder die Duma ist keine „politische Bedingung“, sondern eine bloße Kanzlei, die dem Rechnung trägt, was denen oben paßt oder nicht paßt – und dann haben wir kein Recht, Volksvertreter zu markieren.

Sind wir Volksvertreter, dann müssen wir das sagen, was das Volk denkt und was es will, und nicht das, was da den Spitzen oder noch irgendwelchen „politischen Bedingungen“ paßt. Sind wir Beamte, dann bin ich wohl bereit zu begreifen, daß wir von vornherein das für „undurchführbar“ erklären werden, wovon uns die „Obrigkeit“ zu verstehen gegeben hat, daß es ihr nicht paßt.

. . . „*Politische Bedingungen* . . .“! Was bedeutet das? Das bedeutet: Standgerichte, außerordentliche Sicherheitsmaßnahmen, Willkür und Rechtlosigkeit, Reichsrat und andere genauso nette *Ein-ri-ich-tun-gen* des Russischen Reiches. Herr Kutler will seinen Agrarentwurf dem anpassen, *was angesichts der Standgerichte, der außerordentlichen Sicherheitsmaßnahmen und des Reichsrats durchführbar ist*? Ich würde mich nicht wundern, wenn Herr Kutler dafür ausgezeichnet würde . . . nicht mit der Sympathie des Volkes, nein, sondern . . . mit einem Orden für Liebedienerei!

Herr Kutler *kann sich* politische Bedingungen *vorstellen*, unter denen ein Projekt der Nationalisierung des Bodens Gesetzeskraft erhalten könnte . . . Das wäre ja noch schöner! Ein Mann, der sich Demokrat nennt, sollte sich demokratische politische Bedingungen *nicht vorstellen können* . . . Die Aufgabe eines Demokraten, der zu den Volksvertretern zählt, besteht doch aber nicht nur darin, „*sich*“ gute oder schlechte Dinge aller Art „*vorzustellen*“, sondern auch darin, dem *Volk* echt-volkstümliche Projekte, Erklärungen und Darstellungen vorzulegen.

Möge Herr Kutler es sich nicht einfallen lassen, mit dem Hinweis zu kommen, ich schlüge vor, in der Duma vom Gesetz abzugehen oder es zu verletzen . . . Nichts dergleichen! Es gibt kein Gesetz, das es verböte,

in der Duma von Demokratie zu sprechen und wirklich demokratische Agrargesetzentwürfe vorzulegen. Mein Kollege Zereteli hat keinerlei Gesetz verletzt, als er die Deklaration der sozialdemokratischen Fraktion einbrachte, die sowohl von „Enteignung des Bodens ohne Ablösung“ als auch von einem *demokratischen Staat* spricht.

Die Argumentation des Herrn Kutler aber läuft doch ganz und gar darauf hinaus, daß wir, da unser Staat nicht demokratisch ist, auch keine demokratischen Agrargesetzentwürfe einbringen sollen! Wie Sie die Argumentationen des Herrn Kutler auch drehen und wenden mögen, Sie werden auch nicht die Spur eines *anderen* Gedankens, eines *anderen* Inhalts darin finden. Da unser Staat den Interessen der Gutsbesitzer dient, dürfen wir (*die Vertreter des Volkes!*) auch in den Agrarentwürfen nicht das schreiben, was den Gutsbesitzern nicht paßt . . . Nein, nein, Herr Kutler, das ist kein Demokratismus, das ist keine Volksfreiheit, das ist etwas, was sehr, sehr weit von Freiheit entfernt ist, aber nahe an Serilität grenzt.

\*

Betrachten wir nunmehr, was Herr Kutler eigentlich über den Agrarentwurf seiner Partei gesagt hat.

Vor allem machte Herr Kutler, als er über den Boden sprach, gegenüber den Trudowiki Einwendungen in bezug auf die „Verbrauchsnorm“ und in bezug darauf, ob der Boden reicht. Herr Kutler nahm die „Norm von 1861“, die noch niedriger als die Verbrauchsnorm gewesen sei, und teilte mit, daß „nach seiner annähernden Berechnung“ (die Duma hat von dieser Berechnung kein Wort gehört und weiß rein gar nichts von ihr!) selbst an dieser Norm noch 30 Millionen Desjatinen fehlen.

Ich erinnere Sie daran, meine Herren, daß der Deputierte Kutler *nach* dem Vertreter der Trudowikigruppe, Karawajew, sprach und gerade ihm entgegnete. Der Deputierte Karawajew aber hatte in der Duma *klipp und klar* gesagt und der Öffentlichkeit in einem besonderen Brief an die Zeitung „Towarischtsch“ (vom 21. März) bestätigt, daß für die Vergrößerung des bäuerlichen Grundbesitzes bis zur Verbrauchsnorm *an die 70 Millionen Desjatinen* erforderlich seien. Er hatte ferner gesagt, daß die Summe des fiskalischen Grund und Bodens, der Apanageländereien, des kirchlichen und des gutsherrlichen Bodens eben dieser Zahl entspreche.

Der Deputierte Karawajew hat die Quelle seiner Berechnungen nicht genannt, hat die Duma mit dem Verfahren, durch das diese Zahl gewonnen wurde, nicht bekannt gemacht. Meine Berechnung, die auf einer von mir genau nachgewiesenen und zudem offiziellen und neuesten Publikation des Zentralen Statistischen Komitees beruht, ergab eine Zahl, die über 70 Millionen Desjatinen hinausgeht. Allein an gutsherrlichem Boden sind für die Bauern 72 Millionen Desjatinen frei, und die Apanlagegüter sowie die Ländereien des Fiskus, der Kirche usw. ergeben über 10, ja an die 20 Millionen Desjatinen.

Auf jeden Fall bleibt es eine Tatsache: in seiner Entgegnung an den Deputierten Karawajew bemühte sich der Deputierte Kutler zu beweisen, daß der Boden *nicht ausreicht*, um den Bauern zu helfen, aber er *konnte* das *nicht beweisen* und gab *unbegründete* und, wie ich gezeigt habe, *falsche* Zahlen an.

Ich muß Sie überhaupt warnen, meine Herren, vor dem Mißbrauch dieser Begriffe „Arbeitsnorm“, „Verbrauchsnorm“. Unsere Sozialdemokratische Arbeiterpartei handelt weitaus richtiger, wenn sie alle diese „Normen“ vermeidet. Diese „Normen“ tragen etwas Bürokratisches, Kanzleimäßiges in eine lebendige und kämpferische politische Frage hinein. Diese „Normen“ führen die Menschen irre und *verdunkeln* das wahre Wesen der Sache. Den Streit auf diese „Normen“ verlegen, ja *heute* auch nur von ihnen reden, heißt wahrhaftig das Fell des Bären teilen, bevor er erlegt ist – und dabei dieses Fell in Worten teilen in einer Versammlung von Menschen, die *in Wirklichkeit* das Fell bestimmt *nicht* teilen werden, wenn wir einmal den Bären erlegt haben.

Beunruhigen Sie sich nicht, meine Herren! Die Bauern selber werden den Boden verteilen, sobald sie ihn in der Hand haben. Die Bauern werden den Boden leicht verteilen können, wenn sie ihn nur erst erlangt hätten. Und niemanden werden die Bauern fragen, wie sie den Boden verteilen sollen. *Niemandem* werden die Bauern gestatten, sich darin einzumischen, wie sie den Boden verteilen sollen.

Es wäre leeres Gerede, wollte man darüber sprechen, wie der Boden zu verteilen ist. Wir sind hier keine Markscheiderkanzlei, keine Flurbereinigungskommission, sondern ein *politisches Organ*. Wir müssen dem Volke helfen, eine *ökonomische und politische Aufgabe* zu lösen, wir müssen der Bauernschaft helfen in ihrem Kampf gegen die Guts-

herren als die Klasse, die von fronherrlicher Ausbeutung lebt. Diese lebenswichtige, aktuelle Aufgabe wird durch das Gerede über „Normen“ verdunkelt.

Warum verdunkelt? Weil statt der *eigentlichen* Frage, ob man die 72 Millionen Desjatinen für die Bauernschaft den Gutsbesitzern abnehmen soll oder nicht, die *nebensächliche* und schließlich überhaupt nicht wichtige Frage der „Normen“ diskutiert wird. Dadurch wird es erleichtert, die Frage zu umgehen und einer Antwort auszuweichen, die das Wesen der Sache trifft. Der Streit um die Arbeits- und die Verbrauchsnorm sowie um irgendwelche sonstige Normen verwirrt den wirklichen Kern der Frage: muß man die 72 Millionen Desjatinen Gutsherrenland für die Bauern nehmen oder nicht?

Man sucht zu beweisen, der Boden reiche für diese oder jene Norm aus oder er reiche nicht aus.

Wozu diese Beweise, meine Herren? Wozu diese leeren Reden, dieses trübe Wasser, worin dieser oder jener leicht fischen kann? Ist es etwa nicht von selbst klar: wo nichts ist, da ist auch nichts zu machen, die Bauern wollen kein ausgedachtes Land, sondern das ihnen sehr gut bekannte *benachbarte Gutsherrenland*? Und man soll nicht über „Normen“ sprechen, sondern über das *Gutsherrenland*, nicht darüber, ob da alle möglichen Normen ausreichen, sondern darüber, *wie viel* Gutsherrenland es gibt. Alles übrige sind einfach Winkelzüge, Ausreden, ja Versuche, den Bauern Sand in die Augen zu streuen.

Der Deputierte Kutler zum Beispiel hat doch das wirkliche Wesen der Frage umgangen. Der Trudowik Karawajew hatte immerhin klipp und klar gesagt: *70 Millionen Desjatinen*. Was antwortete *d a r a u f* der Deputierte Kutler? *Darauf* hat er keine Antwort gegeben. Er verwirrte die Frage durch die „Normen“, d. h., er ist direkt einer Antwort darauf ausgewichen, *ob er einverstanden ist, ob seine Partei einverstanden ist, alle Gutsländereien den Bauern zu geben oder nicht*.

Der Deputierte Kutler machte sich den Fehler des Deputierten Karawajew, die Frage nicht klar und scharf genug gestellt zu haben, zunutze und *umging das Wesen der Sache*. Aber darin liegt doch gerade der Angelpunkt der Frage, meine Herren. Wer *nicht einverstanden ist*, wirklich *alle* Gutsbesitzerländereien den Bauern zu geben (ich erinnere daran, daß ich als Bedingung annahm, jedem Gutsherrn 50 Desjatinen zu be-

lassen, damit niemand leer ausgehe!), der *ist nicht für die Bauern*, der *will keine wirkliche Hilfe für die Bauern*. Denn wenn Sie es gestatten, die Frage des *gesamten* gutsherrlichen Bodens zu verdunkeln oder beiseite zu schieben, so wird dann *die ganze Sache in Frage gestellt*. Dann fragt es sich: *Wer* wird denn nun bestimmen, *welcher Teil* des gutsherrlichen Bodens den Bauern gegeben werden soll?

*Wer* wird das bestimmen? Auch 9 Millionen Desjatinen von 79 Millionen sind ein „Teil“ und 70 Millionen sind ein „Teil“. Wer wird bestimmen, *wenn nicht wir bestimmen, wenn nicht die Reichsduma klar und entschieden spricht?*

Der Deputierte Kutler hat sich nicht umsonst über diese Frage ausgesprochen. Der Deputierte Kutler paradierte mit dem Wort „Zwangseenteignung“.

Meine Herren, lassen Sie sich nicht durch Worte einwickeln! Lassen Sie sich nicht durch eine schöne Phrase verführen! Betrachten Sie das Wesen der Sache!

Wenn man mir sagt: „Zwangseenteignung“, dann frage ich mich: *Wer zwingt wen?* Wenn die Millionen Bauern ein Häuflein Gutsbesitzer zwingen, sich den Interessen des Volkes unterzuordnen, dann ist das sehr gut. Wenn ein Häuflein von Gutsbesitzern die Millionen Bauern zwingt, ihr Leben der Habgier dieses Häufleins unterzuordnen, dann ist das sehr schlecht.

Und eben diese so *kleine* Frage verstand der Deputierte Kutler völlig zu umgehen! Durch seine Betrachtung über die „Undurchführbarkeit“ und über die „politischen Bedingungen“ rief er *im Grunde genommen* sogar das Volk dazu auf, sich damit *abzufinden*, daß es einem Häuflein Gutsbesitzer untergeordnet ist.

Der Deputierte Kutler sprach unmittelbar nach meinem Genossen Zereteli. Zereteli aber hatte in der Deklaration unserer sozialdemokratischen Fraktion *zwei* ganz bestimmte Erklärungen abgegeben, die gerade diese Haupt- und Kardinalfrage klar entscheiden. Die erste Erklärung: Übergabe des Bodens an einen *demokratischen* Staat. Ein demokratischer, das bedeutet ein Staat, der die Interessen der Volksmassen und nicht die Interessen eines Häufleins Privilegierter vertritt. Wir müssen dem Volk geradeheraus und klar sagen, daß *ohne* einen demokratischen Staat, ohne politische Freiheit, ohne eine machtvollkom-

mene Volksvertretung *keinerlei* Agrarumgestaltung zugunsten der Bauern möglich ist.

Die zweite Erklärung: die Notwendigkeit einer *vorgängigen* Erörterung der Bodenfrage in ebensolchen demokratischen *örtlichen Komitees*.

Womit antwortete darauf der Deputierte Kutler? *Mit Schweigen*. Diese Antwort ist schlecht, Herr Kutler. Sie schwiegen *ausgerechnet* über die Frage, ob die Bauern die Gutsbesitzer zwingen sollen, den Interessen des Volkes nachzugeben, oder ob die Gutsbesitzer die Bauern zwingen werden, sich selber die neue Schlinge eines neuen ruinierenden Loskaufs um den Hals zu legen.

Über eine solche Frage zu schweigen ist unzulässig.

Über die örtlichen Komitees, meine Herren, sprachen in der Duma außer einem Sozialdemokraten auch die Volkssozialisten (der Deputierte Baskin) und die Sozialrevolutionäre (der Deputierte Kolokolnikow). Über die örtlichen Komitees wurde schon seit langem in der Presse gesprochen, von ihnen war auch in der ersten Duma die Rede. Wir dürfen das nicht vergessen, meine Herren. Wir sind verpflichtet, uns und dem Volke gut klarzumachen, warum man soviel über diese Frage gesprochen hat und welches ihre wirkliche Bedeutung ist.

Die erste Reichsduma debattierte die Frage der örtlichen Bodenkomitees in ihrer fünfzehnten Sitzung am 26. Mai 1906. Aufgeworfen wurde die Frage von den Mitgliedern der Trudowikigruppe, die eine schriftliche Erklärung mit der Unterschrift von 35 Dumamitgliedern (darunter zwei Sozialdemokraten, I. Saweljew und I. Schuwalow) einreichten. Diese Erklärung wurde in der Duma zum erstenmal in ihrer 14. Sitzung am 24. Mai 1906 verlesen (siehe S. 589 des „Stenografischen Berichts“ über die Sitzungen der ersten Reichsduma); dann, zwei Tage später, lag sie als Drucksache vor und wurde erörtert. Ich will die *Hauptstellen* dieser Erklärung vollständig anführen:

... „Es ist notwendig, draußen im Lande unverzüglich Komitees zu schaffen, die auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts zu wählen sind und sich mit den notwendigen Vorbereitungsarbeiten befassen, als da sind: Ausarbeitung der den örtlichen Bedingungen angepaßten Verbrauchs- und Arbeitsnorm der Bodennutzung, Bestimmung der Menge des geeigneten Bodens, des Anteils von

Pachtland und von mit eigenem und fremdem Inventar bearbeitetem Boden . . . usw. Angesichts der Notwendigkeit einer möglichst weitgehenden Anpassung des Bodengesetzes an die ganze Mannigfaltigkeit der örtlichen Bedingungen ist es zweckmäßig, daß diese Komitees den lebhaftesten Anteil nehmen an der allgemeinen Erörterung der *ganzen Grundlagen der Bodenreform*, die in den verschiedenen der Duma unterbreiteten Entwürfen dargelegt worden sind . . ." Die Trudowiki beantragten darum, *unverzüglich* eine Kommission zu wählen und sofort einen entsprechenden Gesetzentwurf auszuarbeiten.

Wie nahmen die verschiedenen Parteien diesen Antrag auf? Trudowiki und Sozialdemokraten unterstützten ihn in ihren Presseorganen *einmütig*. Die Partei der sogenannten „Volksfreiheit“ sprach sich in ihrem Zentralorgan, der „Retsch“, am 25. Mai 1906 (d. h. einen Tag nach der ersten Lesung des Entwurfs der Trudowiki in der Duma) kategorisch *gegen den Entwurf der Trudowiki* aus. Die „Retsch“ gab *direkt* der Befürchtung Ausdruck, solche Bodenkomitees könnten „*die Lösung der Agrarfrage nach links verschieben*“\*.

Die „Retsch“ schrieb:

„Wir werden uns bemühen, soweit das von uns abhängt, zu erreichen, daß den örtlichen Komitees für Bodenangelegenheiten der *dienstliche* und *spezial-fachliche* Charakter gewahrt bleibt. Aus dem gleichen Grunde sind wir der Meinung, daß die Bildung dieser Komitees durch allgemeine Abstimmung bedeuten würde, sie nicht für die friedliche Lösung der Bodenfrage an Ort und Stelle, sondern für irgend etwas ganz anderes vorzubereiten. Die Leitung der allgemeinen Richtung der Reform muß in den Händen des Staates verbleiben: darum müssen die Vertreter der Staatsmacht in den örtlichen Kommissionen einen Sitz haben, um die Beschlüsse der örtlichen Instanz wenn nicht zu fassen, so doch wenigstens zu kontrollieren. Dann *müssen* – wiederum in den Grenzen der allgemeinen Grundlagen der Reform – *in den örtlichen Kommissionen möglichst gleichmäßig die aufeinanderstößenden Interessen* der beteiligten Seiten *vertreten* sein, die versöhnt werden können ohne Beeinträchtigung der staatlichen Bedeutung der durchzuführenden Reform und ohne ihre Verwand-

\* Siehe den „*W perjo d*“<sup>78</sup> Nr. 1 vom 26. Mai 1906, Leitartikel „*Die Kadetten verraten die Bauern*“, gezeichnet: *G. Al-ski*.

lung in einen Akt einseitiger Gewalt, durch die die ganze Sache mit einem völligen Mißerfolg enden könnte.“

Das ist durchaus klar und bestimmt.

Die Partei der „Volksfreiheit“ nimmt zu der vorgeschlagenen Maßnahme *der Sache nach* Stellung und spricht sich gegen sie aus. Die Partei will draußen im Lande keine Komitees, die in allgemeiner, direkter, gleicher und geheimer Abstimmung gewählt wären, sondern solche, worin sowohl das Häuflein Gutsbesitzer als auch die Tausende und Zehntausende Bauern **gleichmäßig** vertreten wären. Zur „Kontrolle“ aber sollen *Vertreter der Staatsmacht* teilnehmen.

Mögen die Deputierten der Bauern sich das gut durch den Kopf gehen lassen. Mögen sie begreifen, worum es hier geht, und mögen sie das der ganzen Bauernschaft klarmachen.

Stellen Sie sich nur vor, meine Herren, worum es sich handelt. In den örtlichen Komitees sind zu *gleichen Teilen* sowohl die Gutsbesitzer als auch die Bauern vertreten, und außerdem gibt es in ihnen einen *Vertreter des Staates zur Kontrolle*, zur „Versöhnung“. Das bedeutet: ein Drittel der Stimmen für die Gutsbesitzer, ein Drittel für die Bauern und ein Drittel für die Vertreter des Staates. Die höchsten Würdenträger des Staates aber, alle Leiter der Staatsangelegenheiten sind selber *sehr reiche Gutsbesitzer!* Es kommt also so heraus, daß Gutsbesitzer sowohl Bauern als auch Gutsbesitzer „kontrollieren“ werden! *Gutsbesitzer* werden die Bauern mit den Gutsbesitzern „versöhnen“.

Ja, ja, das wird zweifellos eine „Zwangsent eignung“ werden, nämlich eine durch die *Gutsbesitzer erzwungene* Enteignung des Geldes der Bauern und der Arbeit der Bauern – genauso, wie 1861 die gutsherrlichen Gouvernementskomitees den Bauern ein Fünftel des Bodens „abschnitten“ und ihnen den doppelten Preis für den Boden auferlegten!

Eine *solche* Agrarreform bedeutet nichts anderes, als daß die Gutsbesitzer die für sie unnötigen und schlechten Ländereien an die Bauern zu *Überpreisen losschlagen*, um die Bauern *noch mehr* zu knechten. Eine *solche* „Zwangsent eignung“ ist *weitaus schlechter* als eine *freiwillige Vereinbarung* der Bauern mit den Gutsbesitzern, weil bei einer *freiwilligen* Vereinbarung sowohl die Bauern als auch die Gutsbesitzer über je eine Hälfte der Stimmen verfügen. Bei der kadettischen Zwangsent eignung jedoch haben die Bauern *ein Drittel* der Stimmen, die Guts-

besitzer dagegen *zwei Drittel*: das eine Drittel, weil sie Gutsbesitzer sind, das andere, weil ja auch die Beamten Gutsbesitzer sind!!

Über die Bauern „befreiung“ und den „*Loskauf*“ unseligen Angelehens vom Jahre 1861 schrieb ein großer russischer Schriftsteller, einer der ersten Sozialisten in Rußland, der von den Henkern der Regierung zu Tode gequälte Nikolai Gawrilowitsch Tschernyschewski: Eine freiwillige Vereinbarung der Bauern mit den Gutsherren wäre besser gewesen als eine solche „Befreiung mit Ablösung“ durch Vermittlung der gutsherrlichen Gouvernementskomitees.\* Bei einer freiwilligen Vereinbarung über den Ankauf des Bodens hätte man die Bauern nicht so schröpfen können, wie man sie geschröpft hat mittels der *von der Regierung* zustande gebrachten „Versöhnung“ der Bauern mit den Gutsherren.

Und der große russische Sozialist hat recht behalten. Heute, 46 Jahre nach der vielgepriesenen „Befreiung mit Ablösung“, kennen wir die Ergebnisse der *Ablösungsoperation*. Der Verkaufspreis des Bodens, der den Bauern zufiel, betrug 648 Millionen Rubel, aber zu zahlen zwang man die Bauern 867 Millionen Rubel, um 219 Millionen Rubel mehr, als der Boden kostete. Und ein halbes Jahrhundert lang haben die Bauern auf solchen Anteilen, unter dem Joch solcher Zahlungen, unter dem Joch der „Versöhnung“ der Bauern mit den Gutsherren durch die Regierung sich abgequält, sich abgezehrt, gehungert, sind sie dahingestorben, bis die ganze Bauernschaft in die heutige unerträgliche Lage kam.

Die russischen Liberalen wollen die gleiche „*Versöhnung*“ der Bauern mit den Gutsherren noch einmal wiederholen. Seht euch vor, Bauern! Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei warnt euch: Jahrzehnte neuer Qualen, neuen Hungers, neuer Knechtschaft, Erniedrigung und Verhöhnung – das ist es, was ihr dem Volke bringen werdet, wenn ihr euch auf eine derartige „*Versöhnung*“ einlaßt.

Die Frage der örtlichen Komitees und des *Loskaufs* – das ist der wirkliche Angelpunkt der Agrarfrage. Und man muß alle Aufmerksamkeit darauf richten, daß hier *nichts* unklar und unausgesprochen *bleibt*, daß *keine* Ausflüchte und keine Ausreden *bleiben*.

Als jedoch am 26. Mai 1906 diese Frage in der ersten Reichsduma er-

\* Es wäre gut, das genaue Zitat zu ermitteln: die Stelle findet sich, wie mir scheint, in den „*Briefen ohne Adresse*“ und noch irgendwo.<sup>79</sup>

örtert wurde, beschränkten sich die gegen die Trudowiki auftretenden Kadetten *Kokoschkin* und *Koijarewski* auf bloße Ausflüchte und Ausreden. Sie betonten, die Duma könne nicht sofort solche Komitees *dekretieren* – obwohl ja niemand derartige Dekrete beantragt hatte! Sie sprachen davon, daß diese Frage mit der Reform des Wahlrechts und der örtlichen Selbstverwaltung zusammenhänge, d. h., sie suchten einfach die dringende und einfache Sache der Bildung von örtlichen *Kommissionen* zu verschleppen, die der Duma helfen sollten, die Agrarfrage zu lösen. Sie sprachen von einer „Verzerrung des Ablaufs der gesetzgeberischen Arbeit“, von der Gefahr, „draußen im Lande 80 oder 90 Dumas“ zu schaffen, davon, daß „für die Schaffung solcher Organe wie der örtlichen Komitees im Grunde genommen keinerlei Notwendigkeit vorliegt“ usw. usf.

Alles das ist eine einzige Ausrede, meine Herren, nichts weiter als ein Ausweichen vor der Frage, die klipp und klar von der Duma *entschieden* werden muß: Soll ein demokratischer Staat die Agrarfrage lösen oder der jetzige? sollen die Bauern, d. h. die Masse der Bevölkerung, in den örtlichen Bodenkomitees das Übergewicht haben oder die Gutsbesitzer? soll sich ein Häuflein von Gutsbesitzern die Millionen des Volkes unterordnen, oder sollen sich die Millionen Werktätigen das Häuflein Gutsbesitzer unterordnen?

Man komme mir nicht mit Redensarten von der Kraftlosigkeit, der Ohnmacht und der Rechtlosigkeit der Duma. Ich weiß das sehr, sehr gut. Ich erkläre mich gern bereit, das in jeder beliebigen Resolution, Erklärung oder Deklaration der Duma zu wiederholen und zu unterstreichen. Aber in der gegebenen Frage geht es nicht um die Rechte der Duma, denn keiner von uns denkt auch nur daran, den geringsten Vorschlag zu machen, der gegen das Gesetz über die Rechte der Duma verstieße. Es geht darum, daß die Duma klar, bestimmt und – was die Hauptsache ist – richtig die wirklichen Interessen des Volkes zum Ausdruck bringt, daß sie die Wahrheit sagt über die Lösung der Agrarfrage, daß sie der Bauernmasse die Augen öffnet über die Klippen, die einer Lösung der Bodenfrage im Wege liegen.

Natürlich ist der Wille der Duma noch kein Gesetz, ich weiß das sehr wohl. Aber den Willen der Duma einzuengen, der Duma den Mund zu stopfen, dafür soll sorgen wer will, *nur nicht die Duma selber!* Natur-

lich wird ein Dumabeschluß noch auf alle möglichen Widerstände stoßen, aber das rechtfertigt niemals diejenigen, die schon vorher beginnen möchten, sich zu bücken und zu winden, sich zu verbeugen und zu erniedrigen, um sich nach einem fremden Willen zu richten und einen Beschluß der Volksvertreter einem anderen Willen anzupassen.

Natürlich ist es nicht die Duma, die in letzter Instanz über die Agrarfrage *entscheidet*, nicht in der Duma vollzieht sich der entscheidende Akt im Kampf der Bauernschaft um den Boden. Aber dem Volk dadurch *helfen*, daß wir die Frage erläutern, sie *klar* stellen, die Wahrheit *vollständig* darlegen, alle Zweideutigkeiten und Ausflüchte beseitigen, das können wir und dazu *sind wir verpflichtet*, wenn wir tatsächlich *Volksvertreter* und keine liberalen Beamten sein wollen, wenn wir wirklich den Interessen des Volkes und den Interessen der Freiheit dienen wollen.

Um aber dem Volk wirklich zu helfen, muß man in dem Dumabeschluß mit vollster Klarheit die *drei grundlegenden* Punkte der Bodenfrage beleuchten, die ich in meiner Rede klarzustellen suchte und die der Deputierte Kutler umgangen und verwirrt hat.

Die erste Frage ist die der neunundsiebzig Millionen Desjatinen Gutsbesitzerland und der Notwendigkeit, davon mindestens 70 Millionen Desjatinen den Bauern zu geben.

Die zweite Frage ist die der *Ablösung*. Die Bauern werden nur dann von der Agrarumgestaltung einen einigermaßen ernsten Nutzen haben, wenn sie das Land *ohne Ablösung* erhalten. Die Ablösung wäre eine neue *Schlinge* um den Hals der Bauern, wäre ein untragbar schwerer *Tribut*, der der ganzen künftigen Entwicklung Rußlands auferlegt würde.

Die dritte Frage ist die der demokratischen Ordnung des Staates, die für die Durchführung der Agrarreform notwendig ist, und besonders die der *örtlichen, in allgemeiner, direkter, gleicher und geheimer Abstimmung gewählten Bodenkomitees*. Ohne diese Voraussetzung wird die Bodenreform die Bauernmasse zwingen, in die Schuldknechtschaft der Gutsbesitzer zu gehen, nicht aber das Häuflein Gutsbesitzer zwingen, den herangereiften Forderungen des ganzen Volkes Genüge zu tun.

Ich sagte zu Beginn meiner Rede, der Herr Landwirtschaftsminister Wassiltschikow hätte die „Rechten“ mit den „Kadetten“ zu *versöhnen* gesucht. Jetzt, wo ich klargestellt habe, welche Bedeutung der Frage der

70 Millionen Desjatinen Gutsbesitzerland, der Ablösung und, was die *Hauptsache* ist, der Zusammensetzung der örtlichen Bodenkomitees zukommt, genügt es mir, *eine* Stelle aus der Rede des Herrn Ministers zu zitieren:

... „Wenn wir auf diesem Boden stehen“, sagte der Herr Minister, wobei er die „Unantastbarkeit der Grenzen“ des gutsherrlichen Eigentums und ihre „Verschiebung“ lediglich „im Interesse des Staates“ im Auge hatte, „wenn wir auf diesem Boden stehen *und in bestimmten Fällen eine zwangsweise Verschiebung der Grenzen zulassen*, so sind wir zugleich der Meinung, daß wir ... die Grundlagen des Eigentums ... nicht erschüttern ...“

Haben Sie, meine Herren, über diese bedeutungsvollen Worte des Herrn Ministers *gut* nachgedacht? Es lohnt sich, über sie nachzudenken ... Man muß über sie nachdenken ... Herr Kutler hat den Herrn Minister völlig davon überzeugt, daß in dem Wort „zwangsweise“ nichts liegt, was für die Gutsbesitzer *unangenehm* wäre ... Warum?? *Eben weil die Herren Gutsbesitzer ja selber den Zwang ausüben werden!!*

\*

Ich hoffe, meine Herren, daß es mir gelungen ist, Ihnen unsere sozialdemokratische Einstellung zur Agrarfrage sowohl gegenüber den „rechten“ Parteien als auch gegenüber dem liberalen Zentrum (den Kadetten) klarzumachen. Ich muß jetzt noch auf einen wichtigen Unterschied eingehen zwischen dem sozialdemokratischen Standpunkt und den Ansichten der Trudowiki im weiteren Sinne des Wortes, d. h. den Ansichten aller der Parteien, die auf dem Standpunkt des „Arbeitsprinzips“ stehen, also sowohl der Volkssozialisten als auch der „Trudowiki“ im engeren Sinne sowie der Sozialrevolutionäre.

Aus allem, was ich vorher gesagt habe, ist schon zu ersehen, daß die Sozialdemokratische Arbeiterpartei voll und ganz die Bauernmasse unterstützt in ihrem gegen die Gutsbesitzer gerichteten Kampf um den Boden, in ihrem Kampf um ihre Erlösung von der fronherrlichen Ausbeutung. Die Bauern haben in diesem Kampf keinen und können keinen zuverlässigeren Verbündeten haben als das Proletariat, das für die Sache der Erinnerung von Freiheit und Licht für Rußland die meisten Opfer gebracht hat. Die Bauern haben kein und können kein anderes Mittel haben,

die Verwirklichung ihrer gerechten Forderungen durchzusetzen, als den Anschluß an das klassenbewußte, unter dem roten Banner der internationalen Sozialdemokratie kämpfende Proletariat. Die liberalen Parteien haben überall, in allen Ländern Europas, die Bauern verraten und deren Interessen den Gutsbesitzern geopfert; und auch bei uns in Rußland geschieht, wie ich in meiner Analyse des liberalen, kadettischen Programms gezeigt habe, genau das gleiche.

Den Unterschied zwischen den Ansichten der Trudowiki und denen der Sozialdemokraten in der Agrarfrage habe ich in den vorhergehenden Teilen meiner Rede schon mehrmals berührt. Nunmehr muß eine der grundlegenden Ansichten der Trudowikigruppe untersucht werden.

Zum Zwecke einer solchen Untersuchung gestatte ich mir, auf die Rede des Priesters Tichwinski einzugehen. Meine Herren! Die Sozialdemokraten teilen nicht die Anschauungen der christlichen Religion. Wir sind der Meinung, daß der *wirkliche* gesellschaftliche, kulturelle und politische Sinn und Inhalt des Christentums *richtiger* durch die Ansichten und Bestrebungen solcher Geistlichen wie des Bischofs Jewlogi zum Ausdruck gebracht werden als solcher wie des Priesters Tichwinski. Darum und kraft unserer wissenschaftlichen, materialistischen Weltanschauung, der alle Vorurteile fremd sind, sowie kraft unserer allgemeinen Aufgaben – Kampf für die Freiheit und das Glück aller Werktätigen – stehen wir Sozialdemokraten der christlichen Lehre ablehnend gegenüber. Aber indem ich das erkläre, halte ich es für meine Pflicht, gleich hier klipp und klar zu sagen, daß die Sozialdemokratie für die volle Gewissensfreiheit kämpft und jeder aufrichtigen Überzeugung in Glaubenssachen volle Achtung entgegenbringt, wenn diese Überzeugung nicht durch Gewalt oder Betrug in die Tat umgesetzt wird. Ich halte mich für um so mehr verpflichtet, das zu unterstreichen, als ich beabsichtige, über meine Meinungsverschiedenheiten mit dem *Priester* Tichwinski zu sprechen, der ein Bauerndeputierter ist, der aller Hochachtung würdig ist wegen seiner aufrichtigen Ergebenheit für die Interessen der Bauernschaft, die Interessen des Volkes, die er furchtlos und entschieden vertritt.

Der Deputierte Tichwinski unterstützt das Agrarprojekt der Trudowikigruppe, das auf den Prinzipien des *Ausgleichs* der Bodennutzung aufgebaut ist. In Verteidigung dieses Projekts sagte der Deputierte Tichwinski:

„Die Bauernschaft, das werktätige Volk, betrachtet den Boden so: Der Boden ist Gottes, und der werktätige Bauer hat darauf das gleiche Recht, wie jeder von uns ein Recht auf Wasser und Luft hat. Es wäre seltsam, wenn jemand beginnen wollte, Wasser und Luft zu verkaufen, zu kaufen oder damit Handel zu treiben – ebenso seltsam klingt es für uns, wenn jemand mit dem Boden Handel treibt, ihn verkauft oder kauft. Der Bauernbund und die Trudowiki-gruppe wollen das Prinzip durchführen: alles Land dem werktätigen Volk. Aber was die Ablösung des Bodens betrifft – wie sie durchgeführt werden soll, durch Loskauf oder durch einfache Enteignung ohne Loskauf – diese Frage interessiert die werktätige Bauernschaft nicht . . .“

Das sagte der Deputierte Tichwinski im Namen des Bauernbundes und der Trudowiki-gruppe.

Der Fehler, der schwere Fehler der Trudowiki besteht eben darin, daß sie die Frage der Ablösung und der *Art und Weise der Durchführung* der Agrarreform *nicht* interessiert, während es doch *in Wirklichkeit* gerade hiervon abhängt, ob die Bauern ihre Befreiung vom Gutsbesitzerjoch durchsetzen werden. Wohl aber interessieren sie sich für die Frage des Kaufs und Verkaufs des Bodens und des gleichen Rechtes aller auf Grund und Boden, obwohl diese Frage im Kampf um die wirkliche Befreiung der Bauernschaft vom Gutsbesitzerjoch *keinerlei ernsthafte Bedeutung hat*.

Der Deputierte Tichwinski vertritt die Ansicht, daß man das Land weder kaufen noch verkaufen darf, daß alle Werktätigen das gleiche Recht auf Grund und Boden haben.

Ich verstehe durchaus, daß eine solche Anschauung den edelsten Beweggründen, dem flammenden Protest gegen das Monopol, gegen die Privilegien der reichen Nichtstuer, gegen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen entspringt, dem Bestreben entspringt, die Befreiung aller Werktätigen von jeder Unterdrückung und jeder Ausbeutung zu erreichen.

Für dieses Ideal, das Ideal des Sozialismus, kämpft die Sozialdemokratische Arbeiterpartei. Aber dieses Ideal ist nicht zu erreichen auf jenem Wege eines Ausgleichs der Bodennutzung kleiner Besitzer, von dem der Deputierte Tichwinski und seine Gesinnungsfreunde träumen.

Der Deputierte Tichwinski ist bereit, ehrlich, aufrichtig und entschieden gegen die Macht der Gutsbesitzer zu kämpfen und, wie ich hoffe, bis zu Ende zu kämpfen. Aber er hat eine andere Macht vergessen, die auf

dem werktätigen Menschen von heute noch schwerer lastet und ihn noch stärker unterdrückt, nämlich die *Macht des Kapitals, die Macht des Geldes*.

Der Deputierte Tichwinski sagt, der Verkauf von Boden, Wasser oder Luft erscheine dem Bauern seltsam. Ich begreife, daß bei Menschen, die ihr ganzes Leben oder doch fast ihr ganzes Leben im Dorf verbringen, sich eine solche Anschauung herausbilden mußte. Aber man werfe einen Blick auf die ganze gegenwärtige kapitalistische Gesellschaft, auf die großen Städte, die Eisenbahnen, die Kohlen- und Erzgruben, die Fabriken und Werke. Sie werden sehen, wie die Reichen sowohl die Luft als auch das Wasser und das Land in ihren Besitz gebracht haben. Sie werden sehen, wie Zehntausende und Hunderttausende Arbeiter der frischen Luft beraubt sind, dazu verurteilt sind, unter der Erde zu arbeiten, in Kellern zu hausen, das von der benachbarten Fabrik verdorbene Wasser zu verwenden. Sie werden sehen, wie rasend die Bodenpreise in den Städten steigen und wie der Arbeiter nicht nur von den Fabrikanten und Werkherren ausgebeutet wird, sondern auch von den Hausbesitzern, die bekanntlich an den von Arbeitern bewohnten Quartieren, Kammern, Winkeln und Löchern weitaus mehr profitieren als an den Luxuswohnungen. Und wozu überhaupt über den Kauf und Verkauf von Wasser, Luft und Boden reden, wo doch die ganze heutige Gesellschaft sich nur auf den Kauf und Verkauf der *Arbeitskraft* gründet, d. h. auf die *Lohnsklaverei* von Millionen Menschen!

Überlegen Sie, ob angesichts dieser Macht des Geldes und der Macht des Kapitals von einer Gleichheit des Grundbesitzes, von einem Verbot, Boden zu kaufen oder zu verkaufen, die Rede sein kann. Kann sich das russische Volk von Unterdrückung und Ausbeutung befreien, wenn jedem Staatsbürger das gleiche Recht auf ein gleiches Stück Land zuerkannt wird, während zur gleichen Zeit ein Häuflein von Menschen Zehntausende oder Millionen von Rubeln besitzt, die Masse aber bettelarm bleibt? Nein, meine Herren, solange die Macht des Kapitals fortbesteht, wird keinerlei *Gleichheit* zwischen den Grundbesitzern möglich sein, werden alle beliebigen Verbote, Land zu verkaufen oder zu kaufen, unmöglich, lächerlich und absurd sein. Alles, nicht nur der Boden, sondern sowohl die menschliche Arbeit, die menschliche Persönlichkeit, das Gewissen und die Liebe als auch die Wissenschaft, alles wird *unvermeidlich käuflich*, solange die *Macht des Kapitals* fortbesteht.

Wenn ich das sage, will ich keineswegs den bäuerlichen Kampf um den Boden schwächen, will ich keineswegs seine Bedeutung, seine Wichtigkeit, seine Unaufschiebbarkeit herabsetzen. Nichts dergleichen. Ich habe schon gesagt und wiederhole es, daß dieser Kampf gerecht und notwendig ist, daß die Bauern sowohl in ihrem eigenen Interesse als auch im Interesse des Proletariats sowie im Interesse der gesamten gesellschaftlichen Entwicklung das fronherrliche Joch der Gutsbesitzer abwerfen *müssen*.

Nicht schwächen, sondern verstärken wollen die klassenbewußten Arbeiter den bäuerlichen Kampf um Boden. Nicht diesem Kampf Einhalt zu gebieten sind die Sozialisten bestrebt, sondern *ihn noch weiter zu führen* und zu diesem Zweck den naiven Glauben auszurotten, als ob es möglich wäre, die kleinen Besitzer gleichzumachen oder den Kauf und Verkauf des Bodens zu verbieten, solange Tausch, Geld und die Macht des Kapitals existieren.

Gegen die Gutsbesitzer unterstützen die Arbeiter, die Sozialdemokraten, die Bauern voll und ganz. Aber nicht durch die wenn auch ausgleichende Kleinwirtschaft kann die Menschheit von dem Massenelend, der Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen erlöst werden. Dazu bedarf es des Kampfes um die Abschaffung der ganzen kapitalistischen Gesellschaft und ihrer Ablösung durch die sozialistische Großproduktion. Diesen Kampf führen heute Millionen von klassenbewußten Arbeitern, von Sozialdemokraten, in allen Ländern der Welt. Und nur, wenn sich die Bauernschaft diesem Kampf anschließt, kann sie, nachdem sie ihren ersten Feind, den Gutsbesitzer und Fronherrn, niedergeworfen hat, erfolgreich gegen den zweiten, schlimmeren Feind kämpfen, gegen die Macht des Kapitals!

*Geschrieben zwischen 21. und 25. März  
(3.—7. April) 1907.*

*Zuerst veröffentlicht 1925  
im Lenin-Sammelband IV.*

*Nach dem Manuskript.*

## HONIG IM MUNDE, GALLE IM HERZEN

Die Agrardebatten in der Reichsduma sind außerordentlich aufschlußreich. Es ist daher notwendig, auf die Reden der Führer der verschiedenen Parteien ausführlicher einzugehen und in ihren Inhalt einzudringen.

Der Hauptpunkt der Agrarfrage ist zweifellos die Einstellung zum gutsherrlichen Grundeigentum. Die Bauernschaft kämpft gegen dieses Eigentum in dem Bestreben, den Boden für sich zu gewinnen. Wie stehen die verschiedenen Parteien zu diesem Kampf?

Die Sozialdemokraten haben direkt und offen die Forderung nach *Enteignung ohne Ablösung* aufgestellt. Der Vertreter der Sozialdemokratie, Zereteli, hat in seiner Rede nachdrücklich bewiesen, wie verlogen es ist, die „Rechte“ des gutsherrlichen Eigentums zu verteidigen, hat klargestellt, daß es aus Raub entstanden ist, hat die grenzenlose Heuchelei all der Reden über die Unantastbarkeit des Privateigentums gezeigt und den Premierminister widerlegt, der unter „Staatsprinzip“ nicht die *Volksinteressen* versteht, sondern die *Interessen jener Handvoll Gutsbesitzer, mit denen die Staatsmacht auf Gedeih und Verderb verbunden ist.*

Man füge den gegen Schluß der Rede des Gen. Zereteli gemachten Vorschlag hinzu, die örtlichen Bodenkomitees (die natürlich in allgemeiner, direkter, gleicher und geheimer Abstimmung zu wählen sind) mit der Behandlung der Frage zu beauftragen, und man erhält ein in sich geschlossenes und deutliches Bild des proletarischen Standpunkts in der Bodenfrage. Rechte der Gutsherren auf den Grund und Boden werden verneint. Das bei der Umgestaltung anzuwendende Verfahren wird klar bestimmt: örtliche Komitees, das heißt Übergewicht der Interessen der Bauern über die der Gutsherren. Enteignung ohne Ablösung, das heißt

restloses Eintreten für die Interessen der Bauern, unversöhnlicher Kampf gegen die klassenbedingte Habsucht der Gutsherren.

Gehen wir zu den Trudowiki über. Karawajew hat das Prinzip „Enteignung ohne Ablösung“ nicht mit aller Klarheit und Bestimmtheit aufgestellt. Der Vertreter der Bauern hat die Forderungen des Volkes an die Gutsbesitzer weniger entschieden erhoben als der Vertreter der Arbeiter. Nicht klar herausgestellt wurde die Forderung, die örtlichen Komitees mit der Frage zu beauftragen, es wurde kein Protest erhoben gegen das Vorhaben der Liberalen (der Kadetten), die Erörterung der heiklen Frage in einem Ausschuß, möglichst weit weg vom Volke, möglichst fern vom Licht der Öffentlichkeit, möglichst weit von freier Kritik, verschwinden zu lassen. Aber trotz aller dieser Mängel in der Rede des Trudowiks im Vergleich zu der Rede des Sozialdemokraten müssen wir dennoch sagen, daß der Trudowik die Sache der Bauern gegen die Gutsbesitzer verteidigt hat. Der Trudowik öffnete dem Volk die Augen über die elende Lage der Bauernschaft. Er bestritt die Schlußfolgerungen Jermolows und der anderen Verteidiger der Gutsbesitzerklasse, die die Notwendigkeit einer Vergrößerung des bäuerlichen Grundbesitzes geleugnet hatten. Er gab das Minimum des bäuerlichen Bodenbedarfs mit 70 Millionen Desjatinen an und stellte klar, daß es zur Befriedigung dieses Bedarfs der Bauern über 70 Millionen Desjatinen Boden der Gutsbesitzer, der Apanagegüter und anderer Liegenschaften gibt. Der ganze Ton der Rede des Trudowiks war – wir wiederholen das, ungeachtet ihrer von uns hervorgehobenen Mängel – ein Appell an das Volk, war gekennzeichnet durch das Bestreben, dem Volk die Augen zu öffnen . . .

Wenden wir uns der Rede des Kadetten Kutler zu. Sofort bietet sich uns ein ganz anderes Bild. Man merkt, daß wir aus dem Lager der völlig konsequenten (Sozialdemokraten) oder ein wenig schwankenden (Trudowiki) Verteidiger der Bauern *gegen* die Gutsbesitzer in das *Lager der Gutsbesitzer* geraten sind, die die Unvermeidlichkeit von „Zugeständnissen“ begreifen, aber alle Anstrengungen aufbieten, um *möglichst wenig* zugestehen zu müssen.

Kutler sprach von seinem „Einverständnis“ mit den Trudowiki, von seiner „Sympathie“ für die Trudowiki *nur*, um die Pille der *unverzüglichen* Einschränkungen, Kürzungen und Streichungen, die angeblich in dem Projekt der Trudowiki nötig wären, zu verzuckern. Die ganze Rede

Kutlers ist voll von allen möglichen Argumenten *gegen* die Sozialdemokraten und gegen die Trudowiki.

Um den Beweis nicht schuldig zu bleiben, wollen wir die Rede Kutlers Schritt für Schritt untersuchen.

Einleitung. Ein Knicks vor den Trudowiki. Der Kadett schließt sich dem Grundgedanken an, er sympathisiert von ganzem Herzen... *aber... aber...* das Projekt der Trudowikigruppe „beschränkt sich nicht auf die *einfache* und klare Aufgabe, dem bäuerlichen Bodenmangel *abzuhelfen*. Es geht weiter, es strebt danach, alle bestehenden agrarischen Rechtsverhältnisse *von Grund auf umzuwandeln*“ (Zitate überall nach dem Bericht des „Towarischtsch“).

Also „Sympathie“ mit dem Bauern *in Worten, Beschränkung der bäuerlichen Forderungen in der Tat*. Für den Bauern – *in Worten, für den Gutsbesitzer – in der Tat*.

Und dabei versichert Kutler noch der Duma, der Trudowik beschränke sich nicht auf eine *einfache und klare* Aufgabe! Der Leser überlege nur: Der Trudowik spricht geradeheraus von *70 Millionen Desjatinen Land*. Sie muß man aus den Händen der Gutsbesitzer in die Hände der Bauern geben. Das ist nicht „klar“, das ist nicht „einfach“!!

Der „Klarheit“ wegen muß man von der Arbeitsnorm reden, von der Verbrauchsnorm, von der Zuteilungsnorm des Jahres 1861. Und Herr Kutler redet, redet. Mit einem Wortschwall über alle diese unnützen Fragen vernebelt er die Köpfe der Zuhörer, um zu der Schlußfolgerung zu kommen: „Meiner Meinung nach... fehlen 30 Millionen Desjatinen“, um die bäuerlichen Anteile auf die Norm vom Jahre 1861 zu bringen, und diese Norm ist noch niedriger als die Verbrauchsnorm. Und das ist alles. Das ist alles zur Frage nach dem Umfang des Bedarfs und seiner Befriedigung.

Aber ist das etwa eine Antwort *hinsichtlich der 70 Millionen*? Sie machen doch einfach Ausflüchte, Sie ehrenwerter Ritter der „Volksfreiheit“, Ihr Geschwätz ist doch einfach ein Ablenkungsmanöver! Sollen den Bauern die 70 Millionen Desjatinen Land übergeben werden oder nicht? Ja oder nein?

Und um das Wesen dieser Ausflüchte noch klarer zu zeigen, wollen wir die von dem Trudowik angeführte Zahl durch die zusammenfassenden Ergebnisse der *neuesten* Bodenstatistik belegen. Nach der Erhebung

von 1905 waren insgesamt 101,7 Millionen Desjatinen Boden Privatbesitz. Davon gehörten 15,8 Millionen Vereinigungen und Genossenschaften; 3,2 Millionen Desjatinen Besitzern, die bis zu 20 Desjatinen hatten; 3,3 Millionen Desjatinen Besitzern von 20 bis 50 Desjatinen; 79,4 Millionen Desjatinen Besitzern von über 50 Desjatinen. Die Zahl dieser letzteren Besitzer beträgt insgesamt 133 898. Also entfallen auf jeden von ihnen im Durchschnitt je 594 Desjatinen. Nehmen wir an, wir lassen jedem dieser Herren 50 Desjatinen. Das macht 6,9 Millionen Desjatinen aus. Ziehen wir 6,9 Millionen von 79,4 Millionen ab, dann erhalten wir freie 72,5 Millionen Desjatinen Gutsbesitzerland, ohne die Ländereien der Apanagegüter, des Fiskus, der Kirchen und Klöster usw. einzurechnen.

Wir sehen, daß der Trudowik die Bodenmenge, die die Bauern erhalten können und müssen, noch nicht ganz richtig bestimmt hat, wenn auch seine Gesamtzahl (70 Millionen Desjatinen) der Wahrheit nahe kommt.

Also haben Sie die Freundlichkeit, meine Herren Kadetten, eine einfache und klare Antwort zu geben: soll man von den Gutsbesitzern 70 Millionen Desjatinen nehmen und den Bauern übergeben, ja oder nein?

Anstatt eine direkte Antwort zu geben, windet sich unser ehemaliger Minister und jetziger liberaler Heuchler wie der Teufel vor der Frühmesse und ruft pathetisch aus:

„Ist dieses Recht“ (das Recht auf Boden nach dem Projekt der Trudowikigruppe) „nicht das Recht, in einen Raum einzudringen, worin alle Plätze schon besetzt sind?“

Nicht wahr, das ist gut? Die Frage nach den 70 Millionen Desjatinen ist umgangen. Der liberale Junker gibt den Bauern die Antwort: Der Raum ist besetzt.

Nachdem er so die unangenehme Frage der 70 Millionen Desjatinen hat unter den Tisch fallenlassen (es sind doch Flegel, diese Bauern! rücken sie einem da mit irgendwelchen 70 Millionen auf den Pelz!), erhebt Kutler Einwendungen gegen die Trudowiki hinsichtlich der „praktischen Durchführbarkeit“ einer Nationalisierung des Bodens.

Alles das ist ein böswilliges Ablenkungsmanöver, denn wenn die 70 Millionen Desjatinen den Gutsbesitzern verbleiben, dann gibt es auch nichts zu nationalisieren! Herr Kutler aber redet ja eben, um seine Gedanken zu verbergen.

Worin besteht sein Einwand gegen die Nationalisierung des Bodens?

„Mir scheint, man könnte sich politische Bedingungen vorstellen, unter denen das Projekt der Nationalisierung des Bodens Gesetzeskraft erhalten könnte, aber ich kann mir in der nächsten Zukunft keine politischen Bedingungen vorstellen, unter denen dies Gesetz wirklich durchführbar wäre.“

Das ist gewichtig und überzeugend. Der liberale Beamte, der sein ganzes Leben lang „manierlich seinen Rücken krümmte“, kann sich keine politischen Bedingungen vorstellen, unter denen die gesetzgebende Gewalt den Vertretern des Volkes gehörte. Gewöhnlich ist es so – deutet unser netter Liberaler an –, daß die Macht über das Volk einem Häuflein Gutsbesitzern gehört.

Jawohl, so ist es gewöhnlich. So liegen die Dinge in Rußland. Aber es geht doch um den Kampf für die Volksfreiheit. Es steht doch gerade die Frage zur Erörterung, wie die ökonomischen und „politischen Bedingungen“ der Gutsbesitzerherrschaft zu verändern sind. Und Sie wenden sich dagegen mit dem Hinweis, daß heute die Gutsherren die Macht besitzen und daß man den Rücken noch tiefer beugen muß:

„Es ist unbegründet und ungerechtfertigt, die einfache und unbestreitbar nützliche Aufgabe, der bäuerlichen Bevölkerung zu helfen, zu komplizieren . . .“

Die Ohren wachsen nicht über die Stirn hinaus, nein, das tun sie nicht.

Und Herr Kutler läßt sich des langen und breiten darüber aus, daß man anstatt der „undurchführbaren“ Nationalisierung nur eine „Erweiterung der bäuerlichen Bodennutzung“ brauche.

Als die Erweiterung des bäuerlichen Bodenbesitzes (und nicht der Bodennutzung, mein Verehrtester!) um 70 Millionen Desjatinen Gutsbesitzerlandes zur Sprache kommen sollte, da ging Kutler zur Frage der „Nationalisierung“ über. Von der Frage der „Nationalisierung“ aber kehrt er zurück zur Frage der „Erweiterung“ . . . Vielleicht, meint er wohl, hat man die 70 Millionen Desjatinen vergessen!

Herr Kutler verteidigt direkt das Privateigentum an Grund und Boden. Seine Aufhebung erklärt er für die „allergrößte Ungerechtigkeit“.

„Wenn niemand beantragt, das Eigentum überhaupt abzuschaffen, dann ist es nötig, mit allem Nachdruck die Existenz des Eigentums an Grund und Boden anzuerkennen.“

Wenn es unmöglich ist, schon heute zwei Schritte vorwärts zu machen, „dann ist es nötig“, auch auf einen Schritt vorwärts zu verzichten! Das

ist die Logik eines Liberalen. Das ist die Logik der gutsherrlichen Hab-sucht.

Als einzigen Punkt in der Rede des Herrn Kutler, den man mit der Verteidigung der bäuerlichen und nicht der gutsherrlichen Interessen in Verbindung bringen könnte, ließe sich auf den ersten Blick seine Anerkennung der *Zwangsent eignung* privater Ländereien betrachten.

Aber schwer auf dem Holzwege wäre derjenige, der dem *Klang* dieser Worte glauben wollte. Die Zwangsent eignung gutsherrlichen Bodens ist für die Bauern dann und nur dann vorteilhaft, wenn wirklich die *Gutsbesitzer gezwungen werden, den Bauern viel Boden abzugeben und billig abzugeben*. Wenn aber die *Gutsbesitzer die Bauern zwingen*, für jämmerliche Bodenketzen einen hohen Preis zu zahlen?

Das Wort „Zwangsent eignung“ besagt an sich noch gar nichts, solange keine *wirklichen* Garantien dafür gegeben sind, daß die Gutsbesitzer die Bauern nicht prellen.

Herr Kutler schlägt nicht nur *keine einzige* dieser Garantien vor, sondern, im Gegenteil, durch seine ganze Rede, durch seine ganze kadettische Position *schließt er sie aus*. Arbeit außerhalb der Duma wollen die Kadetten nicht. Örtliche Komitees *propagieren sie offen in einer antidemokratischen Zusammensetzung*: gleiche Anzahl von Vertretern der Bauern und der Gutsbesitzer mit einem von der Regierung bestellten Vorsitzenden! Das aber bedeutet schon in vollem Umfang Zwang der Gutsherren gegen die Bauern.

Man füge hinzu, daß die Bewertung des Bodens durch ebensolche *guts herrliche* Komitees erfolgen soll – daß die Kadetten den Bauern schon jetzt (siehe den Schluß der Rede Kutlers) die *Hälfte* der Zahlungen für den Boden auferlegen wollen (die andere Hälfte sollen *ebenfalls die Bauern zahlen*, nur in Form erhöhter Steuern!) –, und man wird sich davon überzeugen, daß die Herren Kadetten zwar *Honig im Munde, aber Galle im Herzen haben*.

Die Sozialdemokraten und die Trudowiki haben in der Duma für die Bauern gesprochen, die Rechten und die Kadetten für die Gutsbesitzer. Das ist eine Tatsache, und keinerlei Ausflüchte und Phrasen werden sie verbergen können.

„*Nasche Echo*“ Nr. 1,  
25. März 1907.

Nach dem Text von  
„*Nasche Echo*“.

Вторник, 27-го марта

№ 2.

Политическая программа...
Цена 3 копейки.

Ежедневная политическая и литературная газета.

Контракт и редакция временно перемещены в Невский 102, № 47.

Открыта подписка на еженедельно политическую и литературную газету „НАШЕ ЭХО“.

Подписка на год...
Подписка на 6 месяцев...
Подписка на 3 месяца...

„Вперед“

С. Ситников, Барановка, А. В. и др.
Адрес для корреспонденции: Петербург—ВЕРДИ...
Ваша газета, которую мы считаем лучшей...

Сколько экземпляров...
Цена за экземпляр...

Дела и судебные новости...
Вчера в 12 часов дня...

События в мире...
Вчера в 12 часов дня...

Вчера в 12 часов дня...
События в мире...

ОТКЛИКИ.

Вчера в 12 часов дня...
События в мире...



## DIE DUMA UND DIE BESTÄTIGUNG DES HAUSHALTS

Die Frage der Bestätigung des Haushalts durch die Duma ist von ernstester politischer Bedeutung. Nach dem Buchstaben des Gesetzes sind die Rechte der Duma nicht der Rede wert, und die Regierung ist in ihren Handlungen nicht im geringsten an die Zustimmung der Duma gebunden. Faktisch aber besteht eine bestimmte Abhängigkeit der Regierung von der Bestätigung des Haushalts durch die Duma: das geben alle zu, das unterstreichen besonders auch die liberalen Bourgeois, die Kadetten, die gern schwülstige Phrasen über diese Abhängigkeit daherreden, anstatt die bescheidenen Grenzen dieser bescheidenen Abhängigkeit festzustellen. Die Regierung braucht Geld, eine Anleihe ist notwendig. Aber eine Anleihe aufzunehmen ohne direkte oder indirekte Zustimmung der Duma wird entweder überhaupt nicht oder lediglich unter großen Schwierigkeiten gelingen, nämlich zu drückenden Bedingungen, die die Lage stark verschlechtern würden.

Es ist ganz offensichtlich, daß unter solchen Umständen die Behandlung des Haushalts durch die Duma sowie die Abstimmung über ihn eine doppelte politische Bedeutung hat. Erstens muß die Duma dem Volke die Augen öffnen über alle Methoden jenes organisierten Raubes, jener systematischen, schamlosen Ausplünderung des Volksvermögens durch ein Häuflein von Gutsbesitzern, Beamten und allen möglichen Parasiten, die sich „Staatwirtschaft“ Rußlands nennt. Das von der Dumatribüne herab klarmachen bedeutet dem Volk helfen in seinem Kampf um die „Volksfreiheit“, von der die Balalaikins\* des russischen Liberalismus soviel

\* Balalaikin – Gestalt aus M. J. Saltykow-Schtschedrins Werk „Eine zeitgenössische Idylle“. *Der Übers.*

reden. Welches auch immer das weitere Schicksal der Duma sein mag und welches auch immer die nächsten Schritte und „Absichten“ der Regierung sein werden – auf jeden Fall wird nur die Bewußtheit und Organisiertheit der Volksmassen *in letzter Instanz* den Ausgang des Kampfes um die Freiheit entscheiden. Wer das nicht begreift, der legt sich zu Unrecht den Namen eines Demokraten bei.

Zweitens sind eine schonungslose, *offene* Kritik des Haushalts und eine konsequent demokratische Abstimmung über den Haushalt von Bedeutung für Europa und das europäische Kapital, ja selbst für breite Schichten der europäischen Mittel- und Kleinbourgeoisie, die der russischen Regierung der Herren Stolypin Geld leiht. Sowohl Bankiers als auch andere internationale Kapitalmagnaten leihen den Herren Stolypin und Konsorten Geld, um dafür den gleichen Profit einzuheimsen, dessentwegen auch jeder andere Wucherer ein „Risiko“ eingeht. Bestände nicht die Überzeugung, daß das geliehene Geld wohl aufgehoben ist und die Zinsen regelmäßig eingehen, dann würde keinerlei Liebe zur „Ordnung“ (und „Rußland“ ist das Musterbeispiel einer Friedhofsordnung, wie sie sich die durch das Proletariat erschreckte europäische Bourgeoisie wünscht) alle diese Rothschild, Mendelssohn usw. veranlassen, den Beutel zu ziehen. Von der Duma hängt es in sehr beträchtlichem Maße ab, ob der Glaube der europäischen Magnaten des Geldkapitals an die Solidität und die Zahlungsfähigkeit der Firma „Stolypin & Co.“ gestärkt oder geschwächt wird. Außerdem wären die Bankiers außerstande, Milliardenanleihen zu gewähren, wenn die breite bürgerliche Masse Europas der russischen Regierung nicht vertraute. Diese Masse aber wird systematisch betrogen von den käuflichen bürgerlichen Zeitungen der ganzen Welt, die sowohl von den Bankiers als auch von der russischen Regierung bestochen werden. Die Bestechung verbreiteter europäischer Zeitungen zugunsten russischer Anleihen ist eine „normale“ Erscheinung. Sogar Jaurès hat man 200 000 Frank angeboten, damit er auf eine Kampagne gegen die russische Anleihe verzichte: so sehr schätzt unsere Regierung die „öffentliche Meinung“ sogar derjenigen Schichten des Kleinbürgertums in Frankreich, die in stande sind, mit dem Sozialismus zu sympathisieren.

Die ganze breite kleinbürgerliche Masse Europas besitzt nur ganz geringe Möglichkeiten, den wirklichen Zustand der russischen Finanzen, die wirkliche Zahlungsfähigkeit der russischen Regierung *nachzuprüfen* –

richtiger, sie besitzt fast keine Mittel, die Wahrheit aufzudecken. Die Stimme der Duma, von deren Debatten und Beschlüssen die gesamte europäische Öffentlichkeit unverzüglich erfährt, ist in dieser Hinsicht von gewaltiger Bedeutung. Niemand könnte so viel tun wie die Duma, damit Stolypin und Konsorten der finanziellen Unterstützung Europas verlustig gehen.

Die Pflicht einer „oppositionellen“ Duma ergibt sich daraus ganz von selbst. Erfüllt haben diese Pflicht *nur* die Sozialdemokraten. Nach dem Eingeständnis des halbkadettischen „Towarischtsch“ haben gerade die Sozialdemokraten in der Haushaltsrede des Deputierten Alexinski die Frage am prinzipiellsten gestellt. Und entgegen der Meinung des halbkadettischen „Towarischtsch“ haben die Sozialdemokraten richtig gehandelt, als sie eine klare, offene und präzise Deklaration einbrachten, nach der es für Sozialdemokraten unzulässig ist, einen Haushalt wie den russischen zu bestätigen. Man hätte in der Deklaration nur eine Darlegung des sozialistischen Standpunkts hinsichtlich des Haushalts des bürgerlichen Klassenstaates hinzufügen sollen.

Den Sozialdemokraten folgten nur die extrem linken Volkstümpler, d. h. die Sozialrevolutionäre. Die Masse der bäuerlichen Demokratie – Trudowiki und Volkssozialisten – schwankt, wie immer, zwischen der liberalen Partei und dem Proletariat: den Kleinbesitzer zieht es zur Bourgeoisie, obwohl der unerträgliche Druck des fröhlich-fiskalischen Jochs ihn mit Gewalt auf die Seite der kämpfenden Arbeiterklasse drängt.

Die Liberalen haben, solange ihnen die Trudowiki folgen, nach wie vor die Führung der Duma. Den Hinweis der Sozialisten auf die Verräterrolle der Kadetten in der Haushaltsfrage beantworten sie mit . . . schlechten Witzen oder mit Phrasen à la „Nowoje Wremja“ oder à la Menschikow, etwa wie die Äußerung Struves, der von einer effektvollen Geste der Sozialdemokraten sprach, usw.

Aber weder mit Witzchen noch mit Kniffen oder Phrasen werden sie davon loskommen, daß *beide* von uns weiter oben erwähnten Aufgaben der *Demokraten* vom bürgerlichen Liberalismus in den Schmutz getreten worden sind.

Der Verrat der Liberalen an der Revolution besteht, wie wir wiederholt klargestellt haben, nicht in persönlichen Abmachungen, nicht in persönlichem Verrat, sondern in der Klassenpolitik eigennütziger Versöh-

nung mit der Reaktion, ihrer direkten und indirekten Unterstützung. Gerade diese Politik betreiben die Kadetten auch in der Haushaltsfrage. Anstatt dem Volke die Wahrheit zu sagen, *schlälfern* sie die Aufmerksamkeit des Volkes *ein*, wobei sie absichtlich solche bürokratischen Männer im Futteral vorschicken wie Kutler. Anstatt Europa die Wahrheit zu sagen, festigen sie die Stellung der Regierung dadurch, daß sie ihre Kritik auf Kleinigkeiten verzetteln, also darauf verzichten, vor den Augen Europas den Bankrott der Firma Stolypin & Co. zu bestätigen.

Ingeheim haben die Kadetten auch früher diese feige, spießbürgerlich-jämmerliche Politik betrieben. Während der Wahlkampagne zur zweiten Dumä in Petersburg wurde von den Sozialdemokraten in Volksversammlungen klargestellt, daß die Kadetten im Frühjahr 1906 der Regierung *geholfen* haben, 2 Milliarden Frank aufzunehmen für Erschießungen, Standgerichte und Strafexpeditionen. Clemenceau hatte den Kadetten auseinandergesetzt, er werde eine Kampagne gegen die Anleihe einleiten, falls die Partei der Kadetten in aller Form erklären werde, daß diese Anleihe für das russische Volk unannehmbar sei. Die Kadetten *lebnten es ab, das zu tun*, und halfen dadurch, Geld für die Konterrevolution zu beschaffen. Über diesen Gaunerstreich schweigen sie. Aber jetzt in der Duma wird das Verborgene offenbar. Den gleichen unsagbar infamen Streich verüben sie offen in der Duma.

Es ist an der Zeit, von der Dumatribüne herab diesen Streich in allen seinen Einzelheiten bloßzulegen und dem Volk die ganze Wahrheit zu sagen.

„*Nasche Echo*“ Nr. 2,  
27. März 1907.

Nach dem Text von  
„*Nasche Echo*“.

## DER KUCKUCK LOBT DEN HAHN...\*

Die Kadetten loben die Leute vom „Nowoje Wremja“. Die Leute vom „Nowoje Wremja“ loben die Kadetten. Die Partei der „Volksfreiheit“ ist mit der Schlußrede des Herrn Ministers über den Haushalt zufrieden. Die Partei der stets mit allen Ministern Zufriedenen ist damit zufrieden, daß die Kadetten als die Häupter des Duma „zentrums“ willens sind, den Haushalt des Kabinetts der Dumaauflösung zu bestätigen.

„Wenn es eines Beweises bedurft hätte“, beginnt hochtrabend der Leitartikler der „Retsch“ (vom 28. März), „daß die allgemeine Haushaltsdebatte in der Reichsduma nicht fruchtlos war, dann wäre die Schlußrede des Herrn Finanzministers der glänzendste Beweis dafür.“

Worin besteht denn nun dieser glänzende Beweis?

Darin, daß bei dem Herrn Minister „auch nicht eine Spur übrigblieb“ von dem früheren „hochmütig-belehrenden und gereizt-ironischen Ton“... Die Antwort des Herrn Ministers war der Form nach korrekt, dem Inhalt nach zollte sie „der Kraft der Dumakritik den *Tribut der Achtung*“, der Herr Minister tröstete die Duma, sie habe mehr Rechte, als es schiene; er machte der Partei der Volksfreiheit Komplimente, „die sich übrigens die gewaltige Dumamehrheit durch die folgende Abstimmung verdiente“ (indem sie der Überweisung des Haushalts an einen Ausschuß zustimmte).

Ja, ja, so sehen die glänzenden Beweise der Kadetten dafür aus, daß die Arbeit der Duma „nicht fruchtlos“ war. Nicht darin bestehen ihre Früchte, daß es wenigstens eine Spur ernstlicher Aussichten auf eine Verbesserung der wirklichen Lage der Dinge gäbe. Und nicht darin, daß die Volks-

\* Zu ergänzen: ... weil dieser den Kuckuck lobt. Nach einer Fabel von I. A. Krylow. *Der Übers.*

massen irgend etwas gelernt hätten und sich über einige durch das konstitutionelle Flitterwerk verhüllte Aufgaben klargestanden wären. Durchaus nicht. Die Früchte bestehen darin, daß der Minister anständiger, liebenswürdiger geworden ist – liebenswürdiger denen gegenüber, die im Namen der „Volksvertretung“ ihr Einverständnis gaben, auf alle möglichen Kompromisse einzugehen.

Die Liberalen sind einverstanden, die Volksvertretung zu prostituieren, um die Grundlagen der Schwarzhunderterherrschaft zu festigen. Die Regierung Stolypins und Konsorten ist einverstanden, unter *dieser* Bedingung die Duma (einstweilen . . .) nicht aufzulösen. Beide Seiten sind hoch erfreut und voneinander gerührt.

Das heutige „Nowoje Wremja“, das sich die Gelegenheit nicht entgehen läßt, den Kadetten wegen der „jüdischen“ Zusammensetzung des Konfessionsausschusses den Kopf zu waschen, bringt zu gleicher Zeit lange Betrachtungen seines Dumareporters darüber, warum eine Auseinanderjagung der Duma unvorteilhaft wäre. „Selbst vom Standpunkt sehr rechts stehender Elemente wäre eine Auflösung der Duma im gegenwärtigen Augenblick sehr unerwünscht und schädlich.“ Das Wahlgesetz ist nicht ohne Staatsstreich zu ändern, wählt man aber eine neue Duma auf Grund des jetzigen Wahlgesetzes, dann wird man möglicherweise „das jetzige Zentrum der zweiten Reichsduma verlieren“. Dieses Zentrum „beginnt“ nach den Worten des Mannes vom „Nowoje Wremja“ „mit den Oktobristen und erstreckt sich dann über die Anhänger der friedlichen Erneuerung, die Parteilosen, die Polen und die Kadetten bis unmittelbar zu den Trudowiki“. „Das jetzige Zentrum steht zweifellos auf einem streng konstitutionell-monarchistischen Standpunkt und hat bislang auf jede Weise eine organische Arbeit erstrebt. *Dieses Zentrum würden wir auf jeden Fall verlieren* (bei einer Auseinanderjagung der zweiten Duma). *Wir würden also einen von der Duma bestätigten Haushalt verlieren*, denn ich setze als absolut sicher voraus, daß der vom Kabinett eingebrachte Haushalt – mit einigen *geringfügigen* (hört! hört!) Änderungen – von der zweiten Duma angenommen werden wird.“

So schreibt das „Nowoje Wremja“. Sein Gedankengang ist außerordentlich klar. Der Standpunkt der *ganz Rechten*, die gleichzeitig wünschen, *momentan die Duma zu erhalten*, ist ausgezeichnet dargelegt.

In den höchsten Sphären der herrschenden Aristokratie kämpfen zwei

Strömungen: die Duma auseinanderjagen oder sie einstweilen erhalten. Die erste Politik hat das „Nowoje Wremja“ schon längst entwickelt, dargelegt, verteidigt, und von Fall zu Fall – richtiger: auf jeden Fall! – verteidigt es sie auch heute. Aber es gibt auch eine andere Politik der regierenden Aristokratie. Mit der Auseinanderjagung der Duma kommen wir noch zurecht. Aber mit einem von der Duma bestätigten Haushalt wird es wahrscheinlich leichter sein, eine Anleihe zu erhalten. Also ist es vorteilhafter abzuwarten. Die Drohung, die Duma auseinanderzujagen, bleibt, und auf die Kadetten drücken „wir“ unentwegt mit dieser Drohung, wodurch wir sie veranlassen, in einer für alle offensichtlichen Weise nach rechts zu rücken.

Zweifellos ist die zweite Politik vom Standpunkt der Interessen der reaktionären Gutsbesitzer raffinierter und besser. Die erste Politik ist plump, ungeschlacht und überstürzt. Die zweite ist durchdacht, denn die Auseinanderjagung „wird parat gehalten“, während gleichzeitig *die Liberalen von der Regierung ausgenutzt werden*. Ein von der Duma bestätigter Haushalt kommt fast der Zustimmung zur Akzeptation eines Wechsels gleich, einer Zustimmung, die einem Bankrotteur gegeben wird. Es ist vorteilhafter, *erst den Wechsel prolongiert zu erhalten und dann die Duma auseinanderzujagen, als sie sofort auseinanderzujagen, ohne den Versuch gemacht zu haben, den Wechsel zu prolongieren*.

Außer einem bestätigten Haushalt aber gibt es doch auch andere derartige Wechsel. Beispielsweise haben die Kadetten ihr Agrarprojekt schon vom Standpunkt der Gutsbesitzer aus *verbessert*. Mag dieses Projekt von der Duma angenommen werden, mag es dann dem Reichsrat zur Behandlung und *weiteren Verbesserung* zugehen. Jagen „wir“ die Duma zu *diesem* Zeitpunkt auseinander, dann besitzen wir nicht einen, sondern *zwei* akzeptierte Wechsel. „Wir“ werden die Möglichkeit haben, von Europa nicht nur eine, sondern vielleicht sogar zwei Milliarden zu erhalten. Eine Milliarde – anlässlich des von der Duma bestätigten Haushalts, d. h. *auf Grund* einer „Staatswirtschaft, die die Feuerprobe einer streng konstitutionellen Überprüfung *bestanden hat*“. Die andere Milliarde – anlässlich der „großen Agrarreform, die die Feuerprobe einer echt konstitutionellen schöpferischen Arbeit der Volksvertretung *besteht*“.

Der Reichsrat wird das kadettische Agrarprojekt *ein wenig* korrigie-

ren. Dieses Projekt strotzt auch jetzt von den verschwommensten Phrasen, die nicht das geringste festlegen. *Praktisch* hängt alles von der Zusammensetzung der örtlichen Flurbereinigungskomitees ab. Die Kadetten sind *gegen* die Wahl solcher Komitees in allgemeiner, direkter, gleicher und geheimer Abstimmung. Die Kadetten sind für eine *gleichmäßige* Vertretung der Gutsbesitzer und der Bauern unter Regierungskontrolle. Nehmen die Regierung und die Gutsbesitzer diesen *Grundgedanken* des prächtigen liberalen Projekts an, dann riskieren sie nicht das geringste, denn *derartige* Komitees werden bei wohlwollender Mitwirkung des Reichsrats sowie Stolypins und Konsorten aus der „Zwangsent eignung“ des Gutsbesitzerlandes unbedingt und ganz sicher die zwangsweise Knechtung des Bauern machen durch neue ruinierende Loskaufzahlungen für die ihm überlassenen sandigen und sumpfigen Böden oder abgeholzten Waldstücke.

Das ist die wirkliche Bedeutung der Regierungspolitik und der Politik der Kadetten. Die Liberalen helfen durch ihren Verrat den Gutsbesitzern, das Geschäftchen geschickt zu fingern. Wenn die Bauern – die „Trudowiki“ – fortfahren, trotz der Warnungen der Sozialdemokratie den Liberalen zu folgen, dann ist es unvermeidlich, daß der Gutsherr den Bauern mit Hilfe des liberalen Advokaten übertölpelt.

*Geschrieben am 28. März (10. April) 1907.*

*Veröffentlicht am 29. März 1907  
in „Nasche Echo“ Nr. 4.*

*Nach dem Text von  
„Nasche Echo“.*

## INTELLIGENZLERISCHE KÄMPEN GEGEN DIE HERRSCHAFT DER INTELLIGENZ

Die „Narodnaja Duma“<sup>80</sup> veröffentlicht in ihrer Nr. 13 eine endlos lange Resolution über Massenorganisationen der Arbeiter und über den Arbeiterkongreß, die von einer Gruppe von menschewistischen Literaten und Praktikern zum bevorstehenden Parteitag entworfen worden ist. Zum Unterschied von den anderen Resolutionen der Menschewiki (über die Reichsduma und die „taktische Plattform“) sind die Namen der Literaten nicht genannt. Es bleibt unbekannt, ob diese Lücke ein Zufall ist oder ob sie bedeutet, daß sich die Menschewiki in der gegebenen Frage anders gruppieren. Wir erinnern daran, daß ein so glühender Menschewik und Anhänger des Arbeiterkongresses wie El erklärte: „Nur ein Teil der Menschewiki sympathisiert mehr oder weniger mit dem Arbeiterkongreß.“ (S. 82 der Sammlung „Über einen gesamtrossischen Arbeiterkongreß. Zum ordentlichen Parteitag der SDAPR“.)

Aber wenden wir uns dem Inhalt der Resolution zu. Sie zerfällt in zwei Teile: A und B. Der erste Teil bietet in der Begründung eine Unzahl von Gemeinplätzen über den Nutzen der Organisation und der Vereinigung der Arbeitermassen. „Um der Wichtigkeit halber“, wie Basarow<sup>81</sup> sagte, wird aus der Organisation sogar eine *Selbstorganisation* gemacht. Freilich drückt dieses Wörtchen praktisch gar nichts aus und enthält keinen bestimmten Gedanken – dafür aber ist es bei den Anhängern des Arbeiterkongresses beliebt! Was macht es schon aus, daß diese „Selbstorganisation“ lediglich eine Finte von Intellektuellen ist, die ihre Armut an wirklichen Organisationsideen verdecken soll – einem Arbeiter wäre es niemals in den Kopf gekommen, die „Selbstorganisation“ auszuhecken ...

In der Begründung wird die Sozialdemokratie kritisiert wegen „der herrschenden und bestimmenden Rolle, die in ihr die Intelligenz im Vergleich zu ihren proletarischen Elementen spielt“. Eine interessante Kritik. Wir werden uns vorläufig nicht mit einer Analyse ihrer wirklichen sozialhistorischen Bedeutung befassen, denn das würde zu einer großen Abschweifung von dem gegebenen Thema führen. Wir fragen lediglich: Genossen „menschewistische Literaten und Praktiker“, warum beginnt ihr nicht mit euch selber? Warum kuriert der Arzt sich nicht selber? In jedem Satz eurer Resolution schimmert doch das durch, was ihr die „herrschende und bestimmende Rolle der Intelligenz“ nennt! Warum soll eure „Intelligenz“ nicht anfangen, sich auszuschalten, und es den „proletarischen Elementen“ überlassen, Resolutionen auszuarbeiten?? Wo sind die Garantien dafür, daß in den von euch, „den Literaten und Praktikern der Minderheit“, projektierten „Selbstorganisationen“ sich nicht die gleiche Erscheinung wiederholen wird??

Larin, El und viele andere Anhänger eines Arbeiterkongresses „machen“ die Sozialdemokratie „herunter“ wegen des Durchbringens von Resolutionen. Und im Namen dieser Kritik wollen die Literaten neue, höchst langweilige und höchst dickflüssige Perioden über die „Selbstorganisation“ „durchbringen“ . . . Welch Schauspiel!

Unter gleichzeitiger Hervorhebung des „ideologischen und politischen Einflusses“ der russischen sozialdemokratischen Partei (d. h. der SDAPR? oder ist hier *absichtlich* ein umfassenderes Wort gewählt, um auch Prokopowitsch, Kuskowa, Posse und andere Herrschaften einzubeziehen?) auf die fortgeschrittenen Schichten des Proletariats sagt die Resolution, wünschenswert sei eine „Vereinigung der Kräfte“ der russischen Sozialdemokratie „mit den politisch bewußten Elementen des Proletariats“ (A, Punkt 6).

Versucht, Genossen, wenigstens einmal über die Worte nachzudenken, aus denen ihr eure Phrasen flechtet! Kann es vorkommen, daß ein „politisch bewußter“ Proletarier kein Sozialdemokrat ist? Wenn nein, dann laufen eure Phrasen auf eine leere Tautologie, auf ein aufgeblasenes und präventives Nichts hinaus. Dann muß von Verbreiterung der SDAPR gesprochen werden, um die wirklichen Sozialdemokraten, die ihr bislang nicht angehören, in sie einzubeziehen.

Wenn ja, dann erklärt ihr auch einen sozialrevolutionären Proletarier

für einen klassenbewußten Proletarier. Ihm die „politische Bewußtheit“ abzusprechen wäre lächerlich! Und es ergibt sich, daß ihr unter dem Deckmantel tönender Phrasen über „Selbstorganisation“ und „Selbständigkeit“ der Klassenpartei praktisch Propaganda macht für die *Desorganisation* des Proletariats durch Einbeziehung *nichtproletarischer* Ideologen, durch das *Zusammenwerfen* der wirklichen Selbständigkeit (Sozialdemokraten) mit der Unselbständigkeit, mit der Abhängigkeit von der bürgerlichen Ideologie und der bürgerlichen Politik (Sozialrevolutionäre).

Man wollte in ein Zimmer und geriet in ein anderes . . .

Ganz so wie seinerzeit die intelligenzlerischen „Ökonomisten“ der Jahre 1895–1901, die unter der Flagge der „Selbstorganisation“, der „reinen Arbeiter“bewegung usw. den Arbeitern die eigene Engstirnigkeit, die eigene Unsicherheit, den eigenen Kleinmut, die eigene Wankelmütigkeit aufzudrängen suchten!

Die Schlußfolgerung aus Teil A: „Der Parteitag bezeichnet es als höchst wichtige aktuelle Aufgabe der Sozialdemokratie, Hand in Hand mit den fortgeschrittenen Elementen der Arbeitermassen (also auch Hand in Hand mit den sozialrevolutionären Arbeitern, und nicht gegen sie?) an dem Zusammenschluß der letzteren zu selbständigen Organisationen zu arbeiten, wie politisch bescheiden auch der Charakter sein mag, den diese je nach den Umständen des Orts und der Zeit zuweilen annehmen mögen oder annehmen müssen.“

Was gibt es hier Bestimmtes, Konkretes, das über die Grenzen intelligenzlerischer *Seufzer* hinausginge? Wovon ist die Rede? Man weiß es nicht.

Nehmen wir die Konsumvereine. Das ist zweifellos ein *Zusammenschluß* von Arbeitern. Ihr Charakter ist genügend *politisch bescheiden*. Sind das „selbständige“ Organisationen?? Das ist eine Sache des Standpunkts. Für Sozialdemokraten sind nur solche Arbeitervereine wirklich selbständig, die von sozialdemokratischem Geist durchdrungen sind, und nicht nur von diesem „Geist“ durchdrungen, sondern auch taktisch und politisch dadurch mit der Sozialdemokratie verbunden sind, daß sie der Sozialdemokratischen Partei angehören oder sich an sie *anlehnen*.

Für die Syndikalisten, für die „Bessaglawzen“<sup>82</sup>, für die Anhänger Posses<sup>83</sup>, für die Sozialrevolutionäre, für die „parteilosen (bürgerlichen) Progressisten“ sind umgekehrt nur diejenigen Arbeitervereine *selbstän-*

*dig*, die nicht zur Sozialdemokratischen Partei gehören und die sich nicht an sie anlehnen, die nicht durch ihre tatsächliche Politik, durch ihre Taktik gerade mit der Sozialdemokratie und nur mit der Sozialdemokratie verbunden sind.

Dieser Unterschied der zwei Standpunkte ist nicht unsere Erfindung. Jedermann gibt zu, daß es wirklich gerade diese zwei Standpunkte gibt, die einander ausschließen und überall und allerorts, bei jedem „Zusammenschluß“ von Arbeitern aus diesem oder jenem Anlaß, einander bekämpfen. Das sind unversöhnliche Standpunkte, denn für Sozialdemokraten ist die „Parteilosigkeit“ (in der Taktik und in der Politik überhaupt) lediglich eine versteckte und darum besonders schädliche Form der *Unterordnung* der Arbeiter unter die *bürgerliche* Ideologie, unter die bürgerliche Politik.

Fazit: zum Wesen der Sache hat die Resolution in ihrer Schlußfolgerung gar nichts gesagt. Im besten Fall ist ihre Schlußfolgerung eine hohle Phrase. Im schlimmsten Fall ist sie eine schädliche Phrase, die das Proletariat irreführt, die *sozialdemokratischen Grundwahrheiten* verdunkelt und allen möglichen deklassierten Bourgeois sperrangelweit das Tor öffnet, die in allen Ländern Europas der *sozialdemokratischen* Arbeiterbewegung viel und lange geschadet haben.

Wie muß man die Resolution korrigieren?

Die Phrasen muß man streichen. Es muß einfach gesagt werden: Die Sozialdemokraten müssen behilflich sein, verschiedene Arbeitervereine, zum Beispiel Konsumvereine, zu gründen, wobei sie unentwegt dafür Sorge tragen müssen, daß alle Arbeitervereine als Stätte dienen *gerade für die sozialdemokratische* Propaganda, Agitation und Organisation.

Das wäre wirklich eine „politisch bescheidene“, aber *sachliche* und *sozialdemokratische* Resolution. Was aber bei euch, meine Herren intelligenzlerischen Krieger gegen die „herrschende und bestimmende Rolle der Intelligenz“, herauskommt, ist keine proletarische Tat, sondern eine intelligenzlerische Phrase.

Über den zweiten Teil der Resolution (B) das nächste Mal.

„*Nasche Echo*“ Nr. 5,  
30. März 1907.

Nach dem Text von  
„*Nasche Echo*“.

## KONFUSION AUS VERÄRGERUNG

(Zur Frage eines Arbeiterkongresses)

Der zweite Teil der zu untersuchenden\* Resolution (B) ist der Frage des Arbeiterkongresses gewidmet.

Über diese Frage haben die Menschewiki schon so viel geschrieben und schon so viel gesprochen, daß man wohl hätte erwarten können, eine Resolution zu erhalten, die wirklich das Fazit zöge, Mißverständnisse und Mißhelligkeit in der Auslegung der Idee beseitigte, eine Resolution, die der Partei eine klare und bestimmte Direktive gibt. Es genügt festzustellen, daß in dem neuesten Verzeichnis der russischen Veröffentlichungen über den Arbeiterkongreß (die weiter oben genannte Broschüre „Über einen gesamtrussischen Arbeiterkongreß“) an die 15 Titel von Broschüren und Zeitschriften aufgezählt sind, die diese Frage in menschewistischer Weise behandeln.

Betrachten wir also die Früchte dieser ganzen „Diskussion“.

Der erste Punkt der Begründung:

„Die Massenorganisationen der Arbeiter, die auf der Basis allein von beruflichen, örtlichen (?) und überhaupt (?) gruppenmäßigen (??) Bedürfnissen und Erfordernissen von selbst entstehen und sich herausbilden, haben an und für sich, wenn nicht proletarische sozialdemokratische Parteien oder Organisationen auf sie einwirken, die unmittelbare Tendenz, den geistigen und politischen Gesichtskreis der Arbeitermassen einzuengen auf die beschränkte Sphäre der beruflichen und überhaupt der speziellen Interessen und alltäglichen Bedürfnisse einzelner Schichten oder Gruppen des Proletariats.“

\* Siehe die Analyse des ersten Teils in „Nasche Echo“ Nr. 5<sup>84</sup> (vorliegender Band, S. 311–314. *Die Red.*).

Was das für *Massenorganisationen* sind, die sich auf der Basis von *Gruppenbedürfnissen* herausbilden können – das mögen die Götter wissen. Unter einer Gruppe versteht man immer irgend etwas Kleines, der Masse diametral Entgegengesetztes. Die Verfasser der Resolution reihen Wort an Wort, ohne an den konkreten, bestimmten Inhalt zu denken.

Dann, was bedeutet das: Massenorganisationen auf der Basis *örtlicher* Bedürfnisse? Was für ein Typ von Organisationen hier gemeint ist, bleibt wiederum unklar. Wenn es sich um solche Organisationen handelt, wie Konsumvereine, Genossenschaften usw., dann besteht ihr Unterscheidungsmerkmal durchaus nicht in ihrem *örtlichen* Charakter. Die Vorliebe der Menschewiki für allgemeine Phrasen, ihr Bemühen, eine *konkrete* Darlegung der Frage zu umgehen, das ist ein rein intelligenzlerischer Zug. Er ist dem Proletariat von Grund aus fremd und vom Standpunkt des Proletariats schädlich.

Ihrer buchstäblichen Bedeutung nach schließen die Worte „*Massenorganisationen der Arbeiter auf der Basis von örtlichen Bedürfnissen und Erfordernissen*“ die *Sowjets der Arbeiterdeputierten* ein. Das ist ein in Rußland sehr bekannter Typ von Massenorganisationen der Arbeiter in einer revolutionären Epoche. Man kann mit Sicherheit sagen, daß ein Artikel über den Arbeiterkongreß und über Massenorganisationen der Arbeiter überhaupt nur selten ohne einen Hinweis auf diesen Organisationstyp auskommt. Die Resolution aber sagt – wie zum Hohn auf die Forderungen nach einer genauen und konkreten Darlegung bestimmter Gedanken und Losungen – *kein Wort* über die Sowjets der Arbeiterdeputierten, *kein Wort* über die Arbeiterbevollmächtigtenräte usw.

Es ergibt sich, daß man uns irgendeine nicht zu Ende gedachte Kritik an irgendwelchen *örtlichen* Massenorganisationen aufgetischt hat, ohne im geringsten die Frage ihrer *positiven* Bedeutung, der Bedingungen ihrer Tätigkeit usw. berührt zu haben.

Weiter, wie man auch Teil für Teil diesen fürchterlich plumpen ersten Punkt der Begründung korrigieren mag, ein allgemeiner, grundlegender Fehler bleibt darin. „Wenn nicht proletarische sozialdemokratische Parteien auf sie einwirken“, haben nicht nur berufliche, nicht nur örtliche, nicht nur gruppenmäßige, sondern auch nicht auf einzelne Orte beschränkte *politische* Massenorganisationen „die Tendenz, den Gesichtskreis der Arbeiter einzuengen“.

Der erste Punkt der Begründung soll nach der Absicht der Verfasser erklären, weshalb man zum „gesamtrussischen Arbeiterkongreß“ übergehen müsse: die örtlichen, beruflichen u. a. Organisationen, heißt es, engen den Gesichtskreis ein, ein gesamtrussischer Arbeiterkongreß *da-gegen* usw. Aber die Logik läßt die höchst ehrenwerten „Literaten und Praktiker“ endgültig im Stich, denn in *beiden* Fällen ist es möglich, sowohl daß die Sozialdemokratie einwirkt, als auch daß das nicht der Fall ist. Anstatt einer Gegenüberstellung kam eine Konfusion heraus . . .

Der zweite Punkt der Begründung:

„Der in Arbeiterkreisen mit Sympathie aufgenommene Gedanke der Einberufung eines gesamtrussischen Arbeiterkongresses zu dem Zweck, dort den Grundstein zu legen für die politische Vereinigung der russischen Arbeiter, wird das Prinzip der Vereinigung in die organisatorische Auftätigkeit der Arbeitermassen tragen und ihnen die gemeinsamen Interessen der Arbeiterklasse und ihre Aufgaben in der gegenwärtigen russischen Revolution vor Augen führen.“

Erstens, stimmt es, daß der vielgepriesene „Gedanke“ in Arbeiterkreisen mit Sympathie aufgenommen wurde? In Punkt 5 der Begründung derselben Resolution heißt es: „Das Streben der Arbeiter selber, einen solchen Kongreß (den Arbeiterkongreß) einzuberufen, *ist noch nicht* in irgendwelchen ersten praktischen Schritten ihrerseits zu seiner Vorbereitung *sichtbar geworden.*“

Hier wird ungewollt die Wahrheit gesagt. Über den Arbeiterkongreß gibt es schon einen Haufen *intelligenzlerischer* Elaborate, aber keinerlei ernste praktische Schritte der *Arbeiter selber*. Der Versuch, das *intelligenzlerische* Hirngespinnst den Arbeitern in die Schuhe zu schieben, gelingt nicht.

Weiter. Was ist das, ein Arbeiterkongreß? Sein Zweck ist, „den Grundstein zu legen für die politische Vereinigung der russischen Arbeiter“.

Also ist ein solcher Grundstein noch nicht von der SDAPR gelegt worden, auch nicht durch die Rostower Demonstration von 1902, noch durch die Sommerstreiks 1903, er wurde weder am 9. Januar 1905 noch durch den Oktoberstreik 1905 gelegt! Bisher hat es Geschichte gegeben, aber es gibt keine mehr! Der „Grundstein“ wurde erst dadurch gelegt, daß

Axelrod und Konsorten den Arbeiterkongreß ausheckten . . . Das ist unübertrefflich.

Was bedeutet das, „politische“ Vereinigung der Arbeiter? Wenn die Verfasser nicht speziell für die vorliegende Resolution eine neue Terminologie erfunden haben, so bedeutet das den Zusammenschluß um *ein bestimmtes politisches Programm und eine bestimmte politische Taktik*. Um welche denn nun aber?? Sollten unsere Intellektuellen wirklich nicht wissen, daß es in der ganzen Welt *politische Vereinigungen* der Arbeiter unter der Fahne *bürgerlicher Politik* gibt und gegeben hat? Oder gilt das nicht für das heilige Russenland? Ist im heiligen Russenland jede beliebige politische Vereinigung der Arbeiter schon von selbst eine sozialdemokratische Vereinigung?

Die armen Verfasser der Resolution haben sich deshalb so hilflos verstrickt, weil sie *nicht wagten*, dem Gedanken offen Ausdruck zu geben, der wirklich dem Arbeiterkongreß zugrunde liegt und der schon längst von den aufrichtigeren oder jüngeren und hitzigeren seiner Anhänger ausgesprochen wurde. Dieser Gedanke besteht darin, daß der Arbeiterkongreß ein *parteiloser* Arbeiterkongreß sein soll. In der Tat, lohnte es denn, im Ernst von einem *parteilichen* Arbeiterkongreß zu sprechen??

Aber klipp und klar die *Wahrheit* zu sagen: „eine parteilose politische Vereinigung der Arbeiter“, scheuten sich unsere Menschewiki . . .

Der Schluß des Punktes: der Gedanke der Einberufung des Kongresses „wird das Prinzip der Vereinigung in die organisatorische Auftätigkeit der Arbeitermassen tragen, wird ihnen die gemeinsamen Interessen der Arbeiterklasse und ihre Aufgaben vor Augen führen . . .“ Zunächst die organisatorische Auftätigkeit und dann die *Aufgaben*, d. h. das Programm und die Taktik! Sollte man nicht umgekehrt argumentieren, Genossen „Literaten und Praktiker“? Überlegt doch einmal: Kann man die organisatorische Auftätigkeit *vereinigen*, wenn die Auffassung von den Interessen und Aufgaben der Klasse nicht *einheitlich* ist? Wenn ihr das überlegt, so werdet ihr euch überzeugen, daß das nicht geht.

Die verschiedenen Parteien aber haben eine *verschiedene* Auffassung von den gemeinsamen Interessen der Arbeiterklasse und ihren Aufgaben in der gegenwärtigen Revolution. Von diesen Aufgaben haben selbst in der einheitlichen SDAPR die Menschewiki, die Anhänger Trotzki's und

die Bolschewiki eine verschiedene Auffassung. Überlegt euch doch, Genossen: Können diese Meinungsverschiedenheiten denn anders, als sich auf dem Arbeiterkongreß *auszuwirken*? auf ihm *zum Vorschein zu kommen*? durch die Meinungsverschiedenheiten mit den Anarchisten, den Sozialrevolutionären, den Trudowiki usw. usf. kompliziert zu werden? Kann der „Gedanke der Einberufung eines Arbeiterkongresses“ oder seine Einberufung diese Meinungsverschiedenheiten *beseitigen*??

Und so ergibt sich: die Verheißung der Verfasser der Resolution – „Der Gedanke der Einberufung eines Kongresses wird das Prinzip der *Vereinigung* hineinragen usw.“ – ist entweder der fromme Wunsch eines ganz jungen und ganz von dem zuletzt gelesenen Büchlein beeindruckten Intellektuellen oder aber Demagogie, d. h. der Versuch, die Masse durch ein unerfüllbares Versprechen zu gewinnen.

Nein, Genossen. Was vereinigt, ist der wirkliche Kampf. Was vereinigt, ist die Entwicklung der Parteien, ihr fortgesetzter parlamentarischer und außerparlamentarischer Kampf, was vereinigt, ist ein Generalstreik usw. Aber durch das Experiment der Einberufung eines parteilosen Kongresses wird eine wirkliche Vereinigung nicht herbeigeführt, wird die Einheit in der Auffassung von den „Interessen und Aufgaben“ nicht hergestellt werden.

Natürlich kann man sagen: Der Kampf verschiedener Parteien auf einem Arbeiterkongreß wird zu einer breiteren Aktionsarena der Sozialdemokraten und zu ihrem Siege führen. Wenn ihr den Arbeiterkongreß so betrachtet, dann müßt ihr das offen sagen und dürft nicht, was das „Prinzip der Vereinigung“ betrifft, das Blaue vom Himmel herunter versprechen. Wenn ihr das nicht offen sagt, dann riskiert ihr, daß die irreführenden und durch Versprechungen geblendeten Arbeiter zum Kongreß kommen zwecks *Vereinigung der Politik*, daß sie in der Tat aber die gewaltigen und *unversöhnlichen* Differenzen in der Politik sehen, daß sie die *Unmöglichkeit* einer sofortigen Vereinigung der Sozialrevolutionäre, der Sozialdemokraten usw. erkennen und daß sie *enttäuscht weggehen*, weggehen mit Verwünschungen gegen die Intellektuellen, von denen sie betrogen worden sind, gegen die „Politik“ überhaupt, gegen den Sozialismus überhaupt. Das unvermeidliche Ergebnis einer solchen Enttäuschung wird der Ruf sein: Nieder mit der Politik! nieder mit dem Sozialismus! sie entzweien die Arbeiter, statt sie zu vereinigen! Und

irgendwelche primitive Formen eines reinen Tradeunionismus oder eines naiven Syndikalismus würden davon profitieren.

Natürlich wird die Sozialdemokratie in letzter Instanz alles besiegen, alle Prüfungen bestehen, alle Arbeiter zusammenschließen. Aber ist das etwa ein Argument für eine Politik der Abenteuer?

Der dritte Punkt der Begründung:

„Indem sie in die zersplitterten organisatorischen Versuche der sozialaktiven“ (welche Gespreiztheit „um der Wichtigkeit halber“!) „Massen des Proletariats ein solches vereinigendes konkretes Ziel hineinträgt wie die Einberufung eines allgemeinen Arbeiterkongresses“ (schon nicht mehr eines gesamtrossischen, sondern eines allgemeinen!, d. h. eines interparteilichen oder parteilosen Kongresses? Habt doch keine Angst, Genossen!), „wird die Propaganda und Agitation für seine Einberufung ihrerseits dem Streben dieser Schichten nach Selbstorganisation“ (d. h. also *ohne Einwirkung der Sozialdemokraten*, denn dann würde es ja keine Selbstorganisation sein?) „einen starken Anstoß geben und ihre Aktivität in dieser Richtung verstärken.“

Das nennt man, einen von Pontius zu Pilatus schicken. Punkt 2: Der Arbeiterkongreß trägt das Prinzip der Vereinigung hinein. Punkt 3: Die Vereinigung zu dem konkreten Ziel eines Arbeiterkongresses gibt den Anstoß zur Selbstorganisation. Wozu Selbstorganisation? Für den Arbeiterkongreß. Wozu einen Arbeiterkongreß? Für die Selbstorganisation. Wozu Resolutionen von Literaten gegen die Herrschaft der Intelligenz? Zur Selbstbefriedigung von Intellektuellen.

Der vierte Punkt:

„Angesichts der in den Arbeiterkreisen wachsenden Popularität des Gedankens eines Arbeiterkongresses würde ein passives und besonders ein feindliches Verhalten seitens der Parteien“ (?? ein Druckfehler? der Sozialdemokratischen Partei?) „gegenüber den Versuchen, diesen Gedanken in die Tat umzusetzen, prinzipienlosen Abenteurern weiten Spielraum dafür eröffnen, die Arbeiter auf einen falschen Weg zu stoßen, und würde sie verschiedenen Demagogen in die Arme treiben.“

Ein außerordentlich grimmiger Punkt. Sein Inhalt ist Konfusion aus Verärgerung. Auf wen man schimpft, weiß man selber nicht recht und nimmt darum die eigenen Leute unter Beschuß.

Ich nehme das letzte (V.) Heft der „Otgoloski“<sup>85</sup>. J. Tscharski schreibt

gegen J. Larin: J. Larin „entdeckt plötzlich ein organisatorisches Allheilmittel“ . . . „ein unerwartetes Rezept“ . . . „Konfusion“ . . . „J. Larin bemerkt nicht, daß er vorschlägt, durch einen ‚bewußten‘ Akt die elementaren, der Sache des klassenmäßigen Zusammenschlusses der Arbeitermassen direkt feindlichen Tendenzen der Revolution zu untermauern. Und das alles geschieht im Interesse des Arbeiterkongresses.“ . . . „Auf jeden Fall haben wir es hier mit einem Boden zu tun, der für jede Art von ‚Agrardemagogie‘ äußerst günstig ist . . . Schlußfolgerungen des konfusen Denkens des Genossen Larin.“

Das genügt doch wohl? Larin wird *von den Menschewiki* sowohl der Demagogie als auch des Abenteuerertums beschuldigt, denn Rezept, Allheilmittel und ähnliche Komplimente sprechen gerade von Abenteuerertum.

Es ergibt sich, daß man auf das eine gezielt, aber das andere getroffen hat! Fürwahr, der Freund erkennt den Freund nicht mehr. Man beachte noch, daß, wenn Larin für die Verfasser der Resolution unter die Abenteurer und Demagogen gerät, El und Konsorten *noch weitergehen als Larin*. El schreibt direkt („Der gesamtrussische Arbeiterkongreß“, Moskau 1907), es gebe *zwei Strömungen* in der Frage des Arbeiterkongresses, *sie*, die Moskauer Menschewiki, seien weder mit den „Petersburgern“ (S. 10) noch mit Larin einverstanden. Die „Petersburger“ wollten nur einen Kongreß der Arbeitervorhut, und das sei eine einfache „Variante eines Parteitags“ (S. 10/11). Larin „hält man in Petersburg für einen Ketzer und Vorschubleister“ (S. 10). Larin wolle eine „gesamtrussische Arbeiterpartei“. Die Moskauer wollten einen *gesamtrussischen Arbeiterbund*.

Es fragt sich, wenn Larin in den „Otgoloski“ so „fertiggemacht“ wird, wozu sollen dann El, Achmet Z., Archangelski, Solomin und Konsorten gerechnet werden? Es ergibt sich, daß sowohl Larin als auch die Moskauer unter den grimmigen Punkt 4 fallen!

Aber wenn ihr euch ärgert, liebe Genossen, und in eurer Resolution den „*falschen Weg*“ tadelt, dann seid ihr mindestens verpflichtet zu sagen, wo der *richtige Weg* ist. Sonst wird eure Konfusion aus Verärgerung ganz und gar lächerlich. Ihr aber, die ihr sowohl einen „gesamtrussischen Arbeiterbund“ als auch eine „gesamtrussische Arbeiterpartei“ ablehnt, *sagt doch kein Sterbenswörtchen* davon, zu welchem praktischen Zweck *ihr* denn nun den Arbeiterkongreß wollt!

Demagogen und Abenteurer sind fähig, sich um falscher Ziele willen an einen Arbeiterkongreß zu machen. Darum müssen wir Sozialdemokraten mit einem Arbeiterkongreß sympathisieren, ohne diesem Kongreß irgendwelche Ziele zu zeigen . . . Bei Gott, die menschwistische Resolution ist eine wahre Kollektion aller möglichen Ungereimtheiten.

Der fünfte Punkt:

„Anderseits sind in sozialdemokratischen Kreisen die Fragen nach den Aufgaben des Arbeiterkongresses, nach den Wegen und Methoden seiner Vorbereitung noch sehr wenig geklärt“ (nun, doch schon insoweit geklärt, als sowohl Larin wie auch die Moskauer die Aufgaben des Kongresses, die Wege und Methoden klar aufgezeigt haben! Es hat keinen Zweck, den Kopf in den Sand zu stecken, Genossen „Petersburger“. Das kann den von Axelrod ausgebrüteten Entlein nicht helfen, aus der Pfütze aufs Trockene zu kommen!), „während das Streben der Arbeiter selber, ihn einzuberufen, noch nicht sichtbar geworden ist in irgendwelchen ernstlichen praktischen Schritten ihrerseits, die ihn vorbereiten könnten, weshalb der Kongreß nur dann ein wirkliches und kein scheinbares Sprachrohr des kollektiven Willens der klassenbewußten Schichten des Proletariats sein und der Sache seines klassenmäßigen Zusammenschlusses dienen wird, wenn seine Einberufung durch deren eigene organisatorische Selbsttätigkeit bei verstärkter planmäßiger Mitwirkung der Partei vorbereitet wird.“

Das nennt man vom Hochzeitsreigen in den Trauermarsch kommen. Kaum haben Larin und die jungen Moskauer „Selbsttätigkeit“ gezeigt – und schon werden sie von den Petersburgern angeschrien: Halt! du bist noch kein Sprachrohr des kollektiven Willens! du hast noch wenig geklärt! die Einberufung des (parteilosen) Kongresses ist noch nicht vorbereitet durch verstärkte Mitwirkung der Partei!

Die armen Genossen El, Achmet Z. und Konsorten! Sie waren so fröhlich, sie hatten mit solchem hinreißenden jugendlichen Übermut losgelegt, volle zwei Sammelhefte von Artikeln über den Arbeiterkongreß herausgegeben, die Frage von allen Seiten untersucht, sowohl seine „allgemeinpolitische“ als auch seine organisatorische Bedeutung, sowohl die Beziehung zur Duma als auch die Beziehung zur Partei sowie die Beziehung zur „kleinbürgerlichen Elementargewalt“ geklärt – und plötzlich, welche Wendung durch Axelrods Fügung!

Wir fürchten, daß, wenn bislang Larin allein gegen den *schablonenhaften Menschewismus*\* „meuterte“ (man erinnere sich: „Ketzer und Vorschubleister“), nunmehr diese Meuterei in einen *Aufstand* übergehen wird . . . Axelrod versprach Selbsttätigkeit und einen wirklichen Arbeiterkongreß gegen die Herrschaft der Intelligenz, und nun beschließen die Literaten, die „Petersburger“, und *machen klar*, daß man diese Selbsttätigkeit auffassen muß . . . als Tätigkeit mit Genehmigung wiederum der beschimpften „Intellektuellen“partei!

\*

Es ist kein Wunder, daß sich aus einer solchen Begründung direkt kuriose Schlußfolgerungen ergeben:

„Ausgehend von allen diesen Erwägungen, schlägt der Parteitag der SDAPR den Genossen Arbeitern und Intellektuellen“ (wirklich? wie gnädig von den Kämpfern gegen die „Herrschaft“ der Intelligenz!) „vor, sich einer allseitigen Erörterung der Fragen zuzuwenden“ (aber nicht à la Larin und nicht à la Achmet), „die sich auf das Programm und die Aufgaben des Arbeiterkongresses, auf die propagandistische, agitatorische und organisatorische Arbeit an seiner Vorbereitung sowie auf die Wege und Methoden seiner Einberufung beziehen.“

Der Parteitag hält es zugleich für die Pflicht der Parteistellen, die auf die Vorbereitung des Arbeiterkongresses gerichteten propagandistischen, agitatorischen und organisatorischen Bemühungen auf jede Weise zu unterstützen; eine feindliche Agitation gegen Bemühungen solcherart dagegen betrachtet er als prinzipiell unzulässig, da sie darauf abzielt, das veraltete Parteiregime in der russischen Sozialdemokratie zu erhalten und zu festigen, das bereits sowohl mit dem gegenwärtigen Entwicklungsstand und den Anforderungen der sich teils in der Sozialdemokratie, teils um sie herum gruppierenden proletarischen Elemente als auch mit den Erfordernissen der Revolution unvereinbar geworden ist.“

Nun, wie soll man das nicht eine Konfusion aus Verärgerung nennen? Wie soll man über eine solche Resolution nicht lachen?

Der Parteitag verbietet, das *veraltete Parteiregime* zu verteidigen, welches Regime dieser Parteitag selber bestätigt!

Der Parteitag *schlägt keinerlei* Reformen des veralteten Regimes vor,

---

\* Siehe Werke, Bd. 11, S. 358. *Die Red.*

sogar den vielgepriesenen „Arbeiterkongreß“ (mit dem Ziel einer unerfindlichen „politischen Vereinigung“) *verschiebt er*, und zu gleicher Zeit *verpflichtet er zur Unterstützung von . . . „Bemühungen“* !

Ein richtiges impotentes intelligenzlerisches Geknurre: Ich bin unzufrieden mit dem gegenwärtigen veralteten Parteiregime, bin nicht gewillt, es zu erhalten und zu festigen! – Schön, ihr wollt es nicht erhalten, dann schlägt bestimmte Veränderungen vor, wir werden sie gern erörtern. Seid so liebenswürdig, zu sagen, welche Art von Arbeiterkongreß wäre euch erwünscht? – Das ist noch nicht geklärt . . . das Streben ist noch nicht sichtbar geworden . . . die Einberufung ist nicht vorbereitet. Man muß *sich der Erörterung zuwenden*. – Schön. In Resolutionen zu erklären, man müsse *sich der Erörterung zuwenden*, lohnt wirklich nicht, teure Genossen, denn wir erörtern das *obnehin* schon seit langem. Aber die Arbeiterpartei ist doch kein Klub für intellektuelle „Erörterungen“, sondern eine proletarische Kampforganisation. Erörterungen hin, Erörterungen her, aber man muß leben und wirken. In welcher *Parteiorganisation* aber darf man leben und wirken? in der früheren? – Wagt es nicht, die veraltete frühere Organisation zu verteidigen, wagt es nicht, sie zu erhalten und zu festigen! – Schön usw.

Und wenn man nicht mehr weiter kann, dann fängt man wieder von vorne an. Der Intellektuelle ist voller Launen und ärgert sich über seine eigene Unentschlossenheit, über seine eigene Konfusion.

Das ist das letzte Wort des „schablonenhaften Menschewismus“.

\*

Die wie die Katze um den heißen Brei herumgehenden menschewistischen Literaten sind glücklich einer spruchreif gewordenen und im Leben wie in der Literatur aufgeworfenen Frage ausgewichen, der Frage: will man die selbständige Sozialdemokratische Arbeiterpartei oder ihre *Ersetzung* durch (Variante: ihre Unterordnung unter) eine parteilose politische Organisation des Proletariats?

Unsere bolschewistische Resolution bringt diese Frage offen zur Sprache, entscheidet sie *direkt* und bestimmt. Ein Ausweichen ist hier nutzlos, ganz gleich, ob die Neigung zum Ausweichen einer Verwirrung oder einem wohlmeinenden „Versöhnlertum“ entspringt. Ein Ausweichen ist nutzlos, denn die *Ersetzung* ist vorgeschlagen, und Bemühungen *um*

eine solche Ersetzung sind im Gange. Die intelligenzlerischen Glucken des Menschewismus haben Entlein ausgebrütet. Die Entlein sind losgeschwommen. Die Glucken *müssen* wählen: auf dem Wasser oder auf dem Trocknen? Die Antwort, die sie geben (diese Antwort kann man ziemlich genau ausdrücken mit den Worten: weder auf dem Wasser noch auf dem Trocknen, sondern *durch den Schlamm*), ist keine Antwort, sondern eine Vertagung, ein Aufschub.

Axelrod konnte Larin nicht zurückhalten. Larin konnte El, Achmet Z. und Konsorten nicht zurückhalten. Diese letztere Kumpanei kann die Anarchosyndikalisten nicht zurückhalten.

Auf dem Wasser oder auf dem Trocknen, meine Herren?

Wir wollen auf dem Trocknen gehen. Wir prophezeien euch: Je eifriger, je entschlossener ihr in den Schlamm hineinwatet, desto schneller werdet ihr aufs Trockne zurückkehren.

„Um den Einfluß der Sozialdemokratie auf die breiten Massen des Proletariats zu erweitern und zu festigen“, schlagen wir nicht die Ersetzung der Sozialdemokratie durch eine „Arbeiterpartei“ von parteilosem Typus vor, keinen „gesamtrussischen Arbeiterbund“, der über der Partei stünde, keinen Arbeiterkongreß für unbekannte Ziele, sondern etwas Einfaches, Bescheidenes, jeder Projektmacherei Fremdes: es gilt „einerseits stärker an der Organisierung von Gewerkschaften zu arbeiten, die sozialdemokratische Propaganda und Agitation in ihnen zu verstärken, anderseits aber immer breitere Schichten der Arbeiterklasse zur Mitarbeit in den verschiedensten Parteiorganisationen zu gewinnen“ (letzter Punkt der bolschewistischen Resolution).

Blasierten Intellektuellen scheint das zu „veraltet“, zu *langweilig* zu sein. Mögen sie Projekte schmieden: wir werden den Arbeitern auch auf den „Arbeiterkongreß“ folgen (falls er stattfindet), werden dort *praktisch* die Richtigkeit unserer Voraussagen zeigen und . . . und werden mit den enttäuschten (richtiger: mit den von gewissen intellektuellen Führern enttäuschten) Arbeitern zur „veralteten“ Arbeit in den Gewerkschaften und den Parteiorganisationen aller Art zurückkehren.

\*

Woraus erklärt sich die „Arbeiterkongreß“-Strömung in unserer Partei? Wir können hier nur die drei unserer Ansicht nach wichtigsten

Ursachen kurz hervorheben: 1. die intelligenzlerisch-spießbürgerliche Revolutionsmüdigkeit; 2. die Eigentümlichkeit des russischen sozialdemokratischen Opportunismus, dessen historische Entwicklung dahin geht, die „reine Arbeiter“bewegung dem Einfluß der Bourgeoisie unterzuordnen; 3. unverdaute Traditionen der russischen Revolution vom Oktober.

Ad 1. Bei einem Teil der Anhänger des Arbeiterkongresses zeigt sich klar eine Revolutionsmüdigkeit und der Wunsch, um jeden Preis die Partei zu legalisieren, alles über Bord zu werfen, was die Republik, die Diktatur des Proletariats usw. betrifft. Ein legaler Arbeiterkongreß ist ein geeignetes Mittel dafür. Daher (teilweise auch aus dem zweiten Grund) die Sympathie der Volkssozialisten, der bernsteinianischen „Besaglawzen“ (vom „Towarischtsch“ usw.) und der Kadetten für einen solchen Kongreß.

Ad 2. Man nehme die erste historische Form des sozialdemokratischen Opportunismus in Rußland. Der Beginn der proletarischen Massenbewegung (in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts) ließ diesen Opportunismus in Gestalt des „Ökonomismus“ und des Struivismus entstehen. Der Zusammenhang des einen mit dem anderen wurde damals häufig sowohl von Plechanow als auch von Axelrod sowie von allen Anhängern der alten „Iskra“ klargestellt. Das berühmte „Credo“\* von Prokopowitsch und Kuskowa (1899/1900) brachte diesen Zusammenhang plastisch zum Ausdruck: die Intelligenz und die Liberalen sollen den politischen Kampf führen, die Arbeiter aber den ökonomischen. Eine politische Arbeiterpartei sei das Hirngespinnst eines revolutionären Intellektuellen.

In diesem klassischen „Credo“ kommt klar der historische, der Klassensinn der intelligenzlerischen Begeisterung für die „reine Arbeiter“bewegung zum Ausdruck. Dieser Sinn besteht darin, daß die Arbeiterklasse (im Namen der „reinen Arbeiter“aufgaben) sich der bürgerlichen Politik und Ideologie unterzuordnen habe. Die „Begeisterung“ der Intellektuellen war ein Ausdruck der kapitalistischen Tendenz, die unentwickelten Arbeiter den Liberalen unterzuordnen.

Jetzt, auf einer höheren Entwicklungsstufe, sehen wir genau das gleiche. Blocks mit den Kadetten, überhaupt die Politik der Unterstützung

\* Glaubensbekenntnis, Programm, Darlegung einer Weltanschauung. Die Red.

der Kadetten – und der parteilose Arbeiterkongreß, das sind zwei Seiten ein und derselben Medaille; die genauso miteinander verbunden sind wie der Liberalismus und die reine Arbeiterbewegung im „Credo“. *Praktisch* ist der parteilose Arbeiterkongreß ein Ausdruck wiederum der kapitalistischen Tendenz, die Klassenselbständigkeit des Proletariats zu *schwächen* und es der Bourgeoisie *unterzuordnen*. Diese Tendenz tritt klar in den Plänen zutage, die Sozialdemokratie durch eine *parteilose* Arbeiterorganisation zu ersetzen oder sie dieser letzteren *unterzuordnen*.

Daher die Sympathie der Volkssozialisten, der „Bessaglawzen“, der Sozialrevolutionäre u. a. für die Idee des „Arbeiterkongresses“.

Ad 3. Die russische bürgerliche Revolution hat eigenartige Massenorganisationen des Proletariats hervorgebracht, die den gewöhnlichen europäischen (Gewerkschaften und sozialdemokratische Parteien) nicht ähnlich sind. Das sind die Sowjets der Arbeiterdeputierten.

Wenn man derartige Einrichtungen schematisch zu einem System entwickelt (wie das Trotzki getan hat) oder überhaupt mit dem revolutionären Aufschwung des Proletariats sympathisiert, sich aber von der „modischen“ Phrase des „revolutionären Syndikalismus“ hinreißen läßt (wie einige Moskauer Anhänger des Arbeiterkongresses), kommt man leicht auch auf einem nicht opportunistischen, sondern revolutionären Weg zu der Idee des Arbeiterkongresses.

Das aber ist eine unkritische Einstellung gegenüber einer großen und ruhmvollen revolutionären Tradition.

*In Wirklichkeit* waren die Sowjets der Arbeiterdeputierten und ihnen ähnliche Einrichtungen Organe des Aufstands. Ihre Stärke und ihr Erfolg hingen ganz und gar von der Stärke und dem Erfolg des Aufstands ab. Nur wenn der Aufstand heranreifte, war ihre Entstehung keine Komödie, sondern eine große Tat des Proletariats. Bei einem neuen Aufschwung des Kampfes, bei seinem Übergang zu *dieser Phase* sind derartige Einrichtungen natürlich unvermeidlich und wünschenswert. Ihre historische Entwicklung aber darf nicht darin bestehen, die örtlichen Sowjets der Arbeiterdeputierten schematisch bis zu einem gesamtrussischen Arbeiterkongreß weiterzuführen, sondern muß darin bestehen, die embryonalen Organe der revolutionären Staatsmacht (denn solche Organe waren die Sowjets der Arbeiterdeputierten) zu zentralen Organen der siegreichen revolutionären Staatsmacht, zu einer revolutionären pro-

visorischen Regierung zu machen. Die Sowjets der Arbeiterdeputierten und ihre Zusammenfassung sind notwendig für den Sieg des Aufstands. Der siegreiche Aufstand schafft unausweichlich *andere* Organe.

\*

Die Sozialdemokratie Rußlands darf die Beteiligung an einem Arbeiterkongreß natürlich nicht ein für allemal ablehnen, denn die Entwicklung der Revolution geht äußerst zickzackreiche Pfade und kann zu den verschiedensten und eigenartigsten Situationen führen. Aber eine Sache ist es, die verschiedenen Bedingungen der bald ansteigenden, bald abebbenden Revolution aufmerksam zu studieren und bestrebt zu sein, diese Bedingungen auszunutzen, und eine ganz andere Sache, sich mit konfuser oder antisozialdemokratischer Projektmacherei zu befassen.

*Geschrieben im April 1907.*

*Veröffentlicht 1907 in dem Sammelband*

*„Fragen der Taktik“ II.*

*Unterschrift: N. L e n i n.*

*Nach dem Text des  
Sammelbandes.*

## DIE AGRARFRAGE UND DIE KRÄFTE DER REVOLUTION

Die Zeitung „Trudowoi Narod“ [Arbeitendes Volk], ein Organ der Trudowiki und der Mitglieder des Bauernbundes, definiert das Kräfteverhältnis in der Duma hinsichtlich der Bodenfrage, der „Lebensfrage“ der Bauernschaft.

„Einmütig, im Interesse des werktätigen Volkes, können in der Bodenfrage die Trudowiki (100), die Volkssozialisten (14) und die Sozialrevolutionäre (34) vorgehen, insgesamt 148 Mann. Nehmen wir an, daß auch die Sozialdemokraten (64) in vielen Punkten der Bodenfrage mit ihnen sein werden, dann sind es *insgesamt 212 Mann*.

Aber gegen sie alle werden in der Bodenfrage die Kadetten (91), das polnische Kolo (46), die Parteilosen (52), die Oktobristen und die Gemäßigten (32) sein, *insgesamt 221 Mann*.

Dagegen sind mehr. Wir haben weder die Mohammedaner (30) noch die Kosaken (17) eingerechnet, von denen sich bestenfalls vielleicht die Hälfte auf die Seite der Linken, die Hälfte auf die Seite der Rechten stellen wird: auf jeden Fall sind mehr gegen das Bodengesetz der Trudowiki als dafür.“

In dieser Berechnung fehlen noch die Monarchisten (22), aber zählt man sie hinzu, so bestätigt das die Schlußfolgerung der Trudowiki nur noch mehr.

Diese Schlußfolgerung ist in zweierlei Hinsicht interessant: erstens wirft sie Licht auf die Grundfrage nach dem gesellschaftlichen Kräfteverhältnis in der gegenwärtigen russischen Revolution; zweitens hilft sie, die Bedeutung der Duma und des Dumakampfes in der Freiheitsbewegung zu klären.

Alle Sozialdemokraten sind davon überzeugt, daß unsere Revolution

nach dem Inhalt der vor sich gehenden sozial-ökonomischen Umwälzung eine *bürgerliche* ist. Das bedeutet, daß die Umwälzung auf dem Boden der kapitalistischen Produktionsverhältnisse erfolgt und daß das Ergebnis der Umwälzung unvermeidlich die Weiterentwicklung eben dieser Produktionsverhältnisse sein wird. Einfacher gesagt: Die Unterordnung der gesamten Wirtschaft der Gesellschaft unter die Macht des Marktes, die Macht des Geldes *bleibt* auch bei vollkommener *Freiheit* und beim vollständigsten Sieg der Bauern im Kampf um den *Boden* bestehen. Der Kampf um den Boden, der Kampf um die Freiheit ist ein Kampf um die Existenzbedingungen der bürgerlichen Gesellschaft, denn die Herrschaft des *Kapitals* bleibt auch in der allerdemokratischsten Republik und bei jedem beliebigen Übergang des „gesamten Bodens an das Volk“ bestehen.

Wer nicht mit der Lehre von Marx vertraut ist, dem kann eine solche Ansicht sonderbar erscheinen. Aber es ist nicht schwer, sich von ihrer Richtigkeit zu überzeugen: man braucht sich nur der großen französischen Revolution und ihrer Ergebnisse, der Geschichte der amerikanischen „freien Ländereien“ usw. zu erinnern.

Wenn die Sozialdemokraten die gegenwärtige Revolution als eine bürgerliche bezeichnen, so wollen sie damit keineswegs ihre Aufgaben herabsetzen, ihre Bedeutung schmälern. Im Gegenteil. Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die Klasse der Kapitalisten kann sich nicht genügend breit entfalten und nicht siegreich enden, bevor nicht die älteren historischen Feinde des Proletariats gestürzt sind.

Darum ist es im gegenwärtigen Augenblick die Hauptaufgabe des Proletariats, die größtmögliche Freiheit zu erringen und den gutsherrlichen (fronherrlichen) Grundbesitz möglichst vollständig zu vernichten. Nur eine solche Tätigkeit, nur die völlige demokratische Zertrümmerung der alten, halbfronherrlichen Gesellschaft kann das Proletariat voll und ganz zur selbständigen Klasse erstarken lassen, nur so kann es aus den „dem ganzen rechtlosen Volk“ gemeinsamen demokratischen Aufgaben seine besonderen, d. h. die sozialistischen Aufgaben voll und ganz herausheben und sich die besten Bedingungen eines möglichst freien, breit entfalteten und verstärkten Kampfes für den Sozialismus sichern. Angesichts einer nicht abgeschlossenen, nicht zu Ende geführten bürgerlich-demokratischen Freiheitsbewegung muß das Proletariat seine Kräfte weitaus

stärker nicht für proletarisch-klassenmäßige, d. h. für sozialistische, sondern für allgemein-demokratische, d. h. bürgerlich-demokratische Aufgaben einsetzen.

Kann aber das sozialistische Proletariat selbständig und als führende Kraft die – bürgerliche Revolution vollbringen? Bedeutet nicht der Begriff bürgerliche Revolution, daß nur die Bourgeoisie sie vollbringen kann?

Zu dieser Ansicht gelangen häufig die Menschewiki. Aber diese Ansicht ist eine Karikatur auf den Marxismus. Die – ihrem sozial-ökonomischen Inhalt nach – bürgerliche Befreiungsbewegung ist nicht ihren Triebkräften nach bürgerlich. Nicht die Bourgeoisie kann ihre treibende Kraft sein, sondern das Proletariat und die Bauernschaft. Warum ist das möglich? Weil das Proletariat und die Bauernschaft noch mehr als die Bourgeoisie unter den Überresten der Leibeigenschaft zu leiden haben, noch mehr der Freiheit und der Liquidierung des Gutsbesitzerjochs bedürfen. Umgekehrt bringt ein völliger Sieg die Bourgeoisie in Gefahr: das Proletariat wird sich die volle Freiheit gegen die Bourgeoisie zunutze machen, und zwar um so leichter zunutze machen, je vollständiger die Freiheit, je vollständiger die Vernichtung der Gutsbesitzermacht ist.

Daher das Bestreben der Bourgeoisie, mit der bürgerlichen Revolution auf halbem Wege Schluß zu machen, sie zu beenden mit der halben Freiheit, durch einen Pakt mit der alten Staatsmacht und mit den Gutsbesitzern. Dieses Bestreben wurzelt in den Klasseninteressen der Bourgeoisie. Es trat schon in der deutschen bürgerlichen Revolution von 1848 so klar in Erscheinung, daß der Kommunist Marx die ganze Spitze der proletarischen Politik damals auf den Kampf gegen die liberale „Vereinbarer“-bourgeoisie (ein Ausdruck von Marx)<sup>86</sup> richtete.

Bei uns in Rußland ist die Bourgeoisie noch feiger, das Proletariat jedoch weitaus klassenbewußter und besser organisiert als das deutsche im Jahre 1848. Bei uns ist der volle Sieg der bürgerlich-demokratischen Bewegung nur möglich im Gegensatz zu der liberalen „Vereinbarer“-bourgeoisie, nur wenn die Masse der demokratischen Bauernschaft dem Proletariat im Kampf um die volle Freiheit und den ganzen Boden folgen wird.

Die zweite Duma bestätigt diese Einschätzung noch plastischer. Jetzt haben sogar die Bauern begriffen, daß man die liberalen Bourgeois, die

Kadetten, zu den Rechten, die Bauern und Arbeiter aber zu den Linken zählen muß. Gewiß, die „Trudowiki“, die Volkssozialisten und die Sozialrevolutionäre schwanken ständig zwischen Bourgeoisie und Proletariat und befinden sich oft genug *faktisch* im politischen *Schlepptau* der Liberalen. (Die Stimmabgabe für Golowin, die „Taktik des Schweigens“, das Einverständnis, den Haushalt dem Ausschuß zu überweisen usw. *usf.*<sup>87</sup>) Diese Schwankungen sind nicht zufällig. Sie ergeben sich aus der Klassen- natur des Kleinbürgertums.

Warum muß man in einer so brennenden Frage wie der Bodenfrage die Kadetten zu den Rechten zählen? Weil die kadettische Agrarpolitik dem Wesen der Sache nach eine *Gutsbesitzerpolitik* ist. Die kadettische „Zwangsenteignung“ besteht in der Tat darin, daß *die Gutsherren die Bauern zu einem ruinierenden Loskauf zwingen*, denn tatsächlich werden sowohl die Höhe der Ablösegeder als auch die Höhe der Steuern *von den Gutsherren bestimmt*: überall im Lande werden in den Bodenkomitees die Gutsbesitzer mitsamt den Beamten überwiegen (in der ersten Duma waren die Kadetten gegen eine Wahl dieser Komitees auf Grund des allgemeinen Stimmrechts), und in der zentralen gesamtrossischen Gesetzgebung werden die Gutsbesitzer auf dem Wege über den Reichsrat usw. dominieren. Der kadettische „Liberalismus“ ist der Liberalismus eines bürgerlichen Advokaten, der den Bauern mit den Gutsherren *versöhnen will*, und zwar versöhnen *zum Vorteil des Gutsherrn*.\*

Gehen wir zur zweiten Frage über. Kadetten und Rechte bilden die Mehrheit der Duma. „*Wo ist der Ausweg aus dieser Lage?*“ fragt der „Trudowoi Narod“. Die Antwort ist einfach: Um den „Ausweg aus dieser Lage“ zu finden, muß man sich über rein parlamentarische Wortstreitereien erheben.

---

\* Zu der Phrase der „Retsch“, man könne nur auf Kundgebungen vom Gutsherrencharakter der Kadetten sprechen, wollen wir noch das folgende bemerken: Nach dem bekannten Buch „Die Mitglieder der II. Reichsduma“ (St. Petersburg 1907) zählten wir 79 erklärte Kadetten, davon 20 *Gutsbesitzer*. Wir nennen *Jutschkow, Boguslawski, Bytschkow, Bakunin, Roditschew, Bogdanow, Salaskin, Jatarinow, Stachowitsch, Jkonnikow, Saweljew, Dolgorukow, Tschelnokow, Golowin*, beide *Pereleschin, Wolozki, Jordanski, Tschernoswitow*. Hervorgehoben sind Adelsmarschälle, Landeshauptleute und Präsidenten von Semstwoämtern.

Das wäre selbst dann notwendig, wenn die Linken die Mehrheit in der Duma hätten, denn die Duma ist machtlos, und der Reichsrat wird jedes Dumaprojekt im Interesse der Gutsbesitzer „verbessern“. Das ist auch jetzt notwendig – notwendig nicht im subjektiv-parteilichen Sinne, sondern im objektiv-historischen Sinne: sonst kann die Bodenfrage nur zugunsten der Gutsbesitzer gelöst werden.

„Nasche Echo“ Nr. 7,  
1. April 1907.

Nach dem Text von  
„Nasche Echo“.

## EINE ANÄMISCHE DUMA ODER EIN ANÄMISCHES KLEINBURGERTUM

Allmählich wächst die Zahl der täglich erscheinenden Presseorgane, die links von den Kadetten stehen. Immer vernehmlicher wird die Stimme des linken, zwischen den Kadetten und den Sozialdemokraten stehenden Teils der Duma.

Neu ist die Tagespresse der „Volkssozialisten“. Ihre Zeitung, das „Obschtschestwennoje Delo“ [Das Gemeine Wohl] (Sonntag, 1. April) schlägt sofort einen höchst charakteristischen und bezeichnenden Ton der Klage, des Bedauerns, der Reue an.

Worüber klagen sie? Darüber, daß die Duma „anämisch“ (d. h. in unserer Sprache blutarm und saftlos) ist.

Was bedauern sie? Die lange Herrschaft der Losung „Erhaltet die Duma“.

Was bereuen sie? Daß sie der kadettischen Taktik Vorschub geleistet haben.

Gewiß ist diese Reue weit davon entfernt, eine vollständige, echte, aufrichtige Reue zu sein, jene Reue, die nach der bekannten Redensart schon der halbe Weg zur Besserung ist. Die Reue der „Volkssozialisten“ ist so unaufrichtig, daß sie gleich in ihrer ersten, reumütigen Nummer uns mit einem gehässigen Ausfall antworten, wonach wir bolschewistischen Sozialdemokraten „Meinungsverschiedenheiten dadurch entscheiden, daß der Gegner als Ignorant und Jammerlappen usw. bezeichnet wird“, wonach wir „*ohne genaue Übereinstimmung mit den Tatsachen*“ dem Gegner unterstellen, er habe einen „paktiererischen Weg betreten“.

Wir würden natürlich den Leser nicht mit dieser Frage nach der Aufrichtigkeit der volkstümlerischen Reue beschäftigen, wenn diese Frage nicht aufs engste und unmittelbarste zusammenhinge mit Fragen, die von entscheidender Bedeutung sind für die Einschätzung der ganzen zweiten

Duma, mehr noch, für die Einschätzung der ganzen russischen Revolution.

Die Volkstümpler – das sind drei Fraktionen der Duma, die in einer ganzen Reihe von Grundfragen solidarisch sind, eine mehr oder minder einmütige gemeinsame Politik betreiben und auf diese oder jene Weise die Interessen und den Standpunkt der großen Masse des russischen Volkes zum Ausdruck bringen.

In dieser Kategorie von Deputierten finden wir vor allem Bauern, und es läßt sich kaum bestreiten, daß die breite Masse der Bauernschaft ihre Forderungen (und ihre Vorurteile) gerade über diese und keine andere Kategorie von Dumadeputierten am genauesten zum Ausdruck gebracht hat. Folglich ist die Politik der Volkstümpler in der Duma eine Frage, die zusammenhängt mit der Frage nach der Politik der Bauernmasse, ohne deren Beteiligung von einem Sieg der Befreiungsbewegung keine Rede sein kann.

Die Volkssozialisten sagen die offenbare und himmelschreiende Unwahrheit, wenn sie behaupten, die Sozialdemokraten entschieden Differenzen durch Geschimpf oder unterstellten den Trudowiki (d. h. den Volkstümplern) verleumderisch Paktierertum. Das ist nicht wahr, meine Herren, denn *gleich zu Beginn* der Tätigkeit der zweiten Duma haben die Sozialdemokraten, völlig unabhängig von den Volkstümplern und dem Kampf gegen sie, *ausgesprochen*, wie sie die berüchtigte Losung „Erhaltet die Duma“ einschätzen – eine Einschätzung, der ihr euch jetzt zögernd nähert.

„Erhaltet die Duma!“ schrieb am 21. Februar unser Kollege N. R.<sup>88</sup>, „das ist der Ruf, der ständig aus dem Mund der bürgerlichen Wähler ertönt und der von der bürgerlichen Presse – und nicht nur von der kadettischen, sondern auch von der ‚linken‘ nach Art des ‚Towarischtsch‘ – wiederholt wird . . . Das Geheimnis der Erhaltung der Duma ist längst von der Schwarzhunderter- und Oktobristenpresse wie auch von der Regierung enthüllt worden. Die Duma wird leicht zu erhalten sein, wenn sie ‚arbeitsfähig‘ und dem ‚Gesetz untertan‘ ist, d. h., wenn sie knechtselig vor der Regierung in den Staub fällt, ohne mehr zu wagen als zaghafte Bitten und erniedrigende Eingaben. Die Duma wird leicht zu erhalten sein, wenn sie die Sache der Befreiung des ganzen Volkes verrät und sie der Schwarzhunderterclique opfert. Nur so kann die Duma erhalten bleiben, falls die Macht in den alten Händen bleibt. Das muß für jedermann klar sein, das darf man nicht vergessen. Aber wie kann man denn die Duma um den Preis des Verrats bewahren! Auf diese Frage antwortet die Sozialdemokratie laut und klar: niemals! Das Proletariat und die

Bauernschaft brauchen keine Verräterduma. Nicht umsonst sagten auch die Moskauer Bauern in ihrem Wählerauftrag ihrem Deputierten: ‚Mag man euch auseinanderjagen, aber am Willen des Volkes übe nicht Verrat.‘ Wenn die Duma hauptsächlich darum besorgt ist, die Regierung nicht zu reizen, wird sie das Vertrauen des Volkes verlieren, wird sie die ihr obliegende Aufgabe nicht erfüllen: nach Maßgabe des Möglichen dazu beizutragen, die Volksmassen zu organisieren für den Sieg über die Reaktion und den Triumph der Befreiungsbewegung . . . Nur die Starken fürchtet man. Und nur die Starken achtet man. Das hysterische Geschrei: ‚Erhaltet die Duma‘ ist eines freien Volkes und seiner Erwählten nicht würdig.“

Das wurde geschrieben *einen Tag* nach Eröffnung der zweiten Duma. Und, wie es scheint, ist es klar geschrieben!

Die Volkstümler, die in ihren Schriften, in ihrer gesamten Politik und ebenso auch in der Duma die Interessen der verschiedenen Schichten des Kleinbürgertums, der Kleinbesitzer (in der Stadt, besonders aber auf dem Lande, d. h. der Bauern) vertreten, haben nunmehr begonnen zu begreifen, daß die Sozialdemokraten die Wahrheit gesagt haben. Die Ereignisse haben unsere Politik *bestätigt*.

Aber um „nicht zu spät zu kommen“, um nicht zu einem „afterklugen“ Politiker zu werden, darf man sich nicht darauf beschränken, von den Ereignissen zu lernen. Man muß den Gang der Ereignisse *verstehen*, muß die *grundlegenden* Beziehungen zwischen den Klassen verstehen, die die Politik der verschiedenen Parteien und der ganzen Duma *bestimmen*.

„Erhaltet die Duma“ ist eine kadettische Losung, die die kadettische Politik zum Ausdruck bringt. Worin besteht ihr Wesen? Im Paktieren mit der Reaktion gegen die Forderungen des Volkes. Worin kommt dies Paktieren zum Ausdruck? Darin, daß man sich Einrichtungen unterordnet und seine Tätigkeit in einen Rahmen zwingen läßt, der von der Reaktion gezogen ist. Darin, daß man die Forderungen der Freiheit, die Forderungen des Volkes in armselige, kümmerliche, verlogene „Reformen“ verwandelt, die in diesen Rahmen *passen*. Warum nennen die Sozialdemokraten diese Politik der Liberalen eine verräterische Politik? Weil die Niederlage aller mißglückten bürgerlichen Revolutionen immer erst dadurch möglich wurde, daß die Liberalen mit der Reaktion paktierten, d. h. durch ihren *faktischen* Übergang von der Volksfreiheit zur Reaktion. Der liberale Reformismus in der Revolution ist Verrat an der Volks-

freiheit. Und entstanden ist er nicht zufällig, sondern er ist durch die Klasseninteressen der Bourgeoisie und eines Teils der Gutsbesitzer hervorgerufen, die das Volk und besonders die Arbeiterklasse fürchten.

„Erhaltet die Duma“, diese Losung hat eben darum Bedeutung, weil sie die *allgemeine* Linie dieser Verräterpolitik klar zum Ausdruck bringt. Ihre einzelnen Erscheinungsformen sind: Taktik des *Schweigens* als Antwort auf die Deklaration, Einschränkung der Aufgaben des Ernährungs- und des Arbeitslosenausschusses, Beschneidung der Reden in der Duma, Verzettlung der Duma in Ausschüsse, Überweisung des Haushalts an den Ausschuß u. a.

Die Volkstümler, die Vertreter des Kleinbürgertums, *unterstützten und unterstützen* diese Politik der Kadetten. Die Volkstümler stimmten für Golowin, anstatt sich der Stimme zu enthalten. Die Volkstümler beteiligten sich an der jämmerlichen „Taktik des Schweigens“, sowohl die Volksozialisten *als auch die Sozialrevolutionäre*. Nur unter der wiederholten Einwirkung der Sozialdemokraten haben die Volkstümler von den Kadetten *abzufallen begonnen*. Aber auch jetzt schwanken sowohl die Trudowiki als auch die Volksozialisten und ebenso die Sozialrevolutionäre in ihrer ganzen Politik, *verstehen sie nicht, daß die Aufgabe darin besteht*, gegen die Kadetten zu kämpfen und sie von der Dumatribüne herab zu entlarven.

Diese Schwankungen sind das Ergebnis der *Anämie des Kleinbürgertums*.

Die „Anämie“ des teilweise revolutionsmüden, teilweise schwanken den und seiner (sozialen) Natur nach wankelmütigen Kleinbürgers – das ist die Hauptursache für die „Anämie der Duma“. Und wir sagen den Volkstümlern: Schilt nicht den Spiegel, wenn . . .

Seid in eurer Politik nicht anämisch, brecht mit den Kadetten, folgt entschlossen dem Proletariat, überlaßt es den Liberalen, die Duma zu *erhalten*, selber aber *vertreten* offen, kühn und unerschütterlich die Interessen und Traditionen der Freiheitsbewegung – dann wird eure Reue wirklich die „halbe Besserung“ sein!

*Geschrieben am 2. (15.) April 1907.*

*Veröffentlicht am 3. April 1907*

*in „Nasche Echo“ Nr. 8.*

*Nach dem Text von  
„Nasche Echo“.*

TRIUMPHIERENDES BANAUSENTUM  
ODER  
KADETTISIERENDE SOZIALREVOLUTIONÄRE

Gestern bemerkten wir, daß die Volkstümler, nachdem die Duma einen Monat besteht, sich anscheinend eines Besseren besonnen haben und beginnen, die ganze Niederträchtigkeit der berühmten kadettischen Losung: Erhaltet die Duma . . . ich will nicht sagen zu begreifen, aber doch wenigstens zu fühlen. Wir zeigten in dem betreffenden Artikel, daß die kadettische Losung kein Zufall, sondern Ausdruck einer durch die tiefgreifenden Klasseninteressen der Bourgeoisie und der Gutsbesitzer bestimmten Politik ist.\*

Heute (3. April) widmet das Hauptorgan der Kadetten, die „Retsch“, dieser Frage einen Leitartikel. „Die scharfen Proteste der linken Zeitungen in den letzten Tagen“, schreibt der kadettische Leitartikler, „gegen die Taktik ‚Erhaltet die Duma‘ sind ein recht alarmierendes Symptom.“

So, so. Wir sind froh, daß auch die Kadetten die Reue der Volkstümler über die Taktik der „Erhaltung der Duma“ bemerkt haben. Also war unsere gestrige Beobachtung nicht falsch. Also gibt es im Kleinbürgertum wirklich eine *Strömung* von den liberalen Gutsbesitzern zur Arbeiterklasse. Glück auf den Weg!

Die kadettische „Retsch“ preist die Taktik der „Dumaerhaltung“ in Ausdrücken, die man als eine Perle des Banausentums verewigen sollte. Man höre nur: „Wenn die Duma lebt, so ist das doch eben gerade das bewußte Ergebnis *eurer* (der Opposition) Anstrengungen. Es ist das erste fühlbare Ergebnis des Eingreifens eures Wollens in die Ereignisse. Dieses *Fehlen* von Tatsachen ist ja an sich eine Tatsache von größter Wichtigkeit, ist die Erfüllung eines von euch erdachten und durchgeführten Plans.“

\* Siehe den vorliegenden Band, S. 334–337. *Die Red.*

Schade, daß Schtschedrin die „große“ russische Revolution nicht erlebt hat. Er hätte wahrscheinlich den „Herren Golowljow“ ein neues Kapitel hinzugefügt. Er hätte einen Juduschka geschildert, der den verprügelten, mißhandelten, hungrigen, geknechteten Bauern zu beruhigen sucht: Du erwartest eine Verbesserung? Du bist enttäuscht durch das Ausbleiben einer Änderung der Zustände, die auf dem Hunger, der Hinmetzelung des Volkes, dem Stock und der Peitsche beruhen? Du beklagst dich über das „Fehlen von Tatsachen“? Undankbarer! Aber dieses Fehlen von Tatsachen ist doch gerade eine Tatsache von größter Wichtigkeit! Es ist doch das bewußte Ergebnis des Eingreifens deines Willens, daß die Lidwals nach wie vor schalten und walten, daß die Bauern sich ruhig auf den Prügelbock legen, ohne sich verderblichen Träumen von der „Poesie des Kampfes“ hinzugeben.

Die Schwarzhunderter hassen ist schwer: das Gefühl ist hier bereits abgestorben, wie es, sagt man, im Kriege stirbt nach einer langen Reihe von Schlachten, nach langen Erfahrungen im Schießen auf Menschen und im Aushalten unter berstenden Granaten und pfeifenden Kugeln. Krieg ist Krieg, und mit den Schwarzhundertern ist der offene, allgemeine, *gewohnte* Krieg im Gange.

Aber der kadettische Juduschka Golowljow vermag das glühendste Gefühl des Hasses und der Verachtung einzuzüßeln. Auf diesen „liberalen“ Gutsherrn und bürgerlichen Advokaten hört man doch, hören sogar die Bauern. Er streut doch wirklich dem Volk Sand in die Augen, stumpft wirklich die Hirne ab! . . .

Die Kruschewans *kann man nicht* mit Worten, mit der Feder bekämpfen. Sie muß man anders bekämpfen. Die Konterrevolution mit Worten, mit der Feder bekämpfen heißt in erster Linie und vor allen Dingen jene widerlichen Heuchler entlarven, die im Namen der „Volksfreiheit“, im Namen der „Demokratie“ die politische Stagnation, das Schweigen des Volkes, die Verschüchterung des zum Spießier gewordenen Staatsbürgers, das „Fehlen von Tatsachen“ lobpreisen. Man muß diese liberalen Gutsbesitzer und bürgerlichen Advokaten bekämpfen, die durchaus zufrieden damit sind, daß das Volk schweigt und sie straflos und ohne Angst „Staatsmänner“ markieren können, die diejenigen, welche sich „taktlos“ über die Herrschaft der Konterrevolution empören, mit salbungsvollen Reden zu beschwichtigen suchen.

Man kann doch nicht Reden ruhig anhören wie die folgende und darauf verzichten, sie anzuprangern:

„Der Tag, an dem Debatten im Taurischen Palast ein ebenso unvermeidliches Zubehör des Tages zu sein scheinen werden wie das Mittagessen am Tage und das Theater am Abend, der Tag, an dem das Tagesprogramm nicht alle gemeinsam, sondern die einen oder die anderen speziell (!!) interessieren wird, an dem Debatten über die allgemeine Politik zur Ausnahme und Paradestücke gegenstandsloser Schönrederei faktisch unmöglich werden, weil niemand ihnen zuhört — diesen Tag wird man begrüßen können als den Tag des endgültigen Triumphs einer repräsentativen Regierung in Rußland.“

Das bist du, Juduschka! Der Tag, an dem die Geprügelten, anstatt zu „debattieren“, schweigen werden, weil sie das Bewußtsein verlieren, an dem den Gutsbesitzern die alte Gutsherrenmacht (*gefestigt* durch „liberale“ Reformen) ebenso gesichert sein wird wie den liberalen Juduschkas das Mittagessen am Tage und das Theater am Abend — dieser Tag wird der Tag des endgültigen Triumphs der „Volksfreiheit“ sein. Der Tag, an dem die Konterrevolution endgültig triumphiert, wird der Tag des endgültigen Triumphs der Verfassung sein . . .

*So war es mit dem Verrat der Bourgeoisie in Europa. So wird es . . . wird es in Rußland so sein, meine Herren?*

Die Juduschkas suchen sich reinzuwaschen, indem sie dartun, daß es auch unter den Linksparteien Anhänger der „Erhaltung“ gegeben habe und noch gebe. Zum Glück figuriert dieses Mal unter den von den Juduschkas in die Irre Geführten kein Sozialdemokrat, wohl aber ein Sozialrevolutionär. Die Kadetten zitieren Stellen aus der Tammerforser Rede irgendeines Sozialrevolutionärs, der zur „Zusammenarbeit“ mit den Kadetten aufruft und bestreitet, daß es an der Zeit und notwendig sei, sie zu bekämpfen.

Wir kennen diese Rede nicht, wir wissen nicht, ob die „Retsch“ sie richtig zitiert.

Aber wir kennen die *Resolution* des letzten Parteitags der Sozialrevolutionäre, und nicht eine einzelne Rede — und diese *Resolution bezeugt wirklich* die Verblödung eines Kleinbürgers, dem der liberale Juduschka den Kopf verwirrt hat.

In dem offiziellen Organ der Partei der Sozialrevolutionäre<sup>89</sup> (Nr. 6 vom 8. März 1907) ist diese *Resolution* veröffentlicht, und es zeigt sich,

daß die alten, im Februar gemachten Auszüge aus ihr von den Zeitungen richtig angeführt worden sind. Dort steht wirklich schwarz auf weiß geschrieben: „Der Parteitag (der Sozialrevolutionäre) ist der Ansicht, daß die schroffe Parteiengruppierung innerhalb der Duma angesichts des isolierten Vorgehens jeder einzelnen Gruppe und des scharfen interfraktionellen Kampfes die Tätigkeit der oppositionellen Mehrheit völlig lähmen und dadurch die ganze Idee der Volksvertretung in den Augen der werktätigen Klassen diskreditieren könnte.“ Die „Retsch“ hat gleich damals (am 22. Februar) diese Banalität gelobt. Wir haben damals sofort (am 23. Februar) sie ins rechte Licht gerückt, haben die kleinbürgerliche Herkunft und den liberal-verräterischen Sinn einer derartigen Parteitagresolution gezeigt.\*

Ob irgendein sozialrevolutionärer Führer durch den Kuß Juduschkas politisch getötet wird, interessiert uns nicht. Aber die *kadettische Resolution* des sozialrevolutionären Parteitags muß tausendmal vor den Arbeitern beleuchtet werden – damit wankelmütige Sozialdemokraten gewarnt, damit jede Verbindung zwischen dem Proletariat und den pseudorevolutionären Sozialrevolutionären zerrissen wird.

*Geschrieben am 3. (16.) April 1907.*

*Veröffentlicht am 4. April 1907  
in „Nasche Echo“ Nr. 9.*

*Nach dem Text von  
„Nasche Echo“.*

---

\* Siehe den vorliegenden Band, S. 157–161. *Die Red.*

## DIE SOZIALDEMOKRATISCHE FRAKTION UND DER 3. APRIL IN DER DUMA

Wir sehen uns genötigt, auf den Zwischenfall in der Reichsduma zurückzukommen, der sich im Zusammenhang mit der Interpellation wegen der Morde und Mißhandlungen im Rigaer Gefängnis und der bevorstehenden Aburteilung von 74 Personen durch das Standgericht abgespielt hat. Man muß das, erklären wir, unter anderem deshalb tun, weil die „Narodnaja Duma“ es aus irgendeinem Grunde für nötig gehalten hat, den wahren Sinn dieses Ereignisses zu verdunkeln, wodurch sie den äußerst ungünstigen Eindruck nur vertiefte, den das Verhalten der sozialdemokratischen Dumafraktion in dieser Angelegenheit hervorgerufen hat.

Gewiß, auch die „Narodnaja Duma“ sagt von diesem ersten Tag der Interpellationen in der Duma: „Die ersten Pflaumen sind madig“; gewiß verweist die „Narodnaja Duma“ anlässlich dieses Vorfalles darauf, daß „die Dumafraktionen sich noch wenig dem parlamentarischen Boden angepaßt haben“, aber nicht das ist das Wesentliche. Wir sind der Meinung, daß hier die sozialdemokratische Fraktion nicht etwa eine *parlamentarische*, sondern eine rein *politische* Unerfahrenheit an den Tag gelegt hat. Nicht das ist das Schlimme, daß sich die sozialdemokratische Fraktion manchmal in diesen oder jenen „formalen Fußangeln“ (ein Ausdruck der „Narodnaja Duma“) verfängt, sondern schlimm ist, daß sie zuweilen ganz ohne Grund ihre Position aufgibt, eine gut begonnene Kampffraktion nicht zu Ende führt, sich nicht den Sieg *sichert*, wenn die volle Möglichkeit dazu gegeben ist.

So war es bei der Antwort auf die Regierungsdeklaration, als die sozialdemokratische Fraktion ganz unnötigerweise die gute Hälfte ihres

Sieges . . . Herrn Stolypin überließ, so war es am 3. April bei der Interpellation über die Rigaer Greuel.

Die Kadetten sind gegen dringende Interpellationen; das ist ganz natürlich: eine dringende Interpellation, noch dazu in einer solchen Angelegenheit, wie es der standrechtliche Krieg der Regierung gegen das Volk ist, enthält immer Elemente eines „demonstrativen Auftretens“, Elemente eines Drucks auf die Minister. Eine dringende Interpellation in einer solchen Angelegenheit ist zweifellos eine der „Tatsachen“, eine der „Handlungen“ der Duma, die nicht zu dem üblichen „Mittagessen am Tage“ oder dem „Theater am Abend“ passen, mit denen die liebedienersiche „Retsch“ auch die Duma selbst so gern auf *eine* Stufe stellen möchte. Aber dieses Gift kadettischer Zersetzung wird doch wohl nicht auch auf die Linke in der Duma, einschließlich der sozialdemokratischen Fraktion, seine Wirkung ausüben?! *Wir wollen das nicht annehmen, aber indessen . . .*

„Eine *dringende* Interpellation ist nicht nötig“, liebedienerte Herr Roditschew von der Tribüne herab, „eine dringende Interpellation in diesem Fall kann das Selbstgefühl der Minister verletzen.“

Uns verwundern nicht im geringsten derartige Reden aus dem Munde des kadettischen Mirabeau, der so eifrig seine Rolle als Repräsentant eines „tas de blagueurs“\* in der Duma spielt.

Und Roditschew erhielt eine ausgezeichnete Antwort von dem Deputierten Dshaparidse (Sozialdemokrat): „Es ist unsere Pflicht“, erinnerte er den liebedienenden Kadetten, „unsere Stimme zu erheben, wenn die Hand des Henkers nach dem Opfer greift.“

Dann besteigt Kusmin-Karawajew die Tribüne und verliest ein Telegramm aus Riga, das er von dem dortigen Satrapen Meller-Sakomelski erhalten hat, demselben Meller-Sakomelski, mit dessen Namen bis auf den heutigen Tag die Mütter in Sibirien ihre Kinder schrecken. Das Telegramm ist unsagbar frech und brutalsten Hohnes voll: . . . „In Riga gab es keine Veranlassung, weder 74 noch 70 noch 4 Mann vor Gericht zu stellen; vorläufig gibt es niemanden, der zu retten wäre.“

Diesem Telegramm stellte der Deputierte Alexinski ein Telegramm gegenüber, das er von Rigaer fortschrittlichen Wahlmännern erhalten hatte und das besagte, die standrechtliche Aburteilung werde vorbereitet.

---

\* Haufens von Aufschneidern.

Und nach dem Deputierten Alexinski, der völlig zu Recht trotzdem auf der Dringlichkeit der Interpellation bestand, schlossen sich die Trudowikigruppe und die Gruppe der Sozialrevolutionäre der Dringlichkeitsforderung an.

Daraufhin traten die Kadetten den Rückzug an. Pergament argumentierte nicht einmal, sondern bat die Dumalinke, nicht auf der Dringlichkeit zu bestehen, wobei er im Namen des Interpellationsausschusses das Anerbieten machte, die vorliegende Interpellation binnen 24 Stunden durch den Ausschuß zu bringen. Nur möge man doch auf die Dringlichkeit verzichten!

Der salbungsvoll-mystische Bulgakow ergreift das Wort und bittet, wiederum um des Verzichts auf die Dringlichkeit willen, keine Parteileidenschaft in diese Frage hineinzutragen. Herr Bulgakow hätte vor allen Dingen seinen Parteifreunden klarmachen sollen, daß in derartigen Angelegenheiten Liebedienerei noch weniger am Platze ist als in irgendwelchen anderen, und daß sie stets naturgemäß die Parteileidenschaft zu *Paroxysmen* treiben wird, die niemand wünscht.

Nach Bulgakow erscheint Kiesewetter, der der Linken einen neuen Schritt entgegenkommt, ihr ein neues kleines Zugeständnis macht. Kiesewetter beantragt, die Interpellation an den Ausschuß zu überweisen, unter der Bedingung, daß er seine Aufgabe „vordringlich“ erledige.

Delarow von den Volkssozialisten spricht sich für die Dringlichkeit aus.

Mit anderen Worten, die ganze Linke trat mit einer in der Duma seltenen Einmütigkeit gegen die Kadetten auf. Es wurde immer klarer, daß es um eine politische Frage geht, daß die in Angriff genommene Sache des Kampfes gegen die kadettische Liebedienerei bis zu Ende geführt werden kann und muß. Man lese die „Notizen“ A. Stolypins im „Nowoje Wremja“ vom 4. April. Wie ergeht er sich in Lobeserhebungen an die Adresse der Kadettenpartei! Wie fällt er über seine Verbündeten, die „Rechten“, her, um ihnen endlich beizubringen, daß man in derartigen Fällen nicht so scharf vorgehen darf, daß man die Kadetten nicht von dem paktiererischen Weg, den sie jetzt gehen, abschrecken darf! „Aufrichtigkeit und Ernsthaftigkeit“, man denke nur, hat Herr Stolypin an diesem Tag „in den Reden der Kadetten“ vernommen!

Und in diesem Augenblick, als die sozialdemokratische Fraktion den Sieg in Händen hielt, stand Zereteli auf und erklärte, die Fraktion ziehe

ihren Antrag auf Dringlichkeit der Interpellation zurück. Warum? aus welchen Gründen? Es gab absolut keinen Grund zu der Annahme, daß eine an den Ausschuß überwiesene Interpellation von größerer Wirkung sein würde als eine dringende Interpellation. Das wird natürlich niemand zu behaupten wagen.

Es gab keinerlei Grund zu der Erklärung Zeretelis. Das bedeutet im vollen Sinne des Wortes, sich selbst auszupeitschen. Den 3. April kann man der sozialdemokratischen Fraktion nicht als Aktivum anrechnen. Und es handelt sich hier nicht, wir wiederholen das, um parlamentarische Unerfahrenheit. Es handelt sich hier um jene politische Laxheit, jene Unentschlossenheit der sozialdemokratischen Fraktion, die schon mehr als einmal in Erscheinung getreten sind und die sie so daran hindern, in der Duma den Platz des wirklichen Führers der ganzen Dumalinken einzunehmen. Man darf die Augen nicht davor verschließen, man muß danach streben, sich davon frei zu machen!

*Geschrieben am 4. (17.) April 1907.*

*Veröffentlicht am 5. April 1907  
in „Nasche Echo“ Nr. 10.*

*Nach dem Text von  
„Nasche Echo“.*

## STÄRKE UND SCHWÄCHE DER RUSSISCHEN REVOLUTION

### I

Der unter dieser Überschrift in der gestrigen „Narodnaja Duma“ erschienene Artikel stellt ein Muster ruhiger, klarer, einfacher Darlegung der wirklich grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten unter den Sozialdemokraten dar. Auf solchem Boden zu streiten ist ebenso angenehm und nützlich, wie es unangenehm und unmöglich ist, auf die Hysterie im „Priwet“<sup>90</sup> oder in den „Otgoloski“ zu antworten.

Zur Sache also. Zu Meinungsverschiedenheiten führt die Einschätzung der Kadetten und der Volkstümler. Was die Kadetten anbelangt, so laufen die Meinungsverschiedenheiten, nach der völlig richtigen Ansicht der „Narodnaja Duma“, auf die Frage hinaus, *wen sie vertreten*. „Die mittlere und kleine, vor allem die städtische Bourgeoisie“, antwortet die „Narodnaja Duma“. „Die ökonomische Grundlage solcher Parteien“, so heißt es in der Resolution der Bolschewiki, „bildet ein Teil der mittleren Gutsbesitzer und der mittleren Bourgeoisie, besonders aber die bürgerliche Intelligenz, während ein Teil des demokratischen städtischen und ländlichen Kleinbürgertums diesen Parteien nur noch aus Tradition folgt und weil er von den Liberalen direkt betrogen wird.“\*

Es ist klar, daß die Menschewiki die Kadetten optimistischer beurteilen als wir. Sie vertuschen oder leugnen deren Verbindung mit den Gutsbesitzern, wir unterstreichen sie. Sie unterstreichen ihre Verbindung mit der städtischen demokratischen Kleinbourgeoisie, wir halten diese Verbindung für äußerst schwach.

\* Siehe den vorliegenden Band, S. 129. *Die Red.*

Was die Gutsbesitzer anbelangt, so erklärt die „Narodnaja Duma“ unsere Betrachtung in Nr. 7 von „Nasche Echo“, wo wir nicht in der vorigen (das ist ein Irrtum der „Narodnaja Duma“), sondern in der jetzigen Dumafraktion der Kadetten 20 Gutsbesitzer zählten\*, für naiv. Es gebe sogar unter den Sozialdemokraten Millionäre und Zivilgenerale, ironisiert die „Narodnaja Duma“.

Eine schwache Ironie! Jedermann begreift, daß die Singer, Arons und Naliwkin Erscheinungen eines persönlichen Übergangs von der Bourgeoisie zum Proletariat sind. Wollt ihr denn ernstlich behaupten, Herrschaften, daß die 20 Gutsbesitzer (von 79 gezählten Fraktionsmitgliedern der Kadetten, d. h. der vierte Teil) persönlich den 60 bürgerlichen Intellektuellen folgen, und nicht umgekehrt?? Wollt ihr behaupten, daß der Gutsbesitzer eine liberale Intellektuellenpolitik betreibt, und nicht die liberalen Intellektuellen die Politik der Gutsbesitzer?? Euer Scherz bezüglich Singers und des Genossen Naliwkin ist ein netter Spaß zur Bemäntelung einer hoffnungslosen Position, mehr nicht.

Natürlich ist die Zusammensetzung der kadettischen Dumafraktion kein grundlegender Beweis, sondern nur ein Symptom. Der Hauptbeweis besteht erstens in der Geschichte des gutherrlichen Liberalismus in Rußland (das hat auch die „Narodnaja Duma“ zugegeben); zweitens, und das ist das Wichtigste, in der Analyse der heutigen Politik der Kadetten. „Die kadettische Agrarpolitik ist dem Wesen der Sache nach“ (dies beachte man) „eine Gutsbesitzerpolitik“ („Nasche Echo“ Nr. 7). „Der kadettische ‚Liberalismus‘ ist der Liberalismus eines bürgerlichen Advokaten, der den Bauern mit den Gutsherren versöhnen will, und zwar versöhnen zum Vorteil des Gutsherrn.“ (Ebenda.)\*\*

Auf dieses Argument hat die „Narodnaja Duma“ nichts zu antworten.

Weiter. Womit beweist man die Klassenverbindung der Kadettenpartei mit der demokratischen Kleinbourgeoisie der Städte? Mit der Wahlstatistik. Die Städte stellen am meisten Kadetten. Diese Angabe ist richtig. Die Tatsache ist jedoch nicht beweiskräftig. Erstens gibt unser Wahlrecht den nicht demokratischen Schichten der städtischen Bourgeoisie den Vorzug. Jedermann weiß, daß die Volksversammlungen die Ansichten und die Stimmung der „demokratischen Kleinbourgeoisie der Städte“

\* Siehe den vorliegenden Band, S. 332. Die Red.

\*\* Siehe den vorliegenden Band, S. 332. Die Red.

*genauer* zum Ausdruck bringen. Zweitens sind in der städtischen Kurie der Großstädte die Kadetten stärker und die Linken schwächer als in der städtischen Kurie der Kleinstädte. Das zeigt die Statistik der Wahlmänner. Daraus folgt jedoch, daß die Kadetten nicht demokratische Kleinbourgeoisie, sondern liberale Mittelbourgeoisie darstellen. Je größer die Stadt, um so schärfer der Antagonismus zwischen Proletariat und Bourgeoisie, um so stärker in der städtischen (bürgerlichen) Kurie die Kadetten gegenüber den Linken. Drittens haben in den 22 Großstädten, in denen ein Linksblock bestand, die Rechten 17 000 Stimmen erhalten, die Oktobristen 34 000, die Kadetten 74 000 und die Linken 41 000. Den Kadetten *mit einemmal* so viel abzunehmen war nur möglich, weil sie *keine* Demokraten sind. Die liberalen Advokaten betrogen überall in der Welt die demokratische Kleinbourgeoisie, wurden aber dauernd von den Sozialisten entlarvt.

„Ist es richtig“, fragt die „Narodnaja Duma“, „daß die Mittel- und die Kleinbourgeoisie bei uns bereits an der Unterdrückung der Revolution interessiert sind, um die sie unmittelbar bedrohende Kraft des Proletariats zu brechen?“ und sie antwortet: „Das ist zweifellos nicht richtig.“

Hier sind *unsere* Ansichten *zweifellos nicht richtig* wiedergegeben. Das ist bereits keine prinzipielle Polemik mehr, teure Genossen . . . Ihr wißt selbst ausgezeichnet, daß wir zwischen dem konterrevolutionären Wesen der Kadetten und dem der Oktobristen unterscheiden; daß wir die Beschuldigung, konterrevolutionär zu sein, keineswegs auf die *Kleinbourgeoisie* ausdehnen; daß nach unserer Ansicht die kadettischen Gutsbesitzer nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Bauern fürchten. Dies ist keine Entgegnung, sondern eine Entstellung.

Eine Entgegnung ist folgendes Argument der „Narodnaja Duma“. Die Kadetten werden *gemäßiger* und *reaktionärer* nicht während des Aufschwungs der Revolution, sondern bei ihrem Abebben, d. h. nicht infolge ihres konterrevolutionären Wesens, sondern infolge ihrer Schwäche. Die Taktik der Kadetten, schreibt die „Narodnaja Duma“ in Kursiv, *ist nicht eine Taktik konterrevolutionärer Macht, sondern eine Taktik revolutionärer Ohnmacht*“.

Danach wären die Kadetten ebenfalls Revolutionäre, nur ohnmächtige. Eine ungeheuerliche Schlußfolgerung. Um sich zu diesem haarsträubenden Unsinn zu versteigen, mußte man den Gedankengang mit einem

Grundfehler beginnen. Dieser Fehler ist die Leugnung des gutsherrlichen Charakters der Kadetten (in Rußland ist der *Gutsbesitzer* konterrevolutionär entweder nach der Manier des Schwarzhunderter und Oktobristen oder nach der Manier des Kadetten) sowie die Leugnung der Tatsache, daß unter den Kadetten die bürgerliche *Intelligenz* überwiegt. Nach Richtigstellung dieser beiden Fehler erhalten wir die richtige Schlußfolgerung: *Die Taktik der Kadetten ist die Taktik der gutsherrlichen Konterrevolution und der bürgerlich-intelligenzlerischen Ohnmacht.* Die Gutsbesitzer sind eine konterrevolutionäre Kraft. Die großen Bourgeois ebenfalls. Der bürgerliche Intellektuelle und der liberale Beamte sind ihre feigen Lakaien, die ihre Kriecherei vor der Konterrevolution mit „demokratischer“ Heuchelei bemänteln.

Es ist nicht richtig, daß die Kadetten nur beim Abebben der Revolution „nach rechts schwenkten“ und nicht bei ihrem Aufschwung. Denkt an das „Natschalo“<sup>91</sup>, Genossen von der „*Narodnaja Duma*“. Denkt an die Artikel mit dem Tenor „Witte ist ein Agent der Börse, Struve ein Agent Wittes“. Das waren gute Artikel! Das war eine schöne Zeit . . . damals trennte uns nichts von den Menschewiki in der Einschätzung der Kadetten . . . Um die Einstellung der Kadetten zum Aufschwung der Revolution bzw. zu den Aufschwüngen der Revolution richtig zu beleuchten, muß man sagen: *Wenn die Revolution sich auf der Straße zeigt – zeigt sich der Kadett im Vorzimmer des Ministers.*

Struve bei Witte im November 1905. Dieser oder jener Kadett bei diesem oder jenem Schwarzhunderter im Juni 1906. Miljukow bei Stolypin am 15. Januar 1907. So war es – so wird es sein . . .

\*

In der ökonomischen Begründung ihrer Ansichten von den Kadetten kommt die „*Narodnaja Duma*“ zu folgendem Schluß:

„Bei der schwachen Entwicklung der Städte in Rußland und dem vorherrschenden Einfluß der Großindustrie im städtischen Gewerbe hat unsere städtische Mittel- und Kleinbourgeoisie zu wenig Einfluß auf das gesamte Wirtschaftsleben des Landes, um sich ebenso als eine selbständige politische Kraft zu fühlen, wie das seinerzeit die englische und die französische taten . . .“ Sehr gut und völlig richtig. Nur gilt das *nicht für die Kadetten*. Und dann fällt hier schon die angeblich marxistische Gegen-

überstellung der „großen städtischen fortschrittlichen“ und der „kleinen ländlichen rückständigen“ Bourgeoisie völlig weg, mit der man die menschevistische Taktik des öfteren zu rechtfertigen gesucht hat . . . „Das Proletariat jedoch zu ihrer Waffe zu machen, vermag sie nicht, weil das Proletariat bereits unter seinem eigenen, sozialdemokratischen Banner kämpft . . .“ Richtig! . . . „Hier liegt die Quelle aller ihrer Schwankungen, aller ihrer Unentschlossenheit im Kampf gegen die autokratische Leib-eigenenordnung . . .“ Ebenfalls zutreffend, nur nicht bezüglich der Kadetten, sondern bezüglich der *Trudowiki*parteien und -gruppen, die sich nicht nur auf die ländliche, sondern auch auf die städtische Kleinbourgeoisie stützen!

. . . „Mit dieser relativen Schwäche der städtischen bürgerlichen Demokratie ist es auch zu erklären, daß unsere bürgerlichen Demokraten, sobald sie nach links zu schwenken beginnen, sofort den städtischen Boden unter den Füßen verlieren und beginnen, im bäuerlich-volkstümmlerischen Sumpf zu versinken.“

Richtig! Tausendmal richtig! Von einer so vollständigen Bestätigung der bolschewistischen Taktik durch die „Narodnaja Duma“ haben wir nicht einmal zu träumen gewagt. „Sobald unsere bürgerlichen Demokraten nach links zu schwenken beginnen, werden sie zu Volkstümlern.“ Genauso ist es: *linke* bürgerliche Demokraten, eben das sind die Volkstümler. Die Kadetten jedoch geben sich lediglich als Demokraten aus, sind aber in Wirklichkeit überhaupt keine Demokraten. Deshalb ist das Proletariat, da es die bürgerliche Revolution gemeinsam mit der bürgerlichen Demokratie durchführen muß, dazu genötigt, in einem politischen „Block“ im weitesten Sinne dieses Wortes aufzutreten, wobei wir hierzu nicht nur wahltechnische und parlamentarische Vereinbarungen rechnen, sondern auch gemeinsame Aktionen ohne irgendwelche Abkommen *mit der linken*, d. h. der volkstümmlerischen Kleinbourgeoisie gegen die Schwarzen und gegen die Kadetten!

Quod erat demonstrandum – was zu beweisen war.

Das nächste Mal unterhalten wir uns mit der „Narodnaja Duma“ speziell über die Volkstümler.

## II\*

Wenn man zugibt, daß die „Volkstümpler linke Nachbarn der Kadetten“ sind, daß sie „ständig zwischen den Kadetten und den Sozialdemokraten schwanken“, dann ergibt sich hieraus unvermeidlich die Anerkennung der bolschewistischen Politik: die Volkstümpler dazu zu bringen, auf die Seite der Sozialdemokraten gegen die Schwarzhunderter und gegen die Kadetten zu treten.

Die Menschewiki bemühen sich, diese unumgängliche Schlußfolgerung aus ihren eigenen Geständnissen abzuschwächen bzw. abzulehnen, indem sie sich darauf berufen, daß die Bauernschaft, obgleich „*revolutionärer und demokratischer*“ als die Liberalen, gleichzeitig doch von „reaktionären sozialen Utopien durchdrungen“ und bestrebt sei, „das Rad der Geschichte auf ökonomischem Gebiet zurückzudrehen“.

Diesem Urteil, das in unserer sozialdemokratischen Literatur sehr verbreitet ist, liegt ein großer, sowohl logischer als auch historisch-ökonomischer Irrtum zugrunde. Man vergleicht Elle mit Pfund, den reaktionären Charakter der bäuerlichen Ideen über die sozialistische Revolution mit dem reaktionären Charakter der liberalen Politik in der bürgerlichen Revolution.

Wenn die Bauern, was die Aufgaben des Sozialismus anbelangt, zweifellos für reaktionäre Utopien eintreten, so treten die liberalen Bourgeois bezüglich *dieser* Aufgaben für reaktionäre Gewaltakte in der Art des Juni 1848 bzw. des Mai 1871 ein.

Wenn jedoch in der *gegenwärtigen*, d. h. bürgerlichen Revolution die Bauernschaft und ihre Ideologen, die Volkstümpler, im Vergleich zu den Liberalen eine reaktionäre Politik treiben, dann wird ein Marxist die Volkstümpler niemals für linksstehender, revolutionärer und demokratischer als die Liberalen halten.

Es ist klar, daß hier etwas nicht stimmt.

Man vergleiche die Agrarpolitik der Liberalen und der Volkstümpler.

---

\* Angesichts des Verbots der „Narodnaja Duma“ durch die Regierung enthalten wir uns nach Möglichkeit einer direkten Polemik gegen sie, befassen uns vielmehr mit einer grundsätzlichen Einschätzung der Volkstümlerrichtung durch den Marxismus.

Gibt es in ihr gegenwärtig ökonomisch-reaktionäre Züge? Das Bestreben, die Mobilisierung des Grundbesitzes zu beschränken, ist bei beiden Parteien reaktionär. Der bürokratische Charakter der kadettischen Agrarpolitik aber (gutsherrlich-bürokratische Bodenkomitees) macht ihr reaktionäres Wesen *praktisch* und unmittelbar bei weitem gefährlicher. In diesem Punkt fällt also der Vergleich ganz und gar nicht zugunsten der Liberalen aus.

Die „ausgleichende“ Bodennutzung . . . Die Idee der Gleichheit der Kleinproduzenten ist reaktionär als ein Versuch, die Lösung der Aufgaben der sozialistischen Revolution in der Vergangenheit und nicht in der Zukunft zu suchen. Das Proletariat bringt nicht einen Sozialismus der Gleichheit der Kleinbesitzer, sondern den Sozialismus der vergesellschafteten Großproduktion. Aber diese selbe Idee der Gleichheit ist der vollständigste, konsequenteste und entschiedenste Ausdruck der bürgerlich-demokratischen Aufgaben. Denjenigen Marxisten, die das vergessen haben, kann man nur raten, den ersten Band des „Kapitals“ von Marx und den „Anti-Dühring“ von Engels zur Hand zu nehmen. Die Idee der Gleichheit bringt am vollkommensten den Kampf gegen alle Überreste der Leibeigenschaft, den Kampf um die breiteste und reinste Entwicklung der Warenproduktion zum Ausdruck.

Bei uns wird das oft vergessen, wenn man von dem reaktionären Charakter der „ausgleichenden“ Agrarprojekte der Volkstümpler spricht.

Die Gleichheit bringt nicht nur ideell die umfassendste Verwirklichung der Voraussetzungen des freien Kapitalismus und der Warenproduktion zum Ausdruck. Auch materiell, auf dem Gebiete der ökonomischen Beziehungen in der aus Leibeigenschaftsverhältnissen hervorgehenden Landwirtschaft, ist die Gleichheit der Kleinproduzenten die Voraussetzung für die breiteste, umfassendste, freieste und rascheste Entwicklung der kapitalistischen Landwirtschaft.

Diese Entwicklung ist in Rußland schon seit langem im Gange. Die Revolution hat sie beschleunigt. Das ganze Problem liegt darin, ob diese Entwicklung sozusagen nach dem preußischen Typ verlaufen wird (Beibehaltung der gutsherrlichen Wirtschaft mit Versklavung des Knechts, der einen Hungeranteil am Boden „nach gerechter Taxe“ bezahlen muß) oder nach dem amerikanischen Typ (Beseitigung der gutsherrlichen Wirtschaft, Übergang des gesamten Bodens an die Bauern).

Das ist die Hauptfrage unserer ganzen bürgerlich-demokratischen Revolution, die Frage ihrer Niederlage oder ihres Sieges.

Die Sozialdemokraten fordern den Übergang des gesamten Bodens an die Bauern ohne Ablösung, d. h., sie kämpfen entschlossen für den zweiten, für das Volk vorteilhaften Typ der Entwicklung des Kapitalismus. Beim Kampf der Bauern gegen die Gutsbesitzer, die Fronherren, im Kampf um den Boden ist der stärkste ideelle Impuls die Idee der Gleichheit – und wird die Gleichheit zwischen den Kleinproduzenten hergestellt, so bedeutet das die vollständigste Beseitigung aller und jeglicher Überreste der Leibeigenschaft. Deshalb ist die Idee der Gleichheit für die Bauernbewegung die revolutionärste Idee nicht nur im Sinne eines Impulses zum politischen Kampf, sondern auch im Sinne eines Impulses zur ökonomischen Säuberung der Landwirtschaft von den Überresten der Leibeigenschaft.

Soweit die Volkstümler davon träumen, daß die Gleichheit sich auf der Grundlage der Warenproduktion behaupten, daß diese Gleichheit ein Element der Entwicklung zum Sozialismus sein kann, insoweit sind ihre Anschauungen irrig, ist ihr Sozialismus reaktionär. Das muß jeder Marxist wissen und im Gedächtnis behalten. Ein Marxist würde jedoch seine Pflicht, die darin besteht, die besonderen Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution historisch zu betrachten, nicht erfüllen, wenn er vergäße, daß diese selbe Idee der Gleichheit sowie alle möglichen Pläne ausgleichender Bodennutzung der vollständigste Ausdruck der Aufgaben *nicht* der sozialistischen, sondern der bürgerlichen Revolution, der Aufgaben des Kampfes nicht gegen den Kapitalismus, sondern gegen die gutsherrliche und bürokratische Ordnung sind.

Entweder Evolution nach preußischem Typ: der Gutsbesitzer, der Fronherr, wird zum Junker. Die gutsherrliche Macht im Staate ist für Jahrzehnte gefestigt. Monarchie. Ein „mit parlamentarischen Formen verbrämter Militärdespotismus“ an Stelle von Demokratie. Größte Ungleichheit unter der ländlichen und unter der übrigen Bevölkerung. Oder Evolution nach amerikanischem Typ. Beseitigung der gutsherrlichen Wirtschaft. Der Bauer wird freier Farmer. Volksherrschaft. Bürgerlich-demokratische Ordnung. Größte Gleichheit unter der ländlichen Bevölkerung als Ausgangspunkt und Voraussetzung für den freien Kapitalismus.

So lautet in Wirklichkeit die historische Alternative, verschleiert durch die Heuchelei der Kadetten (die das Land den ersten Weg führen wollen) und den sozial-reaktionären Utopismus der Volkstümler (die es den zweiten führen).

Es ist klar, daß das Proletariat alle Kräfte darauf richten muß, auf dem zweiten Weg vorwärtszukommen. Nur in diesem Fall werden die werktätigen Klassen die letzten bürgerlichen Illusionen am schnellsten überwinden – denn ein Sozialismus der Gleichheit ist die letzte bürgerliche Illusion des Kleinbesitzers. Nur in diesem Fall werden die Volksmassen, nicht aus Büchern, sondern aus der Erfahrung lernend, in kürzester Zeit die Ohnmacht aller und jeglicher gleichmacherischen Projekte, die Ohnmacht gegenüber der Macht des Kapitals, praktisch zu spüren bekommen. Nur in diesem Fall wird das Proletariat am schnellsten die „trudowikischen“, d. h. kleinbürgerlichen Traditionen von sich abschütteln, sich von den ihm jetzt unvermeidlich zufallenden bürgerlich-demokratischen Aufgaben frei machen und sich *völlig* seinen eigenen, wirklich klassenmäßigen, d. h. sozialistischen Aufgaben widmen können.

Nur das Unverständnis für die Wechselbeziehung zwischen den bürgerlich-demokratischen und den sozialistischen Aufgaben veranlaßt manche Sozialdemokraten, die Politik der Zuendeführung der bürgerlichen Revolution zu fürchten.

Nur das Unverständnis für die Aufgaben und das Wesen der bürgerlichen Revolution führt zu Erwägungen folgender Art: „Sie (unsere Revolution) wurde in letzter Instanz nicht von den Interessen der Bauern herangerufen, sondern (??) von den Interessen der sich entwickelnden bürgerlichen Gesellschaft“ oder „diese Revolution ist eine bürgerliche, und *daber* (!!??) kann sie nicht unter bäuerlicher Fahne und Führung vonstatten gehen“ („Narodnaja Duma“ Nr. 21 vom 4. April). Demnach beruhte die bäuerliche Wirtschaft in Rußland auf irgendeiner anderen als auf bürgerlicher Grundlage! Die Interessen der bäuerlichen Masse sind eben gerade die Interessen der vollständigsten, raschesten und breitesten „Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft“, der „amerikanischen“ und nicht der „preussischen“ Entwicklung. Gerade deshalb *kann* die bürgerliche Revolution unter „bäuerlicher Führung“ *verlaufen* (richtiger: unter proletarischer Führung, wenn die Bauern, zwischen Kadetten und Sozialdemokraten schwankend, im großen und ganzen der Sozialdemokratie

---

*folgen*). Eine bürgerliche Revolution unter Führung der Bourgeoisie kann nur eine nichtvollendete Revolution sein (d. h. strenggenommen keine Revolution, sondern eine Reform). Eine wirkliche Revolution kann sie nur sein unter der Führung des Proletariats und der Bauernschaft.

*„Nasche Echo“ Nr. 10 und 12,  
5. und 7. April 1907.*

*Nach dem Text von  
„Nasche Echo“.*



VORWORT  
ZUR RUSSISCHEN ÜBERSETZUNG DES BUCHES  
„BRIEFE UND AUSZÜGE AUS BRIEFEN VON  
JOH. PHIL. BECKER, JOS. DIETZGEN,  
FRIEDRICH ENGELS, KARL MARX U. A.  
AN F. A. SORGE UND ANDERE“

*Geschrieben am 6. (19.) April 1907.*

*Veröffentlicht 1907 in dem Buch*

*„Briefe von J. Ph. Becker, J. Dietzgen,*

*F. Engels, K. Marx u. a. an F. A. Sorge u. a.“.*

*Herausgeber P. G. Dauge, St. Petersburg.*

*Unterschrift: N. L e n i n.*

*Nach dem Text des Buches.*



---

Die Sammlung der Briefe von Marx, Engels, Dietzgen, Becker und anderen Führern der internationalen Arbeiterbewegung des vorigen Jahrhunderts, die dem russischen Publikum hier vorgelegt wird, bildet eine notwendige Ergänzung unserer führenden marxistischen Literatur.

Wir wollen hier nicht ausführlich auf die Wichtigkeit dieser Briefe für die Geschichte des Sozialismus und für die allseitige Beleuchtung der Tätigkeit von Marx und Engels eingehen. Diese Seite der Sache bedarf keiner Erläuterungen. Es sei lediglich festgestellt, daß zum Verständnis der vorliegenden Briefe die Kenntnis grundlegender Werke über die Geschichte der Internationale (siehe Jaekch, „Die Internationale“, russische Übersetzung im Verlag „Snanije“), ferner der deutschen und der amerikanischen Arbeiterbewegung (siehe Franz Mehring, „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“, und Morris Hillquit, „Geschichte des Sozialismus in Amerika“) usw. notwendig ist.

Wir haben auch nicht die Absicht, zu versuchen, hier einen allgemeinen Abriß des Inhalts dieses Briefwechsels und eine Einschätzung der verschiedenen historischen Zeitabschnitte zu geben, auf die er sich bezieht. Das hat Mehring glänzend besorgt in seinem Artikel „Der Sorgesche Briefwechsel“ („Die Neue Zeit“, 25. Jahrg., Nr. 1 und 2), der wahrscheinlich dieser Übersetzung vom Verleger beigegeben oder in einer besonderen russischen Ausgabe erscheinen wird.

Besonderes Interesse für die russischen Sozialisten in der revolutionären Epoche, die wir jetzt durchleben, bieten die Lehren, die das kämpfende Proletariat aus der Bekanntschaft mit den persönlichen Seiten der Tätigkeit von Marx und Engels im Verlaufe von fast 30 Jahren (1867

bis 1895) ziehen muß. Kein Wunder daher, daß auch in unserer sozialdemokratischen Literatur die ersten Versuche, die Leser mit den Briefen von Marx und Engels an Sorge bekannt zu machen, im Zusammenhang mit „Kampf“fragen der sozialdemokratischen Taktik in der russischen Revolution unternommen wurden (die Plechanowsche „Sowremennaja Shisn“, die menschewistischen „Otkliki“<sup>92</sup>). So wollen wir denn die Aufmerksamkeit der Leser auf die Würdigung derjenigen Stellen des vorliegenden Briefwechsels lenken, die vom Gesichtspunkt der heutigen Aufgaben der Arbeiterpartei in Rußland besonders wichtig sind.

Am häufigsten nahmen Marx und Engels in ihren Briefen Stellung zu den Tagesfragen der englisch-amerikanischen und der deutschen Arbeiterbewegung. Das ist auch begreiflich, denn sie waren Deutsche, die damals in England lebten und mit ihrem amerikanischen Genossen korrespondierten. Über die französische Arbeiterbewegung und besonders über die Pariser Kommune äußerte sich Marx viel häufiger und eingehender in seinen Briefen an den deutschen Sozialdemokraten Kugelmann.\*

Ein Vergleich dessen, was Marx und Engels über Fragen der englisch-amerikanischen und über Fragen der deutschen Arbeiterbewegung geäußert haben, ist äußerst aufschlußreich. Zieht man in Betracht, daß Deutschland einerseits, England und Amerika andererseits verschiedene Stadien der kapitalistischen Entwicklung, verschiedene Formen der Herrschaft der Bourgeoisie als Klasse im ganzen politischen Leben dieser Länder darstellen, so gewinnt ein solcher Vergleich besonders große Bedeutung. Vom wissenschaftlichen Standpunkt aus sehen wir hier ein Musterbeispiel materialistischer Dialektik, die Fähigkeit, je nach den konkreten Besonderheiten dieser oder jener politischen und ökonomischen Verhältnisse verschiedene Punkte, verschiedene Seiten einer Frage in den Vordergrund zu rücken und hervorzuheben. Vom Standpunkt der praktischen Politik und Taktik der Arbeiterpartei aus sehen wir hier ein Musterbeispiel dafür, wie die Schöpfer des „Kommunistischen Manifests“ die Aufgaben des kämpfenden Proletariats je nach den verschiedenen Etappen der nationalen Arbeiterbewegung der verschiedenen Länder bestimmten.

Am englisch-amerikanischen Sozialismus kritisieren Marx und Engels

\* Siehe „Briefe von K. Marx an Dr. Kugelmann“. Übersetzt unter Redaktion und mit einem Vorwort von N. Lenin, St. Petersburg 1907 (vorliegender Band, S. 95–104. *Die Red.*).

am schärfsten seine Losgelöstheit von der Arbeiterbewegung. Wie ein roter Faden zieht sich durch alle ihre zahlreichen Äußerungen über die „Sozialdemokratische Föderation“ (Social Democratic Federation) in England und über die amerikanischen Sozialisten die Beschuldigung, daß sie den Marxismus in ein Dogma, in „starre Orthodoxie“ verwandelt haben, daß er ihnen „ein Credo, keine *Anleitung zum Handeln*“<sup>93</sup> ist, daß sie es nicht verstehen, sich der theoretisch hilflosen, aber lebendigen, von den Massen getragenen, machtvollen Arbeiterbewegung einzufügen, die neben ihnen abläuft. „Hätten wir“, ruft Engels in dem Brief vom 27. Januar 1887 aus, „von 1864 bis 1873 darauf bestanden, nur mit denen zusammenzuarbeiten, die offen unsere Plattform anerkannten – wo wären wir heute?“<sup>94</sup> Und in einem vorhergehenden Brief (vom 28. Dezember 1886) schreibt er, auf den Einfluß der Ideen Henry Georges auf die Arbeiterklasse in Amerika eingehend:

„Ein oder zwei Millionen Arbeiterstimmen im nächsten November für eine bona fide Arbeiterpartei sind augenblicklich unendlich viel mehr wert als hunderttausend Stimmen für eine doktrinär einwandfreie Plattform.“

Das sind sehr interessante Stellen. Bei uns fanden sich Sozialdemokraten, die sich beeilten, sie für die Verteidigung der Idee eines „Arbeiterkongresses“ oder einer Art Larinscher „breiter Arbeiterpartei“ auszunutzen. Warum denn nicht für die Verteidigung des „Linksblocks“? fragen wir solche voreiligen Engels-„Benutzer“. Die Briefe, denen die Zitate entnommen sind, entstammen der Zeit, da die Arbeiter in Amerika bei den Wahlen für Henry George stimmten. Frau Wischnewetzky – eine Amerikanerin, die einen Russen geheiratet hatte und Schriften von Engels übersetzte – bat ihn, wie aus der Engelsschen Antwort an sie zu ersehen ist, Henry George tüchtig zu kritisieren. Engels schreibt (am 28. Dezember 1886), daß die Zeit dafür noch nicht gekommen sei, denn es sei viel wichtiger, daß sich die Arbeiterpartei konsolidiere, und sei es auch auf einer nicht ganz korrekten Plattform. Später würden die Arbeiter selbst erkennen, worauf es ankomme, sie würden es verstehen, „durch die eigenen Fehler zu lernen“, „aber alles, was jene nationale Festigung der Arbeiterpartei – gleichgültig auf welcher Plattform – verzögern oder verhindern kann, würde ich als großen Fehler ansehen . . .“<sup>95</sup>

Dabei verstand Engels natürlich ausgezeichnet, wie unsinnig und *reaktionär* die Ideen H. Georges vom *sozialistischen* Standpunkt aus waren,

und stellte dies viele Male fest. Im Sorgeschen Briefwechsel gibt es einen überaus interessanten Brief von K. Marx vom 20. Juni 1881, worin er H. George als einen Ideologen der *radikalen Bourgeoisie* beurteilt. „Der Mann ist theoretisch total arrièrè\*“, schrieb Marx.<sup>96</sup> Und mit diesem ausgesprochen *reaktionären Sozialisten* scheut Engels sich nicht, bei den Wahlen zusammenzugehen, wenn es nur Leute gibt, die den Massen „die Folgen ihrer eignen Fehler vorhersagen können“ (Engels im Brief vom 29. November 1886)<sup>97</sup>.

Über die „Ritter der Arbeit“ (Knights of Labor), die damalige Organisation der amerikanischen Arbeiter, schrieb Engels im gleichen Brief: „Die faulste Seite der Knights of Labor war ihre *politische Neutralität* . . . Der erste große Schritt, worauf es in jedem neu in die Bewegung eintretenden Land ankommt, ist immer die Konstituierung der Arbeiter als selbständige politische Partei, einerlei wie, solange es nur eine distinkte Arbeiterpartei ist.“<sup>98</sup>

Offensichtlich kann man hieraus rein gar nichts zur Verteidigung des Salto von der Sozialdemokratie zum parteilosen Arbeiterkongress u. dgl. folgern. Jeder jedoch, der sich nicht von Engels vorwerfen lassen will, daß er den Marxismus zu einem „Dogma“, zur „Orthodoxie“, zum „Sektierertum“ u. dgl. herabwürdige, muß daraus den Schluß ziehen, daß es notwendig ist, zuweilen auf eine gemeinsame Wahlkampagne mit radikalen „Sozialreaktionären“ einzugehen.

Interessanter ist es aber natürlich, nicht so sehr auf diese amerikanisch-russischen Parallelen einzugehen (wir mußten sie streifen, um den Gegnern zu antworten) als auf die *grundlegenden* Züge der englisch-amerikanischen Arbeiterbewegung. Diese Züge sind das Fehlen irgendwie bedeutender, gesamtnationaler *demokratischer* Aufgaben des Proletariats; die vollständige Unterordnung des Proletariats unter die bürgerliche Politik; die sektiererische Losgelöstheit der sozialistischen Gruppchen und Häuflein vom Proletariat; das Ausbleiben auch des geringsten Wahlerfolges der Sozialisten bei den Arbeitermassen usw. Wer diese grundlegenden Bedingungen übersieht und es unternimmt, weitgehende Schlußfolgerungen aus den „amerikanisch-russischen Parallelen“ zu ziehen, der offenbart äußerste Oberflächlichkeit.

\* zurückgeblieben. *Der Übers.*

Wenn Engels unter derartigen Bedingungen solchen Nachdruck auf die ökonomischen Organisationen der Arbeiter legt, so deshalb, weil es sich um die am weitesten ausgebildeten demokratischen Zustände handelt, die dem Proletariat rein sozialistische Aufgaben stellen.

Wenn Engels die Wichtigkeit einer selbständigen Arbeiterpartei, selbst einer solchen mit schlechtem Programm, nachdrücklich betont, so deshalb, weil es sich um Länder handelt, in denen es bis dahin auch nicht die Spur einer politischen Selbständigkeit der Arbeiter gab, in denen sich die Arbeiter in der Politik am meisten von der *Bourgeoisie* ins Schlepptau nehmen ließen und immer noch nehmen lassen.

Der Versuch, die Schlußfolgerungen aus solchen Ausführungen auf Länder oder auf geschichtliche Situationen auszudehnen, in denen das Proletariat früher als die liberalen *Bourgeois* seine eigene Partei geschaffen hat, wo beim Proletariat die Stimmabgabe für bürgerliche Politikaster auch nicht im mindesten Tradition geworden ist, wo auf der Tagesordnung unmittelbar nicht sozialistische, sondern bürgerlich-demokratische Aufgaben stehen – dieser Versuch wäre ein Hohn auf die historische Methode von Marx.

Unser Gedanke wird dem Leser noch klarer werden, wenn wir Engels' Äußerungen über die englisch-amerikanische Bewegung mit seinen Äußerungen über die deutsche Bewegung vergleichen.

Solche Äußerungen gibt es im vorliegenden Briefwechsel ebenfalls sehr viele und höchst interessante. Durch alle diese Äußerungen zieht sich wie ein roter Faden aber etwas ganz anderes: die Warnung vor dem „rechten Flügel“ der Arbeiterpartei, der schonungslose (mitunter, wie bei Marx in den Jahren 1877–1879, *ungestüme*) Krieg gegen den *Opportunismus* in der Sozialdemokratie.

Belegen wir dies zuerst durch Zitate aus den Briefen, um dann eine Einschätzung dieser Erscheinung zu geben.

Vor allem muß hier auf die Äußerungen von K. Marx über Höchberg und Konsorten hingewiesen werden. Fr. Mehring bemüht sich in seinem Artikel „Der Sorgesche Briefwechsel“, die Angriffe von Marx wie auch die späteren Angriffe von Engels auf die *Opportunisten* abzuschwächen – und zwar, unserer Ansicht nach, mit etwas zu großem Eifer. Speziell im Fall Höchberg und Konsorten verfißt Mehring seine Meinung, Lassalle und die Lassalleaner seien von Marx falsch beurteilt worden. Uns

jedoch interessiert hier, wir wiederholen das, nicht das historische Urteil, ob die Angriffe von Marx auf diese oder jene Sozialisten richtig oder übertrieben waren, sondern Marx' *prinzipielle* Einschätzung bestimmter Strömungen im Sozialismus überhaupt.

Marx beklagt sich über die Kompromisse der deutschen Sozialdemokraten mit den Lassalleanern und mit Dühring (Brief vom 19. Oktober 1877) und verurteilt auch das Kompromiß „mit einer ganzen Bande halbreifer Studiosen und überweiser Doctores“ („Doktor“ ist im Deutschen ein wissenschaftlicher Grad, der unserem „Kandidaten“ oder einem „Universitätsabsolventen erster Kategorie“ entspricht), „die dem Sozialismus eine ‚höhere, ideale‘ Wendung geben wollen, d. h. die materialistische Basis (die ernstes objektives Studium erheischt, wenn man auf ihr operieren will)“ ersetzen wollen „durch moderne Mythologie, mit ihren Göttinnen der Gerechtigkeit, Freiheit, Gleichheit und fraternité“ (Brüderlichkeit). „Herr Dr. Höchberg, der die ‚Zukunft‘ herausgibt, ist ein Vertreter dieser Richtung und hat sich in die Partei ‚eingekauft‘ – ich unterstelle mit den ‚edelsten‘ Absichten, aber ich pfeife auf ‚Absichten‘. Etwas Miserableres wie sein Programm der ‚Zukunft‘ hat selten mit mehr ‚bescheidner Anmaßung‘ das Licht erblickt.“ (Brief Nr. 70.)<sup>99</sup>

In einem anderen Brief, geschrieben fast zwei Jahre später (am 19. September 1879), widerlegt Marx den Klatsch, daß er und Engels hinter J. Most stünden, und berichtet Sorge ausführlich über seine Haltung zu den Opportunisten in der deutschen sozialdemokratischen Partei. Die Zeitschrift „Zukunft“ wurde von Höchberg, Schramm und Ed. Bernstein geleitet. Marx und Engels *lehnten es ab*, an einer solchen Publikation mitzuarbeiten, und als man von der Begründung eines neuen Parteiorgans unter Teilnahme des gleichen Höchberg und mit seiner materiellen Unterstützung zu sprechen begann, verlangten Marx und Engels zunächst – zur Kontrolle über dieses „Doktoren- und Studenten- etc. Pack und Kathedersozialistengesindel“ –, daß der von ihnen benannte verantwortliche Redakteur Hirsch akzeptiert werde. Dann richteten sie ein Rundschreiben direkt an Bebel, Liebknecht und andere Führer der sozialdemokratischen Partei, worin sie drohten, gegen eine „solche“ Herabwürdigung (deutsch „Verluderung“ – ein *noch kräftigeres* Wort) „der Partei und der Theorie“ offen zu kämpfen, wenn die Richtung Höchberg, Schramm und Bernstein sich nicht ändere.

Es war die Zeit in der deutschen sozialdemokratischen Partei, die Mehring in seiner „Geschichte“ „Ein Jahr der Verwirrung“ nannte. Nach dem „Ausnahmegesetz“ fand die Partei nicht sofort den richtigen Weg. Sie verfiel zunächst in den Anarchismus Mosts und in den Opportunismus von Höchberg und Konsorten. „Diese Burschen“, schreibt Marx über Höchberg, „theoretisch Null, praktisch unbrauchbar, wollen dem Sozialismus (den sie sich nach den Universitätsrezepten zurechtgemanscht) und namentlich der sozialdemokratischen Partei die Zähne ausbrechen, die Arbeiter aufklären oder, wie sie sagen, ihnen ‚Bildungselemente‘ durch ihre konfuse Halbwisserei zuführen und vor allem die Partei in den Augen des Spießbürgers respektabel machen. Es sind arme konterrevolutionäre Zungendrescher.“<sup>100</sup>

Der „ungestüme“ Angriff von Marx führte dazu, daß die Opportunisten zurückwichen und . . . sich dünne machten. Im Brief vom 19. November 1879 teilt Marx mit, daß man Höchberg aus der Redaktionskommission entfernt habe und daß alle einflußreichen Führer der Partei – Bebel, Liebknecht, Bracke usw. – seine Ideen *desavouiert* haben.<sup>101</sup> Der „Sozialdemokrat“, das Parteiorgan der Sozialdemokratie, erschien nunmehr unter der Redaktion Vollmars, der damals auf dem revolutionären Flügel der Partei stand. Nach einem weiteren Jahr (am 5. November 1880) berichtet Marx, wie er und Engels ständig gegen die „miserable“ Leitung dieses „Sozialdemokrat“ gekämpft haben, „wobei's oft scharf hergeht“. Liebknecht war im Jahre 1880 bei Marx und versprach eine „Besserung“ in jeder Beziehung.<sup>102</sup>

Der Friede war wiederhergestellt, der Krieg war nicht nach außen geblüht. Höchberg trat ab, Bernstein wurde revolutionärer Sozialdemokrat . . . jedenfalls bis zum Tode von Engels im Jahre 1895.

In seinem Brief an Sorge vom 20. Juni 1882 behandelt Engels diesen Kampf bereits als etwas Vergangenes: „In Deutschland gehen die Sachen im ganzen vortrefflich. Zwar haben die Herren Literaten der Partei versucht, eine reaktionär-bürgerlich-zahm-gebildete Schwenkung durchzuführen, aber sie ist glänzend gescheitert. Die Infamien, denen die sozialdemokratischen Arbeiter überall ausgesetzt sind, haben diese überall viel revolutionärer gemacht, als sie noch vor drei Jahren gewesen . . . Diese Leute“ (die Literaten der Partei) „möchten um jeden Preis das Sozialistengesetz durch Milde und Sanftmut, Kriecherei und Zahmheit weg-

betteln, weil es mit ihrem literarischen Erwerb kurzen Prozeß macht. Sobald das Gesetz beseitigt . . . wird die Spaltung wahrscheinlich offen werden und die Vierecks, Höchbergs einen separaten rechten Flügel bilden, wo man dann von Fall zu Fall mit ihnen verhandeln kann, bis sie endlich definitiv auf den Arsch fallen. Wir haben das schon gleich nach Erlaß des Sozialistengesetzes erklärt, als Höchberg und Schramm im ‚Jahrbuch‘ eine unter den Umständen ganz infame Beurteilung der bisherigen Parteitätigkeit losließen und ein mehr jebildetes“ („jebildetes“ statt „gebildetes“ – Engels zielt auf die Berliner Aussprache deutscher Literaten), „wohlanständiges, salonfähiges Betragen der Partei verlangten . . .“<sup>103</sup>

Die im Jahre 1882 gemachte Voraussage der Bernsteiniade sollte sich 1898 und in den folgenden Jahren glänzend bestätigen.

Seitdem, besonders nach dem Tode von Marx, ist Engels, man kann es ohne Übertreibung sagen, unermüdlich dabei, das von den deutschen Opportunisten Verbogene „geradezubiegen“.

Ende 1884. Engels verurteilt das „kleinbürgerliche Vorurteil“ der deutschen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, die für die Dampfersubvention (siehe in Mehrings „Geschichte“) gestimmt hatten. Engels teilt Sorge mit, daß ihm dies Korrespondenz genug mache (Brief vom 31. Dezember 1884).<sup>104</sup>

1885. Engels gibt eine Einschätzung der ganzen Geschichte mit der „Dampfersubvention“ und schreibt (am 3. Juni), daß „es fast zur Spaltung kam“, die „Spießbürgergelüste“ der sozialdemokratischen Abgeordneten seien „kolossal“ gewesen. „Eine kleinbürgerlich-sozialistische Fraktion ist in einem Lande wie Deutschland unvermeidlich“, sagt Engels.<sup>105</sup>

1887. Engels antwortet Sorge, der ihm geschrieben hat, daß die Partei sich blamiere, wenn Leute wie Viereck (ein Sozialdemokrat vom Schlage Höchbergs) als Abgeordnete gewählt werden. Das geht nicht anders – rechtfertigt sich Engels –, die Arbeiterpartei müsse die Kandidaten nehmen, wo sie sie findet und wie sie sie findet. „Die Herren vom rechten Flügel wissen, daß sie nur infolge des Sozialistengesetzes noch toleriert werden und sofort an die Luft fliegen an dem Tag, wo die Partei wieder Bewegungsfreiheit erhält.“ Es ist Engels überhaupt lieber, „wenn die Partei besser ist als ihre Parlamentshelden – als umgekehrt“ (3. März 1887). Liebknecht ist ein Versöhnler, klagt Engels, er vertuscht dauernd

die Gegensätze durch Phrasen, kommt es aber zur Spaltung, wird er im entscheidenden Moment mit uns sein.<sup>106</sup>

1889. Zwei internationale sozialdemokratische Kongresse in Paris. Die Opportunisten (mit den französischen Possibilisten<sup>107</sup> an der Spitze) haben sich von den revolutionären Sozialdemokraten abgespalten. Engels (er war damals 68 Jahre alt) stürzt sich wie ein Jüngling in den Kampf. Eine Reihe von Briefen (vom 12. Januar bis zum 20. Juli 1889) ist dem Kampf gegen die Opportunisten gewidmet. Nicht nur sie, sondern auch die Deutschen, Liebknecht, Bebel usw., bekommen wegen ihres Versöhnertums ihren Teil ab.

Die Possibilisten haben sich an die Regierung verkauft, schreibt Engels am 12. Januar 1889. Die Mitglieder der englischen „Sozialdemokratischen Föderation“ (SDF) überführt er des Bündnisses mit den Possibilisten.<sup>108</sup> „Die Schreibereien und Laufereien wegen des verdammten Kongresses lassen mir kaum Zeit zu etwas anderem.“ (11. Mai 1889.) Die Possibilisten sind auf den Beinen, die Unsrigen schlafen, ärgert sich Engels. Jetzt verlangen Auer und Schippel sogar, daß wir auf den Possibilistenkongreß gehen. Dies aber hat „endlich“ Liebknecht die Augen geöffnet. Engels schreibt gemeinsam mit Bernstein Pamphlete gegen die Opportunisten (gezeichnet von Bernstein – Engels nennt sie „unsere Pamphlete“).<sup>109</sup>

„Die Possibilisten haben außer der Social Democratic Federation keine einzige sozialistische Organisation in ganz Europa.“ (8. Juni 1889.) „Sie fallen daher auf die nichtsozialistische Trade-Union zurück . . .“ (Unseren Anbetern einer breiten Arbeiterpartei, des Arbeiterkongresses usw. zur Kenntnis!) „Von Amerika erhalten sie einen *Knight of Labor*.“ Der Gegner ist derselbe wie im Kampf gegen die Bakunisten: „ . . . nur daß die anarchistische Flagge mit der possibilistischen vertauscht ist: Verkauf des Prinzips an die Bourgeoisie gegen Konzessionen im Detail und namentlich gegen gutbezahlte Posten für die Führer (Stadtrat, Arbeitsbörse etc.).“ Brousse (der Führer der Possibilisten) und Hyndman (der Führer der SDF, die sich mit den Possibilisten vereinigt hat) greifen „le Marxisme autoritaire“\* an und wollen „den Kern der neuen Internationale“ bilden.

„Aber von der Naivität der Deutschen hast Du keinen Begriff. Es hat mich unendliche Mühe gekostet, selbst Bebel beizubringen, um was es sich eigentlich handelt . . .“ (8. Juni 1889.)<sup>110</sup> Und als beide Kongresse

\* „den autoritären Marxismus“. *Der Übers.*

stattfanden, als sich die revolutionären Sozialdemokraten zahlenmäßig stärker erwiesen als die Possibilisten (die sich mit den *Trade-Unionisten*, mit der SDF, mit einem Teil der Österreicher usw. *vereinigt* hatten), jubelt Engels (17. Juli 1889).<sup>111</sup> Es freut ihn, daß die versöhnlerischen Pläne und Anträge Liebknechts und anderer gescheitert sind (20. Juli 1889). „Recht aber ist es unseren sentimentalen Versöhnungsbrüdern, daß sie für alle ihre Freundschaftsbeteuerungen diesen derben Tritt auf den Allerwertesten erhalten. Das wird sie wohl auf einige Zeit kurieren.“<sup>112</sup>

... Mehring hat recht („Der Sorgesche Briefwechsel“), wenn er sagt, daß Marx und Engels vom „guten Ton“ wenig verstanden haben: „... wenn sie nicht lange jeden Puff überlegten, den sie austeilten, so greinten sie auch nicht über jeden Puff, den sie empfangen... Wenn sie glauben, daß ihre Nadelstiche mein altes, wohlgegerbtes und dickhäutiges Fell durchdringen können, so irren sie sich“, schreibt Engels einmal.<sup>113</sup> Und diese Unempfindlichkeit, die sie sich angeeignet hatten, schreibt Mehring über Marx und Engels, setzten sie auch bei anderen voraus.

1893. Eine Abrechnung mit den „Fabians“, die sich von selbst aufdrängt, wenn man . . . sich ein Urteil über die Bernsteinianer bilden will (hat doch Bernstein nicht umsonst seinen Opportunismus in England bei den „Fabians“ „großgezogen“). „Die Fabians sind hier in London eine Bande von Strebern, die Verstand genug haben, die Unvermeidlichkeit der sozialen Umwälzung einzusehen, die aber dem rohen Proletariat unmöglich diese Riesenarbeit allein anvertrauen können und deshalb die Gewogenheit haben, sich an die Spitze zu stellen. Angst vor der Revolution ist ihr Grundprinzip. Sie sind die ‚Gebildeten‘ par excellence\*. Ihr Sozialismus ist Munizipalsozialismus; die Kommune, nicht die Nation, soll wenigstens vorläufig Eigentümerin der Produktionsmittel werden. Dieser ihr Sozialismus wird dann dargestellt als eine äußerste, aber unvermeidliche Konsequenz des bürgerlichen Liberalismus, und daher folgt ihre Taktik, die Liberalen nicht als Gegner entschieden zu bekämpfen, sondern sie zu sozialistischen Konsequenzen fortzutreiben, ergo\*\* mit ihnen zu mogeln, to permeate Liberalism with Socialism\*\*\*, und den Liberalen

\* in Reinkultur. *Die Red.*

\*\* also. *Der Übers.*

\*\*\* den Liberalismus mit Sozialismus zu durchdringen. *Der Übers.*

sozialistische Kandidaten nicht entgegenzustellen, sondern aufzuhängen und aufzuzwingen resp. aufzulügen. Daß sie dabei entweder selbst belogen und betrogen sind oder den Sozialismus belügen, sehn sie natürlich nicht ein.

Sie haben mit großem Fleiß unter allerlei Schund auch manche gute Propagandaschrift geleistet und in der Tat das Beste, was die Engländer in dieser Beziehung geleistet. Aber sowie sie auf ihre spezifische Taktik kommen: den Klassenkampf zu vertuschen, wird's faul. Daher auch ihr fanatischer Haß gegen Marx und uns alle – wegen des Klassenkampfs.

Die Leute haben natürlich viel bürgerlichen Anhang und daher Geld...“<sup>114</sup>

#### EINE KLASSISCHE BEURTEILUNG DES INTELLIGENZLER-OPPORTUNISMUS IN DER SOZIALDEMOKRATIE

1894. Die Bauernfrage. „Auf dem Kontinent“, schreibt Engels am 10. November 1894, „wächst mit den Erfolgen die Lust nach noch mehr Erfolg, und die Bauernfängerei im buchstäblichen Sinn wird Mode. Erst erklären die Franzosen in Nantes durch Lafargue nicht nur . . . , daß wir keinen Beruf haben, den Ruin der Kleinbauern, den der Kapitalismus für uns besorgt, durch direktes Eingreifen unsrerseits zu beschleunigen, sondern auch, man müsse den Kleinbauer gegen Fiskus, Wucher und Großgrundbesitzer direkt schützen. Das können wir aber nicht mitmachen, weil es erstens dumm und zweitens unmöglich ist. Nun aber kommt Vollmar in Frankfurt und will den *Bauer überhaupt* bestechen, und zwar ist der Bauer, mit dem er in Oberbayern zu tun hat, nicht der verschuldete rheinische Kleinbauer, sondern der Mittel- und selbst Großbauer, der Knechte und Mägde exploitiert und Vieh und Getreide in Massen verkauft. Und das geht nicht ohne Aufgeben des ganzen Prinzips.“<sup>115</sup>

1894. 4. Dezember: . . . „Die Bayern, die sehr, sehr opportunistisch geworden und fast schon eine ordinäre Volkspartei (d. h. die meisten Führer und viel neuer Parteizulauf) sind, hatten für das Gesamtbudget im bayerischen Landtag gestimmt, und namentlich Vollmar hatte eine Bauernagitation eingerichtet, um die oberbayerischen Großbauern – Leute

mit 25 bis 80 Acres Land (10 bis 30 Hektaren), die also ohne Lohnarbeiter gar nicht fertig werden können – einzufangen, nicht aber ihre Knechte . . .“<sup>116</sup>

Daraus sehen wir, daß Marx und Engels mehr als zehn Jahre systematisch, unentwegt gegen den Opportunismus in der deutschen sozialdemokratischen Partei kämpften und das intelligenzlerische Philistertum und Spießbürgertum im Sozialismus verfolgten. Das ist eine äußerst wichtige Tatsache. Weite Kreise wissen, daß die deutsche Sozialdemokratie als ein Vorbild marxistischer Politik und Taktik des Proletariats gilt, aber sie wissen nicht, welchen ständigen Krieg die Begründer des Marxismus gegen den „rechten Flügel“ (ein Ausdruck von Engels) dieser Partei zu führen hatten. Daß dieser Krieg bald nach Engels' Tode aus einem versteckten zu einem offenen wurde, ist kein Zufall. Es ist das unvermeidliche Ergebnis der jahrzehntelangen historischen Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie.

Und heute erkennen wir besonders deutlich zwei Linien in den Ratschlägen, Hinweisen, Richtigstellungen, Drohungen und Ermahnungen von Engels (und Marx). Den englisch-amerikanischen Sozialisten legten sie mit größter Beharrlichkeit nahe, sich mit der Arbeiterbewegung zu verschmelzen, den engen und verknöcherten sektiererischen Geist aus ihren Organisationen auszumerzen. Die deutschen Sozialdemokraten lehrten sie mit größter Beharrlichkeit: Verfallt nicht in Philistertum, in „parlamentarischen Idiotismus“ (ein Ausdruck von Marx im Brief vom 19. September 1879)<sup>117</sup>, in kleinbürgerlich-intelligenzlerischen Opportunismus.

Ist es nicht charakteristisch, daß unsere sozialdemokratischen Klatschbasen sich über die Ratschläge der ersten Art des langen und breiten auslassen, über die Ratschläge der zweiten Art aber mit Schweigen hinweggehen? Zeigt diese Einseitigkeit in der Beurteilung der Briefe von Marx und Engels nicht am besten eine gewisse, uns eigene russische, sozialdemokratische . . . „Einseitigkeit“?

Heute, wo die internationale Arbeiterbewegung Symptome einer tiefen Gärung und großer Schwankungen offenbart, wo die Extreme des Opportunismus, des „parlamentarischen Idiotismus“ und des philisterhaften Reformismus die entgegengesetzten Extreme des revolutionären Syndikalismus hervorgerufen haben – heute erlangt die gesamte Linie der Marx-

schen und Engelsschen „Richtigstellungen“ am englisch-amerikanischen und am deutschen Sozialismus außerordentliche Bedeutung.

In Ländern, wo es *keine* sozialdemokratische Arbeiterpartei, *keine* sozialdemokratischen Abgeordneten in den Parlamenten, *keine* systematische, prinzipienfeste sozialdemokratische Politik bei den Wahlen, in der Presse usw. gibt – in solchen Ländern, lehrten Marx und Engels, müssen die Sozialisten *um jeden Preis* mit dem engen Sektierertum aufräumen und sich der Arbeiterbewegung *anschließen*, um das Proletariat *politisch aufzurütteln*. Denn in England wie in Amerika zeigte das Proletariat im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts *fast keine* politische Selbstständigkeit. Der politische Schauplatz in diesen Ländern – in denen es *fast keine* bürgerlich-demokratischen historischen Aufgaben gibt – wurde *ausschließlich* von der triumphierenden, selbstzufriedenen Bourgeoisie eingenommen, die in der Kunst, die Arbeiter zu betrügen, zu demoralisieren und zu bestechen, in der Welt nicht ihresgleichen findet.

Zu glauben, daß diese Ratschläge von Marx und Engels für die englisch-amerikanische Arbeiterbewegung einfach und direkt auf die russischen Verhältnisse angewandt werden können – heißt sich den Marxismus zunutze machen, nicht um sich über seine *Methode* klarzuwerden, nicht um die konkreten historischen Besonderheiten der Arbeiterbewegung in bestimmten Ländern zu *untersuchen*, sondern um ihn zu kleinen fraktionellen, intelligenzlerischen Zwecken zu mißbrauchen.

In einem Lande dagegen, wo die bürgerlich-demokratische Revolution unvollendet geblieben ist, wo „ein mit parlamentarischen Formen verbrämter Militärdespotismus“ (ein Ausdruck von Marx in seiner „Kritik des Gothaer Programms“)<sup>118</sup> herrschte und herrscht, wo das Proletariat bereits seit langem in die Politik einbezogen ist und eine sozialdemokratische Politik betreibt – in einem solchen Land fürchteten Marx und Engels vor allem die parlamentarische Verflachung, die philisterhafte Herabwürdigung der Aufgaben und des Schwungs der Arbeiterbewegung.

In der Epoche der bürgerlich-demokratischen Revolution in Rußland *diese* Seite des Marxismus zu betonen und in den Vordergrund zu rücken, sind wir um so mehr verpflichtet, als bei uns eine weitverbreitete, „glänzende“, reiche bürgerlich-liberale Presse mit Tausenden Stimmen dem Proletariat die „vorbildliche“ Loyalität, die parlamentarische Lega-

lität, die Bescheidenheit und Mäßigung der benachbarten deutschen Arbeiterbewegung anpreist.

Diese eigennützige Lüge der bürgerlichen Verräter an der russischen Revolution entsprang nicht einem Zufall und nicht der persönlichen Verderbtheit irgendwelcher ehemaligen oder künftigen Minister aus dem kadettischen Lager, sondern den tiefgreifenden, ökonomischen Interessen der liberalen Gutsbesitzer und der liberalen Bourgeois in Rußland. Und im Kampf gegen diese Lüge, diese „Massenverdummung“ (ein Ausdruck von Engels in dem Brief vom 29. November 1886)<sup>119</sup> müssen die Briefe von Marx und Engels allen russischen Sozialisten als eine unersetzliche Waffe dienen.

Die eigennützige Lüge der liberalen Bourgeois verweist das Volk auf die vorbildliche „Bescheidenheit“ der deutschen Sozialdemokraten. Die Führer dieser Sozialdemokraten, die Begründer der Theorie des Marxismus, sagen uns:

„Die revolutionäre Sprache und Aktion der Franzosen hat die Heulmeierei der Vierecks u. Co.“ (opportunistische Sozialdemokraten in der deutschen sozialdemokratischen Reichstagsfraktion) „erst recht matt erscheinen lassen“ (es handelt sich um die Bildung einer Arbeiterpartei in der französischen Kammer und um den Decazeviller Streik, der die französischen Radikalen vom französischen Proletariat abspaltete<sup>120</sup>), „und so sind in der letzten Sozialistengesetzdebatte nur Bebel und Liebknecht aufgetreten, und beide sehr gut. Mit dieser Debatte können wir uns wieder in anständiger Gesellschaft sehen lassen, was keineswegs mit allen der Fall war. Überhaupt ist es gut, daß den Deutschen, namentlich seitdem sie so viel Philisterelemente gewählt (was freilich unvermeidlich war), die Führung“ (der internationalen sozialistischen Bewegung) „etwas streitig gemacht wird. In Deutschland wird alles in rubigen Zeiten philisterhaft; da ist der Stachel der französischen Konkurrenz absolut nötig . . .“ (Brief vom 29. April 1886.)<sup>121</sup>

Das sind die Lehren, die sich die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands, die unter dem ideologischen Einfluß vor allem der deutschen Sozialdemokratie steht, am gründlichsten zu eigen machen muß.

Diese Lehren werden uns nicht vermittelt durch diese oder jene verzelte Stelle aus dem Briefwechsel der größten Männer des 19. Jahrhunderts, sondern durch den ganzen Geist und den ganzen Inhalt ihrer

kameradschaftlichen, offenen, jeder Diplomatie und kleinlichen Erwägungen abgeneigten Kritik an den internationalen Erfahrungen des Proletariats.

Wie sehr alle Briefe von Marx und Engels in der Tat von diesem Geist durchdrungen sind, zeigen auch folgende Stellen, die zwar Fragen verhältnismäßig spezieller Art betreffen, dafür aber höchst charakteristisch sind.<sup>122</sup>

Im Jahre 1889 begann in England eine junge, frische, von neuem, revolutionärem Geist erfüllte Bewegung ungelernter, unqualifizierter, einfacher Arbeiter (Arbeiter der Gaswerke, Hafendarbeiter usw.). Engels war davon begeistert. Er hebt triumphierend die Rolle der Tochter von Marx, Tussy, hervor, die unter ihnen Agitation betrieb. „Das widerwärtigste hier ist“, schreibt er aus London am 7. Dezember 1889, „die den Arbeitern tief ins Fleisch gewachsne bürgerliche ‚respectability‘\*. Sozial ist die Gliederung der Gesellschaft in zahllose, unbestritten anerkannte, Abstufungen, von denen jede ihren eignen Stolz, aber auch ihren angeborenen Respekt vor ihren ‚betters‘\*\* und ‚superiors‘\*\*\* hat, so alt und festgegründet, daß die Bourgeois noch immer das Ködern ziemlich leicht haben. Ich bin keineswegs sicher, z. B., daß John Burns nicht auf seine Popularität bei Kardinal Manning, dem Lord Mayor† und den Bourgeois überhaupt im stillen stolzer ist als auf die bei seiner eignen Klasse. Und Champion – Exleutnant – hat vor Jahren mit bürgerlichen, namentlich konservativen Elementen gemogelt, auf dem pfäffischen Church Congress†† Sozialismus gepredigt etc. Und selbst Tom Mann, den ich für den Bravsten halte, spricht gern davon, daß er mit dem Lord Mayor lunchen wird. Wenn man dagegen die Franzosen hält, merkt man doch, wozu eine Revolution gut ist.“<sup>123</sup>

Kommentar überflüssig.

Ein weiteres Beispiel. Im Jahre 1891 bestand die Gefahr eines europäischen Krieges. Engels korrespondierte darüber mit Bebel, und sie waren sich darüber einig, daß sich die deutschen Sozialisten bei einem

\* Wohlanständigkeit. *Der Übers.*

\*\* Bessergestellten. *Der Übers.*

\*\*\* Übergeordneten. *Der Übers.*

† Oberbürgermeister. *Der Übers.*

†† Kirchenkongreß. *Der Übers.*

Angriff Rußlands auf Deutschland verzweifelt mit den Russen und mit allen Verbündeten der Russen werden schlagen müssen. „Wird Deutschland erdrückt, dann auch wir, während der Kampf im günstigsten Falle ein so heftiger wird, daß Deutschland sich nur durch revolutionäre Mittel halten kann und daß daher sehr möglicherweise wir gezwungen werden, ans Ruder zu kommen und 1793 zu spielen.“ (Brief vom 24. Oktober 1891.)<sup>124</sup>

Mögen sich das jene Opportunisten merken, die vor aller Welt das Geschrei erhoben, die „jakobinischen“ Perspektiven der russischen Arbeiterpartei im Jahre 1905 seien etwas Nichtsozialdemokratisches! Engels wies Bebel geradezu auf die Möglichkeit hin, daß sich die Sozialdemokraten an einer provisorischen Regierung werden beteiligen müssen.

Es ist durchaus natürlich, daß Marx und Engels bei solchen Auffassungen von den Aufgaben der sozialdemokratischen Arbeiterparteien vom freudigsten Glauben an die russische Revolution und ihre gewaltige Bedeutung für die ganze Welt erfüllt waren. Durch eine Zeitspanne von fast zwanzig Jahren können wir in dem vorliegenden Briefwechsel dieses leidenschaftliche Warten auf die Revolution in Rußland verfolgen.

Da ist der Brief von Marx vom 27. September 1877. Die orientalische Krise<sup>125</sup> löst bei Marx helle Freude aus. „Rußland . . . stand schon lang an der Schwelle einer Umwälzung; alle Elemente dazu fertig. Die braven Türken haben die Explosion um Jahre beschleunigt durch die Keile, die sie . . . höchst eigen persönlich erteilt. Die Umwälzung wird secundum artem“ („nach allen Regeln der Kunst“) „mit Konstitutionsspielereien beginnen, et puis il y aura un beau tapage“ (und dann wird es einen schönen Spektakel geben). „Wenn uns Mutter Natur nicht besonders ungünstig, erleben wir den Jubel noch!“<sup>126</sup> (Marx war damals 59 Jahre alt.)

Mutter Natur ließ Marx „den Jubel“ nicht erleben — und konnte es wohl auch nicht. Aber die „Konstitutionsspielereien“ hat er *vorausgesagt*, und seine Worte erwecken den Eindruck, als wären sie erst gestern über die erste und über die zweite russische Duma geschrieben worden. Und die Warnung des Volkes vor „Konstitutionsspielereien“ bildete ja den „lebendigen Odem“ der den Liberalen und den Opportunisten so verhassten Boykottaktik . . .

Da ist der Brief von Marx vom 5. November 1880. Er frohlockt über den Erfolg des „Kapitals“ in Rußland und ergreift Partei für die Narodowolzen gegen die damals eben entstandene Gruppe der „schwarzen Umteiler“. Marx erfaßte richtig die anarchistischen Elemente in ihren Ansichten, und da er damals von der sich anbahnenden Evolution der volkstümlicheren „schwarzen Umteiler“ zu Sozialdemokraten nicht wußte und auch nicht wissen konnte, griff er die „schwarzen Umteiler“ mit aller Schärfe seines beißenden Sarkasmus an:

„Diese Herrn sind gegen alle politisch-revolutionäre Aktion. Rußland soll durch einen Salto mortale ins anarchistisch-kommunistisch-atheistische Millennium springen! Unterdessen bereiten sie diesen Sprung vor durch ennuyanten Doktrinarismus, dessen sogenannte principes courent la rue depuis feu Bakounine\*.“<sup>127</sup>

Man kann daraus ersehen, wie Marx für das Rußland des Jahres 1905 und der nachfolgenden Jahre die Wichtigkeit „politisch-revolutionärer Aktionen“ der *Sozialdemokratie* eingeschätzt hätte.\*\*

Da ist der Brief von Engels vom 6. April 1887. „Dagegen scheint die Krisis in Rußland bevorzustehn. Die letzten Attentate haben dem Faß den Boden so ziemlich ausgeschlagen . . .“ Ein Brief vom 9. April 1887 – dasselbe . . . „Die Armee ist voll malkontenter konspirierender Offiziere.“ (Engels stand damals unter dem Eindruck des revolutionären Kampfes der Narodowolzen, er setzte seine Hoffnungen auf die Offiziere und sah noch nicht den revolutionären Geist des russischen Soldaten und Matrosen, der sich achtzehn Jahre später so glänzend offenbaren sollte . . .) . . . „Ich glaube nicht, daß es noch dies Jahr vorhält; wenn es erst in Rußland losgeht, dann Hurra!“<sup>128</sup>

Der Brief vom 23. April 1887: „In Deutschland Verfolgung über Verfolgung“ (gegen die Sozialisten). „Es scheint, Bismarck will alles fertig

\* Prinzipien seit Bakunin selig auf der Straße streuen. *Der Übers.*

\*\* Apropos. Wenn mich mein Gedächtnis nicht trügt, erzählten mir Plechanow oder W. I. Sassulitsch 1900–1903 von einem Brief Engels' an Plechanow über „Unsere Meinungsverschiedenheiten“ und über den Charakter der in Rußland bevorstehenden Revolution. Es wäre interessant, genau zu erfahren, ob es einen solchen Brief gab, ob er erhalten ist und ob es nicht an der Zeit wäre, ihn zu veröffentlichen.<sup>128</sup>

haben, damit bei Ausbruch der Revolution in Rußland, die jetzt wohl nur noch eine Frage von Monaten, auch in Deutschland gleich losgeschlagen werden kann.“<sup>130</sup>

Die Monate zogen sich sehr, sehr in die Länge. Kein Zweifel, daß sich Philister finden werden, die stirnrunzelnd, mit strenger Miene Engels' „Revolutionarismus“ scharf verurteilen oder sich herablassend über die alten Utopien des alten revolutionären Emigranten lustig machen.

Jawohl, Marx und Engels irrten viel und häufig in der Bestimmung der Zeitspanne bis zur Revolution, in ihren Hoffnungen auf den Sieg der Revolution (z. B. 1848 in Deutschland), in dem Glauben an die nahe bevorstehende deutsche „Republik“ („Für Republik zu sterben“, schrieb Engels über diese Epoche, sich an seine Stimmung als Teilnehmer der militärischen Reichsverfassungskampagne 1848/49 erinnernd<sup>131</sup>). Sie irrten im Jahre 1871, als sie dabei waren, „das südliche Frankreich zum Aufstand zu bringen, und dafür haben“ sie (Becker schreibt „wir“ und meint damit sich und seine nächsten Freunde: Brief Nr. 14 vom 21. Juli 1871) „was menschenmöglich ist gewirkt, geopfert und gewagt“. In dem gleichen Brief: „Hätten wir im März und April über mehr Mittel verfügt, so hätten wir das ganze mittägliche Frankreich zur Schilderhebung gebracht und die Kommune in Paris gerettet.“ (S. 29.) Aber *solche* Fehler der Giganten des revolutionären Denkens, die das Proletariat der ganzen Welt über die kleinlichen, alltäglichen Groschenaufgaben zu erheben suchten und erhoben, sind tausendmal edler, erhabener, *historisch wertvoller und wahrhafter* als die banale Weisheit des zopfigen Liberalismus, der deklamiert, lamentiert, trompetet und orakelt über die Eitelkeit der revolutionären Eitelkeiten, über die Vergeblichkeit des revolutionären Kampfes, über den Zauber konterrevolutionärer „konstitutioneller“ Hirngespinnste . . .

Die russische Arbeiterklasse wird sich durch ihre mit vielen Fehlern behafteten revolutionären Aktionen die Freiheit erkämpfen und Europa einen Anstoß geben – fade Tröpfe aber mögen sich brüsten mit der Unfehlbarkeit ihrer revolutionären Untätigkeit.

6. April 1907

## DIE DUMA UND DIE RUSSISCHEN LIBERALEN

St. Petersburg, 10. April

Die Stimmung der sogenannten russischen „Gesellschaft“ ist gedrückt, eingeschüchtert, verwirrt. Und der Artikel des Herrn F. Malower<sup>132</sup> – der sein Pseudonym\* äußerst treffend gewählt hat – im „Towarischtsch“ vom Sonntag (8. April) stellt eben darum eine aufschlußreiche und charakteristische Erscheinung dar, weil er diese Stimmung richtig widerspiegelt.

Der Artikel des Herrn Malower ist betitelt: „Duma und Gesellschaft“. Unter Gesellschaft versteht er hier entsprechend dem alten russischen Sprachgebrauch das Häuflein liberaler Beamter, bürgerlicher Intellektueller, sich langweilender Rentiers und anderer dünnköpfiger, selbstzufriedener, müßiger Leute, die sich einbilden, das Salz der Erde zu sein, sich selber stolz als „Intelligenz“ bezeichnen, die „öffentliche Meinung“ machen usw. usf.

Herrn Malower „scheint der gegen die Duma gerichtete Feldzug, der in den letzten Tagen in den Spalten der Linkspresse zu beobachten ist, äußerst riskant“. Das ist der Grundgedanke des Artikels. Die Beweisführung des Herrn Malower besteht darin, daß er sich auf die Stimmung der Gesellschaft beruft. Die Gesellschaft sei müde geworden, „entsage resigniert“ der Politik, protestiere nicht gegen Gemeinheiten, lese in den Bibliotheken und kaufe in den Buchhandlungen „leichte“ Belletristik. „Ein schlappes Milieu . . .“ „damit die Duma auflebt, ist es nötig, daß das Land von neuem auflebt.“ „Die Duma könnte natürlich in jedem gegeb-

\* „Malower“ – der Kleingläubige. *Der Übers.*

nen Augenblick eines heldenhaften Todes sterben, aber nach den umlaufenden Gerüchten zu urteilen, käme das nur denjenigen gelegen, die die Duma unfreiwilligerweise aus der Taufe gehoben haben. Was aber würde das Volk dabei gewinnen, außer einem neuen Wahlgesetz?"

Wir führen diese Zitate an, weil sie *typisch* sind für die überwiegende Mehrheit der russischen Liberalen und für das ganze intellektuelle Gesinde des Liberalismus.

Man beachte, daß in dem letzten Satz an Stelle der „Gesellschaft“ plötzlich das „Volk“ auftaucht! Der Kleingläubige, Herr Malower, der vor sich selbst Versteck spielt (wie das alle intelligenzlerischen Kleingläubigen stets tun), hat seine ganze Beweisführung gefälscht, hat die Sache so hingestellt, als ob die vielberühmte „Gesellschaft“ wirklich die „Unterstützung von außen“ oder die Haltung der *Massen* bestimme. Aber wie gerissen diese Fälschung auch war, sie ist trotzdem mißlungen: man mußte von der „Gesellschaft“ zum „Volk“ übergehen. Und der ganze Staub, der sich in den sorgfältig gegen die Straße abgeschirmten und geschützten, ungelüfteten und muffigen Kabinetten der Männer aus der „Gesellschaft“ angesammelt hat, wirbelt in Wolken auf, sobald die Tür zur „Straße“ auch nur einen Spalt breit geöffnet wird. Die Sophistik des Stockfisches\*, der sich für „intelligent“ und „gebildet“ hält, wird vor aller Augen offenbar.

Thesis: Der Feldzug der *Linken* gegen die Duma ist riskant.

Beweis: Die *Gesellschaft* ist müde geworden und entsagt resigniert der Politik, sie gibt leichter Belletristik den Vorzug.

Schlußfolgerung: Von einem Heldentod der Duma hätte das Volk nicht den geringsten Nutzen.

Die politische Losung: „Jetzt zweifelt wohl schon niemand mehr daran, daß in nächster Zukunft ein politischer Kampf nur zur Festigung und Erweiterung der Rechte der Duma geführt werden kann, da sie das einzige (!) Instrument des Kampfes gegen die Regierung ist, das das Volk (!) vorläufig in Händen hat.“

Nicht wahr, eine unvergleichliche Logik von konterrevolutionären Heuchlern, die sich in die vornehme Toga des Skeptizismus und blasieren Gleichmuts hüllen.

\* Titel eines Märchens von Saltykow-Schtschedrin. *Der Übers.*

Thesis: Wir, die „Gesellschaft“, sitzen im Dreck. Ihr, die Linken, versucht ihn wegzufegen? Rührt ihn nicht an, der Dreck stört uns nicht.

Beweis: Wir sind der (nicht von uns unternommenen) Versuche müde geworden, den Dreck wegzuräumen. Unsere Stimmung hinsichtlich des Wegräumens ist unentschlossen.

Schlußfolgerung: Es ist riskant, den Dreck anzurühren.

Die Betrachtungen der Herren Kleingläubigen sind von großer Bedeutung, denn sie spiegeln, wir wiederholen das, richtig eine Stimmung wider, deren Quelle in letzter Instanz der Kampf der Klassen in der russischen Revolution ist. Die Müdigkeit der Bourgeoisie und ihr Hang zur „leichten“ Belletristik sind keine zufällige, sondern eine unvermeidliche Erscheinung. Die Gruppierung der Bevölkerung nach Parteien, diese wichtigste Lehre und wichtigste politische Errungenschaft der Revolution während der Wahlen zur II. Duma, zeigte anschaulich an Hand von Tatsachen in gesamt nationalem Maßstab diese Rechtsschwenkung breiter Schichten der Gutsbesitzer und der Bourgeoisie. Die „Gesellschaft“ und die „Intelligenz“ sind einfach klägliche, kümmerliche, feige und niederträchtige Schleppenträger dieser oberen Zehntausend.

Ein großer Teil der bürgerlichen Intelligenz lebt und nährt sich vom Tische derjenigen, die der Politik den Rücken kehren. Nur wenige Intellektuelle arbeiten in Propagandazirkeln der Arbeiterpartei und kennen den „*Wolfshunger*“ der Volksmassen nach politischen Büchern und Zeitungen, nach sozialistischem Wissen aus Erfahrung. Und natürlich nehmen solche Intellektuelle wenn nicht den Heldentod, so doch tatsächlich das heldenhafte Zuchthausleben des schlecht bezahlten, immer hungrigen, ewig übermüdeten, aufs äußerste überanstrengten „einfachen“ Parteifunktionärs auf sich. Als Belohnung dient einer *solchen* Intelligenz, daß sie sich befreit hat von den Misthaufen der „Gesellschaft“ und sich keine Gedanken mehr darüber zu machen braucht, daß *ihr* Auditorium Gleichmut gegenüber gesellschaftlich-politischen Fragen an den Tag legen könnte. Ein „Intellektueller“ aber, der es nicht versteht, ein diesen Fragen gegenüber nicht gleichgültiges Auditorium zu finden, ähnelt doch einem „Demokraten“ und einem Intellektuellen im guten Sinn des Wortes genausowenig, wie eine Frau, die sich des Geldes wegen in eine legale Ehe verkauft hat, einer liebenden Gattin ähnelt. Sowohl hier wie dort

handelt es sich um einfache Spielarten einer offiziell hochanständigen und völlig legalen Prostitution.

Die Linksparteien dagegen sind nur insoweit wirklich Linksparteien und verdienen diese Bezeichnung nur insoweit, als sie die Interessen und die Mentalität *nicht* der „Gesellschaft“, *nicht* der Häuflein alles möglichen jammernden Intellektuellenplunders zum Ausdruck bringen und widerspiegeln, sondern der untersten Schichten des Volkes, des Proletariats und eines gewissen Teils der ländlichen und städtischen kleinbürgerlichen Masse. Linksparteien sind diejenigen, deren Auditorium gesellschaftlich-politischen Fragen gegenüber *niemals* gleichgültig ist, so wie einem Hungrigen ein Stückchen Brot *niemals* gleichgültig ist. Ein „gegen die Duma gerichteter Feldzug“ dieser Linksparteien ist die Widerspiegelung einer bestimmten Strömung in den untersten Volksschichten, ist der Widerhall einer gewissen . . . nun, sagen wir, Massenempörung gegen die selbstzufriedenen Narzisse, die in die sie umgebenden Misthaufen verliebt sind.

Einer dieser Narzisse, Herr F. Malower, schreibt: „Die Mentalität der Volksmassen ist für die Periode, die wir durchleben, eine absolut unbekannte Größe, und niemand wird sich dafür verbürgen, daß diese Massen auf die Auflösung der zweiten Duma anders reagieren werden, als sie auf die Auflösung der ersten Duma reagiert haben.“

Wodurch unterscheidet sich das von der Mentalität einer „ehrbaren Frau“ aus der bürgerlichen Gesellschaft, die erklärt: Niemand wird sich dafür verbürgen, daß ich nicht aus Liebe denjenigen heiraten werde, der am meisten für mich zahlt?

Und Ihre eigenen Gefühle, Madame, können niemandem als Bürgschaft dienen? Und Sie, meine Herren Kleingläubigen, fühlen Sie sich nicht als ein Teilchen der „Volksmassen“, fühlen Sie sich nicht als Beteiligter (nicht nur als Zuschauer), sind Sie sich nicht bewußt, einer der Schöpfer der allgemeinen Stimmung, eine der vorwärtstreibenden Kräfte zu sein?

Die Bourgeoisie „wird sich nicht verbürgen“ dafür, daß das Proletariat von Niederlagen zum Sieg schreitet. Das Proletariat *wird sich verbürgen* dafür, daß die Bourgeoisie sich sowohl bei Niederlagen als auch bei Siegen des Volkes im Kampf um die Freiheit durch die gleiche Niedertracht auszeichnet.

Mögen die Sozialdemokraten, die zu Schwankungen und Zweifeln neigen, an den Beispielen der Herren Kleingläubigen lernen, mögen sie

begreifen lernen, bis zu welchem Grade *reaktionär* heute nicht nur die Redereien über die von den Sozialdemokraten gegenüber den Liberalen eingenommene „einseitig-feindliche“ Haltung sind, sondern auch die Redereien über eine „gesamtnationale“ Revolution (mit den Kleingläubigen an der Spitze!?).

„*Nasche Echo*“ Nr. 14,  
10. April 1907.

Nach dem Text von  
„*Nasche Echo*“.

## FRANZ MEHRING ÜBER DIE ZWEITE DUMA

In einer der letzten Nummern der deutschen sozialdemokratischen Zeitschrift „Die Neue Zeit“\* erschien ein Leitartikel mit der üblichen Chiffre des üblichen „Leitartiklers“ dieser Zeitschrift, Franz Mehrings. Der Autor hebt hervor, daß in den üblichen Etatsdebatten die sozialdemokratischen Redner Singer und David die Gelegenheit benutzt haben, zu zeigen, wie standhaft die bei den letzten Wahlen angeblich besiegte Sozialdemokratie ihre proletarische Position verteidigt. Die deutschen Liberalen dagegen, die sich bei den Wahlen gegen das klerikale „Zentrum“ und gegen die Sozialdemokratie mit der Regierung zusammengetan hatten, waren in die jämmerliche Lage von erniedrigten Verbündeten der Reaktion geraten. „Gegen das eine oder das andere dürftige Trinkgeld“, sagt Mehring, „soll die liberale Bourgeoisie die willige Dirne des ostelbischen Junkertums spielen.“

Wir zitieren diese scharfen Worte präzise, um den Lesern anschaulich zu zeigen, wie sich die sozialdemokratische Fragestellung bezüglich der Liberalen in Deutschland in Ton und Inhalt von der Fragestellung unterscheidet, die man jetzt häufig in den russischen Kadettenzeitungen antrifft. Bekanntlich haben diese Zeitungen anlässlich des Ausgangs der Wahlen in Deutschland ein ganz anderes Lied angestimmt; sie sprachen von Fehlern der Sozialdemokratie, die, so hieß es, die bürgerliche Demokratie ignoriert oder ihr gegenüber eine „einseitig-feindliche“ Haltung eingenommen habe usw.

Aber das nur nebenbei. Uns interessiert hier Mehrings Einschätzung nicht des deutschen Liberalismus, sondern der russischen Duma und des

\* Nr. 23 (25. Jahrg., Bd. 1) vom 6. März 1907.

russischen Liberalismus, dessen Losungen („die Duma erhalten“, „positive Arbeit“ leisten) er wunderbar treffend und klar analysiert.

Wir bringen die vollständige Übersetzung des ganzen zweiten Teils von Mehrings Artikel.

## DEUTSCHER LIBERALISMUS UND RUSSISCHE DUMA

Um die unendliche Kläglichkeit dieser Debatten\* zu verstehen, lohnt es sich wohl, einen Augenblick sechzig Jahre zurückzublicken, auf den Vereinigten Landtag in Berlin, wo die Bourgeoisie zum ersten Male ihre Lenden zum parlamentarischen Kampfe gürtete. Eine Heldengestalt war sie auch damals nicht, wie Karl Marx sie geschildert hat: „Ohne Glauben an sich selbst, ohne Glauben an das Volk, knurrend gegen oben, zitternd gegen unten, egoistisch nach beiden Seiten und sich ihres Egoismus bewußt, revolutionär gegen die Konservativen, konservativ gegen die Revolutionäre, ihren eigenen Stichworten mißtrauend . . . , eingeschüchtert vom Weltsturm, den Weltsturm exploitierend – Energie nach keiner Richtung, Plagiat nach allen Richtungen, gemein, weil sie nicht originell war, originell in der Gemeinheit – schachernd mit ihren eigenen Wünschen, ohne Initiative, ohne weltgeschichtlichen Beruf – ein vermaledeiter Greis, der sich dazu verdammt sah, die ersten Jugendströmungen eines robusten Volks in seinem eigenen altersschwachen Interesse zu leiten und abzuleiten – ohn' Aug! ohn' Ohr! ohn' Zahn, ohn' alles.“<sup>133</sup>

Aber bei alledem verstand die damalige Bourgeoisie doch noch, den Daumen auf den Beutel zu halten, dem König- und dem Junkertum die Temporalien zu sperren, ehe denn ihr eigenes Recht gesichert war, lieber der königlichen Ungnade zu trotzen, als dem königlichen Bankrott dadurch abzuhelpfen, daß sie ihr Erstgeburtsrecht opferte.

Verglichen mit den heutigen Freisinnigen, waren die Liberalen des Vereinigten Landtags allerdings noch heller. Sie pfften auf das Geschwätz von der „positiven Arbeit“ und ließen lieber ein so notwendiges Werk, wie damals der Bau der Ostbahn im Interesse der Landeswohlfahrt war, ins Stocken geraten, ehe sie sich dazu bequemen, auf ihr konstitutionelles Recht zu verzichten.

\* Gemeint sind die Etatsdebatten im Reichstag.

Die Erinnerung an die damalige Zeit liegt um so näher, als mit dem Schlusse der Etatsdebatte im Reichstag die Eröffnung der zweiten russischen Duma zusammenfiel. Unzweifelhaft hat die parlamentarische Geschichte der russischen Revolution bisher größere Ähnlichkeit gehabt mit der parlamentarischen Geschichte der preußischen Revolution von 1848, als mit der parlamentarischen Geschichte der französischen Revolution von 1789; die Geschichte der ersten russischen Duma glich in mancher Beziehung auffallend der Geschichte der Vereinbarerversammlung berufenen Angedenkens, die einst im Berliner Schauspielhaus tagte, bis auf den wirkungslos ins Wasser klatschenden Aufruf zur Steuerverweigerung, den die konstitutionell-demokratische Mehrheit nach ihrer Sprengung erließ. Auch in Preußen kam damals die neue Versammlung, die die Regierung einberief, wie jetzt die russische Duma, mit stärkerer oppositioneller Färbung zurück, um dann nach Monatsfrist wieder durch Waffengewalt gesprengt zu werden, und es fehlt nicht an Stimmen, die der neuen Duma ein gleiches Schicksal vorhersagen, woran denn die liberalen Neunmalweisen den trefflichen Rat fügen, sie möge durch „positive Arbeit“ ihr Leben zu erhalten und das Vertrauen des Volkes zu erwerben suchen, was im Sinne der Ratgeber ungefähr der sinnloseste Rat ist, der sich der neuen Duma geben läßt.

Die Geschichte liebt die Wiederholungen nicht, und die neue Duma ist in ganz anderem Sinne ein Geschöpf der Revolution, wie es einst das zweite preußische Parlament war. Sie ist gewählt trotz eines Wahldrucks, gegenüber dessen Infamie und Nichtswürdigkeiten selbst der deutsche Reichslügenverband beinahe noch auf mildernde Umstände plädieren darf, und ihre Linke ist nicht mehr von der konstitutionellen Demokratie beherrscht, sondern durch eine starke sozialistische Fraktion gestählt. Zudem hat es mit ihrer baldigen Auflösung einen besonderen Haken. Der Zarismus hätte sich nicht erst die Mühe gemacht, einen gewaltsamen Wahldruck der mühseligsten nicht minder als der widerlichsten Art auszuüben, wenn es ganz in seinem Belieben stünde, die Duma auseinanderzujagen oder nicht. Er braucht aber seinen Gläubigern gegenüber eine Volksvertretung, die ihn vor dem finanziellen Bankrott rettet, und er hat nicht die geringste Möglichkeit – selbst wenn ihm das Feuer nicht auf die Nägel brannte –, ein noch elenderes Wahlgesetz zu ersinnen und einen noch grausameren Wahldruck auszuüben.

In dieser Beziehung hatte die preußische Reaktion im Jahre 1849 allerdings noch einen großen Trumpf auszuspielen, indem sie das allgemeine Wahlrecht kassierte, das Dreiklassenwahlrecht oktroyierte und sich so eine sogenannte Volksvertretung verschaffte, die ihr keinen ernsthaften Widerstand entgegengesetzte, aber den Staatsgläubigern noch die nötige Garantie bot.

Die russische Revolution hat gerade auch durch die Wahl dieser Duma bewiesen, daß sie einen ungleich längeren und tieferen Atem hat, als ehemals die deutsche Revolution hatte. Es ist auch ganz sicher, daß sie die neue Duma nicht um nichts und wieder nichts gewählt hat, sondern sich recht behaglich darin einzurichten gedenkt. Jedoch sie würde sich selbst betrügen, wenn sie sich auf die weisen Ratschläge der deutschen Liberalen einlasse und in deren Sinne durch „positive Arbeit“ das Vertrauen des Volkes zu gewinnen suchte; damit würde sie nur denselben Weg des Jammers und der Schande betreten, den der deutsche Liberalismus seit sechzig Jahren gewandelt ist. Was dieser sonderbare Held unter „positiver Arbeit“ versteht, würde darauf hinauslaufen, daß die neue Duma dem Zarismus aus seiner finanziellen Klemme helfe und sich dafür durch das eine oder das andere dürftige Trinkgeld von „Reformen“ abspesen lasse, wie sie ein Ministerium Stolypin auszuhecken versteht.

Oder um den Begriff der „positiven Arbeit“ an einem historischen Beispiel zu erläutern: Wenn die französische Bauernbefreiung durch die Nationalversammlung in einer einzigen Sommernacht des Jahres 1789 vollbracht wurde, so war das nach dem geflügelten Worte des gefeiertsten Helden, den die konstitutionelle Demokratie je gehabt hat, des genialfeilen Abenteurers Mirabeau, eine „widerliche Orgie“, während es nach unserer Auffassung „positive Arbeit“ war. Umgekehrt: Wenn sich die preußische Bauernbefreiung sechzig Jahre hinschleppte, von 1807 bis 1865, unter unsäglichem Hängen und Würgen und grausam-ruchlosem Erschlagen unzähliger Bauernexistenzen, so war das nach Ansicht unserer Liberalen „positive Arbeit“, über die sie nicht genug in die Posaune blasen können, während es nach unserer Auffassung eine „widerliche Orgie“ war.

Also – „positive Arbeit“ wird die neue Duma gewiß leisten müssen, wenn sie ihrer historischen Aufgabe gerecht werden will. Darüber herrscht die erfreulichste Übereinstimmung. Es kommt nur darauf an, was

für eine Art „positive Arbeit“. Wir an unserem Teile hoffen und wünschen, daß sie sich als ein Werkzeug der russischen Revolution erweisen wird, wie sie als Geschöpf dieser Revolution geboren ist.

\*

Dieser Artikel Mehrings fordert unwillkürlich zum Nachdenken über die gegenwärtigen Strömungen in der russischen Sozialdemokratie heraus.

Vor allem muß bemerkt werden, daß der Autor, wo er die russische Revolution des Jahres 1905 und der folgenden Jahre mit der deutschen von 1848 und 1849 vergleicht, die erste Duma mit der berühmten „Vereinbarerversammlung“ vergleicht. Der zitierte Ausdruck stammt von Marx. Er verlieh diesen Beinamen in seiner „Neuen Rheinischen Zeitung“<sup>134</sup> den deutschen Liberalen jener Epoche. Und dieser Beiname ging in die Geschichte ein als unverlierbarer Besitz des proletarischen Denkens bei Beurteilung der bürgerlichen Revolution.

„Vereinbarer“ nannte Marx die deutschen Liberalen der Revolutions-epoche, weil der politischen Taktik der liberalen Bourgeoisie damals die „Vereinbarungstheorie“ zugrunde lag, die Theorie der Vereinbarung der Krone mit dem Volk, der alten Staatsmacht mit den Kräften der Revolution. Diese Taktik brachte die Klasseninteressen der deutschen Bourgeoisie in der deutschen bürgerlichen Revolution zum Ausdruck: die Bourgeoisie fürchtete die Zuendeführung der Revolution, fürchtete die Selbständigkeit des Proletariats, fürchtete den vollen Sieg der Bauernschaft über ihre mittelalterlichen Ausbeuter, die Gutsbesitzer, deren Wirtschaft damals noch viele feudale Züge aufwies. Die Klasseninteressen der Bourgeoisie drängten sie zur Verständigung mit der Reaktion (zur „Vereinbarung“) gegen die Revolution, und die liberalen Intellektuellen, die die „Vereinbarungstheorie“ ausgeheckt hatten, bemäntelten damit ihren Abfall von der Revolution.

Das ausgezeichnete Zitat, das Mehring anführt, zeigt deutlich, wie Marx in der Revolutionsepoche diese Vereinbarerbourgeoisie geißelte. Und wer Mehrings Ausgabe der Werke von Marx und Engels aus den vierziger Jahren, besonders ihre Artikel aus der „Neuen Rheinischen Zeitung“, kennt, der weiß natürlich, daß man eine ganze Reihe solcher Zitate anführen könnte.

Mögen darüber diejenigen nachdenken, die wie Plechanow versuchen,

sich auf Marx zu berufen, um die Taktik des rechten Flügels der Sozialdemokratie in der russischen bürgerlichen Revolution zu rechtfertigen! Die Argumentation solcher Leute beruht auf einer unpassenden Auswahl von Zitaten: sie greifen allgemeine Thesen über die Unterstützung der Großbourgeoisie gegen das reaktionäre Kleinbürgertum heraus und wenden sie kritiklos auf die russischen Kadetten, auf die russische Revolution an.

Mehring erteilt diesen Leuten eine gute Lektion. Wer sich bei Marx über die Aufgaben des Proletariats in der bürgerlichen Revolution Rats erholen will, der muß diejenigen Urteile von Marx nehmen, die sich *eben* auf die Epoche der deutschen bürgerlichen Revolution beziehen. Und nicht umsonst gehen unsere Menschewiki diesen Urteilen so ängstlich aus dem Wege! In diesen Urteilen finden wir den vollsten, den klarsten Ausdruck jenes schonungslosen Kampfes gegen die *Vereinbarerbourgeoisie*, den die russischen „Bolschewiki“ in der russischen bürgerlichen Revolution führen.

Während der deutschen bürgerlichen Revolution betrachtete Marx es als die Hauptaufgabe des Proletariats, die Revolution zu Ende zu führen, sich die führende Rolle zu erkämpfen, den Verrat der „Vereinbarer“-bourgeoisie zu entlarven und die Volksmassen und besonders die Bauernschaft\* aus der Einflußsphäre dieser Bourgeoisie herauszulösen. Das ist eine historische Tatsache, die nur diejenigen verschweigen oder umgehen können, die den Namen von Marx mißbräuchlich im Munde führen.

Eng und untrennbar verbunden damit ist die Einschätzung der „positiven Arbeit“ und der „widerlichen Orgie“ bei Mehring.

Diese seine Parallele trifft so haargenau auf die russischen Liberalen, die Kadetten, zu, die jetzt in der zweiten Duma den Haushalt der standrechtlichen Selbstherrschaft verabschieden, daß den Worten Mehrings etwas hinzuzufügen im Grunde nur bedeuten würde, sie abzuschwächen.

Wir konfrontieren die Fragestellung Mehrings mit der Fragestellung des rechten Flügels der deutschen Sozialdemokraten. Den Lesern ist natürlich bekannt, daß Mehring ebenso wie das ganze Redaktionskolle-

---

\* Die deutsche Bourgeoisie verrät *ihre natürlichsten Bundesgenossen, die Bauernschaft*, sagte Marx im Jahre 1848, als er die Rolle der Bauernschaft in der bürgerlichen Revolution einschätzte.<sup>135</sup>

gium der „Neuen Zeit“ auf dem Standpunkt der revolutionären Sozialdemokratie steht. Die entgegengesetzte, opportunistische Haltung nehmen die Bernsteinianer ein. Ihr Hauptorgan sind die „Sozialistischen Monatshefte“. Im letzten Heft dieser Zeitschrift (April 1907) finden wir den Artikel eines gewissen Herrn Roman Streltzow: „Das zweite russische Parlament“. Der Artikel strotzt von boshaften Ausfällen gegen die Bolschewiki, die der Autor, wahrscheinlich damit es recht giftig klingt, „Leninianer“ nennt. Wie gewissenhaft dieser Strelitze das deutsche Publikum unterrichtet, ist schon daraus ersichtlich, daß er zwar die schärfsten Stellen aus Lenins während der Wahlen in Petersburg geschriebenen Broschüren zitiert, die treubruchige Spaltung, die von den Menschewiki ins Werk gesetzt wurde und die den Kampf auf dem Boden der Spaltung hervorrief, dagegen *verschweigt!*

Das jedoch nur nebenbei. Uns ist die prinzipielle Fragestellung des Bernsteinianers wichtig. Er streicht die Menschewiki *und besonders Plechanow* als den *realistischen Flügel* der russischen Sozialdemokratie heraus. Das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie, der „Vorwärts“, bekommt für den Satz, daß das Volk nicht Fürsprecher, sondern Vorkämpfer in die zweite Duma geschickt hat, von dem „Realisten“ einen Rüffel: „Der ‚Vorwärts‘ scheint die jetzige Situation in Rußland ebenso rosafarben zu sehen wie die Leninianer“ (S. 295 des genannten Heftes).<sup>\*</sup> Die Schlußfolgerung des Autors ist klar und bestimmt. „Also“, schreibt er am Ende seines Artikels, „also Erhaltung der Duma: das ist vorläufig das Ziel der gesamten Opposition.“ Und weiter: Die Sozialisten sollten nicht „in völlig nutzlosem Kampf gegen die Kadetten ihre Kräfte vergeuden“ (S. 296, ebenda).

Wir überlassen es dem Leser, aus einem Vergleich zwischen Mehrings Gedankengang über die „widerliche Orgie“ und Herrn Streltzows Gedankengang über die Losung „Erhaltung der Duma“ die Schlußfolgerung zu ziehen.

<sup>\*</sup> Apropos. Es ist vielleicht nicht überflüssig, hinzuzufügen, daß wir auf jeden Fall Herrn Streltzow für sein Bestreben, die Bolschewiki bei der deutschen Sozialdemokratie anzuschwärzen, aus tiefstem Herzen erkenntlich sind. Herr Streltzow macht das so . . . geschickt, daß wir uns gar keinen besseren Verbündeten zur Propagierung des Bolschewismus unter den deutschen Sozialdemokraten wünschen könnten. Weiter so, weiter so, Herr Streltzow!

---

Ein solcher Vergleich ist durchaus geeignet, einen Kommentar zu der bolschewistischen und zu der menschewistischen Politik in der jetzigen Duma zu ersetzen — einen Kommentar zu dem bolschewistischen und zu dem menschewistischen Resolutionsentwurf über die Stellung zur Reichsduma.

*Geschrieben im April 1907.*

*Veröffentlicht 1907 in dem Sammelband  
„Fragen der Taktik“ II.*

*Unterschrift: K. J.*

*Nach dem Text des  
Sammelbandes.*

LARIN UND CHRUSTALJOW<sup>136</sup>

In der ersten Nummer der menschewistischen „Narodnaja Gaseta“ [Volkszeitung] (vom 10. April) veröffentlichte Genosse G. Chrustaljow einen kämpferischen, außerordentlich interessanten und (vom Standpunkt der bolschewistischen Fraktion) vortrefflichen Artikel über den Arbeiterkongreß. Für vortrefflich halten wir den Artikel deshalb, weil der Menschewik Chrustaljow uns mit seiner Veröffentlichung genauso – wenn nicht mehr – hilft wie der Menschewik Larin. Ihnen beiden in gleicher Weise dankbar, werden wir ihre Ideen dem Wesen nach analysieren und dabei beide einander anschaulich gegenüberstellen.

Erinnern wir uns, was J. Larin in seiner Broschüre „Eine breite Arbeiterpartei und der Arbeiterkongreß“ propagierte. Die breite Arbeiterpartei soll, nach Larins Idee, ungefähr 900 000 von den insgesamt 9 Millionen russischen Proletariern erfassen. Das „Aushängeschild“ muß heruntergenommen werden, d. h., sozialdemokratisch darf diese Partei nicht sein. Sozialdemokraten und Sozialrevolutionäre sollen sich verschmelzen. Die neue Partei soll eigentlich eine „parteilose Partei“ (wie Larin selbst sich ausdrückt) sein. Die Sozialdemokraten ebenso wie die Sozialrevolutionäre sollen die Rolle „von Propagandavereinen innerhalb der breiten Partei“ spielen.

Jedermann sieht, daß Larins Plan völlig klar ist, und seine Ideen über den Arbeiterkongreß zeichnen sich dadurch aus, daß sie frei sind von jeglicher Unbestimmtheit, jeglicher Nebelhaftigkeit, durch die sich Axelrod auszeichnet. Für diese Klarheit des Denkens lobten wir Bolschewiki den wahrheitsliebenden Genossen Larin und stellten sie den Nebelhaftigkeiten des „schablonenhaften Menschewismus“ (ein Ausdruck Larins)

gegenüber. Gleichzeitig erklären wir den Plan Larins für ein opportunistisches Abenteuer, weil eine Vereinigung mit den Sozialrevolutionären und eine „parteilose Partei“ nur dazu angetan wären, das Bewußtsein des Arbeiters zu trüben und die Organisierung der Sozialdemokraten zu erschweren.

Nunmehr möge der Leser den Plan des Gen. Chrustaljow aufmerksam prüfen. Er schreibt direkt: „Die Partei darf die Einberufung des Kongresses nicht in ihre Hand nehmen.“ „Die Initiative seiner Einberufung muß bei den Gewerkschaften und bei speziellen Komitees zur Einberufung des Kongresses liegen.“

Wie sollen diese Komitees zusammengesetzt sein?

Eine direkte Antwort darauf gibt Gen. Chrustaljow nicht. Aber folgende Worte enthalten eine recht klare, wenn auch indirekte Antwort:

„Wie soll sich der Kongreß zusammensetzen? Wird irgendein Zensus festgelegt werden?“ fragt er und antwortet: „Da wir bestrebt sind, die Organisation zu erweitern, sprechen wir uns schon damit gegen jegliche Beschränkung aus. Auf dem Kongreß ist für alle gewählten Vertreter der Arbeiter Platz. Die Gewerkschaften, die Konsumgenossenschaften, die Arbeiterkassen, die Arbeitervereinigungen für gegenseitige Hilfe, die Betriebskomitees, die speziell zur Organisierung des Kongresses gegründeten Komitees, gewählte Deputierte der Werke und Fabriken, in denen keine Betriebskomitees bestehen – sie alle sollen ihre Vertreter auf dem gesamtrossischen Arbeiterkongreß haben. So wird er zusammengesetzt sein.“

Das ist völlig klar. „Gegen jegliche Beschränkung“ – geht alle hin, die ihr so oder so von Arbeitern gewählt wurden. Darüber, wie man die „Arbeiter“ von allen möglichen Angestellten (des Handels, der Post, des Telegrafenamts, der Eisenbahn usw.) und von Bauern, die unseren sozialdemokratischen Organisationen oder auch „Konsumgenossenschaften“ angehören, *abgrenzen* soll, spricht der Autor nicht. Das ist gewiß eine technische Kleinigkeit von seinem Standpunkt: „Gegen jegliche Beschränkung“! wozu sollte man die kleinbürgerlichen Elemente einschränken?

Aber gehen wir weiter. Die Zusammensetzung des Kongresses hat Gen. Chrustaljow klar bestimmt. Über seine Aufgaben hat er sich ebenfalls klar ausgesprochen. „Auf alle Fälle“, so schreibt er, „werden die Komitees des Arbeiterkongresses und die örtlichen sozialdemokratischen Organisationen gleichzeitig bestehen.“

... „Die erste organisatorische Zelle werden die Betriebskomitees sein. Da sie teilhaben am Leben des Betriebs in allen seinen Erscheinungsformen, angefangen mit der Schlichtung von Konflikten zwischen Arbeit und Kapital, an der planmäßigen Leitung ökonomischer Streiks, der Arbeitsvermittlung usw. bis zur Organisation von Kassen, Klubs, Lektionen, Bibliotheken, werden die Betriebskomitees, die wählbar und rechenschaftspflichtig sind, breite Schichten des Proletariats erfassen.

Die Betriebskomitees einer Stadt oder eines Industriezentrums werden ein Komitee des Arbeiterkongresses bilden. Ihm wird die Leitung, die Vertiefung und Erweiterung der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Bewegung obliegen, ferner die Organisation von Hilfsmaßnahmen für die Arbeitslosen, die Einwirkung auf die städtischen Selbstverwaltungen zwecks Organisation öffentlicher Arbeiten, die Agitation gegen die Lebensmittelteuerung, die Verbindung mit der Dumakommission zur Hilfeleistung für die Arbeitslosen, die *Erörterung aller Gesetzentwürfe, die die Interessen der Arbeiterklasse berühren, unten in den Betrieben* (hervorgehoben vom Autor); bei einer Reform der örtlichen Selbstverwaltung wird ihm die Durchführung der Wahlkampagne usw. obliegen.

Der Arbeiterkongreß wird nur das führende und lenkende Organ der gesamten Bewegung sein. Das ist das ungefähre Schema. Natürlich wird das Leben Korrekturen daran vornehmen.“

Das ist völlig klar. Parteilose Betriebskomitees. Parteilose Komitees des Arbeiterkongresses. Ein parteiloser Arbeiterkongreß. „Durch diese Komitees und vermittels ihrer“, sagt Gen. Chrustaljow, „wird die Partei einen mächtigen Hebel der Einwirkung auf die gesamte Arbeiterklasse in die Hand bekommen.“

Es fragt sich, wodurch unterscheidet sich dies von Larin?? Das ist *genau derselbe Plan*, nur mit ein klein wenig anderen Worten ausgedrückt. Faktisch ist es ganz dieselbe Herabsetzung der Sozialdemokratie auf die Rolle eines „Propagandaverains innerhalb der breiten Partei“, denn der „Plan“ des Gen. Chrustaljow läßt der Sozialdemokratie *praktisch keine andere Aufgabe übrig*. Die politische Tätigkeit der Arbeiterklasse überläßt er genauso wie Larin der „parteilosen Arbeiterpartei“, denn *„Erörterung aller Gesetzentwürfe“, „Durchführung der Wahlkampagne usw.“*, das ist ja eben die *gesamte politische Tätigkeit der Arbeiterklasse*.

Larin ist nur wahrheitsliebender und offener als Chrustaljow, praktisch aber schlagen beide vor und sind beide dabei, „die Sozialdemokratische

Arbeiterpartei zu liquidieren und eine parteilose politische Organisation des Proletariats an ihre Stelle zu setzen". Geradeso heißt es gleich im ersten Punkt der bolschewistischen Resolution über parteilose Arbeiterorganisationen, die den Gen. Chrustaljow furchtbar erboste, derentwegen er uns Staatsanwälte usw. schimpfte.

Gen. Chrustaljow erboste sich deshalb, weil er die Notwendigkeit empfand, der in unserer Resolution direkt gestellten Frage auszuweichen: Wer soll den Kampf des Proletariats leiten, die Sozialdemokratische Partei oder „die parteilose politische Organisation des Proletariats“? Wer soll „das führende und lenkende Organ“ sein bei der Einwirkung auf die städtischen Selbstverwaltungen, im Verkehr mit der Dumakommission (Gen. Chrustaljow umgeht die sozialdemokratische Dumafraktion mit Schweigen! Ist das ein Zufall oder der „providentielle Schnitzer“ eines Menschen, der das dunkle Gefühl hatte, daß die parteilosen „Komitees des Arbeiterkongresses“ unterschiedslos sowohl mit den Sozialdemokraten als auch mit den Sozialrevolutionären und mit den Trudowiki verkehren werden?), bei der Erörterung der Gesetzentwürfe, bei der Durchführung der Wahlkampagne usw.?

Dem Gen. Chrustaljow bleibt nichts anderes übrig, als sich zu erbosen, wenn man ihm diese Frage stellt, denn zuzugeben, daß parteilose „Komitees“ die politische Tätigkeit des Proletariats leiten sollen, wäre doch peinlich. „Wer von den Sozialdemokraten“, fragt er ergrimmt, „betrieb oder betreibt Agitation für die Einberufung eines parteifeindlichen Kongresses? Die Gegner werden keinen einzigen Namen nennen können!“ Erbosen Sie sich nicht, Gen. Chrustaljow, wir haben bereits im ersten Punkt unserer Resolution eine Reihe Namen genannt, und wir könnten jetzt den Namen des Gen. G. Chrustaljow hinzufügen. Praktisch agitiert Gen. Chrustaljow, ebenso wie Larin, für eine breite trudowikische Partei\*. Wir sagen „trudowikische“ Partei und nicht Arbeiterpartei, weil 1. weder Larin noch Chrustaljow die trudowikische, d. h. die kleinbürgerliche Demokratie (zum Beispiel Delegierte von „Konsumgenossenschaften“ zum Arbeiterkongreß oder die Losung „Gegen jeg-

---

\* Dieser Ausdruck stammt von Gen. G. Lindow, der seine Richtigkeit in dem Aufsatz „Der Arbeiterkongreß“, enthalten in dem Sammelband „Fragen der Taktik“, ausgezeichnet begründet und bewiesen hat.

liche Beschränkung“) von der parteilosen politischen Organisation ausschließt und weil 2. Parteilosigkeit einer politischen Arbeiterorganisation unweigerlich eine Vermischung der sozialdemokratischen und der „trudowikischen“ Auffassungen bedeutet.

Gen. Chrustaljow schreibt: „Die von Subatow und Gapon geschaffenen Organisationen befreiten sich schnell von dem polizeilichen Beigeschmack und betrieben dann eine reine Klassenpolitik.“ Sie befreiten sich davon *dank* der bewußten Einwirkung der organisierten *Sozialdemokratischen* Partei, die niemals damit einverstanden war, die Leitung der Politik der Proletarier parteilosen Organisationen zu überlassen. Gen. Chrustaljow macht, wie es scheint, einen Unterschied zwischen der „reinen Klassen“ politik und der *sozialdemokratischen* Politik? Wir möchten ihn sehr bitten, seinen Gedanken *offen* zu erläutern.

„Der Arbeiterkongreß findet statt“, gebietet Gen. Chrustaljow, „und die Sozialdemokraten werden daran teilnehmen.“ Freilich werden wir teilnehmen, sofern er stattfindet. Wir haben an der Subatowschen und Gaponschen Arbeiterbewegung teilgenommen, um für die Sozialdemokratie zu kämpfen. Wir werden auch an dem trudowikischen Arbeiterkongreß teilnehmen, um gegen die trudowikischen und trudowistisch-parteilosen Ideen, für die Sozialdemokratie zu kämpfen. Das ist ein Argument weder zugunsten der alten Gaponiade noch zugunsten der neuen Parteilosigkeit.

Gen. Chrustaljow wendet sich an die „bolschewistischen Arbeiter“ und ist dabei bemüht, sie mit den Bolschewiki zu entzweien, die gegen den Sowjet der Arbeiterdeputierten agitierten. Auf diesen Ausfall werden wir nicht antworten. Wir berufen uns auf den fraktionslosen Trotzki. Möge Gen. Chrustaljow dessen Buch „Zur Verteidigung der Partei“ lesen, möge er den Artikel unter dieser Überschrift, § 2, „Die gehässige Unparteilichkeit des Herrn Prokopowitsch“, Seite 82, nachschlagen. Wenn Gen. Chrustaljow ihn durchliest, wird er sich schämen, fraktionelle Ausfälle mit der Idee eines fraktionslosen Arbeiterkongresses bemäntelt zu haben.

Die klassenbewußten Arbeiter aber wollen wir nur mit ein paar Worten darauf hinweisen, daß die führende Rolle *parteiloser* Komitees in der Politik des Proletariats (Wahlkampagne usw.) eine rein intelligenzlerische Schrulle ist, die nur zur *Verzehrung* des Zanks und Streits

und über diesen Zank und Streit „zurück zur Sozialdemokratie“ führen würde.

Abschließend danken wir dem Gen. Chrustaljow nochmals für die Klarheit und Unmißverständlichkeit seiner Propaganda zugunsten eines Arbeiterkongresses. Larin und Chrustaljow sind die besten Verbündeten der Bolschewiki gegen Axelrod.

*„Trud“ Nr. 1,  
15. April 1907.*

*Nach dem Text des „Trud“*

## REORGANISATION UND LIQUIDIERUNG DER SPALTUNG IN PETERSBURG

Den Lesern ist bereits aus der legalen Tagespresse bekannt, daß in der Petersburger Organisation der SDAPR die von der Mehrheit der örtlichen Parteimitglieder schon seit langem beabsichtigte Reorganisation endlich abgeschlossen ist. Eine von allen Mitgliedern der Lokalorganisation speziell gewählte Konferenz trat am 25. März 1907 zusammen<sup>137</sup>, erörterte den vom Petersburger Komitee vorgelegten Reorganisierungsentwurf (veröffentlicht in Nr. 15 des „Proletari“) sowie den Gegenentwurf der Menschewiki (veröffentlicht in Nr. 51 der „Russkaja Shisn“) und nahm den Entwurf des PK mit unbedeutenden Änderungen an.

Das Wesen dieses Organisationsstatuts besteht in der folgerichtigen Durchführung des Prinzips des demokratischen Zentralismus. An der Spitze der ganzen Organisation steht die von allen Parteimitgliedern in direkter Wahl (zweistufige Wahlen nur bei unüberwindlichen Hindernissen) nach einer bestimmten Norm gewählte *Konferenz* (die erste Konferenz bestand aus Delegierten, von denen je einer auf 50 Parteimitglieder gewählt worden war). Diese Konferenz ist eine ständige Einrichtung. Sie tritt mindestens zweimal im Monat zusammen und ist das oberste Organ der Organisation. Nach jeweils einem halben Jahr finden Neuwahlen statt.

Die Konferenz ihrerseits wählt das Petersburger Komitee *aus der Zahl aller Parteimitglieder* und nicht nur derjenigen, die in diesem oder jenem Bezirk der Lokalorganisation arbeiten.

Bei diesem Organisationstypus wird jede Ungleichmäßigkeit in der

Vertretung der Bezirke beseitigt und – was die Hauptsache ist – an Stelle des ungefügigen, vielstufigen, undemokratischen Systems, dem zufolge sich das PK aus Vertretern der Bezirke zusammensetzt, die wirkliche Einheit aller Parteimitglieder geschaffen, die unmittelbar durch die einheitliche führende Konferenz zusammengefaßt sind. Die Zusammensetzung dieser Konferenz macht es möglich, ja unvermeidlich, daß die meisten hervorragenden Arbeiter an der Leitung aller Angelegenheiten der ganzen Lokalorganisation teilnehmen.

Die Konferenz hat diesen neuen Organisationstypus bereits verwirklicht, hat sich zu einem ständigen Organ erklärt, ein neues Petersburger Komitee von 19 Genossen gewählt und hatte schon zwei Sitzungen (richtiger: trat zweimal zu Sitzungen zusammen), um über alle laufenden Fragen zu entscheiden.

Um zu kennzeichnen, wie der von der Konferenz abgelehnte menschevistische Reorganisationsentwurf beschaffen war, wollen wir einen – den wichtigsten – Umstand hervorheben. An die Spitze der Organisation stellt dieser Entwurf eine ebensolche Konferenz (die er Rat nennt). Aber das Exekutivorgan der Konferenz, das Petersburger Komitee, wird nach diesem Entwurf völlig beseitigt! „Der gesamtstädtische Rat“, heißt es im Entwurf der Menschewiki, „zerfällt zwecks Erledigung der laufenden Arbeit in eine ganze Reihe von Kommissionen (für Propaganda, Agitation, Literatur, Gewerkschaften, Finanzen usw.)“ Und „mit der Vertretung der Organisation gegenüber anderen Parteien und dem Verkehr mit den Zentralinstanzen unserer Partei wird ein Präsidium beauftragt“, das aus 5 Personen besteht und vom Rat gewählt wird.

Man kann sich vorstellen, wie es mit der Arbeitsfähigkeit einer Organisation bestellt wäre, in der die *laufende Arbeit* durch isolierte Kommissionen erledigt würde, die durch kein Exekutivorgan der Konferenz zusammengefaßt wären! Der demokratische *Zentralismus* wird hier zu einer Fiktion: im Grunde genommen ist das ein Schritt in Richtung auf den vielberühmten Larinschen Plan, die Sozialdemokratische Partei zu reduzieren auf die Rolle eines *Propagandaver eins* inmitten der so lose wie möglich zu einer einheitlichen Organisation zusammengefaßten Arbeitermasse. Es braucht nicht erst gesagt zu werden, daß dieser Entwurf der Menschewiki sofort abgelehnt wurde. Uns bleibt nur übrig, seine Urheber zu bitten, sie möchten uns mit den Erfahrungen aus der auf solchen

Grundlagen beruhenden Arbeit *menschewistischer* Komitees oder Organisationen der SDAPR bekannt machen.

Weiter. Es ist außerordentlich wichtig hervorzuheben, daß die neue Konferenz der Petersburger Organisation *der Petersburger Spaltung ein Ende gesetzt hat*. Bekanntlich vollzogen die Menschewiki in Petersburg die Spaltung während der Wahlen zur zweiten Duma, indem sie (angeblich aus formalen Gründen) die Konferenz vom 6. Januar 1907 verließen, jene Konferenz, auf der über die Wahlkampagne der SDAPR in Petersburg entschieden wurde. Die Wahlen zu der neuen Konferenz, die am 25. März zum erstenmal zusammentrat, wurden durchgeführt unter der *unmittelbaren* Kontrolle einer *besonderen*, vom Zentralkomitee der SDAPR *speziell* zu diesem Zweck eingesetzten Kommission, der auch ein ZK-Mitglied von der lettischen Sozialdemokratie angehörte. Die Konferenz vom 25. März (die auch jetzt ihre Tätigkeit fortsetzt, da sie sich, wie wir schon sagten, zu einer ständigen Einrichtung erklärt hat) war darum die *erste* sozialdemokratische Konferenz während des letzten Jahres in Petersburg, die sich *ohne die geringsten Auseinandersetzungen* über die Richtigkeit des Vertretungsmodus, über die Rechtmäßigkeit und Zahl der Mandate usw. konstituierte.

Für Petersburg mit seinem äußerst erbitterten Kampf zwischen Bolschewiki und Menschewiki ist das eine bislang *beispiellose* Tatsache. Sowohl die Boykottkonferenz (vom Februar 1906)<sup>138</sup> als auch die Konferenz zur Frage nach der Unterstützung der Forderung eines „Dumakabinetts“ (Juni 1906)<sup>139</sup> brachten zwar den Bolschewiki den Sieg, begannen aber jedesmal mit obligatorischen Auseinandersetzungen über die Richtigkeit des Vertretungsmodus.

Wer sich daher Klarheit verschaffen will über die wahren Gründe und die wahre Bedeutung der nun wieder der Vergangenheit angehörenden Spaltung vor den Wahlen in Petersburg, der wird sich dieser *unbestrittenen*, zum erstenmal unbestrittenen, Angaben über die Stärke der beiden Fraktionen der Sozialdemokratie in Petersburg mit größtem Nutzen bedienen können. Bekanntlich suchten die Menschewiki diese Spaltung mit formalen Gründen zu rechtfertigen: 1. mit einem unrichtigen Vertretungsmodus auf der Konferenz vom 6. Januar (man beschuldigte die Bolschewiki, die Zahl der Stimmen, besonders die der Handelsangeestellten, aufgebauscht und unrechtmäßig menschewistische Mandate kas-

siert zu haben); 2. mit der Weigerung der Konferenz, der Forderung des ZK nach Teilung in eine Stadt- und eine Gouvernementskonferenz nachzukommen.

Daß die zweite „Rechtfertigung“ in Wirklichkeit auf eine *Beteiligung* des ZK (d. h. seines menschowistischen Teils) an der Organisation der Petersburger Spaltung hinausläuft, ist in den früheren Nummern des „Proletari“ schon zur Genüge klargelegt worden. Das ist auch für alle in andern Städten wohnhaften Mitglieder unserer Partei leicht zu begreifen, die sehr wohl wissen, daß das ZK *nirgends* gefordert hat und *auch nicht fordern konnte*, daß allgemeine Stadtkonferenzen sich in Stadt- und Gouvernementskonferenzen aufteilen. Die ultimative Form, in der das Zentralkomitee diese Forderung in Petersburg stellte, sollte ihm *dazu dienen*, die St.-Petersburger Organisation zu *spalten* und dann den abgespaltenen Menschewiki behilflich zu sein, Verhandlungen mit den Kadetten einzuleiten (oder sie fortzusetzen).

Die erste „Rechtfertigung“ der Spaltung aber bleibt für alle Mitglieder unserer Partei außer den Petersburgern ganz unklar und strittig. Sie sind außerstande, sich ein Urteil zu bilden über die Richtigkeit des Vertretungsmodus auf der Konferenz vom 6. Januar und über das wirkliche Verhältnis der bolschewistischen und der menschowistischen Kräfte in Petersburg. Dies Verhältnis dokumentarisch nachzuweisen ist eine Aufgabe, die die sozialdemokratische Presse keinesfalls erfüllen kann, denn nur eine besondere Kommission könnte die entsprechenden Dokumente sammeln und prüfen. Aber die überprüften und unbestrittenen Vertretungszahlen auf der Konferenz vom 25. März geben uns die Möglichkeit, unserer ganzen Partei zu zeigen, inwieweit der menschowistische Versuch einer Rechtfertigung der Spaltung in Petersburg vor den Wahlen auf Wahrheit beruhte. Hierzu bedarf es nur eines *Vergleichs der bezirksweisen Angaben* über die Anzahl der Sozialdemokraten, die bei den Wahlen zu der Konferenz vom 6. Januar und zu der Konferenz vom 25. März für die Bolschewiki bzw. für die Menschewiki gestimmt haben.

Die Angaben über die Ergebnisse der Wahlen zur Konferenz vom 25. März sind *unbestritten*: sie sind von einer Kommission des ZK überprüft und sowohl von den Bolschewiki als auch von den Menschewiki akzeptiert worden.

Um also *unstrittige* Angaben über die Ergebnisse der Wahlen zur Konferenz vom 6. Januar zu verwenden, *wollen wir die menschewistischen Zahlen nehmen*. Als die 31 Menschewiki die Konferenz vom 6. Januar verließen, gaben sie eine besondere Erklärung aus – eine gedruckte Flugschrift mit der Überschrift „Warum waren wir genötigt, die Konferenz zu verlassen? (Erklärung von 31 Konferenzteilnehmern an das ZK)“. In Nr. 12 des „Proletari“ haben wir diese Flugschrift untersucht.\* Jetzt wollen wir die „Zahlenangaben über die bei der Wahl der Konferenzdelegierten der Petersburger Organisation abgegebenen Stimmen“ (zur Konferenz vom 6. Januar) nehmen, die auf den Seiten 7 und 8 dieser Flugschrift *gedruckt* sind. Hier ist für jeden von 11 Bezirken die *Zahl* derjenigen angegeben, die für die Bolschewiki\*\* bzw. für die Menschewiki *gestimmt* haben, wobei alle Stimmen noch unterteilt sind in unstrittige und angefochtene, und diese letzteren in von den Bolschewiki angefochtene und von den Menschewiki angefochtene.

Wir brauchen hier nicht alle diese detaillierten Unterteilungen zu reproduzieren. In der Anmerkung werden wir *alle* von den Menschewiki vorgenommenen Korrekturen besonders erläutern. Zum Vergleich jedoch nehmen wir die *Gesamtzahlen* der für die Bolschewiki bzw. die Menschewiki „abgegebenen Stimmen“, d. h., wir zählen die unstrittigen und die angefochtenen Stimmen zusammen, damit sich jedes Parteimitglied durch den Vergleich dieser Angaben mit den Angaben über die Stimmen bei den Wahlen zur Konferenz vom 25. März selbst davon überzeugen kann, *welche Unregelmäßigkeiten bei den Wahlen zur Konferenz vom 6. Januar vorgekommen sind und auf wessen Seite*.

Für den 12. Bezirk der Petersburger Organisation, den Bezirk der Handelsangestellten, enthält die Flugschrift der 31 keine tabellierten Angaben. Im Text (S. 4) wird gesagt, das Petersburger Komitee habe 313 organisierten Handelsangestellten das Recht zuerkannt, 5 Vertreter zu wählen, angesichts des undemokratischen Charakters der Wahlen je 1 nicht auf 50 (die allgemeine Norm), sondern auf 60. Die Menschewiki

\* Siehe den vorliegenden Band, S. 15–18. *Die Red.*

\*\* Diese Zahlen sind noch unterteilt in bolschewistische Stimmen und solche der Dissidenten („Plattform des revolutionären Blocks“). Die einen wie die andern sind Bolschewiki, die untereinander über die Frage stritten: Linksblock oder rein sozialdemokratische Liste.

erkannten aus diesem Grunde die Stimmen der Angestellten *überhaupt* nicht an. Da von den 5 Vertretern einer Menschewik und 4 Bolschewiki waren, werden wir 63 Stimmen für die Menschewiki und 250 für die Bolschewiki rechnen.

Dann teilen wir alle 12 Bezirke der Petersburger sozialdemokratischen Organisation auf in sechs unstrittige und sechs strittige. Zu den letzteren haben wir diejenigen gezählt, wo auf der Konferenz vom 6. Januar entweder die Menschewiki oder die Bolschewiki *mehr als die Hälfte* der für die Bolschewiki bzw. die Menschewiki abgegebenen Stimmen *angefochten haben*. Hierher gehören der Wiborger Bezirk (von 256 Stimmen für die Menschewiki fochten die Bolschewiki 234 als nicht ganz richtig gewonnene an), der Stadtbezirk (von 459 Stimmen für die Menschewiki fochten die Bolschewiki 370 an), der Moskauer Bezirk (von 248 Stimmen für die Menschewiki haben die Bolschewiki 97, die Menschewiki 107 angefochten; die 185 Stimmen für die Bolschewiki fechten die Menschewiki *sämtlich* an\*), die Eisenbahner (von 21 Stimmen für die Bolschewiki angefochten 5; von 154 Stimmen für die Menschewiki angefochten 107); die Esten (alle 100 Stimmen für die Bolschewiki angefochten von den Menschewiki) und die Handelsangestellten (gegen alle 313 Stimmen *insgesamt protestierten* die Menschewiki, die diese Stimmen und nur diese Stimmen für überhaupt nicht abgegeben erklärten: gewählt hätten die Spitzen der Organisation an Stelle der Mitglieder der Organisation).

Zu den unstrittigen Bezirken zählen der Bezirk Wassiljewski-Ostrow, der Narwaer Bezirk, der Landbezirk, die Letten (für diese vier Bezirke wurden keine Stimmen angefochten); dann der Newski-Bezirk (von 150 Stimmen für die Bolschewiki angefochten 15; von 40 für die Menschewiki angefochten 4) und der Petersburger Bezirk (von 120 Stimmen für die Menschewiki angefochten 22).

Bezirksweise ergeben die Angaben über die Stimmenzahlen folgendes Bild:

---

\* Als angefochten werden überall die Stimmen bezeichnet, die von der anderen Seite für nicht ganz richtig, für nicht überprüft, für zu hoch angegeben, aber nicht für völlig fiktiv gehalten wurden. Die Bolschewiki beschlossen auf der Konferenz vom 6. Januar für *alle* angefochtenen Stimmen die Vertretungsnorm zu erhöhen und *für sie* je einen Delegierten auf 75 anstatt einen Delegierten auf 50 zu rechnen.

St.-Petersburger Organisation der SDAPR		Konferenz vom 6. Januar Zahl der Stimmen für			Konferenz vom 25. März Zahl der Stimmen für		
		Bolsch.	Mensch.	Insges.	Bolsch.	Mensch.	Insges.
Unstrittige Bezirke	Bezirke:						
	Wassiljewski-Ostrow ..	329	339	668	798	435	1233
	Petersburger .....	161	120	281	528	254	782
	Narwaer .....	24	6	30	202	231	433
	Newski .....	150	40	190	585	173	758
	Landbezirk .....	451	63	514	737	—	737
	Letten .....	117	47	164	100	—	100
	<i>Insgesamt</i>	1232	615	1847	2950	1093	4043
Strittige Bezirke	Wiborger .....	97	256	353	155	267	422
	Stadtbezirk .....	220	459	679	701	558	1259
	Moskauer .....	185	248	433	331	83	414
	Eisenbahner .....	21	154	175	29	105	134
	Esten .....	100	—	100	150	—	150
	Handelsangestellte ....	250	63	313	300	50	350
	<i>Insgesamt</i>	873	1180	2053	1666	1063	2729
	<i>Gesamtsumme</i>	2105	1795	3900	4616	2156	6772

Aus diesen Daten ergeben sich nachstehende Schlußfolgerungen:

1. Die Petersburger sozialdemokratischen Arbeiter zeigten ein unvergleichlich größeres Interesse für die Reform der St.-Petersburger Organisation (Zweck der Konferenz vom 25. März) als für die Dumawahlen in der städtischen Kurie (Zweck der Konferenz vom 6. Januar).

Die Zahl der Mitglieder der sozialdemokratischen Organisation konnte sich in den zweieinhalb Monaten *nicht* sehr beträchtlich geändert haben. Die polizeilichen Bedingungen für Versammlungen und für die Auszählung der Stimmen waren im März nicht besser, sondern eher schlechter (es gab keine Versammlungen in der Universität; die Arbeiterverfolgungen waren schärfer geworden).

Die Zahl der *an der Abstimmung teilnehmenden* Mitglieder der sozialdemokratischen Organisation stieg auf mehr als das Anderthalbfache, ja um mehr als zwei Drittel (von 3900 auf 6772).

2. Das Übergewicht der Bolschewiki über die Menschewiki war, wie

sich erwies, bei einer beträchtlich größeren Zahl der an der Abstimmung teilnehmenden Mitglieder *unvergleichlich stärker* als bei einer schwachen Beteiligung an der Abstimmung. Am 6. Januar hatten die Menschewiki 1795 Stimmen von 3900, d. h. 46 Prozent, am 25. März erhielten sie 2156 von 6772, d. h. 32 Prozent.

3. In den unstrittigen Bezirken (den ersten sechs) stieg die Zahl sowohl der für die *Bolschewiki* als auch der für die *Menschewiki* abgegebenen Stimmen (die erste Zahl stieg weitaus stärker). In den strittigen Bezirken (den letzten sechs) stieg die Zahl der für die *Bolschewiki* abgegebenen Stimmen, während sich die Zahl der für die *Menschewiki* abgegebenen Stimmen *verringerte*.

Die Zahl der Stimmen für die *Bolschewiki* wuchs von 873 auf 1666. Die Zahl der Stimmen für die *Menschewiki* verringerte sich von 1180 auf 1063. Ein Übergewicht der *Menschewiki* in den strittigen Bezirken erwies sich als nicht vorhanden.

*Diese Tatsache entscheidet die Frage, auf wessen Seite die Schuld an der Spaltung liegt.*

Die jüngsten, zugleich der Überprüfung dienenden und von einer Sonderkommission des ZK nachgeprüften Wahlen haben gezeigt, daß die angegebene Zahl der bolschewistischen Stimmen in den strittigen Bezirken *kleiner* als die tatsächliche war, die Zahl der menschewistischen Stimmen dagegen *größer* als die tatsächliche!!

Die *Menschewiki* sagten und ließen drucken, die *Bolschewiki* hätten die Stimmenzahl in den strittigen Bezirken aufgebauscht. Die *Bolschewiki* erhoben die gleiche Beschuldigung gegen die *Menschewiki*. Die Kontrollwahlen ergaben eine Vergrößerung der Zahl der bolschewistischen Stimmen und eine Verringerung der menschewistischen. Kann man sich einen überzeugenderen und entscheidenderen Beweis dafür vorstellen, daß die *Bolschewiki* recht hatten?

Wer diese Schlußfolgerung widerlegen wollte, der könnte sich weder darauf berufen, daß die Angaben nach Bezirken zufällig sein könnten, noch darauf, daß wir für den 6. Januar die strittigen und die unangefochtenen Stimmen zusammengefaßt hätten. Der erste Einwand entfällt, weil wir absichtlich nicht nur die einzelnen Bezirke, sondern *Gruppen* von Bezirken nahmen, weil wir sechs und sechs Bezirke verglichen, eben um so *jede* Berufung auf einen Zufall auszuschließen. Die Angaben nach ein-

zeln Bezirken (z. B. für den Moskauer!!) wären für uns noch zehnmal günstiger gewesen.

Der zweite Einwand entfällt, weil wir uns absichtlich auf die *menschewistischen* Zahlen stützten, an welchen die Menschewiki selber nur ganz geringfügige Berichtigungen vorgenommen haben. Stimmen, „die wirklich nicht bestätigt werden durften“, waren nach der Meinung der 31, wie sie sie in gedruckter Form in ihrer Flugschrift (S. 7) zum Ausdruck brachten, nur die folgenden: 15 von 150 bolschewistischen Stimmen im Newski-Bezirk und alle estnischen bolschewistischen; 107 von 248 menschewistischen Stimmen im Moskauer Bezirk und 41 von 154 menschewistischen bei den Eisenbahnern, d. h. alles in allem 115 bolschewistische und 143 menschewistische Stimmen. Die Stimmen der Handelsangestellten (alle 313) lehnten die Menschewiki in Bausch und Bogen ab. Es ist leicht zu sehen, daß diese Abänderungen die von uns gezogenen Schlußfolgerungen nicht im geringsten erschüttern können.

Die Wahlen zu der Konferenz vom 25. März, die von einer Kommission des ZK speziell nachgeprüft wurden, sind von allen als unanfechtbar anerkannt worden, und diese Konferenz hat *bewiesen*, daß in dem Streit wegen des Vertretungsmodus auf der Konferenz vom 6. Januar das Recht restlos auf seiten der Bolschewiki war, deren Übergewicht sich als sehr beträchtlich erwies, während die Behauptung vom angeblichen Übergewicht der Menschewiki endgültig widerlegt worden ist. Natürlich kann man noch gegen unsere Beweisführung einzuwenden versuchen, die Konferenz vom 25. März habe nach der Wahlkampagne stattgefunden und zeige somit nur, daß die sozialdemokratischen Arbeiter in dieser Frage auf die Seite der Bolschewiki übergegangen wären, und zwar erst nach dem 6. Januar 1907. Aber ein solcher Einwand macht natürlich die Schuld eben der Menschewiki an der Spaltung wegen der Wahlen nicht geringer, sondern eher noch größer (wenn auch von einer etwas anderen Seite aus).

Die Schuld an der Petersburger Spaltung bei den Wahlen zur zweiten Duma liegt ganz und gar bei den Menschewiki. Wir haben das immer behauptet und uns verpflichtet, das der Partei zu beweisen.

Nummehr haben wir den endgültigen Nachweis dafür erbracht.

*Geschrieben im April 1907.*

*Veröffentlicht am 2. Mai 1907*

*Nach dem Text des „Proletari“.*

*im „Proletari“ Nr. 16.*

---

## ZUR FRAGE DER GESAMTNATIONALEN REVOLUTION

In einem bestimmten Sinn des Wortes kann nur eine gesamt nationale Revolution siegreich sein. Richtig ist das in dem Sinne, daß es für den Sieg der Revolution des Zusammenschlusses der gewaltigen Bevölkerungsmehrheit zum Kampf für die Forderungen dieser Revolution bedarf. Diese gewaltige Mehrheit muß entweder gänzlich zu einer Klasse gehören oder zu verschiedenen Klassen, die gewisse gleichartige Aufgaben haben. In bezug auf die gegenwärtige russische Revolution ist es natürlich ebenfalls richtig, daß sie nur siegen kann als gesamt nationale Revolution *in dem Sinne* dieses Wortes, daß es für ihren Sieg der bewußten Beteiligung der gewaltigen Bevölkerungsmehrheit am Kampf bedarf.

Aber darauf beschränkt sich auch die bedingte Richtigkeit des landläufigen Ausdrucks „gesamt nationale“ Revolution. Irgendwelche weitergehende Schlußfolgerungen als die erwähnte, die eigentlich eine Binsenwahrheit ist (gegen eine organisierte und herrschende Minderheit siegen kann nur die gewaltige Mehrheit), dürfen aus diesem Begriff nicht gezogen werden. Darum ist es grundfalsch und zutiefst antimarxistisch, ihn als allgemeine Formel, als Schablone, als Kriterium der Taktik anzuwenden. Der Begriff „gesamt nationale Revolution“ muß einen Marxisten darauf hinweisen, daß es notwendig ist, die verschiedenen Interessen der *verschiedenen* Klassen, die hinsichtlich gewisser bestimmter, beschränkter allgemeiner Aufgaben miteinander übereinstimmen, genau zu analysieren. Auf keinen Fall darf dieser Begriff dazu dienen, das Studium des Klassenkampfes im Zuge dieser oder jener Revolution zu *vertuschen*, zur Seite zu drängen. Den Begriff „gesamt nationale Revolution“ so verwenden heißt sich völlig vom Marxismus lossagen und zu der vulgären Phrase

kleinbürgerlicher Demokraten oder kleinbürgerlicher Sozialisten zurückkehren.

Unsere Sozialdemokraten vom rechten Flügel vergessen häufig diese Wahrheit. Noch häufiger vergessen sie, daß sich *mit dem Fortschreiten der Revolution das gegenseitige Verhältnis der Klassen in der Revolution ändert*. Jeder wirkliche Fortschritt der Revolution bedeutet, daß breitere Massen in die Bewegung hineingezogen, also die Klasseninteressen bewußter, also die politischen, Parteiform annehmenden Gruppierungen bestimmter werden, daß sich das Klassengesicht der verschiedenen Parteien genauer abzeichnet, daß also die allgemeinen, abstrakten, in ihrer Abstraktheit unklaren und verschwommenen politischen und ökonomischen Forderungen immer mehr durch konkrete, genau bestimmte *verschiedenartige* Forderungen der verschiedenen Klassen abgelöst werden.

Beispielsweise beginnt die russische bürgerliche Revolution, wie jede bürgerliche Revolution, unweigerlich unter den allgemeinen Losungen „politische Freiheit“, „Volksinteressen“, wobei die konkrete Bedeutung dieser Losungen den Massen und den Klassen erst im Verlauf des Kampfes klar wird, erst in dem Maße, wie praktisch an die Verwirklichung dieser „Freiheit“ herangegangen wird, wie, sagen wir, ein so leeres Wort wie „Demokratie“ mit einem *bestimmten* Inhalt gefüllt wird. Vor der bürgerlichen Revolution, zu ihrem Beginn, treten alle im Namen der Demokratie auf: sowohl das Proletariat als auch die Bauernschaft zusammen mit den städtischen kleinbürgerlichen Elementen, und ebenso die liberalen Bourgeois gemeinsam mit den liberalen Gutsbesitzern. Erst im Laufe des Klassenkampfes, erst während der sich über einen mehr oder minder langen Zeitraum erstreckenden historischen Entwicklung der Revolution tritt zutage, daß die verschiedenen Klassen diese Demokratie verschieden auffassen. Mehr noch: zutage tritt die tiefe Kluft zwischen den von den verschiedenen Klassen vertretenen Interessen, die *verschiedene* ökonomische und politische Maßnahmen im Namen ein und derselben „Demokratie“ erfordern.

Erst im Verlauf des Kampfes, erst während der Entwicklung der Revolution wird klar, daß die eine „demokratische“ Klasse oder Schicht nicht so weit gehen will oder kann wie die andere – daß die Verwirklichung der „gemeinsamen“ (angeblich gemeinsamen) Aufgaben den Boden bildet für erbitterte Zusammenstöße wegen der *Art und Weise* ihrer Ver-

wirklichung, beispielsweise wegen dieses oder jenes Grades und Umfangs, wegen dieser oder jener Folgerichtigkeit der Freiheit, der Volksherrschaft, wegen dieses oder jenes Übergangs des Grund und Bodens an die Bauernschaft usw.

An alle diese in Vergessenheit geratenen Wahrheiten mußten wir erinnern, um dem Leser den Streit zu erklären, der unlängst zwischen zwei Zeitungen geführt wurde. Hier das, was die eine von ihnen, die „Narodnaja Gaseta“, gegen die andere, „Nasche Echo“, schrieb:

„Die Gruppierung der Bevölkerung nach Parteien, schreibt ‚Nasche Echo‘, ‚diese wichtigste politische Lehre und wichtigste politische Errungenschaft der Revolution während der Wahlen zur II. Duma, zeigte anschaulich an Hand von Tatsachen in gesamtnationalem Maßstab diese Rechtsschwenkung breiter Schichten der Gutsbesitzer und der Bourgeoisie.‘ Das ist völlig richtig; aber die Stimmung und die Mandate, die die ‚linken‘ Deputierten – Sozialrevolutionäre, Trudowiki und Volkssozialisten – aus dem Lande mitbrachten, haben ebenfalls ‚anschaulich in gesamt nationalem Maßstab gezeigt‘, daß das ‚Volk‘ im gegenwärtigen Augenblick in nicht geringem Maße von kadettischen ‚konstitutionellen Illusionen‘ durchdrungen ist, daß das ‚Volk‘ übergroße Hoffnungen auf die sich selbst genügende Tätigkeit der Duma setzt, daß es übermäßig darum besorgt ist, die Duma ‚zu erhalten‘. Gerade dieses Allerwichtigste haben die Literaten der Zeitung ‚Nasche Echo‘ nicht bemerkt. Sie merkten, *wen* das Volk in die Duma geschickt hat, sie merkten nicht, *wozu* es sie dahin geschickt hat. Wenn dem aber so ist, wird ‚Nasche Echo‘ dann nicht zugeben, daß es mit seiner Aufforderung an das Proletariat, die ‚gesamt nationalen‘ Aufgaben zu ignorieren, es dazu auffordert, sich selber nicht nur von der bürgerlichen ‚Gesellschaft‘, sondern auch von dem kleinbürgerlichen ‚Volk‘ zu isolieren?“

Das ist eine außerordentlich aufschlußreiche und bemerkenswerte Tirade, die drei große Fehler des Opportunismus enthüllt: Erstens wird den Wahlergebnissen die Stimmung der Deputierten gegenübergestellt; das bedeutet, als Stimmung des Volkes die Stimmung der Deputierten auszugeben, vom Tieferen, Breiteren, Grundlegenden an das Kleinere, Engere, Abgeleitete zu appellieren.\* Zweitens wird die Frage nach einer

\* Was die „Mandate“ betrifft, so weisen wir dieses Argument völlig zurück. Wer zählt die revolutionären und die opportunistischen Wähleraufträge und Mandate? Wer wüßte nicht, wieviel Zeitungen wegen der Veröffentlichung revolutionärer Wähleraufträge verboten wurden?

festen und konsequenten politischen Linie und Taktik des Proletariats umgangen und dafür die Frage nach der Berücksichtigung dieser oder jener „Stimmung“ untergeschoben. Drittens – und *das ist die Hauptsache* – schreckt man um des vulgär-demokratischen Fetisches einer „gesamtnationalen Revolution“ willen das Proletariat mit der „Isolierung“ vom „kleinbürgerlichen Volk“.

Auf die beiden ersten Fehler wollen wir möglichst kurz eingehen. Die Wahlen rührten die Massen auf und zeigten nicht nur deren Augenblicksstimmung, sondern auch ihre *tiefgreifenden Interessen*. Marxisten geziemt es überhaupt nicht, von den Klasseninteressen (ausgedrückt durch die Gruppierung der Parteien bei den Wahlen) an eine Augenblicksstimmung zu appellieren. Die Stimmung der Deputierten kann niedergeschlagen sein, während die ökonomischen Interessen der Massen zu einem Massenkampf führen können. Darum kann die Berücksichtigung der „Stimmung“ notwendig sein zur Bestimmung des *Zeitpunkts* dieser oder jener Aktion, dieses oder jenes Schritts, Aufrufs usw., aber keinesfalls zur Bestimmung der *Taktik* des Proletariats. Anders urteilen heißt die konsequente proletarische Taktik durch eine prinzipienlose Abhängigkeit von „Stimmungen“ ersetzen. Und es handelte sich ja die ganze Zeit gerade um die *Linie*, also absolut nicht um den „Zeitpunkt“. Ob im gegebenen Zeitpunkt das Proletariat zu Kräften gekommen ist oder nicht (wie die „Narodnaja Gaseta“ glaubt), das ist wichtig zur Berechnung des „Zeitpunkts“ für *Aktionen*, nicht aber zur Festlegung der taktischen *Linie* für *Aktionen* der Arbeiterklasse.

Der dritte Fehler ist der weitestreichende und wichtigste: die Angst, die Sozialdemokratie oder (was dasselbe ist) das Proletariat von dem kleinbürgerlichen Volk zu „isolieren“. Das ist schon eine durchaus unanständige Angst.

Soweit die Sozialrevolutionäre, die Trudowiki und die Volkssozialisten wirklich den Kadetten nachlaufen – und das kommt und kam sehr häufig vor, angefangen damit, daß sie für Golowin stimmten, dann weiter bei der berühmten Taktik der Grabesstille usw. –, soweit ist die Sozialdemokratie *verpflichtet*, sich von dem kleinbürgerlichen Volk zu isolieren. Denn von zwei Dingen eins: Entweder zeigen die Schwankungen des kleinbürgerlichen Volks überhaupt die wankelmütige Natur der Kleinbürger, zeigen sie die schwere und mühsame Entwicklung der Revolution, bedeu-

ten aber nicht ihr Ende, bedeuten nicht, daß sie ihre Kräfte erschöpft hat (so denken wir). Dann *erzieht* das sozialdemokratische Proletariat, indem es sich von allen und jeglichen Schwankungen und Schaukeleien des kleinbürgerlichen Volks isoliert, dieses Volk zum Kampf, bereitet es für den Kampf vor, entwickelt sein Bewußtsein, seine Entschlossenheit, seine Festigkeit usw. Oder die Schwankungen des kleinbürgerlichen Volks bedeuten das endgültige Finale der gegebenen bürgerlichen Revolution (wir halten diese Ansicht für *falsch*, und kein Sozialdemokrat hat sie direkt und offen vertreten, obwohl die extrem rechten Sozialdemokraten ihr zweifellos zuneigen). Dann ist das sozialdemokratische Proletariat *ebenfalls verpflichtet*, sich von den Schaukeleien (oder vom Verrat) des Kleinbürgertums zu isolieren, um das Klassenbewußtsein der Arbeitermassen zu erziehen und sie für eine planmäßigere, festere, entschlosseneren Teilnahme an der nächsten Revolution vorzubereiten.

Sich von dem *mit kadettischen Illusionen durchseuchten* kleinbürgerlichen Volk zu isolieren, ist das sozialdemokratische Proletariat in beiden Fällen, in allen Fällen unbedingt verpflichtet. Es muß auf jeden Fall die feste, konsequente Politik einer wirklich revolutionären Klasse betreiben und darf sich durch keinerlei reaktionäre oder spießbürgerliche Fäseleien, sei es über gesamt nationale Aufgaben überhaupt, sei es über eine gesamt nationale Revolution, verwirren lassen.

Es ist möglich, daß bei dieser oder jener Kräftekombination und beim Zusammentreffen ungünstiger Umstände die erdrückende Mehrheit der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Schichten zeitweilig mit Kriecherei, Servilität oder Feigheit infiziert wird. Das wäre eine „gesamt nationale“ Feigheit, und von ihr *isoliert* sich das sozialdemokratische Proletariat im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung als Ganzes.

„Proletari“ Nr. 16,  
2. Mai 1907.

Nach dem Text des „Proletari“.

ZU DEN PROTOKOLLEN  
DER NOVEMBERKONFERENZ  
DER MILITÄR- UND KAMPFORGANISATIONEN  
DER SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI  
RUSSLANDS<sup>140</sup>

In Nr. 20 der „Narodnaja Duma“ (vom 3. April d. J.) war zu lesen: „Das ZK der SDAPR hat folgendes Schreiben an die Parteiorganisationen gerichtet: Dieser Tage erschien ein Büchlein mit dem Titel „Protokolle der ersten Konferenz der Militär- und Kampforganisationen“\*. Um alle eventuellen Mißverständnisse aus der Welt zu schaffen, hält es das ZK für notwendig, dazu folgende Erläuterungen zu geben: 1. Diese Konferenz war einberufen worden von Vertretern einiger Militär- und Kampforganisationen nicht nur ohne Zustimmung, sondern sogar gegen den entschiedenen Protest des ZK, das alle wie immer gearteten Formen einer Zusammenfassung von Kampforganisationen als unzulässig betrachtet. 2. Die technische Gruppe beim ZK hatte nicht die Genehmigung des ZK zur Teilnahme an der „Konferenz“ erhalten, und das Mitglied dieser Gruppe, das sich erlaubte, ohne Wissen des ZK an der Konferenz teilzunehmen, ist vom ZK scharf gerügt worden. Wir halten es für nötig, dem hinzuzufügen, daß die Militärorganisationen des Baltikums an der Konferenz teilnahmen entgegen einem Beschluß des ZK der Sozialdemokratischen Partei Lettlands.“

Der Leser ersieht hieraus, daß unser ZK sehr erbost ist und sich beeilt, eine gewisse Konferenz bei der Partei anzuschwärzen und das Wesen der Sache durch eine Aufzählung formaler Regelwidrigkeiten zu verdunkeln.

Wir raten allen Parteimitgliedern, sich mit den außerordentlich inter-

\* Der wirkliche Titel, der vom ZK gekürzt wurde, lautet: „... organisationen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands – (einer Konferenz), abgehalten im November 1906“. (St. Petersburg 1907. Preis 60 Kopeken. IV + 168 Seiten.)

essanten „Protokollen der Militär- und Kampforganisationen der SDAPR“ bekannt zu machen, um sich persönlich davon zu überzeugen, wie komisch der Zorn und die Entrüstung des ZK sind. Unsererseits halten wir es für notwendig, auf dies Buch (und den damit zusammenhängenden „Konflikt“) wenigstens kurz einzugehen.

Zunächst ein paar Worte über die formale Seite der Sache in der zornigen Erklärung des ZK. Die Konferenz sei gegen seinen Protest einberufen worden, denn es betrachte „alle wie immer gearteten Formen einer Zusammenfassung von Kampforganisationen als unzulässig“. Das ist sehr zornig gesagt, nur ist es unlogisch bis zur Zusammenhangslosigkeit. Wenn das ZK nicht *Konferenzen* schlechthin zu den „Formen einer Zusammenfassung“ zählt, dann geht der ganze Schuß daneben. Wenn eine Beratung (eine „Konferenz“) von Angehörigen der Kampfgruppen *ebenfalls* als „Form der Zusammenfassung“ unzulässig ist, dann fragen wir uns mit Befremden: wie kann man verbieten, daß Vertreter von *Parteiorganisationen* sich *beraten*, solange sie *Parteiorganisationen* sind, solange sie weder durch einen Parteitag noch durch das Zentralkomitee aufgelöst wurden?? Das ZK scheut sich offenbar, seinen wirklichen Gedanken (den Wunsch, überhaupt alle Kampforganisationen aufzulösen) unumwunden auszusprechen, und überläßt sich deshalb seinem lächerlichen Ärger. In der Tat, hätte man nicht ganz natürlich *sachliche* Einwendungen gegen *bestimmte Schritte oder Beschlüsse* der Konferenz erwarten können an Stelle dieses Anschnauzers: „Beratungen lasse ich nicht zu“? Unwillkürlich kommt einem der Gedanke: will man nicht durch diesen Anschnauzer verhindern, daß der Streit um die Frage selbst ausgetragen wird?

Wenden wir uns der Geschichte der Einberufung der Konferenz der Militär- und Kampforganisationen der SDAPR zu. Im Herbst des vergangenen Jahres kam es aus diesem Anlaß zu einem Konflikt zwischen der Petersburger Militärorganisation und dem Zentralkomitee. Die erstere wollte eine Konferenz der Militär- und *Kampforganisationen* einberufen und machte dabei das „den Lokalorganisationen durch das Parteistatut *zuerkannte* Recht, Konferenzen einzuberufen“\*, geltend. Das

\* Siehe den vom Zentralkomitee herausgegebenen „Kurz Auszug aus den Protokollen der ersten Konferenz der Organisationen der SDAPR, die in der Armee arbeiten“ – eine Flugschrift von 13 Seiten, verlegt in der Druckerei des ZK.

ZK war gegen die Initiative der Petersburger Militärorganisation und gegen die Zulassung der Kampforganisationen. So kam es, daß zwei Konferenzen stattfanden: 1. die *Oktoberkonferenz* nur der Militärorganisationen unter Teilnahme von Vertretern des ZK; 2. die *Novemberkonferenz* sowohl der Militär- als auch der *Kampforganisationen* ohne Teilnahme eines ZK-Vertreters (obwohl das ZK eines seiner Mitglieder zur Teilnahme an *dieser* Konferenz *bestimmt* hatte). An der *Oktoberkonferenz* beteiligten sich Vertreter von 8 Militärorganisationen, an der *Novemberkonferenz* von 11 Militär- und 8 Kampforganisationen. An *beiden* Konferenzen nahmen Vertreter des Petersburger Komitees der SDAPR und andere Parteifunktionäre mit beratender Stimme teil.

Die Resolutionen der *Oktoberkonferenz* wurden vom Zentralkomitee in der obengenannten Flugschrift („Kurzer Auszug“) herausgegeben. Die Resolutionen der *Novemberkonferenz* wurden in Nr. 9 des „Proletari“ abgedruckt und sind nunmehr in die separat erschienenen „Protokolle“ aufgenommen. Der Protest des ZK, mit dem wir den Artikel angefangen haben, bezieht sich auf die *Novemberkonferenz*.

Selbstverständlich ist es zu verurteilen, daß zwei Konferenzen stattgefunden haben. Das ist unbedingt eine unerwünschte Erscheinung in einer einheitlichen Partei. Wir wollen von der formalen Seite absehen und fragen nach dem *Wesen* des Konflikts, der zu den *zwei* Konferenzen führte: War die Teilnahme der Kampforganisationen an der Konferenz nützlich oder schädlich? In der Resolution der *Oktoberkonferenz* lesen wir: „... ein dringendes Erfordernis für die Partei ist die Einberufung einer speziell den Militärorganisationen gewidmeten Konferenz, die die Frage nach der Vorbereitung des Heeres auf die Teilnahme an einem bewaffneten Kampf des Volkes zu erörtern hätte – einer Konferenz, zu deren erfolgreicher Arbeit die Teilnahme von Vertretern der Kampfgruppen in keiner Weise beitragen kann“ (S. 4 der Flugschrift des ZK). Und damit Punktum. Das sind die ganzen Gründe.

Ihre Unrichtigkeit springt ins Auge. Nehmen wir das Schlimmste gegen die Mitglieder der Kampfgruppen an. Aber daß sie an den Aufstandsversuchen teilgenommen haben, ist Tatsache. Und schon allein deswegen ist eine Beratung mit ihnen nützlich und notwendig. Es wäre nützlich gewesen, wenn man ihre *schädlichen* Tendenzen vor der Partei *aufgedeckt* hätte, wenn man auf der Konferenz in ihrem Beisein *enthüllt* hätte,

daß ihre Tätigkeit den und den Charakter trägt. Sowohl das ZK als auch *jeder* Konferenzteilnehmer hätte das tun können und wäre dazu verpflichtet gewesen. Die Beschlüsse der Konferenz, die sowohl für das ZK als auch für die lokalen Komitees absolut nicht verbindlich war, konnten niemand *in irgendeiner Frage* binden. Die *Furcht* vor einer gemeinsamen Beratung ist unter solchen Umständen einfach lächerlich.

Und wenn das ZK jetzt die Konferenz mit Beteiligung von Angehörigen der Kampfgruppen offen verurteilt, *ohne* dabei ebenso offen irgendeine Resolution dieser Konferenz zu *verurteilen*, so bedeutet das, daß diese Konferenz die Annahmen des ZK *widerlegt* hat!

Um sofort zu den Beschlüssen dieser Konferenz überzugehen, nehmen wir beispielsweise ihre Resolution über die *Aufgaben der Kampforganisationen*. Wir lesen: „Die Konferenz der Militär- und Kampforganisationen stellt fest, daß die Hauptaufgaben der Kampforganisationen darin bestehen, 1. eine richtige Auffassung von der Idee des bewaffneten Aufstands zu verbreiten und die konkreten Bedingungen zu erläutern, unter denen der bewaffnete Aufstand beginnen, verlaufen und erfolgreich vollendet werden kann, da selbst in den Reihen der Parteifunktionäre eine ganz verschwommene, falsche Vorstellung vom bewaffneten Aufstand besteht; 2. alle notwendigen technischen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Durchführung des bewaffneten Aufstands vorzubereiten; 3. die Kader der sich um die SDAPR gruppierenden klassenbewußten Arbeiter für ein aktives Vorgehen zu organisieren; 4. die Organisation der revolutionär-demokratischen Schichten der Bevölkerung zu Kampfzwecken zu fördern und die Kampfführung der Sozialdemokratie in diesen Schichten zu festigen.“

Als Hauptaufgabe der Kampforganisationen wird also vor allem die *Verbreitung einer richtigen Auffassung vom bewaffneten Aufstand* proklamiert. Noch deutlicher wird dieser Gedanke in der Resolution über die Rolle der Militär- und Kampforganisationen im bewaffneten Aufstand wiederholt: „Die Rolle der Kampforganisationen besteht darin, in den Volksmassen eine richtige Auffassung vom bewaffneten Aufstand zu entwickeln . . .“

Wie denn, eine Beratung *darüber* betrachtet unser menschwistisches ZK als „unzulässig“?? Oder hat es sich eilends versteckt hinter dem bürokratisch-schablonenhaften Schutzschild: „Alle Aktionen, selbst Bera-

tungen, sind in Bausch und Bogen unzulässig", weil es den Zweck verfolgte, sich der unangenehmen Pflicht zu entziehen, vor der Partei in bestimmter Weise auseinanderzusetzen, welche Aufgaben der Kampforganisationen denn nun es als richtig und welche es als unrichtig gestellt betrachtet??

Das ist es ja eben, daß unter den Menschewiki eine wahrhaft pharisäerhafte Einstellung zu den Kampforganisationen verbreitet ist: sie sind nicht abgeneigt, sich dieses oder jenes „Resultat“ der Tätigkeit parteiloser Kampforganisationen zunutze zu machen, aber dafür verbreiten sie über die Kampforganisationen der Partei Altweiberklatsch, der ihnen gestattet, die Frage ganz zu umgehen, welche Methoden angewendet werden sollen, um in den Massen eine richtige Auffassung vom bewaffneten Aufstand usw. zu verbreiten.

Zu diesen Klatschereien gehört zum Beispiel die landläufige Behauptung, die Mitglieder der Kampfgruppen überschätzten (den Bolschewiki folgend) die Technik des Aufstands.

Ausgezeichnet, meine Herrschaften! Ihr beschuldigt uns der Überschätzung der „Technik“? Vielleicht seid ihr so freundlich, zur Klarstellung der Wahrheit in dieser Frage zwei Resolutionen zu lesen: die der menschewistischen (vom Oktober) und die der bolschewistischen sozialdemokratischen Militärkonferenz (vom November).

*Über die Arbeit unter den Offizieren.* Resolution der menschewistischen (Oktober-)Konferenz:

„Die Konferenz stellt fest, daß die revolutionäre Propaganda unter den Offizieren eine wichtige Aufgabe ist, sowohl weil die Arbeit der sozialdemokratischen revolutionären Militärorganisation unter den Offizieren in friedlichen Zeiten unsere Arbeit in den Truppenverbänden in vielen Fällen erleichtern kann, als auch weil während des bewaffneten Aufstands revolutionäre Offiziere als technische Leiter des Aufstands dienen können. Darum empfiehlt die Konferenz der revolutionären Militärorganisation, der Arbeit unter den Offizieren ernste Beachtung zu schenken und danach zu streben, die Offiziere nach Möglichkeit als bewußte Anhänger der Sozialdemokratischen Partei zu gewinnen.“ (S. 13 der Flugschrift des ZK.)

Die Resolution der bolschewistischen (November-)Konferenz:

„In der Erwägung, 1. daß sowohl die klassenmäßige soziale Zusammensetzung des Offizierskorps als auch die Interessen der Offiziere als einer berufsmäßigen Militärkaste diese veranlassen, die Beibehaltung des stehenden

Heeres und der Rechtlosigkeit des Volkes anzustreben; 2. daß infolgedessen in der vor sich gehenden bürgerlich-demokratischen Umwälzung das Offizierskorps als Ganzes eine reaktionäre Rolle spielt; 3. daß die bestehenden, oppositionell gesinnten Gruppen des Offizierskorps keine aktive Rolle spielen; 4. daß gleichzeitig der Übertritt einzelner Offiziere in unsere Partei möglich ist, die durch ihre Spezialkenntnisse und ihre militärische Spezialausbildung im Augenblick eines Aufstands der Armee und ihres Übergangs auf die Seite des Volkes sowie bei der technischen Vorbereitung des bewaffneten Aufstands wesentliche Dienste leisten können – stellt die Konferenz der Militär- und Kampforganisationen fest, 1. daß die Militärorganisationen keine selbständige sozialdemokratische Organisation innerhalb des Offizierskorps aufbauen können; 2. daß es notwendig ist, die bestehenden, oppositionell gesinnten Offiziersgruppen auszunutzen, um Informationen zu erlangen und um einzelne Mitglieder als Instruktoren und praktische Leiter in die Militär- und Kampforganisationen unserer Partei aufzunehmen.“ (S. 132 der „Protokolle“.)

Bei den Menschewiki *nicht ein Wort*: weder über die klassenmäßige Zusammensetzung des Offizierskorps noch über seine Rolle in der *gesamten* bürgerlichen Revolution. Bei den Bolschewiki ist die Einschätzung des einen wie des anderen *an die Spitze* gestellt. Das zum ersten. Bei den Menschewiki die *nackte Technik*, denn *alle* Beweise für die „Wichtigkeit“ der Arbeit unter den Offizieren laufen ausschließlich darauf hinaus, daß die Arbeit unter den Offizieren unsere Arbeit in den Truppenverbänden „erleichtern kann“ (Quartiere beschaffen? legale Tarnung bieten?) und außerdem technische Leiter stellen kann. Bei den Bolschewiki ist der Technik in Form von Dienstleistungen „*einzelner Offiziere*“ ein *untergeordneter* Platz zugewiesen, während in den Vordergrund der Nachweis gerückt wird, daß die Arbeiterpartei keine „*selbständige sozialdemokratische Organisation*“ innerhalb des Offizierskorps aufbauen kann. Das zum zweiten. Bei den Menschewiki wird die spießbürgerliche Denkweise, die Angst davor hat, den Klassenzusammenhang des Offizierskorps mit der Bourgeoisie nachzuweisen, ergänzt durch die Zaghaftigkeit der Schlußfolgerung: sie „*nach Möglichkeit* als bewaffnete *Anhänger* der Sozialdemokratischen Partei zu gewinnen“. Bei den Bolschewiki hat die offene proletarische Einschätzung der *im ganzen* reaktionären Schicht zu der *entschiedenen* Schlußfolgerung geführt: die oppositionellen Offiziere sind auszunutzen, „*um Informationen zu erlangen*“, während „*einzelne*

Mitglieder“ in die Militär- und Kampforganisationen *unserer Partei* aufzunehmen sind. Das zum dritten.

Es fragt sich, wie man nach alledem das menschewistische Gerede von der Überschätzung der „Technik“ durch die Bolschewiki im allgemeinen und durch die bolschewistischen Kampfgruppenmitglieder im besonderen anders als Altweiberklatsch nennen kann. Praktisch hat dieses Gerede, wie wir sehen, dazu gedient, einerseits die technische Beschränktheit der menschewistischen Ansicht vom Offizierskorps zu bemänteln, und andererseits zu bemänteln, daß man sich auf rein intelligenzlerische, *opportunistische* Art davor scheut, sich über die bürgerliche Klassenzusammensetzung des Offizierskorps klarzuwerden, sich davor scheut, in die Arbeit innerhalb des Heeres die Idee des Klassenzwistes hineinzutragen zwischen der Masse der aus der Bauernschaft und der Arbeiterschaft stammenden „unteren Dienstgrade“ und dem Häuflein der Söhnchen von Adligen oder von Bourgeois, die den Militärdienst als Weg benutzen möchten, um sich in den Adel hineinzuschlängeln.

Diese „technische“ und spießbürgerlich-opportunistische Ansicht vom Offizierskorps haben nicht nur die menschewistischen Teilnehmer der kleinen Oktoberkonferenz an den Tag gelegt. Dieselbe Ansicht sehen wir bei unserem menschewistischen ZK: man braucht nur an seinen berühmten *vierten* Brief an die Organisationen zu erinnern (aus der Zeit der Auseinanderjagung der Duma), wo die Losung „Für die Duma“ als Machtorgan, das eine konstituierende Versammlung einberuft, mit dem Bestreben gerechtfertigt wird, sich den Interessen und dem Bewußtseinsniveau der „mittleren Bourgeoisie und des *Offizierskorps*“ anzupassen. In demselben Brief verstieg sich das ZK zu der Behauptung, ein *Sieg* der Sowjets der Arbeiterdeputierten im Kampf um die Macht würde lediglich zur Militärdiktatur der auf die Seite des Volkes übergegangenen Armee führen! Ohne die „liberalen“ Offiziere, man denke nur, wären die Soldaten nicht einmal zusammen mit dem Sowjet der Arbeiterdeputierten imstande, etwas anderes als eine Militärdiktatur zu gewährleisten!

Eine spießbürgerliche Ansicht vom Offizierskorps sehen wir auch bei Plechanow, dem ideologischen Führer der Menschewiki. Im Verlauf des ganzen Jahres 1906 sehen wir, wie er sich anstrengt, den Bolschewiki eine Überschätzung der technischen Aufgaben des Aufstands zur Last

zu legen. Über welche Seite des Aufstands aber schrieb der ehrenwerte Gen. Plechanow selber während dieser Zeit? Über die Massenwurzeln des Aufstands, über die Rolle der bäuerlichen und der proletarischen Elemente in ihm? Nichts dergleichen. Während dieser ganzen Zeit schrieb Gen. Plechanow *nur* in Nr. 7 des „Dnewnik“<sup>141</sup> (August 1906) über *einen* Brief eines liberalen Offiziers, den er höflich, ja überhöflich „korrigierte“ wegen seiner bürgerlichen Ansichten von den „unteren Dienstgraden“, von dem „ruhigen“ Charakter der Periode des Kabinetts Witte usw. „Ich glaube sogar“, schrieb Gen. Plechanow, „daß nur“ (man beachte dieses „nur“!) „die Teilnahme von Offizieren an den Militärorganisationen diesen Meutereien (der Soldaten und Matrosen) ein Ende machen wird, die eine planlose und unproduktive Verausgabung der für die Revolution nötigen Kräfte darstellen.“ Sehe doch einer an, wie energisch: *nur* die Teilnahme von Offizieren werde den Meutereien ein Ende machen!! Ohne Offiziere wird die „planlose“ Verausgabung der dummen, bäuerlichen Kräfte kein Ende nehmen. Wenn aber die bolschewistischen Kampfgruppenmitglieder sich zu einer Beratung zusammenfinden und der Sozialdemokratischen Partei den bescheidenen Rat geben möchten, es zur *Hauptaufgabe* der Kampforganisationen zu machen, den *Massen* militärische Kenntnisse, Verständnis für den Verlauf des Aufstands, Verständnis für die Bedingungen seiner *planmäßigen* Durchführung zu vermitteln, dann fangen die Pharisäer des schablonenhaften Menschewismus an zu zetern: welche eng-technische Auffassung der „Planmäßigkeit“! Welche „unzulässige“ Beratung der Kampfgruppenmitglieder gegen den Willen des ZK!

Aber genug von diesen Pharisäern. Kehren wir zu den Protokollen zurück. An *einer* Stelle fanden wir dort nicht „bescheidene Ratschläge“ an die Sozialdemokratische Partei, sondern eine präventöse und absurde Projektemacherei. Wir meinen das Referat des Gen. Isarow<sup>142</sup> über die Rolle der Partei im bewaffneten Aufstand. Gen. Isarow ist hier tatsächlich zu Absurditäten gelangt wie Aufteilung aller Parteiorganisationen in drei Haupttypen: Militär-, Kampf- und proletarische Organisationen!! Er verstieg sich sogar zu „Plänen“ einer Bildung von „Militär- und Kampfsowjets“ aus einer *paritätischen Zahl* von Delegierten dieser drei Organisationstypen (S. 95) usw. Selbstverständlich distanzieren wir Bolschewiki uns *stets aufs entschiedenste* von einem solchen „Kampftrara“.

Daß die allgemein-proletarische Organisation unbedingt dominieren und die entscheidende Stimme haben muß, daß alle Militär- und Kampforganisationen ihr *völlig* untergeordnet sein müssen, daß es *notwendig* ist, die besagten Kampforganisationen *ganz und gar* auf die Kader *parteiorganisierter* sozialdemokratischer Arbeiter zu gründen (oder vielleicht sogar die *Kampforganisation durch eine Parteimiliz zu ersetzen*) – alles das steht für uns außer Zweifel.

Und wenn man uns zu fraktionellen Zwecken die albernen Verstiegenheiten des Gen. Isarow unter die Nase reiben will, dann bitten wir derartige „Kritiker“, nicht zu vergessen, daß *die bolschewistische Konferenz der Militär- und Kampforganisationen den Isarowschen Übertreibungen nicht gefolgt ist!* Die beste Widerlegung der Verleumdungen gegen unsere Kampfgruppenmitglieder ist die Tatsache, daß sie *selber* auf ihrer Konferenz die Isarowsche Projektmacherei einfach beiseite geschoben haben. Damit *ihre* Meinung über die Rolle der Sozialdemokratischen Partei im bewaffneten Aufstand *nicht* als präventöse Aufdringlichkeit oder Befehlshaberei usw. aufgefaßt werden *konnte*, verwandelten sie *selber* ihre Konferenz zu dieser Frage in eine *private Beratung* (siehe Nr. 9 des „Proletari“ und S. 116 der „Protokolle“). Und erst in dieser privaten Beratung nahm man einmütig eine Resolution an, in der es keinerlei Projektmacherei à la Isarow gibt, in der vielmehr nur von der „Sicherstellung der engsten Verbindung und Zusammenarbeit der allgemein-proletarischen Organisationen und der Militär- und Kampforganisationen“ gesprochen wird. Dabei ist in der Resolution über die Aufgaben der Militärorganisationen die *„Unterordnung der ganzen Arbeit“* unter die „politische Führung der allgemein-proletarischen Organisationen“ *besonders* unterstrichen (Nr. 9 des „Proletari“ und S. 137 der „Protokolle“). Wenn die bolschewistischen Kampfgruppenmitglieder es sogar allein fertiggebracht haben, Isarow zu korrigieren, dann kann man sich vorstellen, inwieweit die Ängste des ZK vor einer gemeinsamen Beratung der Militär- und Kampforganisationen der ganzen Partei begründet sind.

Der Platz erlaubt es uns nicht, mit der gleichen Ausführlichkeit auf die anderen Seiten der Konferenzarbeit einzugehen. Hervorheben wollen wir, daß *fast die Hälfte* des umfangreichen Buches den Berichten über die Arbeit unter den Truppen (S. 10–49) und über die früheren bewaffneten Aufstandsversuche (S. 53–59, 64–79) gewidmet ist. Das ist ein außer-

ordentlich wertvolles Material, und für das Verdienst, es zusammengetragen und verarbeitet zu haben, werden alle klassenbewußten sozialdemokratischen Arbeiter der Konferenz der Militär- und Kampforganisationen Dank wissen. Hervorheben wollen wir das Referat des Gen. Warin<sup>143</sup> „Über die unternommenen bewaffneten Aufstandsversuche“; in diesem Referat steht das Studium des bewaffneten Aufstands *als einer besonderen Art der Massenbewegung*, einer besonderen Art des proletarischen Klassenkampfes im Vordergrund. Unterstrichen wird das historische Moment der äußersten Zuspitzung des Kampfes bestimmter Klassen als Voraussetzung des Aufstands. Untersucht wird die Rolle der einzelnen Klassen, die Abhängigkeit der Bewegung in den Truppenverbänden von dem sozialen Kräfteverhältnis, die Unabtrennbarkeit der politischen Seite des Aufstands von seiner militärischen, die Bedeutung „breiter demokratischer Organisationen der Volksmassen“ als der Voraussetzungen für eine provisorische revolutionäre Regierung usw. Solche Fragen zu *studieren* ist natürlich etwas schwieriger, als „taktische Plattformen“ zu schreiben mit kadettischen Phrasen über den „Glauben der proletarischen Massen an das Wunder eines plötzlichen Aufstands“ (siehe die „Taktische Plattform“ von Martow und Konsorten).

Hervorheben wollen wir schließlich noch die Diskussion über die gegenwärtige Lage mit der vortrefflichen Rede des Gen. Iljan<sup>144</sup>, der *im November 1906*, auf der Konferenz der *Militär- und Kampforganisationen*, Ansichten über die *zweite Duma* vorzutragen wußte, die durch die Ereignisse glänzend bestätigt worden sind. „Ich gestatte mir, die Duma zu streifen“, sagte er. „In der Duma werden wir absolut nicht die Zusammensetzung haben, wie wir sie in der vergangenen Duma hatten. Wir werden die mobilisierte Revolution und die mobilisierte Reaktion haben. Die Bauernschaft wird besonders infolge der Nichterfüllung ihrer Erwartungen revolutionärere Elemente entsenden als in die vorangegangene Duma. Zweifellos wird dasselbe auch mit dem Proletariat der Fall sein . . . Unser Unglück ist, daß ein Teil der Sozialdemokratie danach strebt, die Duma mit irgendeiner Zwischenschicht von Liberalen zu füllen.“ (S. 84 der „Protokolle“.)

Auf der Konferenz der *Kampfgruppen* hat man die *Politik* richtiger einzuschätzen gewußt, als Plechanow und das menschwistische ZK im November 1906 es konnten!

Den Inhalt der „Protokolle“ in einem Zeitungsartikel zu erschöpfen, ist selbstverständlich unmöglich, und wir schließen mit dem dringenden Rat, sie zu *studieren*. Dieser Rat gilt denjenigen Sozialdemokraten, die fähig sind, über Fragen des Aufstands ohne liberales Gekicher zu sprechen.

*Geschrieben im April 1907.*

*Veröffentlicht am 2. Mai 1907  
im „Proletari“ Nr. 16.*

*Nach dem Text des „Proletari“.*

---

BERICHT AN DEN V. PARTEITAG DER SDAPR  
ÜBER DIE PETERSBURGER SPALTUNG UND DIE  
DAMIT ZUSAMMENHÄNGENDE EINSETZUNG EINES  
PARTEIGERICHTS<sup>145</sup>

Das ZK unserer Partei hat, wie aus bürgerlichen Zeitungen („Towarischtsch“ u. a.) bekannt ist, ein Parteigericht eingesetzt zur Untersuchung meiner Handlungsweise – nämlich meiner Broschüre „Die Wahlen in Petersburg und die Heuchelei der 31 Menschewiki“\*, die erschien, als die Petersburger sozialdemokratische Organisation bei den Wahlen zur zweiten Duma gespalten war.

Das Gericht wurde zusammengesetzt aus drei von mir benannten Vertretern, drei Vertretern der 31 Menschewiki und drei Präsidiumsmitgliedern, die von den Zentralkomitees der lettischen und der polnischen Sozialdemokratie sowie des „Bund“ benannt wurden. Ich unterbreitete diesem Gericht eine Gegenklage gegen die 31 Menschewiki und den Gen. Dan (Mitglied der Redaktion des Zentralorgans – und über das ZO auch Mitglied des ZK) wegen unzulässigen Verhaltens. Diese Gegenklage wurde unterstützt einerseits durch eine Versammlung von 234 Petersburger bolschewistischen Parteimitgliedern (ihre Resolution wurde zusammen mit ihrem Bericht, der ein Resümee der ganzen Angelegenheit gibt, in Nr. 13 des „Proletari“ veröffentlicht) und andererseits durch die Petersburger sozialdemokratische Konferenz (abzüglich der abgespaltenen Menschewiki). Die Resolution dieser Konferenz ist in Nr. 14 des „Proletari“ veröffentlicht.<sup>146</sup>

Das Gericht als eine vom Zentralkomitee bestellte Einrichtung hielt sich nicht für berechtigt, selbständig die 31 und den Gen. Dan unter Anklage zu stellen, und wandte sich zwecks Feststellung seiner Kom-

---

\* Siehe den vorliegenden Band, S. 19–30. *Die Red.*

petenz in der Frage der Gegenklage an das gleiche ZK. Das ZK behandelte diese Frage in einer Sondersitzung von neuem und bestätigte, daß das betreffende Gericht nur gebildet worden sei, um die Angelegenheit Lenins zu untersuchen, und eine neue gerichtliche Klage gegen neue Personen hänge ganz und gar vom ZK ab, das es natürlich für seine Pflicht halten werde, jeden, gegen den das gegebene Gericht eine Anklage wegen unzulässiger Handlungsweise formuliere, vor ein Gericht zu stellen. Die Zusammensetzung dieses neuen Gerichts bleibt wiederum vollständig dem Ermessen desselben ZK überlassen.

Auf diese Weise ergab sich ein ganzer Knäuel toller Ungereimtheiten und Widersprüche. Das menschwistische ZK spielt die Rolle einer Instanz, die Genossen vor Gericht stellt und die Zusammensetzung sowohl wie die Kompetenz des Gerichts bestimmt. Eine Gegenklage ist gegen einen Führer des menschwistischen Teils des ZK erhoben worden. Ein und dieselben Personen erweisen sich als diejenigen, die das Gericht ernennen, die Anklage vertreten und über die Frage nach der Einleitung einer Gegenklage *gegen sie selbst* entscheiden!

Es ist verständlich, daß solche Zustände die Achtung vor der Partei nicht heben können. Den Knäuel von Ungereimtheiten kann nur der Parteitag entwirren. Und deshalb richte ich an den Parteitag das Ersuchen, dem Gericht unmittelbar vom Parteitag aus die ganze Fülle der Gerichtsgewalt zuzusprechen; das Gericht völlig unabhängig vom ZK zu machen, das (in seinem menschwistischen Teil) ganz offensichtlich in der Sache parteiisch ist; dem Gericht das Recht zuzugestehen, die Sache allseitig, ohne alle Einschränkungen zu untersuchen und alle Parteimitglieder und Parteiinstanzen einschließlich des menschwistischen Teils des ZK unter Anklage zu stellen usw.

Damit die Delegierten des Parteitags der SDAPR sich über die Sache informieren können, füge ich bei: 1. den vollständigen Text meiner Verteidigungsrede (bzw. Anklagerede gegen den menschwistischen Teil des ZK), der von mir in der ersten Gerichtssitzung verlesen wurde. (Das Gericht hatte im ganzen zwei Sitzungen und vernahm drei Zeugen von mehreren Dutzend. Die Sitzungen des Gerichts sind durch den Parteitag unterbrochen worden.) 2. Ich füge eine kurze Darstellung der faktischen Geschichte der Spaltung in Petersburg bei.

## I. LENINS VERTEIDIGUNGSREDE (BZW. ANKLAGE- REDE GEGEN DEN MENSCHEWISTISCHEN TEIL DES ZK) VOR DEM PARTEIGERICHT

Genossen Richter!

Das ZK hat gegen mich die Anklage erhoben, ich sei (in der Presse) *in einer für Parteimitglieder unzulässigen Weise aufgetreten*. So heißt es in dem Beschluß des ZK über die Einsetzung eines Parteigerichts. Ich will unmittelbar mit dem Wesen der Sache beginnen und verlese den vollen Text der „Erklärung“, die das ZK „dem Gericht zur Untersuchung vorlegt“:

... „Das ZK konstatiert, daß in der von Genossen Lenin gezeichneten Broschüre ‚Die Wahlen in Petersburg und die Heuchelei der 31 Menschewiki‘ 31 Mitglieder der St.-Petersburger Organisation direkt beschuldigt werden, daß sie mit der Partei der Kadetten in Verhandlungen getreten seien ‚zum Verkauf von Arbeiterstimmen an die Kadetten‘ und daß ‚die Menschewiki mit den Kadetten gefeilscht haben, um mit Hilfe der Kadetten gegen den Willen der Arbeiter einen der ihren in die Duma zu schmuggeln‘.

Das ZK konstatiert, daß das Erscheinen einer derartigen Beschuldigung in der Presse, besonders am Vorabend der Wahlen, Verwirrung in die Reihen des Proletariats hineinbringen muß, da sie die politische Ehrlichkeit von Parteimitgliedern anzweifelt und von den Feinden des Proletariats zum Kampf gegen die Sozialdemokratie ausgenutzt werden wird.

Da das ZK findet, daß ein derartiges Auftreten für Parteimitglieder unzulässig ist, läßt es die Handlungsweise des Gen. Lenin von einem Parteigericht untersuchen.“

Das ist der vollständige Text der Anklage. Ich will vor allen Dingen bemerken, daß hier eine grobe, den Tatsachen glatt widersprechende *Unwahrheit* vorliegt, die ich das Gericht bitten werde, auf Grund des *Textes* meiner inkriminierten Broschüre richtigzustellen. In dieser Broschüre ist nämlich klipp und klar gesagt, daß ich *nicht nur* die 31 Menschewiki, *sondern auch Gen. Dan, d. h. ein Mitglied* des Zentralkomitees anklage.

Als das ZK seinen Beschluß faßte, *wußte es selbstverständlich* sowohl, daß Gen. Dan Mitglied des ZK ist (vielleicht war er sogar an der Erörterung der Frage oder an dem Beschluß, mich wegen einer Beschuldi-

gung gegen Dan vor Gericht zu stellen, beteiligt?), als auch daß ich nicht nur die 31 beschuldige, sondern auch Dan. Also hat das ZK aus der Zahl der von mir beschuldigten Personen *sein Mitglied bewußt* herausgenommen. Hier handelt es sich schon nicht mehr um die faktische Unwahrheit allein, sondern um etwas Schlimmeres, etwas absolut Unzulässiges, und in der Folge werde ich ausführlich auf die Würdigung *dieser* Seite der Sache eingehen, werde mich bemühen, *gerade sie* mit allem Material der gerichtlichen Untersuchung aufzuklären.

Ich komme nun zum Wesen der Anklage.

Das ZK führt zwei Zitate aus meiner Broschüre an, und jedes dieser Zitate muß ich möglichst gründlich untersuchen. Ich verstehe natürlich, daß es sich um die *ganze* angegebene Broschüre handelt und nicht nur um diese beiden Zitate. Aber ich nehme sie nach dem Beispiel des Zentralkomitees als das Grundlegende und Wichtigste.

Das erste Zitat ist dem Anfang der Broschüre entnommen. Ich erlaube mir, eine ganze Seite vorzulesen, um zu zeigen, in welchem Zusammenhang dieses Zitat steht:

„Die Zeitung ‚Towarischtsch‘ veröffentlicht heute (am 20. Januar)“ – ich erinnere daran, daß die Sache sich also *fünf* Tage vor der Bildung des Linksblocks in St. Petersburg und *16 Tage* vor den Wahlen zur Reichsduma in der Stadt St. Petersburg abspielte – „umfangreiche Auszüge aus dem Aufruf der 31 Menschewiki, die sich am Vorabend der Wahlen in St. Petersburg von der sozialistischen Organisation abgespalten haben.“\*

Ich unterstreiche, daß gleich der erste Satz der Broschüre die grundlegende Tatsache der *Spaltung* in St. Petersburg am Vorabend der Wahlen an die Spitze stellt. Ich unterstreiche diesen Umstand, denn ich werde in der Folge noch oft auf seine Bedeutung hinzuweisen haben.

Ich zitiere weiter:

„Erinnern wir zunächst mit ein paar Worten an die faktische Geschichte der Machenschaften, die sich die von der Sozialdemokratie abgespaltenen Menschewiki nach dem Verlassen der Konferenz geleistet haben . . .“ Diesem Verlassen der Konferenz und seiner Bedeutung hatte ich die Broschüre „Die Sozialdemokratie und die Wahlen in Petersburg“,

\* Siehe den vorliegenden Band, S. 19. *Die Red.*

ferner die Broschüre „Der Narr als Richter (Aus den Notizen eines sozialdemokratischen Publizisten)“\* gewidmet, die einige Tage vor der zur Untersuchung stehenden Broschüre erschienen. Die letztere ist von der Polizei fast vollständig beschlagnahmt worden. Es sind nur einige Exemplare erhalten, und ich berufe mich auf sie, damit das Gericht das Bild der damaligen Vorgänge in seiner Gesamtheit und nicht nur in einzelnen Bruchstücken studieren kann.

... „1. Nachdem sie sich von den sozialdemokratischen Arbeitern abgespalten hatten, bildeten sie einen Block mit dem Kleinbürgertum (Sozialrevolutionären, Trudowiki und Volkssozialisten) zu gemeinsamem Mandatschacher mit den Kadetten. Den schriftlichen Vertrag über diesen Eintritt der abgespaltenen Sozialdemokraten in den kleinbürgerlichen Block *verheimlichten sie vor den Arbeitern* und vor der Öffentlichkeit.

Wir geben indessen die Hoffnung nicht auf, daß dieser Vertrag doch noch veröffentlicht wird und daß das Verborgene offenbar wird.“

Ich mache das Gericht darauf aufmerksam, daß in meiner Broschüre, worin Dan und die 31 Menschewiki angeklagt werden, sogleich das Moment der Verheimlichung des schriftlichen Vertrags vor den Arbeitern unterstrichen wird. Gehen wir weiter:

„2. Als Bestandteil des kleinbürgerlichen Blocks (der in den Zeitungen fälschlich als ‚Linksblock‘ bezeichnet wird) haben die abgespaltenen Menschewiki mit den Kadetten darum gefeilscht, daß diesem Block drei von sechs Dumasitzen überlassen werden. Die Kadetten wollten zwei Sitze geben. Man wurde nicht handelseins. Die kleinbürgerliche ‚Konferenz‘ (der Ausdruck stammt nicht von uns, sondern aus den Zeitungen) mit den Kadetten tagte am 18. Januar. Über diese Tagung haben die ‚Retsch‘ und der ‚Towarischtsch‘ berichtet. Die ‚Retsch‘ erklärt heute, das Abkommen sei nicht zustande gekommen (wenn wir auch natürlich darauf gefaßt sein müssen, daß hinter verschlossenen Türen trotzdem noch Verhandlungen stattfinden).

Die Menschewiki berichten einstweilen in der Presse nichts über diese ihre ‚Aktion‘ zum Verkauf von Arbeiterstimmen an die Kadetten.“

In diesem Zusammenhang also steht das erste Zitat. Meine Worte gegen die Menschewiki wurden an demselben Tage geschrieben, an dem ich zum ersten Male aus den Zeitungen erfuhr, daß der Block der Menschewiki und der Volkstümler mit den Kadetten gegen die Mehrheit der Petersburger sozialdemokratischen Organisation nicht zustande gekom-

\* Siehe Werke, Bd. 11, S. 435—460 und 461—480. Die Red.

men war, wobei ich gleich den Vorbehalt machte, daß ich das Abkommen nicht für *endgültig* gescheitert halten könne, daß man *auf das Schlimmste* gefaßt sein müsse: auf die Fortsetzung der Verhandlungen „*hinter verschlossenen Türen*“. Warum meinte ich damals (und ich halte meine damalige Anschauung auch jetzt für richtig), daß man auf dieses Schlimmste gefaßt sein müsse? Weil die Verheimlichung des schriftlichen Vertrags der Menschewiki mit dem kleinbürgerlichen Block vor der Öffentlichkeit eine falsche, eines Sozialisten unwürdige Handlungsweise war, die unvermeidlich den *schlimmsten Verdacht* erwecken mußte.

Von was für einem „Verkauf“ von Arbeiterstimmen an die Kadetten ist hier die Rede? Einige Spaßvögel sagten mir, sie hätten es so verstanden, daß ich hier von einem Verkauf *gegen Geld* spreche. Dieser Spaß entbehrt natürlich nicht des Witzes. Aber ein des Lesens und Schreibens kundiger Mensch, der ernsthaft die ganze Broschüre und nicht herausgerissene Stellen liest, wird selbstverständlich aus dem Zusammenhang, aus allen vorhergegangenen und folgenden Sätzen sofort ersehen, daß es sich hier um einen Verkauf *nicht gegen Geld, sondern gegen Dumasitze* handelt. Unter „Feilschen“ und „Kauf und Verkauf“ ist der Austausch politischer Äquivalente und nicht ökonomischer, der Tausch von Stimmen gegen Sitze und nicht von Stimmen gegen Geld zu verstehen.

Es fragt sich, ob es sich gelohnt hat, auf einen so klaren und offensichtlichen Umstand einzugehen.

Ich bin fest überzeugt, daß es sich gelohnt hat, denn in diesem Punkte kommen wir dicht an die Klärung der Frage heran, die vom Zentralkomitee gestellt ist, nämlich der Frage, welche Ausführungen in der Presse zulässig und welche unzulässig sind.

Wenn an der fraglichen Stelle der Broschüre gesagt worden wäre: die 31 haben die Stimmen der Arbeiter den Kadetten für Geld verkauft, dann hieße das dem Gegner eine schimpfliche und verbrecherische Handlungsweise zuschreiben. Für eine solche Behauptung gehörte der, der sie aufgestellt hat, vor Gericht, selbstverständlich durchaus nicht wegen „Hineintragens von Verwirrung in die Reihen des Proletariats“, sondern wegen *Verleumdung*. Das ist völlig klar.

Umgekehrt, wenn an der fraglichen Stelle der Broschüre gesagt worden wäre: die 31 sind dafür eingetreten, die Stimmen der Arbeiter mit den Stimmen der Kadetten zu *vereinigen*, unter der Bedingung, daß die

Sozialdemokraten einen Dumasitz erhalten – dann wäre es das Musterbeispiel einer loyalen, korrekten, für Parteimitglieder zulässigen Polemik.

Wodurch unterscheidet sich nun von *dieser* Formulierung diejenige, die ich gewählt habe? Sie unterscheidet sich durch den Ton, der die ganze Musik macht. Diese Formulierung ist nämlich gleichsam darauf berechnet, beim Leser Haß, Abscheu, Verachtung gegenüber Leuten zu wecken, die solche Taten begehen. Diese Formulierung ist nicht darauf berechnet, zu überzeugen, sondern darauf, Reihen zu zerschlagen; nicht darauf, den Fehler des Gegners zu korrigieren, sondern darauf, seine Organisation zu vernichten, sie vom Erdboden wegzufegen. Tatsächlich ist diese Formulierung derart, daß sie die schlimmsten Gedanken, den schlimmsten Verdacht gegenüber dem Gegner hervorruft und tatsächlich, im Gegensatz zu einer Formulierung, die überzeugen und korrigieren will, „Verwirrung in die Reihen des Proletariats hineinträgt“.

Also geben Sie zu, daß eine solche Formulierung *unzulässig* ist? wird man mich fragen. Natürlich, ja, antworte ich, *nur mit einem kleinen Zusatz*: unzulässig für Mitglieder einer *einigen* Partei. Dieser Zusatz bildet den ganzen Angelpunkt der Frage. Die vom Zentralkomitee gegen mich erhobene Beschuldigung ist deshalb so unrichtig, ja noch mehr: so unehrlich, weil *das ZK verschweigt*, daß es eine einige Partei zu der Zeit, da die Broschüre geschrieben wurde, in der Organisation, von der sie (nicht formal, wohl aber dem Wesen der Sache nach) ausging und deren Zielen sie diente, *nicht gab*. Es ist unehrlich, jemand zu beschuldigen, er sei in einer „für Parteimitglieder unzulässigen Weise in der Presse aufgetreten“, wenn bei dem gegebenen Anlaß die Partei *gespalten* war.

Die Spaltung ist der Abbruch jeder organisatorischen Verbindung, der den Meinungsstreit vom Boden der Einwirkung innerhalb der Organisation auf den Boden der Einwirkung außerhalb der Organisation, vom Boden der Richtigstellung und der Überzeugung von Genossen auf den Boden der Vernichtung ihrer Organisation, auf den Boden der Aufreizung der Arbeiter- (und überhaupt der Volks-) Masse gegen die abgespaltene Organisation verlegt.

Das, was zwischen Mitgliedern einer *einigen* Partei unzulässig ist, das ist zulässig und unbedingt notwendig zwischen den Teilen einer gespaltenen Partei. Über Parteigenossen darf man nicht in einer Sprache schreiben, die in den Arbeitermassen systematisch Haß, Abscheu, Ver-

achtung usw. gegen Andersdenkende sät. Aber man *darf und muß* gerade in der erwähnten Weise schreiben über eine abgespaltene Organisation.

Warum muß man das? Weil die Spaltung dazu verpflichtet, die Massen der Führung durch die Abgespaltenen zu *entreißen*. Man sagt mir: Sie haben Verwirrung in die Reihen des Proletariats hineingetragen. Ich antworte: Ich habe bewußt und mit Berechnung Verwirrung in die Reihen *des* Teils des Petersburger Proletariats getragen, der den Menschewiki folgte, die am Vorabend der Wahlen sich abgespalten hatten, *und ich werde bei einer Spaltung immer so handeln*.

Mit meinen scharfen, beleidigenden Angriffen auf die Menschewiki am Vorabend der Wahlen in St. Petersburg habe ich wirklich die Reihen *des an sie glaubenden und ihnen folgenden* Proletariats ins Wanken gebracht. Das war mein Ziel. Das war meine Pflicht als Mitglied der Petersburger sozialdemokratischen Organisation, die die Kampagne des Linksblocks durchführt. Denn *nach der Spaltung mußte man*, um diese Kampagne durchführen zu können, die Reihen der Menschewiki zerschlagen, die das Proletariat hinter die Kadetten bringen wollten, *mußte man* Verwirrung in ihre Reihen hineinbringen, mußte man in der Masse Haß, Abscheu und Verachtung gegen diese Menschen erwecken, die *aufgehört* hatten, Mitglieder einer einzigen Partei zu sein, die zu politischen Feinden geworden waren und die unserer sozialdemokratischen Organisation in ihrer Wahlkampagne in den Rücken fielen. Gegen *solche* politischen Feinde habe ich damals einen *Vernichtungskampf* geführt, und *ich werde ihn* im Falle einer Wiederholung oder Vertiefung der Spaltung *stets führen*.

Wenn wir nach der von den Menschewiki in St. Petersburg bewerkstelligten Spaltung nicht Verwirrung in die Reihen *des von den Menschewiki geführten* Proletariats hineingetragen hätten, so hätten wir unsere Wahlkampagne, die Kampagne des Linksblocks, nicht durchführen können. Und ich bedaure nur, daß ich infolge meiner Abwesenheit von Petersburg *nicht genügend* mithelfen konnte, die Massen dem Einfluß der Menschewiki, die sich abgespalten hatten, zu *entreißen*, denn bei einer eifrigeren und erfolgreicherer Erfüllung dieser Aufgabe würde der Linksblock in St. Petersburg gesiegt haben. Das ist durch das Zahlenmaterial über die Wahlergebnisse bewiesen.

Der logische (und natürlich nicht nur logische) Grundfehler der Anklage besteht gerade darin, daß man die Frage der Spaltung perfide umgeht, die Tatsache der Spaltung verschweigt und versucht, Forderungen, die vom Gesichtspunkt der Einheit der Partei aus berechtigt sind, unter Verhältnissen geltend zu machen, wo es *keine* Einheit, *keine* einige Partei gibt, und noch dazu – ich werde das später beweisen – nicht gibt durch die Schuld des Anklägers, des ZK selber, das die Spaltung bewerkstelligt und bemäntelt hat.

Wollte jemand den Maßstab des innerhalb der Partei zulässigen Kampfes an den Kampf auf dem Boden der Spaltung anlegen, an einen Kampf, der von außen gegen die Partei oder (bei örtlicher Spaltung) gegen die betreffende Parteiorganisation geführt wird, so müßte man einen solchen Menschen entweder für kindlich naiv oder für einen Heuchler halten. Vom organisatorischen Standpunkt aus bedeutet die Spaltung den Abbruch *jeder* organisatorischen Verbindung, d. h. den Übergang von einem Kampfe, der Genossen innerhalb der Organisation überzeugen soll, zu einem Kampfe, der die feindliche Organisation zerstören und ihren Einfluß auf die Massen des Proletariats zunichte machen soll. Vom psychologischen Standpunkt aus ist es ganz klar, daß der Abbruch jeder organisatorischen Verbindung zwischen Genossen *schon die höchste Stufe* gegenseitiger Erbitterung und Feindschaft bedeutet, die in Haß übergegangen ist.

Bei der Petersburger Spaltung aber waren noch zwei besondere Umstände im Spiel, die die Schärfe und Unerbittlichkeit des Kampfes verzehnfachten.

Der erste Umstand ist die Rolle des Zentralkomitees der Partei. „Laut Statut“ mußte es auf die Einigkeit hinarbeiten, und eine örtliche Spaltung durfte niemals zum Kampfe auf dem Boden der Spaltung führen, sondern zu einer Beschwerde beim ZK oder, allgemeiner gesprochen, zu einem Ersuchen an das ZK, es solle helfen, die Einheit wiederherzustellen. In *Wirklichkeit* aber war das ZK in St. Petersburg am Vorabend der Wahlen Initiator der Spaltung und selbst an ihr beteiligt. Gerade dieser Umstand, der in der Begründung zu dem Beschluß der Konferenz, eine Gegenklage einzureichen, ausführlich und dokumentarisch dargelegt ist, nötigt uns auch, die Petersburger Spaltung als eine *unehrliche* Spaltung zu bezeichnen. Ich werde darüber noch besonders sprechen und darauf

bestehen, daß das Gericht die Fragen aufwerfe, die sich aus der rechtlichen Natur dieser vom Angeklagten gegen den Ankläger erhobenen Anklage ergeben.

Der zweite Umstand ist die Wahlkampagne in Petersburg zur Zeit der Spaltung. Wenn ein offenes, massenhaftes politisches Auftreten oder überhaupt eine politische Aktion der Partei nicht sofort erfolgen muß, so kann es zuweilen vorkommen, daß die Spaltung nicht den *unverzüglichen* schonungslosen Vernichtungskampf notwendig macht. Wenn aber eine solche Massenaktion, wie zum Beispiel eine Wahl, im Gange ist, wenn es notwendig ist, um jeden Preis sofort in die Wahlen einzugreifen und sie so oder so durchzuführen – dann bedeutet die Spaltung unbedingt den sofortigen Vernichtungskampf, den Kampf um die Frage, *wer* die Wahlen durchführt: die betreffende sozialdemokratische Organisation oder die Gruppe, die sich von ihr abgespalten hat. Bei einer solchen Spaltung darf die Aufgabe, die Massen dem Einfluß der Spalter zu entreißen, deren Organisation zu zerschlagen und sie selber zu politischen Nullen zu machen, auch nicht eine Minute aufgeschoben werden. Und nur dank der unerbitlichen Wucht des bolschewistischen Angriffs auf die Menschewiki, *nach* deren Abspaltung am 6. Januar, kam in der Hauptstadt noch eine verhältnismäßig einmütige, einigermaßen parteimäßige, einer sozialdemokratischen zumindest ähnliche Wahlkampagne zustande.

Man sagt: Kämpft, aber nicht mit vergifteten Waffen! Das ist zweifellos ein sehr schöner, effektvoller Ausspruch. Er ist jedoch entweder eine schöne leere Phrase, oder er drückt in verschwommener, unklar-verworrener Form eben den Gedanken eines Kampfes aus, der in der Masse Haß, Abscheu und Verachtung gegen die Gegner weckt, eines Kampfes, der in einer einigen Partei unzulässig, aber angesichts einer Spaltung kraft des ganzen Wesens der Spaltung unvermeidlich und notwendig ist – jenen Gedanken, den ich schon zu Beginn meiner Rede entwickelt habe. Wie immer man auch diese Phrase oder Metapher drehen und wenden mag, man wird nicht eine Spur realen Inhalts aus ihr herauspressen außer eben den Unterschied zwischen einer loyalen und korrekten Kampfmethodemittels Überzeugung innerhalb der Organisation und einer Kampfmethodemittels der Spaltung, d. h. durch Vernichtung der feindlichen Organisation, durch Schürung von Haß, Abscheu, Verachtung in der Masse gegen diese Organisation. Vergiftete Waffen – das sind

unehrliche Spaltungen, aber nicht der Vernichtungskampf, der sich aus einer vollzogenen Spaltung ergibt.

Gibt es Grenzen des zulässigen Kampfes auf dem Boden der Spaltung? Parteimäßig zulässige Grenzen eines solchen Kampfes gibt es nicht und kann es nicht geben, denn eine Spaltung ist das Ende des Bestehens der Partei. Geradezu lächerlich ist der Gedanke, man könnte auf dem Parteibege, durch Parteibeschluss usw. gegen Kampfmethoden ankämpfen, die sich aus einer Spaltung der Partei ergeben. Die Grenzen des Kampfes auf dem Boden der Spaltung – das sind nicht parteimäßige, sondern die allgemein politischen oder, richtiger sogar, die allgemein staatsbürgerlichen Grenzen, die Grenzen des Strafgesetzes und sonst gar nichts. Wenn ihr euch von mir abgespalten habt, so könnt ihr von mir nicht mehr verlangen als von einem Kadetten oder einem Sozialrevolutionär oder von irgendeinem Menschen auf der Straße usw.

Ich will meine Gedanken noch durch ein anschauliches Beispiel klar machen. Der „Proletari“ wird in seiner nächsten Nummer einen Bericht über die Wahlen in der Stadt Kowno bringen, der von dort eingegangen ist. Der Berichterstatte ist sehr unzufrieden mit dem Block zwischen „Bund“ und „Dostishenzen“<sup>447</sup> gegen die litauischen Sozialdemokraten und übt scharfe Kritik am „Bund“. Was für eine Kritik ist für Mitglieder einer einigen Partei zulässig? Die Unzufriedenheit müßte beispielsweise so ausgedrückt werden: Die Bundisten handelten nicht richtig, als sie einen Block mit den jüdischen Bourgeois gegen Sozialisten einer anderen Nation eingingen; in dieser Handlungsweise zeigt sich der Einfluß der Ideen des kleinbürgerlichen Nationalismus usw. usf. Solange wir uns mit dem „Bund“ in einer einigen Partei befinden, wäre eine Broschüre gegen ihn absolut unzulässig, die, am Vorabend von Wahlen unter die Massen gebracht, die Bundisten als Verräter des Proletariats behandeln würde. Aber wenn sich die Geschichte des Jahres 1903 wiederholen sollte – die Geschichte wiederholt sich überhaupt nicht, und ich nehme ein erdachtes Beispiel – und der „Bund“ spaltete sich von der Partei ab, könnte dann etwa jemand ernstlich die Frage der Unzulässigkeit von Broschüren aufwerfen, die darauf abzielen, der Arbeitermasse des „Bund“ Haß, Abscheu und Verachtung gegen ihre Führer einzufloßen als gegen verkleidete Bourgeois, die sich der jüdischen Bourgeoisie verkauft haben und durch Vermittlung der Bourgeoisie ihre Leute in die Duma schmuggeln wollen

usw.? Jedem, der eine solche Anklage erhöhe, würde man einfach ins Gesicht lachen: Macht keine Spaltung, verwendet nicht die „vergifteten Waffen“ der Spaltung, oder ihr dürft euch hinterher nicht beklagen, daß die, die das vergiftete Schwert erhoben haben, durch das vergiftete Schwert umkommen!

Nach allem bereits Gesagten brauche ich auf das zweite Zitat nicht näher einzugehen. Es lautet: „Die Menschewiki haben mit den Kadetten gefeilscht, um mit Hilfe der Kadetten gegen den Willen der Arbeiter einen der ihren in die Duma zu schmuggeln – das ist die einfache Lösung des Rätsels aller dieser Wanderungen von den Sozialdemokraten zum kleinbürgerlichen Block und vom kleinbürgerlichen Block zu den Kadetten.“\* Man versuche, dieses Zitat formal und äußerlich zu zergliedern vom Standpunkt einer *einigen* Partei aus, und man wird natürlich sagen: Statt „gefeilscht“ müßte man von Parteimitgliedern schreiben „Verhandlungen geführt“; statt „zu schmuggeln“ müßte man schreiben „durchzubringen“, statt „einen der ihren“ – „einen sozialdemokratischen Abgeordneten“ usw. usf. Aber kann denn eine solche „Zergliederung“ des Zitats oder ein solches „Urteil“ über die Ausdrucksweise etwas anderes hervorrufen als ein Lächeln? Ist es nicht klar, daß die beleidigendste, verächtlichste, alles im schlechtesten und nicht im besten Sinne auslegende Ausdrucksweise eben Kampf auf dem Boden der Spaltung *zwecks Vernichtung* der Organisation ist, die die politische Kampagne des sozialdemokratischen Proletariats an dem betreffenden Ort *hintertreibt*? Sich über den kränkenden, beleidigenden und verdächtigenden Charakter solcher Ausdrücke beschweren wäre dasselbe, wie wenn sich ein *Streikbrecher* beklagen wollte, man spiele ihm übel mit! Beschwerden oder Anklagen auf dieser Ebene zu untersuchen wäre dasselbe, wie wenn wir das Wort „Streikbrecher“ als unzulässig verurteilen wollten, ohne überhaupt *sachlich* untersucht zu haben, ob die Handlungsweise der betreffenden Person wirklich Streikbruch war.

Es gibt Spaltungen und Spaltungen. Schon verschiedentlich habe ich den Ausdruck „unehrliche“ Spaltung gebraucht. Auf diese Seite der Frage will ich jetzt eingehen. Das ZK schreibt in seiner Anklage, daß ich die politische Ehrlichkeit von Parteimitgliedern anzweifle. Das ist viel zu milde ausgedrückt und auf die eben angeführten Zitate nicht richtig an-

\* Siehe den vorliegenden Band, S. 25/26. *Die Red.*

gewandt. Von mir wird nicht nur die „politische Ehrlichkeit“ der 31 und Dans „angezweifelt“. Ich beschuldige sie mit dem ganzen Inhalt meiner „Wahlbroschüren“ der *politisch unehrlichen oder vom Standpunkt der Partei unehrlichen* Spaltung. Und ich halte diese Anklage aufrecht. Alle Versuche, den Schwerpunkt dieser Anklage von der allgemeinen, grundlegenden und wesentlichen Frage nach den Urhebern der Spaltung auf irgendwelche wie immer geartete kleinliche, spezielle, abgeleitete Fragen zu verlegen, werden ganz zwecklos sein.

Jede Spaltung ist ein ungeheuerliches Verbrechen gegen die Partei, denn sie vernichtet die Partei, zerreißt den Zusammenhalt der Partei. Aber es gibt Spaltungen und Spaltungen. Der Ausdruck „*unehrliche Spaltung*“, den ich häufig gebraucht habe, kann nicht auf jede Spaltung angewandt werden. Ich will das an einem Beispiel klarmachen.

Nehmen wir an, in der Partei kämpfen seit langem zwei Richtungen, von denen die eine, sagen wir, für Unterstützung der Politik der Kadetten und die andere dagegen ist. Es tritt ein wichtiges politisches Ereignis ein, das die kadettischen Tendenzen verschärft und einen Pakt der Kadetten mit der Reaktion nherrckt. Die Anhänger der Unterstützung der Kadetten brechen mit den Gegnern einer solchen Unterstützung. Eine derartige Spaltung ruft, wie jede Spaltung, unausweichlich den schärfsten, wtendsten Haß usw. weckenden Kampf hervor, aber unehrlich kann man diese Spaltung nicht nennen, denn ihr liegt nichts anderes zugrunde als die Verschärfung prinzipieller Meinungsverschiedenheiten.

Stellen Sie sich eine andere Spaltung vor. Angenommen, die beiden Strömungen in der Partei sind übereingekommen, an verschiedenen Orten eine verschiedene Taktik zuzulassen. Wenn nun dies allgemeine Übereinkommen an einem Orte gebrochen wird, wenn man es heimlich, hinterrücks bricht, also Verrat an den Genossen übt, dann wird bestimmt jeder zugeben, daß eine solche Spaltung eine *unehrliche* Spaltung ist.

In Petersburg haben die Menschewiki am Vorabend der Wahlen gerade eine solche unehrliche Spaltung herbeigeführt. Erstens hatten beide Strömungen in der Partei auf der Gesamtrussischen Konferenz feierlich versprochen, sich der lokalen Taktik der lokalen Organisationen bei den Wahlen zu fügen. Die Petersburger Menschewiki haben als *einzig* in ganz Rußland dieses Versprechen gebrochen. Das ist unehrlich. Das ist ein Vertrauensbruch gegenüber der Partei.

Zweitens hat das ZK, anstatt die Partei zu einigen, eine so sehr von Fraktionsinteressen bestimmte Politik getrieben, daß es die menschwitische Spaltung direkt unterstützt hat, und das ZK-Mitglied Dan hat an dieser Spaltung den lebhaftesten Anteil genommen. Das ist unehrlich. Das bedeutet, die von der Partei verliehene Macht gegen die Partei zu gebrauchen. Das bedeutet, heimlich, hinterrücks mit einem vergifteten Messer zuzustechen, während man in Worten als Wahrer der Parteieinheit auftritt.

Das sind die *beiden* grundlegenden Tatsachen, die mich veranlaßt haben, sowohl die 31 als auch Dan als politisch unehrliche Leute zu behandeln. Und eben von diesem Geist ist meine *ganze* Broschüre durchdrungen.

Ich habe diese Beschuldigung vor Gericht aufrechterhalten. Ich habe alles getan, damit das Gerichtsverfahren alle Umstände der Petersburger Spaltung vor den Richtern aufdecke, damit es ihnen die Möglichkeit gebe, aus voller Überzeugung die Frage zu entscheiden: Handelte es sich um eine ehrliche Spaltung oder nicht? Wurden „vergiftete Waffen“ von denen geführt, die diese Spaltung bewerkstelligten, oder von denen, die einen unerbittlichen Vernichtungskampf gegen die Spalter geführt haben?

Die restlose Klärung dieser Frage, *die den Dingen auf den Grund geht und auch ihre weiteren Hintergründe aufklärt*, ihre Klärung durch Delegierte der nationalen sozialdemokratischen Parteien, die zum ersten Male *praktisch* der SDAPR angehören, kann von gewaltiger Bedeutung sein für die Herstellung wirklich parteimäßiger Beziehungen in unserer Partei an Stelle der schlecht verdeckten Spaltung.

Nicht eine formale, nicht eine juristische Spezialfrage bildet den Inhalt des gegenwärtigen Gerichtsverfahrens. Der Angelpunkt liegt doch wahrhaftig nicht darin, ob man in einer einigen Partei schreiben soll: feilschen oder Verhandlungen führen, durchbringen oder durchschmuggeln, Stimmen gegen Sitze verkaufen oder seine Stimmen mit anderen vereinigen, um einen Sitz zu erlangen usw. Eine solche Auffassung der Frage könnte man natürlich nur belächeln.

Der Angelpunkt ist, ob uns wirklich die Einheit unserer Partei am Herzen liegt, oder ob wir uns mit Spaltungen abfinden, nur einen Papierkrieg dagegen führen und dies Geschwür mit einer formalen Ausflucht abtun. Vom Urteil Ihres Gerichts, Genossen Richter, wird es – und viel-

leicht in nicht geringem Maße – abhängen, ob die Petersburger Spaltung sich als der letzte, wirklich der letzte Nachklang einer vergangenen Epoche der durch die ganze Partei gehenden Spaltung erweisen wird oder . . . oder ob sie der Anfang einer neuen Spaltung, also auch eines neuen, überall und mit vergifteten Waffen geführten Kampfes sein wird.

Von Ihrem Urteil hängt es ab, ob die erschütterte Einheit der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands geschwächt oder gestärkt wird.

## II. KURZER ABRISS DER TATSÄCHLICHEN GESCHICHTE DER PETERSBURGER SPALTUNG

Auf der Novemberkonferenz (1906) der SDAPR wurde einstimmig beschlossen, daß sich bei den Wahlen alle den Beschlüssen der *lokalen* sozialdemokratischen Organisationen zu fügen haben.

Lenin erklärt auf eben dieser Konferenz: „Soll aber auch der Wiborger Bezirk (Bericht des menschewistischen Teils der sozialdemokratischen Organisation in St. Petersburg) nicht gegen die Beschlüsse des Petersburger Komitees verstoßen!“ – womit er gleichsam im voraus auf die Gegenseitigkeit der Verpflichtung aufmerksam machte.

In Nr. 8 des „Proletari“ (November 1906) werden die Bolschewiki in einem besonderen Artikel aufgefordert, Blocks mit den Kadetten scharf zu kritisieren, sich jedoch den lokalen Organisationen zu fügen.

Im gleichen Monat (November 1906) nimmt Gen. Dan, Mitglied des ZK, „durchaus privat“ (wie er vor Gericht erklärte) an einer von dem Ingenieur Fjodorowitsch veranstalteten Versammlung teil, in der Miljukow und Nabokow (Führer des ZK und des Petersburger Komitees der Kadetten), ein Führer der Sozialrevolutionäre und Peschechonow (Führer der Volkssozialisten) anwesend sind. Man sprach über die Wahlen, *aber nicht über die in Petersburg* (nach den Worten des Gen. Dan). Gen. Dan hielt es nicht für nötig, von dieser Versammlung dem Zentralkomitee oder dem Petersburger Komitee Mitteilung zu machen.

Im Dezember 1906 erscheint Gen. Dan in einer informatorischen Versammlung zur Frage der Wahlen, an der Vertreter des PK der SDAPR und ferner der Kadetten, der Volkssozialisten und der Sozialrevolutio-

näre teilnehmen. Dan erklärt, er vertrete das ZK, legt jedoch „*seine persönliche Ansicht*“ dar, daß *bezirksweise Abkommen* in St. Petersburg wünschenswert seien.

Am 4. Januar 1907 faßt das ZK in einer Sitzung den Beschluß, von der Konferenz der Petersburger sozialdemokratischen Organisation ultimativ die *Aufteilung in eine Stadt- und eine Gouvernementskonferenz* zu verlangen. Die bolschewistischen ZK-Mitglieder (Maximow, Simin, Strojew)<sup>448</sup> erheben Protest gegen diesen Schritt, der faktisch einer Aufspaltung der Petersburger Organisation durch das Zentralkomitee gleichkommt.

Am 6. Januar 1907 fand die Konferenz der sozialdemokratischen Organisation von St. Petersburg statt, die über die Frage der Wahlen entscheiden sollte. Anwesend waren 39 Bolschewiki und 31 Menschewiki. Die Menschewiki verließen die Konferenz aus zwei formalen Gründen: 1. weil sie die Verteilung der Mandate für falsch hielten; 2. infolge der Weigerung der Konferenz, sich entsprechend der Forderung des ZK in eine Stadt- und eine Gouvernementskonferenz zu teilen.

Zur Beurteilung dieser für die Spaltung vorgebrachten Gründe führen wir drei Tatsachen an: 1. Auf der Konferenz vom 6. Januar waren 42 Mandate der Bolschewiki und 28 der Menschewiki bestätigt worden. Die Menschewiki selber erklärten in einer *von ihnen herausgegebenen Flugschrift*, man hätte 35 Bolschewiki und 32 Menschewiki rechnen müssen, d. h., sie erkannten das Übergewicht der Bolschewiki an. 2. Infolge der Spaltung wurde zur nächsten Konferenz der sozialdemokratischen Organisation in St. Petersburg unter der besonderen Kontrolle einer vom Zentralkomitee speziell eingesetzten Kommission gewählt. Die Wahlen ergaben für die Konferenz vom 25. März 92 Bolschewiki und 41 Menschewiki. Die neuen Wahlen bestätigten ein noch größeres Übergewicht der Bolschewiki. 3. In keiner einzigen Stadt Rußlands – weder in Wilna noch in Odessa oder in Baku – verlangte das ZK die Aufteilung einer Konferenz. Diese ultimative Forderung war sowohl rechtswidrig als auch ganz offensichtlich durch fraktionelle Erwägungen ausschließlich gegen Petersburg hervorgerufen.

Nachdem sie die Konferenz verlassen hatten, wählten die Menschewiki ein eigenes Exekutivorgan, brachten eigene Flugschriften heraus (unter Beteiligung menschewistischer ZK-Mitglieder, zu denen auch Gen.

Dan gehörte) und führten eine selbständige Wahlkampagne durch. Sie verständigten sich ohne die Bolschewiki mit den Volkstümlerparteien (den Volkssozialisten, den Sozialrevolutionären und den Trudowiki) über ein gemeinsames Abkommen mit den Kadetten.

Die bürgerliche Presse Petersburgs („Retsch“, „Strana“, „Towarischtsch“ usw.) beglückwünschte die Menschewiki wärmstens wegen der Spaltung, nannte sie eine „gemäßigt sozialistische Partei“, rief zum kühnen Kampf gegen die Bolschewiki auf, frohlockte über die Isolierung dieser „Blanquisten“ usw. Die Bolschewiki, die am 6. Januar den Volkstümmlern einen Block gegen die Kadetten vorgeschlagen hatten, nahmen an keinerlei Unterhandlungen teil.

Am 14. Januar verspricht die „Retsch“ im Leitartikel den Menschewiki einen Sitz von der Arbeiterkurie, falls der Block gegen die Bolschewiki Erfolg haben sollte.

Die Menschewiki beschließen in einer Versammlung am 17. Januar, alle Sitze, die sie erlangen würden, der Arbeiterkurie zur Verfügung zu stellen. Am 19. Januar wird das durch den „Towarischtsch“ bekannt.

Am 15. Januar wird Miljukow von Stolypin empfangen, worauf die Kadetten eindeutig nach rechts rücken.

Am 18. Januar fand eine Konferenz der Menschewiki, der Volkstümmler und der Kadetten statt. Die Kadetten wollten zwei Sitze geben, man verlangte von ihnen drei. Bruch mit den Kadetten.

Am 20. Januar veröffentlicht der „Towarischtsch“ Auszüge aus einer Flugschrift der Menschewiki, die gegen die Bolschewiki gerichtet ist und deren Wahlkampagne hintertreiben soll. Ich schreibe am selben Tag die Broschüre „Die Wahlen in Petersburg und die Heuchelei der 31“; sie erscheint nach etwa drei Tagen.

Am 25. Januar wird der Linksblock in Petersburg gebildet. Am 28. Januar findet eine Versammlung der (am 7. und 14. Januar) in der Arbeiterkurie der Stadt St. Petersburg gewählten Bevollmächtigten der Fabriken und Werke statt. Anwesend sind 200–250 von 271 Bevollmächtigten. Mit einer Mehrheit gegen 10–12 Stimmen wird eine Resolution für den Linksblock angenommen. Die Resolution fordert die Menschewiki speziell auf, „auch nicht in versteckter Form die Kadetten zu unterstützen“.

Die Menschewiki, die am 17. Januar versprochen hatten, „ihre“ Sitze der Arbeiterkurie abzugeben, setzten sich nicht nur über die Meinung

der Versammlung *aller* Bevollmächtigten hinweg, sondern erklärten sie geradezu für einen „sozialrevolutionär-bolschewistischen Hexensabbat“.

Am 30. Januar findet eine Versammlung der *sozialdemokratischen* Bevollmächtigten statt. Als Wahlmänner werden die Kandidaten des Petersburger Komitees aufgestellt.

Am 29. Januar veranlaßt der Linksblock die parteilosen Progressisten des Kolomnaer Wahlbezirks, ihren *schriftlichen* Vertrag mit den Menschewiki zu zerreißen, denn in diesem Vertrag (wie auch in der *gedruckten* Flugschrift der Menschewiki) steht die Bedingung: „Die *Wahlmänner der Menschewiki halten sich nicht für gebunden durch die Bedingungen des volkstümlicherisch-bolschewistischen Blocks hinsichtlich der Verteilung der Deputiertensitze*“ (Punkt II, Unterabschnitt 3). Diese Bedingung ist ein offenkundiger Versuch, sich die Möglichkeit zu sichern, im zweiten Stadium *mit den Kadetten gegen den Linksblock* zu stimmen.

Am 7. Februar gehen die Wahlen in Petersburg vor sich. Die Behauptung von einer Schwarzhundertergefahr ist endgültig widerlegt. Die Kadetten erhielten 28 798 Stimmen, der Linksblock 16 703, die Oktobristen 16 613 und die Monarchisten 5270. Der Linksblock hätte den Kadetten nur noch 1573 Stimmen in 5 Bezirken zu entreißen brauchen, um in ganz Petersburg zu siegen. Im *Kolomnaer* Bezirk erhielt der Linksblock nur 196 Stimmen weniger als die Kadetten.

Das ist eine kurze Aufzählung der Tatsachen. Aus ihnen ist klar zu ersehen, daß *dem Wesen der Sache nach* die Menschewiki die Wahlkampagne in St. Petersburg hintertrieben haben. Dem *Wesen der Sache nach* hatte die auf Spaltung abzielende Verschwörung *schon im November* begonnen, und begonnen wurde sie von dem *ZK-Mitglied Dan*. Dem *Wesen der Sache nach* haben gerade Dan und die anderen menschewistischen Mitglieder des *ZK* in St. Petersburg die Spaltung gegen die Mehrheit der lokalen Organisation *durchgeführt* . . .

*Veröffentlicht im April 1907  
als Broschüre.*

*Unterschrift: N. L e n i n.*

*Nach dem Text der Broschüre.*

## V. PARTEITAG DER SDAPR<sup>149</sup>

30. April – 19. Mai (13. Mai – 1. Juni) 1907

*Zuerst veröffentlicht 1909 in dem Buch  
„Der Londoner Parteitag der SDAPR  
(abgehalten im Jahre 1907). Vollständiger  
Text der Protokolle“, Paris.*

*Nach dem Manuskript, verglichen  
mit dem Buchtext.*



## 1

REDE IN DER DISKUSSION  
ÜBER DIE TAGESORDNUNG DES PARTEITAGS  
2. (15.) MAI

In der zu dieser Frage geführten Diskussion hat sich völlig klar ergeben, daß die verschiedenen Strömungen in der Sozialdemokratie durch große taktische Meinungsverschiedenheiten getrennt sind. Wer hätte denken können, daß man uns unter solchen Umständen vorschlagen würde, alle allgemein-prinzipiellen Fragen von der Tagesordnung des Parteitag abzusetzen? Und mit was für sophistischen Argumenten hat man hier – angeblich im Interesse der praktischen Arbeit und der Sachlichkeit – diese Absetzung der prinzipiellen Fragen verteidigt!

Ich erinnere Sie daran, daß sich die russische Sozialdemokratie schon seit langem vor die Frage gestellt sieht, welches die Aufgaben des Proletariats in der bürgerlich-demokratischen Revolution sind. Schon Anfang 1905, vor der Revolution, wurde diese Frage erörtert, sowohl auf dem III. Parteitag der SDAPR, d. h. dem Parteitag ihres bolschewistischen Teils, als auch auf der Genfer Konferenz der Menschewiki, die zu derselben Zeit stattfand. Damals setzten die Menschewiki selber allgemein-prinzipielle Fragen auf die Tagesordnung ihrer Konferenz.

Damals erörterten sie selber die Grundlagen der Taktik des Proletariats in der bürgerlichen Revolution und faßten zu dieser Frage motivierte Beschlüsse. Wenn man jetzt beantragt, derartige Fragen abzusetzen, so ist das das Ergebnis einer Niedergangsstimmung, und diese Stimmung muß man bekämpfen, statt sich ihr zu überlassen!

Man spricht von den Erfahrungen der westeuropäischen sozialdemokratischen Parteien mit ihren „sachlichen“ Parteitagen, ich aber sage Ihnen, daß die Deutschen auf ihren Parteitagen mehr als einmal Fragen erörtert haben, die abstrakterer, theoretischerer Natur sind, als es die

Einschätzung der bei uns vor sich gehenden Revolution und der Aufgaben des Proletariats in ihr ist. Aus den Erfahrungen der anderen Parteien dürfen wir nicht das nehmen, was uns auf das Niveau dieser oder jener Periode des grauen, routinierten Alltags hinabdrückt. Wir müssen das nehmen, was uns zu den allgemeinen Fragen, zu den Aufgaben des ganzen revolutionären Kampfes des Proletariats insgesamt hinaufführt. Wir müssen von den besten und nicht von den schlechtesten Beispielen lernen.

Man sagt: „Ernste taktische Fragen dürfen nicht mit einer Mehrheit von einem Dutzend Stimmen entschieden werden.“ Nun, ist das etwa keine Sophistik? Ist das etwa kein schwächlicher Rückzieher von der Prinzipienfestigkeit zur Prinzipienlosigkeit?

Die Entscheidung einer Frage wird niemals durch eine Abstimmung erzielt. Wir entscheiden schon seit mehreren Jahren über Fragen der marxistischen Einschätzung unserer Revolution. Wir überprüfen schon seit mehreren Jahren an Hand der Erfahrungen unserer Revolution unsere theoretischen Ansichten und allgemeinen taktischen Beschlüsse. Und jetzt will man uns erzählen, es sei immer noch nicht an der Zeit, das Fazit dieser Parteiarbeit zu ziehen! Man dürfe nicht, so wird uns gesagt, die Grundlagen seiner Taktik festlegen, man müsse vielmehr hinter den Ereignissen herhinken und Entscheidungen von Fall zu Fall treffen . . .

Erinnern Sie sich des Stockholmer Parteitags. Die Menschewiki, die dort den Sieg davontrugen, zogen ihre eigene Resolution über die Einschätzung der damaligen Lage zurück, zogen ihre eigene Resolution über die Stellung zu den bürgerlichen Parteien zurück. Was war die Folge? Die Folge war, daß das ZK keinerlei prinzipielle Grundlagen hatte für die Lösung der vor ihm auftauchenden Fragen. Die Folge war, daß sich das ZK das ganze Jahr drehte und wendete, ohne irgendeine Politik zu haben. Heute war es für eine konstituierende Versammlung, morgen warf es sich auf die Propagierung eines Dumakabinetts, übermorgen einer „Duma als Machtorgan zur Einberufung einer konstituierenden Versammlung“, dann einer machtvollkommenen Duma, dann eines Blocks mit den Kadetten . . . Das nennen Sie eine konsequente proletarische Politik? (Beifall aus dem Zentrum und von den Bänken der Bolschewiki.)

Man sagt: „Im Interesse des Parteifriedens . . . im Interesse der praktischen Arbeit wollen wir die allgemeinen Fragen umgehen.“ Das ist ein

Sophismus. Derartige Fragen darf man nicht umgehen. Die Umgehung dieser Fragen führt nicht zum Frieden, sondern lediglich zu einem blinden und darum wütenderen, minder fruchtbaren Parteikampf.

Solche Fragen darf man nicht umgehen. Sie brechen immer wieder durch. Denken Sie an die Rede Plechanows bei Eröffnung des Parteitags. Da die Revolution bei uns eine bürgerliche ist, so argumentierte er, müsse man sich besonders beeilen, um Verbündete aus der Bourgeoisie ausfindig zu machen. Ich behaupte, die Grundlagen dieser Argumentation sind falsch. Ich behaupte, daß Sie, wenn diese Grundlagen nicht untersucht werden, die Partei zu einer Unzahl weiterer praktischer Fehler verteilen.

Plechanow sagte in derselben Rede, der Opportunismus sei in der Sozialdemokratie Rußlands schwach. Mag sein, wenn man die Werke Plechanows selbst für schwach halten will! (Beifall von den Bänken der Bolschewiki.) Ich aber bin der Meinung, daß der Opportunismus sich bei uns gerade darin äußert, daß man auf dem ersten wirklich die ganze Partei vertretenden Kongreß die allgemeinen Fragen nach den Grundlagen unserer Taktik in der bürgerlichen Revolution von der Erörterung ausschließen will. Nicht absetzen dürfen wir die theoretischen Fragen, sondern wir müssen unsere ganze Parteipraxis auf die Höhe der theoretischen Beleuchtung der Aufgaben einer Arbeiterpartei heben. (Beifall der Bolschewiki.)

## 2

## REDE ZUM TÄTIGKEITSBERICHT DES ZK

4. (17.) MAI

Ich wollte ausschließlich über die politische Seite der Frage sprechen. Aber die letzte Rede des Gen. Abramowitsch nötigt mich, kurz auf seine Bemerkungen einzugehen. Als Gen. Abramowitsch von dem „belagerten“ menschewistischen ZK sprach, dachte ich bei mir: „Die armen Menschewiki! Wieder befinden sie sich im Belagerungszustand. Man ‚belagert‘ sie nicht nur dann, wenn sie in der Minderheit sind, sondern auch dann, wenn sie die Mehrheit haben!“

Gibt es nicht innere, im ganzen Charakter der menschewistischen Politik wurzelnde Ursachen, die die Menschewiki veranlassen, sich ewig darüber zu beklagen, daß die proletarische Partei sie belagere?

Welches sind die Tatsachen, mit denen Gen. Abramowitsch beweisen wollte, daß das menschewistische ZK belagert werde? Es sind ihrer drei: die Agitation für einen außerordentlichen Parteitag, die Konferenz der Militär- und Kampforganisationen und schließlich „andere organisatorische Fragen“, wie sich Gen. Abramowitsch ausdrückte.

Untersuchen wir diese drei Tatsachen.

Die Agitation für einen außerordentlichen Parteitag wurde breit entfaltet, als klargeworden war, daß die Politik des ZK zweifellos dem Willen der Mehrheit der Partei zuwiderläuft. Ich erinnere daran, daß dies geschah, nachdem das ZK die Losung aufgestellt hatte, ein verantwortliches Ministerium zu unterstützen. Zu dieser Zeit gehörte der „Bund“ unserer Partei noch nicht an, wohl aber die Polen und die Letten. Sowohl diese wie jene lehnten die Politik des ZK ganz entschieden ab. Also ist es eine ganz unbestreitbare Tatsache, daß das ZK damals einen andern Weg ging als die gewaltige Mehrheit der Partei. Wer hat denn wen

belagert: hat etwa die Parteimehrheit das ZK der Partei belagert, weil sie verlangte, es solle einem Parteitag Rechenschaft ablegen? oder hat das ZK, indem es sich gegen die Partei stellte, die Partei belagert? Denken Sie daran, wie weit damals Plechanow ging. Sein Brief gegen den Parteitag wurde in dem offiziell vom Zentralkomitee herausgegebenen „Sozialdemokrat“ nachgedruckt. Und in diesem Brief beantwortete Plechanow den Aufruf zu einem Parteitag mit Verdächtigungen bezüglich der Motive der Agitation und mit Tiraden über Arbeitergroschen! Überlegen Sie: Hatte Plechanow nicht unrecht, als er sich derartige Dinge gegen die Mehrheit der Partei erlaubte, die einen Parteitag forderte?

Ich aber sage nur: Nach dem Beschluß der Gesamtrussischen Konferenz der SDAPR vom November wurde die Agitation für einen außerordentlichen Parteitag eingestellt.

Die zweite Tatsache: die Konferenz der Militär- und Kampforganisationen. Es kam zu zwei Konferenzen. Das ist natürlich traurig, aber hier eine „Belagerung“ des Zentralkomitees zu sehen, ist seltsam. Wäre es nicht besser gewesen, auseinanderzusetzen, was an den Beschlüssen der gegen den Willen des ZK abgehaltenen Konferenz schlecht war, statt sich mit Klagen über Belagerung aus der Affäre zu ziehen? Ich erinnere daran, daß auf *beiden* Konferenzen Vertreter sowohl des Moskauer als auch des Petersburger Komitees anwesend waren, daß also keine Fraktion der Partei sich als Fraktion an eine der beiden Konferenzen band. Und die Resolutionen der bolschewistischen Konferenz der Militär- und Kampforganisationen, die im November 1906 veröffentlicht wurden, sind bislang auf keine ernste Kritik gestoßen.

Die dritte Tatsache: „andere organisatorische Fragen“. Was ist das? Welcher konkrete Inhalt steckt hier drin? Etwa die Spaltung in Petersburg, die zur Zeit der Wahlen von den Menschewiki mit Hilfe des ZK bewerkstelligt wurde? Aus diesem Anlaß von einer Belagerung des Zentralkomitees zu sprechen wäre doch geradezu lächerlich.

Ich gehe zur politischen Seite der Frage über. Unsere Hauptaufgabe besteht darin, zu untersuchen, wie das ZK den Klassenkampf des Proletariats geleitet hat, wie es die auf dem Vereinigungsparteitag beschlossene Taktik in der Praxis angewandt hat.

Die erste Lösung, die das Zentralkomitee der Partei gab, war die, man müsse die Forderung nach einem „Duma“kabinett bzw. einem

„verantwortlichen“ Ministerium unterstützen. Gen. Martow hat hier, vor diesem Auditorium, gesagt, diese Losung sei aufgestellt worden, um den Konflikt zwischen Duma und Regierung zu verbreitern und zu vertiefen.

Stimmt das? Worin muß eine proletarische Verbreiterung und Vertiefung des Konflikts bestehen? Natürlich darin, die wirkliche Arena des Kampfes und der Zusammenstöße zu zeigen, die den Konflikt hervorgerufen haben – die Arena des Klassenkampfes überhaupt, und im gegebenen Fall: des Volkskampfes gegen die alte Staatsmacht. Um den Dumakonflikt zu verbreitern und zu vertiefen, mußte man selber begreifen und dem Volke klarmachen, daß der Dumakonflikt nur sehr unvollständig und verzerrt den Konflikt des Volkes mit der alten Macht widerspiegelt, daß der Kampf in der Duma nur ein schwacher Widerhall des revolutionären Kampfes außerhalb der Duma ist. Wollte man verbreitern und vertiefen, so mußte man das politische Bewußtsein und die politischen Forderungen über die Dumalosungen hinaus steigern bis zu den Losungen des allgemeinen revolutionären Kampfes. Das ZK verfuhr umgekehrt. Es schwächte die Losungen des revolutionären Kampfes ab und engte sie ein bis zur Losung eines Dumakabinetts. Es rief das Volk nicht auf zum Kampf um die Macht, obwohl dieser Kampf sich aus der ganzen objektiven Lage der Dinge ergab, sondern zum Kampf für einen Kuhhandel der Liberalen mit der herrschenden Macht. Gewollt oder ungewollt forderte das ZK die Partei auf, die Losungen des parlamentarischen „friedlichen“ Weges anzunehmen zu einer Zeit, da sich in Wirklichkeit aus den objektiven Bedingungen der revolutionäre außerparlamentarische Kampf ergab. In Wirklichkeit gab es keine halbwegs ernste gesellschaftliche Bewegung für ein „verantwortliches Ministerium“ und konnte es keine geben. Sogar die menschwistische sozialdemokratische Dumafraktion (der ersten Duma) nahm diese Losung des ZK nicht an. (Martow: „Das stimmt nicht!“) Doch, das stimmt, Genosse Martow, und ein einfacher Einblick in die Resolution des ZK und die stenografischen Protokolle der ersten Duma wird zeigen, daß es stimmt.

Die Losung des ZK war in Wirklichkeit, unabhängig von den Absichten und Motiven des ZK, eine Anpassung an die liberale Politik. Und wegen dieser Anpassung konnten sich keinerlei Ergebnisse einstellen,

denn die liberale Politik war nicht Ausdruck der wirklichen gesellschaftlichen Bewegung dieser Zeit, sondern Ausdruck des sehnlichen Wunsches, der Revolution ein Ende zu setzen, obwohl sie durchaus noch nicht zu Ende ist. Der Gang der Ereignisse hat bewiesen, daß diese ganze Geschichte mit dem „verantwortlichen Ministerium“ ein Versuch mit untauglichen Mitteln war.

Die zweite Losung des ZK stammt aus der Zeit des Julistreiks. Wegen des Mißerfolgs der damaligen Aktion kann man dem ZK keinen Vorwurf machen. Es ist für ein solches ZK wie das menschwistische kein Vorwurf, sondern eher ein Lob, daß es damals immerhin der Revolution entgegenkam. Es ist nicht die Schuld des ZK, daß es, in Petersburg sitzend, nicht die Stimmung des Proletariats in ganz Rußland kannte. Man kann es auch nicht für einen Fehler erklären, daß wir damals an den Aufstand glaubten und ihn erwarteten. Der Aufstand erfolgte wirklich, und unsere vorbereitenden Losungen, unsere Politik vor dem Aufstand waren eins der Elemente, die über Erfolg oder Mißerfolg dieses Aufstands entschieden.

Einen Fehler des ZK sehe ich darin, daß es bestrebt war, den revolutionären Kampf, der sich bis zum Aufstand entwickelte, in den Rahmen nicht revolutionärer oder gestützt revolutionärer Losungen zu zwingen. Das fand seinen Ausdruck in der Losung des ZK „Teilaktionen der Massen“. Noch stärker kam es zum Ausdruck in der Losung „Für die Duma als Machtorgan zur Einberufung einer konstituierenden Versammlung“. Solche lebensfremden Losungen ausgeben bedeutete die proletarische Politik der Politik der liberalen Bourgeoisie anpassen. Und wiederum zeigten die Ereignisse die ganze Nutzlosigkeit und die ganze Ohnmacht derartiger Anpassungsversuche. Bei uns werden häufig Klagen und Gejammer laut über die Ohnmacht der Arbeiterpartei. Ich aber sage: Ohnmächtig seid ihr eben deshalb, weil ihr eure Losungen stumpf macht! (Beifall von den Bänken der Bolschewiki.)

Gehen wir weiter. Untersuchen wir die Frage der Blocks mit den Kadetten bei den Wahlen zur zweiten Duma. Martow ist über diese Frage in dem von ihm verlesenen Rechenschaftsbericht des ZK mit einem erstaunlich seelenruhigen Formalismus hinweggegangen: das ZK habe beschlossen gehabt, daß Blocks zulässig sind, und da wurden eben Blocks genau auf der Grundlage der Direktive des ZK zugelassen! (Heiter-

keit.) Es würde nichts schaden, im politischen Rechenschaftsbericht des ZK sich nicht auf die formale Rechtmäßigkeit von Beschlüssen zu berufen, sondern darauf, ob das Leben die Richtigkeit der betreffenden Politik ihrem Wesen nach bestätigt hat. Wir Bolschewiki haben dauernd behauptet, daß die berüchtigte Schwarzhundertergefahr in Wirklichkeit nur den Liberalen als Schutzschild gegen die Gefahr von links dient, daß wir, wenn wir uns in unserer Politik von Angst vor einer Schwarzhundertergefahr leiten lassen, in Wirklichkeit den Liberalen auf den Leim gehen. Die Ergebnisse der Wahlen haben bewiesen, daß wir recht hatten. In einer ganzen Reihe von Städten hat die Wahlstatistik die Redereien der Liberalen und der Menschewiki widerlegt. (Zwischenrufe: „Aber Kiew, Polen, Wilna!“) Ich habe keine Zeit, mich mit einzelnen Gegenden zu befassen, ich spreche über die allgemeinen politischen Ergebnisse. Der Statistiker Smirnow hat für 22 Städte die Stimmenzahlen zusammengezählt: für den Linksblock 41 000, für die Kadetten 74 000, für die Oktobristen 34 500 und für die Monarchisten 17 000. In 16 anderen Städten wurden von 72 000 Stimmen für die Opposition 58,7 Prozent, für die Reaktion 21 Prozent abgegeben. Die Wahlen haben die Schwarzhundertergefahr als fiktiv entlarvt, und die Politik der angeblich als Ausnahme „zulässigen“ Blocks mit den Kadetten hat sich erwiesen als eine Politik der Abhängigkeit des Proletariats von der liberalen Bourgeoisie.

Und ich sage Ihnen: Denken Sie nicht gering von theoretischen Auseinandersetzungen, tun Sie Meinungsverschiedenheiten nicht mit einer verächtlichen Handbewegung als fraktionelle Hirngespinnste ab. Unsere alten Auseinandersetzungen, unsere theoretischen und besonders unsere taktischen Meinungsverschiedenheiten werden im Verlauf der Revolution ständig zu ganz unmittelbaren praktischen Meinungsverschiedenheiten. Man kann in der praktischen Politik keinen Schritt tun, ohne auf immer die gleichen Grundfragen zu stoßen wie die Einschätzung der bürgerlichen Revolution, wie das Wechselverhältnis zwischen Kadetten und Trudowski usw. Das praktische Leben verwischt die Meinungsverschiedenheiten nicht, sondern verschärft und belebt sie. Und es ist kein Zufall, daß so prominente Menschewiki wie Plechanow die Politik der Blocks mit den Kadetten ad absurdum geführt haben. Als Plechanow seine berüchtigte „machtvollkommene Duma“ vorschlug, propagierte er eine gemeinsame

---

Losung für das Proletariat und die liberale Bourgeoisie. Plechanow bringt das innere Wesen, die Grundtendenz der ganzen menschewistischen Politik lediglich plastischer und stärker als andere zum Ausdruck: Ersetzung der selbständigen Linie der Arbeiterklasse durch Anpassung an die liberale Bourgeoisie. Der Bankrott unseres ZK war vor allem und in erster Linie der Bankrott dieser Politik des Opportunismus. (Beifall eines Teils des Zentrums und der Bolschewiki.)

## 3

REDE  
ZUM TÄTIGKEITSBERICHT DER DUMAFRAKTION  
8. (21.) MAI

Ich möchte die Diskussion wieder auf die prinzipielle Einschätzung der Politik der Dumafraktion zurücklenken. Genosse Zereteli sagte: „Wir haben Fehler gemacht, aber es gab keine Schwankungen.“ Ich bin der Meinung, daß es ganz falsch wäre, eine junge, erst beginnende Dumafraktion zu verurteilen, weil sie Fehler gemacht hat. Der springende Punkt ist ja aber gerade, daß es zweifellos *Schwankungen* in der ganzen Politik der Fraktion gegeben hat. Und nicht um Personen zu verurteilen, sondern um die proletarische Partei als Ganzes zu erziehen, müssen wir diese Schwankungen geradeheraus zugeben und es uns zur Aufgabe machen, sie aus der Welt zu schaffen.

Gen. Zereteli berief sich auf die Geschichte Europas. Das Jahr 48, sagte er, hat uns nicht nur gelehrt, daß die Bedingungen für den Sozialismus noch nicht herangereift waren, sondern auch, daß man nicht für die Freiheit kämpfen kann ohne dieses oder jenes Bündnis mit der bürgerlichen Demokratie. Diese Schlußfolgerung des Gen. Zereteli ist reinster Revisionismus. Im Gegenteil, sowohl die Revolution von 1848 als auch die darauffolgenden historischen Erfahrungen haben die internationale Sozialdemokratie gerade das Umgekehrte gelehrt, nämlich daß die bürgerliche Demokratie sich immer mehr gegen das Proletariat stellt, daß nur dort konsequent für die Freiheit gekämpft wird, wo das Proletariat die Führung des Kampfes hat. Nicht Bündnisse mit der bürgerlichen Demokratie lehrt das Jahr 1848, sondern die Notwendigkeit, die in der Entwicklung zurückgebliebenen Schichten der Volksmassen frei zu machen von dem Einfluß der bürgerlichen Demokratie, die nicht einmal mehr für die Demokratie zu kämpfen fähig ist. Gen. Zereteli hat durch seine Beru-

fung auf die Erfahrungen von 1848 im Geiste des Bernsteinianertums gerade den Revisionismus an den Tag gelegt, von dem Plechanow ganz grundlos behauptete, er sei schwach in unserer Partei.

Gleichfalls kennzeichnend für die ganze Brüchigkeit der prinzipiellen Position des Gen. Zereteli war seine Erklärung zum Ernährungsausschuß. Wir haben nicht genügend die *Legalität* unseres Antrags unterstrichen, die Angelegenheit an Ort und Stelle zu untersuchen – sagte Zereteli. Wir haben uns allgemeinen Betrachtungen überlassen und die Gelegenheit versäumt, die anderen durch Argumente zu überzeugen, daß unser Plan legal ist. Das nächste Mal werden wir diesen Fehler korrigieren.

In dieser Fragestellung spiegelt sich wunderbar klar die ganze Brüchigkeit der Position unserer Fraktion wider. Man überlege nur: Die Leute sind betrübt darüber, daß sie die *Legalität* unzureichend begründet haben! Sehen sie denn nicht, daß es hier gar nicht um Begründungen, nicht um Berufungen auf die *Legalität*, nicht um die „*Überzeugung*“ der Kadetten oder irgendeines anderen geht? Ist es ihnen wirklich nicht klar, daß die Regierung *dem Wesen der Sache nach* eine Untersuchung draußen im Lande nicht zulassen konnte und nicht zugelassen hätte, weil sie darin (und mit vollem Recht) einen Appell an die Massen sah?

Wie immer man sich auch auf die *Legalität* berufen mochte, am Wesen der Sache hätte sich dadurch nichts geändert. Und anstatt nach unten zu blicken – die Volksmassen zu überzeugen, ihnen die Wahrheit zu zeigen –, blickt Zereteli nach oben in dem Wunsch, die Liberalen zu überzeugen und sie durch die *Legalität* zu gewinnen . . . Das ist echter bürgerlicher Parlamentarismus. Und die Fruchtlosigkeit eines derart kleinlichen, armseligen und jämmerlichen Politikastertums springt ins Auge, denn es ist klar, daß Stolypin durch parlamentarische Kniffe weder der Menschewiki noch der Kadetten von seiner Politik hätte abgebracht werden können. Die Loslösung von den Massen ist eine gegebene Tatsache, die Vorteile einer legalen *Überzeugung* der Stolypin und der Kadetten sind müßige Träume eines müßigen Intellektuellen.

Ebenso müßige Anstrengungen des Opportunismus sehe ich in den Verhandlungen mit den Narodowzen; die Rechtfertigung dieser Verhandlungen mit Berufung auf Bebel ist absolut schwach. Bebel habe gesagt, wenn es für die Sache notwendig ist, treten wir auch mit des Teufels Großmutter in Verbindung. Bebel hat recht, Genossen: *wenn es für die Sache*

*notwendig ist*, kann man sich natürlich auch mit des Teufels Großmutter einlassen. Nun, und für welche *Sache* erwiesen sich Ihre Verbindungen mit den Narodowzen als notwendig? Für gar keine. Ihr Nutzen ist gleich Null. Und daraus folgt, daß Bebel gut gesprochen hat, Sie ihn aber schlecht verstehen.

Sowohl die Bemühungen um die Narodowzen als auch die Stimmabgabe für Golowin und ebenso der Versuch, die Konfiskation zu streichen – alles das sind einzelne Teile ein und derselben falschen Linie. Alles das sind Erscheinungen nicht der Unerfahrenheit, sondern eben des *politischen Schaukelns*. Und von diesem Standpunkt aus ist auch die Einladung des Herrn Prokopowitsch keine Kleinigkeit. Man hat uns hier gesagt: Herr Prokopowitsch ist nicht da, ohne ihn kann man seinen Eintritt nicht verurteilen. Es sieht danach aus, daß man uns von Pontius zu Pilatus schickt. In Petersburg auf der Konferenz sagte man uns: Vertagen wir die Sache bis zum Parteitag, ohne Parteitag kann man nicht verhandeln. Jetzt auf dem Parteitag sagt man: Ohne Prokopowitsch geht es nicht, vertagen wir den Fall und überweisen wir ihn an die Petersburger Organisation. Das ist Sophistik.

Prokopowitsch ist ein Literat, und seine Erzeugnisse sind jedermann bekannt. Prokopowitsch ist ein Typ des bürgerlichen Intellektuellen, der um bestimmter, opportunistischer Ziele willen in unserer Partei Fuß zu fassen sucht. Sein Eintritt in den Eisenbahnerbezirk ist der reine Hohn. Er ist eine Tarnung für die Arbeit *im Dumamilieu*. Und es ist die Schuld unseres ZK, daß der Mann sich einer solchen Tarnung bedienen konnte. Es ist die Schuld unserer Dumafraktion, daß sie es ausgerechnet liberalen Literaten, die nicht in der Partei arbeiten und ihr prinzipiell feindlich gegenüberstehen, die am „Towarischtsch“ mitarbeiten, erleichtert hat, über die Dumatreppe in unsere Partei hereinzukommen.

Tscherewanin verteidigte hier die Politik der Dumafraktion, indem er sagte: zugegeben, daß die Kadetten jetzt rückständig, daß sie jetzt reaktionär sind. Aber das sei nicht für immer. Man solle das nicht fixieren. Die Kadetten seien schlecht in einer Zeit des Niedergangs, sie könnten tauglich werden in einer Zeit des Aufschwungs, in der sie sich schnell nach links entwickeln.

Das ist die übliche menschewistische Argumentation, lediglich ganz unmittelbar und kraß ausgedrückt. Dadurch wird ihre Falschheit noch sicht-

barer. Nehmen wir die zwei großen Meilensteine der Revolution: Oktober 1905 – den höchsten Aufschwung, und Frühjahr 1907 – den stärksten Niedergang. Taugten die Kadetten im Jahre 1905 für die Demokratie? Nein. Das haben die Menschewiki im „Natschalo“ selbst zugegeben. Witte ist ein Agent der Börse, Struve ein Agent Wittes, so schrieben damals die Menschewiki, und sie hatten recht. Damals waren die Menschewiki mit uns einer Meinung, daß wir die Kadetten nicht unterstützen dürfen, sondern sie entlarven müssen, ihr Prestige bei der Demokratie zerschlagen müssen.

Heute, im Frühjahr 1907, schließen Sie alle sich ebenfalls allmählich unserer Meinung an, daß die Kadetten untaugliche Demokraten sind. Und es ergibt sich, daß die Kadetten weder in der Zeit des Aufschwungs noch in der Zeit des Niedergangs etwas taugen. Die Zwischenzeit zwischen solchen Perioden aber wird jeder Historiker gerade als eine Zeit der Schwankungen bezeichnen, wo auch ein Teil der Sozialdemokraten zur kleinbürgerlichen Politik hinschwankte, wo dieser Teil vergeblich versuchte, die Kadetten zu „unterstützen“, dadurch der Arbeiterpartei lediglich Schaden zufügte und zu guter Letzt seinen Fehler einsah.

Ein paar Worte über Trotzki. Er sprach für das „Zentrum“, er brachte die Ansichten des „Bund“ zum Ausdruck. Er zog gegen uns los, weil wir eine „unannehmbare“ Resolution eingebracht hätten. Er drohte offen mit der Spaltung, mit dem Auszug der Dumafraktion, die durch unsere Resolution beleidigt wäre. Ich unterstreiche diese Worte. Ich fordere Sie auf, unsere Resolution aufmerksam durchzulesen.

Eine Beleidigung darin zu sehen, daß Fehler in ruhigem Ton, ohne jede in scharfe Form gekleidete Rüge festgestellt werden, aus diesem Anlaß von Spaltung zu sprechen, ist das nicht ungeheuerlich?? Zeigt das nicht die Krankheit unserer Partei, Angst vor dem Eingeständnis von Fehlern? Angst vor Kritik an der Dumafraktion?

Allein schon die Möglichkeit, die Frage so zu stellen, zeigt, daß es in unserer Partei etwas gibt, was nicht parteigemäß ist. Dieses nicht Parteigemäße besteht in den Beziehungen der Dumafraktion zur Partei. Die Dumafraktion muß mehr vom Parteigeist durchdrungen, enger mit der Partei verbunden, stärker auf die ganze proletarische Arbeit abgestimmt sein. Dann wird man nicht mehr über Beleidigung schreien hören, und die Drohungen mit der Spaltung werden aufhören.

Als Trotzki sagte: Ihre unannehmbare Resolution ist ein Hindernis für die Durchführung Ihrer richtigen Gedanken, rief ich ihm dazwischen: „Legen Sie doch eine *eigene* Resolution vor!“ Trotzki antwortete: Nein, zuerst ziehen Sie Ihre zurück.

Nicht wahr, das ist eine schöne Position des „Zentrums“? Für unseren (nach Trotzki's Meinung) Fehler („taktloses“ Verhalten) bestraft er die ganze Partei, indem er ihr seine „taktvolle“ Darlegung derselben Prinzipien vorenthält! Warum habt ihr eure Resolution nicht durchgebracht? wird man uns in den Parteiorganisationen fragen. Weil das Zentrum sich durch sie gekränkt fühlte und aus Gekränktheit die Darlegung seiner eigenen Prinzipien ablehnte!! (Beifall der Bolschewiki und eines Teils des Zentrums.) Das ist keine prinzipielle Position, sondern es ist die Prinzipienlosigkeit des Zentrums.

Wir sind zum Parteitag gekommen mit zwei der Partei längst bekannten taktischen Linien. Es ist unklug und einer Arbeiterpartei unwürdig, Meinungsverschiedenheiten zu verhüllen und sie zu verheimlichen. Stellen wir beide Standpunkte recht klar einander gegenüber. Bringen wir sie in Anwendung auf alle Fragen unserer Politik zum Ausdruck. Ziehen wir das klare Fazit unserer Parteierfahrungen. Nur so werden wir unsere Pflicht erfüllen und den Schwankungen in der Politik des Proletariats ein Ende machen. (Beifall der Bolschewiki und eines Teils des Zentrums.)

## 4

## EINE FAKTISCHE RICHTIGSTELLUNG AM 10. (23.) MAI

Genosse Martow, der aus der „Humanité“ ein Interview mit mir (gezeichnet Étienne Avenard)\* zitiert, hat einige Stellen daraus falsch beleuchtet.

In dem Interview heißt es, das ZK (d. h. natürlich sein menschewistischer Teil) habe heimlich und auf unterirdischem Wege die Kadetten informiert. Diese meine Erklärung ist jetzt durch die Debatten auf dem Parteitag bestätigt worden. Auf dem Parteitag hat sich herausgestellt, daß schon im November 1906 Dan privat „zu einer Tasse Tee“ mit Miljukow, Nabokow sowie Führern der Sozialrevolutionäre und der Volkssozialisten zusammen war. Dan hielt es nicht für nötig, davon dem ZK oder dem Petersburger Komitee Mitteilung zu machen.

Diese Zusammenkunft mit den Kadetten, ohne daß von ihr dem Zentralkomitee noch auch dem Petersburger Komitee Mitteilung gemacht wurde, eben das war die heimliche und unterirdische Informierung der Kadetten.

Weiter wurde in dem Interview gesagt, die Menschewiki hätten den schmachvollen Vorschlag der Kadetten, den Menschewiki Arbeitersitze zu überlassen, wenn diese die Kadetten unterstützten, nicht dementiert. Gen. Martow sucht zu beweisen, daß die Menschewiki das mit Worten dementiert haben. Ich erkläre zur Sache, daß die Taten der Menschewiki ihrem Lippendementi widersprochen haben: 1. In Worten versprochen die Menschewiki, alle Sitze der Arbeiterkurie zu überlassen. Praktisch aber, als alle zusammengetretenen Arbeiterbevollmächtigten die Menschewiki aufforderten (mit einer Mehrheit von 220–230 gegen 10–20 Stimmen),

\* Siehe den vorliegenden Band, S. 137–143. Die Red.

auf die „versteckte Unterstützung“ der Kadetten zu verzichten, *lehnten* es die Menschewiki *ab, dem Folge zu leisten*; 2. nach dem 25. Januar, nach der Bildung des Linksblocks, stellten die Menschewiki *in der Presse* für ihre Unterstützung des Linksblocks die Bedingung: Handlungsfreiheit für die menschewistischen Wahlmänner im zweiten Stadium. Objektiv konnte diese Bedingung nur *eins* bedeuten – die Bereitschaft, im zweiten Stadium die Kadetten gegen die Sozialdemokraten zu unterstützen.

*N. Lenin*

## 5

EINE ERKLÄRUNG AM 11. (24.) MAI<sup>150</sup>

Das Büro hatte recht (Zwischenruf: „Natürlich!“), als es erklärte, eine Aufhebung der gestrigen Entscheidung sei unzulässig. Zu ihrer Aufhebung bedarf es eines speziellen Beschlusses des Parteitags, wonach es zulässig ist, einen solchen Antrag zur Abstimmung zu bringen. Im vorliegenden Fall beantragt niemand, die gestrige Entscheidung aufzuheben. Sie bleibt in Kraft. Ist ein Aufschub zulässig? Abramowitsch hat das wesentlichste Moment außer acht gelassen, nämlich daß die Frage des Aufschubs sich infolge eines neuen Umstands (der Motivierung der Letten) ergab, der nach der gestrigen Abstimmung über die Direktiven auftauchte. Dies ist ein neues Motiv, das Abramowitsch nicht berücksichtigt hat. Der Antrag Werners ist also formal richtig.

## 6

REFERAT ÜBER DIE STELLUNG  
ZU DEN BÜRGERLICHEN PARTEIEN  
12. (25.) MAI

Die Frage nach der Stellung zu den bürgerlichen Parteien steht im Mittelpunkt der prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten, die schon seit langem die russische Sozialdemokratie in zwei Lager teilen. Schon vor den ersten großen Erfolgen der Revolution oder sogar vor der Revolution – wenn man vom ersten Halbjahr 1905 so sprechen darf – gab es in dieser Frage zwei deutlich hervorgetretene Standpunkte. Die Auseinandersetzungen hingen zusammen mit der Einschätzung der bürgerlichen Revolution in Rußland. Beide Richtungen innerhalb der Sozialdemokratie gingen einig darin, daß diese Revolution eine bürgerliche ist. Sie gingen jedoch auseinander in der Frage, wie diese Kategorie aufzufassen und wie die praktisch-politischen Schlußfolgerungen daraus einzuschätzen sind. Der eine Flügel der Sozialdemokratie, die Menschewiki, deuteten diesen Begriff so, daß in einer bürgerlichen Revolution die Haupttriebkraft die Bourgeoisie ist, das Proletariat hingegen lediglich die Stellung der „äußersten Opposition“ einzunehmen vermag. Die Aufgabe übernehmen, diese Revolution selbständig durchzuführen, die Revolution zu leiten, kann es nicht. Besonders plastisch traten diese Meinungsverschiedenheiten in Erscheinung bei den Auseinandersetzungen über die provisorische Regierung (richtiger: über die Beteiligung der Sozialdemokratie an einer provisorischen Regierung) – Auseinandersetzungen, die im Jahre 1905 geführt wurden. Die Menschewiki bestritten die Zulässigkeit einer Beteiligung der Sozialdemokratie an einer provisorischen revolutionären Regierung vor allem eben darum, weil sie die Haupttriebkraft oder den Führer der bürgerlichen Revolution in der Bourgeoisie sahen. Mit voller Klarheit trat diese Ansicht zutage in der Resolution der kaukasischen Menschewiki

(1905)<sup>451</sup>, die von der neuen „Iskra“ gebilligt wurde. In dieser Resolution wurde direkt gesagt, die Beteiligung der Sozialdemokratie an einer provisorischen Regierung könnte die Bourgeoisie abschrecken und dadurch den *Schwung der Revolution schwächen*. Hier wird klar ausgesprochen, daß das Proletariat in der bürgerlichen Revolution nicht weiter gehen könne und dürfe als die Bourgeoisie.

Die umgekehrte Ansicht verfochten die Bolschewiki. Sie traten unbedingt dafür ein, daß unsere Revolution im Sinne ihres gesellschaftlichen, ökonomischen Inhalts eine bürgerliche ist. Das bedeutet folgendes: Die Aufgaben der gegebenen, jetzt in Rußland vor sich gehenden Umwälzung gehen nicht über den Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft hinaus. Selbst der vollste Sieg der gegenwärtigen Revolution, d. h. die Erringung der demokratischsten Republik und die Konfiskation des gesamten Gutsbesitzerlandes durch die Bauernschaft, berührt nicht im geringsten die Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaftsordnung. Das Privateigentum an den Produktionsmitteln (oder die Privatwirtschaft auf dem Grund und Boden, wer immer auch sein juristischer Eigentümer sein möge) und die Warenwirtschaft bleiben bestehen. Die Gegensätze der kapitalistischen Gesellschaft und ihr Hauptgegensatz – der Gegensatz zwischen Lohnarbeit und Kapital – verschwinden nicht nur nicht, sondern spitzen sich im Gegenteil noch stärker zu, vertiefen sich noch mehr, da sie sich breiter und in reinerer Form entwickeln.

Alles das muß für jeden Marxisten absolut unbestreitbar sein. Aber daraus ergibt sich durchaus noch nicht die Schlußfolgerung, daß die Haupttriebkraft oder der Führer der Revolution die Bourgeoisie wäre. Eine solche Schlußfolgerung wäre eine Verflachung des Marxismus, wäre Unverständnis für den Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie. Die Sache ist die, daß unsere Revolution zu einer Zeit vor sich geht, wo das Proletariat schon begonnen hat, seiner selbst als einer besonderen Klasse bewußt zu werden und sich zu einer selbständigen Klassenorganisation zusammenzuschließen. Unter solchen Bedingungen macht sich das Proletariat alle Errungenschaften der Demokratie zunutze, macht es sich jeden Schritt der Freiheit zunutze, um seine Klassenorganisation *gegen* die Bourgeoisie zu stärken. Daraus ergibt sich unweigerlich das Bestreben der Bourgeoisie, die Schärpen der Revolution abzustumpfen, nicht zuzulassen, daß sie zu Ende geführt wird, dem Proletariat nicht die

Möglichkeit zu geben, seinen Klassenkampf in voller Freiheit zu führen. Der Antagonismus zwischen Bourgeoisie und Proletariat veranlaßt die Bourgeoisie, dahin zu streben, bestimmte Instrumente und Einrichtungen der alten Staatsmacht beizubehalten, um diese Instrumente *gegen* das Proletariat einzusetzen.

Deshalb stellt im besten Fall, in Zeiten des stärksten Aufschwungs der Revolution, die Bourgeoisie ein Element dar (und zwar nicht zufällig, sondern notwendig, kraft ihrer ökonomischen Interessen), das zwischen der Revolution und der Reaktion hin und her schwankt. Die Bourgeoisie kann also nicht der Führer unserer Revolution sein.

Die größte Besonderheit dieser Revolution ist die Dringlichkeit der Agrarfrage. Sie hat sich in Rußland weit mehr zugespitzt, als das unter entsprechenden Bedingungen in irgendeinem anderen Lande der Fall war. Die sogenannte Bauernreform des Jahres 1861 wurde so inkonsequent und undemokratisch durchgeführt, daß die wichtigsten Grundlagen der Fronherrschaft der Gutsbesitzer unangetastet geblieben sind. Darum erwies sich die Agrarfrage, d. h. der gegen die Gutsbesitzer gerichtete Kampf der Bauern um den Boden, als einer der Prüfsteine der gegenwärtigen Revolution. Dieser Kampf um den Boden drängt die gewaltigen Massen der Bauernschaft unvermeidlich zur demokratischen Umwälzung, denn nur die Demokratie vermag ihnen Boden zu geben, indem sie ihnen die Herrschaft im Staate gibt. Bedingung für den Sieg der Bauernschaft ist die völlige Zerschlagung des gutsherrlichen Grundbesitzes.

Aus diesem Wechselverhältnis der gesellschaftlichen Kräfte ergibt sich unweigerlich die Schlußfolgerung: die Bourgeoisie kann weder die Haupttriebkraft noch der Führer der Revolution sein. Sie zu Ende, d. h. bis zum vollen Sieg, zu führen, ist nur das Proletariat imstande. Aber dieser Sieg kann nur unter der Bedingung erzielt werden, daß es dem Proletariat gelingt, einen großen Teil der Bauernschaft hinter sich zu bringen. Der Sieg der gegenwärtigen Revolution in Rußland ist nur möglich als revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft.

Diese schon zu Beginn des Jahres 1905 – ich spreche vom III. Parteitag der SDAPR im Frühjahr 1905 – vertretene Fragestellung fand ihre volle Bestätigung in den Ereignissen aller großen Etappen der russischen Revolution. Unsere theoretischen Schlußfolgerungen wurden praktisch, im Verlauf des revolutionären Kampfes, bestätigt. Zur Zeit des größten Auf-

schwungs, im Oktober 1905, marschierte das Proletariat an der Spitze, die Bourgeoisie schwankte dauernd, sie drehte und wendete sich, die Bauern aber zerstörten Herrenhöfe der Gutsbesitzer. An den embryonalen Organen der revolutionären Staatsmacht (Sowjets der Arbeiterdeputierten, Sowjets der Bauern- und Soldatendeputierten usw.) beteiligten sich hauptsächlich Vertreter des Proletariats und dann Männer aus der aufständischen Bauernschaft. Zur Zeit der ersten Duma bildeten Bauern sofort die demokratische Gruppe der „Trudowiki“, die weiter links steht, d. h. revolutionärer ist als die Liberalen, die Kadetten. Während der Wahlen zur zweiten Duma haben die Bauern die Liberalen glatt geschlagen. Das Proletariat marschierte an der Spitze, die Bauernschaft folgte ihm mehr oder minder entschlossen gegen die Selbstherrschaft und gegen die schwankenden Liberalen.

Ich komme zu den uns vorliegenden Resolutionsentwürfen. Der von mir geschilderte Unterschied der Ansichten hat seinen vollständigen Ausdruck gefunden in dem Gegensatz zwischen der bolschewistischen und der menschewistischen Resolution. Der bolschewistische Entwurf ist darauf aufgebaut, daß der *Klasseninhalt* der grundlegenden *Typen* bürgerlicher Parteien bestimmt wird. So war auch bereits unsere Resolution zum Stockholmer Vereinigungsparteitag aufgebaut. Wir unterschieden schon dort drei Haupttypen bürgerlicher Parteien: Oktobristen, Liberale und bäuerliche Demokraten (damals hatten sie sich noch nicht völlig herausgebildet, und das Wort „Trudowik“ existierte noch nicht im politischen Wortschatz der russischen Sprache). Unsere jetzige Resolution hat den gleichen Aufbau beibehalten. Sie bildet lediglich eine abgeänderte Fassung der Stockholmer Resolution. Der Gang der Ereignisse hat ihre grundlegenden Thesen so weitgehend bestätigt, daß es nur ganz unbedeutender Änderungen bedurfte, um die Erfahrungen der ersten und der zweiten Duma zu berücksichtigen.

Die menschewistische Resolution zum Vereinigungsparteitag gab weder irgendeine Analyse des Typus der Parteien noch ihres Klasseninhalts. In der Resolution wird hilflos gesagt, „daß die bürgerlich-demokratischen Parteien sich in Rußland eben erst herausbilden und sie darum noch nicht den Charakter stabiler Parteien erlangen konnten“, und „daß im gegenwärtigen historischen Moment in Rußland keine Parteien vorhanden sind, die schon jetzt gleichzeitig konsequenten Demokratismus und revolutio-

nären Geist in sich vereinigten". Sind das etwa keine hilflosen Erklärungen? Ist das kein Abgehen von der marxistischen Aufgabe? Völlige Stabilität von Parteien wird es niemals geben, ebensowenig wie es jemals völlig „konsequenten“ Demokratismus außerhalb des Proletariats geben wird. Unsere Pflicht aber ist es, die Klassenwurzeln aller auf die politische Bühne tretenden Parteien bloßzulegen. Und daß diese Aufgabe gelöst werden kann, hat unsere Resolution gezeigt. Die von ihr vermerkten drei Typen von Parteien erwiesen sich im Verlauf eines ganzen Jahres der Revolution als hinreichend „stabil“, wie ich am Beispiel der ersten und der zweiten Duma schon gezeigt habe.

Als nicht stabil erwiesen sich die Ansichten der Menschewiki. Ihre jetzige Resolution ist ein gewaltiger Schritt zurück selbst im Vergleich zu ihrem vorjährigen Entwurf. Untersuchen wir diese in Nr. 12 der „Narodnaja Duma“ (vom 24. März 1907) veröffentlichte Resolution. In dem begründenden Teil wird hingewiesen erstens auf „eine Reihe gemeinsamer Aufgaben“ des Proletariats und der bürgerlichen Demokratie; zweitens auf die Notwendigkeit für das Proletariat, „seine Aktionen mit den Aktionen anderer gesellschaftlicher Klassen und Gruppen zu kombinieren“; drittens darauf, daß in einem Lande mit überwiegender Bauernschaft und schwacher städtischer Demokratie das Proletariat „durch seine eigene Bewegung“ . . . „die ganze bürgerliche Demokratie des Landes“ . . . „vortreibt“; viertens darauf, daß „in der vorhandenen Gruppierung der bürgerlichen Parteien die demokratische Bewegung des Landes noch nicht ihren vollendeten Ausdruck gefunden hat“, da sie an dem einen Pol den „Realismus“ und die mangelnde Kampfbereitschaft der städtischen Bourgeoisie widerspiegele und an dem anderen Pol die bäuerlichen „Illusionen eines kleinbürgerlichen Revolutionismus und agrarischer Utopien“. Soweit der begründende Teil. Betrachten wir nunmehr die Schlußfolgerungen: die erste Schlußfolgerung besteht darin, daß das Proletariat bei der Durchführung einer selbständigen Politik sowohl den Opportunismus und die konstitutionellen Illusionen der einen als auch die revolutionären Illusionen und die ökonomisch reaktionären Projekte der anderen bekämpfen müsse. Zweite Schlußfolgerung: man müsse „seine Aktionen mit den Aktionen dieser Parteien kombinieren“.

Eine derartige Resolution beantwortet keine einzige der Fragen, die sich jeder Marxist zu stellen verpflichtet ist, wenn er die Haltung der

Arbeiterpartei zu den bürgerlichen Parteien bestimmen will. Welches sind diese allgemeinen Fragen? Vor allem ist es notwendig, den Klassencharakter der Parteien zu bestimmen. Dann muß man sich klarwerden über das grundlegende Wechselverhältnis der verschiedenen Klassen in der gegebenen Revolution überhaupt, d. h. darüber, in welchem Verhältnis die Interessen dieser Klassen zur Fortsetzung oder Weiterentwicklung der Revolution stehen. Weiter muß man von den Klassen überhaupt übergehen zu der jetzigen Rolle der verschiedenen Parteien oder der verschiedenen Gruppen von Parteien. Schließlich muß man praktische Hinweise geben für die Politik der Arbeiterpartei in dieser Frage.

Nichts von alledem steht in der menschowistischen Resolution. Da wird mit nichtssagenden Worten über die Frage hinweggegangen, mit allgemeinen Phrasen über „Kombinierung“ der Politik des Proletariats mit der Politik der Bourgeoisie. Wie aber und mit welchen bürgerlich-demokratischen Parteien denn nun „kombiniert“ werden soll – darüber wird kein Wort gesagt. Es ist eine Resolution über Parteien ohne die Parteien. Es ist eine Resolution zwecks Festlegung unserer Haltung, die unsere Haltung zu den verschiedenen Parteien in keiner Weise festlegt. Leiten lassen kann man sich nicht von einer solchen Resolution, denn sie läßt vollsten Spielraum, zu „kombinieren“, was man will und wie man will. Eine solche Resolution behindert niemand; sie ist eine äußerst „liberale“ Resolution im vollsten Sinne des Wortes. Man kann sie auslegen, wie man Lust hat. Aber von Marxismus gibt es in ihr keine Spur. Die Grundthesen des Marxismus sind hier so gründlich vergessen worden, daß jeder beliebige linke Kadett eine solche Resolution unterschreiben würde. Man nehme ihre Hauptpunkte: die „gemeinsamen Aufgaben“ des Proletariats und der bürgerlichen Demokratie . . . Redet davon etwa nicht die ganze liberale Presse große Töne? . . . Die Notwendigkeit des „Kombinierens“ – gerade das fordern die Kadetten . . . Kampf gegen den Opportunismus rechts und gegen den Revolutionismus links – das ist doch die beliebteste Redensart der linken Kadetten, die angeblich zwischen den Trudowiki und den bürgerlichen Liberalen sitzen möchten! Das ist nicht die Position einer Arbeiterpartei, die gesondert und selbständig außerhalb der bürgerlichen Demokratie steht, es ist die Position eines Liberalen, der das „Zentrum“ inmitten der bürgerlichen Demokratie einnehmen möchte!

Man gehe einmal dem Satz der Menschewiki auf den Grund: durch seine Bewegung „treibe“ das Proletariat „die ganze bürgerliche Demokratie des Landes“ „voran“. Stimmt das? Absolut nicht. Man erinnere sich der größten Ereignisse unserer Revolution. Nehmen wir die Bulyginsche Duma. Den Appell des Zaren, den legalen Weg zu beschreiten, seine, des Zaren, Bedingungen für die Einberufung der ersten Volksvertretung anzunehmen, beantwortete das Proletariat mit einer entschiedenen Weigerung. Das Proletariat rief das Volk auf, diese Einrichtung hinwegzufegen, sie nicht entstehen zu lassen. Das Proletariat rief alle revolutionären Klassen auf, bessere Bedingungen für die Einberufung einer Volksvertretung zu erkämpfen. Das nahm nicht im geringsten die Entscheidung der Frage vorweg, wie sogar eine schlechte Einrichtung auszunutzen sei, wenn sie wirklich entgegen allen unseren Anstrengungen ins Leben getreten wäre. Es war ein Kampf *dagegen*, daß gerade die schlechtesten Bedingungen für die Einberufung einer Volksvertretung verwirklicht wurden. Bei der Einschätzung des Boykotts macht man allzu häufig den logischen und historischen Fehler, den Kampf *auf dem Boden* einer gegebenen Einrichtung in einen Topf zu werfen mit dem Kampf *gegen* die Verwirklichung dieser Einrichtung.

Wie aber beantwortete die liberale Bourgeoisie den Aufruf des Proletariats? Sie antwortete mit einem allgemeinen Geheul gegen den Boykott. Sie rief zur Bulyginschen Duma auf. Die liberalen Professoren forderten die Studenten auf, zu studieren, anstatt Streiks zu veranstalten. Den Aufruf des Proletariats zum Kampf beantwortete die Bourgeoisie mit dem Kampf gegen das Proletariat. Der Antagonismus dieser Klassen sogar in der demokratischen Revolution zeigte sich schon damals mit voller Bestimmtheit. Die Bourgeoisie wollte die Wucht des proletarischen Kampfes mindern, wollte ihn nicht über den Rahmen des Gesetzes über die Bulyginsche Duma hinausgehen lassen.

Professor Winogradow, eine Leuchte der liberalen Wissenschaft, schrieb gerade damals, es wäre ein Glück für Rußland, wenn unsere Revolution den Weg von 1848/49 ginge, es wäre ein Unglück, wenn sie den Weg der Revolution von 1789–1793 ginge. Ein Glück nannte dieser „Demokrat“ den Weg der nichtvollendeten Revolution, den Weg des besiegten Aufstands! Wenn unsere Revolution mit ihren Feinden so schonungslos abrechnete wie die französische im Jahre 1793, dann müßte man nach

Meinung des „Liberalen“ zur Wiederherstellung der Ordnung den preussischen Wachtmeister herbeirufen. Die Menschewiki sprechen von der „mangelnden Kampfbereitschaft“ unserer Bourgeoisie. In Wirklichkeit aber war die Bourgeoisie schon damals zum Kampf *bereit*, nämlich zum Kampf *gegen* das Proletariat, zum Kampf gegen „übermäßige“ Siege der Revolution.

Gehen wir weiter. Nehmen wir die Monate Oktober–Dezember 1905. Daß in dieser Zeit des größten Aufschwungs unserer Revolution die Bourgeoisie „Bereitschaft zum Kampf“ gegen das Proletariat offenbarte, bedarf keines Beweises. Das wurde von der damaligen menschewistischen Presse voll und ganz zugegeben. Die Bourgeoisie einschließlich der Kadetten bemühte sich, die Revolution auf jede Weise anzuschwärzen, sie als blinde und wilde Anarchie hinzustellen. Nicht nur, daß die Bourgeoisie die vom Volke geschaffenen Organe des Aufstands – alle diese Sowjets der Arbeiterdeputierten, Sowjets der Bauern- und Soldatendeputierten usw. – nicht unterstützte, die Bourgeoisie fürchtete diese Einrichtungen und bekämpfte sie. Man denke an Struve, der diese Einrichtungen ein entwürdigendes Schauspiel nannte. Die Bourgeoisie sah in ihnen die zu weit vorgepreschte Revolution. Die liberale Bourgeoisie wollte die Energie des revolutionären Volkskampfes in das enge Flußbett der konstitutionell-polizeilichen Reaktion lenken.

Über das Verhalten der Liberalen in der ersten und der zweiten Duma braucht man nicht lange zu sprechen. Auch die Menschewiki haben zugegeben, daß in der ersten Duma die Kadetten die revolutionäre Politik der Sozialdemokraten und teilweise der Trudowiki *behinderten*, ihre Tätigkeit bremsen. In der zweiten Duma aber haben sich die Kadetten direkt den Schwarzhundertern angeschlossen und offen die Regierung unterstützt.

Nunmehr zu sagen, daß das Proletariat durch seine Bewegung „die ganze bürgerliche Demokratie des Landes vorantreibt“, ist ein Hohn auf die Tatsachen. Heutzutage die konterrevolutionäre Natur unserer Bourgeoisie verschweigen heißt den marxistischen Standpunkt völlig aufgeben, den Standpunkt des Klassenkampfes völlig vergessen.

Die Menschewiki sprechen in ihrer Resolution von dem „Realismus“ der bürgerlichen Klassen in der Stadt. Eine sonderbare Terminologie, die die Menschewiki gegen ihren Willen verrät. Wir sind es gewohnt, bei den Sozialdemokraten des rechten Flügels das Wort Realismus in einem besonderen Sinn anzutreffen. Beispielsweise stellte die Plechanowsche

„Sowremennaja Shisn“ den „Realismus“ der Sozialdemokraten des rechten Flügels der „revolutionären Romantik“ der linken Sozialdemokraten gegenüber. Was meint also die menschewistische Resolution, wenn sie von Realismus spricht? Es kommt darauf hinaus, daß sie die Bourgeoisie für ihre Mäßigkeit und Akkuratessie lobt!

Diese Betrachtungen der Menschewiki über den „Realismus“ der Bourgeoisie, über ihre „mangelnde Bereitschaft“ zum Kampf – im Zusammenhang mit der direkten Erklärung ihrer taktischen Plattform über die „einseitige Feindschaft“ der Sozialdemokraten gegenüber den Liberalen – besagen eins und nur eins. Praktisch bedeutet das alles, daß die selbständige Politik der Arbeiterpartei vertauscht wird gegen eine Politik der Abhängigkeit von der liberalen Bourgeoisie. Und diesen Wesenskern des Menschewismus haben wir uns nicht ausgedacht, haben ihn nicht nur aus ihren theoretischen Ausführungen abgeleitet: er offenbarte sich in allen bedeutenderen Schritten ihrer Politik im verflossenen Jahr. Man nehme das „verantwortliche Ministerium“, die Blocks mit den Kadetten, die Stimmabgabe für Golowin usw. In Wirklichkeit war das eben eine Politik der Abhängigkeit von den Liberalen.

Und was sagen die Menschewiki über die bäuerliche Demokratie? Die Resolution stellt als gleichbedeutende oder jedenfalls durchaus gleichartige Dinge den „Realismus“ der Bourgeoisie und die „agrарischen Utopien“ der Bauernschaft nebeneinander und einander gegenüber. Man muß, sagen die Menschewiki, gleicherweise den Opportunismus der Bourgeoisie und den Utopismus, den „kleinbürgerlichen Revolutionismus“ der Bauernschaft bekämpfen. Das ist die typische Argumentation des Menschewismus. Und es lohnt sich, auf sie einzugehen, denn sie ist grundfalsch. Aus ihr ergibt sich unvermeidlich eine ganze Reihe falscher Schlußfolgerungen in der praktischen Politik. Hinter der Kritik an den bäuerlichen Utopien verbirgt sich hier das Unverständnis für die Aufgabe des Proletariats, die Bauernschaft zum vollen Sieg in der demokratischen Revolution vorwärtszudrängen.

In der Tat, man sehe sich einmal an, welche Bedeutung die agrарischen Utopien der Bauernschaft in der jetzigen Revolution haben. Worin besteht ihre hauptsächlichliche Utopie? Zweifellos in der Idee des Ausgleichs, in der Überzeugung, die Aufhebung des Privateigentums am Grund und Boden

und die gleichmäßige Aufteilung des Bodens (oder der Bodennutzung) vermöchten die Quellen der Not, des Elends, der Arbeitslosigkeit, der Ausbeutung zu beseitigen.

Es gibt keinen Streit darüber, daß das vom Standpunkt des *Sozialismus* eine Utopie ist, eine Utopie des Kleinbürgers. Vom Standpunkt des Sozialismus ist das ein reaktionäres Vorurteil, denn der proletarische Sozialismus sieht das Ideal nicht in der Gleichheit von Kleinbesitzern, sondern in der vergesellschafteten Großproduktion. Aber man vergesse nicht, daß wir uns jetzt darüber klarwerden wollen, welche Bedeutung die bäuerlichen Ideale nicht in der sozialistischen Bewegung, sondern in der gegebenen bürgerlich-demokratischen Revolution haben. Wäre es utopisch, wäre es reaktionär, wenn alle Ländereien in der *gegebenen* Revolution den Gutsbesitzern genommen und zu gleichen Teilen an die Bauern gegeben oder verteilt würden?! Nein! Das ist nicht nur nicht reaktionär, sondern im Gegenteil, es bringt auf die entschiedenste, die konsequenteste Weise das Bestreben zum Ausdruck, die ganze alte Ordnung, alle Überreste der Leibeigenschaft mit Stumpf und Stiel auszurotten. Utopisch ist der Gedanke, die „Ausgleichung“ könnte unter der Warenproduktion aufrechterhalten werden und sogar als Ausgangspunkt eines Halbsozialismus dienen. Nicht utopisch, sondern revolutionär im vollsten, im strengsten wissenschaftlichen Sinn des Wortes ist das Bestreben der Bauern, jetzt sofort den Gutsbesitzern die Ländereien wegzunehmen und sie gleichmäßig aufzuteilen. Eine solche Wegnahme und Aufteilung würde die Grundlage schaffen für die schnellste, die breiteste, die freieste Entwicklung des Kapitalismus.

Objektiv, nicht vom Standpunkt unserer Wünsche, sondern vom Standpunkt der gegebenen ökonomischen Entwicklung Rußlands, läuft die Grundfrage unserer Revolution eben darauf hinaus, ob die Revolution die Entwicklung des Kapitalismus gewährleisten wird durch den vollen Sieg der Bauern über die Gutsherren oder durch einen Sieg der Gutsherren über die Bauern. Die bürgerlich-demokratische Umwälzung im Wirtschaftsleben Rußlands ist absolut unvermeidlich. Keine Macht in der Welt kann sie verhindern. Aber diese Umwälzung ist in zweierlei Form möglich: nach dem preußischen, wenn man sich so ausdrücken darf, oder nach dem amerikanischen Typus. Das bedeutet folgendes: Die Gutsherren können siegen, können den Bauern eine Ablösung oder andere kümmerliche

Zugeständnisse aufzwingen, sich mit dem Häuflein reicher Bauern zusammentun, die Masse endgültig ruinieren und ihre eigenen Wirtschaften in junkerliche, kapitalistische Wirtschaften verwandeln. Bürgerlich-demokratisch wird eine solche Umwälzung sein, aber sie wird für die Bauern am wenigsten vorteilhaft sein – am wenigsten vorteilhaft vom Standpunkt rascher Entwicklung des Kapitalismus. Umgekehrt bedeuten der volle Sieg des Bauernaufstands, die Konfiskation des gesamten Gutsbesitzerlandes und seine gleichmäßige Aufteilung die rascheste Entwicklung des Kapitalismus, die für die Bauern vorteilhafteste Form der bürgerlich-demokratischen Umwälzung.

Und nicht nur für die Bauern ist das vorteilhafter. Dasselbe gilt auch für das Proletariat. Das klassenbewußte Proletariat weiß, daß es keinen anderen Weg zum Sozialismus gibt noch geben kann als den über die bürgerlich-demokratische Umwälzung.

Also je unvollständiger und je weniger durchgreifend diese Umwälzung ist, desto länger und stärker werden auf dem Proletariat nicht die sozialistischen Aufgaben, nicht die rein proletarischen Klassenaufgaben, sondern allgemein demokratische Aufgaben lasten. Je vollständiger der Sieg der Bauernschaft ist, desto schneller bildet sich das Proletariat endgültig als Klasse heraus, desto klarer rückt es seine rein sozialistischen Aufgaben und Ziele in den Vordergrund.

Hieraus ersehen Sie, daß die bäuerlichen Ausgleichsideen – reaktionär und utopisch vom Standpunkt des Sozialismus – revolutionär sind vom Standpunkt des bürgerlichen Demokratismus. Wer daher den reaktionären Charakter der Liberalen in der gegebenen Revolution und den reaktionären Utopismus der Bauern in ihren Ideen von der sozialistischen Revolution nebeneinanderstellt, der begeht einen himmelschreienden logischen und historischen Fehler. Wer das Bestreben der Liberalen, die gegebene Revolution so zu stützen, daß Loskaufzahlungen, konstitutionelle Monarchie, kadettisches Agrarprogramm u. a. herauskommen, auf eine Stufe stellt mit den Versuchen der Bauern, ihr Bestreben, mit den Gutsherren sofort aufzuräumen, den ganzen Grund und Boden wegzunehmen, ihn restlos zur Verteilung zu bringen, utopisch in reaktionärem Geist zu idealisieren – wer das auf eine Stufe stellt, der verläßt ganz und gar nicht nur den Standpunkt des Proletariats, sondern sogar den Standpunkt eines konsequenten revolutionären Demokraten. Eine Resolution schreiben über

den Kampf gegen den Opportunismus des Liberalen und den Revolutionismus des Bauern in der gegebenen Revolution heißt eine nicht sozialdemokratische Resolution schreiben. Das schreibt kein Sozialdemokrat, sondern ein Intellektueller, der zwischen dem Liberalen und dem Bauern im Lager der bürgerlichen Demokratie sitzt.

Ich kann hier nicht so ausführlich, wie es nötig wäre, auf die berühmte taktische Plattform der Menschewiki mit ihrer berüchtigten Losung des Kampfes gegen die „einseitige Feindschaft des Proletariats gegen den Liberalismus“ eingehen. Der unmarxistische und unproletarische Charakter einer solchen Losung ist mehr als offensichtlich.

Zum Schluß will ich auf einen häufig gegen uns erhobenen „Einwand“ eingehen. „Eure“ Trudowiki, sagt man uns, gehen oft genug mit den Kadetten gegen uns. Das stimmt. Aber das ist kein Einwand gegen unseren Standpunkt und gegen unsere Resolution, denn wir haben das mit aller Bestimmtheit und Entschiedenheit konstatiert.

Die Trudowiki sind ohne Zweifel keine völlig konsequenten Demokraten. Die Trudowiki (Sozialrevolutionäre eingeschlossen) schwanken zweifellos zwischen den Liberalen und dem revolutionären Proletariat. Das ist von uns gesagt worden, und es muß gesagt werden. Derartige Schwankungen sind keineswegs zufällig. Sie folgen unvermeidlich aus dem ganzen Wesen der ökonomischen Lage des Kleinproduzenten. Einerseits ist er unterdrückt, unterliegt er der Ausbeutung. Er wird unwillkürlich zum Kampf gedrängt gegen eine solche Lage, zum Kampf für die Demokratie, zu der Idee einer Abschaffung der Ausbeutung. Andererseits ist er ein *Kleinbesitzer*. Im Bauern lebt der Instinkt des Eigentümers – wenn nicht eines Eigentümers von heute, so doch des Eigentümers von morgen. Dieser Besitzer-, dieser Eigentümerinstinkt stößt den Bauern vom Proletariat ab, er läßt ihn davon träumen und danach streben, zu etwas zu kommen, selber ein Bourgeois zu werden, sich gegen die ganze Gesellschaft abzukapseln auf seinem eigenen Fetzen Land, auf seinem eigenen, wie Marx grimmig sagte, Misthaufen<sup>152</sup>.

Schwankungen der Bauernschaft und der demokratischen Bauernparteien sind unvermeidlich. Und darum darf die Sozialdemokratie sich nicht eine Minute in Verwirrung bringen lassen durch die Furcht, sich von derartigen Schwankungen zu isolieren. Jedesmal, wenn die Trudowiki Kleinmütigkeit an den Tag legen und den Liberalen nachlaufen,

müssen wir furchtlos und mit voller Festigkeit gegen die Trudowiki auftreten, müssen die kleinbürgerliche Inkonsequenz und Schläffheit entlarven und geißeln.

Unsere Revolution macht schwere Zeiten durch. Es bedarf aller Willenskraft, aller Prinzipienfestigkeit und Standhaftigkeit der einigen proletarischen Partei, um den Stimmungen des Unglaubens, des Rückgangs der Kräfte, der Gleichgültigkeit, des Verzichts auf den Kampf widerstehen zu können. Das Kleinbürgertum wird stets und unausbleiblich am leichtesten derartigen Stimmungen nachgeben, es wird Charakterlosigkeit an den Tag legen, dem revolutionären Weg untreu werden, flennen und Buße tun. Und in allen derartigen Fällen wird sich die Arbeiterpartei von der schwankenden kleinbürgerlichen Demokratie isolieren. In allen derartigen Fällen muß man verstehen, selbst von der Dumatribüne herab die unbeständigen Demokraten offen zu entlarven. „Bauern!“ müssen wir in der Duma unter solchen Umständen sagen, „Bauern! wißt, daß eure Vertreter euch verraten, denn sie lassen sich von den liberalen Gutsherren ins Schlepptau nehmen. Eure Dumadeputierten verraten die Sache der Bauernschaft an die liberalen Schwätzer und Advokaten.“ Sollen die Bauern wissen – wir müssen es ihnen an Hand von Tatsachen beweisen –, daß *nur* die Arbeiterpartei eine wirklich zuverlässige, rückhaltlos treue Verteidigerin der Interessen nicht nur des Sozialismus, sondern auch der Demokratie ist, nicht nur die aller Werktätigen und Ausgebeuteten, sondern auch die der gesamten gegen die fröherrliche Ausbeutung kämpfenden Bauernmasse.

Wenn wir standhaft und unbeugsam eine solche Politik betreiben, dann gewinnen wir aus unserer Revolution ein gewaltiges Material für die Sache der Klassenentwicklung des Proletariats, gewinnen es unter allen Umständen, welche Wechselfälle des Schicksals wir auch zu ertragen haben werden, welche Niederlagen der Revolution (unter sich besonders ungünstig gestaltenden Umständen) auch unser Los sein mögen. Eine feste proletarische Politik wird der ganzen Arbeiterklasse einen solchen Vorrat an Ideen, ein so klares Verständnis und eine solche Standhaftigkeit im Kampf geben, daß nichts in der Welt stark genug sein wird, sie der Sozialdemokratie wieder zu nehmen. Selbst wenn die Revolution eine Niederlage erleiden sollte – das Proletariat wird vor allen Dingen die ökonomischen Klassengrundlagen sowohl der liberalen als auch der

demokratischen Parteien verstehen lernen, und dann wird es lernen, den Verrat der Bourgeoisie zu hassen und die Schlawheit und die Schwankungen des Kleinbürgertums zu verachten.

Und gerade mit einem solchen Wissensschatz, gerade mit einer solchen Denkfähigkeit wird das Proletariat einmütiger und kühner der neuen, der sozialistischen Revolution entgegenschreiten. (Beifall der Bolschewiki und des Zentrums.)

## SCHLUSSWORT ZUM REFERAT ÜBER DIE STELLUNG ZU DEN BÜRGERLICHEN PARTEIEN

14. (27.) MAI

Ich möchte mit der hier angeschnittenen Frage nach der Haltung der polnischen Delegation beginnen. Den polnischen Genossen wurde – besonders von den Bundisten – der Vorwurf gemacht, sie seien inkonsequent, da sie sich mit unserer Resolution einverstanden erklärt haben, die sie doch selber in der Kommission als unbefriedigend bezeichneten. Derartige Vorwürfe beruhen auf einem sehr einfachen Kniff: man umgeht das *Wesen* der Fragen, vor denen beim vorliegenden Punkt der Tagesordnung der Parteitag steht. Wer dieses *Wesen* der Frage nicht umgehen will, der wird leicht sehen, daß wir Bolschewiki in den beiden wichtigsten Fragen mit den Polen immer übereingestimmt haben und auch jetzt übereinstimmen. Erstens stimmen wir darin überein, daß im Interesse der sozialistischen Aufgaben des Proletariats seine klassenmäßige Sonderstellung gegenüber allen übrigen, bürgerlichen Parteien unbedingt notwendig ist, wie revolutionär diese auch sein mögen, für welche demokratische Republik sie auch eintreten mögen. Zweitens stimmen wir darin überein, daß wir es als Recht und als Pflicht der Arbeiterpartei erkennen, die kleinbürgerlichen demokratischen Parteien einschließlich der bäuerlichen hinter sich zu bringen zum Kampf nicht nur gegen die Selbstherrschaft, sondern auch gegen die verräterische liberale Bourgeoisie.

In der dem Parteitag von den polnischen Genossen unterbreiteten Resolution zum Rechenschaftsbericht der sozialdemokratischen Dumafraktion kommen diese Gedanken oder Grundsätze mit vollster Klarheit zum Ausdruck. Dort wird direkt gesprochen von der klassenmäßigen Sonderstellung gegenüber allen Parteien bis zu den Sozialrevolutionären. Dort wird direkt gesprochen von der Möglichkeit und Notwendigkeit gemein-

samer Aktionen der Sozialdemokraten mit den Trudowiki-Gruppen gegen die Liberalen. Und das ist gerade das, was man bei uns in Rußland Linksblock oder Linksblockpolitik nennt.

Hieraus ist ersichtlich, daß die Polen und wir in den grundlegenden Punkten der Frage nach der Stellung zu den bürgerlichen Parteien wirklich solidarisch sind. Das bestreiten und von einer Widersprüchlichkeit im Verhalten der Polen sprechen heißt einer direkten Erörterung der prinzipiellen Meinungsverschiedenheit ausweichen.

Die sozialistische Sonderstellung des Proletariats gegenüber allen, selbst den revolutionärsten und republikanischsten Parteien, ferner die Führerrolle des Proletariats im Kampf der gesamten revolutionären Demokratie in der gegenwärtigen Revolution – wer könnte etwa bestreiten, daß eben das die grundlegenden und leitenden Ideen sowohl der polnischen als auch der bolschewistischen Resolution sind?

Ein paar Worte über Trotzki. Auf unsere Meinungsverschiedenheiten mit ihm hier näher einzugehen habe ich keine Zeit. Bemerken will ich nur, daß Trotzki sich in dem Büchlein „Zur Verteidigung der Partei“ in gedruckter Form solidarisch erklärt hat mit Kautsky, der über die ökonomische Interessengemeinschaft des Proletariats und der Bauernschaft in der gegenwärtigen Revolution in Rußland schrieb. Trotzki hat die Zulässigkeit und Zweckmäßigkeit eines Linksblocks gegen die liberale Bourgeoisie anerkannt. Für mich genügen diese Tatsachen, um anzuerkennen, daß Trotzki sich unseren Ansichten genähert hat. Unabhängig von der Frage der „permanenten Revolution“ herrscht hier Solidarität in den grundlegenden Punkten der Frage nach der Stellung zu den bürgerlichen Parteien.

Genosse Liber machte mir sehr energisch den Vorwurf, ich striche sogar die Trudowiki aus der Zahl der bürgerlich-demokratischen Verbündeten des Proletariats. Liber hat sich hier wiederum von einer Phrase hinreißen lassen, dem Wesen des Streits aber keine Aufmerksamkeit geschenkt. Nicht vom Verzicht auf gemeinsame Aktionen mit den Trudowiki habe ich gesprochen, sondern von der Notwendigkeit, sich von den Schwankungen der Trudowiki zu differenzieren. Man darf keine Angst haben, sich von ihnen zu „isolieren“, wenn sie geneigt sind, den Kadetten nachzulaufen. Man muß die Trudowiki schonungslos entlarven, wenn sie nicht auf dem konsequenten Standpunkt eines revolutionären Demokra-

ten stehen. Von zwei Dingen eins, Gen. Liber: Entweder macht die Arbeiterpartei wirklich eine selbständige proletarische Politik – dann lassen wir gemeinsame Aktionen mit einem Teil der Bourgeoisie nur dann zu, wenn er, dieser Teil, *unsere* Politik annimmt, und nicht umgekehrt. Oder unsere Reden von der Selbständigkeit des proletarischen Klassenkampfes bleiben leere Worte.

Ebenso wie Liber umging auch Plechanow das Wesen des Streits, nur auf eine andere Manier. Plechanow sprach von Rosa Luxemburg und stellte sie dar wie eine Madonna, die auf Wolken thront. Was soll man da sagen! Eine elegante, galante, effektvolle Polemik . . . Dennoch möchte ich Plechanow fragen: Madonna hin, Madonna her, aber wie denken Sie denn nun über das *Wesen* der Frage? (Beifall des Zentrums und der Bolschewiki.) Es ist doch schlecht, wenn man einer Madonna bedarf, um einer sachlichen Untersuchung der Frage auszuweichen. Madonna hin, Madonna her, aber was machen wir mit der „machtvollkommenen Duma“? Was ist das? Hat das irgend etwas mit dem Marxismus oder der selbständigen Politik des Proletariats zu tun?

„Abkommen von Fall zu Fall“, sagen uns in verschiedenen Tonarten sowohl Liber als auch Plechanow. Das ist eine sehr bequeme Formel. Aber sie ist absolut prinzipienlos. Sie ist absolut ohne jeden Inhalt. Denn auch wir, Genossen, halten doch in bestimmten Fällen Abkommen mit den Trudowiki *ebenfalls nur* von Fall zu Fall, ausschließlich von Fall zu Fall, für zulässig. Wir werden diese Worte gern auch in unsere Resolutionen setzen.

Nicht darin besteht doch die Frage. Die Frage ist die, *welche* gemeinsamen Aktionen von Fall zu Fall zulässig sind, mit wem, zu welchem Zweck! Diese wesentlichen Fragen hat sowohl Plechanow mit seinen galanten Geistreicheleien als auch Liber mit seinem hohlen Pathos vertuscht und verdunkelt. Es ist jedoch keine theoretische, sondern eine äußerst aktuelle praktische Frage. Wir haben in der Praxis gesehen, was die vielberühmten Abkommen von Fall zu Fall, die vielgepriesenen „technischen“ Abkommen bei den Menschewiki bedeuten! Sie bedeuten eine Politik der Abhängigkeit der Arbeiterklasse von den Liberalen – nichts weiter. „Von Fall zu Fall“ – das ist ein schlechter Deckmantel dieser opportunistischen Politik.

Plechanow führte Zitate aus Werken von Marx an über die Notwendigkeit einer Unterstützung der Bourgeoisie. Er hätte lieber Zitate aus der „Neuen Rheinischen Zeitung“ anführen sollen, hätte lieber nicht vergessen sollen, auf welche Weise Marx die Liberalen in der Epoche „unterstützte“, in der die bürgerliche Revolution in Deutschland in vollstem Gang war. Und man braucht auch überhaupt nicht so weit zurückzugehen, um zu beweisen, was unbestreitbar ist. Auch die alte „Iskra“ hat wiederholt über die Notwendigkeit einer Unterstützung der Liberalen – sogar der Adelsmarschälle – durch die Sozialdemokratische Arbeiterpartei geschrieben. In der Periode vor der bürgerlichen Revolution, als die Sozialdemokratie das Volk erst zum politischen Leben erwecken mußte, war das durchaus berechtigt. Jetzt, wo schon die verschiedenen Klassen die Bühne betreten haben, wo einerseits die revolutionäre Bauernbewegung und andererseits der Verrat der Liberalen in Erscheinung getreten sind – jetzt kann keine Rede mehr davon sein, daß wir die Liberalen unterstützen sollten. Wir alle sind uns darüber einig, daß die Sozialdemokraten heute die Konfiskation des gutsherrlichen Bodens fordern müssen, wie aber stellen sich dazu die Liberalen?

Plechanow sagte: Alle einigermaßen progressiven Klassen müssen zum Werkzeug in den Händen des Proletariats werden. Ich zweifle nicht, daß das der Wunsch Plechanows ist. Aber ich behaupte, daß sich praktisch aus der menschewistischen Politik durchaus nicht dies, sondern etwas Umgekehrtes ergibt. Praktisch waren im Laufe des vergangenen Jahres, zur Zeit der sogenannten Unterstützung der Kadetten durch die Menschewiki, in allen Fällen gerade die Menschewiki ein Werkzeug der Kadetten. So war es sowohl bei der Unterstützung der Forderung nach einem Dumakabinett als auch zur Zeit der Wahlblocks mit den Kadetten. Die Erfahrung hat gezeigt, daß in diesen Fällen das Werkzeug gerade das Proletariat war, entgegen den „Wünschen“ Plechanows und der anderen Menschewiki. Ich rede schon gar nicht von der „machtvollkommenen Duma“ und von der Stimmabgabe für Golowin.

Man muß mit aller Bestimmtheit konstatieren, daß die liberale Bourgeoisie einen konterrevolutionären Weg eingeschlagen hat, und sie bekämpfen. Nur dann wird die Politik der Arbeiterpartei eine selbständige und nicht nur in Worten revolutionäre Politik sein. Nur dann werden wir systematisch sowohl auf das Kleinbürgertum als auch auf die Bauern-

schaft einwirken, die zwischen dem Liberalismus und dem revolutionären Kampf hin und her schwanken.

Ganz grundlos wurde hier darüber geklagt, unsere Prämisse, daß das Kleinbürgertum von den Liberalen betrogen wird, sei falsch. Nicht nur unsere Revolution, sondern auch die Erfahrungen anderer Länder haben gezeigt, daß der Liberalismus seinen Einfluß unter vielen Schichten der Bevölkerung eben durch Betrug aufrechterhält. Der Kampf für die Befreiung dieser Schichten vom Einfluß der Liberalen ist unsere unmittelbare Aufgabe. Die deutschen Sozialdemokraten suchten z. B. in Berlin jahrzehntelang den Einfluß der Liberalen auf die breiten Massen der Bevölkerung zunichte zu machen und haben ihn auch zunichte gemacht. Wir können und müssen dasselbe erreichen und den Kadetten ihre demokratischen Anhänger abspenstig machen.

Ich will an einem Beispiel zeigen, wohin die menschewistische Politik einer Unterstützung der Kadetten geführt hat. In der menschewistischen Zeitung „Russkaja Shisn“ vom 22. Februar 1907 (Nr. 45) wurde in einem nicht gezeichneten, d. h. redaktionellen Artikel anlässlich der Wahl Golowins und seiner Rede gesagt: „Der Präsident der Reichsduma hat die große, verantwortungsvolle Aufgabe übernommen, das Wort zu sagen, worin sich die wichtigsten Forderungen und Nöte eines 140-Millionen-Volkes kristallisieren . . . Herr Golowin vermochte sich auch nicht für einen Augenblick über das Niveau eines Mitglieds der Kadettenpartei zu erheben, zum Verkünder des Willens der ganzen Duma zu werden.“ Sehen Sie, wie aufschlußreich das ist? Aus einer einfachen Unterstützung durch Stimmabgabe leiten die Menschewiki die verantwortungsvolle Aufgabe des Liberalen ab – im Namen des „Volkes“ zu sprechen. Das heißt geradezu die ideologisch-politische Führung dem Liberalismus überlassen. Es heißt den Klassenstandpunkt völlig aufgeben. Und ich sage Ihnen: Wenn es nach Abschluß des Linksblocks irgendeinem Sozialdemokraten in den Sinn gekommen wäre, darüber zu schreiben, es sei die verantwortungsvolle Aufgabe des Trudowiks, die Bedürfnisse der „Arbeit“ zum Ausdruck zu bringen, dann hätte ich die unterschiedene Verurteilung eines solchen Sozialdemokraten vorbehaltlos unterschrieben. Es handelt sich bei den Menschewiki um einen ideologischen Block mit den Kadetten, und auf derartige Blocks dürfen wir uns mit niemand, nicht einmal mit den Sozialrevolutionären, einlassen.

Nebenbei, Martynow hat behauptet, wir sänken zu einem solchen Block hinab, wenn wir von allem Land und voller Freiheit sprechen. Das stimmt nicht. Ich erinnere Sie an den menschwistischen „Sozialdemokrat“. Dort, in dem vom Zentralkomitee verfaßten Entwurf einer Wahlplattform, finden wir dieselben Losungen von Land und Freiheit! Martynows Worte sind nichts weiter als Nörgelei.

Zum Schluß möchte ich einige Worte an die polnischen Genossen richten. Vielleicht hatten einige von ihnen den Eindruck, eine genaue Charakteristik der kleinbürgerlichen Parteien sei unnötig. Der zugespitztere Klassenkampf in Polen macht das vielleicht überflüssig. Für die russischen Sozialdemokraten aber ist das notwendig. Eine genaue Untersuchung des Klassencharakters der Trudowikparteien ist außerordentlich wichtig für die Anleitung der gesamten Propaganda und Agitation. Nur wenn wir von einer Klassenanalyse der Parteien ausgehen, können wir mit voller Bestimmtheit vor der ganzen Arbeiterklasse unsere taktische Aufgabe stellen: sozialistische Sonderstellung des Proletariats als Klasse und Kampf unter seiner Führung sowohl gegen die Selbstherrschaft als auch gegen die verräterische Bourgeoisie. (Beifall der Bolschewiki und des Zentrums.)

## 8

REDE ÜBER DIE STELLUNG  
ZUM POLNISCHEN ENTWURF DER RESOLUTION  
ÜBER DIE BÜRGERLICHEN PARTEIEN  
15. (28.) MAI

Die vorausgegangene Rede wird Ihnen gezeigt haben, wie berechtigt die Worte des Genossen Popow über die Fruchtlosigkeit der gegenwärtigen Debatte waren. Von der vollständigen Prinzipienlosigkeit der Rede Libers haben Sie sich selbst überzeugt. Ich erinnere nur daran, daß in unserer erfolglosen Kommission 4 *Menschewiki*, 1 *Bundist* und 2 *Polen gegen uns* und die Letzten dafür stimmten, den *polnischen Entwurf* als Grundlage anzunehmen.

Also wurde in der Kommission der polnische Entwurf von denjenigen als Grundlage angenommen, die im Prinzip den Polen *am fernsten* standen. Sie taten das, um Abänderungen im menschewistischen Geist in den Entwurf hineinzubringen, um die Resolution für ihre Verfasser unannehmbar zu machen! Liber selbst stimmte sowohl in diesem Fall mit den *Menschewiki* (L i b e r : „Das ist nicht wahr!“) als auch bei der Abstimmung über die Zulässigkeit von Blocks mit den Kadetten. Hiernach sind seine pathetischen Reden über Prinzipien geradezu lächerlich.

Ich verstehe die Polen durchaus, wenn sie sich dafür einsetzten, daß ihr Entwurf als Grundlage angenommen werden sollte. Ihnen erschienen die Einzelheiten unserer Resolution unnötig. Sie wollten sich auf zwei grundlegende und uns wirklich mit ihnen verbindende Prinzipien beschränken: 1. klassenmäßige Sonderstellung des Proletariats in allem, was den Sozialismus betrifft, gegenüber *allen* bürgerlichen Parteien; 2. Zusammenfassung der gemeinsamen Aktionen der Sozialdemokraten und der kleinbürgerlichen Demokratie gegen den verräterischen Liberalismus. Diese beiden Ideen ziehen sich wie ein roter Faden auch durch den bolschewistischen Entwurf. Die Kürze des polnischen Entwurfs aber ließ zuviel

Raum für menschwistische Schlupflöcher. Durch ihre Zusätze zwangen die Menschewiki die Verfasser selbst, gegen ihren eigenen Entwurf als Ganzes zu stimmen. Und zur gleichen Zeit wagten es weder die Menschewiki noch die Bundisten, den von ihnen auf solche Weise „korrigierten“ polnischen Entwurf selbst zu verteidigen. Es kam zum völligen Fiasko der Arbeit der gesamten Kommission.

Jetzt bleibt uns allen überhaupt und den polnischen Genossen im besonderen nur eins übrig: zu versuchen, den bolschewistischen Entwurf als Grundlage zu nehmen. Falls auch zu diesem Entwurf unannehmbare Abänderungen beantragt werden, wird man den Parteitag für arbeitsunfähig erklären müssen. Möglicherweise aber wird es gelingen, auf der Grundlage dieses Entwurfs, der alle Grundtypen der Parteien genau analysiert, einen Beschluß zu erzielen, der genügend bestimmt im Geist der revolutionären Sozialdemokratie gehalten ist.

Gegen unseren Entwurf wendet man ein, er zeichne ein zu sehr ins einzelne gehendes Bild der Parteien. Die Parteien könnten sich doch spalten, sich umgruppieren, und dann wäre die ganze Resolution unbrauchbar.

Dieser Einwand ist absolut nicht stichhaltig. In unserem Entwurf werden eben keineswegs kleine Gruppen, ja nicht einmal einzelne Parteien, sondern große Parteiengruppen skizziert. Diese Gruppen sind so groß, daß eine schnelle Änderung der Wechselbeziehungen zwischen ihnen weitaus weniger möglich ist als die völlige Ablösung einer revolutionären Flaute durch einen Aufschwung oder umgekehrt. Man nehme diese Gruppen und betrachte sie näher. Eine reaktionäre und eine mehr oder minder progressive Bourgeoisie – das sind die unveränderlichen Typen *aller* kapitalistischen Länder. Zu diesen beiden unveränderlichen Typen kommen bei uns lediglich zwei Typen hinzu: die Oktobristen (ein Mittelding zwischen Schwarzhundertern und Liberalen) und die Trudowikigruppen. Können sich *diese* Typen schnell ändern? Sie können es nicht, wenn nicht unsere Revolution eine so radikale Wendung nimmt, daß sie uns ohnehin und auf jeden Fall zwingt, nicht nur unsere Parteitagsgesamtheiten, sondern sogar unser Programm radikal zu revidieren.

Man denke an unsere *programmatische* Forderung nach Konfiskation des gesamten gutsherrlichen Bodens. Niemals könnten die Sozialdemokraten in irgendeinem anderen Land die Konfiskationsgelüste des Kleinbürgertums unterstützen. Das wäre in einem *gewöhnlichen* kapitali-

stischen Land Scharlatanerie. Bei uns, in der Epoche der bürgerlich-demokratischen Revolution, ist es eine Notwendigkeit. Und man kann sich dafür verbürgen, daß die Grundfragen in der Einschätzung der Trudowikiparteien nicht früher revidiert werden müssen als unsere Programmforderung nach Konfiskation.

Ich weise noch darauf hin, daß wir, zwecks Vermeidung aller möglichen Mißverständnisse und falschen Deutungen des Linksblocks, den Inhalt des Kampfes der Trudowikiparteien genau angeben. In Wirklichkeit kämpfen sie nicht gegen die Ausbeutung überhaupt (wie es ihnen selber scheint) und erst recht nicht gegen die kapitalistische Ausbeutung (wie ihre Ideologen die Sache darstellen), sondern *nur* gegen den Leibeigenschaftsstaat und den gutsherrlichen Grundbesitz. Und der genaue Nachweis dieses wirklichen Inhalts des Kampfes räumt sofort auf mit allen den falschen Gedanken an die Möglichkeit gemeinsamer Aktionen der Arbeiterpartei und der Bauernschaft im Kampf für den Sozialismus, im Kampf gegen den Kapitalismus.

Außerdem sprechen wir in unserer Resolution klar von dem „pseudo-sozialistischen Charakter“ der Trudowikiparteien, wir rufen zum entschiedenen Kampf auf gegen die Vertuschung des Klassengegensatzes zwischen Kleinbesitzer und Proletarier. Wir rufen dazu auf, die nebelhafte sozialistische Ideologie der Kleinbürger zu entlarven. Das muß von den kleinbürgerlichen Parteien unbedingt gesagt werden. Aber das ist auch *alles*, was gesagt werden muß. Die Menschewiki haben von Grund aus unrecht, wenn sie dem den Kampf gegen den Revolutionismus und Utopismus der Bauernschaft in der gegenwärtigen Revolution hinzufügen. Eben das ergibt sich aus ihrer Resolution. Ein derartiger Gedanke aber läuft *objektiv* darauf hinaus, zum Kampf gegen die *Konfiskation* des gutsherrlichen Bodens aufzurufen. Darauf läuft die Sache deshalb hinaus, weil die einflußreichsten und am weitesten verbreiteten ideologisch-politischen Strömungen des Liberalismus gerade die Konfiskation für Revolutionismus, Utopismus usw. erklären. Nicht zufällig, sondern zwangsläufig gerieten die Menschewiki im vergangenen Jahr von derartigen Prinzipien her auf den Abweg, in der Praxis die Verfechtung der Konfiskation abzulehnen.

Dazu dürfen Sie es nicht kommen lassen, Genossen! Dan spöttelte in einer seiner Reden: Schlecht sind unsere Kritiker, wenn sie uns vor allem

für das kritisieren, was wir nicht getan haben. Wir hatten lediglich die Absicht, die Konfiskation abzulehnen, haben sie jedoch *nicht* abgelehnt!

Ich aber antworte darauf: Wenn Sie sie abgelehnt hätten, dann hätten wir schon keine einheitliche Partei mehr. Zu solchen Ablehnungen dürfen wir es nicht kommen lassen. Wenn wir auch nur die leiseste Spur eines Gedankens an eine solche Politik zulassen, dann bringen wir alle revolutionären Grundlagen des selbständigen Klassenkampfes des Proletariats in der bürgerlich-demokratischen Revolution ins Wanken. (Beifall bei den Bolschewiki, den Polen und den Letten.)

## 9

EINWÄNDE GEGEN DIE ABÄNDERUNGSANTRÄGE  
TROTZKIS ZU DER VOM PARTEITAG  
ANGENOMMENEN RESOLUTION DER BOLSCHEWIKI  
ÜBER DIE STELLUNG ZU DEN BÜRGERLICHEN  
PARTEIEN  
15.-16. (28.-29.) MAI<sup>153</sup>

## I

Zwei Punkte sind hier wichtig. Sie dürfen nicht gestrichen werden. Der erste Punkt ist der Hinweis auf die ökonomisch progressiveren Schichten der Bourgeoisie. Das ist wesentlich. Noch wesentlicher ist der Hinweis auf die bürgerliche Intelligenz. In den bürgerlichen Parteien steigt die Zahl der bürgerlichen Intellektuellen, die die Gutsbesitzer, die Fronherren, mit der werktätigen Bauernschaft zu versöhnen suchen und für die Erhaltung aller möglichen Überreste und Überbleibsel der Selbstherrschaft eintreten.

## II

Daß Trotzki's Abänderungsantrag kein menschwistischer ist, daß er „denselben“, d. h. den bolschewistischen Gedanken zum Ausdruck bringt, muß man zugeben. Aber dieser Gedanke ist bei Trotzki wohl kaum besser ausgedrückt. Wenn wir „gleichzeitig“ sagen, dann bringen wir den *allgemeinen* Charakter der gegenwärtigen Politik zum Ausdruck. Dieser allgemeine Charakter ist zweifellos so, daß wir durch die Umstände veranlaßt werden, uns zugleich sowohl gegen Stolypin als auch gegen die Kadetten zu wenden. Das gleiche gilt in bezug auf die verräterische *Politik* der Kadetten. Trotzki's Einfügung ist überflüssig, denn wir greifen in der Resolution keine vereinzelt kniffligen Fälle heraus, sondern legen die *Grundlinie* der Sozialdemokratie in der bürgerlichen russischen Revolution fest.

## 10

EINWÄNDE GEGEN DIE ABÄNDERUNGSANTRÄGE  
MARTOWS ZUR RESOLUTION DER BOLSCHEWIKI  
ÜBER DIE STELLUNG ZU DEN BÜRGERLICHEN

## PARTEIEN

16. (29.) MAI<sup>1854</sup>

## I

Alle verstehen, daß der Abänderungsantrag Martows sehr wichtig ist. „Technische Abkommen“ sind ein sehr dehnbarer Begriff. Es hat sich gezeigt, daß man zur „Technik“ auch die „machtvollkommene Duma“ rechnet. Wenn Martow der Meinung ist, wir verstünden unter Abkommen mit den Trudowiki keine technischen, dann irrt er sich. In unserer Resolution wird nicht gesagt, daß technische Abkommen mit der liberalen Bourgeoisie unzulässig wären. In der Resolution soll kein Platz sein für Genehmigungen oder Verbote, sondern es soll die ideologische, politische Linie gewiesen werden. Wenn Sie aber mit diesem Fehlen eines Verbots nicht zufrieden sind und Ihre Bemerkung über „Genehmigung“ hineinbringen wollen, dann machen Sie damit den ganzen Geist, den ganzen Sinn unserer Resolution zunichte. Und wenn eine solche Korrektur angenommen werden sollte, dann bliebe uns nur eins übrig – unsere Resolution zurückzuziehen.

## II

Wenn Martow sich zu der Behauptung versteigt, wir lehnten es ab, in unserer Resolution den Antagonismus zwischen uns und den revolutionären Volkstümlern irgendwie zu erwähnen, dann schlägt er durch diese augenscheinliche, himmelschreiende Unwahrheit sich selbst ins Gesicht und zeigt, daß er seine Abänderung einfach aus der Luft gegriffen hat. Nein, nicht wir haben den Kampf gegen den Pseudosozialismus der Volks-

tümer abgelehnt, sondern Sie, Genossen Měnschewiki, haben es abgelehnt, die *revolutionäre* Demokratie zu unterstützen, und haben die *Liberalen* (die Kadetten) vorgezogen. Die Mehrheit der volkstümlichen Fraktionen (die Volkssozialisten und die Trudowiki) hat sich nicht nur speziell dem Terrorismus der Sozialrevolutionäre nicht angeschlossen, sondern sich im Gegenteil der Nachgiebigkeit gegenüber den Liberalen schuldig gemacht. Der wirkliche revolutionäre Geist *aller* Volkstümer besteht in ihrem Bestreben, den gutsherrlichen Grundbesitz zu *liquidieren*. Darin sehen nur Liberale „Abenteurertum und Utopismus“. *Praktisch* hilft Martow den Liberalen.

## 11

EINWÄNDE GEGEN DIE ABÄNDERUNGSANTRÄGE  
MARTYNOWS ZUR RESOLUTION ÜBER DIE  
STELLUNG ZU DEN BÜRGERLICHEN PARTEIEN  
16. (29.) MAI

## I

Mit dem Abänderungsantrag Martynows wird von neuem versucht, die menschewistische Ansicht durchzusetzen, daß in der jetzigen Revolution die Bauern reaktionärer seien (oder reaktionärer sein könnten) als die Kadetten, denn von dem reaktionären Charakter der Kadetten sagen die Menschewiki kein Wort. Die Argumentation Martynows stiftet Verwirrung: die Zwiespältigkeit besteht nicht darin, daß die Bauern zwischen Revolution und Reaktion schwanken, sondern darin, daß sie zwischen Kadetten und Sozialdemokraten schwanken. Die „anarchistischen Tendenzen“, von denen Martynow spricht, werden die Menschewiki unweigerlich und unausbleiblich im Sinne ihrer Lieblingsidee auslegen, die Konfiskation des gutsherrlichen Bodens sei reaktionär, der Loskauf aber fortschrittlich. „Anarchistische Tendenzen“ der Bauern – das ist eine Redewendung der liberalen Gutsbesitzer. Und davon zu sprechen, daß die proletarische Bewegung der bäuerlichen untergeordnet werde, ist lächerlich, nachdem wir Dutzende Male das Gegenteil erklärt und es in Resolutionen zum Ausdruck gebracht haben.

## II

Zweifellos würden wir uns als Sozialdemokraten zum Gespött machen, wenn wir den Abänderungsantrag Martynows annähmen. Von entschiedenem Kampf gegen den Leibeigenschaftsstaat wird bei uns schon zu

Anfang der Resolution gesprochen. Jetzt muß die politische Schlußfolgerung aus dieser sozial-ökonomischen These gezogen werden. Unsere Aufgabe besteht darin, dem Einfluß derjenigen Bourgeois, die zu diesem entschlossenen Kampf unfähig sind (dem Einfluß der liberalen Gutsbesitzer, der Kadetten), den Teil der Bourgeoisie zu entreißen, der durch seine ökonomische Lage zum Kampf gedrängt wird (d. h. die Bauernschaft). Martynow schlägt vor, zum Schluß das am Anfang Gesagte zu wiederholen, um die klare politische Schlußfolgerung zu vertuschen.

BERICHT DER KOMMISSION ZUR AUSARBEITUNG  
DER RESOLUTION ÜBER DIE REICHSDUMA  
18. (31.) MAI

Unsere Kommission ist zu keiner Übereinstimmung gelangt. Für den Entwurf der Bolschewiki sprachen sich 6 aus, und 6 dagegen. Für den Entwurf der Menschewiki 5, und 5 dagegen. Einer enthielt sich der Stimme. Ich werde vor Ihnen also unseren bolschewistischen Entwurf kurz zu vertreten haben, dem sich auch die polnischen Sozialdemokraten und die Letten anschließen.

Wir sind davon ausgegangen, daß alles schon in der Resolution über die bürgerlichen Parteien Gesagte aus der Resolution über die Reichsduma fortbleiben muß, denn der Dumakampf ist lediglich ein Teil – und nicht einmal der Hauptteil – unseres gesamten Kampfes gegen die bürgerlichen Parteien und die Selbstherrschaft.

In der vorliegenden Resolution sprechen wir lediglich davon, wie unsere Politik in der Duma beschaffen sein soll. Was die Einschätzung der Umstände anbetrifft, unter denen wir in die Duma gelangt sind, so haben wir diesen Teil der Resolution – den Punkt über den Boykott – aus folgenden Gründen gestrichen. Mir persönlich und ebenso allen andern Bolschewiki scheint es, daß wir in Anbetracht der von der gesamten liberalen Presse eingenommenen Haltung eine Einschätzung der Umstände hätten geben müssen, unter denen wir in die Duma gekommen sind. Die Arbeiterpartei ist verpflichtet, gegen die ganze liberale Bourgeoisie zu erklären, daß gerade der bürgerliche Verrat die Schuld daran trägt, daß wir zeitweilig mit einer solchen Mißgeburt von Körperschaft rechnen müssen. Aber die lettischen Genossen waren gegen diesen Punkt, und um die schnelle Beendigung der Arbeit nicht zu behindern (denn wir müssen eilen, um den Parteitag, wie beschlossen, morgen zu beenden), zogen wir diesen Punkt zurück. Der Wille des Parteitags ist ohnehin klar, und prinzipielle Debatten zu führen gestattet uns der Zeitmangel nicht.

Ich will auf die Grundgedanken unserer Resolution eingehen. Im wesentlichen ist das alles eine Wiederholung dessen, was schon in unserem Resolutionsentwurf auf dem Stockholmer Parteitag gesagt war. Im ersten Punkt wird die völlige Untauglichkeit der Duma als solcher hervorgehoben. Das ist ein notwendiger Gedanke, denn sehr breite Schichten der Bauernschaft und überhaupt des Kleinbürgertums setzen bis auf den heutigen Tag die naivsten Hoffnungen auf die Duma. Die Entlarvung dieser naiven, von den Liberalen im Interesse ihrer eigennützigen Klassenziele genährten Illusionen ist unsere direkte Pflicht.

Der zweite Teil des ersten Punktes spricht von der Untauglichkeit des parlamentarischen Weges überhaupt und von der Klarstellung der Unvermeidlichkeit des offenen Kampfes der Massen. Hier werden unsere positiven Ansichten darüber entwickelt, mit welchen Mitteln man einen Ausweg aus der gegenwärtigen Lage finden kann. Das hervorheben und unsere revolutionären Losungen klipp und klar wiederholen müssen wir unbedingt, denn Schaukeleien und Schwankungen in dieser Frage sind sogar unter den Sozialdemokraten keine Seltenheit. Mögen alle wissen, daß die Sozialdemokratie auf ihrem alten, revolutionären Wege bleibt.

Der zweite Punkt befaßt sich mit der Klärung des Verhältnisses zwischen der unmittelbar „gesetzgeberischen“ Arbeit in der Duma und der Agitation, Kritik, Propaganda und Organisation. Über die Verbindung der Dumaarbeit mit der Arbeit außerhalb der Duma denkt die Arbeiterpartei durchaus nicht so wie die liberale Bourgeoisie. Dieser grundlegende Unterschied der Anschauungen muß unterstrichen werden. Auf der einen Seite die bürgerlichen Politikaster, berauscht vom parlamentarischen Spiel hinter dem Rücken des Volkes. Auf der anderen Seite ein Kampftrupp des organisierten Proletariats, der ins feindliche Lager entsandt worden ist und einmütige Arbeit leistet *in Verbindung mit dem ganzen Kampf* des Proletariats. Für uns gibt es nur eine einzige, einheitliche und unteilbare Arbeiterbewegung, den Klassenkampf des Proletariats. Diesem Kampf müssen wir alle seine einzelnen Teilformen einschließlich der parlamentarischen restlos unterordnen. Der Kampf des Proletariats außerhalb der Duma ist für uns das Bestimmende. Es würde nicht genügen, zu sagen, wir rechneten mit den ökonomischen Interessen und Bedürfnissen der Massen usw. Derartige Phrasen (im Geist der alten menschewistischen Resolution) sind nebelhaft und können von jedem beliebigen

Liberalen unterschrieben werden. Jeder Liberale ist bereit, von ökonomischen Bedürfnissen des Volkes schlechthin zu sprechen. Aber kein Liberaler wird die Dumatätigkeit dem *Klassenkampf* unterordnen, und gerade diese Ansicht müssen wir Sozialdemokraten mit größter Prägnanz zum Ausdruck bringen. Nur durch dieses Prinzip unterscheiden wir uns eben praktisch von all und jeder bürgerlichen Demokratie.

Man erklärt zuweilen (besonders die Bundisten – die angeblichen Versöhnler), es müsse auch das Umgekehrte hervorgehoben werden: die Verbindung des sozialdemokratischen Kampfes außerhalb der Duma mit der Arbeit der sozialdemokratischen Dumafraktion. Ich behaupte, daß das nicht richtig ist und lediglich die schädlichsten parlamentarischen Illusionen kultivieren könnte. Der Teil muß sich nach dem Ganzen richten und nicht umgekehrt. Die Duma kann zeitweise einer der Schauplätze des Klassenkampfes in seiner Gesamtheit sein, aber nur dann, wenn diese Ganze nicht aus dem Auge gelassen wird, wenn die revolutionären Aufgaben des Klassenkampfes nicht vertuscht werden.

Der nächste Punkt unserer Resolution ist der liberalen Politik in der Duma gewidmet. Die Losung dieser Politik – „die Duma erhalten“ – tarnt lediglich die Vereinigung der Liberalen mit den Schwarzhundertern. Das muß man offen sagen und dem Volk klarmachen. Die liberale Losung zersetzt systematisch das politische und das Klassenbewußtsein der Massen. Schonungsloser Kampf gegen diesen liberalen Nebel ist unsere Pflicht. Dem Liberalismus die Maske herunterreißen, zeigen, daß sich hinter der Phrase von Demokratie die Tatsache verbirgt, daß man zusammen mit den Schwarzhundertern stimmt, heißt den bürgerlichen Vertretern der Freiheit die letzten Demokraten entreißen, die ihnen noch folgen.

Wovon müssen wir uns bei der Ausarbeitung unserer Dumapolitik leiten lassen? Unsere Resolution, die jeden Gedanken, Konflikte um der Konflikte willen hervorzurufen, ausschließt, gibt eine positive Definition dessen, was im sozialdemokratischen Sinne des Wortes „zeitgemäß“ ist: man muß mit der sich außerhalb der Duma kraft objektiver Bedingungen entwickelnden revolutionären Krise rechnen.

Der letzte Punkt ist dem berüchtigten „verantwortlichen Ministerium“ gewidmet. Diese Losung hat die liberale Bourgeoisie nicht zufällig, sondern zwangsläufig aufgestellt, um Augenblicke der Flaute in ihrem Inter-

esse dazu auszunutzen, dem revolutionären Bewußtsein der Massen Abbruch zu tun. Diese Losung haben die Menschewiki sowohl in der ersten als auch in der zweiten Duma unterstützt, und Plechanow hat in einer menschewistischen Zeitung während der zweiten Duma direkt geschrieben, die Sozialdemokraten müßten diese Forderung „zu der ihren machen“. Somit hat diese Losung eine ganz bestimmte Rolle in der Geschichte unserer Revolution gespielt. Die Arbeiterpartei muß ihre Stellung zu dieser Losung festlegen. Man darf sich nicht davon leiten lassen, daß die Liberalen sie jetzt nicht aufstellen: sie haben sie aus opportunistischen Beweggründen zeitweilig zurückgezogen, aber der Sache nach erstreben sie noch stärker einen Pakt mit dem Zarismus. Und die Losung eines „Dumakabinetts“ bringt diese immanenten Tendenzen des Liberalismus zu einem Pakt am allerdeutlichsten zum Ausdruck.

Wir bestreiten nicht und können nicht bestreiten, daß sich ein Dumakabinetts als eine Etappe der Revolution erweisen kann, und ebenso, daß die Umstände uns zwingen könnten, es auszunutzen. Nicht darum handelt es sich. Die Sozialdemokratie macht sich Reformen als Nebenprodukt des revolutionären Klassenkampfes des Proletariats zunutze, aber es ist nicht unsere Aufgabe, das Volk zu halbschlächtigen Reformen aufzurufen, die ohne revolutionären Kampf nicht zu verwirklichen sind. Die Sozialdemokratie muß die ganze Inkonsequenz solcher Losungen sogar vom rein demokratischen Standpunkt entlarven. Die Sozialdemokratie muß dem Proletariat die Bedingungen seines Sieges klarmachen und darf ihre Politik nicht von vornherein mit der Möglichkeit eines unvollständigen Sieges, mit der Möglichkeit einer Teilniederlage verbinden – gerade von dieser Art aber sind die Bedingungen der problematischen Verwirklichung eines „Dumakabinetts“.

Mögen die Liberalen die Demokratie in Scheidemünze umwechseln und um banaler und ohnmächtiger, jämmerlicher Träume von einem jämmerlichen Almosen willen das Ganze fortwerfen. Die Sozialdemokratie muß im Volke das Bewußtsein der ungeteilten demokratischen Aufgaben beleben und das Proletariat zu klar erkannten revolutionären Zielen führen. Wir müssen das Bewußtsein der Arbeitermassen erleuchten und ihre Kampfbereitschaft entwickeln, nicht aber das Bewußtsein trüben durch eine Abstumpfung der Gegensätze, eine Abschwächung der Kampfaufgaben. (B e i f a l l.)

13

BEMERKUNGEN IN DER DISKUSSION ZUR FRAGE  
DER STICHWahl BEI DEN ZK-WAHLEN  
19. MAI (1. JUNI)<sup>155</sup>

## I

Es muß eine Stichwahl vorgenommen werden. Liber hat unrecht. Seine ganze Argumentation ist lächerliche Sophistik. Und wer entscheidet denn über das Auslosen? Ebenfalls wir! Wir sind der Parteitag, der seine letzte Sitzung abhält. Kompromisse kann es nicht geben. Denn dies ist ein Parteitag und keine Versammlung von Fraktionen. Ihr sagt, man habe uns nur bevollmächtigt, technische und formale Fragen zu entscheiden, wir haben aber soeben die politische Resolution über die Anleihe angenommen.

## II

Man wollte Sie mit schrecklichen Worten über Machtergreifung einschüchtern. Aber wir sind doch bevollmächtigt, die für das ZK nominierten Kandidaten in dieser Sitzung zu wählen. (U n r u h e.) Beruhigen Sie sich, Genossen, Sie werden mich doch nicht überschreien! Man macht uns den Vorwurf, wir wollten die eine Stimme ausnutzen. Ich finde, daß man das machen kann und muß. Wir entscheiden hier über eine politische, eine prinzipielle Frage. Die Entscheidung dieser Frage dem Los – dem blinden Zufall – überlassen heißt Hasard spielen. Man darf doch nicht die Partei zu einem Jahr Hasardspiel verurteilen. Ich warne Sie: wenn bei Stimmgleichheit unsere Partei diese Frage durch das Los entscheidet, fällt Ihnen die Verantwortung zu. Deshalb muß diese Versammlung eine Stichwahl durchführen.

## DIE STELLUNG ZU DEN BÜRGERLICHEN PARTEIEN

Die Stellung der Sozialdemokratie zu den bürgerlichen Parteien gehört zu den sogenannten „allgemeinen“ oder „theoretischen“ Fragen, d. h. zu denen, die nicht unmittelbar mit irgendeiner bestimmten praktischen Aufgabe verbunden sind, vor der die Partei gegenwärtig steht. Gegen die Aufnahme solcher Fragen in die Tagesordnung des Londoner Parteitags der SDAPR führten die Menschewiki und die Bundisten, die hier leider von dem fraktionslosen Trotzki unterstützt wurden, einen erbitterten Kampf. Der opportunistische Flügel unserer Partei trat, wie das auch in anderen sozialdemokratischen Parteien der Fall war, für eine „sachliche“, „praktische“ Tagesordnung des Parteitags ein. Er scheute die „allgemeinen, breiteren“ Fragen. Er vergaß, daß in letzter Instanz eine umfassend prinzipielle Politik die einzige wirklich praktische Politik ist. Er vergaß, daß jeder, der an spezielle Fragen herangeht, ohne vorher die allgemeinen gelöst zu haben, unweigerlich auf Schritt und Tritt, ohne sich dessen bewußt zu sein, über diese allgemeinen Fragen „stolpern“ wird. Und wenn man in jedem einzelnen Falle blindlings über sie stolpert, so heißt das seine Politik zu den schlimmsten Schwankungen und zur Prinzipienlosigkeit verurteilen.

Die Bolschewiki, die darauf bestanden, eine ganze Reihe „allgemeiner Fragen“ in die Tagesordnung des Parteitags aufzunehmen, vermochten mit Hilfe der Polen und der Letten nur eine Frage durchzukämpfen: über die Stellung zu den bürgerlichen Parteien. Und diese Frage trat an die Spitze nicht nur aller prinzipiellen Fragen des Parteitags, sondern seiner gesamten Arbeit überhaupt. So kam es und so mußte es kommen, gerade weil die wirkliche Quelle fast aller – und unbedingt aller wesentlichen – Meinungsverschiedenheiten, aller Divergenzen in Fragen der

praktischen Politik des Proletariats in der russischen Revolution die verschiedene Beurteilung unserer Stellung zu den nichtproletarischen Parteien war. Unter den Sozialdemokraten zeichneten sich in der russischen Revolution von allem Anfang an zwei grundlegende Ansichten ab über ihren Charakter und über die Rolle, die das Proletariat in ihr zu spielen hat. Wer die taktischen Meinungsverschiedenheiten in der SDAPR zu analysieren sucht, ohne auf den Unterschied dieser grundlegenden Ansichten einzugehen, der wird sich hoffnungslos in Kleinigkeiten und Einzelheiten verlieren.

## I

Die beiden Strömungen in der russischen Sozialdemokratie hinsichtlich der Frage der Einschätzung unserer Revolution und der Aufgaben, die dem Proletariat in ihr zufallen, traten bereits ganz zu Anfang des Jahres 1905 deutlich in Erscheinung und fanden ihren vollständigen, genauen und durch bestimmte Organisationen in aller Form anerkannten Ausdruck im Frühjahr 1905 auf dem bolschewistischen III. Parteitag der SDAPR in London und auf der gleichzeitig abgehaltenen Konferenz der Menschewiki in Genf. Sowohl die Bolschewiki als auch die Menschewiki berieten und beschlossen damals Resolutionen, die zu ignorieren heute diejenigen allzu leicht geneigt sind, die die Geschichte ihrer Partei oder selbst ihrer Fraktion vergessen bzw. einer Klarstellung der wirklichen Quellen der prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten aus dem Wege gehen möchten. Nach Ansicht der Bolschewiki fällt dem Proletariat die aktive Aufgabe zu, die bürgerlich-demokratische Revolution zu Ende zu führen, ihr Führer zu sein. Möglich ist das nur unter der Bedingung, daß es dem Proletariat gelingt, die Massen der demokratischen Kleinbourgeoisie, vor allem der Bauernschaft, im Kampf gegen die Selbstherrschaft und die verräterische liberale Bourgeoisie hinter sich zu bringen. Daß diese Bourgeoisie unvermeidlich Verrat üben wird, haben die Bolschewiki schon damals, vor dem offenen Auftreten der führenden liberalen Partei, der Kadetten, geschlußfolgert, und zwar aus den Klasseninteressen der Bourgeoisie, die die proletarische Bewegung fürchtet.\*

\* Ein voller Sieg der Revolution, sagten die Bolschewiki, ist nur möglich in Gestalt der revolutionär-demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft.

Die Menschewiki neigten zu der Ansicht, daß in der bürgerlichen Revolution die Bourgeoisie die treibende Kraft sein und ihr Ausmaß bestimmen müsse. Das Proletariat könne in der bürgerlichen Revolution nicht Führer sein, es solle lediglich die Rolle der äußersten Opposition übernehmen, ohne die Eroberung der Macht anzustreben. Die Idee der revolutionären demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft lehnten die Menschewiki auf das entschiedenste ab.

Damals, im Mai 1905 (d. h. vor genau zwei Jahren), äußerten sich die Meinungsverschiedenheiten rein theoretisch, abstrakt, da unsere Partei vor keiner unmittelbar praktischen Aufgabe stand. Deshalb ist es besonders interessant zu verfolgen – Leuten zur Lehre, die abstrakte Fragen gern von der Tagesordnung der Parteitage streichen und sie durch „sachliche“, praktische Fragen ersetzen –, wie denn nun später in der Praxis diese Meinungsverschiedenheiten zutage traten.

Die Bolschewiki behaupteten, daß die menschewistischen Ansichten praktisch dazu führen, die Losungen des revolutionären Proletariats auf das Niveau der Losungen und der Taktik der liberal-monarchistischen Bourgeoisie herabzuwürdigen. Die Menschewiki suchten im Jahre 1905 mit Leidenschaft den Nachweis zu führen, daß nur sie eine wirklich proletarische Politik vertreten, während die Bolschewiki die Arbeiterbewegung in der bürgerlichen Demokratie aufgehen ließen. Daß die Menschewiki die aufrichtigsten Wünsche hinsichtlich einer selbständigen Politik des Proletariats hegten, ist aus folgender äußerst aufschlußreicher Tirade in einer ihrer damaligen, auf der menschewistischen Konferenz vom Mai 1905 beschlossenen Resolutionen ersichtlich. Dort heißt es: „Die Sozialdemokratie wird nach wie vor gegen die heuchlerischen Freunde des Volkes auftreten, gegen alle jene politischen Parteien, die zwar eine liberale und demokratische Fahne aufpflanzen, eine wirkliche Unterstützung des revolutionären Kampfes des Proletariats jedoch ablehnen.“ Trotz aller dieser guten Vorsätze aber führten die falschen taktischen Theorien der Menschewiki praktisch dazu, daß die proletarische Selbständigkeit dem Liberalismus der monarchistischen Bourgeoisie zum Opfer gebracht wurde.

Erinnern wir uns, in welchen praktischen Fragen der Politik die Bolschewiki und die Menschewiki in diesen zwei Jahren der Revolution geteilter Meinung waren. Bulyginsche Duma im Herbst 1905. Bolschewiki

für Boykott, Menschewiki für Beteiligung. Wittesche Duma – dasselbe. Politik in der I. Duma (Sommer 1906) – Menschewiki für die Losung: ein verantwortliches Ministerium, Bolschewiki dagegen: sie sind für ein Exekutivkomitee der Linken, d. h. der Sozialdemokraten und der Trudowiki. Auseinanderjagung der Duma (Juli 1906) – die Menschewiki stellen die Losung auf: „Für die Duma als Machtorgan, das eine konstituierende Versammlung einberuft“, die Bolschewiki lehnen diese liberale Verstümmelung einer revolutionären Losung ab. Wahlen zur II. Duma (Ende 1906 und Anfang 1907): Menschewiki für „technische Blocks“ mit den Kadetten (und Plechanow für einen politischen Block mit der Plattform der „machtvollkommenen Duma“). Bolschewiki gegen Blocks mit den Kadetten und für eine selbständige Kampagne bei Zulässigkeit eines Linksblocks. Man vergleiche diese wesentlichsten Tatsachen aus der Geschichte der sozialdemokratischen Taktik in diesen zwei Jahren mit den oben dargelegten wichtigsten prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten. Man wird dann sofort sehen, daß die allgemeine theoretische Analyse der Bolschewiki durch die zwei Jahre Revolution *bestätigt* wurde. Die Sozialdemokratie mußte gegen den verräterischen Liberalismus vorgehen, sie *mußte* mit den Trudowiki und Volkstümlern „vereint schlagen“: die Mehrzahl der Abstimmungen in der zweiten Duma erhärtet diese Tatsache endgültig. Die guten Vorsätze der Menschewiki, alle als heuchlerische Freunde des Volkes zu entlarven, die es ablehnen, das Proletariat in seinem revolutionären Kampfe zu unterstützen, erwiesen sich als Pflastersteine auf dem Weg zur Hölle *politischer* Blocks mit den Liberalen, einschließlich der Übernahme ihrer Losungen.

Die Bolschewiki sagten auf Grund ihrer theoretischen Analyse im Jahre 1905 voraus, daß der Angelpunkt für die Taktik der Sozialdemokraten in der bürgerlichen Revolution die Frage des Verrats des Liberalismus und die Frage der demokratischen Fähigkeiten der Bauernschaft ist. Gerade um diesen Punkt drehten sich auch alle *folgenden* praktischen Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Politik der Arbeiterpartei. Aus den falschen Grundlagen der menschewistischen Taktik hat sich tatsächlich die Politik der Abhängigkeit von den Liberalen historisch entwickelt.

Vor dem Stockholmer Vereinigungsparteitag des Jahres 1906 veröffentlichten die Bolschewiki und die Menschewiki zwei wesentlich verschiedene Resolutionen über die bürgerlichen Parteien. Die Bolschewiki legten

ihrer Resolution konsequent den Hauptgedanken vom Verrat des Liberalismus sowie von der revolutionär-demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft zugrunde, wobei sie diesen Gedanken lediglich durch neue Tatsachen und Ereignisse aus der Zeit nach dem Oktober illustrierten (Spaltung der Oktobristen und Kadetten; Bildung des Bauernbundes, der radikalen Intellektuellenvereinigungen usw.). Bei der Analyse des Klasseninhalts der Grundtypen der verschiedenen bürgerlichen Parteien trugen die Bolschewiki sozusagen konkrete Angaben in ihr altes, abstraktes Umrißschema ein. Die Menschewiki lehnten es ab, in der Resolution für den Stockholmer Parteitag den Klasseninhalt der verschiedenen Parteien zu analysieren, und zwar mit Berufung auf deren ungenügend „stabilen“ Charakter. Damit wichen sie im Grunde genommen einer auf die Sache eingehenden Antwort aus. Und dieses Ausweichen kam mit aller Deutlichkeit darin zum Ausdruck, daß die Menschewiki, die auf dem Stockholmer Parteitag siegten, ihre Resolution über die Stellung zu den bürgerlichen Parteien in Rußland selbst zurückzogen. Im Frühjahr 1905 schlagen die Menschewiki in ihrer Resolution vor, alle Liberalen und Demokraten, die es ablehnen, den revolutionären Kampf des Proletariats zu unterstützen, als heuchlerische Freunde des Volkes zu entlarven. Im Frühjahr 1906 sprechen nicht die Menschewiki, sondern die Bolschewiki in ihrer Resolution von der *Heuchelei* einer bestimmten liberalen Partei, nämlich der Kadetten, die Menschewiki dagegen ziehen es vor, die Frage offenzulassen. Im Frühjahr 1907, auf dem Londoner Parteitag, entlarvt sich der Menschewismus noch mehr: die alte Forderung, daß die Liberalen und Demokraten den revolutionären Kampf des Proletariats unterstützen sollen, ist völlig über Bord geworfen. Die menschewistische Resolution (siehe den Resolutionsentwurf in der „Narodnaja Duma“, 1907, Nr. 12 – ein *äußerst wichtiges Dokument*) predigt unumwunden und offen eine „*Kombinierung*“, d. h., einfacher gesagt, eine Abstimmung der Aktionen des Proletariats mit denen der bürgerlichen Demokratie überhaupt!!

Von Stufe zu Stufe. Gute Absichten eines Sozialisten und eine schlechte Theorie im Jahre 1905. Keinerlei Theorie und keinerlei Absichten im Jahre 1906. Keinerlei Theorie und eine offen opportunistische Politik im Jahre 1907. „Abstimmung“ der sozialdemokratischen und der bürgerlich-liberalen Politik – das ist das letzte Wort des Menschewismus.

Anders konnte es auch gar nicht sein nach den Blocks mit den Kadetten, der Stimmabgabe für Golowin, den privaten Besprechungen mit den Kadetten, den Versuchen, die Konfiskation des gutsherrlichen Bodens aus unseren obligatorischen Forderungen zu streichen, und nach den sonstigen Perlen der menschewistischen Politik.

Auf dem Londoner Parteitag machte die menschewistische Politik gegenüber dem Liberalismus vollständig Fiasko. Ihre erste, in der „Narodnaja Duma“ (Nr. 12) veröffentlichte Resolution wagten die Menschewiki überhaupt nicht einzubringen. Sie zogen sie zurück, ohne mit ihr auch nur in die Kommission gegangen zu sein, in der 15 Vertreter aller fünf Fraktionen des Parteitags saßen (4 Bolschewiki, 4 Menschewiki, 2 Polen, 2 Letten, 3 Bundisten). Wahrscheinlich stieß die Losung einer „Kombinierung“, einer Abstimmung der sozialistischen und der liberalen Politik nicht nur die Bundisten, sondern sogar viele Menschewiki ab. In der Kommission erschienen die Menschewiki schon etwas „gesäubert“: sie hatten eine neue Resolution geschrieben und die „Kombinierung“ völlig aus ihr entfernt. An die Stelle der „Kombinierung“ hatten sie die Ausnutzung der anderen Parteien durch das Proletariat für seine Zwecke, die Anerkennung der Errichtung der Republik als politische Aufgabe des Proletariats usw. gesetzt. Aber nichts half. Zu klar war es für alle, daß diese schmutzige Montur absichtlich bunt herausgeputzt worden war, um wieder die gleiche Politik der „Kombinierung“ zu bemänteln. Die praktische Schlußfolgerung aus der Resolution war immer noch dieselbe: „in einzelnen, bestimmten Fällen mit diesen Parteien (sowohl mit den Liberalen als auch mit den Volkstümlern) Abkommen zu schließen“. Von 15 Kommissionsmitgliedern erklärten sich nur vier, d. h. allein die Menschewiki, damit einverstanden, eine solche Resolution als Grundlage anzunehmen! Vollständiger hätte die Niederlage der menschewistischen Politik als solche gar nicht sein können. Der Parteitag entschied sich für die Resolution der Bolschewiki als Grundlage und nahm sie dann, nach unwesentlichen Korrekturen, mit 158–163 Stimmen gegen hundert und einige (106 in einem Falle) bei 10–20 Stimmenthaltungen im ganzen an. Bevor wir jedoch dazu übergehen, die Grundgedanken dieser Resolution und die Bedeutung der von den Menschewiki eingebrachten Abänderungsanträge zu untersuchen, wollen wir noch bei einer nicht uninteressanten Episode verweilen, die sich bei Beratung der Resolution in der Kommission zugetragen hat.

Der Kommission lagen nicht zwei, sondern drei Resolutionsentwürfe vor: ein bolschewistischer, ein menschewistischer und ein polnischer. Die Polen stimmten in den Hauptgedanken mit den Bolschewiki überein, lehnten jedoch unseren Resolutionstypus mit einer Analyse jeder einzelnen Parteiengruppe ab. Den Polen kam das zu literarisch vor; sie hielten unsere Resolution für zu schwerfällig. Ihr Entwurf war aufgebaut auf einer kurzen Formulierung der beiden allgemeinen Prinzipien proletarischer Politik gegenüber den bürgerlichen Parteien: 1. klassenmäßige Sonderstellung des Proletariats im Interesse seiner sozialistischen Aufgaben gegenüber *allen* übrigen Parteien, wie revolutionär, ja sogar republikanisch entschlossen diese auch sein mögen; 2. Vereinigung mit den Trudowikiparteien gegen die Selbstherrschaft und gegen den verräterischen Liberalismus.

Unzweifelhaft erfassen diese beiden wesentlichen Gedanken der polnischen Resolution ausgezeichnet den innersten Kern der Frage. Ebenso unzweifelhaft ist es, daß der Plan, dem Proletariat aller Nationalitäten Rußlands eine kurze, bestimmte Direktive ohne eine „soziologische“ Erörterung über die Typen der verschiedenen Parteien zu geben, etwas Verlockendes hat. Nichtsdestoweniger hat jedoch die Erfahrung gezeigt, daß dieser Parteitag auf dem Boden der polnischen Resolution nicht zu einer vollständigen, klaren und bestimmten Lösung der Frage hätte gelangen können. Um den Menschewismus eindeutig abzulehnen, mußte man die positiven Ansichten der Sozialdemokratie von den verschiedenen Parteien *in aller Ausführlichkeit* darlegen, da sonst Raum für Unklarheiten geblieben wäre.

Die Menschewiki und die Bundisten klammerten sich in der Kommission sofort an die polnische Resolution, und zwar eben um sich den Boden für diese Unklarheiten zunutze zu machen. Die Kommission nahm den polnischen Entwurf mit sieben Stimmen (4 Menschewiki, 2 Polen, 1 Bundist) gegen sieben (4 Bolschewiki, 2 Letten, 1 Bundist, das fünfzehnte Kommissionsmitglied enthielt sich der Stimme bzw. fehlte) zur Grundlage. Alsdann begann die Kommission, in den polnischen Entwurf „Korrekturen“ einzuarbeiten, die ihn bis zur Unkenntlichkeit entstellten. Es wurde sogar ein Abänderungsantrag angenommen, der „technische“ Abkommen mit den Liberalen für zulässig erklärte. Selbstverständlich zogen die Polen daraufhin ihren von den Menschewiki verunstalteten

Entwurf zurück. Es stellte sich heraus, daß außer den Polen auch die Bundisten und die Menschewiki nicht bereit waren, dem Parteitag einen *solchen* Entwurf vorzulegen. Die ganze Arbeit der Kommission war umsonst gewesen, und dem Parteitag blieb nichts anderes übrig, als durch Abstimmung unmittelbar zu beschließen, daß der bolschewistische Entwurf zur Grundlage genommen werden soll.

Fragt sich nun, welche prinzipielle Bedeutung es hatte, daß der Parteitag diesen Entwurf zur Grundlage nahm? Um welcher grundlegenden Punkte der proletarischen Taktik willen schloß sich der Parteitag um diesen Entwurf zusammen und lehnte den menschewistischen ab?

Liest man sich aufmerksam in beide Entwürfe hinein, so kann man zwei dieser grundlegenden Punkte leicht feststellen. Erstens übt die bolschewistische Resolution in der Tat sozialistische Kritik an den nichtproletarischen Parteien. Zweitens legt diese Resolution präzise die Taktik des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution fest, gibt dem Begriff des „Führers“ der Revolution einen völlig klaren, konkreten Inhalt und erklärt, mit wem man „vereint schlagen“ kann und muß, wen es zu schlagen gilt, und zwar unter welchen Bedingungen.

Der Hauptfehler der menschewistischen Resolution besteht eben darin, daß sie weder das eine noch das andere tut und durch dieses Vakuum dem Opportunismus, d. h. im Endergebnis der Ersetzung der sozialdemokratischen Politik durch eine liberale Politik Tür und Tor öffnet. In der Tat: Man betrachte die sozialistische Kritik der nichtproletarischen Parteien bei den Menschewiki. Diese Kritik läuft auf folgende These hinaus: „Die sozial-ökonomischen Bedingungen und die historische Situation, unter denen sich diese (d. h. unsere) Revolution vollzieht, hemmen die Entwicklung der bürgerlich-demokratischen Bewegung, indem sie an dem einen Pol Unentschlossenheit im Kampf und Illusionen von einer friedlichen konstitutionellen Beseitigung der alten Ordnung erzeugen, am anderen Pol dagegen Illusionen eines kleinbürgerlichen Revolutionismus und agrarischer Utopien.“

Erstens haben wir es hier mit einer Resolution über Parteien zu tun, in der keine Parteien genannt werden. Zweitens haben wir eine Resolution vor uns, in der der Klasseninhalt der verschiedenen „Pole“ der bürgerlichen Demokratie nicht analysiert wird. Drittens ist in dieser Resolution nicht einmal angedeutet, wie die Stellung der verschiedenen

Klassen zu „unserer Revolution“ sein muß. Summiert man alle diese Mängel, so muß man feststellen, daß in der Resolution die marxistische *Lehre vom Klassenkampf abhanden gekommen ist.*

Nicht die grundlegenden Interessen der verschiedenen Klassen der kapitalistischen Gesellschaft bringen die verschiedenartigen Typen bürgerlicher Parteien hervor, nicht die Klasseninteressen rufen friedliche Illusionen bzw. „versöhnende Tendenzen“ bei den einen und „Revolutionismus“ bei den anderen hervor. Nein. Irgendwelche unbekanntes sozial-ökonomischen Bedingungen und die historische Situation *hemmen die Entwicklung der bürgerlich-demokratischen Bewegung überhaupt.* Also ergeben sich die Versöhnungsbereitschaft des Kapitals und der Revolutionismus des Bauern nicht aus der Lage der Bourgeoisie und der Bauernschaft in der kapitalistischen, sich von der Leibeigenschaft befreienden Gesellschaft, sondern überhaupt aus irgendwelchen Bedingungen und aus der Situation „unserer Revolution“ insgesamt. Der nächste Punkt sagt sogar, daß „diese negativen Tendenzen, die die Entwicklung der Revolution hemmen“, mit besonderer Stärke „im gegenwärtigen Zeitpunkt vorübergehender Flaute zutage treten“.

Das ist keine marxistische, sondern eine liberale Theorie, die die Wurzeln der verschiedenen sozialen Tendenzen *außerhalb* der Interessen der verschiedenen Klassen sucht. Es ist keine sozialistische, sondern eine linkskadettische Resolution; man tadelt die Extreme der beiden Pole, man rügt den Opportunismus der Kadetten und den Revolutionismus der Volkstümler und preist damit *etwas Mittleres*, was zwischen beiden liegt. Unwillkürlich kommt uns da der Gedanke, ob wir nicht *Volkssozialisten* vor uns haben, die eine goldene Mitte zwischen den Kadetten und den Sozialrevolutionären suchen.

Wenn unsere Menschewiki nicht die Marxsche Theorie vom Klassenkampf aufgegeben hätten, so würden sie verstehen, daß die verschiedenartige Klassenlage der Bourgeoisie und der Bauernschaft im Kampf gegen die „alte Ordnung“ die Erklärung bildet für die verschiedenen Typen von Parteien: die liberalen auf der einen und die volkstümlerischen auf der anderen Seite. Daß alle diese verschiedenen und äußerst verschiedenartigen Parteien, Gruppen und politischen Organisationen, die im Laufe der russischen Revolution in so ungewöhnlicher Fülle entstanden, stets und ständig (mit Ausnahme der reaktionären Parteien und der Partei des

Proletariats) gerade zu diesen beiden Typen hin tendieren, das unterliegt keinem Zweifel und bedarf keines Beweises. Wenn wir uns mit einem Hinweis auf die „zwei Pole“ der einheitlichen bürgerlich-demokratischen Bewegung begnügen, so geben wir nichts als einen Gemeinplatz zum besten. Zwei „Extreme“, zwei Pole kann man immer und in allen Dingen feststellen. In jeder einigermaßen breiten gesellschaftlichen Bewegung gibt es stets solche „Pole“ und auch eine mehr oder weniger „goldene“ Mitte. Die bürgerliche Demokratie so charakterisieren heißt einen marxistischen Leitsatz zu einer nichtssagenden Phrase degradieren, anstatt diesen Leitsatz zu einer Analyse der Klassenwurzeln der verschiedenartigen Typen von Parteien in Rußland zu verwenden. Eine sozialistische Kritik der bürgerlichen Parteien gibt es bei den Menschewiki nicht, denn wer alle oppositionellen nichtproletarischen Parteien bürgerlich-demokratische nennt, übt noch lange nicht sozialistische Kritik. Wenn ihr nicht zeigt, die Interessen welcher Klassen und namentlich welche im gegebenen Augenblick überwiegenden Interessen das Wesen der verschiedenen Parteien und ihrer Politik bestimmen, dann habt ihr in Wirklichkeit den Marxismus nicht angewandt, dann habt ihr *praktisch* die Theorie des Klassenkampfes über Bord geworfen. Das Wort „bürgerlich-demokratisch“ ist dann bei euch nicht mehr als ein platonischer Ausdruck von Respekt vor dem Marxismus, denn ihr gebraucht zwar dies Wort, führt aber nicht gleichzeitig den und den Typus des Liberalismus oder Demokratismus auf die und die eigennützigen Interessen bestimmter Schichten der Bourgeoisie zurück. Es ist kein Wunder, daß unsere Liberalen, angefangen von der Partei demokratischer Reformen und den Kadetten bis zu den parteilosen Bessaglawzen aus dem „Towarischtsch“, wenn sie eine *solche* Anwendung des Marxismus durch die Menschewiki sehen, mit Begeisterung „Ideen“ aufgreifen, die die Extreme des Opportunismus und des Revolutionismus in der Demokratie als schädlich bezeichnen . . . denn das ist keine Idee, sondern ein banaler Gemeinplatz. In der Tat, es ist doch nicht das Wort „bürgerliche Demokratie“, das die Liberalen in Schrecken versetzt! Was sie erschreckt, ist, daß vor dem Volk enthüllt wird, auf welche materiellen Interessen welcher besitzenden Klassen ihre liberalen Programme und Phrasen zurückzuführen sind. Hierauf kommt es an und nicht auf das Wort „bürgerliche Demokratie“. Nicht derjenige wendet die Lehre vom Klassenkampf an, der sich ständig wie mit dem

Kreuzeszeichen mit dem Wort „bürgerliche Demokratie“ feilt, sondern derjenige, der praktisch zeigt, *worin* das bürgerliche Wesen der betreffenden Partei zum Ausdruck kommt.

Wenn der Begriff „bürgerliche Demokratie“ lediglich eine Aufforderung ist, die Extreme sowohl des Opportunismus als auch des Revolutionismus zu verurteilen, dann setzt dieser Begriff die marxistische Lehre zu einer gewöhnlichen liberalen Phrase herab. Der Liberale hat keine Angst vor einer solchen Anwendung dieses Begriffs, denn, wie gesagt, er fürchtet nicht das *Wort*, sondern die Sache. Er kann sich damit abfinden, einen für ihn unangenehmen und „nach Marxismus riechenden“ Terminus zu akzeptieren. Die Ansicht dagegen, daß er, der Kadett, die Interessen eines Bourgeois vertritt, der die Revolution durch diese oder jene Handlungen verkauft, wird weder ein Liberaler noch ein bernsteinianer oder „Intellektueller“ aus dem „Towarischtsch“ akzeptieren. Gerade weil die Menschewiki den Marxismus so anwenden, daß sie ihn zu einer nackten, nichtssagenden und zu nichts verpflichtenden Phrase erniedrigen, gerade deshalb sind die Bessaglawzen, die Prokopowitsch, die Kuskowa, die Kadetten usw. mit Freuden bereit, den Menschewismus zu unterstützen. Der menschewistische Marxismus ist ein Marxismus, der nach dem Metermaß des bürgerlichen Liberalismus zurechtgeschnitten wird.

Der erste Hauptfehler der menschewistischen Position in der uns vorliegenden Frage ist also der, daß der Menschewismus praktisch keine sozialistische Kritik an den nichtproletarischen Parteien übt. Praktisch verläßt er den Boden der Marx'schen Lehre vom Klassenkampf. Der Londoner Parteitag hat Schluß gemacht mit dieser Entstellung der sozialdemokratischen Politik und Theorie. Der zweite Hauptfehler – der Menschewismus erkennt praktisch eine selbständige Politik des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution nicht an, er weist ihm keine bestimmte Taktik. Vermeide die Extreme des Opportunismus und des Revolutionismus – das ist das eine Gebot des Menschewismus, das sich aus der Resolution der Menschewiki ergibt. Schließe von Fall zu Fall Abkommen mit den Liberalen und den Demokraten – das ist das andere Gebot. Kombiniere (koordiniere) deine Politik mit der liberalen und der demokratischen Politik – das ist das dritte, in der „Narodnaja Duma“ und in der damaligen Resolution der Menschewiki ausgesprochene Gebot. Man streiche hierin, sooft man will, die Erwähnung des dritten Gebotes; man

füge Wünsche und Forderungen hinzu: „Die proletarische Politik muß selbständig sein“, man füge die Forderung nach der Republik hinzu (wie das die Menschewiki auf dem Londoner Parteitag getan haben) – und man wird damit in keiner Weise den zweiten Hauptfehler des Menschewismus aus der Welt schaffen. Selbständig wird die proletarische Politik nicht dadurch, daß das Wort „selbständig“ an der entsprechenden Stelle eingesetzt wird, auch nicht dadurch, daß die Erwähnung der Republik eingefügt wird – Selbständigkeit resultiert allein *daraus, daß der wirklich selbständige Weg genau gezeigt wird.* Und das tut der Menschewismus nicht.

Praktisch spielt sich vor uns, entsprechend dem objektiven Verhältnis der Klassen und der gesellschaftlichen Kräfte, der Kampf zweier Tendenzen ab: der Liberalismus will mit der Revolution Schluß machen, das Proletariat will sie zu Ende führen. Wenn dabei das Proletariat diese Tendenz des Liberalismus nicht erkennt, wenn es sich seiner Aufgabe, ihn direkt zu bekämpfen, nicht bewußt wird, wenn es nicht darum kämpft, die demokratische Bauernschaft vom Einfluß des Liberalismus zu befreien, dann ist die Politik des Proletariats *praktisch nicht selbständig.* Und gerade diese praktisch unselbständige Politik erheben die Menschewiki ja zum Gesetz: eben diesen Sinn hat es, wenn Abkommen von Fall zu Fall zugelassen werden ohne Festlegung der *Linie* dieser Abkommen, ohne Festlegung der Hauptdemarkationslinie, die die beiden Taktiken in unserer Revolution voneinander trennt. „Abkommen von Fall zu Fall“ – diese Formulierung bemäntelt in Wirklichkeit sowohl den Block mit den Kadetten als auch die „machtvollkommene Duma“, wie auch das verantwortliche Ministerium, d. h. die ganze Politik der faktischen Abhängigkeit der Arbeiterpartei vom Liberalismus. In der gegebenen historischen Situation kann von einer selbständigen Politik der Arbeiterpartei gar nicht die Rede sein, wenn diese Partei es sich nicht ausdrücklich zur Aufgabe macht, für die Zuendeführung der Revolution nicht nur gegen die Selbstherrschaft, sondern auch gegen den Liberalismus zu kämpfen, mit dem Liberalismus um den Einfluß auf die demokratische Bauernschaft zu ringen. Die historischen Bedingungen der bürgerlichen Revolution in Europa zu Beginn des 20. Jahrhunderts sind dergestalt, daß jede andere Politik der Sozialdemokratie faktisch zur Unterordnung unter die liberale Politik führt.

Die Annahme der bolschewistischen Resolution über die nichtproletarischen Parteien durch den Londoner Parteitag bedeutet, daß die Arbeiterpartei alle Abweichungen vom Klassenkampf entschieden ablehnt, sie bedeutet die praktische Anerkennung der sozialistischen Kritik an den nichtproletarischen Parteien und der selbständigen revolutionären Aufgabe des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution.

Die Ablehnung der menschewistischen Abänderungsanträge zu der Resolution hat das noch mehr unterstrichen.

## II

Als der bolschewistische Resolutionsentwurf über die Stellung zu den bürgerlichen Parteien vom Parteitag zur Grundlage genommen worden war, setzte von menschewistischer und bundistischer Seite ein ganzer Hagel von Abänderungsanträgen ein. Die Gesamtzahl solcher Anträge wurde in einigen Protesterklärungen, die beim Büro des Parteitags einliefen, auf 70 und mehr beziffert. Ich werde hier nicht die Peripetien des Kampfes um die Einstellung dieser Obstruktion schildern, die die berühmten 22 Akimowschen Abänderungsanträge auf dem zweiten Parteitag weit in den Schatten stellte; ich werde auch nicht die Masse der völlig nichtssagenden und kleinlichen Anträge aufzählen. Ich führe nur fünf der Abänderungsanträge an, die tatsächlich von hochwichtiger prinzipieller Bedeutung waren. Diese Anträge sind in der Reihenfolge, in der sie auf dem Parteitag beraten wurden, folgende.

Der dritte Punkt in der Begründung unserer Resolution spricht direkt von der Aufgabe des Proletariats, „die Rolle des Führers in der bürgerlich-demokratischen Revolution auszuüben“. Die Menschewiki brachten Abänderungsanträge ein: das Wort „Führer“ sollte durch das Wort „Avantgarde“, „Vortrupp“ oder „Haupttriebkraft“ ersetzt werden. Diese Anträge wurden sämtlich abgelehnt. Immer wieder, sooft man wollte, die Aufrechterhaltung der vollen Klassenselbständigkeit des Proletariats zu betonen – dagegen hatten die Bolschewiki nichts einzuwenden. Aber den Hinweis auf die Führerrolle in der Revolution *abschwächen* hieß dem Opportunismus Tür und Tor öffnen. Das Proletariat kann „Haupttriebkraft“ auch einer gutsherrlich gestützten bürgerlichen Revolution

sein. Es kann Haupttriebkraft des Sieges einer anderen Klasse sein, ohne daß es versteht, die Interessen seiner eigenen Klasse zu verfechten. Die revolutionäre Sozialdemokratie hat nicht das Recht, sich hierauf zu beschränken, wenn sie sich nicht selbst untreu werden will. Sie muß dem Proletariat helfen, sich aus der passiven Rolle der Haupttriebkraft zu erheben zu der aktiven Rolle des Führers – aus der abhängigen Stellung eines Kämpfers für eine gestutzte Freiheit zu der weitestgehend selbständigen Stellung eines Kämpfers für die volle Freiheit, die für die Arbeiterklasse von Vorteil ist. Der Angelpunkt der Unterscheidung zwischen der opportunistischen und der revolutionären Taktik der Sozialdemokraten in der bürgerlichen Revolution liegt, kann man sagen, darin, daß die eine Taktik sich mit der Rolle des Proletariats als Haupttriebkraft begnügt, während die andere Taktik darauf gerichtet ist, es zum Führer der Revolution, also keineswegs nur zu einer „Triebkraft“ zu machen.

Der Ausdruck „Vortrupp“ würde ebenfalls die Anerkennung der Aufgabe des Proletariats, Führer der anderen demokratischen Klassen zu sein, abschwächen oder könnte zum mindesten als eine solche Abschwächung ausgelegt werden.

Der zweite Abänderungsantrag: im dritten Punkt des eigentlichen beschließenden Teils (Charakteristik der liberalen Parteien) den Hinweis zu streichen, daß das demokratische Kleinbürgertum von den Liberalen *betrogen* wird. Dies zu entfernen bzw. abzuändern sei vom Standpunkt des Marxismus notwendig, sagten die Menschewiki, denn es zieme Materialisten nicht, die soziale Zusammensetzung von Parteien mit „Betrügereien“ zu erklären. Die Sophistik dieses Arguments sprang zu deutlich in die Augen, als daß der Parteitag darauf hätte hereinfallen können. Im Namen des Marxismus die Rolle des Betrugs in der Politik der Bourgeoisie leugnen wäre dasselbe, als wenn man jegliche Gewalt im Namen des „ökonomischen Faktors“ leugnen wollte. So verstehen den Marxismus nur die David, Vollmar und die übrigen Säulen des Opportunismus. Wollte man insbesondere aber die Rolle des Betrugs in der gegenwärtigen Politik der Kadetten gegenüber den Bauern und dem Kleinbürgertum in Rußland leugnen oder abzuschwächen suchen, so hieße das, den Liberalismus zu beschönigen, indem man die Tatsachen zu seinen Gunsten entstellt. Denn es ist eine ganz unbestreitbare Tatsache, daß die Kadetten ihre Wähler aus den Reihen der Bauern und Kleinbürger direkt

betrügen. Verfehlt ist es, davon zu sprechen, daß eine Partei ihre Wähler betrüge, wenn die Interessen der Klasse gewisse theoretische Illusionen, d. h. trügerische Vorstellungen wecken (zum Beispiel wenn die Interessen der Bauernschaft die trügerische Erwartung hervorrufen, alles Heil liege in der Expropriation des gutsherrlichen Bodens). Offen und weithin vernehmlich sprechen muß man jedoch unbedingt vom Betrug bestimmter Schichten des Volkes durch ihre Parlamentsvertreter, wenn diese die unmittelbaren Interessen dieser Schichten deren Ausbeutern zum Opfer bringen (die Bauern an die Gutsherren verraten usw.). Die deutsche Bourgeoisie hat die Bauern verraten, schrieb Marx im Jahre 1848. Wenn wir uns im Rußland des Jahres 1907 nicht entschließen können, dasselbe über unsere Bourgeoisie und über unsere Kadetten zu sagen, und es nicht verstehen, das der Masse des Volkes zu beweisen, dann bedecken wir den großen Namen von Sozialdemokraten mit Schande.

Der dritte Abänderungsantrag: in Ergänzung eben jenes dritten Punktes die Zulässigkeit „technischer Abkommen“ mit den Kadetten anzuerkennen. Dieser Antrag wurde vom Parteitag in namentlicher Abstimmung abgelehnt. Wir hatten erklärt, seine Annahme würde uns zwingen, die ganze Resolution zurückzuziehen: das ist unser gutes Recht, wenn durch Abänderungen der Hauptgedanke der Resolution entstellt wird. Wir sprechen gar nicht speziell davon, daß jederlei Abkommen mit den Kadetten verboten ist, erklärten wir. Es geht hier nicht um das Verbot oder die Zulassung von Ausnahmefällen, sondern um die allgemeine politische Linie. Wer die vorliegende Resolution des Parteitags gewissenhaft anwenden will, der wird auf Wahlabkommen mit den Kadetten oder auf gemeinsame Losungen mit ihnen nicht eingehen, wenn auch die Möglichkeit irgendeines „Ausnahmefalls“ mit gemeinsamer Abstimmung in der Duma deshalb nicht ausgeschlossen ist. Diejenigen aber, die nicht gewillt sind, der Resolution des Parteitags gewissenhaft nachzukommen, durch eine oder die andere Formulierung „festnageln“ zu wollen wäre überhaupt zwecklos. Unsere gesamte Partei hat in der Praxis nur allzu gut erfahren, was „technische Abkommen“ mit den Liberalen für unsere Menschewiki bedeuten.

Der vierte Abänderungsantrag: zu Punkt 4 einen Hinweis auf die Notwendigkeit des Kampfes gegen den Agrarutopismus und den Revolutionismus der Volkstümler hinzuzufügen, wurde von den Menschewiki

mehrfach eingebracht, wobei sie jedesmal einzelne Worte im Text des Antrags bzw. die Stelle änderten, an der die Abänderung in die Resolution eingefügt werden sollte. Der Parteitag lehnte alle diese Anträge ab. Die Debatten zu diesen Anträgen hatten zweifellos prinzipielle Bedeutung. Die Menschewiki versuchten hier wiederum, unter der Flagge des Marxismus etwas dem Marxismus zutiefst Feindliches einzuschmuggeln. Zweifellos lehnt der Marxismus sowohl die Agrarutopien der Volkstümmler als auch die Methoden des kleinbürgerlichen Revolutionismus ab. Wenn dem so ist, argumentierten die Menschewiki, dann sagt das doch hier in eurer Resolution. – Entschuldigt, teure Genossen, antworteten wir ihnen, hier ist das alles bereits gesagt, und zwar so, wie es gesagt werden muß. Euer Zusatz hingegen läuft, unabhängig von eurem Willen und Bewußtsein, auf einen Ausfall gegen die *Konfiskation* des gutsherrlichen Bodens hinaus. Wir haben doch nicht vergessen, daß nicht nur alle Liberalen eben diese Konfiskation für „Utopismus“ und „Revolutionismus“ erklären, sondern auch viele parteilose Sozialdemokraten vom Schlage der Herrschaften Prokopowitsch und Kuskowa sowie einige (zum Glück wenige) parteiorganisierte Sozialdemokraten, die sowohl der sozialdemokratischen Dumafraktion als auch dem Zentralkomitee der Partei vorschlugen, nicht ultimativ auf der Konfiskation zu bestehen.

Eine Resolution muß so geschrieben sein, daß sie nicht mißverstanden werden kann. Sie muß mit allen in der realen Politik vorhandenen politischen Tendenzen rechnen und nicht mit den guten Absichten dieses oder jenes Teils der Sozialdemokratie (immer die besten Absichten vorausgesetzt). Den „Pseudosozialismus“ der Volkstümmler haben wir in unserer Resolution unumwunden und eindeutig festgestellt. Ihre „sozialistische“ Ideologie wird bei uns rundheraus einfach als „nebelhaft“ bezeichnet. Der Kampf gegen ihren Versuch, den Klassengegensatz zwischen Proletarier und Kleinbesitzer zu vertuschen, wird den Sozialdemokraten zur unbedingten Pflicht gemacht. Damit ist alles gesagt, damit ist bereits das wirklich utopische Element in der Volkstümmlerbewegung, damit ist auch der kleinbürgerliche, „über den Klassen stehende“ Revolutionismus verurteilt. Nicht genug damit. Unsere Resolution enthält nicht nur Verurteilung, nicht nur Negation, sondern weist auch auf den positiven Inhalt der betreffenden Parteien hin. „Kampf gegen den gutsherrlichen Grundbesitz und den Leibeigenschaftsstaat“, so ist dieser Inhalt bei uns defi-

niert. Und der ist kein Marxist, der das um des Kampfes gegen den „nebelhaften“ kleinbürgerlichen Sozialismus willen vergißt. Dieser reale Inhalt ist in der gegenwärtigen Revolution von unermeßlich größerer Bedeutung als die nebelhaften Zukunftsträume der Volkstümmler. Dieser reale Kampf ist jetzt die kardinale Wasserscheide zwischen der liberalen und der proletarischen Politik. Die liberale Politik hält die völlige Beseitigung des gutsherrlichen Grundbesitzes und des Leibeigenschaftsstaats für *Utopie und leeren Revolutionismus*; für die Bourgeoisie ist eine solche Zerschlagung *unvorteilhaft* und gefährlich. In der realen Politik unserer Tage kommt in den Angriffen auf den Utopismus und Revolutionismus der Volkstümmler eben dieses eigennützige Klasseninteresse der Bourgeoisie zum Ausdruck und nichts anderes. Im Gegensatz dazu scheidet die proletarische Politik den Utopismus, den Revolutionismus und überhaupt den *Nebel* der „ausgleichenden“ Träumereien eines nicht klassenbezogenen Sozialismus von der *Realität* des entschlossenen Kampfes gegen die Gutsbesitzer und Anhänger der Fronherrschaft. Was für die Liberalen eine schädliche Utopie ist, das ist für uns das gegenwärtig dringendste Interesse des Proletariats: die vollständige Zerschlagung des gutsherrlichen Grundbesitzes und des Leibeigenschaftsstaats. Auf diesem Boden müssen wir heute den erbittertsten, den unmittelbar praktischen Kampf gegen den Liberalismus, den Kampf um die Befreiung der demokratischen Bauernschaft von seinem Einfluß führen.

Die Abänderungsanträge der Menschewiki, die wir hier untersuchen, widerspiegelten einen der verbreitetsten Fehler des Menschewismus: die Gleichsetzung des reaktionären Charakters der Bourgeoisie in der gegenwärtigen Revolution (d. h. ihrer reaktionären Haltung im Kampf gegen die Gutsbesitzer und die Selbstherrschaft) mit dem reaktionären Charakter der Bauernschaft (wobei dieser nicht den Kampf gegen die Gutsbesitzer und die Selbstherrschaft betrifft, sondern den Kampf gegen das Kapital, d. h. die Aufgaben nicht der gegenwärtigen, der bürgerlichen, sondern der zukünftigen, der sozialistischen Revolution). Diesen grundlegenden Fehler der Menschewiki hat der Parteitag verworfen. Dieser Fehler ist jedoch von großer praktischer Bedeutung, denn mit ihm suchte man eine Politik zu bemänteln, die in gleicher Weise gemeinsame Aktionen des Proletariats mit den Liberalen wie mit der bäuerlichen Demokratie zuließ.

Der letzte Abänderungsantrag der Menschewiki, der von allgemeinem Interesse ist, bezog sich ebenfalls auf Punkt 4, und zwar auf dessen Schluß. Die Menschewiki schlugen vor, hier den Hinweis auf den Kampf gegen die Kadetten („... gegen die Schwarzhunderter und die Kadetten auf die Seite der Sozialdemokraten zu treten“) zu streichen. Um diesen für den gegenwärtigen Parteitag absolut unannehmbaren Abänderungsantrag, wenn auch nur *dem Schein nach*, irgendwie annehmbar zu machen, schlugen sie vor, die ihnen unangenehmen Worte durch einen Hinweis auf den Kampf um die Zuendeführung der demokratischen Revolution zu ersetzen. Das war ein eigenartiger Versuch, „die Pille zu verzuckern“, eine für die Bolschewiki unannehmbare *Politik* (nicht direkt gegen die Kadetten zu kämpfen) unter dem Deckmantel einer für die Bolschewiki besonders annehmbaren *Losung* durchzusetzen. Die Flagge magst du setzen, die Ladung ist unser – das war es, im Grunde genommen, was die Menschewiki als echt opportunistische Politikaster mit ihrem Vorschlag sagten.

Die einfältige Kriegslist der Menschewiki wurde natürlich sofort unter Gelächter auf den bolschewistischen Bänken entlarvt (in der Londoner Kirche saßen wir tatsächlich auf Bänken, so daß es sich hier nicht um einen Ausdruck in übertragener Bedeutung handelt). Von denselben Bänken ertönte ein geradezu homerisches, lange nicht enden wollendes Gelächter und donnernder ironischer Beifall, als nach dem Durchfall des menschewistischen Antrags ein Pole einen anderen Abänderungsantrag einbrachte: den Hinweis auf den Kampf gegen die Kadetten beizubehalten und gleichzeitig ein Bekenntnis zum Kampf um die Zuendeführung der Revolution hinzuzufügen. Diesen Antrag nahm der Parteitag natürlich an. Den ironischen Applaus hatten sich vor allem die Menschewiki verdient, die für ihn stimmten („Position verpflichtet“!), nachdem L. Martow in den „Otgoloski“ (Nr. 5) wegen dieser angeblich bürgerlich-republikanischen Idee der Zuendeführung der Revolution Blitz und Donner gegen uns geschleudert hatte.

Die mißglückte List der Menschewiki leistete uns einen vortrefflichen Dienst, denn dank diesem Abänderungsantrag bekannte sich der Parteitag zu einem äußerst wichtigen Gedanken, der in einer anderen, dem Parteitag nicht unterbreiteten Resolution von uns niedergelegt worden war: einer Resolution über die Klassenaufgaben des Proletariats.

## III

Es sei nicht nötig, die augenblickliche Stellung zu den Kadetten zu fixieren, äußerte auf dem Parteitag ein führender Menschewik (ich glaube, Martynow), weil er wollte, daß der Menschewismus, sozusagen, statt die Flucht zu ergreifen, einen geordneten Rückzug anträte. Augenblicklich sind die Kadetten zu nichts nütze, einverstanden. Aber fixiert das nur nicht, denn sie können noch einmal von Nutzen sein.

Diese Worte waren die nicht sehr glückliche Formulierung eines sehr wesentlichen Gedankens des Menschewismus, auf den einzugehen sich zum Abschluß der Untersuchung über die Stellung zu den bürgerlichen Parteien lohnt. Mißglückt ist diese Formulierung deswegen, weil die Möglichkeit, alles auszunutzen, was „von Nutzen sein“ kann, durch die Resolution, die die Klassenwurzeln der gegebenen, gegenwärtigen, konterrevolutionären Politik klarlegt, keineswegs ausgeschlossen wird. Wesentlich ist hier der Gedanke, daß es, wenn auch die Kadetten gegenwärtig das Vertrauen der Menschewiki nicht gerechtfertigt haben, doch eine Zeit gab, in der sie es taten.

Dieser Gedanke ist irrig. Die Kadetten haben niemals das Vertrauen, das die Menschewiki ihnen entgegenbrachten, gerechtfertigt. Um sich davon zu überzeugen, braucht man nur den höchsten Aufschwung unserer Revolution, Oktober–Dezember 1905, zu nehmen und ihm die gegenwärtige Periode, die wohl die Periode des stärksten Niedergangs ist, gegenüberzustellen. Weder während des höchsten Aufschwungs noch während des tiefsten Niedergangs hat das Verhalten der Kadetten das Vertrauen der Menschewiki zu ihnen gerechtfertigt, es bestätigte deren Taktik nicht, sondern machte sie zunichte. In der Periode des Aufschwungs führten die Menschewiki selbst einen aktiven Kampf gegen die Liberalen (man denke an das „Natschalo“), gegenwärtig aber spricht die Gesamtheit aller Abstimmungen in der II. Duma mit vollster Eindeutigkeit für eine „Linksblock“politik und gegen eine Politik der Unterstützung der Kadetten.

Die Zeit zwischen dem höchsten Aufschwung und dem tiefsten Niedergang unserer Revolution wird der künftige Historiker der Sozialdemokratie in Rußland eine Periode der Schwankungen nennen müssen. Die Sozialdemokratie, soweit die Menschewiki sie vertraten, schwankte

zu dieser Zeit nach der Seite des Liberalismus hin. Das Jahr der Auseinandersetzungen (Ende 1904 bis Ende 1905) erbrachte die historische Vorbereitung der strittigen Fragen und ihre allgemeine Einschätzung. Die anderthalb Jahre Revolution (Ende 1905 bis Mitte 1907) waren die praktische Prüfung dieser strittigen Fragen auf dem Gebiete der praktischen Politik. Diese Prüfung zeigte an Hand der Erfahrung das vollständige Fiasko der Politik, die in der Unterstützung des Liberalismus bestand, diese Prüfung führte zur Anerkennung der einzigen revolutionären Politik des Proletariats in der bürgerlichen Revolution: für die Zuendeführung der Revolution zu kämpfen und die demokratische Bauernschaft gegen den verräterischen Liberalismus an sich heranzuziehen.

Es wäre gewagt zu behaupten, daß der Londoner Parteitag diese Periode der Schwankungen der Sozialdemokraten in Richtung auf den Liberalismus zum Abschluß gebracht hätte. Auf jeden Fall aber wurde ein ernster Anlauf zur Überwindung der Schwankungen genommen.

PS. Die bürgerliche Presse macht sich das erzwungene Schweigen der Sozialdemokraten und die „Halblegalität“ des Londoner Parteitags ausgiebig zunutze, um die Bolschewiki zu verleumden wie Tote, die sich nicht wehren können. Natürlich können wir ohne eine Tageszeitung gar nicht daran denken, mit dem parteilosen „Towarischtsch“ Schritt zu halten, in dem der frühere Sozialdemokrat A. Bram sowie Herr Juri Perejaslawski und tutti quanti\* einen wahren Cancan tanzen, da es ja zum Glück keine Protokolle gibt und man ungestraft lügen kann. In den Artikeln dieser A. Bram, Perejaslawski und Konsorten findet sich nichts außer der üblichen Gehässigkeit parteiloser bürgerlicher Intellektueller, so daß man auf diese Artikel nur hinzuweisen braucht, um sie der verdienten Verachtung preiszugeben. Etwas anderes ist das Gespräch mit Herrn Struve, das von der „Birshowka“ wiedergegeben und bisher, wie es scheint, nicht widerlegt worden ist. Es verdient außer Verachtung auch wissenschaftliche Aufmerksamkeit für dieses . . . Exemplar. Sein Hang zu den Okto- bristen, sein Haß gegen die Linken sind ein geradezu klassischer Ausdruck der dem Liberalismus innewohnenden Tendenzen. Herr Struve bestätigt die alten Gerüchte, daß er einen Okto- bristen ins Büro (der

\* alle ihresgleichen. Die Red.

Duma) gebracht, und ebenso, daß er überhaupt Unterredungen und Beratungen mit den Oktobristen geführt hat. Er ist für eine Vereinigung mit den Oktobristen! Wir danken Ihnen, Herr Struve, Sie haben glänzend bestätigt, was der „Proletari“ (Nr. 5: „Versuch einer Klassifizierung der russischen politischen Parteien“) bereits im vergangenen Herbst über die Oktobristen und die Kadetten schrieb!\* Herr Struve fühlt die Ohnmacht der bürgerlichen *Intelligenz* und möchte den Schwerpunkt des Liberalismus mehr in die Nähe der *besitzenden Klassen* verlegen. Eine Verständigung mit der Krone gelingt den Liberalen vom Typus der Kadetten nicht – nieder mit den Kadetten, wenn es dann zu einer Verständigung wenigstens mit „Liberalen“ vom Typus der Oktobristen kommt. Das ist konsequent. Und für uns ist es vorteilhaft, denn es bringt Klarheit und Bestimmtheit in die Situation. Eine neue, eine gutherrliche Duma. Ein neues Wahlgesetz, das mit aller wünschenswerten Deutlichkeit die zuverlässigen Gutsbesitzer und Magnaten der Bourgeoisie von den unzuverlässigen Bauern, städtischen Kleinbürgern und Arbeitern ausgezeichnet trennt. Eine neue Strömung im Liberalismus: Krieg des Herrn Struve gegen die „Abenteurerpolitik der Linken“, gegen ihre „*Exploitation dunkler sozialer Instinkte*“ („soziale Instinkte“ – ein bornierter Ausdruck, um so plastischer jedoch in seiner Borniertheit. Das Geschreibsel des Herrn Struve wird offenbar um so bornierter und um so deutlicher, je mehr dieser Herr sich dem schon nicht mehr weit von ihm entfernten Bund des russischen Volkes nähert) *der rückständigen bäuerlichen Masse*“.

Nein, das ist kein Zufall. Der bürgerliche Liberalismus ist als Intellektuellenpartei ohnmächtig. Er ist ohnmächtig außer im Kampf gegen die revolutionäre („dunkle soziale Instinkte“) Bauernschaft. Er ist ohnmächtig außer im engen Bündnis mit dem Geldsack, mit der Masse der Gutsbesitzer, mit den Fabrikanten . . . *mit den Oktobristen*. Was wahr ist, ist wahr. Wir sagen den Kadetten schon lange: „Was du tun willst, das tue bald.“ Wer für eine Verständigung mit der Krone ist – soll zu den Oktobristen gehen, zu Stolypin, zum Bund des russischen Volkes.

Wer für das Volk ist, der gehe mit der Sozialdemokratie, die als einzige einen schonungslosen Kampf gegen den Einfluß des Liberalismus auf die Trudowiki geführt hat und weiterhin führt.

\* Siehe Werke, Bd. 11, S. 215–221. *Die Red.*

Manche glaubten, daß gerade die menschewistische Politik fähig wäre, die Kadetten zu spalten. Eine naive Illusion! Was die Kadetten gespalten hat und spalten wird, ist *nur* die Linksblockpolitik der revolutionären Sozialdemokratie. *Nur* eine solche Politik wird die unvermeidliche Scheidung beschleunigen: die bürgerlichen Liberalen gehen zu den Oktobristen, die bürgerlichen Demokraten zu den Trudowiki. Die Sozialdemokratie wird auch künftig, ebenso wie bisher, diese letzteren zwingen, die Wahl zu treffen zwischen dem konsequenten proletarischen Demokratismus und dem Liberalismus.

Kühn voran, Politiker à la Struve!

*Veröffentlicht 1907 in dem Sammelband  
„Die Ergebnisse des Londoner Parteitags  
der SDAPR“, St. Petersburg.  
Unterschrift: N. L e n i n.*

*Nach dem Text des  
Sammelbandes.*



## ANMERKUNGEN



<sup>1</sup> Der Artikel „Die Wahlkampagne der Sozialdemokratie in Petersburg“ wurde in Nr. 2 der Zeitung „Prostyje Retschi“ veröffentlicht.

„Prostyje Retschi“ (Das einfache Wort) – legale bolschewistische Wochenzeitung, die im Januar 1907 in Petersburg herausgegeben wurde. Es erschienen drei Nummern, jede Nummer enthielt Artikel Lenins. Alle Nummern wurden vom Kammergericht beschlagnahmt, die Herausgabe der Zeitung wurde vom Petersburger Stadthauptmann verboten. 1

<sup>2</sup> „Towarischtschb“ (Der Gefährte) – bürgerliche Tageszeitung, erschien von März 1906 bis Januar 1908 in Petersburg; formell kein Parteiorgan, war sie jedoch faktisch Sprachrohr der linken Kadetten. Auch Menschewiki arbeiteten an der Zeitung mit. 2

<sup>3</sup> „Proletari“ (Der Proletarier) – illegale Zeitung, die nach dem IV. (Vereinigungs-) Parteitag von den Bolschewiki gegründet wurde; sie erschien vom 21. August (3. September) 1906 bis zum 28. November (11. Dezember) 1909 unter der Redaktion Lenins als Organ des Moskauer und des Petersburger Komitees der SDAPR, eine Zeitlang auch des Moskauer Bezirkskomitees und der Komitees von Perm, Kursk und Kasan. Faktisch war die Zeitung das Zentralorgan der Bolschewiki. Es kamen 50 Nummern heraus: die ersten 20 in Finnland, die übrigen im Ausland – in Genf und Paris.

In der Zeitung wurden mehr als 100 Artikel und Notizen Lenins veröffentlicht. In den Jahren der Stolypinschen Reaktion spielte der „Proletari“ eine hervorragende Rolle für die Erhaltung und Festigung der bolschewistischen Organisationen. Während der Wahlkampagne zur II. Duma verbreitete das Petersburger Komitee der SDAPR unter den Arbeitern von einzelnen Nummern der Zeitung bis zu 4000 Exemplare.

Auf dem Plenum des Zentralkomitees der SDAPR im Januar 1910 gelang es den Versöhnlern, einen Beschluß durchzusetzen, dem zufolge der „Proletari“ nicht weiter erschien. 2

<sup>4</sup> *Trudowikigruppe, Trudowiki* (abgeleitet von russ. „trud“ = Arbeit) – eine Gruppe kleinbürgerlicher Demokraten, die im April 1906 entstand und sich aus Bauernabgeordneten der I. Reichsduma zusammensetzte. Die Gruppe vereinigte zu Beginn der Dumatätigkeit 107 Abgeordnete.

Die Trudowiki forderten die Abschaffung aller ständischen und nationalen Beschränkungen, die Demokratisierung der ländlichen und städtischen Selbstverwaltung und die Verwirklichung des allgemeinen Wahlrechts bei den Wahlen zur Reichsduma.

Das Agrarprogramm der Trudowikigruppe war der „Entwurf der Grundthesen“ des Bodengesetzes, der am 23. Mai (5. Juni) 1906 von 104 Deputierten in der Duma eingebracht wurde. Der Entwurf basierte auf den volkstümlicheren Prinzipien der ausgleichenden Bodennutzung: Bildung eines allgemeinen Volksfonds aus Staats-, Apanage-, Kabinetts- und Klosterländereien und auch aus Privatländereien, wenn die Größe des Besitzes die festgelegte Arbeitsnorm übersteigt; das Recht der Bodennutzung wird nur denjenigen gewährt, die den Boden selbst bearbeiten. Für enteignete Privatländereien sollte eine Entschädigung gezahlt werden. Die Durchführung der Bodenreform sollte örtlichen Bauernkomitees übertragen werden. Über das Agrarprogramm der Trudowiki siehe den vorliegenden Band, S. 192 bis 194.

In der II. Duma hatten die Trudowiki 104, in der III. Duma 14 und in der IV. Duma 10 Deputierte. 2

<sup>5</sup> Nik. J-ski – N. I. Jordanski. 2

<sup>6</sup> Gemeint ist die *zweite Konferenz der SDAPR* („*Erste Gesantrussische Konferenz*“), die vom 3. bis 7. (16.–20.) November 1906 in Tammerfors stattfand. An der Konferenz nahmen Vertreter der sozialdemokratischen Parteien mehrerer Nationalitäten teil: Polens und Litauens, des Lettischen Gebiets und des „Bund“. Das menschowistische ZK, das dafür gesorgt hatte, daß eine Reihe fiktiver Organisationen auf der Konferenz vertreten war, sicherte den Menschewiki die Mehrheit – zusammen mit den Bundisten hatten sie 18 von 32 Delegierten.

Tagesordnung der Konferenz: 1. Wahlkampagne; 2. Parteitag; 3. Arbeiterkongreß; 4. Kampf gegen die Schwarzhunderter und die Pogrome; 5. Partisanenaktionen. Zur Frage der Wahlkampagne sprachen vier Referenten. Für die Bolschewiki ergriff Lenin das Wort. Die Menschewiki nutzten ihre Mehrheit aus, eine Resolution durchzusetzen, die Blocks mit den

Kadetten während der Dumawahlen für zulässig erklärte. Als Gegengewicht hierzu schrieb Lenin die besondere Meinung von 14 Delegierten nieder (6 Bolschewiki – Delegierte von Petersburg, Moskau, vom Zentralen Industriegebiet und vom Wolgagebiet, 5 polnische und 3 lettische Sozialdemokraten) und unterbreitete sie der Konferenz. (Siehe Werke, Bd. 11, S. 292–294). 2

<sup>7</sup> Die Stadt- und Gouvernementskonferenz der Petersburger Organisation der SDAPR trat am 6. (19.) Januar 1907 zusammen, um die Frage von Wahlabkommen bei den Wahlen zur II. Reichsduma zu entscheiden. An der Konferenz nahmen 70 Delegierte (39 Bolschewiki und 31 Menschewiki) teil. Nachdem die Menschewiki sich überzeugt hatten, daß die Konferenz die Taktik von Blocks mit den Kadetten ablehnen würde, verließen sie die Konferenz. Lenin hielt vor den bolschewistischen Delegierten ein Referat über Wahlabkommen, worauf diese es für prinzipiell unzulässig und politisch schädlich erklärten, Abkommen mit den Kadetten zu schließen. 3

<sup>8</sup> „*Retsch*“ (Die Rede) – Tageszeitung, Zentralorgan der Kadettenpartei; erschien in Petersburg ab Februar 1906. Am 26. Oktober (8. November) 1917 wurde sie vom Revolutionären Militärkomitee beim Petrograder Sowjet verboten. 5

<sup>9</sup> „*Rodnaja Semlja*“ (Heimaterde) – eine den Trudowiki nahestehende Wochenzeitung, die von Januar bis April 1907 in Petersburg erschien.

*Jan* (Pseudonym von W. G. Bogoras) – Publizist, einer der Organisatoren der halbkadettischen „Volkssozialistischen Partei“. 6

<sup>10</sup> Lenins Broschüre „*Die Wahlen in Petersburg und die Heuchelei der 31 Menschewiki*“ wurde vom Petersburger Komitee der SDAPR in 3000 Exemplaren verbreitet. 19

<sup>11</sup> *Lidwaliade* – die Skandalaffäre um Lidwal, der 1906 Lebensmittellieferant für die von der Hungersnot betroffenen Gouvernements war, und den stellvertretenden Innenminister W. I. Gurko. Die Aufdeckung der von ihnen begangenen Unterschlagungen und der Schiebungen hatte die Zarenregierung gezwungen, den Fall vor Gericht zu bringen. Die Schuldigen gingen jedoch straffrei aus.

Die *Ermordung Herzensteins* – eines Kadetten, Mitglieds der I. Reichsduma, erfolgte am 18. (31.) Juli 1906 durch Schwarzhunderter in Finnland. 25

<sup>12</sup> „*Sewodnja*“ (Heute) – bürgerlich-liberale Abendzeitung, die von 1906 bis 1908 in Petersburg erschien.

„Rus“ (Rußland) – bürgerlich-liberale Tageszeitung; erschien in Petersburg von 1903 bis 1908 mit Unterbrechungen und unter verschiedenen Namen, u. a. „Molwa“ (Die Kunde), „XX Wek“ (20. Jahrhundert).

„Strana“ (Das Land) – bürgerlich-liberale Tageszeitung, die 1906 und 1907 in Petersburg erschien. 36

<sup>13</sup> Gemeint sind die Instruktionen und Kommentare zu dem Gesetz vom 11. (24.) Dezember 1905 über die Wahlen zur Reichsduma, die vom Dirigierenden Senat erlassen wurden. Mit der Veröffentlichung der „Erläuterungen“ zu den Artikeln des Wahlgesetzes entzog der Senat verschiedenen Kategorien von Arbeitern, Bauern und nichtrussischen Nationalitäten das Wahlrecht. 37

<sup>14</sup> *Oktobristen* („Verband vom 17. Oktober“) – im November 1905 gegründete konterrevolutionäre Partei der großen Handels- und Industriebourgeoisie und der kapitalistisch wirtschaftenden Großgrundbesitzer. Die Oktobristen, die in Worten das Manifest vom 17. Oktober anerkannten, strebten in Wirklichkeit nicht nach Beschränkung der Selbstherrschaft und unterstützten voll und ganz die Innen- und Außenpolitik der zaristischen Regierung. Führer der Oktobristen waren der Großindustrielle A. I. Gutschkow und der Latifundienbesitzer M. W. Rodsjanko. 38

<sup>15</sup> „*Golos Prikastschika*“ (Die Stimme des Handelsangestellten) – Wochenzeitung, die von April bis Oktober 1906 in Petersburg erschien. 40

<sup>16</sup> „*Nowoje Wremja*“ (Neue Zeit) – Tageszeitung, die von 1868 bis Oktober 1917 in Petersburg erschien. Zu Beginn gemäßigt liberal, wurde sie Ende der siebziger Jahre zum Organ reaktionärer Kreise des Adels und der beamteten Bürokratie. Die Zeitung bekämpfte nicht nur die revolutionäre, sondern auch die bürgerlich-liberale Bewegung. Ab 1905 war sie ein Organ der Schwarzhunderter. Lenin bezeichnete das „*Nowoje Wremja*“ als Musterbeispiel einer korrupten Zeitung. 47

<sup>17</sup> „*Narodowzen*“ (Nationaldemokraten) – konterrevolutionäre nationalistische Partei der polnischen Bourgeoisie, gegründet im Jahre 1897. Während der Revolution von 1905–1907 wurden die „*Narodowzen*“ zur Hauptpartei der polnischen Konterrevolution, zur Partei der „polnischen Schwarzhunderter“ (Lenin). 50

<sup>18</sup> X. – W. G. Tschirkin; gehörte 1907 zu den Menschewiki. 55

<sup>19</sup> „*Russkije Wedomosti*“ (Russische Nachrichten) – Tageszeitung, die in Moskau ab 1863 von liberalen Professoren der Moskauer Universität und Semstwoleuten herausgegeben wurde. Sie vertrat die Interessen der liberalen Gutsbesitzer und der Bourgeoisie. 1905 wurde sie zum Organ des

- rechten Flügels der Kadetten; nach der Oktoberrevolution 1917 wurde sie ebenso wie die anderen konterrevolutionären Zeitungen verboten. 65
- <sup>20</sup> „*Birsbewyje Wedomosti*“ (Börsennachrichten) – bürgerliche Tageszeitung, die ab 1880 in Petersburg erschien. Der Kurzname „Birshowka“ wurde zum Gattungsnamen und kennzeichnete die Prinzipienlosigkeit und Feilheit der bürgerlichen Presse. Die Zeitung wurde Ende Oktober 1917 verboten. 66
- <sup>21</sup> „*Nascha Sbisn*“ (Unser Leben) – Tageszeitung, die dem linken Flügel der Kadettenpartei nahestand; sie erschien mit Unterbrechungen von 1904 bis 1906 in Petersburg. 71
- <sup>22</sup> Ein Plus in der Tabelle bezeichnet die Wahlmänner, die bei einer Zersplitterung der Wählerstimmen zwischen den Kadetten und dem Linksblock den Schwarzhundertern hätten zufallen können. 73
- <sup>23</sup> „*Telegraf*“ – Tageszeitung bürgerlich-liberaler Richtung, die im Januar und Februar 1907 in Petersburg erschien. 74
- <sup>24</sup> „*Trud*“ (Die Arbeit) – in Petersburg herausgegebene bolschewistische Wochenzeitung. Die Nummern der Zeitung sind bis jetzt nicht wieder aufgefunden worden. 75
- <sup>25</sup> „*Nasch Mir*“ (Unsere Welt) – menschwistische Wochenschrift, die im Januar und Februar 1907 in Petersburg erschien. 77
- <sup>26</sup> Gemeint ist der in Nr. 13 des „*Proletari*“ veröffentlichte Bericht des Moskauer Bezirks der Stadt Petersburg über die Wahlen zur II. Duma. In dem Bericht werden die Wahlen im Betrieb Retschkin geschildert, wo die Arbeiter nur deshalb einen Sozialrevolutionär wählten, weil sie nicht einen Menschewik – einen Anhänger von Abkommen mit den Kadetten – wählen wollten. 78
- <sup>27</sup> Die Überschrift des Dokuments stammt vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU in Moskau. 84
- <sup>28</sup> Siehe „Briefe und Auszüge aus Briefen von Joh. Phil. Becker, Jos. Dietzgen, Friedrich Engels, Karl Marx u. A. an F. A. Sorge und Andere“, Stuttgart 1921, S. 194. 91
- <sup>29</sup> Siehe Karl Marx, „Briefe an Kugelmann“, Berlin 1952, S. 66–69. 96
- <sup>30</sup> Siehe Karl Marx, „Briefe an Kugelmann“, Berlin 1952, S. 31/32. 96
- <sup>31</sup> Siehe Karl Marx, „Briefe an Kugelmann“, Berlin 1952, S. 57. 97
- <sup>32</sup> Siehe Karl Marx, „Briefe an Kugelmann“, Berlin 1952, S. 74. 97
- <sup>33</sup> Siehe Karl Marx, „Briefe an Kugelmann“, Berlin 1952, S. 28. 98

- <sup>34</sup> Siehe Karl Marx, „Briefe an Kugelmann“, Berlin 1952, S. 82, 83. 98
- <sup>35</sup> Lenin meint die „Zweite Adresse des Generalrats der Internationalen Arbeiterassoziation über den Deutsch-Französischen Krieg“, die Marx am 9. September 1870 in London verfaßte. (Siehe Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Bd. I, Berlin 1959, S. 463. bis 470.) 100
- <sup>36</sup> Siehe Karl Marx, „Briefe an Kugelmann“, Berlin 1952, S. 124/125. 102
- <sup>37</sup> Siehe Karl Marx, „Briefe an Kugelmann“, Berlin 1952, S. 126. 103
- <sup>38</sup> *Nationalistische Autonomisten* nennt Lenin die Deputierten Polens in der II. Reichsduma. 105
- <sup>39</sup> *Kruschewan, P. A.* – einer der Anführer der Schwarzhundertervereinigung „Bund des russischen Volkes“. 108
- <sup>40</sup> Siehe den 1891 geschriebenen Artikel von Engels „Der Sozialismus in Deutschland“ (Marx/Engels/Lenin/Stalin, „Zur deutschen Geschichte“, Bd. II, 2. Halbband, Berlin 1954, S. 1141). Den gleichen Gedanken wiederholte Engels 1895 in der „Einleitung“ zur Broschüre von Karl Marx „Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850“. (Siehe Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Bd. I, Berlin 1959, S. 120/121.) 109
- <sup>41</sup> „*Jernii Truda*“ (Dornen der Arbeit) – legale bolschewistische Wochenschrift, die von Dezember 1906 bis Januar 1907 in Petersburg herausgegeben wurde. Es erschienen 3 Nummern. Alle Nummern wurden von der Polizei beschlagnahmt, die Herausgabe der Wochenschrift wurde vom Petersburger Kammergericht verboten. 113
- <sup>42</sup> „*Srenije*“ (Die Sicht) – legale bolschewistische Wochenzeitung, die 1907 während der Wahlkampagne zur zweiten Duma unter engster Mitarbeit Lenins in Petersburg herausgegeben wurde. Es erschienen zwei Nummern (Nr. 1 vom 25. Januar [7. Februar] und Nr. 2 vom 4. [17.] Februar). Beide Nummern wurden beschlagnahmt, die Herausgabe der Zeitung wurde vom Petersburger Kammergericht verboten. 113
- <sup>43</sup> In Saratow und Nishni-Nowgorod siegten bei den Wahlen zur Reichsduma die Kandidaten des Linksblocks. Von 80 gewählten Wahlmännern waren in Saratow 65 Linke und 15 Kadetten, in Nishni-Nowgorod 39 Linke, 38 Kadetten und 3 Oktobristen. 118
- <sup>44</sup> Die *Konferenz der Petersburger sozialdemokratischen (Stadt- und Landbezirks-) Organisation* fand im Februar 1907 statt. An der Konferenz nahmen 27 Personen mit beschließender, 14 (darunter einige Wahlmänner der

Arbeiterkurie) mit beratender Stimme teil. Tagesordnung: 1. Die bevorstehenden Deputiertenwahlen zur Reichsduma in Petersburg und die Arbeiterkurie; 2. Dumawahlkampagne und Dumataktik der Sozialdemokratie; 3. Kongresskampagne, d. h. Vorbereitung zum sozialdemokratischen Parteitag; 4. Reorganisation der Petersburger Organisation; 5. Parteigericht in Sachen N. Lenin (das menschwistische ZK wollte Lenin wegen Veröffentlichung der Broschüre „Die Wahlen in Petersburg und die Heuchelei der 31 Menschewiki“ zur Verantwortung ziehen); 6. Stellung zu den abgespaltenen Menschewiki; 7. Verbreitung von Agitationsliteratur in Petersburg.

Die Konferenz stellte nach Erörterung der ersten Frage zwei Dumakandidaten auf und wählte eine Kommission zur Ausarbeitung des Entwurfs eines Wählerauftrags an die Arbeiterbevollmächtigten, die Wahlmänner und die Deputierten.

Die Konferenz billigte das Referat Lenins über die Dumawahlkampagne und die Dumataktik der Sozialdemokratie und bestätigte die vom Petersburger Komitee ausgearbeiteten organisatorischen Grundprinzipien für den Aufbau der Petersburger Organisation. Was die Absicht des menschwistischen ZK betraf, Lenin durch ein Parteigericht zur Verantwortung zu ziehen, so erklärte die Konferenz die Menschewiki für schuldig, die Petersburger sozialdemokratische Organisation gespalten zu haben; sie verurteilte die spalterische Tätigkeit des menschwistischen ZK-Mitglieds Dan und unterstützte voll und ganz Lenin. Die Konferenz wählte eine Kommission zur Kontrolle der Parteipresse und delegierte Vertreter der Petersburger Organisation in die Redaktionen des „Proletari“ und des „Wperjod“. Auf der Konferenz wurden Delegierte zu einer Beratung der bolschewistischen Organisationen gewählt, die die Plattform zum V. Parteitag der SDAPR ausarbeiten sollte. 120

<sup>45</sup> In der Diskussion zu Lenins Referat wurde die Frage berührt, ob man nicht Abkommen der Sozialdemokratischen Partei mit der revolutionären Demokratie ausschließlich auf Kampfmomente (Aufstand, Streik) beschränken solle und ob in diesen Fällen nicht eine allgemeine und einheitliche revolutionäre Organisation erforderlich sei. 124

<sup>46</sup> Die *Resolutionsentwürfe der Bolschewiki zum V. Parteitag der SDAPR* wurden von Vertretern des Petersburger und des Moskauer Komitees, des Moskauer Landbezirkskomitees, des Gebietsbüros des Zentralen Industriegebiets und der Redaktion des „Proletari“ angenommen. Diese Vertreter hielten ihre Beratung vom 15. bis 18. Februar (28. Februar bis 3. März) 1907 ab. Die Entwürfe wurden als Materialien für die Parteidiskussion und

zur Vorbereitung des Parteitags versandt. Die Resolutionsentwürfe wurden in Nr. 6 und 7 der legalen bolschewistischen Zeitung „Nowy Lutsch“ vom 25. und 27. Februar 1907 und in Nr. 14 des „Proletari“ vom 4. März 1907 veröffentlicht. 125

- <sup>47</sup> Die vom Petersburger Komitee der SDAPR am 4. (17.) September 1906 einberufene Versammlung von Petersburger Arbeitern verurteilte mit 74 gegen 11 Stimmen die menschewistische Lösung eines „Arbeiterkongresses“.

Im September 1906 fand die zweite Konferenz der sozialdemokratischen Organisationen des Zentralen Rayons statt, an der Vertreter von Moskau, Iwanowo-Wosnessensk, Brjansk, Nishni-Nowgorod, Sormowo, Orjol, Smolensk und anderen Städten, vom Zentralkomitee und von der Redaktion des „Proletari“ teilnahmen. Zur Frage des „Arbeiterkongresses“ wurde eine Resolution angenommen, die die Agitation für den „Arbeiterkongreß“ für schädliche Demagogie erklärte. 135

- <sup>48</sup> „l'Humanité“ – von Jean Jaurès 1904 als Organ der Französischen Sozialistischen Partei gegründete Tageszeitung. Bald nach der Spaltung der Sozialistischen Partei auf dem Kongreß im Dezember 1920 und der Gründung der Kommunistischen Partei Frankreichs wurde „l'Humanité“ deren Organ. Seitdem erscheint sie in Paris als Zentralorgan der Kommunistischen Partei. 137

- <sup>49</sup> Der Artikel „Die Eröffnung der zweiten Reichsduma“ erschien als Leitartikel in Nr. 1 des „Nowy Lutsch“.

„Nowy Lutsch“ (Neuer Strahl) – bolschewistische politische und literarische Tageszeitung, die legal vom 20. bis 27. Februar (5.–12. März) 1907 unter engster Mitarbeit W. I. Lenins in Petersburg erschien; in allen Nummern der Zeitung, außer Nr. 3, sind Artikel von Lenin veröffentlicht. Mitarbeiter des „Nowy Lutsch“ waren: W. W. Worowski, A. M. Gorki, M. S. Olminski, I. I. Skworzow-Stepanow und andere. Mit Nr. 7 wurde die Zeitung vom Petersburger Stadthauptmann verboten. 144

- <sup>50</sup> Der Artikel „Die zweite Duma und die Aufgaben des Proletariats“ erschien in Nr. 2 des „Rabotschi“.

„Rabotschi“ (Der Arbeiter) – illegale bolschewistische Zeitung der Ochaer und der Sampsonijewer Unterbezirksorganisation der SDAPR des Wiborger Bezirks; ab Nr. 3 Zeitung der Ochaer, Sampsonijewer, Aptekarsker und Kamenoostrower Unterbezirksorganisation der SDAPR des Wiborger und des Petersburger Bezirks; erschien ab 13. (26.) Februar 1907 als populäres Massenorgan. An der Zeitung arbeiteten W. I. Lenin, J. M. Jaroslawski und andere mit. Anfang Juni 1907 wurde die Druckerei

- der Zeitung von der Polizei demoliert, was dem Erscheinen der Zeitung ein Ende machte. 148
- <sup>51</sup> „*Russkaja Sbisn*“ (Russisches Leben) – legale Tageszeitung linkskadettischer Richtung, die von Januar bis März 1907 in Petersburg herausgegeben wurde. Mit Nr. 38 ging sie in die Hände der Menschewiki über. Es erschienen 52 Nummern. 153
- <sup>52</sup> „*Sowremennaja Retsch*“ (Zeitgenössische Rede) – Tageszeitung bürgerlich-liberaler Richtung, die von Januar bis Mai 1907 in Petersburg erschien; unterstützte die Kadetten. 157
- <sup>53</sup> „*Erster Sammelband*“ – eine 1907 im Verlag „*Nowaja Duma*“ erschienene Sammlung bolschewistischer Artikel, die den Ergebnissen der ersten und der Analyse der Perspektiven der zweiten Duma gewidmet waren. In dem Sammelband wurden Lenins Artikel „Die Arbeitergruppe in der Reichsduma“, „Zu dem Aufruf der Arbeiterdeputierten“, „Auf, zur Einheit!“, „Zur Deklaration unserer Dumafraktion“, „Die Dumaparteien und das Volk“ aus den bolschewistischen Zeitungen „*Wolna*“ (Die Woge), „*Wperjod*“ und „*Echo*“ nachgedruckt. 168
- <sup>54</sup> „*Nowyje Sily*“ (Neue Kräfte) – Petersburger Tageszeitung der Trudowiki im Februar 1907. 171
- <sup>55</sup> Der Artikel „*Die Kadetten und die Trudowiki*“ wurde zuerst in der „*Rabotschaja Molwa*“ veröffentlicht.  
 „*Rabotschaja Molwa*“ (Arbeiterstimme) – legale bolschewistische Zeitung. Die erste, in Petersburg am 1. (14.) März 1907 erschienene Nummer wurde jedoch sofort beschlagnahmt und die Herausgabe der „*Rabotschaja Molwa*“ verboten. 181
- <sup>56</sup> Lenin meint die auf dem Amsterdamer Kongreß der II. Internationale im August 1904 angenommene Resolution „Internationale Regeln der sozialistischen Taktik“. Die Resolution verbot den Sozialisten die Beteiligung an bürgerlichen Regierungen und lehnte die Zusammenarbeit sozialistischer Parteien mit bürgerlichen Parteien ab. 182
- <sup>57</sup> Es handelt sich um das Buch eines Mitglieds der I. Reichsduma, N. A. Borodins, „*Die Reichsduma in Zahlen*“, Petersburg 1906. Nach den Berechnungen N. A. Borodins waren von 153 Kadetten in der I. Duma 92 Adlige. Von ihnen besaßen 3 Personen zwischen 5000 und 10 000 Desjatinen Land; 8 Personen zwischen 2000 und 5000 Desjatinen; 8 Personen zwischen 1000 und 2000 Desjatinen; 30 Personen zwischen 500 und 1000 Desjatinen. Somit waren ungefähr ein Drittel der kadettischen Deputierten Großgrundbesitzer. 183

- <sup>58</sup> Das Dokument „Zu der Deklaration Stolypins“ ist der Entwurf eines Aufrufs der sozialdemokratischen Fraktion der II. Reichsduma als Antwort auf die in der Duma am 6. (19.) März 1907 von Stolypin verlesene Regierungserklärung. Der Entwurf wurde von Lenin verfaßt und am 28. Februar (13. März) 1907 von der sozialdemokratischen Fraktion erörtert. Da in der sozialdemokratischen Fraktion die Menschewiki das Übergewicht hatten, nahm die Fraktion den menschewistischen Entwurf des Aufrufs an, der dann auch in der Duma von dem Deputierten Zereteli verlesen wurde. 185
- <sup>59</sup> Der in Nr. 26 der Zeitschrift „Die Neue Zeit“ vom 27. März 1907 in deutscher Sprache veröffentlichte Artikel „Die Dumawahlen und die Taktik der russischen Sozialdemokratie“ wurde ins Georgische übersetzt und in Nr. 24 und Nr. 25 der bolschewistischen Zeitung „Dro“ (Die Zeit) vom 7. und 8. April 1907 gedruckt. 188
- <sup>60</sup> Lenin meint die im November 1906 von Stolypin erlassenen Agrargesetze. Am 9. (22.) November 1906 erschien ein Erlaß, der das Ausscheiden der Bauern aus der Dorfgemeinde regelte und ihnen Anteilländereien als Eigentum zuwies, und am 15. (28.) November ein Erlaß über die Gewährung von Darlehen durch die Bäuerliche Bodenbank unter Verpfändung der Anteilländereien.
- Über die Stolypinsche Bodenreform siehe das Werk Lenins „Das Agrarprogramm der Sozialdemokratie in der ersten russischen Revolution 1905–1907“. 202
- <sup>61</sup> Der erste Abschnitt des Artikels „Die Plattform der revolutionären Sozialdemokratie“ wurde in Nr. 14 des „Proletari“ vom 4. (17.) März 1907 veröffentlicht, der zweite am 12. (25.) März geschrieben und in Nr. 15 des „Proletari“ vom 25. März (7. April) 1907 veröffentlicht. 204
- <sup>62</sup> In der Sitzung der II. Reichsduma vom 7. (20.) März 1907 brachte die sozialdemokratische Fraktion den Antrag ein, die Duma möge einen Ernährungsausschuß einsetzen, der die von der Regierung in den Jahren 1905–1907 getroffenen Maßnahmen zur Unterstützung der Hungernden untersuchen sollte. Es wurde beantragt, den ministeriellen Bericht über die Verwendung der Geldmittel zu prüfen und die Lage in den von der Hungersnot betroffenen Gouvernements zu untersuchen. Gegen den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion sprach der Kadett Roditschew, der im Namen der Regierung von Stolypin unterstützt wurde. 204
- <sup>63</sup> „Rossija“ (Rußland) – polizeilich-erzreaktionäre Tageszeitung, die von 1905 bis 1914 in Petersburg erschien; Organ des Innenministeriums. 205
- <sup>64</sup> Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Ausgewählte Briefe, Berlin 1953, S. 570. 209

- <sup>65</sup> Der Artikel „*Wie man Resolutionen nicht schreiben soll*“ wurde in dem Sammelband „*Fragen der Taktik*“ II veröffentlicht.  
„*Fragen der Taktik*“ – der Vorbereitung des V. Parteitags der SDAPR gewidmete bolschewistische Sammelbände, die im April 1907 im Petersburger Buchverlag „*Nowaja Duma*“ erschienen. Es kamen zwei Sammelbände heraus. Der zweite Band wurde vom Presseamt beschlagnahmt. 211
- <sup>66</sup> *Pederaken* – ironische Bezeichnung der „Partei demokratischer Reformen“, eine der politischen Gruppierungen der liberal-monarchistischen Bourgeoisie, die Anfang 1906 während der Wahlen zur I. Reichsduma gebildet wurde; sie stand rechts von der Kadettenpartei. 229
- <sup>67</sup> Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, *Ausgewählte Briefe*, Berlin 1953, S. 570. 230
- <sup>68</sup> Die *Konferenz des „Estländischen Gebietsverbandes“ der SDAPR* fand in der zweiten Februarhälfte 1907 statt. An der Konferenz nahmen 18 Delegierte der sozialdemokratischen Organisationen Revals und Narwas sowie der ländlichen sozialdemokratischen Organisationen Estlands mit beschließender Stimme teil. Außerdem nahmen 3 Delegierte aus Petersburg und Riga teil, die in den Fragen der Propaganda und Agitation in estnischer Sprache beschließende Stimme hatten.  
Auf der Konferenz wurden folgende Resolutionen angenommen: über die Militärorganisationen und die Kampfgruppen, zur Agrarfrage, über die Gewerkschaften, über die Stellung zu anderen lokalen Parteien, über das Verhältnis zur Reichsduma und das Statut des „Estländischen Gebietsverbandes“ der SDAPR. 234
- <sup>69</sup> Die Überschrift des Dokuments stammt vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU in Moskau. 236
- <sup>70</sup> *Polnisches Kolo* – Vereinigung der polnischen Deputierten in der Reichsduma. In der I. und II. Duma bildeten den führenden Kern in dieser Vereinigung die Narodowzen – die polnischen Schwarzhunderter. In allen wesentlichen Fragen der Dumataktik unterstützte das polnische Kolo die Oktobristen und die Rechten. 240
- <sup>71</sup> „*Sozialdemokrat*“ – illegales Organ des Zentralkomitees der SDAPR, das von September bis November 1906 in Petersburg erschien; faktisch war die Zeitung ein menschewistisches Organ, da sich das ZK zu dieser Zeit in den Händen der Menschewiki befand. Es erschienen sieben Nummern. 243
- <sup>72</sup> „*Iswestija Krestjanskich Deputatow*“ (Nachrichten der Bauerndeputierten) – Tageszeitung, Organ der Trudowikigruppe in der I. Reichsduma; erschien im Mai 1906 in Petersburg. 249

- <sup>73</sup> Lenins Entwurf war für den sozialdemokratischen Deputierten G. A. Alexinski bestimmt, der in der Debatte zur Agrarfrage in der Duma eine Rede halten sollte. Alexinski benutzte den Entwurf in seiner Rede am 5. (18.) April 1907 nur teilweise. 261
- <sup>74</sup> Lenin meint die gouvernementalen Adelskomitees zur Ausarbeitung vorläufiger Projekte der Bauernreform. Die meisten Komitees machten den erfolglosen Versuch, die Reform aufzuhalten, und wollten in ihren Projekten dem Adel möglichst viele frönlherrliche Privilegien sichern. Gleichzeitig mit der Befreiung der Bauern wurde „zur Regelung ihrer Bodenverhältnisse und zur Beaufsichtigung ihrer Ständeverwaltung“ die Institution der Friedensrichter eingeführt. Die Friedensrichter waren vom Gouverneur bestimmte ortsansässige Erbadlige, die vom Senat bestätigt wurden. 265
- <sup>75</sup> „Russkaja Prawda“ (Russisches Recht) – die erste der uns überlieferten schriftlichen Sammlungen gerichtlicher Bräuche und fürstlicher Verordnungen des Kiewer Reiches aus dem 11. und 12. Jahrhundert, die im Jahre 1738 in einer Abschrift der ersten Nowgoroder Chronik entdeckt wurde. In den Gesetzesbestimmungen der „Russkaja Prawda“ erhielten die sich herausbildenden Feudalverhältnisse im Kiewer Staat ihre juristische Form. Es liegen Angaben vor über 112 Abschriften der „Russkaja Prawda“ in verschiedenen Fassungen. Die letzte Ausgabe siehe „Prawda Russkaja“, Bd. I, Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Moskau 1940, russ. 265
- <sup>76</sup> Gemeint ist die Arbeit N. Karyschews „Bäuerliche Pachtungen auf Nichtanteilland“, die in Bd. II des Buches „Ergebnisse der ökonomischen Untersuchung Rußlands nach Daten der Semstwostatistik“ (Dorpat 1892) veröffentlicht ist. 268
- <sup>77</sup> Die von Lenin erwähnte Berechnung wurde im Manuskript nicht gefunden. 273
- <sup>78</sup> „Wperjod“ (Vorwärts) – legale bolschewistische Tageszeitung, die in Petersburg ab 26. Mai (8. Juni) 1906 an Stelle der von der Regierung verbotenen Zeitung „Wolna“ erschien. Lenin arbeitete führend an dieser Zeitung mit. Weitere Mitarbeiter waren M. S. Olminski, W. W. Worowski und A. W. Lunatscharski. Die in der Zeitung veröffentlichten Artikel Lenins behandelten hauptsächlich taktische Fragen der ersten russischen Revolution. Die Zeitung wurde wiederholt beschlagnahmt und verfolgt. Nach Erscheinen der Nr. 17 vom 14. (27.) Juni 1906 wurde sie verboten. An Stelle des „Wperjod“ erschien nunmehr die bolschewistische Zeitung „Echo“. 285
- <sup>79</sup> Lenin meint die Stelle in N. G. Tschernyschewskis Roman „Prolog“, wo der Held des Romans, Wolgin, auf das Argument, zwischen Fortschrittlern und

Agrarierpartei bestehe ein gewaltiger Unterschied, antwortet: „Nein, nicht gewaltig, sondern verschwindend klein... Er wäre gewaltig, wenn die Bauern das Land ohne Ablösung erhielten. Einem Menschen eine Sache nehmen oder sie ihm belassen, das ist ein Unterschied; wenn man aber von ihm Geld dafür verlangt, so kommt es auf dasselbe hinaus. Der Plan der Gutsbesitzerpartei unterscheidet sich vom Plan der Fortschrittler nur dadurch, daß er einfacher und kürzer ist. Deshalb ist er sogar besser. Er würde weniger Verzögerungen, wahrscheinlich auch eine geringere Belastung der Bauern mit sich bringen. Wer von den Bauern Geld hat, der wird sich Land kaufen. Wer es nicht hat, der soll auch nicht verpflichtet sein, es zu kaufen. Dies würde ihn ja nur ruinieren. Loskauf ist dasselbe wie Kauf.“ (N. G. Tschernyschewski, *Ausgewählte Werke*, Bd. V, Moskau 1932, S. 480, russ.) Dieses Zitat führt Lenin auch in seinem Werk „Was sind die ‚Volksfreunde‘ und wie kämpfen sie gegen die Sozialdemokraten?“ an. (Siehe *Werke*, 4. Ausgabe, Bd. 1, S. 263, russ.; deutsche Ausgabe, Berlin 1952, S. 187/188.) 287

<sup>80</sup> „*Narodnaja Duma*“ (Volks-Duma) – menschewistische Tageszeitung, die im März und April 1907 in Petersburg erschien. 311

<sup>81</sup> *Basarow* – eine der Hauptgestalten in I. S. Turgenjews Roman „Väter und Söhne“. 311

<sup>82</sup> „*Bessaglawzen*“ – die Organisatoren und Mitarbeiter der 1906 in Petersburg herausgegebenen Zeitschrift „*Bes Saglawija*“ (Ohne Titel): S. N. Prokopowitsch, J. D. Kuskowa, W. J. Bogutscharski u. a. Die „*Bessaglawzen*“ bekannten sich offen zum Revisionismus, sie unterstützten die Menschewiki und die Liberalen und waren gegen eine selbständige Politik des Proletariats. Lenin nannte die „*Bessaglawzen*“ menschewisierende Kadetten oder kadettisierende Menschewiki. 313

<sup>83</sup> *Posse, W. A.* – bürgerlicher Journalist und Politiker, in den Jahren 1906 und 1907 Fürsprecher der Gründung von Arbeitergenossenschaften in Rußland, die von der Sozialdemokratischen Partei unabhängig sein sollten. 313

<sup>84</sup> „*Nasche Echo*“ (Unser Echo) – legale bolschewistische Tageszeitung, die unter unmittelbarer Mitwirkung W. I. Lenins vom 25. März (7. April) bis 10. (23.) April 1907 in Petersburg erschien. Artikel Lenins wurden fast in jeder Nummer veröffentlicht. An der Zeitung arbeiteten M. S. Olminski, W. W. Worowski und andere mit. Es erschienen 14 Nummern. Die Herausgabe der Zeitung wurde vom Petersburger Stadthauptmann verboten. 315

<sup>85</sup> „*Otgoloski*“ (Nachklang) – menschewistische Sammelbände, die 1907 in Petersburg herausgegeben wurden. 320

- <sup>86</sup> Siehe Marx/Engels/Lenin/Stalin, „Zur deutschen Geschichte“, Bd. II, 1. Halbband, Berlin 1954, S. 302–307. 331
- <sup>87</sup> Lenin meint die Stimmabgabe der Trudowiki, der Volkssozialisten und der Sozialrevolutionäre für F. A. Golowin, den kadettischen Kandidaten für den Posten des Präsidenten der II. Reichsduma. Mit der „Taktik des Schweigens“ ist die Haltung der Trudowiki zu der von Stolypin am 6. (19.) März 1907 in der Duma abgegebenen Regierungserklärung gemeint. Auf den Vorschlag der sozialdemokratischen Fraktion, an der Regierung Kritik zu üben, antworteten die Trudowiki, daß sie beschlossen hätten, die Erklärung mit „Grabesschweigen“ aufzunehmen, und sie seien bereits in dieser Sache zu einem Übereinkommen mit der Mehrheit der oppositionellen Fraktionen, darunter den Kadetten, gelangt. In der Haushaltsdebatte der Duma stimmten die Trudowiki gemeinsam mit den Kadetten für die Überweisung des Staatshaushaltsplanes an den Haushaltsausschuß der Duma. 332
- <sup>88</sup> N. R. – N. A. Roshkow, sozialdemokratischer Historiker, der sich 1907 den Bolschewiki anschloß. 335
- <sup>89</sup> Das offizielle Organ der Partei der Sozialrevolutionäre waren die „Partinje Iswestija“ (Parteinachrichten), die von Oktober 1906 bis Mai 1907 erschienen. 340
- <sup>90</sup> „Priwet“ (Der Gruß) – menschowistische Wochenschrift, die im März 1907 in Petersburg herausgegeben wurde. Es erschienen zwei Nummern. 346
- <sup>91</sup> „Natschalo“ (Der Anfang) – legale menschowistische Tageszeitung; erschien im November und Dezember 1905 in Petersburg. 349
- <sup>92</sup> „Sowremennaja Sbisn“ (Das Leben der Gegenwart) – menschowistische Zeitschrift, die von April 1906 bis März 1907 in Moskau erschien.  
„Otkliki“ (Der Wiederhall) – Titel von drei menschowistischen Sammelbänden, die in den Jahren 1906 und 1907 in Petersburg herausgegeben wurden. 360
- <sup>93</sup> Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Ausgewählte Briefe, Berlin 1953, S. 469. 361
- <sup>94</sup> Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Ausgewählte Briefe, Berlin 1953, S. 478 bis 479. 361
- <sup>95</sup> Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Ausgewählte Briefe, Berlin 1953, S. 474, 476. 361
- <sup>96</sup> Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Ausgewählte Briefe, Berlin 1953, S. 412. 362

- <sup>97</sup> Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, *Ausgewählte Briefe*, Berlin 1953, S. 471. 362
- <sup>98</sup> Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, *Ausgewählte Briefe*, Berlin 1953, S. 470. „*Ritter der Arbeit*“ (*Knights of Labor*) – der „Edle Orden der Ritter der Arbeit“ wurde 1869 in Amerika von dem Schneider Uriah Stevens gegründet und vereinigte hauptsächlich ungelernete Arbeiter. Der Orden lehnte den politischen Kampf ab und predigte die Zusammenarbeit der Klassen. Anfang der neunziger Jahre zerfiel der Orden „*Ritter der Arbeit*“. 362
- <sup>99</sup> Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, *Ausgewählte Briefe*, Berlin 1953, S. 364 bis 365. 364
- <sup>100</sup> Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, *Ausgewählte Briefe*, Berlin 1953, S. 391. 365
- <sup>101</sup> Siehe „*Briefe und Auszüge aus Briefen von Joh. Phil. Becker, Jos. Dietzgen, Friedrich Engels, Karl Marx u. A. an F. A. Sorge und Andere*“, Stuttgart 1921, S. 167. 365
- <sup>102</sup> Siehe „*Briefe und Auszüge aus Briefen von Joh. Phil. Becker, Jos. Dietzgen, Friedrich Engels, Karl Marx u. A. an F. A. Sorge und Andere*“, Stuttgart 1921, S. 169. 365
- <sup>103</sup> Siehe „*Briefe und Auszüge aus Briefen von Joh. Phil. Becker, Jos. Dietzgen, Friedrich Engels, Karl Marx u. A. an F. A. Sorge und Andere*“, Stuttgart 1921, S. 183/184.  
Das „*Jahrbuch für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*“ wurde 1879 von dem deutschen Sozialdemokraten K. Höchberg, einem Reformisten, in Zürich herausgegeben. 366
- <sup>104</sup> Es handelt sich um die Meinungsverschiedenheiten in der sozialdemokratischen Fraktion des Deutschen Reichstags in der Frage der Dampfersubvention. Ende 1884 forderte Bismarck als Reichskanzler im Interesse der deutschen kolonialen Eroberungspolitik vom Reichstag die Bewilligung von Subventionen an Privatunternehmer für die Organisation des Schiffsverkehrs mit Ostasien, Australien und Afrika. Diese Frage rief scharfe Auseinandersetzungen in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hervor. Bereits vor den öffentlichen Reichstagsreden setzten sich die Rechten, die die Fraktionsmehrheit bildeten, für die Bewilligung der Subvention an die Schiffahrtsgesellschaften ein. Im Verlaufe der Reichstagsdebatten im März 1885 stimmte der rechte Flügel der sozialdemokratischen Fraktion für die Einrichtung einer ostasiatischen und einer australischen Schiffahrtslinie, und für seine Zustimmung zur Einrichtung einer afrikanischen und anderer Linien stellte er die Bedingung, daß die neuen Schiffe in deutschen Werften

gebaut würden. Der Reichstag lehnte diese Forderung ab, und erst dann stimmte die ganze Fraktion geschlossen gegen die Subvention.

Engels verurteilte in dem Brief an Sorge vom 31. Dezember 1884 die opportunistische Stellung des rechten Flügels der sozialdemokratischen Fraktion. (Siehe „Briefe und Auszüge aus Briefen von Joh. Phil. Becker, Jos. Dietzgen, Friedrich Engels, Karl Marx u. A. an F. A. Sorge und Andere“, Stuttgart 1921, S. 199.) 366

<sup>105</sup> Siehe „Briefe und Auszüge aus Briefen von Joh. Phil. Becker, Jos. Dietzgen, Friedrich Engels, Karl Marx u. A. an F. A. Sorge und Andere“, Stuttgart 1921, S. 203, 204. 366

<sup>106</sup> Siehe „Briefe und Auszüge aus Briefen von Joh. Phil. Becker, Jos. Dietzgen, Friedrich Engels, Karl Marx u. A. an F. A. Sorge und Andere“, Stuttgart 1921, S. 256. 367

<sup>107</sup> „Possibilisten“ – kleinbürgerlicher, reformistischer Teil der französischen Arbeiterpartei, der sich 1882 von der Partei abspaltete. Die Possibilisten wollten die Tätigkeit der Arbeiterklasse auf den Rahmen des im Kapitalismus „Möglichen“ („possible“) beschränken. 1902 bildeten die Possibilisten zusammen mit anderen reformistischen Gruppen als Gegengewicht zur Sozialistischen Partei Frankreichs die opportunistische Französische Sozialistische Partei. 1905 schlossen sich beide Parteien zu einer Partei zusammen. 367

<sup>108</sup> Siehe „Briefe und Auszüge aus Briefen von Joh. Phil. Becker, Jos. Dietzgen, Friedrich Engels, Karl Marx u. A. an F. A. Sorge und Andere“, Stuttgart 1921, S. 307. 367

<sup>109</sup> Siehe „Briefe und Auszüge aus Briefen von Joh. Phil. Becker, Jos. Dietzgen, Friedrich Engels, Karl Marx u. A. an F. A. Sorge und Andere“, Stuttgart 1921, S. 311, 312. 367

<sup>110</sup> Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, *Ausgewählte Briefe*, Berlin 1953, S. 491, 492. 367

<sup>111</sup> Siehe „Briefe und Auszüge aus Briefen von Joh. Phil. Becker, Jos. Dietzgen, Friedrich Engels, Karl Marx u. A. an F. A. Sorge und Andere“, Stuttgart 1921, S. 316–318. 368

<sup>112</sup> Siehe „Briefe und Auszüge aus Briefen von Joh. Phil. Becker, Jos. Dietzgen, Friedrich Engels, Karl Marx u. A. an F. A. Sorge und Andere“, Stuttgart 1921, S. 319. 368

<sup>113</sup> Siehe „Die Neue Zeit“, 1906/07, Bd. 1, Nr. 1, S. 13. 368

<sup>114</sup> Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, *Ausgewählte Briefe*, Berlin 1953, S. 546. 369

- <sup>115</sup> Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, *Ausgewählte Briefe*, Berlin 1953, S. 575. 369
- <sup>116</sup> Siehe „Briefe und Auszüge aus Briefen von Joh. Phil. Becker, Jos. Dietzgen, Friedrich Engels, Karl Marx u. A. an F. A. Sorge und Andere“, Stuttgart 1921, S. 418. 370
- <sup>117</sup> Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, *Ausgewählte Briefe*, Berlin 1953, S. 392. 370
- <sup>118</sup> Siehe Karl Marx und Friedrich Engels, *Ausgewählte Schriften in zwei Bänden*, Bd. II, Berlin 1958, S. 25. 371
- <sup>119</sup> Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, *Ausgewählte Briefe*, Berlin 1953, S. 471. 372
- <sup>120</sup> *Decazeviller Streik* – der Streik der französischen Bergarbeiter im Januar 1886 in der Stadt Decazeville wurde von Regierungstruppen niedergeschlagen. Die bürgerlichen Abgeordneten, darunter auch die Radikalen, traten für eine Unterstützung der Regierung und für Repressalien gegen die Streikenden ein. Die Folge war, daß sich die Arbeiterabgeordneten von den Radikalen trennten und in der Deputiertenkammer eine selbständige Arbeiterfraktion bildeten. 372
- <sup>121</sup> Siehe „Briefe und Auszüge aus Briefen von Joh. Phil. Becker, Jos. Dietzgen, Friedrich Engels, Karl Marx u. A. an F. A. Sorge und Andere“, Stuttgart 1921, S. 220. 372
- <sup>122</sup> Der mit den Worten: „Im Jahre 1889 begann in England . . .“ beginnende Teil von Lenins Vorwort wurde in Nr. 13 der bolschewistischen Zeitung „Nasche Echo“ vom 8. April 1907 mit nachstehender Einführung abgedruckt: „In Kürze erscheint, herausgegeben von P. Dauge, der Briefwechsel von Marx und Engels mit ihrem in Amerika lebenden Freund und Kampfgefährten Sorge.“
- In Anbetracht des Interesses, das diese Ausgabe findet, gestatten wir uns, hier einen Teil des Vorworts zur russischen Übersetzung dieses Buches zu veröffentlichen, der der Stellung von Marx und Engels zu der in Rußland zu erwartenden Revolution gewidmet ist. Wir beginnen mit zwei charakteristischen Urteilen von Engels über die Bedeutung der französischen Revolution und die Möglichkeit einer Revolution in Deutschland.“ 373
- <sup>123</sup> Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, *Ausgewählte Briefe*, Berlin 1953, S. 495. 373
- <sup>124</sup> Siehe „Briefe und Auszüge aus Briefen von Joh. Phil. Becker, Jos. Dietzgen, Friedrich Engels, Karl Marx u. A. an F. A. Sorge und Andere“, Stuttgart 1921, S. 371. 374

- <sup>125</sup> Mit der orientalischen Krise ist der Russisch-Türkische Krieg von 1877/78 gemeint. 374
- <sup>126</sup> Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, *Ausgewählte Briefe*, Berlin 1953, S. 363. 374
- <sup>127</sup> Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, *Ausgewählte Briefe*, Berlin 1953, S. 399. 375
- <sup>128</sup> Über „Unsere Meinungsverschiedenheiten“ und über den Charakter der in Rußland bevorstehenden Revolution äußerte sich Engels in dem Brief an W. I. Sassulitsch vom 23. April 1885. Der Brief wurde zuerst 1925 in Nr. 3 des Sammelbandes „Die Gruppe ‚Befreiung der Arbeit‘“ veröffentlicht. Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, *Ausgewählte Briefe*, Berlin 1953, S. 457–460. 375
- <sup>129</sup> Siehe „Briefe und Auszüge aus Briefen von Joh. Phil. Becker, Jos. Dietzgen, Friedrich Engels, Karl Marx u. A. an F. A. Sorge und Andere“, Stuttgart 1921, S. 259, 260. 375
- <sup>130</sup> Siehe „Briefe und Auszüge aus Briefen von Joh. Phil. Becker, Jos. Dietzgen, Friedrich Engels, Karl Marx u. A. an F. A. Sorge und Andere“, Stuttgart 1921, S. 262. 376
- <sup>131</sup> Siehe Marx/Engels/Lenin/Stalin, „Zur deutschen Geschichte“, Bd. II, 1. Halbband, Berlin 1954, S. 525. 376
- <sup>132</sup> *Malower* – Pseudonym des Kadetten W. Portugalow. 377
- <sup>133</sup> Siehe Karl Marx und Friedrich Engels, *Ausgewählte Schriften in zwei Bänden*, Bd. I, Berlin 1959, S. 58. 383
- <sup>134</sup> „*Neue Rheinische Zeitung*“ – wurde vom 1. Juni 1848 bis zum 19. Mai 1849 in Köln unter der Leitung von Karl Marx und Friedrich Engels herausgegeben. Ihr Chefredakteur war Marx. Ab Nr. 301, nach der Ausweisung von Marx, mußte die Zeitung ihr Erscheinen einstellen. Über die „*Neue Rheinische Zeitung*“ siehe Karl Marx und Friedrich Engels, *Ausgewählte Schriften in zwei Bänden*, Bd. II, Berlin 1958, S. 305–313. „*Vereinbareversammlung*“ nannte Marx das Frankfurter Parlament, das im Mai 1848 zusammentrat. (Siehe Marx/Engels/Lenin/Stalin, „Zur deutschen Geschichte“, Bd. II, 1. Halbband, Berlin 1954, S. 304.) 386
- <sup>135</sup> Siehe Marx/Engels/Lenin/Stalin, „Zur deutschen Geschichte“, Bd. II, 1. Halbband, Berlin 1954, S. 254, 314. 387
- <sup>136</sup> Der Artikel „*Larin und Chruschaljow*“ wurde zuerst in der Zeitung „*Trud*“ veröffentlicht. „*Trud*“ (Die Arbeit) – bolschewistische literarisch-politische Wochenzeitung. Es erschien nur eine Nummer vom 15. (28.) April 1907. Bereits

am nächsten Tag wurde die Zeitung vom Petersburger Stadthauptmann verboten. 390

<sup>137</sup> An der Konferenz der Petersburger Stadtorganisation der SDAPR nahmen 133 Delegierte (92 Bolschewiki und 41 Menschewiki) teil, von ihnen waren mehr als 100 Arbeiter. Die Konferenz erörterte folgende Fragen: Reorganisation der Petersburger Organisation der SDAPR; Vertretung der Petersburger Organisation in der sozialdemokratischen Fraktion der II. Duma; Unzulässigkeit einer Mitarbeit von Sozialdemokraten in der bürgerlichen Presse; der 1. Mai und die Taktik der Sozialdemokratie. Die Konferenz bestätigte die von den Bolschewiki geplante Reorganisation der Petersburger Stadtorganisation und erklärte sich zu einem ständig arbeitenden, periodisch zusammentretenden Organ. Als Vertreter der Stadtorganisation bei der sozialdemokratischen Fraktion der Duma wurde Lenin gewählt. Die Konferenz sprach sich gegen die Mitarbeit von Sozialdemokraten in der bürgerlichen Presse aus.

Lenin leitete die Konferenz und sprach in der Diskussion zu folgenden Fragen: Die geplante Reorganisation der Petersburger sozialdemokratischen Organisation; die organisatorische Arbeit des Petersburger Komitees und die Zusammensetzung der Konferenz.

Die zweite Tagung der Konferenz fand am 8. (21.) April statt. Tagesordnung: 1.-Mai-Feier, Versammlungskampagne, Bevollmächtigtenrat, Wahlen zum V. Parteitag, Referat des Dumadeputierten Alexinski, organisatorische Fragen, Genossenschaftsbewegung, Kampf gegen die Schwarzhunderter, Arbeitslosigkeit. Die Konferenz faßte den Beschluß, den 1. Mai durch einen eintägigen Streik und Kundgebungen zu begehen.

Lenin nahm in der Diskussion zu dem Referat Alexinskis Stellung und empfahl der Petersburger Delegation, dem V. Parteitag vorzuschlagen, im Zusammenhang mit der Frage der Reorganisation der Kampfgruppen einen erfahrenen Kampfgruppenorganisator zum Parteitag einzuladen. 396

<sup>138</sup> Zu der Petersburger Stadtkonferenz der SDAPR, die anlässlich der Frage der Wahltaktik bei den Wahlen zur I. Duma am 11. (24.) Februar 1906 stattfand, wurden 36 Bolschewiki und 29 Menschewiki gewählt. Um die Mehrheit zu erlangen, fochten die Menschewiki die Wahl der Delegierten der Landbezirksorganisation an, die sich für die bolschewistische Taktik des aktiven Boykotts ausgesprochen hatte. Als die Konferenz die Wahl für richtig erklärte, forderten sie die Abtrennung der Landbezirksorganisation von der Petersburger Stadtorganisation. Der Antrag der Menschewiki wurde abgelehnt. 398

- <sup>139</sup> An der Junikonferenz aller Bezirke der Petersburger Organisation der SDAPR nahmen über 40 Bolschewiki und ungefähr 30 Menschewiki teil; es wurden die von den Bolschewiki eingebrachten Resolutionen angenommen. 398
- <sup>140</sup> Mit der Schaffung der Militär- und Kampforganisationen der Sozialdemokratie wurde 1905 begonnen, insbesondere nach dem III. Parteitag. Die *Konferenz der Militär- und Kampforganisationen*, die im März 1906 in Moskau zusammentrat, wurde von der Polizei aufgespürt, und ihre Teilnehmer wurden verhaftet. Im November 1906 fand eine auf Initiative der Bolschewiki einberufene Konferenz der Militär- und Kampforganisationen in Tammerfors statt. An der Konferenz nahmen 19 Delegierte mit beschließender und 9 mit beratender Stimme teil, die 11 Militär- und 8 Kampforganisationen vertraten. Die Konferenz erörterte: die Rechenschaftsberichte der Delegierten; das Referat über die gegenwärtige Lage; das Referat über den bewaffneten Moskauer Dezemberaufstand, über den Sewastopoler und den Sveaborger Novemberaufstand; die Rolle der Partei im bewaffneten Aufstand; die Arbeit unter den Offizieren und andere Fragen. Die Protokolle der Konferenz wurden 1932 vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU neu herausgegeben. 410
- <sup>141</sup> Lenin meint die Zeitschrift „*Dnewnik Sozialdemokrata*“ (Tagebuch eines Sozialdemokraten), die in Genf von März 1905 bis April 1912 unregelmäßig von G. W. Plechanow herausgegeben wurde. Es erschienen 16 Nummern. 1916 setzte Plechanow die Herausgabe der Zeitschrift in Petrograd fort, es erschien aber nur eine Nummer. 417
- <sup>142</sup> Isarow – I. Ch. Lalajanz. 417
- <sup>143</sup> Warin – W. J. Fridolin, schloß sich 1907 den Bolschewiki an. 419
- <sup>144</sup> Iljan – J. M. Jaroslowski. 419
- <sup>145</sup> Der „*Bericht an den V. Parteitag der SDAPR über die Petersburger Spaltung und die damit zusammenhängende Einsetzung eines Parteigerichts*“ erschien als Broschüre mit der Aufschrift „Nur für Delegierte des Parteitags der SDAPR“. Den ersten und den letzten Teil der Broschüre schrieb Lenin im April 1907. Die „Verteidigungsrede (bzw. Anklagerede gegen den menschewistischen Teil des ZK) vor dem Parteigericht“ wurde von Lenin im Februar verfaßt und in der ersten Sitzung des Parteigerichts Ende März 1907 vorgetragen. 421
- <sup>146</sup> Die Resolution der Versammlung von 234 Petersburger Bolschewiki stellte fest, daß die Schuld an der Spaltung der Petersburger sozialdemokratischen Organisation voll und ganz die Menschewiki trifft; die Versammlung

unterstützte die von Lenin gegen die 31 Menschewiki und Dan erhobene Gegenklage.

Die Konferenz der Petersburger sozialdemokratischen (Stadt- und Landbezirks-) Organisation bestätigte die Resolution der Versammlung von 234 Petersburger Bolschewiki, unterstützte die von Lenin in der Broschüre „Die Wahlen in Petersburg und die Heuchelei der 31 Menschewiki“ gegen die Menschewiki erhobene Anklage und beschloß, vor dem Parteigericht eine Gegenklage gegen Dan und die Menschewiki zu erheben.

Entsprechende Resolutionen wurden auch vom Komitee des Moskauer Bezirks, von einer Versammlung der sozialdemokratischen Organisationen des Obwodny- und des Saposhny-Unterbezirks des Moskauer Bezirks und in einer erweiterten Sitzung des Ochaer Porochowy-Unterbezirkskomitees der Landbezirksorganisation angenommen. 421

<sup>147</sup> „Dostishenzen“ (Durchsetzer) – Mitglieder des „Verbandes zur Durchsetzung voller Rechte für das jüdische Volk in Rußland“. Der Verband bestand von 1905 bis 1907. Die „Dostishenzen“ traten für die bürgerlichen Freiheiten und für die Aufhebung aller die Juden beschränkenden Gesetze ein. Die praktische Tätigkeit des Verbandes bestand allein in Fürsprachen und Petitionen an Regierungsvertreter. 431

<sup>148</sup> Maximow – Malinowski, bekannter unter dem Pseudonym A. A. Bogdanow; Simin – L. B. Krassin; Strojew – Pseudonym W. A. Desnizkis. 436

<sup>149</sup> Der V. Parteitag der SDAPR fand vom 30. April bis 19. Mai (13. Mai bis 1. Juni) 1907 in London statt. An dem Parteitag nahmen 336 Delegierte mit beschließender bzw. beratender Stimme teil, darunter 105 Bolschewiki, 97 Menschewiki, 57 Bundisten, 44 polnische Sozialdemokraten, 29 lettische Sozialdemokraten und 4 „Fraktionslose“. Die Bolschewiki hatten die Polen und die Letten hinter sich und besaßen auf dem Parteitag eine feste Mehrheit. Zu den Delegierten zählten Lenin, Woroschilow, Dubrowinski, Stalin, Schaumian, Jaroslawski.

Der Parteitag erörterte folgende Fragen: 1. Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees. 2. Rechenschaftsbericht der Dumafraktion und deren Organisation. 3. Stellung zu den bürgerlichen Parteien. 4. Reichsduma. 5. „Arbeiterkongreß“ und parteilose Arbeiterorganisationen. 6. Gewerkschaften und Partei. 7. Partisanenaktionen. 8. Arbeitslosigkeit, Wirtschaftskrise und Aussperrungen. 9. Organisatorische Fragen. 10. Der Internationale Kongreß in Stuttgart (1. Mai, Militarismus). 11. Die Arbeit in der Armee. 12. Verschiedenes. Die wichtigste vom Parteitag behandelte Frage war das Referat Lenins über die Stellung zu den bürgerlichen Parteien. In allen grundsätzlichen Fragen nahm der Parteitag bolschewistische Resolu-

tionen an. Auf dem Parteitag wurde das Zentralkomitee, bestehend aus 5 Bolschewiki, 4 Menschewiki, 2 polnischen und 1 lettischen Sozialdemokraten, gewählt. Als Kandidaten des ZK wurden 10 Bolschewiki, 7 Menschewiki, 3 polnische und 2 lettische Sozialdemokraten gewählt.

Der Ausgang des Parteitags war ein Sieg des Bolschewismus über den opportunistischen Flügel der Partei – die Menschewiki. Über den V. Parteitag der SDAPR siehe W. I. Lenins Artikel „Die Stellung zu den bürgerlichen Parteien“ (im vorliegenden Band, S. 492–513). 439

<sup>150</sup> Diese Erklärung gab Lenin in der Debatte über die Resolution zum Rechenschaftsbericht der sozialdemokratischen Fraktion der Reichsduma ab. Mit der Abfassung der Resolution war eine Kommission beauftragt worden, der vier Entwürfe zuzugingen: von den Bolschewiki, den Menschewiki, den Polen und den Bundisten. Die Kommission nahm keine dieser Resolutionen an, sie konzentrierte ihre Aufmerksamkeit auf folgende Fragen: 1. ob die Resolution taktische Direktiven für die Fraktion enthalten soll, 2. ob alle Fehler der Fraktion aufgezählt werden sollen und 3. die Frage des Vertrauens zur Fraktion. Es wurde eine Resolution abgefaßt, für die sich in der Kommission keine Mehrheit fand. Deshalb erörterte der Parteitag am 10. (23.) Mai die gleichen Fragen. Der Antrag der Bolschewiki, in die Resolution die Direktiven mit aufzunehmen, wurde abgelehnt, da die Letten dagegen stimmten. Am nächsten Tage beantragte der Vertreter der lettischen Fraktion, nach der Erörterung der die bürgerlichen Parteien und die Reichsduma betreffenden Fragen die Abstimmung der Resolution über die Dumafraktion zu wiederholen. Lenin unterstützte die Letten. Bei Wiederholung der Abstimmung wurde der Antrag der Bolschewiki angenommen.

457

<sup>151</sup> Die Resolution der kaukasischen Menschewiki untersucht Lenin eingehend, in Punkt 12 seiner Arbeit „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“. (Siehe Werke, Bd. 9, S. 82–91.) 459

<sup>152</sup> Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 4, S. 10. 469

<sup>153</sup> In der 27. Sitzung des Parteitags, während der Erörterung der bolschewistischen Resolution über die Stellung zu den bürgerlichen Parteien, stellte Trotzki den Antrag, die Kennzeichnung der sozialen Grundlage der liberalmonarchistischen Parteien und der wichtigsten unter ihnen – der Kadettenpartei – aus der Resolution zu streichen. Nachdem Lenin zu dieser Frage gesprochen hatte, wurde der Antrag abgelehnt. 482

<sup>154</sup> Die Abänderungsanträge der Menschewiki Martow und Martynow zu der Resolution über die Stellung zu den bürgerlichen Parteien wurden vom Parteitag abgelehnt. 483

<sup>155</sup> Der Parteitag beschloß, ins Zentralkomitee 15 Personen zu wählen, davon 12 direkt auf dem Parteitag, während 3 nach dem Parteitag von den nationalen Organisationen delegiert werden sollten. Die Auszählung der bei der Wahl des ZK abgegebenen Stimmen fand in einer engeren Parteitags-Sitzung statt: je vier Delegierte wurden durch einen vertreten. An der Sitzung nahmen 75 Delegierte teil (22 Bolschewiki, 21 Menschewiki, 14 Bundisten, 11 Polen und 7 Letten). Bei der Abstimmung über die für die Mitgliedschaft im ZK nominierten Kandidaten erhielten 9 Kandidaten die Mehrheit der Stimmen, während 5 weniger – und zwar die gleiche Stimmenzahl – erhielten. Von diesen 5 mußten 3 ausgewählt werden. Die Bolschewiki schlugen eine Stichwahl vor, die Menschewiki jedoch beantragten Entscheidung durch das Los. Der Antrag der Bolschewiki wurde angenommen. 491



DATEN AUS DEM LEBEN UND WIRKEN  
W. I. LENINS

(Januar bis Juni 1907)



1907

- Januar–April* Lenin hält sich in Kuokkala (Finnland) auf.
18. (31.) *Januar* Lenin schreibt den Artikel „Die Wahlkampagne der Sozialdemokratie in Petersburg“, der in Nr. 2 der Zeitung „Prostyje Retschi“ vom 21. Januar (3. Februar) veröffentlicht wird.
19. *Januar*  
(1. *Februar*) Lenin schreibt den Artikel „Von Stufe zu Stufe“, der in Nr. 12 des „Proletari“ vom 25. Januar (7. Februar) veröffentlicht wird.
- 19.–20. *Januar*  
(1.–2. *Februar*) Lenin schreibt den Artikel „Der Protest der 31 Menschewiki“, der in Nr. 12 des „Proletari“ vom 25. Januar (7. Februar) erscheint.
20. *Januar*  
(2. *Februar*) Lenin schreibt die Broschüre „Die Wahlen in Petersburg und die Heuchelei der 31 Menschewiki“, die im Verlag „Nowaja Duma“ in Petersburg erscheint.
25. *Januar*  
(7. *Februar*) Der Artikel Lenins „Wie soll man bei den Wahlen in Petersburg stimmen? (Besteht die Gefahr eines Sieges der Schwarzhunderter bei den Wahlen in Petersburg?)“ wird in Nr. 1 der Zeitung „Srenije“ veröffentlicht.
- Der Artikel Lenins „Die Wahlen in Petersburg und die Krise des Opportunismus“ (Leitartikel) wird in Nr. 12 des „Proletari“ veröffentlicht.
- Ende Januar* Gegen Lenin wird wegen der Broschüre „Die Wahlen in Petersburg und die Heuchelei der 31 Menschewiki“ ein vom

- Zentralkomitee (in seiner Mehrheit menschewistisch) veranlaßtes Parteigerichtsverfahren eingeleitet.
30. Januar  
(12. Februar) Lenins Artikel „Die Wahlen in der Petersburger Arbeiterkurie“ und „Der Kampf der Sozialdemokraten und der Sozialrevolutionäre bei den Wahlen in der St.-Petersburger Arbeiterkurie“ erscheinen in Nr. 3 der „Prostyje Retschi“.
4. (17.) Februar Die Artikel Lenins „Wie soll man bei den Wahlen in Petersburg stimmen? (Wem nützen die Märchen von einer Schwarzhundertergefahr?)“, „Die vorläufigen Ergebnisse der Wahlen in Moskau“ und „Eine politische Lidwaliade“ werden in Nr. 2 des „Srenije“ veröffentlicht.
- Lenin schreibt den Artikel „Die Bedeutung der Wahlen in Petersburg“, der in Nr. 13 des „Proletari“ vom 11. (24.) Februar veröffentlicht wird.
5. (18.) Februar Lenin schreibt das Vorwort zur russischen Übersetzung von: Karl Marx, „Briefe an L. Kugelmann“, die 1907 unter der Redaktion Lenins in Petersburg erscheint.
7. (20.) Februar Lenin schreibt den Leitartikel „Die zweite Duma und die zweite Welle der Revolution“ für Nr. 13 des „Proletari“.
9. (22.) Februar Lenin schreibt den Artikel „Die Ergebnisse der Wahlen in Petersburg“, der in Nr. 13 des „Proletari“ veröffentlicht wird.
- Anfang Februar Lenin schreibt die Verteidigungsrede (bzw. Anklagerede gegen das menschewistische ZK) für das Parteigericht.
11. (24.)  
Februar Lenins Artikel „Die Ergebnisse der Wahlen in der Petersburger Arbeiterkurie“, „Einige Angaben über die Wahlen in der Arbeiterkurie Südrußlands“ und „Zu dem Bericht des Moskauer Bezirks der Stadt Petersburg über die Wahlen zur II. Duma“ werden in Nr. 13 des „Proletari“ veröffentlicht.
- Zwischen dem  
8. und 15. (21.  
und 28.)  
Februar Lenin hält auf der dritten Tagung der Konferenz der Petersburger sozialdemokratischen (Stadt- und Landbezirks-) Organisation ein Referat zur Frage der Dumawahlkampagne und der Dumataktik der Sozialdemokraten.

- 15.–18. Februar (28. Februar bis 3. März) Lenin schreibt die Resolutionsentwürfe zum V. Parteitag der SDAPR.
- Lenin leitet eine Beratung von Vertretern des Petersburger und des Moskauer Komitees, des Moskauer Landbezirkskomitees, des Gebietsbüros des Zentralen Industriegebiets und der Redaktion des „Proletari“, in der die Resolutionsentwürfe Lenins erörtert und angenommen werden.
17. Februar (2. März) Lenin gibt einem Mitarbeiter der „Humanité“ ein Interview über die Taktik der SDAPR während der Wahlkampagne.
20. Februar (5. März) Lenin schreibt den Artikel „Die Eröffnung der zweiten Reichsduma“, der als Leitartikel in Nr. 1 des „Nowy Lutsch“ veröffentlicht wird.
- Lenin schreibt den Leitartikel „Die zweite Duma und die Aufgaben des Proletariats“ (Aufruf an die Arbeiter), der in Nr. 2 des „Rabotschi“ vom 23. Februar (8. März) veröffentlicht wird.
21. Februar (6. März) Lenin schreibt den Artikel „Der erste wichtige Schritt“, der in Nr. 2 des „Nowy Lutsch“ erscheint.
22. Februar (7. März) Lenin schreibt für Nr. 4 des „Nowy Lutsch“ den Artikel „Kleinbürgerliche Taktik“, der am 23. Februar (8. März) veröffentlicht wird.
23. Februar (8. März) Lenin schreibt die Artikel „Die Organisatoren der Spaltung über die künftige Spaltung“ und „Über die Taktik des Opportunismus“, die in Nr. 5 des „Nowy Lutsch“ vom 24. Februar (9. März) veröffentlicht werden.
25. Februar (10. März) Lenins Artikel „Die Bolschewiki und das Kleinbürgertum“ wird als Leitartikel in Nr. 6 des „Nowy Lutsch“ veröffentlicht.
27. Februar (12. März) Lenin schreibt für Nr. 14 des „Proletari“ den Leitartikel „Die nahe bevorstehende Auseinanderjagung der Duma und Fragen der Taktik“, der Artikel wird am 4. (17.) März veröffentlicht.

- Zwischen dem 27. Februar und 1. März (12. und 14. März) Lenin schreibt für Nr. 1 der „Rabotschaja Molwa“ den Artikel „Die Kadetten und die Trudowiki“.
28. Februar (13. März) Der von Lenin verfaßte Entwurf eines Aufrufs „Zu der Deklaration Stolypins“ wird in einer Sitzung der sozialdemokratischen Dumafraktion erörtert.
- Ende Februar Lenin schreibt den Artikel „Die Dumawahlen und die Taktik der russischen Sozialdemokratie“, der in Nr. 26 der Zeitschrift der deutschen Sozialdemokratie „Die Neue Zeit“ vom 27. März veröffentlicht wird.
12. (25.) März Lenin schreibt den ersten Teil des Artikels „Die Plattform der revolutionären Sozialdemokratie“, der in Nr. 14 des „Proletari“ vom 4. (17.) März veröffentlicht wird.
19. März (1. April) Lenin schreibt den zweiten Teil des Artikels „Die Plattform der revolutionären Sozialdemokratie“, der in Nr. 15 des „Proletari“ vom 25. März (7. April) veröffentlicht wird.
21. März (3. April) Lenin schreibt den Artikel „Wie man Resolutionen nicht schreiben soll“, der in dem bolschewistischen Sammelband „Fragen der Taktik“ veröffentlicht wird.
21. März (3. April) Lenin schreibt den Artikel „Die Grundlagen des Paktes“, der als Leitartikel in Nr. 15 des „Proletari“ vom 25. März (7. April) veröffentlicht wird.
- Zwischen dem 21. und 25. März (3. und 7. April) Lenin schreibt den Entwurf einer Rede zur Agrarfrage, die ein Deputierter der sozialdemokratischen Fraktion in der Duma halten soll.
25. März (7. April) Lenin leitet die erste Tagung der Petersburger Stadtkonferenz der SDAPR in Terijoki (Finnland) und nimmt in der Diskussion zu der geplanten Reorganisation des Petersburger Komitees sowie zu Fragen der organisatorischen Arbeit des Petersburger Komitees Stellung. Lenin wird als Delegierter der Konferenz für die Verbindung mit der sozialdemokratischen Fraktion der II. Duma gewählt.
- Lenins Artikel „Honig im Munde, Galle im Herzen“ wird in Nr. 1 der Zeitung „Nasche Echo“ veröffentlicht.

27. März  
(9. April) In Nr. 2 von „Nasche Echo“ wird Lenins Artikel „Die Duma und die Bestätigung des Haushalts“ als Leitartikel veröffentlicht.
28. März  
(10. April) Lenin schreibt den Artikel „Der Kuckuck lobt den Hahn . . .“, der als Leitartikel in Nr. 4 von „Nasche Echo“ vom 29. März (11. April) veröffentlicht wird.
30. März  
(12. April) Lenins Artikel „Intelligenzlerische Kämpfen gegen die Herrschaft der Intelligenz“ wird in Nr. 5 von „Nasche Echo“ veröffentlicht.
- Ende März Lenin hält in der ersten Sitzung des Parteigerichts die Verteidigungsrede (bzw. Anklagerede gegen das menschewistische ZK), in der er die Spaltertätigkeit der Menschewiki in der Petersburger Organisation der SDAPR entlarvt.
- März Lenin hält in einer Instruktionsberatung von Bolschewiki, die zwecks Durchführung der Delegiertenwahlen zum V. Parteitag der SDAPR ins Land hinausfahren, das Referat über die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der Partei.
1. (14.) April Lenins Artikel „Die Agrarfrage und die Kräfte der Revolution“ wird in Nr. 7 von „Nasche Echo“ veröffentlicht.
2. (15.) April Lenin schreibt den Artikel „Eine anämische Duma oder ein anämisches Kleinbürgertum“, der als Leitartikel in Nr. 8 von „Nasche Echo“ vom 3. (16.) April veröffentlicht wird.
3. (16.) April Lenin schreibt für Nr. 9 von „Nasche Echo“ den Leitartikel „Triumphierendes Banausentum oder kadettisierende Sozialrevolutionäre“, veröffentlicht am 4. (17.) April.
4. (17.) April Lenin schreibt den Artikel „Die sozialdemokratische Fraktion und der 3. April in der Duma“, der in Nr. 10 von „Nasche Echo“ vom 5. (18.) April veröffentlicht wird.
- 5.–6. (18.–19.) April Lenin schreibt den Artikel „Stärke und Schwäche der russischen Revolution“, der in Nr. 10 und 12 von „Nasche Echo“ veröffentlicht wird.
6. (19.) April Lenin schreibt das Vorwort zur russischen Übersetzung des Buches „Briefe und Auszüge aus Briefen von Joh. Phil. Becker, Jos. Dietzgen, Friedrich Engels, Karl Marx u. A. an F. A. Sorge und Andere“.

8. (21.) April Lenin spricht auf der zweiten Tagung der Konferenz der Petersburger sozialdemokratischen Organisation in der Diskussion zum Bericht über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion in der II. Reichsduma.
10. (23.) April Lenin schreibt den Leitartikel „Die Duma und die russischen Liberalen“, der in Nr. 14 von „Nasche Echo“ veröffentlicht wird.
15. (28.) April Lenins Artikel „Larin und Chrustaljow“ wird in Nr. 1 der Zeitung „Trud“ veröffentlicht.
- April Lenins Artikel „Die taktische Plattform der Menschewiki“, „Konfusion aus Verärgerung (Zur Frage eines Arbeiterkongresses)“ und „Franz Mehring über die zweite Duma“ werden in den Sammelbänden „Fragen der Taktik“ veröffentlicht.
- Es erscheint Lenins Broschüre „Bericht an den V. Parteitag der SDAPR über die Petersburger Spaltung und die damit zusammenhängende Einsetzung eines Parteigerichts“.
- Lenin wird als Delegierter zum V. Parteitag der SDAPR gewählt und erhält sein Mandat von der Organisation der SDAPR in Werchne-Kamskaja (Ural).
- Lenin nimmt an einer Beratung der Bolschewiki und der Menschewiki in Terijoki teil, in der Fragen des bevorstehenden V. Parteitags der SDAPR erörtert werden; er spricht gegen den Antrag Axelrods auf Einberufung eines „Arbeiterkongresses“.
- Ende April Lenin reist nach Kopenhagen, wo die Eröffnung des V. Parteitags der SDAPR stattfinden sollte. Er spricht in der Sitzung der bolschewistischen Delegierten zur Frage der Kampfgruppen.
- Lenin reist nach London weiter, wohin die Tagungen des V. Parteitags der SDAPR verlegt werden.
30. April bis 19. Mai (13. Mai–1. Juni) V. (Londoner) Parteitag der SDAPR. Lenin nimmt an den Arbeiten des Parteitags führend teil.
30. April (13. Mai) Eröffnung des V. Parteitags der SDAPR in London. Lenin wird in das Präsidium des Parteitags gewählt.

1. (14.) *Mai*      Lenin spricht in der zweiten Sitzung des Parteitags in der Debatte über den Entwurf der Geschäftsordnung des Parteitags.  
  
Lenin wendet sich in der dritten Sitzung des Parteitags gegen die Beendigung der Tagesordnungsdebatte.
2. (15.) *Mai*      Lenin hält in der vierten Sitzung eine Rede, in der er sich dafür ausspricht, die allgemeinen prinzipiellen Fragen, die die Grundlagen der Taktik der Partei in der bürgerlichen Revolution betreffen, in die Tagesordnung des Parteitags aufzunehmen.  
  
Lenin spricht in der fünften Sitzung des Parteitags über die Form der namentlichen Abstimmung.  
  
In Nr. 16 des „Proletari“ werden folgende Artikel Lenins veröffentlicht: „Reorganisation und Liquidierung der Spaltung in Petersburg“, „Zur Frage der gesamtnationalen Revolution“ und „Zu den Protokollen der Novemberkonferenz der Militär- und Kampforganisationen der SDAPR“.
3. (16.) *Mai*      Lenin leitet die sechste und siebente Sitzung des Parteitags.
4. (17.) *Mai*      Lenin spricht in der achten Sitzung des Parteitags in der Debatte zum Tätigkeitsbericht des Zentralkomitees und kritisiert die opportunistische Taktik der Menschewiki.
5. (18.) *Mai*      Lenin spricht in der elften Sitzung des Parteitags zur Tagesordnung.
8. (21.) *Mai*      Lenin leitet die vierzehnte Sitzung des Parteitags.  
  
Lenin leitet die fünfzehnte Sitzung des Parteitags.  
  
Lenin spricht in der Debatte zum Rechenschaftsbericht der Dumafraktion und kritisiert ihre politischen Fehler.
9. (22.) *Mai*      Lenin wird in der sechzehnten Sitzung des Parteitags in die Kommission gewählt, die einen Resolutionsentwurf zum Rechenschaftsbericht der Dumafraktion ausarbeiten soll.
10. (23.) *Mai*      In der achtzehnten Sitzung des Parteitags wird Lenins Erklärung verlesen, in der er gegen die Entstellung seines In-

- interviews mit dem Korrespondenten der „Humanité“ durch Martow protestiert.
11. (24.) *Mai* Lenin spricht in der zwanzigsten Sitzung des Parteitags über die Verfahrensweise bei der Annahme der Resolution zum Rechenschaftsbericht der Dumafraktion.
12. (25.) *Mai* Lenin hält in der zweiundzwanzigsten Sitzung des Parteitags das Referat über die Stellung zu den bürgerlichen Parteien.
14. (27.) *Mai* In der vierundzwanzigsten Sitzung des Parteitags hält Lenin das Schlußwort zum Referat über die Stellung zu den bürgerlichen Parteien.  
 Lenin berichtet über die Arbeit der Kommission zur Ausarbeitung der Resolution über die Stellung zu den bürgerlichen Parteien.
15. (28.) *Mai* Lenin spricht in der sechsundzwanzigsten Sitzung des Parteitags in der Debatte zu dem von den polnischen Delegierten des Parteitags eingebrachten Entwurf einer Resolution über die Stellung zu den bürgerlichen Parteien.  
 Lenin wendet sich gegen die Abänderungsanträge Libers und Trotzki zur Resolution der Bolschewiki über die Stellung zu den bürgerlichen Parteien.  
 Lenin leitet die siebenundzwanzigste Sitzung des Parteitags.  
 Lenin wendet sich gegen die Abänderungsanträge von Brochis und Trotzki zur Resolution über die Stellung zu den bürgerlichen Parteien.
16. (29.) *Mai* In der achtundzwanzigsten Sitzung des Parteitags tritt Lenin gegen die Abänderungsanträge Martows zur Resolution über die Stellung zu den bürgerlichen Parteien auf.  
 Lenin wendet sich in der neunundzwanzigsten Sitzung des Parteitags gegen die Abänderungsanträge Trotzki, Martows und Martynows zur Resolution über die Stellung zu den bürgerlichen Parteien.  
 Der Parteitag nimmt die von Lenin verfaßte Resolution über die Stellung zu den bürgerlichen Parteien an.

18. (31.) Mai In der dreiunddreißigsten Sitzung des Parteitags gibt Lenin den Bericht der Kommission zur Ausarbeitung der Resolution über die Reichsduma.
19. Mai Lenin leitet die vierunddreißigste Sitzung des Parteitags.  
(1. Juni) Lenin leitet die fünfunddreißigste Sitzung des Parteitags.
- Lenin beantragt, die Frage eines Vertreters der Partei im Internationalen Sozialistischen Büro dem Zentralkomitee zur Entscheidung zu unterbreiten. Der Antrag wird vom Parteitag angenommen.
- Lenin spricht gegen den Antrag der Menschewiki, den Parteitag „Londoner ersten Parteitag der vereinigten Partei“ zu nennen, und setzt sich für den Antrag ein, ihn als fünften Parteitag zu bezeichnen.
- Lenin stellt einen Antrag betreffend die Verfahrensweise bei der Aufstellung von Kandidaten für das ZK durch die Fraktionen.
- Lenin beantragt eine Wiederholung der Wahl derjenigen Kandidaten für das ZK, die bei der ersten Wahl die gleiche Stimmenzahl erhalten haben.
- Lenin setzt sich in der Debatte dafür ein, die engere Parteitagssitzung für zuständig zu erklären, hinsichtlich der Kandidaten für das ZK, die die gleiche Stimmenzahl erhalten haben, eine Stichwahl vorzunehmen. Der Antrag Lenins wird angenommen.
- Lenin wird in das Zentralkomitee der SDAPR gewählt.
- Zweite Hälfte Gegen Ende des V. Parteitags der SDAPR wird in einer  
Mai Sitzung der Bolschewiki das bolschewistische Zentrum mit Lenin an der Spitze gewählt.
- 21.-25. Mai Lenin nimmt am II. Parteitag der Sozialdemokratie des Let-  
(3.-7. Juni) tischen Gebiets in London teil.
- Lenin hält ein kurzes Referat über die Aufgaben des Proletariats im gegenwärtigen Zeitpunkt der bürgerlichen Revolution; er bringt einen Resolutionsentwurf zu dieser Frage ein.

*Anfang Juni*

Lenin kehrt vom Parteitag nach Kuokkala zurück.

Lenin hält in Terijoki vor Arbeitern, die aus Petersburg gekommen sind, eine Rede über den V. Parteitag der SDAPR.

In Anbetracht der verschärften polizeilichen Verfolgungen siedelt Lenin von Kuokkala nach Styrsk Uude (Finnland) über.

Lenin schreibt den Artikel „Die Stellung zu den bürgerlichen Parteien“.

## INHALTSVERZEICHNIS

*Vorwort* . . . . . VII-VIII

1907

Die Wahlkampagne der Sozialdemokratie in Petersburg . . . . .	1-9
Von Stufe zu Stufe . . . . .	10-14
Der Protest der 31 Menschewiki . . . . .	15-18
Die Wahlen in Petersburg und die Heuchelei der 31 Menschewiki	19-30
Wie soll man bei den Wahlen in Petersburg stimmen? (Besteht die Gefahr eines Sieges der Schwarzhunderter bei den Wahlen in Petersburg?) . . . . .	33-43
Die Wahlen in Petersburg und die Krise des Opportunismus . . . .	44-48
Die Wahlen in der Petersburger Arbeiterkurie . . . . .	49-57
Der Kampf der Sozialdemokraten und der Sozialrevolutionäre bei den Wahlen in der St.-Petersburger Arbeiterkurie . . . . .	58-63
Wie soll man bei den Wahlen in Petersburg stimmen? (Wem nüt- zen die Märchen von einer Schwarzhundertergefahr?) . . . .	64-70
Die vorläufigen Ergebnisse der Wahlen in Moskau . . . . .	71-73
Eine politische Lidwaliade . . . . .	74-76
Die Ergebnisse der Wahlen in der Petersburger Arbeiterkurie . . . .	77-83
Zu dem Bericht des Moskauer Bezirks der Stadt Petersburg über die Wahlen zur II. Duma . . . . .	84-85
Einige Angaben über die Wahlen in der Arbeiterkurie Südrußlands	86-88
Die Bedeutung der Wahlen in Petersburg . . . . .	89-94
Vorwort zur russischen Übersetzung der Briefe von K. Marx an L. Kugelmann . . . . .	95-104
Die zweite Duma und die zweite Welle der Revolution . . . . .	105-110
Die Ergebnisse der Wahlen in Petersburg . . . . .	111-119





